DIE URSPRÜNGE DES 2. WELTKRIEGES

A. J. P. TAYLOR

Das Thema dieses Buches ist nicht Hitler, sondern sind die diplomatischen Aktionen, die vom Versailler Frieden zum 2. Weltkrieg führten. Aber der Hitler, der hier im Rahmen eines größeren Themas auftritt, gleicht nicht dem Bild, das die meisten Historiker bisher von ihm entworfen haben. Denn Taylor, der glänzendste englische Historiker der Gegenwart, Fellow am Magdalen College in Oxford, will den bösen Dämon entmythologisieren und an seine Stelle den rationalen Staatsmann setzen, der kein anderes Ziel kennt als seine Vorgänger in der Weimarer Republik auch: die Zerstörung der Versailler Ordnung. Was aber Stresemann auf friedlichem Wege versuchte, wollte Hitler durch den kalkulierten Bluff mit der Kriegsdrohung erreichen. Krieg selbst wollte er nicht. Daß es dennoch dazu kam, lag nach Taylors Ansichten an Mißverständnissen, an denen die Westmächte ebenso schuld waren wie Hitler. Kein Wunder also, daß das Buch in den Mittelpunkt der internationalen Diskussion gerückt ist.

»Dem Werk liegt ein legitimes Bedürfnis zugrunde: sich zu lösen aus dem Dunstkreis der Erinnerung, von eigenen Eindrücken, die vielleicht falsch, vielleicht zufällig waren, die Vorgänge so zu sehen und wiederzugeben, wie sie einem zukünftigen Historiker erscheinen mögen, der von den Dokumenten ausgehen wird.«
Hg. in Neue Zürcher Zeitung, 10. 9. 1961

»Ich bezweifle, daß Hitler einen großen Krieg plante, bestimmt keinen großen Krieg gegen den Westen.«
A. J. P. Taylor im Nachwort dieses Buches

»Ob all die Legenden, die er (Taylor) angreift, über Nacht aus dem allgemeinen Gedächtnis verschwinden werden, mag man bezweifeln: die Mythenfabrikanten haben einen großen Vorsprung. Aber niemand, der dieses fesselnde Werk verdaut hat, wird jemals wieder in der Lage sein, auf diese Periode in der gleichen Weise zurückzuschauen.« Prof. Max Beloff
im Sunday Telegraph, 16. 4. 1961

»Die Grundthese, von der Taylor bei seinen Erklärungen von Hitlers Worten und Taten ausgeht, ist, daß wir es mit einem zwar bösen . . ., aber rationalen Politiker zu tun haben.«
Prof. Golo Mann in Der Monat, Sept. 1961

»Es ist irreführend, über Hitler so zu schreiben, als ob er irgend so ein gewöhnlicher deutscher Politiker gewesen wäre. Wenn Hitler ein rationaler Staatsmann war, dann war Eichmann ein gewissenhafter Beamter.«
James Joll im Spectator, 21. 4. 1961

»Die Beweiskraft seiner (Taylors) Untersuchung ist unbestreitbar. Mit methodischer und unerbittlicher Logik führt er Kapitel an Kapitel und Seite an Seite bis zu dem eindeutigen unwiderstehlichen Schluß, daß . . . der Krieg von 1939 keineswegs vorausgeplant war, sondern ein Irrtum, das Ergebnis beiderseitiger diplomatischer Schnitzer . . . Obwohl die gelegentliche Gereiztheit das Urteil (Taylors) trüben mag, sollte es nicht erlaubt sein, die erstaunlich glänzenden Ausführungen herabzusetzen.«
Times Literary Supplement, 21. 4. 1961

»A. J. P. Taylor ist der einzige heute schreibende englische Historiker, der sich mit Gibbon und Macaulay messen kann.«
D. Marquand in New Statesman, 21. 4. 1961

* * *

A. J. P. Taylors seinerzeit aufsehenerregendes Buch wird hier als komplett gescannte Kopie zur Verfügung gestellt, in der zweiten Auflage von 1962. Der Politikwissenschaftler Michael Freund hat dafür ein Vorwort verfaßt, in dem er einordnende Worte zu dem „brillianten“ Buch des Briten formulierte, das damals lebhafte Kritik wie Zuspruch erfuhr.

Taylors Werk ist vom Geist rationaler Analyse und wohl auch „britischer Fairness“ bestimmt, zeigt Zusammenhänge auf und enthält sich jeglicher polemischer Töne, steht quer zur auch damals schon zementierten Deutung der Ereignisse. Es ist schlicht originell.

Alan John Percival Taylor (1906-1990)

Von Prof. Michael Freund (1902-1970). Politologe an der Georg-Albrechts-Universität zu Kiel, ist kein Foto zu finden - außer dem seiner Grabstätte.
Dafür wird man bei ChatGPT sehr detailliert - und ohne direkte Frage danach - über seine Karriere in der NS-Zeit informiert.

Wer das Buch gern selbst besitzen möchte, kann es noch in Antiquariaten finden. Eine spätere Neuauflage im Heyne-Verlag ist dabei weit häufiger im Angebot als ein Exemplar der ersten beiden Auflagen. Die Preise liegen zwiwchen 10 Euro und dem fast Siebenfachen . . .

* * *

A. J. P. TAYLOR

DIE URSPRÜNGE DES ZWEITEN WELTKRIEGES

SIGBERT MOHN VERLAG

Die englische Originalausgabe erschien beim Verlag Hamish Hamilton, London, unter dem Titel »The Origins of the Second World War« © 1961 by A. J. P. Taylor · Deutsch von DIETER WERNER

Zweite Auflage
© 1962 by Sigbert Mohn Verlag, Gütersloh · Umschlag- und Einbandentwurf H. P. Willberg
Gesamtherstellung Mohn & Co GmbH, Gütersloh · Buch Nr. 5779 · Printed in Germany
Kartenzeichnungen von Eberhart von Harsdorf

INHALT

	VORWORT	7
I	DAS VERGESSENE PROBLEM	13
II	DAS VERMÄCHTNIS DES ERSTEN WELTKRIEGES	27
III	DAS NACHKRIEGSJAHRZEHNT	58
IV	DAS ENDE VON VERSAILLES	84
V	DIE ABESSINISCHE AFFÄRE UND DAS ENDE VON LOCARNO	117
VI	DER SCHLECHT GERÜSTETE FRIEDEN 1936–1938	137
VII	DER »ANSCHLUSS«: ÖSTERREICHS ENDE	174
VIII	DIE TSCHECHOSLOWAKISCHE KRISE	198
IX	FRIEDEN FÜR SECHS MONATE	242
X	DER NERVENKRIEG	276
XI	KRIEG UM DANZIG	319
	EIN WORT AN DIE DEUTSCHEN LESER	356
	ANMERKUNGEN	364
	BIBLIOGRAPHIE	371
	REGISTER	377
	KARTE EUROPÄISCHE GRENZEN 1919–1939	40/41
	KARTE DEUTSCHLAND 1919–1938	296/297

VORWORT

Der britische Historiker A. J. P. Taylor, Fellow des Magdalen College der Universität Oxford, ein Mann der Linken, aber völlig frei von gerade gängigen Vorurteilen, hat das vorliegende Buch über die Ursprünge des zweiten Weltkrieges geschrieben, über das man sich in Deutschland erregt, weil angeblich darin Hitler für ein Bagatellvergehen freigesprochen wird. Namhafte Redaktionen und Historiker waren so töricht, dieses Buch für eine Ermutigung des Nationalsozialismus zu halten.

Das Buch sieht aus, als verteidige es Hitler, obgleich es das Gegenteil tut und obgleich es ihm die eigentliche Schuld am eigentlichen Weltkrieg, an der Herbeiführung des Krieges mit den USA und der Sowjetunion, zumißt. Zwischen 1933 und 1939 entfesselte Hitler zunächst nach Taylors Meinung nur einen Krieg, der sich nach seiner Erscheinungsform weder von den deutschen noch von den europäischen Traditionen abhob. Diesen Krieg mußte Hitler – das ist ungefähr Taylors Meinung – schlagen, weil er sich sonst die Machtergreifung hätte schenken können und weil ihm die »Revision« aufgegeben war. Hitler betrieb die Machtpolitik, wie sie alle Staaten Europas betrieben, die Revision des Versailler Vertrages, wie sie alle deutschen Parteien erstrebten. Es gab kaum einen Deutschen, der es nicht als ungerecht ansah, daß französische Truppen ihre Rosse im Rhein tränken durften, und der es nicht innerlich mißbilligte, daß die französischen Truppen ihre eigenen Grenzen, aber die Deutschen nur eine Linie zehn Kilometer östlich des Rheins verteidigen konnten. Die militärische Gleichberechtigung stand in allen deutschen Parteiprogrammen, nur daß sie bei den Pazifisten eher durch die

eigene Abrüstung erzielt werden sollte und nicht durch die Abrüstung der andern.

Das Dritte Reich wird unverständlich, wenn man nicht überlegt, daß Hitler die teuflische Macht der späteren Jahre nur dadurch erringen konnte, weil er zu Beginn Ziele verfolgte, die nicht als die seinen, sondern als die des ganzen deutschen Volkes und nicht als an sich teuflisch erschienen. Es war nichts Teuflisches, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die Autobahnen zu bauen, den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland zu betreiben, den die österreichische Nationalversammlung schon 1918 feierlich verkündet hatte, den der spätere Bundespräsident von Österreich, Karl Renner, als die Verwirklichung seines Lebenstraumes bezeichnete und den der Erzbischof von Wien schon am 13. März 1938 durch ein Heil Hitler einsegnete. Es war nicht teuflisch, für die Unabhängigkeit der Sudetendeutschen zu kämpfen, da gegen Hitlers Worte im Grunde nichts zu sagen war: der Herrgott habe nicht sieben Millionen Tschechen geschaffen, um drei Millionen Deutsche zu unterdrücken; es war nicht teuflisch, die Bereinigung der Korridor-Frage und des Danzig-Problems anzustreben. Es war kein teuflisches Streben der Deutschen, es wieder den großen Nationen gleichzutun. Bis 1941 war daran (mit Ausnahme der Methoden) nichts Teuflisches.

Jeder Staat hatte in der Geschichte vergangener Jahrhunderte, wenn er konnte, Verkrüppelungen beseitigt, wie sie Deutschland nach 1918 erlitt. Das Schwert jagte die Völkerschaften aus den Räumen, in denen sie unerwünscht waren. Friedensverträge werden gehalten, weil die Sieger mit dem Revolver die Unterschrift erzwingen und weil sie auf einem verlorenen Krieg beruhen, aber nur so lange, wie das Machtverhältnis besteht, das der Sieg begründete. Niemand hätte den Versailler Vertrag eingehalten; so verächtlich war kein Mitglied einer demokratischen Partei, daß es die Beliebigkeit des Friedensvertrages eingehalten hätte, nur weil er unter der Drohung einmarschierender Heere unterschrieben worden war. Die Außenpolitik Hitlers war bis 1939 die der Weimarer Republik (die Methoden immer ausgeklammert).

Das Maß an »Vernünftigkeit« aus der Politik Hitlers, besonders aus seiner frühen Zeit, herauszuarbeiten, wie Taylor

es tut, ist vernünftig; es ist besser, ein Gegner Hitlers zählt dessen Vorzüge auf. Das absolut Böse gibt es nicht, und wer etwas als absolut böse darstellt, rechtfertigt es nur. Die deutsche Demokratie hat bei dieser Regel nichts zu verlieren. Denn das Dritte Reich endete mit einem Nichts. Ich habe einen Spieler danach zu beurteilen, mit welcher Summe er am Ende aus dem Spielsaal herausgeht. Es ist doch sehr einfach: Hitler hat am Anfang gewonnen und zum Schluß den Gewinn und noch mehr dazu verloren. Wer lobt den, der um Mitternacht seine Garderobe nicht mehr auslösen kann, weil er noch um zehn Uhr tausend Mark besaß? Taylor zeigt uns Hitler als einen leidlich besonnenen Menschen. Hitlers Politik war zum größten Teil die Gaunerei, die viele Staaten trieben, die Politik aus Bluff und Drohung, die allen gemeinsam war, der Krieg mächtiger Völker gegen kleine, den alle führten. Hitler herrschte über ein verstümmeltes Land und eine gespaltene Nation. Er wollte Land und Nation wieder einigen. Wer hebt den ersten Stein? Taylor schildert den Kampf gegen einen monströsen Vertrag und die krampfhaften Anstrengungen der andern Mächte, die das verwachsene Gebilde erhalten wollten. Das ist lesenswert, auch wenn er Hitler als gewöhnlichen Politiker darstellt.

Aber der große Fehler Taylors liegt darin, daß er zwei Hitler vorführt, den leidlich braven bis zur Mitte des Jahres 1941 und den Narren, der seinen Erfolg mutwillig zerstörte. Taylor verkennt, daß Hitler an der »Befreiungspolitik« gar nicht interessiert war. Der eigentliche Weltkrieg begann nach Taylor erst am 22. Juni 1941; das mag sein. Aber Hitler führte den Kampf gegen den Versailler Vertrag, den auch die Weimarer Republik hätte führen können, nur als Vorbereitung des großen Krieges. Hitler wollte den »großen Krieg« vorbereiten, als er Österreich besetzte, um die Tschechoslowakei zu umklammern; die Tschechoslowakei überrannte er, um Polen in die Zange zu nehmen, und schließlich griff er Polen an, um die Aufmarschbasis gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Er wandte sich dann gegen den Westen, um für den Kreuzzug gegen den Osten freien Rücken zu erhalten.

Bis 1939 aber trug Hitlers Außenpolitik die Maske einer großdeutschen und revisionistischen Politik. Um diese Politik

durchzusetzen, bedurfte man keines Hitler – nur der Macht, die Gott sei Dank auch anderen gegeben ist. Ein kurioser Vertrag wurde beseitigt, das ist nach Taylor der Inhalt der Jahre 1933 bis 1939 (die er ausschließlich schildert). Dieses Kuriosum, wie Taylor es selbst nennt, zu beseitigen, wäre auch ohne einen Hitler möglich gewesen.

Taylor annulliert schließlich sein ganzes brillantes Buch mit den letzten fünf Zeilen. Hitler griff, nachdem er Herr über Europa geworden war, Rußland und die USA an, »die nichts als ihre Ruhe haben wollten«. Das wäre wahrhaft ein »Kuriosum« gewesen, wenn Hitler es hätte unterlassen können, die Sowjetunion und die USA anzugreifen! Den Krieg gegen die Sowjetunion wollte er aus innerer Notwendigkeit; der Sinn seiner Revolution war die Eroberung eines »Ostreiches« mit Millionen fronenden Arbeitern, mit Rohstoffen, dem Öl des Kaukasus und dem Getreide der Ukraine. Auch hoffte die Sowjetunion, nur so lange in Ruhe gelassen zu werden, bis sie selbst zum Angriff fähig war. Der »kleine reizende Krieg« war nur zu beenden, wenn Hitler England oder Rußland besiegte. Als die Landung in England wegen der sowjetischen Gefahr im Rücken als zu gefährlich erschien, blieb Hitler nichts anderes übrig, als gleich Napoleon gegen Moskau zu marschieren.

Die USA wollten unter keinen Umständen England zugrunde gehen lassen, und das konnten sie nur durch einen Angriff auf Hitler erreichen. Der Satz Taylors, daß Amerika nichts als seine Ruhe haben wollte, der Staat also, dessen Kreuzer schon das Feuer auf die deutschen U-Boote eröffnet hatten, klingt fast komisch. Hitler wollte von Amerika in Ruhe gelassen werden. Senator Vandenberg sagte mit Recht: »Wir haben alles auch nur Erdenkbare getan, um Deutschland zu besiegen, und sagten das auch in aller Öffentlichkeit ... Ich erörtere nicht, ob das recht und notwendig war. Aber wenn Deutschland sich zuletzt auf uns stürzte und seinem angriffslustigsten Feind auf der Erde den Krieg erklärte, dann ist es kein Beitrag zur ›historischen Wahrheit‹ (um es milde zu formulieren), zu behaupten, daß uns dieser Krieg aufgezwungen worden wäre.« Als Roosevelt befahl, bei Sicht auf die »Klapperschlangen des Meeres« zu schießen, tat er es nicht, um in Ruhe gelassen zu werden.

Bis zum 22. Juni 1941 hätte Hitler auch ein gewöhnlicher deutscher Nationalist sein können. Bis dahin konnte man zweifeln ohne Ruhm für Scharfblick und Prophetie zu erwerben. Der Teufel ist nicht immer sofort erkennbar, und Hitler zeigte sein Wesen auch nicht sofort. Taylor sagt, seine Historie sei ohne Helden und selbst ohne Schurken. Es ist gut, die deutsche Geschichte bis 1939 so erzählt zu bekommen, wie sie war: mit einem Teufel, der als deutscher Spießer durch die Welt ging.

Taylor gibt ein Nachwort: 1933 bis 1939 – so geht das Buch – war die nationale Revision in Hitler verkörpert, und die nationale Revision – so lautet das Nachwort – muß in einen Hitler münden. Aber das Gewöhnliche – das Verlangen der Völker als Völker zu leben – bedarf zu seiner Verwirklichung nicht des Teufels. Taylor hat recht: Hitler erfüllte 1939 nur das Verlangen der Nation; vielleicht war es etwas ganz Gewöhnliches, was er tat. Für Hitler allerdings war es die Vorbedingung des Ungewöhnlichen. Weil 1933 bis 1939 eine teuflische Figur, für die Taylor allerdings der Blick fehlt, das gewöhnliche Werk einer Nation tat, meint er, das gewöhnliche nationale Verlangen der Deutschen müsse immer zum Ungewöhnlichen und Diabolischen führen. Er entteufelte Hitler, um vieles zu verteufeln, was die Deutschen heute – mit oder ohne Hoffnung – erstreben.

Michael Freund
Kiel, Dezember 1961

KAPITEL I

DAS VERGESSENE PROBLEM

Über zwanzig Jahre sind vergangen, seitdem der zweite Weltkrieg begann, fünfzehn, seitdem er endete. Diejenigen, die ihn miterlebten, empfinden ihn immer noch als einen Teil ihrer unmittelbaren Erfahrung. Doch eines Tages bemerken sie plötzlich, daß der zweite Weltkrieg wie sein Vorläufer Geschichte geworden ist. Für einen Universitätslehrer naht dieser Augenblick, wenn er sich vergegenwärtigen muß, daß seine Studenten noch nicht geboren waren, als der Krieg begann, und daß sie sich nicht einmal seines Endes erinnern können. Der zweite Weltkrieg liegt ihnen so ferne wie ihm der Buren-Krieg; vielleicht haben sie von ihren Eltern Anekdoten darüber gehört, aber wahrscheinlicher ist, daß sie, wenn sie überhaupt etwas über ihn lernen, aus Büchern lernen müssen. Denn die großen Gestalten haben die Szene verlassen. Hitler, Mussolini, Stalin und Roosevelt sind tot, Churchill hat sich von der Führerschaft zurückgezogen, lediglich de Gaulle hat eine zweite Amtszeit angetreten.

Der zweite Weltkrieg hat aufgehört zum »Heute« zu gehören und ist »Gestern« geworden. Dadurch werden an den Historiker neue Forderungen gestellt. Zeitgeschichte zeichnet, strenggenommen, die Ereignisse auf, wenn sie noch heiß sind, beurteilt sie aus dem Augenblick heraus und setzt beim Leser ein geneigtes Mitgefühl voraus. Werke dieser Art wird niemand herabsetzen, der das große Beispiel Sir Winston Churchills vor Augen hat. Aber es kommt der Tag, da der Historiker zurücktreten und die einstmals zeitgeschichtlichen Ereignisse mit derselben Objektivität an sich vorüberziehen lassen kann, die er auch zeigen, wenn er über den Investitur-

streit oder über den Englischen Bürgerkrieg schreiben würde. Wenigstens kann er das versuchen.

Eben das versuchten die Historiker nach dem ersten Weltkrieg, aber mit einer anderen Akzentuierung. Das Interesse an dem Krieg selbst war verhältnismäßig gering. Die Auseinandersetzung über die große Strategie zwischen denen, die die Westfront, und denen, die die Ostfront für die wichtigste hielten, wurde nur als ein Privatkrieg zwischen Lloyd George und den Generälen angesehen, den der Universitätshistoriker übergehen konnte. Die offizielle britische Militärgeschichte – selbst ein polemischer Beitrag zu diesem Privatkrieg – kam so langsam voran, daß sie erst 1948 abgeschlossen werden konnte. Eine offizielle Staatsgeschichte zu schreiben, wurde, vom Rüstungsministerium abgesehen, nicht versucht. Kaum jemand prüfte die Versuche um einen Verhandlungsfrieden. Niemand studierte die Entwicklung der Kriegsziele. Beinahe bis heute mußten wir auf eine ausführliche Untersuchung eines derart entscheidenden Themas wie etwa der Politik Woodrow Wilsons warten. Denn das große Thema, das alle andern in den Schatten stellte und das das Interesse der Historiker ganz und gar in Anspruch nahm, war, wie der Krieg begann. Die Regierung jeder Großmacht, Italien ausgenommen, offenbarte ihre diplomatischen Archive in reichlichem Ausmaß. Der gewissenhafte Historiker sah, wie sich seine Regale mit Büchern in jeder wichtigeren Sprache füllten, und bedauerte, daß er die andern nicht lesen konnte. Periodika in französisch, deutsch und russisch beschäftigten sich ausschließlich mit diesem Thema. Es gab Historiker, die ihren Ruf als Autoritäten für die Ursprünge des ersten Weltkrieges begründeten – Gooch in England, Fay und Schmitt in den Vereinigten Staaten, Renouvin und Camille Bloch in Frankreich, Thimme, Brandenburg und von Wegerer in Deutschland, Pribram in Österreich, Pokrovsky in Rußland, um nur ein paar zu nennen.

Einige dieser Schriftsteller konzentrierten sich auf die Ereignisse im Juli 1914, andere gingen bis zur Marokko-Krise von 1905 oder bis zu Bismarcks Diplomatie zurück. Aber alle waren sich darin einig, daß hier das Gebiet lag, welches das Interesse des modernen Historikers absorbierte. Universitätsvorlesungen brachen abrupt mit dem August 1914 ab, und einige tun es noch heute. Die Studenten billigten das. Sie wollten etwas über Wilhelm II. und Poincaré, über Grey und Iswolski hören. Das Krüger-Telegramm schien ihnen wichtiger zu sein als Passchendaele, der Vertrag von Björkö wichtiger als das Abkommen von Saint-Jean-de-Maurienne. Das große Ereignis, das die Gegenwart geformt hatte, war der Kriegsausbruch gewesen. Was sich danach ereignet hatte, war nur der trübe Niederschlag unvermeidlicher Konsequenzen, ohne Lehre oder Bedeutung für die Gegenwart. Wenn wir verstehen würden, warum der Krieg begann, würden wir wissen, wieso es mit uns so weit gekommen war – und natürlich auch, wie wir eine Wiederholung vermeiden könnten.

Dem zweiten Weltkrieg ist es nahezu genau umgekehrt ergangen. Das große, interessante Thema für Leser und Autoren gleicherweise ist der Krieg selbst gewesen. Nicht nur die Feldzüge, obwohl sie noch und noch beschrieben worden sind. Auch die Kriegspolitik ist immer wieder untersucht worden, besonders die Beziehungen der großen Alliierten zueinander. Es würde schwerfallen, die Bücher über den französischen Waffenstillstand von 1940 oder diejenigen über die Treffen der Großen Drei in Teheran und Jalta zu zählen. Mit der »polnischen Frage« sind daher im Hinblick auf den zweiten Weltkrieg die Auseinandersetzungen zwischen Sowjetrußland und den Westmächten gemeint, mit denen der Krieg endete, nicht die deutschen Forderungen an Polen, mit denen er begann. Die Ursprünge des Krieges erregen verhältnismäßig geringes Interesse. Die allgemeine Empfindung ist, daß, selbst wenn vielleicht neue Einzelheiten bekanntwerden, es nichts von allgemeiner Bedeutung herauszufinden gibt. Wir wissen bereits die Antworten und brauchen keine weiteren Fragen zu stellen. Doch alle führenden Autoren, an die wir uns wenden, um Rechenschaft über die Ursprünge des zweiten Weltkrieges zu erhalten – Namier, Wheeler-Bennett, Wiskemann in England, Beaumont in Frankreich –, veröffentlichten ihre Bücher bald nach Kriegsende, und alle bringen Ansichten zum Ausdruck, die sie bereits während des Krieges oder womöglich vorher hatten. Zwanzig Jahre nach dem Ausbruch des ersten Weltkrieges würden nur sehr

wenige die Erklärungen ohne Kritik akzeptiert haben, die im August 1914 für ihn gegeben worden waren. Zwanzig Jahre und mehr nach dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges akzeptiert nahezu jeder die Erklärungen, die im September 1939 gegeben worden sind.

Es ist natürlich möglich, daß wirklich nichts herauszufinden ist. Vielleicht gibt es für den zweiten Weltkrieg im Unterschied zu beinahe allen andern großen geschichtlichen Ereignissen eine einfache und endgültige Erklärung, die damals für jedermann offensichtlich war und die durch spätere Informationen oder Untersuchungen nie verändert wird. Aber es ist wohl unwahrscheinlich, daß die Historiker hundert Jahre danach diese Ereignisse noch genauso sehen werden wie die Historiker von 1939, und daher sollte der Historiker von heute versuchen, die Urteile der Zukunft vorwegzunehmen, anstatt die der Vergangenheit zu wiederholen. Aber es gibt tatsächlich praktische Gründe, warum sie dieses Thema vernachlässigt haben. Jeder Historiker versucht, ein unvoreingenommener und unparteiischer Gelehrter zu sein, der ohne Rücksicht auf seine Umgebung sein Thema wählt und sein Urteil fällt. Doch als Mensch, der in einer Gemeinschaft lebt, reagiert er, wenn auch vielleicht unbewußt, auf die Bedürfnisse seiner Zeit. So verschob zum Beispiel der große Professor Tout, dessen Werk das Studium der mittelalterlichen Geschichte in diesem Lande umformte, das Schwergewicht seiner Studien zweifellos eindeutig aus Gründen der abstrakten Gelehrsamkeit von der Politik auf die Verwaltung. Gleichwohl war es für diese Verschiebung nicht belanglos, daß der Historiker des 20. Jahrhunderts potentielle Staatsbeamte ausbildet, während der Historiker des neunzehnten Jahrhunderts Staatsmänner erzog. So waren auch die Autoren, die über die beiden Weltkriege schrieben, verpflichtet zu erwägen, was noch Probleme stellte oder was der Gegenwart Antworten gab. Niemand wird ein Buch zu schreiben beginnen, das nicht wenigstens einige andere interessiert, und erst recht nicht ein Buch, das nicht den Autor selbst interessiert.

Der erste Weltkrieg schien wenige militärische Probleme zu bieten. Die meisten Menschen, besonders in den alliierten

Ländern, sahen in ihm eine Prügelei, sehr ähnlich den Preiskämpfen des neunzehnten Jahrhunderts, die so lange dauerten, bis einer der Kämpfer erschöpft umfiel. Erst als das Gedächtnis durch die Erfahrung des zweiten Weltkrieges geschärft worden war, begann man ernsthaft darüber zu debattieren, ob der erste Weltkrieg durch eine überlegene Strategie oder Politik früher hätte beendet werden können. Außerdem nahm man nach dem ersten Weltkrieg allgemein an, daß es nie einen weiteren geben würde; deshalb schien eine Untersuchung des Krieges keine Lehren für die Gegenwart zu bieten. Andererseits stand aber das große Problem, das den Krieg verursacht hatte, bei Kriegsende immer noch im Mittelpunkt der internationalen Politik. Dieses große Problem war Deutschland. Ob die Alliierten behaupteten, daß der Krieg durch den deutschen Angriff herbeigeführt, ob die Deutschen antworteten, daß er durch die Weigerung der Alliierten verursacht worden wäre, Deutschland seinen rechtmäßigen Platz als einer Großmacht einzuräumen, in jedem Fall war es Deutschlands Platz, um den gestritten wurde. Neben Deutschland waren andere Probleme in der Welt von Sowjetrußland bis zum Fernen Osten zweitrangig. Aber es war nicht unvernünftig anzunehmen, daß sie geregelt werden könnten und daß es eine friedliche Welt geben würde, wenn das deutsche Volk erst einmal mit seinen früheren Feinden versöhnt war. Deshalb hatte die Untersuchung der Kriegsursprünge eine vordringliche und praktische Bedeutung. Wenn die Völker der alliierten Länder von der Unrichtigkeit der deutschen »Kriegsschuld« überzeugt werden könnten, würden sie die Strafklauseln im Vertrag von Versailles lokkern und sowohl das deutsche Volk als auch sich selbst als das Opfer einer Naturkatastrophe gelten lassen. Wenn umgekehrt die Deutschen von ihrer Kriegsschuld überzeugt wären, würden sie voraussichtlich den Vertrag als gerecht annehmen. In praxi ging der »Revisionismus« jedoch nur den ersten Weg. Die britischen und amerikanischen Historiker, bis zu einem gewissen Grade auch die französischen, bemühten sich zu zeigen, daß die alliierten Regierungen ein gut Teil schuldiger waren und die deutsche Regierung unschuldiger, als die Friedensstifter von 1919 meinten. Nur wenige deutsche

Historiker versuchten, das Gegenteil zu beweisen. Das war durchaus natürlich. Selbst der weltfernste Historiker verspürt einen patriotischen Ruck, wenn sein Land im Krieg geschlagen und danach gedemütigt worden ist. Bei ihren Gegnern in jedem alliierten Land war die Außenpolitik vor Kriegsausbruch Gegenstand von Kontroversen gewesen. Nun gingen die Kritiker Greys in England, Poincarés in Frankreich, Woodrow Wilsons in den Vereinigten Staaten – ganz zu schweigen von den Bolschewisten in Rußland, die die zaristische Regierung angegriffen hatten – als die gelehrten Vorkämpfer einer »revisionistischen« Anschauung voran. Auf die Wahrheiten und Fehler dieser internationalen und innenpolitischen Kontroversen kommt es nicht mehr an. Es genügt, daß sie das Interesse wachhielten und dazu beitrugen, daß die Ursprünge des ersten Weltkrieges untersucht wurden.

Dieser Brennstoff hat den Ursprüngen des zweiten Weltkrieges gefehlt. International gesehen, hörte Deutschland schon beinahe vor Kriegsende auf, als Großmacht das zentrale Problem der Weltpolitik zu bilden. Sowjetrußland trat an seine Stelle. Nun wollte man etwas wissen über die Fehler, die während des Krieges im Umgang mit Sowjetrußland, nicht über die, die vor ihm im Umgang mit Deutschland gemacht worden waren. Da überdies sowohl die Westmächte als auch Rußland vorhatten, die verschiedenen Teile Deutschlands jeweils zu ihren Verbündeten zu machen, sprach man so wenig wie möglich über den Krieg.

Die Deutschen unterstützten diese Vernachlässigung. Nach dem ersten Weltkrieg hatten sie darauf bestanden, daß man sie noch wie eine Großmacht behandeln müßte. Nach dem zweiten waren sie die ersten, die die Meinung äußerten, daß Europa die Weltereignisse nicht mehr entscheiden würde – mit der unausgesprochenen Folgerung, daß Deutschland nie wieder einen großen Krieg hervorrufen und daß man es deswegen seinen eigenen Weg ohne Einmischung oder Kontrolle gehen lassen könnte. Ähnlich war es in der Innenpolitik. Innerhalb der alliierten Länder hatte es vor dem Krieg eine heftige Auseinandersetzung gegeben – in der Tat weit heftiger als alles, was aus der Zeit vor 1914 bekannt ist. Aber die Wettkämpfer dichteten ihren Streit während des Krieges um

und waren fast alle darauf bedacht, ihn hinterher zu vergessen. Die früheren Fürsprecher der »Beschwichtigung« konnten ihre alte Politik mit größerer Berechtigung erneuern, die früheren Fürsprecher des Widerstandes gaben um der Notwendigkeit willen, Sowjetrußland Widerstand zu leisten, ihre alten Alarmrufe wegen Deutschland auf.

Die Ursprünge des zweiten Weltkrieges besaßen wenig Anziehungskraft, solange man schon dabei war, die des dritten zu untersuchen. Vielleicht ist aber in dem Thema doch noch etwas Kraft gewesen, da so große Gebiete voll Zweifel und Fragen zurückgeblieben sind. Es gibt jedoch eine Erklärung, die jedermann befriedigt und anscheinend jede Auseinandersetzung beendet. Diese Erklärung heißt: Hitler. Er plante den zweiten Weltkrieg. Allein sein Wille verursachte ihn. Diese Erklärung befriedigt offensichtlich die »Widerständler« von Churchill bis Namier. Sie hatten es schon immer gewußt, sie hatten diese Erklärung schon vor Kriegsausbruch gegeben. Sie konnten sagen: »Wir haben es euch immer gesagt. Von der ersten Stunde an gab es zum Widerstand gegen Hitler keine Alternative.« Diese Erklärung befriedigt auch die »Beschwichtiger«. Sie konnten behaupten, daß die Beschwichtigung eine weise Politik gewesen war und erfolgreich gewesen wäre, wenn sich nicht Deutschland unvorhersehbarerweise in den Klauen eines Verrückten befunden hätte. Am allermeisten befriedigt diese Erklärung die Deutschen, von wenigen unverbesserlichen Nazis abgesehen. Nach dem ersten Weltkrieg hatten die Deutschen versucht, die Schuld von sich auf die Alliierten zu schieben oder herauszufinden, daß niemand schuldig gewesen war. Im Vergleich damit war die Operation, die Schuld von den Deutschen auf Hitler zu schieben, einfacher. Er war beruhigenderweise tot. Hitler mag Deutschland viel Schaden zugefügt haben, während er am Leben war. Aber durch seinen endgültigen Opfertod im Bunker machte er gegenüber Deutschland einiges gut. Keine noch so große posthume Schuld konnte ihn kränken. Für alles – den zweiten Weltkrieg, die Konzentrationslager, die Gaskammern – konnte man die Schande auf seine jetzt so geduldigen Schultern laden. Dank Hitlers Schuld konnte jeder andere Deutsche seine Unschuld beteuern, und die Deutschen, die früher

einmal die eifrigsten Kriegsschuldgegner gewesen waren, wurden nun ihre entschiedensten Fürsprecher. Einige brachten es sogar fertig, Hitlers Gemeinheit einen besonders effektvollen Dreh zu verleihen. Da er ja offensichtlich ein Ungeheuer an Gemeinheit gewesen war, hätte man ihm mit Entschiedenheit widerstehen müssen. Deshalb konnte man alle Schuld, die nach Hitlers Verurteilung übriggeblieben war, an die Franzosen weiterreichen, weil sie ihn 1936 nicht aus dem Rheinland vertrieben hatten, oder an Chamberlain, weil er im September 1938 zurückgewichen war.

Über die Ursache des zweiten Weltkrieges herrschte bei allen glückliche Übereinstimmung. Wozu denn »Revisionismus«? Nur ein paar Neutrale, besonders in Irland, gaben einen zweifelnden Piepser von sich. Aber gewöhnlich brachte die Teilnahme am kalten Krieg gegen Sowjetrußland sogar die zum Schweigen, die im Krieg gegen Deutschland neutral gewesen waren, und eine ähnliche Rücksichtnahme ließen auch umgekehrt die sowjetischen Historiker walten. Ein Schwarm hartnäckiger Revisionisten blieb nur in den Vereinigten Staaten übrig – Überlebende jener Streiter nach dem ersten Weltkrieg, die ihre eigene Regierung noch immer für gemeiner halten als jede andere. Unter dem Gesichtspunkt der Wissenschaftlichkeit sind ihre Werke unbedeutend. Außerdem befaßt sich dieser Revisionismus hauptsächlich mit dem Krieg gegen Japan, und das aus gutem Grund. Hitler erklärte den Vereinigten Staaten den Krieg, nicht umgekehrt, und man kann sich kaum vorstellen, wie Roosevelt sein Land jemals in den europäischen Krieg hätte führen können, wenn Hitler das nicht kostenlos für ihn besorgt hätte. Aber selbst im Hinblick auf Japan bleibt der Kontroverse wenig Spielraum. Der Kampf hat sich erübrigt. Einst stand eine praktische Frage zur Debatte: ob die Vereinigten Staaten mit Japan oder mit China zusammenarbeiten sollten? Die Frage ist durch die Ereignisse beantwortet worden, sehr zur Verwirrung der amerikanischen Politik. Denn es besteht allgemeine Übereinstimmung darüber, daß Japan Amerikas einziger zuverlässiger Freund im Fernen Osten ist, und der Krieg gegen Japan erscheint daher als der Fehler irgendeiner Seite – wenn auch vielleicht natürlich der japanischen.

Diese Überlegungen zur heutigen Politik helfen verständlich zu machen, warum die Ursprünge des zweiten Weltkrieges kein Gegenstand einer großen Auseinandersetzung sind. Gleichwohl erklären sie die nahezu universale Übereinstimmung der Historiker nur unzureichend. Denn selbst der »engagierteste« Gelehrte wird mit wissenschaftlichen Maßen gemessen, und viele Gelehrte sind ja gar nicht stark engagiert. Wenn die Beweise einander widersprochen hätten, würden sich die Gelehrten bald zusammengetan haben, um das volkstümliche Urteil ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit anzufechten. Aber nichts Derartiges hat sich ereignet, und zwar aus zwei scheinbar einander widersprechenden Gründen – es gibt gleichzeitig zu viele Beweise und zu wenige. Bei den Beweisen, von denen es zu viele gibt, handelt es sich um die, die man für die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse gesammelt hat. Obwohl diese Dokumente in ihren endlosen Bänden imponierend anzusehen sind, birgt der Gebrauch dieses Materials für den Historiker Gefahren. Denn es wurde hastig und beinahe aufs Geratewohl als Grundlage für die Tatbestandsdarlegungen der Juristen gesammelt. Historiker würden nicht in dieser Art vorgehen. Der Jurist beabsichtigt, einen Prozeß zu machen, der Historiker will die Situation verstehen. Die Beweise, die oft Juristen überzeugen, befriedigen uns nicht; umgekehrt erscheinen ihnen unsere Methoden einzigartig ungenau. Aber selbst den Juristen müssen heute bei den Nürnberger Beweisen Bedenken kommen. Die Dokumente wurden nicht nur ausgewählt, um die Kriegsschuld der vor Gericht stehenden Männer zu beweisen, sondern auch, um die der verfolgenden Mächte zu verbergen. Wenn eine der vier Mächte, die in Nürnberg zu Gericht saßen, die Sache allein durchgeführt hätte, hätte sie weit mehr schmutzige Wäsche gewaschen. Die Westmächte hätten den Nazi-Sowjet-Pakt vorgebracht, die Sowjetunion hätte mit der Münchner Konferenz und noch obskureren Geschäften heimgezahlt. Nachdem jedoch das Viermächtetribunal vorhanden war, war der einzig mögliche Weg der, die alleinige Schuld Deutschlands im voraus anzunehmen. Das Urteil ging dem Tribunal voran, und die Dokumente wurden nur vorgelegt, um eine Folgerung zu bestätigen, die schon gezogen worden war.

Natürlich sind die Dokumente echt. Aber sie sind »vorbelastet«, und jeder, der sich auf sie verläßt, findet, daß es nahezu unmöglich ist, der Vorbelastung, mit der sie befrachtet sind, zu entgehen.

Wenn wir statt dessen nach Beweisen suchen, die unvoreingenommen und wissenschaftlich gesammelt worden sind, stellen wir fest, um wie vieles schlechter wir daran sind als unsere Vorgänger, die die Ursprünge des ersten Weltkrieges untersuchten. Ungefähr eine Generation nach dem ersten Krieg hatte jede Großmacht, Italien ausgenommen, ihre diplomatischen Aufzeichnungen über die unmittelbare Vorkriegskrise nahezu vollständig enthüllt. In Ergänzung dazu gab es riesige Serien veröffentlichter Dokumente, die mehr oder weniger weit zurückreichten – die österreichisch-ungarischen Dokumente gingen bis 1908 zurück, die britischen bis 1898, die deutschen und französischen bis 1871; die russischen Veröffentlichungen waren zwar sporadischer, aber ebenfalls umfangreich. Es gab einige offensichtliche Lücken. Wir konnten das Fehlen der italienischen Dokumente beklagen, was jetzt gerade gutgemacht wird, wir konnten, und tun es noch, das Fehlen der serbischen Dokumente beklagen. In den veröffentlichten Sammlungen haben sich vielleicht einige vorsätzliche Auslassungen befunden, und kein gewissenhafter Historiker würde sich zufriedengeben, bevor er nicht die Archive selbst durchgesehen hat. Kurz, es war möglich, die Diplomatie von fünfen der sechs Großmächte bis in das letzte Detail und in ihrer ganzen Breite zu verfolgen. Die Beweise sind immer noch nicht ganz verdaut. Wenn wir sie durchgehen, finden wir neue Themen, die erforscht, neue Interpretationen, die bewertet werden müssen.

Der Kontrast zu dem Material, das für die Jahre vor 1939 zur Verfügung steht, ist in der Tat bejammernswert. Österreich-Ungarn ist aus den Reihen der europäischen Großmächte ausgeschieden. Von den verbleibenden fünf haben drei bis vor kurzem nicht eine Zeile oder einen Satz eines Beweises aus ihren Archiven vorgelegt. Die Italiener haben damit begonnen, diese Unterlassung wiedergutzumachen: sie haben ihre Dokumente vom 22. Mai 1939 bis zum Kriegsausbruch veröffentlicht, und mit der Zeit wollen sie alle

übertreffen, indem sie mit ihrer Publikation bis 1861 zurückgehen. Auf die französische und die russische Politik fällt aus ihren Archiven nicht das geringste Licht. Die Franzosen haben eine gewisse Entschuldigung. Am 16. Mai 1940 wurden die meisten ihrer Aufzeichnungen für die Jahre zwischen 1933 und 1939 auf Grund eines Alarmes wegen eines deutschen Durchbruches bei Sedan verbrannt. Nun werden mühselig in den französischen Ämtern im Ausland die Duplikate wieder gesammelt. Für die Gründe des sowjetischen Schweigens sind wir wie bei allem in der sowjetischen Politik auf Mutmaßungen angewiesen. Hat die sowjetische Regierung etwas besonders Schändliches zu verbergen? Schreckt sie davor zurück, ihre Führung, so entfernt sie auch sitzt, einer genauen Prüfung zu unterwerfen? Gibt es vielleicht keine Aufzeichnungen – da das Außenkommissariat nicht in der Lage ist, welche anzulegen? Oder hat die sowjetische Regierung die Lehre aus vielen vergangenen Auseinandersetzungen über historische Themen gezogen – daß die einzige sichere Art, einen Streit schmoren zu lassen, die ist, ihn nie mit Tatsachen zu füttern? Was immer die verschiedenen Gründe für das Schweigen von drei Großmächten sind, das Ergebnis ist, daß wir uns wegen einer fortlaufenden Aufzeichnung der diplomatischen Geschäfte zwischen den Kriegen nur an die deutschen und britischen Dokumente halten können. Deswegen entsteht vielleicht der irreführende Eindruck, als ob die internationalen Beziehungen zwischen den Kriegen ein englisch-deutscher Dialog gewesen wären.

Selbst hier reicht das Material nicht in dem Maße zu wie für die Periode vor 1914. 1945 erbeuteten die Alliierten die deutschen Archive und hatten ursprünglich vor, eine vollständige Reihe für die Zeit von 1918 bis 1945 zu veröffentlichen. Später wurde dieser Plan aus Kostengründen auf die Jahre seit Hitlers Machtergreifung 1933 verkürzt. Selbst dieser Plan ist nicht vollständig durchgeführt worden: Zwischen 1935 und 1937 besteht noch eine gähnende Lücke. Die Archive sind nun der deutschen Regierung in Bonn zurückgegeben worden, und dadurch mögen weitere Verzögerungen entstehen. Ferner teilten die alliierten Herausgeber, gewissenhaft wie sie waren, die Nürnberger Anschauung über die

Kriegsschuld. Eine zusätzliche Komplikation entsteht dadurch, daß das deutsche Außenministerium, um dessen Aufzeichnungen es sich hier handelt, oft behauptete, gegen Hitler zu arbeiten, nicht zu seinen Gunsten, und wir können daher nie sicher sein, ob ein spezielles Dokument ein ernsthaftes Geschäft wiedergibt oder nur verfaßt wurde, um seinem Autor ein Alibi zu verschaffen. Die britische Publikation wird schließlich den ganzen Zeitraum von der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles bis zum Kriegsausbruch 1939 umfassen. Aber sie kommt langsam voran. Im Augenblick haben wir über die zwanziger Jahre praktisch nichts, und eine weitere Lücke klafft zwischen Mitte 1934 und März 1938. Die Bände beschränken sich auf die Aktionen der britischen Politik. Sie enthüllen nicht ihre Motive, wie es die Bände für den Zeitraum vor dem ersten Weltkrieg zu tun versuchten. Nur wenige Protokolle lassen den Verlauf der Debatten im Auswärtigen Amt erkennen, und es gibt keine Aufzeichnungen über die ministeriellen Beratungen, obgleich bekannt ist, daß der Premierminister und das Kabinett mehr zu sagen hatten als im früheren Zeitraum und der Außenminister weniger.

Auch im Hinblick auf halbamtliche Aufzeichnungen sind wir viel schlechter dran. Die meisten von denen, die den ersten Weltkrieg führten, überlebten ihn, um endlich hinterher eine Verteidigung oder Rechtfertigung zu schreiben. Im zweiten Weltkrieg starben einige Führer, während der Krieg noch im Gange war, einige wurden zum Schluß umgebracht, mit oder ohne Prozeß, andere waren zu stolz oder zu vorsichtig, um zu schreiben. Der Unterschied ist erschreckend, wenn man die wesentlichen Bücher aufschreibt, die nach jedem Weltkrieg von denen herausgebracht wurden, die bei Beginn in den entscheidenden Stellungen waren. Hier ist die Liste für den ersten Weltkrieg:

Großbritannien: Premierminister, Außenminister
Frankreich: Präsident, Premierminister (gleichzeitig Außenminister)
Rußland: Außenminister
Italien: Premierminister
Deutschland: Reichskanzler, Außenminister.

Die Liste für den zweiten Weltkrieg lautet folgendermaßen:

Frankreich: Außenminister.

Der italienische Außenminister, der erschossen wurde, hinterließ Tagebücher. Der deutsche Außenminister schrieb eine bruchstückhafte Verteidigung, während er darauf wartete, gehängt zu werden. Von der Korrespondenz des britischen Premierministers gibt es ein paar Fetzen, von dem britischen Außenminister ein paar autobiographische Seiten. Von den drei Diktatoren – Hitler, Mussolini und Stalin – und vom russischen Außenminister keine Zeile, kein Wort. Wir müssen mit dem Klatsch zweitrangiger Figuren vorliebnehmen – Dolmetschern, Außenamtsangestellten, Journalisten, von Männern, die oft nur wenig mehr wußten als die breite Öffentlichkeit.

Die Historiker haben jedoch nie genügend Beweise, um sich zufriedenzugeben. Ich zweifle daran, ob man viel dadurch gewinnt, wenn man weitere zehn oder fünfzehn Jahre wartet, aber vieles würde vielleicht verlorengehen. Bis dahin könnten die wenigen Überlebenden der zivilisierten Welt das Bücherlesen aufgegeben haben, vom Bücherschreiben ganz zu schweigen. Deshalb habe ich versucht, diese Geschichte so zu erzählen, wie sie vielleicht einigen zukünftigen Historikern erscheint, die nach den Aufzeichnungen arbeiten. Das Ergebnis zeigt vielleicht, wie sehr die Historiker vorbeitreffen oder mißverstehen. Trotzdem müssen wir weiterhin Geschichtsschreibung treiben. Gleich meinem imaginären Nachfolger habe ich mir oft meine Unwissenheit eingestehen müssen. Ich habe auch herausgefunden, daß mich die Aufzeichnungen, objektiv betrachtet, oft zu anderen Deutungen drängten, als sie damals von Beobachtern (einschließlich mir) gegeben wurden. Das hat mich nicht von meinem Weg abbringen können. Ich bemühte mich darum, zu verstehen, was sich ereignete, nicht darum, zu rechtfertigen oder zu verurteilen. Ich war zwar von dem Tage an, da Hitler zur Macht kam, gegen die Beschwichtigung, und unter ähnlichen Umständen sollte es wiederum keinen Zweifel geben. Aber dieser Standpunkt ist für die Geschichtsschreibung

ohne Bedeutung. Im Rückblick stellt man fest, daß zwar viele schuldig waren, aber niemand unschuldig. Der Zweck politischen Handelns ist, für Frieden und Wohlstand zu sorgen, und in dieser Hinsicht versagte, einerlei aus welchem Grunde, jeder Staatsmann. Daher kennt diese Geschichte keine Helden und vielleicht nicht einmal Schurken.

KAPITEL II

DAS VERMÄCHTNIS DES ERSTEN WELTKRIEGS

Der zweite Weltkrieg war im wesentlichen eine Wiederholung des ersten, wenn es auch deutliche Unterschiede gab. So kämpfte Italien auf der andern Seite, wechselte allerdings vor Kriegsende wieder die Front. Der Krieg, der im September 1939 begann, wurde in Europa und Nordafrika ausgefochten; er überschnitt sich zeitlich, aber nicht räumlich mit dem fernöstlichen Krieg, der im Dezember 1941 begann. Die beiden Kriege verliefen immer getrennt voneinander, obwohl der fernöstliche Krieg Großbritannien und die Vereinigten Staaten ebenfalls in eine unangenehme Lage versetzte. Aber Deutschland und Japan vereinigten ihre Streitkräfte nie. Die einzige wirkliche Überschneidung ergab sich, als die Japaner durch ihren Überfall auf Pearl Harbor Hitlers großen Irrtum provozierten, den Vereinigten Staaten den Krieg zu erklären. Doch davon abgesehen, können der europäische Krieg und sein Ursprung als eine in sich abgeschlossene Sache betrachtet werden; der Ferne Osten lenkte nur gelegentlich von dem hiesigen Schauplatz ab. Wie im ersten so kämpften auch im zweiten Weltkrieg nahezu dieselben europäischen Verbündeten gegen nahezu dieselben Gegner. Obwohl das Pendel des Kriegsglücks heftiger nach beiden Seiten ausschlug, endete der Krieg in beinahe derselben Weise – mit Deutschlands Niederlage. Aber der Zusammenhang der beiden Kriege war noch enger. Im zweiten Weltkrieg kämpfte Deutschland besonders darum, das Urteil des ersten rückgängig und die ihm folgende Regelung nichtig zu machen. Seine Gegner kämpften, wenn auch nicht so bewußt, darum, diese Regelung zu verteidigen, und sie hatten Erfolg – zu ihrer eigenen Überraschung. Während des zweiten Welt-

krieges wurden viele Utopien gehegt, aber zum Schluß wurde in Europa und im Nahen Osten praktisch jede Grenze unverändert wiedererrichtet mit den Ausnahmen – zugegebenermaßen großen Ausnahmen – Polens und des Baltikums. Von Nordosteuropa abgesehen, bedeutete der Übergang Istriens von Italien an Jugoslawien die einzige ernsthafte Änderung der Landkarte zwischen dem Kanal und dem Indischen Ozean.

Der erste Krieg zerstörte alte Kaiserreiche und brachte neue Staaten hervor. Der zweite Krieg schuf keine neuen Staaten und zerstörte nur Estland, Lettland und Litauen. Wenn jemand geradeheraus fragen sollte: »Worum ging der Krieg?«, dann heißt die Antwort für den ersten: »Um zu entscheiden, ob Europa neu gestaltet werden soll«, jedoch für den zweiten nur: »Um zu entscheiden, ob diese Neugestaltung fortbestehen soll.« Der erste Krieg erklärt den zweiten, und er bewirkte ihn tatsächlich, soweit eben ein Ereignis das nächste bewirken kann.

Wenn auch das Ergebnis des ersten Weltkrieges die Neugestaltung Europas war, so war sie jedoch bei weitem nicht sein ursprünglicher Anlaß oder etwa gar sein bewußtes Ziel. Der Krieg hatte zwar sicherlich unmittelbare Ursachen, über die man sich heute mehr oder weniger einig ist. Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand veranlaßte Österreich-Ungarn, Serbien den Krieg zu erklären; die russische Mobilmachung zur Unterstützung Serbiens veranlaßte Deutschland, Rußland und dessen Verbündetem, Frankreich, den Krieg zu erklären; die deutsche Weigerung, Belgiens Neutralität anzuerkennen, veranlaßte Großbritannien, Deutschland den Krieg zu erklären. Aber dahinter verbergen sich tiefere Gründe, über die die Historiker noch verschiedener Meinung sind. Einige verweisen auf den Konflikt zwischen Germanen und Slawen in Osteuropa, andere nennen ihn »den Krieg um die türkische Nachfolge«. Einige geben den imperialistischen Machenschaften außerhalb Europas die Schuld, andere dem Zusammenbruch des Gleichgewichts der Mächte auf dem europäischen Kontinent. Die Themen der Auseinandersetzung sind deutlicher präzisiert worden: die deutsche Herausforderung der britischen Seeherrschaft; das Bestreben Frankreichs,

Elsaß-Lothringen zurückzugewinnen; der russische Ehrgeiz, Konstantinopel und die Meerengen zu beherrschen. Diese Vielfalt der Erklärungen erweckt den Eindruck, daß keine für sich allein bestehen kann. Der erste Krieg wurde um all dieser Gründe willen ausgefochten – und um keinen von ihnen. Welche Pläne, Projekte oder Wünsche die Mächte vor dem Krieg auch immer gehabt haben mochten, alle entdeckten, als sie erst einmal im Krieg standen, mit Sicherheit, daß sie ganz einfach siegen wollten, um Lieschen Müllers Frage beantworten zu können: »Wer ist der Stärkere?« Die Kämpfenden suchten, »dem Feind ihren Willen aufzuzwingen« – wie es in diesen kriegerischen Tagen hieß –, ohne eine klare Vorstellung davon zu haben, was für ein Wille das sein sollte. Daher taten sich beide Parteien darin schwer, ihre Kriegsziele zu umreißen. Als die Deutschen ihre Friedensbedingungen nannten – wie 1917 gegenüber Rußland und, weniger bestimmt, gegenüber den Westmächten –, war es ihre einzige Sorge, ihre strategische Ausgangsposition für den nächsten Krieg zu verbessern, obgleich in Wirklichkeit ein zweiter Krieg nicht notwendig gewesen wäre, falls sie den ersten gewonnen hätten. Die Alliierten konnten es sich in gewisser Weise leichter machen: sie konnten sich darauf beschränken zu fordern, daß die Deutschen die Früchte ihrer Siege herauszugeben hätten. Darüber hinaus formulierten die Alliierten mit amerikanischer Unterstützung oder auf amerikanische Veranlassung hin allmählich eine Reihe idealistischer Kriegsziele, die ganz bestimmt nicht die Ziele darstellten, derentwegen die Alliierten den Krieg begonnen hatten; ja sie stellten nicht einmal die Ziele dar, für die sie jetzt in erster Hinsicht kämpften. Das idealistische Programm entsprang vielmehr der Überzeugung, daß ein Krieg, der in solchen Dimensionen und mit solchen Opfern ausgetragen wurde, ein großes, erhebendes Ergebnis zeitigen müsse. Die Ideale waren nur ein Nebenprodukt, eine Randglosse zum Hauptkampf, aber sie waren trotzdem nicht ohne Einfluß auf die späteren Ereignisse. Im wesentlichen blieb jedoch der bloße Sieg das Kriegsziel. Der Sieg würde die spätere Politik bestimmen. Würde das nicht geschehen, so würde der Sieg trotzdem auf jeden Fall ein Ergebnis zeitigen. Und das tat er auch.

Der zweite Weltkrieg entstand aus den Siegen des ersten und aus der Art, wie man sie genutzt hatte.

Im ersten Weltkrieg wurden zwei entscheidende Siege errungen, aber damals verdeckte der eine den andern. Im November 1918 wurde Deutschland an der Westfront von den Westmächten entscheidend geschlagen, aber vorher hatte Deutschland im Osten Rußland entscheidend geschlagen, was in den Jahren zwischen den Kriegen tiefreichende Folgen für die internationalen Beziehungen hatte. Vor 1914 war das Gleichgewicht hergestellt gewesen, weil das französisch-russische Bündnis die Mittelmächte aufgewogen hatte. Großbritannien war zwar durch die Dreierentente mit Frankreich und Rußland locker verknüpft, aber nur wenige rechneten damit, daß sein Gewicht den Ausschlag geben würde. Bei Beginn war es ein kontinentaler Krieg, der an zwei Fronten ausgetragen wurde: jede kontinentale Macht schickte Millionen Männer ins Feld, die Briten nur hunderttausend. Besonders für die Franzosen schien die Zusammenarbeit mit den Russen eine lebenswichtige Notwendigkeit zu sein, die britische Unterstützung war im Vergleich dazu nur eine angenehme Beigabe. Im Verlaufe des Krieges kehrte sich alles um. Die Briten bauten ebenfalls ein Massenheer auf und schickten ihre Millionen an die Westfront. Sie wurden unterstützt durch die Aussicht auf weitere Millionen, als 1917 die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten. Aber diese Verstärkung der Westfront kam zu spät, um Rußland zu retten. Die beiden Revolutionen von 1917 zusammen mit der militärischen Katastrophe warfen es aus dem Krieg. Im Januar 1918 schlossen die neuen bolschewistischen Führer zu Brest-Litowsk einen Kapitulationsfrieden. Die spätere Niederlage im Westen zwang Deutschland, die Erwerbungen, die es 1918 noch gemacht hatte, wieder herauszugeben. Aber das wichtigere Ergebnis konnte nicht mehr rückgängig gemacht werden. Rußland schied aus Europa aus und hörte in den Augen der damaligen Zeit auf, eine Großmacht zu sein. Damit hatte sich Europas Bild grundlegend gewandelt – und zwar zu Deutschlands Vorteil. Dort, wo an seiner Ostgrenze früher eine Großmacht gewesen war, befand sich nun ein Niemandsland kleiner Staaten und hinter ihnen das dunkle Ungewisse.

Nach 1918 wußte viele Jahre lang niemand, ob Rußland noch Kraftreserven hatte und, wenn ja, welchen Gebrauch es von ihnen machen wollte.

Ende 1918 schien das nicht besonders wichtig zu sein. Das herausragende Merkmal war damals, daß Deutschland ohne Rußlands Hilfe geschlagen worden war, und zwar in erster Linie, wenn nicht ausschließlich, an der Westfront. Der Sieg in diesem engen, überbevölkerten Gebiet bestimmte das Geschick ganz Europas, ja – vielleicht der ganzen Welt. Dieses unerwartete Ergebnis machte Europa zu etwas gänzlich anderem, als es vor 1914 gewesen war. Damals zählten Frankreich, Deutschland, Italien, Österreich-Ungarn und Rußland zu den Großmächten; ihnen fühlte sich Großbritannien nur halbwegs verpflichtet. Europas Mittelpunkt war Berlin. Jetzt zählten Frankreich, Deutschland und Großbritannien zu den Großmächten – außerdem Italien, um höflich zu sein –, und die Vereinigten Staaten nahmen die frühere britische Stellung an der Peripherie ein. Europas neuer Mittelpunkt lag am Rhein oder, wenn man will, in Genf. Rußland hatte aufgehört, eine Großmacht zu sein, die Habsburger Monarchie hatte überhaupt aufgehört zu bestehen. Die politische Idee »Europas« hatte sich in concreto nach Westen verschoben. 1918 und noch viele Jahre danach – in Wahrheit bis zum Frühling 1939 – glaubte man, daß das Geschick der Welt in den Händen derer läge, die man früher als »die Westmächte« bezeichnet hatte.

Obgleich sowohl Rußland als auch Deutschland 1918 geschlagen worden waren, so waren doch die Ergebnisse der beiden Niederlagen sehr verschieden. Rußland schied aus dem Gesichtsfeld aus – seine revolutionäre Regierung, ja sogar seine leibhaftige Existenz wurden von den siegreichen Mächten übersehen. Deutschland jedoch blieb unzerstört und wurde von den Siegern anerkannt. Die Entscheidung, die letzten Endes zum zweiten Weltkrieg führte, wurde ein paar Tage vor Kriegsschluß aus den besten und vernünftigsten Beweggründen gefällt. Es handelt sich um die Entscheidung, der deutschen Regierung einen Waffenstillstand zu gewähren. Die Entscheidung wurde hauptsächlich aus militärischen Gründen getroffen. Die deutsche Armee war im Feld geschlagen worden. Sie

befand sich auf dem Rückzug. Aber sie war nicht in die Flucht geschlagen oder aufgerieben worden. Die britischen und französischen Armeen bewegten sich trotz ihres Sieges am Rande der Erschöpfung. Für einen Außenstehenden war es schwer, das Ausmaß des deutschen Zusammenbruchs abzuschätzen. Nur Pershing, der amerikanische Oberkommandierende, fürchtete sich vor einem neuen Feldzug nicht. Seine Streitkräfte waren frisch und noch nahezu unangeschlagen. Er wäre gerne bis nach Berlin vorgestoßen. Es reizte ihn besonders, daß 1919 die Amerikaner die Kriegslast tragen würden und dann den Alliierten nahezu soviel vorschreiben könnten wie den Deutschen, was 1918 in diesem Ausmaß noch unmöglich war. Das war jedoch für die europäischen Mächte ein Grund, den Krieg schnell zu beenden, falls die Umstände es erlaubten. Die Amerikaner besaßen keine konkreten Kriegsziele, keine genau umrissenen territorialen Forderungen. Dadurch waren sie paradoxerweise an einem Waffenstillstand nicht so stark interessiert. Sie wollten nur Deutschlands »bedingungslose Kapitulation« und waren bereit weiterzumachen, bis dieses Ziel erreicht war. Die Alliierten wollten die Niederlage Deutschlands genauso, aber sie hatten ebenso dringliche praktische Wünsche. Sowohl Großbritannien als auch Frankreich wollten Belgien, die Franzosen dazu Nordostfrankreich befreien, die Briten wollten den Untergang der deutschen Flotte. All diese Wünsche konnten durch einen Waffenstillstand erfüllt werden. Wie sollten die beiden Regierungen unter diesen Umständen vor ihren kriegsmüden Völkern ein weiteres Blutvergießen rechtfertigen? Darüber hinaus würde ein Waffenstillstand, wie ihn die deutsche Regierung suchte, die allgemeineren Kriegsziele der Alliierten erfüllen. Sie hatten immer behauptet, daß ihnen an der Zerstörung Deutschlands nichts gelegen wäre, sie würden nur kämpfen, um den Deutschen zu beweisen, daß ein Angriffskrieg nicht zum Erfolg führen könne. Dieser Beweis war nun angetreten. Den Alliierten und den deutschen Heerführern war es klar, daß Deutschland geschlagen war; erst später stellte sich heraus, daß dies dem deutschen Volk nicht so klar war. Aber im November 1918 schien es eher so zu sein, als hätte auch das deutsche Volk seinen Beitrag zum Kriegsende geleistet. Im allgemeinen hatten die Alliierten, wenn auch nicht vollkommen einmütig, behauptet, daß sie nur den deutschen Kaiser und seine militärischen Berater bekämpften, nicht jedoch das deutsche Volk. Jetzt war Deutschland eine konstitutionelle Monarchie geworden und wurde bereits eine Republik, bevor noch der Waffenstillstand unterzeichnet war. Die deutsche Regierung war demokratisch, sie erkannte die Niederlage an, sie war bereit, alle deutschen Eroberungen herauszugeben, und sie war mit den idealistischen Grundsätzen, die Präsident Wilson in seinen vierzehn Punkten niedergelegt hatte, als Grundlage eines zukünftigen Friedens einverstanden – also mit den Prinzipien, die auch die Alliierten, widerwillig zwar und mit zwei Ausnahmen, anerkannten. So sprach alles für und wenig gegen einen Waffenstillstand.

Der Waffenstillstand war mehr als nur eine Atempause. Seine Bedingungen waren sorgfältig ausgeklügelt, um zu garantieren, daß Deutschland den Krieg nicht von neuem beginnen konnte. Die Deutschen mußten große Mengen Kriegsmaterial abliefern, ihre Streitkräfte hinter den Rhein zurückziehen und ihre Flotte internieren lassen. Die Alliierten besetzten die linke Rheinseite und außerdem die Brückenköpfe. Diese Bedingungen erreichten ihren Zweck: im Juni 1919, als die Deutschen darüber debattierten, ob sie den Friedensvertrag unterzeichnen sollten, mußte ihr Oberkommando, wenn auch widerstrebend, zugeben, daß eine Wiederaufnahme des Krieges unmöglich war. Aber der Waffenstillstand hatte auch seine Kehrseite. Er band die Deutschen nur an die unmittelbare Gegenwart, die Alliierten jedoch an die Zukunft. Diese waren eifrig bemüht, zu erreichen, daß die deutsche Nation die Niederlage anerkannte, und deshalb schlossen sie den Waffenstillstand mit Vertretern der deutschen Regierung, nicht mit einer militärischen Abordnung. Die Deutschen erkannten die Niederlage ordnungsgemäß an, umgekehrt erkannten die Alliierten damit – aber im allgemeinen, ohne es sich klarzumachen – die deutsche Regierung an. Unternehmungslustige Franzosen mochten später versuchen, den »Separatismus« durch die Hintertüre einzuschmuggeln, hochtrabende Historiker mochten jammern, daß

Bismarcks Tat nicht rückgängig gemacht worden sei. Es war umsonst. Der Waffenstillstand regelte die Frage der deutschen Einheit in dem Sinne, wie es in der Absicht des ersten Weltkrieges lag. Die Habsburger Monarchie und das Ottomanische Reich gingen unter. Das Deutsche Reich lebte weiter. Noch mehr, die Alliierten erkannten das Deutsche Reich nicht nur an, sein Weiterleben wurde jetzt für sie wichtig, wenn der Waffenstillstand in Kraft bleiben sollte. Die Alliierten hatten sich ohne bewußte Absicht in Verbündete des Reiches verwandelt und mußten es gegen alles beschützen, was es zu zerstören drohte – gegen allgemeine Unzufriedenheit, gegen Separatismus, gegen Bolschewismus.

Diese Verwandlung wurde durch den Friedensvertrag weitergetrieben, wiederum ohne Überlegung. Der Vertrag enthielt viele harte Bestimmungen – oder jedenfalls erschienen sie den Deutschen so. Die deutsche Zustimmung erfolgte widerstrebend und unwillig, nach langen Debatten, ob es nicht besser wäre, sich der Unterzeichnung zu widersetzen. Die Zustimmung erfolgte nur, weil die deutsche Armee geschwächt, das deutsche Volk erschöpft und die Blockade der Alliierten einschneidend waren, und nicht aus irgendeiner Überzeugung heraus, daß die Bedingungen gerade eben oder immerhin annehmbar wären. Die deutsche Regierung unterschrieb den Vertrag trotz allem und gewann dadurch an Wert. Den Vertrag hatte man entworfen, um sich vor einem neuen deutschen Angriff zu sichern, aber er konnte nur erfüllt werden, wenn die deutsche Regierung zur Zusammenarbeit bereit war. Deutschland sollte abgerüstet werden, aber dafür sollte die deutsche Regierung sorgen – die Alliierten setzten nur eine Kontrollkommission ein, um zu beobachten, ob die Abrüstung auch durchgeführt wurde. Deutschland sollte Reparationen zahlen; wiederum sollte die deutsche Regierung das Geld selbst auftreiben und es dann auszahlen – die Alliierten waren bloß Empfänger. Selbst die militärische Besetzung des Rheinlands setzte die deutsche Mitarbeit voraus. Denn die staatliche Verwaltung verblieb in deutscher Hand, und eine deutsche Weigerung zur Zusammenarbeit hätte eine allgemeine Verwirrung heraufbeschworen, gegen die der Friedensvertrag keine Vorkehrungen getroffen hatte. In der unmittelbaren Situation des Jahres 1919 erschien der Friedensvertrag vernichtend und rachsüchtig, die Deutschen schimpften ihn ein »Diktat« oder einen Sklavenvertrag. Aus späterer Sicht scheint das wichtigste an dem Vertrag zu sein, daß er mit einem unzerstörten Deutschland abgeschlossen wurde. Deutschland brauchte nur für eine Einschränkung des Vertrages zu sorgen oder ihn ganz abzuwerfen, und es würde so aussehen, als ob es so stark wäre oder nahezu so stark, wie es 1914 gewesen war.

Das war das entscheidende, schicksalsträchtige Ergebnis des Waffenstillstandes und des Friedensvertrages. Der erste Weltkrieg ließ »das deutsche Problem« ungelöst zurück und machte es letzten Endes tatsächlich noch brennender. Dieses Problem bestand nicht in der deutschen Angriffslust oder im Militarismus und auch nicht in der Gemeinheit seiner Führer. Wenn es alle diese Dinge überhaupt gab, dann verschärften sie höchstens das Problem oder ließen es in Wirklichkeit vielleicht weniger bedrohlich werden, weil sie die moralische Widerstandskraft der andern Länder herausforderten. Das eigentliche Problem war politischer, nicht moralischer Natur. Wie demokratisch und friedfertig Deutschland auch werden mochte, es blieb bei weitem die stärkste Macht auf dem europäischen Kontinent, was nach dem Verschwinden Rußlands nur noch deutlicher wurde. Es hatte die meisten Einwohner – fünfundsechzig Millionen gegenüber vierzig Millionen in Frankreich, die einzige andere wesentliche Macht. Die Vorherrschaft kam noch deutlicher zum Ausdruck in seinen wirtschaftlichen Reserven an Kohle und Stahl, die in der modernen Welt eine Macht sind. Zu diesem Zeitpunkt, 1919, war Deutschland zwar vollkommen heruntergewirtschaftet. Das unmittelbare Problem war Deutschlands Schwäche, aber wenn man einige Jahre »normalen« Lebens voraussetzte, würde das Problem der deutschen Stärke wiedererstehen. Mehr noch, das alte Gleichgewicht der Mächte, das früher Deutschland etwas gedämpft hatte, war zerstört. Rußland hatte sich zurückgezogen, Österreich-Ungarn war untergegangen. Nur Frankreich und Italien waren übriggeblieben; beide hatten weniger Arbeitskräfte und noch weniger wirtschaftliche Reserven, beide waren vom Krieg erschöpft. Wenn

die Ereignisse in der althergebrachten »freien« Art ihren Lauf nahmen, konnte nichts die Deutschen davon abhalten, das restliche Europa in den Schatten zu stellen, selbst wenn sie das nicht beabsichtigten.

1919 ließ man nicht etwa »das deutsche Problem« außer acht. Es stimmt zwar, daß etliche Menschen sein Vorhandensein bestritten. Das waren die Leute – sie bildeten in jedem Land nur eine winzige Minorität –, die sich der Notwendigkeit des Krieges widersetzt, Leute, die die deutsche Gefahr immer für eine Einbildung gehalten hatten. Aber selbst einige unter denen, die den Krieg gefördert und ihn kraftvoll geführt hatten, waren nun geneigt zu glauben, daß Deutschland für lange Zeit darniederliegen würde. Einem britischen Staatsmann mochte man es nachsehen, daß er, als die deutsche Flotte im Meer versank, annahm, seine Sorgen wären vorbei. Deutschland war von einer Revolution bedroht, von sozialen Mißständen geplagt, und es wurde allgemein, von den Revolutionären abgesehen, angenommen, daß solche Kraftproben die Stärke eines Landes zerstören würden. Außerdem – man war ja in der stabilen wirtschaftlichen Welt des neunzehnten Jahrhunderts aufgewachsen – nahm man an, daß kein Land ohne ausgeglichenen Haushalt und ohne Goldwährung gedeihen könnte. Unter diesen Gesichtspunkten hatte Deutschland einen langen Weg vor sich, und es schien daher in jedermanns Interesse wichtiger zu sein, ihm aufzuhelfen, anstatt es niederzuhalten. Selbst der größte französische Angsthase behauptete nicht, daß er jetzt und hier durch eine neue deutsche Invasion bedroht wäre. Die Gefahr lag in einer hypothetischen Zukunft, und wer wußte schon, was die Zukunft bringen würde? Nach jedem großen Krieg hatte man getuschelt, daß es sich nur um eine Waffenruhe handeln und daß die besiegte Macht zurückschlagen würde. Aber dazu kam es selten oder nur mit geringem Erfolg. Frankreich zum Beispiel wartete über vierzig Jahre, bevor es gegen die Abmachung von 1815 anging, und selbst dann war das Ergebnis nicht bemerkenswert. Aber wer sich nach diesen Beispielen richtete, riet falsch, obwohl er die Geschichte auf seiner Seite hatte. Die Geschwindigkeit und Kraft, mit denen sich Deutschland trotz Verzögerungen erholte, waren einmalig.

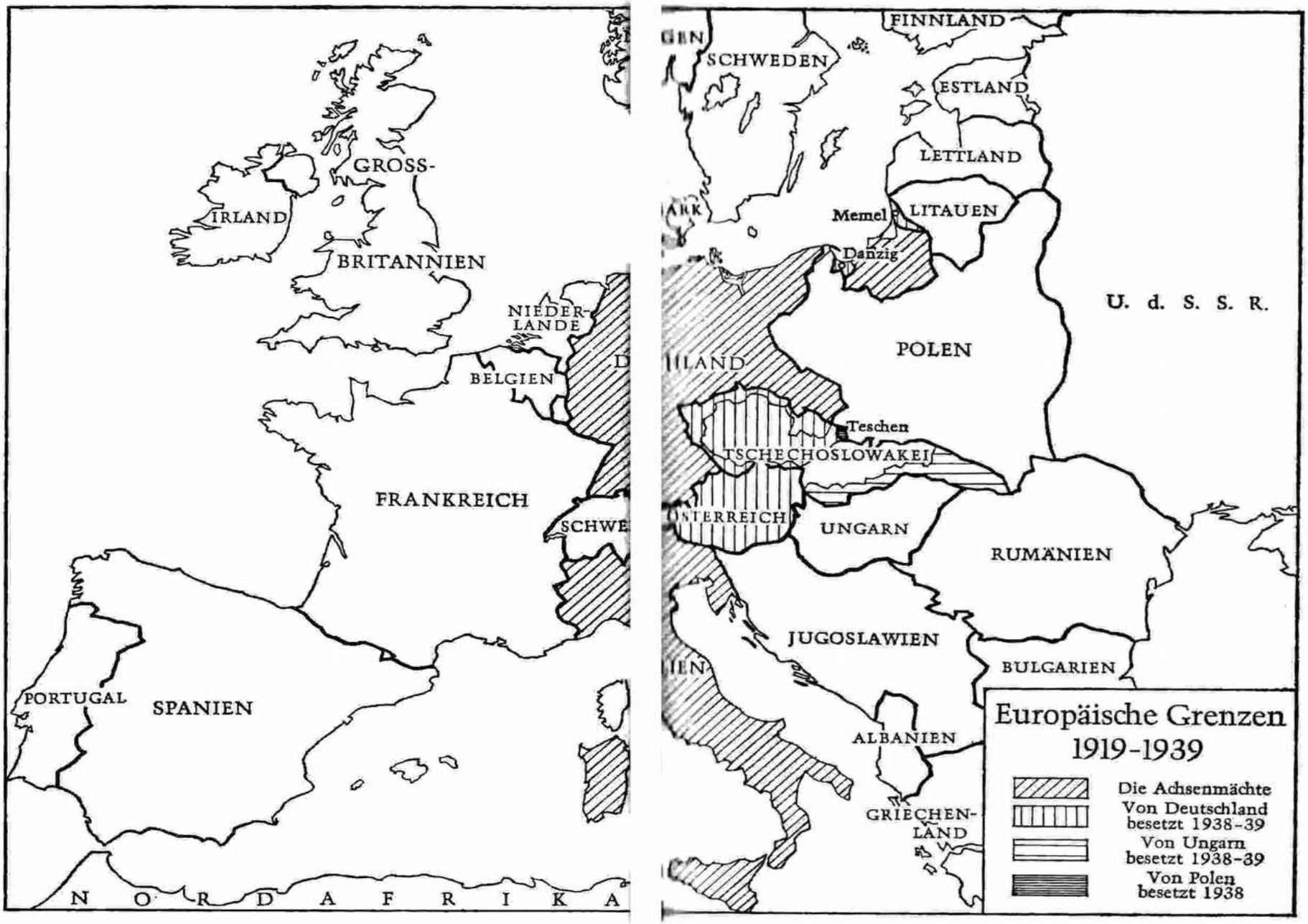
Es gab eine weitere Möglichkeit, das deutsche Problem zu leugnen. Die deutsche Macht konnte man anerkennen, aber man konnte hinzufügen, daß das keine Rolle spiele. Deutschland würde zwar wieder stark werden und zu den Großmächten zählen. Aber die Deutschen hätten gelernt, daß man seine Ziele nicht durch einen Krieg erreicht. Falls sie es dahin bringen sollten, die kleineren Staaten Europas dank ihrer wirtschaftlichen Macht und dank ihrem politischen Ansehen zu beherrschen, so wäre das alles andere als gefährlich und nur zu begrüßen. Der große Krieg hatte in ganz Europa unabhängige Nationalstaaten entstehen lassen; diese Entwicklung wurde nun – reichlich merkwürdig – von vielen Idealisten jenes Schlages bedauert, die einstmals Vorkämpfer des Nationalismus gewesen waren. Die Nationalstaaten standen in dem Ruf, reaktionär, militaristisch und wirtschaftlich rückständig zu sein. Je früher Deutschland sie zusammenraffte, um so besser für alle. Diese Ansicht wurde von J. M. Keynes, dem glänzenden Cambridger Volkswirt, frühzeitig vorgetragen, und selbst Lloyd George stand ihr nicht ganz ablehnend gegenüber. Wichtig wäre nicht, Deutschlands Wiederherstellung zu verhindern, sondern sicherzustellen, daß sie in einer friedlichen Form vor sich ginge. Vorsichtsmaßnahmen sollten gegen die Mißstände in Deutschland, nicht gegen einen deutschen Angriff getroffen werden. Diese Ansicht war aber 1919 noch nicht zutage getreten. Der Friedensvertrag war noch zu einem großen Teil von dem Wunsche bestimmt, sich gegen Deutschland abzusichern. Das traf am wenigsten auf die territorialen Bestimmungen zu. Denn sie waren durch die Prinzipien des Naturrechts, wie man es damals verstand, festgelegt. So büßte Deutschland nur Gebiete ein, auf die ihm nach nationalen Gesichtspunkten kein Recht zustand. Selbst die Deutschen beklagten daher nicht den Verlust Elsaß-Lothringens oder Nordschleswigs – oder jedenfalls beklagten sie ihn nicht offen. Sie beklagten nur die Abtretungen an Polen, aber dieser Verlust ergab sich unweigerlich daraus, daß man die Existenz Polens anerkannt hatte, und aus der Übertreibung seiner nationalen Ansprüche, obwohl man Polen großzügig behandelt hatte, nicht aus strategischen Überlegungen. In einem Punkte setzte sich Lloyd

George sogar zugunsten Deutschlands in Widerspruch zu seinen eigenen Alliierten. Die Franzosen und die Amerikaner schlugen vor, daß Danzig, eine Stadt, die zwar von Deutschen bewohnt wurde, aber für Polen wirtschaftlich wichtig war, Polen einverleibt werden sollte. Lloyd George bestand darauf, daß sie zu einer Freien Stadt unter einem Hochkommissar gemacht wurde, der vom Völkerbund zu ernennen war. Auf diese seltsame Weise wurde, derzeit zu Deutschlands Wohl, das Ärgernis für die Deutschen geschaffen, das angeblich den zweiten Weltkrieg auslöste. Nur eine territoriale Bestimmung negativer Art richtete sich aus Sicherheitsgründen gegen das Nationalitätenprinzip. Dem deutschsprachigen Österreich, dem Rumpf der Habsburger Monarchie, wurde verboten, sich ohne Zustimmung des Völkerbundes mit Deutschland zu vereinigen. Auf diese Weise entstand für die meisten Österreicher ein Ärgernis, auch für den deutschen Obergefreiten Hitler, der zu diesem Zeitpunkt noch österreichischer Staatsbürger war. Aber für die meisten Deutschen im Reich bedeutete diese Bestimmung kein Ärgernis. Sie waren in Bismarcks Deutschland aufgewachsen und sahen in Österreich ein fremdes Land. Sie hatten im Moment kein Verlangen danach, zu ihren Sorgen auch noch die der Österreicher hinzuzufügen. In noch stärkerem Maße traf das auf die deutschsprechende Bevölkerung andernorts zu – in der Tschechoslowakei, in Ungarn und Rumänien. Sie mochte darüber betrübt sein, daß sie fremden Nationalstaaten einverleibt worden war, doch die Deutschen im Reich wußten wenig über sie und scherten sich kaum darum.

Eine andere territoriale Bestimmung dagegen war ihrem Ursprung nach durchaus strategischer Natur. Das war die Besetzung des Rheinlands durch die alliierten Streitkräfte. Von den Briten und den Amerikanern war sie als eine zeitweilige Sicherheitsmaßnahme geplant und auf nur fünfzehn Jahre befristet worden. Die Franzosen wollten jedoch das Rheinland für immer haben und hofften, als sie im Friedensvertrag ihren Wunsch nicht durchbrachten, zu demselben Ergebnis zu kommen, indem sie die Freigabe mit zufriedenstellenden Reparationszahlungen durch die Deutschen verknüpften. So wurden die Reparationen für die nächsten paar Jahre zu dem

beherrschenden Problem, das um so unlösbarer war, weil es sich eigentlich um zwei Probleme handelte – bald sogar um drei. Angeblich waren die Reparationen durch die vernünftige Forderung veranlaßt worden, daß die Deutschen für den Schaden zahlen sollten, den sie angerichtet hatten. Die Franzosen verzögerten jedoch jede Abmachung, weil sie hofften, am Rhein bleiben zu können, und die Kriegsschulden der Alliierten vermehrten die Verwirrung um eine weitere Ursache. Denn als die Briten aufgefordert wurden, ihre Schulden an die Vereinigten Staaten zurückzuzahlen, erklärten sie 1922, sie würden von ihren Alliierten nur so viel verlangen, daß sie die amerikanischen Verpflichtungen erfüllen könnten. Darüber erschrocken, schlugen die Alliierten vor, ihre Schuld an Großbritannien mit dem zu bezahlen, was sie von Deutschland in Form von Reparationen erhielten. So war die letzte Entscheidung unversehens den Deutschen zugefallen. Sie hatten den Vertrag unterzeichnet, sie hatten eine Verpflichtung anerkannt, nur sie konnten sie erfüllen. Sie konnten sich bereit erklären, Reparationen zu zahlen, dann war der Frieden der Welt gesichert, die Besatzungstruppen würden aus dem Rheinland zurückgezogen werden, die Frage der Kriegsschulden ihren Stachel verlieren. Aber sie konnten sich auch weigern zu zahlen oder ihre Zahlungsunfähigkeit erklären. Dann standen die Alliierten vor der Frage: welche Sicherheiten sie außer der Unterschrift der deutschen Regierung besaßen.

Dieselbe Frage wurde durch die deutsche Abrüstung aufgeworfen. Sie war eine Sicherheitsmaßnahme und nichts sonst, trotz der Nebenabsicht, daß sie durchgeführt wurde, um die Abrüstung aller überhaupt in Gang zu bringen. Die deutsche Abrüstung konnte nur funktionieren, wenn die Deutschen sie funktionieren lassen wollten. Und wenn nicht? Wiederum wurden die Alliierten mit dem Problem einer gewaltsamen Durchführung konfrontiert. Die Deutschen hatten den unschätzbaren Vorteil, daß sie überhaupt nichts zu tun brauchten, wenn sie das gegen sie gerichtete Sicherheitssystem sabotieren wollten; sie brauchten nur aufzuhören, Reparationen zu zahlen und ihre Waffen abzulegen. Sie brauchten sich nur so zu geben, wie sich ein unabhängiges Land im Normalfall gibt. Die Alliierten müßten sich dann bewußter Mühen


GROSS-
IRLAND
BRITANNIEN
NIEDER-
LANDE
BELGIEN
FRANKREICH
SCHWE
PORTUGAL
SPANIEN
N O R D A F R I K A
FINNLAND
SCHWEDEN
ESTLAND
LETTLAND
Memel
LITAUEN
Danzig
U. d. S. S. R.
POLEN
Teschen
TSCHECHOSLOWAKEI
UNGARN
RUMÄNIEN
JUGOSLAWIEN
BULGARIEN
ALBANIEN
GRIECHEN-
LAND
Europäische Grenzen
1919-1939
Die Achsenmächte
Von Deutschland
besetzt 1938-39
Von Ungarn
besetzt 1938-39
Von Polen
besetzt 1938

unterziehen und »besondere« Kniffe anwenden, falls sie das Sicherheitssystem aufrechterhalten wollten. Das aber verstieß gegen den gesunden Menschenverstand. Der Krieg war ausgetragen worden, um diese Dinge zu regeln. Was sollte er für einen Sinn gehabt haben, wenn jetzt neue Allianzen, mehr Waffen und größere internationale Schwierigkeiten als vor Beginn des Krieges unumgänglich wurden? Diese Frage war nicht einfach zu beantworten; man ließ sie offen, und damit war dem zweiten Weltkrieg der Weg geebnet.

Dem Versailler Frieden ermangelte von Anfang an die moralische Glaubwürdigkeit. Er mußte durchgesetzt werden; so wie er war, setzte er sich nicht von alleine durch. Das ist jedenfalls im Hinblick auf die Deutschen absolut richtig. Kein Deutscher ließ den Frieden als eine gerechte Regelung zwischen Gleichgestellten »ohne Sieger und Besiegte« gelten. Sobald es passend erschien, wollten alle Deutschen auf jeden Fall irgendeinen Teil des Friedensvertrages abschütteln. Sie waren sich nur über den Zeitpunkt nicht einig – einige wollten ihn gleich ablehnen, die andern (vielleicht die Mehrheit) wollten das einer späteren Generation überlassen. Die deutsche Unterschrift allein besaß also keine verpflichtende Kraft. Aber auch in andern Ländern zollte man dem Vertrag wenig Anerkennung. 1919 war man dauernd darauf bedacht, es besser zu machen als ein Jahrhundert früher die Friedensstifter von Wien, und der größte Vorwurf gegen den Wiener Kongreß richtete sich gegen seinen Versuch, ein »System« für die Zukunft aufzurichten. Die großen freiheitlichen Siege des neunzehnten Jahrhunderts sind diesem »Vertragssystem« abgerungen worden; wie sollte daher ein freiheitlich gesinnter Mensch für ein neues Vertragssystem, für einen neuen Panzer eintreten können? Zwar befürworteten einige Freisinnige auch jetzt ein »System«, aber eines, das sich deutlich von den Sicherungsmaßnahmen des Friedensvertrages unterschied. Früher hatten sie für die nationale Unabhängigkeit aller gesprochen, jetzt konvertierten sie zu dem Glauben an eine übergeordnete internationale Organisation, an die Organisation des Völkerbundes. In dieser Organisation war für eine unterschiedliche Behandlung früherer Feinde oder früherer Verbündeter kein Platz; sie hatten sich alle in ein System

zur Sicherung und Durchsetzung des Friedens einzufügen. Präsident Wilson, der zum Entwurf des Friedensvertrages so viel wie jeder andere beigetragen hatte, gab schließlich wegen der Klauseln, die sich gegen Deutschland richteten, Ruhe, weil er glaubte, daß, wäre der Völkerbund erst einmal gegründet, man von ihnen absehen oder sie nicht anwenden würde.

Von diesen moralischen Einwänden ganz abgesehen, beschwor die Durchsetzung des Friedensvertrages auch praktische Schwierigkeiten herauf. Die Alliierten konnten drohen, aber jede Drohung war weniger wirkungsvoll und gewichtig als die vorhergehende. Im November 1918 war es leichter gewesen zu drohen, daß man den Krieg fortsetzen würde, als im Juni 1919 zu drohen, daß man ihn wieder aufnehmen würde. Im Juni 1919 wiederum ließ sich leichter mit der Wiederaufnahme drohen als im Juni 1920 und zu diesem Zeitpunkt leichter als 1923; und zum Schluß war es praktisch unmöglich, mit der Wiederaufnahme überhaupt zu drohen. Die Männer widerstrebten in zunehmendem Maße, ihre Familien auf Befehl zu verlassen, um in einem Krieg zu kämpfen, von dem man ihnen gesagt hatte, daß man ihn schon längst gewonnen habe; die Steuerzahler widerstrebten in zunehmendem Maße, für einen neuen Krieg zu zahlen zu einem Zeitpunkt, da sie noch unter den Lasten des letzten stöhnten. Außerdem zerschellte jede Drohung an der Frage: wenn es sich damals nicht gelohnt hatte, den Krieg fortzuführen, um die »bedingungslose Kapitulation« durchzusetzen, welch einen Sinn sollte es dann haben, ihn für ein kleineres Ziel wiederaufzunehmen? »Bestimmte Pfänder« konnte man zurückhalten; man konnte die Ruhr oder andere Industriegebiete Deutschlands besetzen. Aber was würde dadurch erreicht? Allein eine neue Unterschrift der deutschen Regierung, die sie wie die frühere achten oder mißachten konnte. Früher oder später würden die Besatzungsmächte abziehen. Dann wäre die vorherige Situation wiederhergestellt: die Entscheidung läge wieder in deutscher Hand.

Es gab jedoch außer der Wiederaufnahme des Krieges oder der Besetzung deutscher Gebiete auch andere Zwangsmaßnahmen. Sie waren wirtschaftlicher Natur – eine Abart der Blokkade, von der man glaubte, daß sie entscheidend zu Deutsch-

lands Niederlage beigetragen hätte. Denn im Juni 1919 hatte der Druck der Blockade die deutsche Regierung bewogen, den Friedensvertrag anzunehmen. War sie aber erst einmal abgebaut, konnte sie nicht mit gleicher Härte wie während des Krieges wiedererrichtet werden, und sei es auch nur aus Angst vor zu intensiven Auswirkungen. Denn wenn Deutschland im wirtschaftlichen Chaos versinken und seine Regierung zusammenbrechen würde, wer sollte dann die Bedingungen des Friedensvertrages erfüllen? Die Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten arteten deshalb in einen erpresserischen Wettkampf aus, aufregende Fetzen aus einem Gangsterfilm. Die Alliierten, wenigstens einige, drohten, Deutschland zu Tode zu würgen; die Deutschen drohten damit zu sterben. Keine Seite wagte, ihre Drohung auf die Spitze zu treiben. In zunehmendem Maße verschwanden die Drohungen; an ihre Stelle traten Lockmittel. Die Alliierten boten an, Deutschlands rechtmäßigen Platz in der Welt wiederherzustellen, sobald ihre Forderungen erfüllt wären; die Deutschen antworteten, daß es keinen Frieden in der Welt geben würde, wenn diese Forderungen nicht eingeschränkt würden. Nahezu universal war der Glaube verbreitet – nur bolschewistische Kreise schlossen sich von ihm aus –, daß die einzig sichere Zukunft der Menschheit in einer Rückkehr zum freien Weltmarkt bestünde, den man nur während des Krieges – zeitlich begrenzt, wie man glaubte – preisgegeben hatte. Die Alliierten hatten mit dem Angebot, Deutschland auf diesem Weltmarkt wieder zuzulassen, eine wertvolle geschäftliche Waffe in der Hand. Aber die Deutschen hatten das ebenfalls, denn eine stabile Welt konnte nicht ohne sie wiedererrichtet werden. So wurden die Alliierten durch ihre eigene Politik dahin gebracht, in Deutschland einen gleichwertigen Partner zu sehen, und damit waren sie wieder bei dem alten eigensinnigen Problem angekommen. Wenn Deutschland auf gleichen Fuß mit den andern gestellt wurde, würde es die stärkste Macht in Europa werden; traf man ihm gegenüber besondere Vorkehrungen, würde es sich wie ein minderwertiger Partner fühlen.

Was die Alliierten wirklich wünschten, war ein Vertragssystem, das sich zwar gegen Deutschland richtete, das aber

von den Deutschen bereitwillig angenommen würde. Es ist seltsam, daß irgendwer jemals an eine solche Möglichkeit glaubte, aber es geschah in einem geschichtlichen Augenblick, da abstrakte Ideen mit Macht in die internationalen Beziehungen eindrangen. Die alten Monarchien hatten Verträge nur geachtet, soweit diese Rechte verliehen; sie hatten sich niemals viel um Verträge gekümmert, die Verpflichtungen einschlossen. Die neue Einstellung entsprach der »Heiligkeit des Vertrages«, die das grundlegende Element der bürgerlichen Kultur ist. Könige und Aristokraten bezahlen keine Schulden und halten selten ihr Wort. Doch das kapitalistische System würde zusammenbrechen, wenn nicht seine Anwälte, ohne lange zu fragen, die kleinste Kleinigkeit achteten, und von den Deutschen wurde nun erwartet, daß sie sich nach derselben Ethik richteten. Für das Vertrauen in die Verträge gab es auch praktischere Gründe; der praktischste war, daß es keine Alternative gab. Hierin liegt der große Unterschied zwischen der Periode nach dem ersten Weltkrieg und früheren Epochen ähnlicher Natur. Denn das Problem, daß eine große europäische Macht auffallend stärker war als der Rest, war keineswegs neu. Im Gegenteil, während der vergangenen vierhundert Jahre war es wieder und wieder vorgekommen. Aber man hatte sich nicht auf Vertragsbestimmungen verlassen oder auf Versprechungen des Stärkeren, seine Stärke nicht zu mißbrauchen. Die schwächeren, friedfertigeren Mächte hatten sich, fast unbewußt, zusammengefunden. Sie hatten sich verbündet und vereinigt, um den Angreifer zu schlagen oder abzuschrecken. So war es gegenüber Spanien im sechzehnten Jahrhundert gewesen, gegenüber den Bourbonen im siebzehnten und gegenüber Napoleon im neunzehnten Jahrhundert. So hatte es sich um derselben Sache willen im ersten Weltkrieg verhalten.

Nach 1919 versagte dieses alte erprobte System. Die große Koalition löste sich auf. Dafür gab es einen einleuchtenden und achtenswerten Grund. Obgleich die Sieger in Übereinstimmung mit der Doktrin vom Gleichgewicht der Kräfte gehandelt hatten, schämten sie sich der Tat. Viele glaubten nämlich, daß das Gleichgewicht der Kräfte den Krieg verursacht hätte und daß ein Festhalten daran einen weiteren

verursachen würde. Für die Praxis bedeutete das, daß das Gleichgewicht der Kräfte nicht notwendig zu sein schien. Die Alliierten hatten zwar einen großen Schreck bekommen, aber sie hatten auch einen großen Sieg errungen. So schlitterten sie nun ohne weiteres in die Annahme, daß er endgültig sein würde. Wer den einen Krieg gewonnen hat, vermag sich kaum vorzustellen, daß er den nächsten verlieren könnte. Jede der siegreichen Mächte meinte, die Freiheit zu haben, ihre eigene Politik betreiben, ihren eigenen Interessen nachgehen zu können, und diese stimmten keinesfalls überein. Die Verbündeten des Krieges wurden nicht bewußt auf Distanz gehalten. Vielmehr trieben die Ereignisse die Alliierten auseinander, und nicht einer von ihnen mühte sich entschieden genug, diesen Vorgang zu verhindern.

So überlebte die gemeinsame Front der Alliierten die Friedenskonferenz nicht lange, und sie bestand selbst während der Konferenz nicht ohne Schwierigkeiten fort. Die Franzosen drängten auf Sicherheit; die Amerikaner und bis zu einem gewissen Grad die Briten neigten zu dem Glauben, daß sie ihr Teil getan hätten. Den Siegern gelang es zwar, sich auf einen Friedensvertrag zu einigen, aber Präsident Wilson scheiterte an der Bestätigung durch den amerikanischen Senat. Das war ein Schlag gegen die Neuordnung, aber er war nicht so entscheidend, wie später behauptet wurde. Denn Amerikas Beziehungen zu Europa wurden durch die Geographie stärker bestimmt als durch die Politik. Wie auch immer die Vertragsvereinbarungen aussahen, Europa lag den Vereinigten Staaten sehr ferne, jenseits des Atlantischen Ozeans. Die amerikanischen Truppen wären auch dann aus Europa zurückgezogen worden, wenn der Senat den Vertrag von Versailles gutgeheißen hätte. Wie die Sache stand, blieben immerhin einige am Rhein zurück. Ohne Zweifel wäre das Ansehen des Völkerbundes gehoben worden, wenn die Vereinigten Staaten Mitglied gewesen wären, aber die britische Politik in Genf ging davon aus, daß die Mitgliedschaft einer zweiten angelsächsischen Macht den Völkerbund nicht notwendigerweise in das Instrument der Sicherheit verwandeln würde, das die Franzosen ersehnten. So wurde 1919 und später vieles der Tatsache zugeschrieben, daß die Amerikaner daran gescheitert

waren, jene Vertragsgarantie zu erfüllen, mit deren Hilfe Wilson und Lloyd George Clemenceau überredet hatten, auf die Einverleibung des Rheinlandes zu verzichten. Aber dieser verkümmerte Vertrag schenkte in jedem Falle nur Sicherheit auf dem Papier. Weder amerikanische noch britische Truppen blieben in Frankreich zurück, und da sowohl die britischen als auch die amerikanischen Streitkräfte auf den Friedensstandard reduziert wurden, hätten auch im Falle der Gefahr keine Truppen geschickt werden können. Darauf wies Briand 1922 hin, als Lloyd George, allerdings ohne Beteiligung der Amerikaner, jenen Vorschlag erneuerte. Briand sagte, daß die Deutschen Zeit genug haben würden, Paris und Bordeaux zu erreichen, bevor die britischen Truppen einträfen, um die deutschen aufzuhalten; und genauso kam es 1940 trotz der britischen Zusage. Die angloamerikanische Garantie bedeutete selbst dann, wenn sie erfüllt würde, nicht mehr als ein Versprechen, Frankreich zu befreien, falls es von den Deutschen erobert werden sollte – ein Versprechen, das 1944 auch ohne Vertrag eingehalten wurde. Sowohl durch die Geographie als auch durch den politischen Horizont wurden die Vereinigten Staaten daran gehindert, das europäische Sicherheitssystem zu stützen; man konnte höchstens von ihnen erwarten, daß sie eingreifen würden, wenn das Sicherheitssystem gescheitert war, also zu spät.

Aber der amerikanische Rückzug war nicht vollkommen. Obwohl die Vereinigten Staaten den Vertrag von Versailles nicht bestätigten, wollten die Amerikaner doch ein friedliches Europa und eine stabile wirtschaftliche Ordnung. Daher blieb die amerikanische Diplomatie in europäischen Fragen unaufhörlich aktiv. Die zwei Pläne für die Zahlungsweise der deutschen Reparationen, der Dawes-Plan und der Young-Plan, wurden unter amerikanischer Anleitung ersonnen; jeder trägt den Namen eines amerikanischen Vorsitzenden. Amerikanische Anleihen sanierten die deutsche Wirtschaft – zum Guten oder Bösen; die amerikanische Hartnäckigkeit bei der Bezahlung der alliierten Kriegsschulden komplizierte die Frage der Reparationen. Amerikanische Vertreter nahmen an den sich hinziehenden Diskussionen um die Entwaffnung teil. Amerikaner bildeten in der Tat die »Weltmeinung«, für die

diese politischen und wirtschaftlichen Diskussionen weitgehend geführt wurden, und amerikanische Historiker verliehen dem Feldzug gegen Deutschlands »Kriegsschuld« mehr Nachdruck, als wenn man ihn den Deutschen allein überlassen hätte. Die Vereinigten Staaten konnten sich nicht einfach durch die Zurückweisung des Versailler Vertrages von Europa trennen. Die amerikanische Teilnahme am Kriege hatte die Niederlage Deutschlands weitgehend bestimmt, gleicherweise bestimmte die amerikanische Nachkriegspolitik seine Wiederherstellung. Die Amerikaner wurden von ihrer eigenen Stärke irregeführt. Sie gingen von der richtigen Annahme aus, daß Deutschland nach der Niederlage keine Gefahr für sie wäre; von dort aus gelangten sie zu der falschen Annahme, daß es auch keine Gefahr für die europäischen Länder darstellen könne. Auf die amerikanische Politik wäre es nicht so sehr angekommen, wären die europäischen Großmächte einer Meinung gewesen. Frankreich, Italien und Großbritannien hätten einen gewaltigen Bund gebildet, und das gilt auch trotz all der abschätzigen Bemerkungen, die man in diesem Buch noch lesen wird. Sie hätten sich gegen Deutschland behaupten, auch wenn sie es nicht hätten niederzwingen können. Von diesen drei Nationen war Italien die schwächste, sowohl im Hinblick auf die wirtschaftlichen Reserven als auch im Hinblick auf den politischen Zusammenhalt. Außerdem war es seinen Verbündeten dadurch entfremdet, daß es nicht den ihm gebührenden Anteil an der Kriegsbeute erhalten hatte. Ihm fehlte sein Stück aus dem Ottomanischen Reich, und nach vielen Beschwerden hatte man es mit wertlosem Kolonialgebiet abgespeist. Andererseits erfreute es sich einer illusorischen Sicherheit, einer Trennung von Europa, die es beinahe in eine Insel verwandelte. Sein Feind war Österreich-Ungarn gewesen, nicht Deutschland, und als die Habsburger Monarchie in Stücke brach, wurde es mit einem Schirm aus kleinen Nachbarn umgeben. Hinter diesem Schirm erschien das »deutsche Problem« gering. Die italienischen Staatsmänner begrüßten sogar die Unannehmlichkeiten, die dieses Problem den Franzosen verursachte. Mitunter nutzten sie diese Unannehmlichkeiten für ihre Zwecke aus, mitunter gaben sie sich als unparteiische Schiedsrichter zwischen Frankreich und Deutschland. Auf jeden Fall mußte Italien nur wenig zum Sicherheitssystem beisteuern, aber selbst dieses wenige steuerte es nicht bei.

Italiens Enthaltung hätte ebenfalls wenig ausgemacht, wenn Großbritannien und Frankreich vollkommen übereingestimmt hätten. Hier fiel die Kriegskoalition endgültig und entscheidend auseinander. Die beiden Länder blieben eng verbunden. Das gelegentliche Gerede in England, daß Frankreich eine neue napoleonische Herrschaft über Europa anstrebe oder sie sogar schon errungen hätte, war nur eine zeitweilige Verirrung. Allgemein gesagt, handelten die zwei weiterhin gemeinsam als »die westlichen Demokratien«, als Europas Treuhänder und gemeinschaftliche Sieger des großen Krieges. Die Vereinigung war, wenn sie überhaupt etwas war, zu eng, denn jeder suchte die Politik des andern zu hemmen. Während des Krieges hatten die Briten Deutschland durchaus scharf angeklagt, sie hatten ohne Illusionen betont, daß es sich um einen Kampf auf Leben und Tod handelte. Aber jetzt hielten sie den Kampf für gewonnen. Die deutsche Flotte war verschwunden, die Deutschen forderten keine Kolonien mehr, und was die Wirtschaft anging, so waren die Briten mehr darauf bedacht, Deutschland wiederherzustellen, als es niederzuhalten. Die Führer der Streitkräfte wurden frühzeitig darüber unterrichtet, daß man wenigstens zehn Jahre lang nicht mit einem größeren Krieg zu rechnen hätte, und diese Anweisung wurde bis 1933 jährlich erneuert. Später wurde zwar viel über Großbritanniens »beispielhafte Abrüstung« gesprochen. Wenn aber damit eine Abrüstung gemeint ist, wie man sie sich damals vorstellte, nämlich eine, die die Grenzen der nationalen Sicherheit verletzte, so gab es sie nicht. Es gab eine britische Abrüstung aus wirtschaftlichen Gründen, es gab eine Abrüstung aus Nachlässigkeit und auf Grund von Fehlurteilen, aber es fand keine Abrüstung aus Prinzip statt. Im Gegenteil, denn die Briten glaubten, daß sie jetzt gesicherter wären als vormals. Sie lösten nach dem großen Krieg ihr Massenheer auf, weil sie glaubten, daß sie niemals in einem weiteren kämpfen müßten; und wenn sie es später versäumten, bewaffnete Streitkräfte aufzubauen, so befolgten sie damit nur den Rat der anerkanntesten

militärischen Fachleute, die der Ansicht waren, daß Panzer nicht so nützlich wären wie Pferde. Die britische Vorherrschaft zur See war in den europäischen Gewässern größer denn jemals, bestimmt viel größer als vor 1914. Mit Ausnahme der französischen waren alle andern Flotten verschwunden, und es war trotz gelegentlicher hitziger Debatten unvorstellbar, daß Großbritannien und Frankreich jemals gegeneinander Krieg führen würden.

Wenn unter »Sicherheit« einfach die Unmöglichkeit einer Invasion zu verstehen ist, dann schienen die Britischen Inseln sicherer zu sein als jemals zuvor in ihrer Geschichte. Die Briten neigten wieder der Isolation zu, wie schon oft nach einem großen Krieg. Sie zweifelten daran, daß sich der Krieg gelohnt hätte, sie empfanden Ärger gegenüber ihren früheren Verbündeten und wurden freundlich zu ihren früheren Feinden. Die britischen Staatsmänner gingen jedoch nicht so weit. Sie wollten weiterhin mit Frankreich zusammenarbeiten, und sie erkannten an, daß ein friedliches, ausgeglichenes Europa im britischen Interesse lag. Aber deshalb waren sie noch lange nicht dazu bereit, jede französische Forderung an Deutschland zu unterstützen. Vielmehr neigten sie dazu, das Gerede über die deutsche Gefahr als historischen Romantizismus anzusehen, was sie im gegenwärtigen Moment auch tatsächlich war. Die französische Besessenheit um Sicherung schien nicht nur übertrieben, sondern grundlos zu sein, und selbst die britischen Staatsmänner, die versuchten, diese Besessenheit mit formalen Erklärungen einzuschläfern, vermuteten nicht, daß sie jemals dazu gezwungen sein würden, ihre Worte in Taten umzusetzen. Darüber hinaus wurden die britischen Versprechungen, Frankreich zu unterstützen, nicht als Ergänzung der andern Sicherheitsmaßnahmen angeboten, vielmehr waren sie als Alternative gedacht, in der Hoffnung, Frankreich würde von den andern Maßnahmen absehen. Die Engländer dachten tief über ihre politischen Fehler in den Vorkriegsjahren nach. Einige waren natürlich der Ansicht, daß sich Großbritannien überhaupt nicht in die kontinentalen Angelegenheiten hätte hineinziehen lassen sollen. Aber viele derjenigen, die der Ansicht gewesen waren, daß der kommende Krieg durchgestanden werden müsse, waren doch

auch der Ansicht, daß man ihn hätte vermeiden können, falls Großbritannien mit Frankreich ein förmliches Verteidigungsbündnis abgeschlossen hätte. Das hätte den Deutschen deutlich gezeigt, daß Großbritannien kämpfen wollte, und es hätte ebenso den Franzosen und noch stärker den Russen klargemacht, daß es sich an den »östlichen Zänkereien« nicht beteiligen würde. Jetzt, nach dem Krieg, drückte das Bündnis mit Frankreich eine gemäßigte Form der Isolation aus. Indem sich Großbritannien selbst darauf festlegte, Frankreichs Grenzen zu verteidigen, wollte es auch zeigen, daß es darüber hinaus keine Verpflichtungen hätte.

Von nun an arbeitete die britische Politik nicht mehr gegen Deutschlands Wiederherstellung, nicht einmal dort, wo sie am engsten mit Frankreich zusammenging; sie bot lediglich eine Sicherheit gegen die Folgen der Wiederherstellung an. Als Preis für die britische Unterstützung sollte Frankreich alle Interessen östlich des Rheins und damit seine ganze Stellung als europäische Großmacht aufgeben. Dasselbe hatte London schon vor 1914 angestrebt, aber damals hatte Frankreich zwei Eisen im Feuer gehabt. Das Bündnis mit Großbritannien hatte eine gewisse begrenzte Hilfe für den Fall geboten, wenn Frankreich tatsächlich überfallen würde, und hatte schließlich, nachdem der Überfall stattgefunden hatte, für eine viel größere Hilfe gesorgt, als erwartet worden war. Aber bis zum Ausbruch des Krieges war dieses Bündnis für die französische Politik gänzlich zweitrangig gewesen. Nur das Bündnis mit Rußland, das die deutsche Macht automatisch halbiert hatte, hatte Frankreich die Unabhängigkeit einer Großmacht gesichert. Selbst 1914 hatten die französischen Feldherren den russischen Streitkräften, die sich nach Ostpreußen wälzten, mit Recht mehr Bedeutung beigemessen als dem kümmerlichen britischen Expeditionskorps auf der linken Flanke der Franzosen. Bis 1917 hatte das russische Bündnis Frankreich noch Unabhängigkeit und trügerische Größe verliehen. Dann war Rußland besiegt worden und aus dem Kriege ausgeschieden. Frankreichs Europa-Politik brach zusammen. Der Krieg wurde ausschließlich im Westen gewonnen – als Folge davon wurde zwar auch der Osten befreit, jedoch nicht durch ein Bündnis; und so fand sich Frankreich

als der Juniorpartner der westlichen Demokratien wieder. Einige französsiche Staatsmänner begrüßten diese Entwicklung. Besonders Clemenceau hatte Rußland als Alliierten nie geschätzt, einmal, weil das russische System der französischen Demokratie fremd war, zum andern wegen der Verwicklung in ferne balkanische Streitereien. Er hatte daher versucht, den Abschluß des Bündnisses zu verhindern, er war entzückt, als es zusammenbrach, und seine grimmige Feindschaft zum Bolschewismus war nicht nur das Ergebnis des Ärgers über Rußlands Fahnenflucht – sie war ebenso eine Versicherung gegen die Erneuerung des Bündnisses. Clemenceau kannte England und die Vereinigten Staaten besser als die meisten Franzosen, und er glaubte voll Leidenschaft daran, daß die Zukunft sowohl Frankreichs als auch der Menschheit bei den Westmächten läge. Am 29. September 1918 sagte er vor der Kammer: »Für diese Entente werde ich jedes Opfer bringen.« Und er brachte es. Daß man sich über den Vertrag von Versailles überhaupt einigte, gelang nur, weil Clemenceau von allen französischen Staatsmännern Großbritannien und den Vereinigten Staaten am gewogensten war. Die andern französischen Führer waren weniger zielbewußt. Zwar hielten nur ein paar Schwadronierer auf der extremen Rechten ihren Haß auf England aufrecht, und praktisch niemand hatte etwas gegen Amerika. Aber viele mißtrauten der Festigkeit der beiden angelsächsischen Mächte; einige träumten, berauscht vom Sieg, von der Wiederherstellung der französischen Stellung als europäischer Vormacht, deren sich Frankreich unter Ludwig XIV. und sogar noch vor Bismarcks Zeiten erfreut hatte; die etwas Bescheideneren dagegen erkannten, daß östliche Verbündete Deutschlands Überlegenheit an Menschenpotential aufwiegen und Frankreichs frühere Stellung als Großmacht wiederherstellen würden.

Rußland konnte dieser östliche Verbündete nicht sein. Dafür war angeblich der Bolschewismus der Grund. Die Westmächte hatten sich in Interventionskriege gegen das bolschewistische Regime verwickelt, sogar schon, als der Krieg gegen Deutschland noch im Gange war, ferner unterstützten sie einen cordon sanitaire aus Staaten an Rußlands Westgrenze, schließlich ergaben sie sich einer Nichtanerkennungspolitik, die

selbst dann noch moralisch behauptet, als das Tor für den Handel mit Rußland widerwillig etwas geöffnet wurde. Die sowjetischen Führer brachen von ihrer Seite aus, nachdem sie im November 1917 die Macht ergriffen hatten, protzig mit der verderbten Welt des Kapitalismus und setzten alles auf die internationale Revolution. In ihren Augen war die Dritte Internationale selbst dann noch bedeutender als das sowjetische Außenministerium, als die Revolution ausblieb. Theoretisch waren die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und den europäischen Mächten so, als ob der Krieg ausgesetzt worden wäre. Einige Historiker sehen diesen verborgenen Krieg sogar als den Schlüssel zur Periode zwischen den Kriegen an. Sowjetische Historiker behaupten, daß Großbritannien und Frankreich um eines europäischen Kreuzzugs willen über Deutschland hätten siegen wollen – um einen neuen Interventionskrieg gegen Sowjetrußland führen zu können –, und einige westliche Historiker behaupten, daß die sowjetischen Führer beständig Unruhe in den internationalen Angelegenheiten gestiftet hätten in der Hoffnung, dadurch die Revolution anzufachen. Das hätten beide Parteien tun müssen, wenn sie ihre Grund- und Glaubenssätze ernst genommen hätten. Aber niemand tat es. Die Bolschewisten gestanden, als sie zum »Sozialismus für ein einzelnes Land« übergingen, stillschweigend ihren Wunsch nach Sicherheit und ihre Gleichgültigkeit gegenüber der restlichen Welt ein. Die westlichen Staatsmänner nahmen die bolschewistische Gefahr niemals ernst genug, um einen neuen Interventionskrieg zu planen. Der Kommunismus suchte Europa weiterhin als Gespenst heim – als Name, den man seinen eigenen Befürchtungen und Schnitzern gab. Aber die Rede vom Kreuzzug gegen den Kommunismus war sogar noch phantastischer als das Gespenst des Kommunismus.

Es gab andere, gröbere Gründe dafür, warum kein Versuch gemacht wurde, Rußland in die europäischen Angelegenheiten zurückzuziehen. Die Niederlage während des Krieges hatte sein Ansehen als Großmacht zerstört; von der nachfolgenden Revolution vermutete man, nicht ganz zu Unrecht, daß sie es für eine Generation zur Schwäche verurteilt hätte. Schließlich war Deutschland von einer politischen Revolution der

mildesten Sorte geschwächt worden; um wieviel vernichtender mußten die Ergebnisse einer grundlegenden sozialen Umwälzung in Rußland sein. Auch waren viele westliche Staatsmänner ein bißchen erleichtert über Rußlands Verschwinden. Es war zwar ein nützliches Gegengewicht gegen Deutschland, aber es war ebenso ein schwieriger und anspruchsvoller Verbündeter gewesen. Während der zwanzig Jahre des französisch-russischen Bündnisses mußten die Franzosen den russischen Forderungen auf Konstantinopel standhalten. 1915 hatten sie höchst widerstrebend nachgegeben und waren nun erfreut, ihre Kriegsversprechen nicht einhalten zu müssen. Die Briten sorgten sich zwar weniger um Konstantinopel, aber sie hatten ebenfalls ihre Kümmernisse mit den Russen im Nahen und Mittleren Osten gehabt. Die kommunistische Nachkriegspropaganda in Indien war zum Beispiel nicht annähernd so bedrohlich wie die alte russische Aktivität in Persien. Von solch speziellen Fragen ganz abgesehen, wickelten sich die internationalen Angelegenheiten ohne russische Teilnahme leichter ab, wie heutzutage jeder weiß. Der praktischste Grund für Rußlands Ausschluß war jedoch eine ganz einfache geographische Tatsache. Der cordon sanitaire erfüllte seine Aufgabe. Balfour, und offensichtlich nur Balfour, hatte das vorausgesehen. Am 21. März 1917 hatte er vor dem königlichen Kriegskabinett gesagt: »Wenn Sie ein vollkommen unabhängiges Polen schaffen, ... dann schneiden sie Rußland gänzlich vom Westen ab. Rußland hört dann auf, oder jedenfalls nahezu, ein Faktor in der westlichen Politik zu sein.« Und so geschah es. Rußland hätte seine Rolle in den europäischen Angelegenheiten selbst dann nicht spielen können, wenn es gewollt hätte. Aber warum sollte es? Der cordon sanitaire arbeitete auch für seine Seite, obgleich man das während einiger Jahre kaum wahrnahm. Er schloß Rußland von Europa ab, aber ebenso Europa von Rußland. Die Schranke, die für Rußland ersonnen worden war, schützte es durch eine Verkehrung der Tatsachen.

In französischen Augen hatten die neuen Nationalstaaten, die den cordon sanitaire bildeten, eine wichtigere Funktion. Sie waren der von der Vorsehung bestimmte Ersatz für den verschwundenen russischen Verbündeten: weniger unberechenbar und unabhängig, aber zuverlässiger und achtbarer. Clemenceau sagte vor dem Rat der Vier: »Unsere sicherste Garantie gegen einen deutschen Angriff ist, daß hinter Deutschland die Tschechoslowakei und Polen in einer ausgezeichneten strategischen Position stehen.« Wenn selbst Clemenceau so etwas glaubte, überrascht es nicht, daß andere Franzosen das Bündnis mit den Nachfolgestaaten zum beherrschenden Thema der französischen Außenpolitik machten. Nur wenige erkannten die Paradoxie. Die neuen Staaten waren Satelliten und Klienten: Sie waren zwar von nationaler Begeisterung beseelt, waren aber doch erst durch den Sieg der Alliierten unabhängig geworden und wurden später durch französisches Geld und französische Militärberater unterstützt. Die französischen Bündnisverträge mit diesen Staaten hatten nur Sinn als Schutzverträge ähnlich denen, die Großbritannien mit den neuen Staaten im Mittleren Osten abschloß. Die Franzosen sahen aber die Sache von der andern Seite an. Sie betrachteten ihre östlichen Verbündeten als Aktiva, nicht als Passiva, sie sollten Frankreich Schutz, nicht Verpflichtungen bringen. Sie erkannten zwar an, daß die neuen Staaten französisches Geld brauchten. Da Rußland auch welches gebraucht hatte, bekamen sie es in weitaus größerem Maße. Das Bedürfnis würde zeitlich begrenzt sein. In jeder anderen Hinsicht würden die neuen Staaten ein großer Fortschritt sein. Im Gegensatz zu Rußland würden sie nicht durch überflüssigen Ehrgeiz in Persien oder im Fernen Osten abgelenkt. Im Gegensatz zu Rußland würden sie nie enge Bindungen mit Deutschland eingehen können. Demokratisch und national nach französischem Vorbild würden sie in Friedenszeiten dauerhafter und im Kriege tüchtiger sein. Sie würden niemals ihre geschichtliche Rolle in Frage stellen: zu Frankreichs Nutzen die deutschen Streitkräfte abzulenken und zu teilen.

Die tschechische und die polnische Stärke wurden in überraschender Weise überschätzt. Denn die Franzosen wurden durch die Erfahrungen des letzten Krieges irregeführt. Trotz ihres etwas verspäteten Einsatzes von Panzern betrachteten sie die Infanterie weiterhin als, in Pétains Worten, die »Königin des Schlachtfeldes« und hielten weiterhin die Gewehrstärke für den entscheidenden Faktor. Frankreich war mit

seiner Bevölkerung von vierzig Millionen Deutschland mit fünfundsechzig Millionen offensichtlich unterlegen. Fügte man aber die dreißig Millionen Polen hinzu, dann zog Frankreich gleich, und mit zusätzlichen zwölf Millionen Tschechoslowaken war es überlegen. Außerdem sehen die Menschen in die Vergangenheit, wenn sie die Zukunft erforschen, und die Franzosen konnten sich auf keinen Fall einen zukünftigen Krieg vorstellen, der nicht mit einem deutschen Angriff auf sie begann. Deshalb fragten sie immer: Wie können uns unsere östlichen Verbündeten helfen, und niemals: Wie können wir ihnen helfen. Daher hatten sie nach 1919 ihre eigenen militärischen Vorbereitungen in zunehmendem Maße auf die Verteidigung eingestellt. Die Armee wurde für den Stellungskrieg ausgerüstet, die Grenze mit Befestigungen umsäumt. Die französische Diplomatie und die französische Strategie liefen einander also eindeutig zuwider. Selbst innerhalb des diplomatischen Systems gab es einen Widerspruch. Die englisch-französische Entente und die Bündnisse mit dem Osten ergänzten sich nicht gegenseitig, sie hoben sich auf. Um Polen oder der Tschechoslowakei zu helfen, konnte Frankreich offensiv nur mit britischer Unterstützung vorgehen, aber auf diese Unterstützung konnte es nur rechnen, wenn es in der Defensive blieb, um sich selbst und nicht um entfernte Länder in Osteuropa zu schützen. Dieser tote Punkt wurde nicht erst durch die wechselnden Bedingungen in den dreißiger Jahren erreicht. Er bestand unausgesprochen vom ersten Augenblick an, und keiner, weder die Briten noch die Franzosen, sprang jemals hinüber.

Diese Schwierigkeiten sind uns klar. Sie waren zu ihrer Zeit weniger offensichtlich. Trotz des Verschwindens von Rußland und trotz des Rückzugs der Vereinigten Staaten bildeten Großbritannien und Frankreich noch den Obersten Gerichtshof, der die Gesetze für ganz Europa festlegte. Bündnisse und zukünftige Kriege erschienen schließlich klein im Vergleich zu der neuen Institution, die der Friedenskonferenz entsprang: dem Völkerbund. Es ist richtig, daß im Hinblick auf die Natur des Völkerbundes England und Frankreich tiefgehend und grundlegend in ihren Ansichten voneinander abwichen. Die Franzosen wollten den Völkerbund zu einem

Sicherheitssystem entwickeln, das sich gegen Deutschland richtete, die Briten betrachteten ihn als ein ausgleichendes System unter Einschluß Deutschlands. Die Franzosen glaubten, daß der letzte Krieg durch den deutschen Angriff ausgelöst worden wäre, die Briten kamen mehr und mehr zu der Ansicht, daß er auf einem Versehen beruhte. Die beiden Länder zogen aus diesem Unterschied niemals eine endgültige Konsequenz. Statt dessen gab jeder vor, mit dem andern einen Kompromiß zu schließen, allerdings mit dem unausgesprochenen Vorbehalt, der andere habe ihn nicht überzeugt. Jeder wartete auf Ereignisse, die dem andern unrecht geben würden, und jeder wurde im Laufe der Zeit befriedigt, allerdings nicht zu irgendeinem guten Zweck. In der Praxis siegte die britische Auslegung. Um eben dieser Sache willen wurde die Satzung des Völkerbundes in allgemeine Richtlinien eingebettet. Aber sie richteten sich gegen den Angriffskrieg, nicht gegen Deutschland, und es wäre wirklich schwierig gewesen, den Völkerbund gegen Deutschland einzusetzen, selbst als es noch nicht Mitglied mit gleichen Rechten war. Wieder zeigt sich hier, daß eine negative Politik immer kräftiger ist als eine positive: es ist leichter, sich zu enthalten, als zu handeln. Aber in erster Linie ergab sich der britische Gesichtspunkt unausweichlich aus der Entscheidung vom November 1918: aus der Entscheidung, einen Waffenstillstand und dann Frieden mit der deutschen Regierung zu schließen. Nachdem einmal entschieden worden war, Deutschland nicht zu zerstören, mußte es früher oder später in die Gemeinschaft der Völker zurückkehren. Sowohl die britische als auch die französische Regierung wurden durch Schwierigkeiten, interne wie auswärtige, abgelenkt und hatten deshalb keine klare und konsequente Politik. Aber soweit es eine sinnvolle Struktur in der Politik der Nachkriegsjahre gab, war es die Geschichte von den Mühen, Deutschland zu versöhnen, und deren Fehlschlag.

KAPITEL III

DAS NACHKRIEGSJAHRZEHNT

Die Geschichte Europas zwischen den Kriegen drehte sich um »die deutsche Frage«. War sie geregelt, würde alles geregelt sein, blieb sie ungelöst, würde Europa keinen Frieden finden. Im Vergleich dazu verloren alle andern Fragen ihren Stachel oder wurden unbedeutend. Die bolschewistische Gefahr zum Beispiel, die ohnedies niemals so akut war, wie man glaubte, hörte plötzlich auf zu bestehen, als die Roten Armeen im August 1920 vor Warschau zurückgeschlagen wurden; von diesem Augenblick an bestand für die nächsten zwanzig Jahre nicht die geringste Aussicht darauf, daß der Kommunismus irgendwo in Europa außerhalb der russischen Grenzen triumphieren würde. Auch der ungarische »Revisionismus« machte während der zwanziger Jahre viel Geräusch – wenn man den Gesichtskreis einengt sogar mehr Geräusch als der deutsche Revisionismus. Aber er warf doch nur den Schatten eines lokal begrenzten Krieges, niemals den einer allgemeinen Umwälzung. Auch Italien zankte sich – mit Jugoslawien über die Adria – und behauptete später, eine unbefriedigte »Habenichts«-Nation zu sein. Aber Italien konnte höchstens Schlagzeilen liefern, nicht jedoch Alarm auslösen. Die deutsche Frage stand also allein. Das war neu. Das Problem deutscher Macht hatte es vor 1914 gegeben, obwohl man es damals nicht ganz erkannt hatte; aber es hatte auch andere Probleme gegeben – Rußlands Verlangen nach Konstantinopel, das französische Verlangen nach Elsaß-Lothringen, den italienischen Irredentismus, das südslawische Problem innerhalb Österreich-Ungarns, die endlosen Unruhen auf dem Balkan. Jetzt gab es neben der Stellung Deutschlands nichts, was von irgendwelcher Bedeutung war.

Ein weiterer Unterschied war sehr wichtig. Vor 1914 waren die Beziehungen der großen europäischen Mächte oft von außereuropäischen Fragen – Persien, Ägypten, Marokko, Innerafrika, der asiatischen Türkei und dem Fernen Osten – überschattet worden. Einige gute Kenner glaubten damals, allerdings zu Unrecht, daß die europäischen Fragen ihre Lebenskraft eingebüßt hätten. Zu Beginn des Jahres 1914 schrieb H. N. Brailsford, ein kluger und gutinformierter Beobachter: »Die Gefahren, von denen unsere Vorfahren in europäische Koalitionen und kontinentale Kriege gezwungen wurden, sind auf Nimmerwiedersehn verschwunden ... Es ist so sicher, wie nur irgend etwas in der Politik sicher sein kann, daß die Grenzen unserer modernen Nationalstaaten für alle Zeiten gezogen sind[1].« Es zeigte sich, daß das genaue Gegenteil der Fall war. Europa wurde auf den Kopf gestellt und plagte die Staatsmänner weiterhin. Nicht ein einziges außereuropäisches Problem, das vor 1914 Schwierigkeiten heraufbeschworen hatte, verursachte zwischen den Kriegen eine wirkliche Krise unter den europäischen Mächten. Es konnte niemand im Ernst annehmen, daß zum Beispiel Großbritannien und Frankreich wegen Syrien in den Krieg ziehen würden, wie sie es einmal wegen Ägypten vorgehabt hatten. Die einzige Ausnahme bildete die abessinische Affäre 1935, aber hierfür war die europäische Politik in Gestalt des Völkerbundes zuständig; es war kein Konflikt um Afrika. Es gab offensichtlich eine weitere Ausnahme: den Fernen Osten. Durch ihn wurde die internationale Politik in ernste Schwierigkeiten gebracht, aber Großbritannien war die einzige europäische Macht, auf die sie sich in der Praxis auswirkten.

Das war ebenfalls etwas Neues. Innerhalb Europas war Großbritannien jetzt die einzige Weltmacht. Auch vor 1914 war es schon eine Weltmacht ersten Ranges gewesen. Aber Rußland, Deutschland und Frankreich hatten im »Zeitalter des Imperialismus« ebenfalls eine große Bedeutung gehabt. Jetzt lag Rußland außerhalb Europas und verbündete sich mit der antieuropäischen Erhebung der Kolonialvölker. Deutschland hatte seine Kolonien eingebüßt und seinen imperialistischen Ehrgeiz aufgegeben, jedenfalls im Augenblick. Frankreich war zwar noch eine Kolonialmacht, wurde aber in Europa

von Schwierigkeiten in Anspruch genommen und stellte bei Auseinandersetzungen mit andern, einschließlich natürlich der Briten, sein Empire auf den zweiten Platz zurück. Im Fernen Osten zeigte sich, wie sich die Dinge gewandelt hatten. Vor 1914 bestand hier ein Gleichgewicht, nicht weniger kompliziert als das Gleichgewicht in Europa. Japan mußte auf Rußland, Deutschland und Frankreich ebenso Rücksicht nehmen wie auf Großbritannien, und die Briten konnten genausogut mit Japan gehen wie dagegen. Die Vereinigten Staaten betrieben nach dem Krieg im Fernen Osten wenige Jahre lang eine aktive Politik, aber sie war wirklich nur von kurzer Dauer. Während der mandschurischen Krise 1931 stand im Fernen Osten Großbritannien Japan praktisch allein gegenüber. Es ist daher leicht zu verstehen, warum die Briten glaubten, etwas anderes zu sein als die europäischen Mächte, und warum sie sich oft aus der europäischen Politik zurückziehen wollten.

Ebenso leicht ist zu verstehen, weshalb die deutsche Frage eine ausschließlich europäische Frage zu sein schien. Die Vereinigten Staaten und Japan fühlten sich nicht von einer Macht bedroht, die keine Flotte und offensichtlich auch keine kolonialen Interessen hatte. Es war Großbritannien und Frankreich schmerzhaft bewußt, daß sie die deutsche Frage allein regeln mußten. Gleich nach 1919 nahmen sie an, daß sie gerecht und schnell geregelt würde – offensichtlich in dem Gefühl, daß der Friedensvertrag voll anerkannt würde. Sie wurden auch nicht gänzlich mißverstanden. Um 1921 waren alle deutschen Grenzen festgelegt, nachdem eine Volksabstimmung, die etwas einseitig ausgelegt wurde, Oberschlesien zwischen Deutschland und Polen geteilt hatte. Die deutsche Abrüstung schritt langsamer voran, als im Vertrag bestimmt war, und es wurden ein paar Ausflüchte gemacht, aber sie schritt voran. Die deutsche Armee hörte als größere Kampfformation auf zu bestehen, und für viele Jahre brauchte sich niemand vor einem drohenden Krieg mit Deutschland zu fürchten. Später wurden zwar die gelegentlichen Ausflüchte sehr aufgebauscht, und man sprach von ihnen, als ob die Abrüstungsbestimmungen entweder niemals beachtet worden oder wertlos gewesen wären. In Wirklichkeit aber erreichten sie ihren Zweck, solange sie in Kraft blieben. Bis 1934 konnte

Deutschland nicht an einen Krieg gegen Polen, geschweige denn gegen Frankreich denken. Von den weiteren Vertragsbestimmungen wurden die Kriegsverbrecherprozesse nach einigen unbefriedigenden Versuchen fallengelassen. Zum Teil gab man damit der deutschen Entrüstung und Sperrigkeit nach. Hauptsächlich aber gab man nach, weil man begriff, daß es unsinnig war, den kleineren Verbrechern den Prozeß zu machen, während der Hauptmissetäter, Wilhelm II., sicher in Holland saß.

Um 1921 war der Friedensvertrag größtenteils durchgesetzt. Es war nicht unvernünftig, anzunehmen, daß er nach und nach seinen galligen Charakter verlieren würde. Den Menschen ist es nicht gegeben, sich Jahr für Jahr um eine gelöste Frage zu streiten, wie verbittert sie am Anfang auch sein mögen. Die Franzosen hatten Waterloo vergessen, ja sogar beinahe Elsaß-Lothringen trotz wiederholter entgegengesetzter Entschlüsse. Die Deutschen würden ebenfalls mit der Zeit vergessen oder sich jedenfalls beruhigen. Das Problem der deutschen Macht würde zwar bestehenbleiben, es würde jedoch nicht verschlimmert werden durch eine heftige Entschlossenheit, die Regelung von 1919 bei der ersten Gelegenheit zu zerstören. Aber das Gegenteil trat ein: die Abneigung gegen den Vertrag wuchs von Jahr zu Jahr. Denn ein Teil des Vertrages war ungeregelt geblieben, und die Streitigkeiten darüber stellten den Rest des Vertrages dauernd in Frage. Das ungelöste Problem waren die Reparationszahlungen – ein schlagendes Beispiel dafür, wie gute Absichten oder, um genau zu sein, wie gute Ideen ein schlechtes Ende nehmen können. 1919 wollten die Franzosen kompromißlos den Grundsatz festlegen, daß Deutschland für die Kriegsschäden voll und ganz aufkommen müsse – eine unbestimmte Verpflichtung, die in Zukunft mit jedem Schritt zur wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands anschwellen würde. Die Amerikaner, vernünftiger, schlugen vor, eine bestimmte Summe zu fixieren. Lloyd George schätzte aber in der überhitzten Atmosphäre des Jahres 1919, daß auch diese Summe die deutschen Möglichkeiten bei weitem übersteigen würde. Er hoffte, daß die Menschen (er selbst eingeschlossen) mit der Zeit zur Vernunft kommen würden: die Alliierten würden

eine vernünftige Forderung stellen, die Deutschen ein vernünftiges Angebot machen und beider Zahlen mehr oder weniger übereinstimmen. Deshalb stellte er sich hinter die Franzosen, wenn auch in genau der umgekehrten Absicht: sie wollten die Rechnung in phantastische Höhen treiben, er wollte sie herunterdrücken. Die Amerikaner gaben nach. Der Friedensvertrag bestätigte nur den Grundsatz der Reparationen, ihre Höhe müßte später zu gegebener Zeit festgelegt werden.

Lloyd George hatte geglaubt, dadurch die Versöhnung mit Deutschland zu erleichtern, aber er machte sie nahezu unmöglich. Die Abweichung zwischen der britischen und der französischen Ansicht, die 1919 verdeckt worden war, trat wieder zutage, sowie man versuchte, eine Zahl zu fixieren: Die Franzosen versuchten immer noch, sie hochzutreiben, die ungeduldigen Briten, sie herunterzudrücken, und die Deutschen zeigten auch nicht die geringste Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit. Weit davon entfernt zu versuchen, ihre Zahlungsfähigkeit zu taxieren, hielten sie bewußt ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten in Unordnung, wohl wissend, daß, wenn die Dinge erst einmal ordentlich laufen würden, die Reparationsrechnung folgen würde. 1920 tagten die Alliierten fleißig, anschließend Konferenz mit den Deutschen, weitere Konferenzen 1921, noch weitere 1922. 1923 versuchten die Franzosen die Zahlung durch die Besetzung der Ruhr zu erzwingen. Die Deutschen antworteten zuerst mit passivem Widerstand, dann ergaben sie sich bedingungslos auf Grund der katastrophalen Inflation. Da die Franzosen nahezu ebenso erschöpft waren wie die Deutschen, stimmten sie einem Kompromiß zu: dem Dawes-Plan, der unter amerikanischem Vorsitz – weitgehend britischen Vorschlägen folgend – entworfen worden war. Obwohl sich sowohl die Franzosen wie die Deutschen über diese befristete Abmachung erregten, wurden in den nächsten fünf Jahren die Reparationen tatsächlich bezahlt. Dann folgte eine weitere Konferenz – weitere Streitereien, weitere Anklagen, weitere Forderungen und weitere Ausflüchte. Der Young-Plan, wieder unter amerikanischem Vorsitz, tauchte auf. Er hatte gerade zu funktionieren begonnen, als Europa von der Depression betroffen wurde. Die Deutschen behaupteten, daß sie zahlungsunfähig wären. 1931 wurden

die Reparationen durch das Hoover-Moratorium für zwölf Monate ausgesetzt. Auf einer letzten Konferenz 1932 in Lausanne wurde klar Tisch gemacht. Zu guter Letzt wurde eine Übereinkunft erzielt, aber dazu hatte es dreizehn Jahre gebraucht, Jahre voll wachsendem Mißtrauen und voller Verbitterung auf allen Seiten. Letzten Endes fühlten sich die Franzosen betrogen und die Deutschen ausgeraubt. Die Reparationen hatten die Kriegsleidenschaften am Leben erhalten.

Ohne Zweifel, die Reparationen hätten in jedem Falle Kummer bereitet. Aber die Unsicherheit und die Auseinandersetzungen ließen die Beschwerden chronisch werden. 1919 glaubten viele, daß die Reparationszahlungen Deutschland in asiatische Armut stürzen würden. J. M. Keynes vertrat diese Ansicht, ebenso alle Deutschen und vielleicht auch viele Franzosen, diese allerdings, ohne die Folgen zu bedauern. Erst während des zweiten Weltkriegs bewies ein geistreicher junger Franzose, Etienne Mantoux, daß die Deutschen die Reparationen hätten zahlen können, ohne zu verarmen, wenn sie es gewollt hätten, und Hitler erteilte praktischen Anschauungsunterricht, als er der französischen Vichy-Regierung riesige Summen entlockte. Die Frage besitzt nur noch akademisches Interesse. Ohne Zweifel waren die Besorgnisse Keynes' und der Deutschen grotesk übertrieben. Ohne Zweifel war die Verarmung Deutschlands eine Folge des Krieges, nicht der Reparationen. Ohne Zweifel hätten die Deutschen die Reparationen zahlen können, wenn sie sie als Ehrenschuld betrachtet hätten, die auf ehrenhafte Weise entstanden war. In Wahrheit zog Deutschland, wie heute jedermann weiß, aus den finanziellen Transaktionen der zwanziger Jahre einen Reingewinn: es lieh sich weit mehr bei amerikanischen privaten Kapitalgebern aus (und zahlte nicht zurück), als es an Reparationen erstattete. Das war natürlich nur ein schwacher Trost für den deutschen Steuerzahler, der ja nicht mit dem deutschen Geldleiher identisch war. Aus demselben Grund waren die Reparationen auch nur ein schwacher Trost für den Steuerzahler der alliierten Länder, der deutlich sah, wie die Einnahmen den Vereinigten Staaten zur Rückzahlung der Kriegsschulden überwiesen wurden. Wägt man eines gegen das andere ab, so bestand der einzige Nutzeffekt der

Reparationen darin, daß eine große Anzahl Buchhalter Arbeit fand. Als wirtschaftliches Faktum besaßen die Reparationen nur geringe Bedeutung. Sie wurden vielmehr zum Symbol. Sie riefen Ärger, Mißtrauen und eine internationale Feindseligkeit hervor. Diese Gefühle waren es, die in erster Linie dem zweiten Weltkrieg den Weg ebneten.

Die Reparationen hielten die Franzosen in einer Haltung mürrischen, aber ziemlich hoffnungslosen Widerstandes fest. Ihr Anspruch war schließlich nicht unbegründet. Nordostfrankreich war während des Krieges verwüstet worden, und wie man auch über die Kriegsschuld denken mochte, es war nicht unvernünftig, wenn die Deutschen helfen sollten, den Schaden zu beseitigen. Aber bald betrogen die Franzosen wie alle andern auch. Einige Franzosen wollten Deutschland für alle Zeiten ruinieren. Die andern hofften, die Reparationen würden nicht gezahlt, so daß die Besatzungsarmeen im Rheinland bleiben könnten. Den französischen Steuerzahlern war gesagt worden, daß Deutschland für den Krieg aufkommen würde, und sie waren daher empört über die Deutschen, als die Steuern erhöht wurden. Schließlich waren die Franzosen selbst die Betrogenen: sie trugen praktisch nichts davon außer der moralischen Schuld, überhaupt Reparationen gefordert zu haben. Nach ihrer Ansicht waren sie in der Frage der Reparationen den Deutschen verschiedentlich entgegengekommen, um diese zu befriedigen. Schließlich hatten sie jeden Anspruch auf Reparationen aufgegeben. Aber die Deutschen schienen unzufriedener zu sein als jemals zuvor. Die Franzosen lernten aus dieser Erfahrung, daß Konzessionen auf andern Gebieten – auf dem Gebiet der Abrüstung oder in Grenzfragen – gleicherweise fruchtlos sein würden. Außerdem lernten sie, wenn auch nicht so bewußt, daß doch Konzessionen gemacht würden. In den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg zeichneten sich die Franzosen durch mangelndes Vertrauen in ihre Führer und zu sich selbst aus. Dieser verzweifelte Zynismus hatte eine lange und komplizierte Vorgeschichte, die von den Historikern oft durchforscht worden ist. Aber der Bericht über die Reparationen lieferte die unmittelbare praktische Ursache. Auf diesem Gebiet hatten die Franzosen sicherlich verloren, und ihre Führer hatten ebenso

sicher ihre einzigartige Unfähigkeit zur Schau gestellt oder hatten wenigstens einzigartig darin versagt, ihre Versprechen zu erfüllen. Die Reparationen fügten der französischen Demokratie ebensoviel Schaden zu wie der deutschen.

Die Reparationen hatten außerdem einen schlechten Einfluß auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Großbritannien. In den letzten Kriegstagen hatten sich die Briten – sowohl die Politiker als auch die Öffentlichkeit – an der französischen Begeisterung für Reparationen beteiligt. Es war ein hochbefähigter britischer Staatsmann gewesen, kein Franzose, der den Vorschlag gemacht hatte, die deutsche Orange auszupressen, bis die Kerne quietschen würden, und selbst Lloyd George hatte sich lauter für Reparationen eingesetzt, als er hinterher wahrhaben wollte. Aber wie es auch gewesen sein mochte, bald wechselten die Briten die Partei. Sie fingen an, die Reparationen als Unsinn zu bezeichnen, obgleich sie selbst die deutsche Handelsflotte davongeführt hatten. Vielleicht waren sie von den Schriften Keynes' beeinflußt. Ihr praktischeres Motiv bestand aber darin, das wirtschaftliche Leben Europas wiederherzustellen, um die Gesundung ihrer eigenen Exportindustrie zu fördern. Sie lauschten daher bereitwillig den deutschen Märchen von den endlosen Wehklagen, die den Reparationszahlungen folgen würden, und nachdem sie erst einmal die Reparationen verurteilt hatten, verurteilten sie bald auch weitere Bedingungen des Friedensvertrages. Reparationen wären schlecht. Deshalb wäre die Abrüstung Deutschlands schlecht, die Grenze mit Polen wäre schlecht, die neuen Nationalstaaten wären schlecht. Und nicht nur schlecht: sie wären den Deutschen mit Recht ein Ärgernis, und die Deutschen würden weder zufrieden sein noch gedeihen, solange diese Nationalstaaten nicht rückgängig gemacht worden wären. Die Briten empörten sich über die französische Logik, über die französische Ängstlichkeit gegenüber Deutschlands Gesundung, und besonders empörten sie sich über die Beharrlichkeit der Franzosen, daß Verträge geachtet werden müßten, nachdem sie einmal unterzeichnet worden waren. Der französische Anspruch auf Reparationen wäre ein schädlicher und gefährlicher Unsinn, deshalb wäre auch ihr Anspruch auf Sicherheit genauso unsinnig. Die Briten konnten

einige einleuchtende Gründe für ihre Klagen anführen. 1931 mußten sie die Goldwährung aufgeben. Die Franzosen aber, die behauptet hatten, durch den Krieg ruiniert worden zu sein, hatten eine stabile Währung und die größte Goldreserve innerhalb Europas. Mit den Reparationen war ein schlechter Anfang für die Jahre der Gefahr gemacht. Die Meinungsverschiedenheiten über die Reparationen in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg machten es Briten und Franzosen nahezu unmöglich, sich in den Jahren vor dem zweiten über Fragen der Sicherheit zu einigen.

Die verheerendste Wirkung übten die Reparationen auf die Deutschen aus. Sie wären natürlich in jedem Fall vergrätzt gewesen. Sie hatten nicht nur den Krieg verloren. Sie hatten Land eingebüßt, sie waren zur Abrüstung gezwungen worden, sie waren mit einer Kriegsschuld bepackt worden, die sie nicht fühlten. Aber das waren Dinge, die den Verstand beschäftigten, über die man abends murren konnte, die man jedoch im Alltag nicht spürte. Die Reparationen dagegen trafen oder schienen jeden Deutschen in jedem Augenblick seines Lebens zu treffen. Es wäre nutzlos, heute darüber zu diskutieren, ob die Reparationen Deutschland arm machten, und es wäre ebenso nutzlos, über den Standpunkt von 1919 zu streiten. Jedenfalls war kein Deutscher bereit, die Feststellung zu unterschreiben, die Norman Angell in dem Werk »Die große Illusion« vorgebracht hatte, daß nämlich die 1871 durch die Franzosen erfolgte Zahlung eines Schadenersatzes Frankreich genützt und Deutschland geschadet hatte. Denn der gesunde Menschenverstand glaubt, daß derjenige der ärmere ist, der zahlen muß, und was für den einzelnen gilt, scheint auch für eine Nation zu gelten. Deutschland zahlte Reparationen und war deshalb um sie ärmer. Durch eine einfache Überlegung wurden nun die Reparationen der einzige Grund für Deutschlands Armut. Alle, der in Schwierigkeiten geratene Geschäftsmann, der unterbezahlte Lehrer, der Arbeitslose, gaben den Reparationen die Schuld an ihren Sorgen. Das Geschrei eines hungernden Kindes war ein Geschrei gegen die Reparationen. Alte Menschen sanken wegen der Reparationen ins Grab. Die große Inflation von 1923 wurde den Reparationen zugeschrieben, dasselbe widerfuhr der Depression von 1929. Diese Ansichten wurden in Deutschland nicht nur vom Mann auf der Straße vertreten, sie wurden erst recht vertreten von den hervorragendsten Finanzfachleuten und Politikern. Der Feldzug gegen den »Sklavenvertrag« hatte also kaum die Unterstützung extremistischer Agitatoren nötig. Auch nur der Hauch wirtschaftlicher Not rüttelte die Deutschen auf, »die Ketten von Versailles« abzuschütteln.

Wenn erst einmal jemand einen Vertrag ablehnt, kann man nicht erwarten, daß er sich genau erinnert, welche der Bedingungen er ablehnt. Die Deutschen glaubten anfangs, mehr oder weniger zu Recht, daß sie durch die Reparationen ruiniert würden. Bald gingen sie zu dem weniger vernünftigen Glauben über, daß sie durch den Friedensvertrag als Ganzes ruiniert würden. Schließlich gingen sie ihren Weg wieder zurück und folgerten, daß sie durch Vertragsbedingungen ruiniert würden, die nicht mit den Reparationen zu tun hatten. Zum Beispiel mag die deutsche Abrüstung demütigend gewesen sein, sie mag Deutschland einem Überfall der Polen oder Franzosen ausgesetzt haben. Doch wirtschaftlich gesehen hatte sie ihr Gutes, soweit sie überhaupt eine Wirkung hatte[2]. Aber der normale Deutsche begriff das nicht. Er nahm an, daß, weil die Reparationen ihn ärmer machten, dasselbe auch auf die Abrüstung zuträfe. Nicht anders wurden die territorialen Bestimmungen des Vertrages angesehen. Es fanden sich in der Regelung natürlich Mängel. Die Ostgrenze versetzte zu viele Deutsche nach Polen – sie versetzte allerdings auch zu viele Polen nach Deutschland. Die Grenze hätte durch einige Rückführungen und durch den Austausch der Bevölkerungen ausgebessert werden können – durch ein Mittel, auf das diese zivilisierte Welt nicht kam. Aber ein unparteiischer Richter, falls er existiert hätte, würde, nachdem erst einmal das Prinzip der Nationalstaaten anerkannt worden war, wenig Fehler in den territorialen Abmachungen gefunden haben. Der sogenannte polnische Korridor wurde hauptsächlich von Polen bewohnt, und die Abmachungen über eine exterritoriale Eisenbahnverbindung mit Ostpreußen waren angemessen. Danzig wäre wirtschaftlich tatsächlich besser dran gewesen, wenn es Polen

einverleibt worden wäre. Was die früheren deutschen Kolonien betrifft – ebenfalls ein fruchtbarer Grund für Beschwerden –, so sind sie immer ein Zuschußobjekt gewesen, keine Quelle des Reichtums.

All das wurde dank der Verbindung der Reparationen mit dem Rest des Vertrages aus den Augen verloren. Der Deutsche glaubte, daß er schlecht gekleidet, hungrig oder arbeitslos wäre, weil Danzig eine Freie Stadt war, weil der Korridor Ostpreußen vom Reich abschnitt oder weil Deutschland keine Kolonien besaß. Sogar Schacht, der hochintelligente Bankier, schrieb Deutschlands finanzielle Schwierigkeiten dem Verlust seiner Kolonien zu – eine Ansicht, an der er ohne jeden Zweifel selbst nach dem zweiten Weltkrieg noch festhielt. Wenn die Deutschen solche Anschauungen vertraten, dann nicht etwa, weil sie egozentrisch oder einzigartig dumm waren. Diese Anschauungen wurden von aufgeklärten, vorurteilsfreien Engländern wie Keynes geteilt, von nahezu allen Führern der britischen Labour Party, von allen Amerikanern, die sich mit europäischen Angelegenheiten beschäftigten. Aber es ist kaum einzusehen, warum der Verlust der Kolonien und europäischer Gebiete Deutschland wirtschaftlich gelähmt haben sollte. Nach dem zweiten Weltkrieg mußte Deutschland weitaus größere territoriale Verluste hinnehmen, und doch wurde es wohlhabender als je zuvor in seiner Geschichte. Es könnte keinen besseren Beweis dafür geben, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands während der Kriege auf innenpolitische Fehler zurückzuführen sind, nicht auf ungerechte Grenzen. Aber der Beweis ist umsonst angetreten worden; jedes Lehrbuch schreibt weiterhin die deutschen Schwierigkeiten dem Vertrag von Versailles zu. Die Legende lebte weiter und lebt noch immer. Zuerst wurden die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands auf den Vertrag geschoben. Dann wurde bemerkt, daß diese Probleme weiterhin bestanden. Daraus folgerte man, daß nichts unternommen worden wäre, Deutschland zu versöhnen oder das 1919 errichtete System einzuschränken. Man glaubte, daß eine »Beschwichtigung« nur 1938 versucht worden wäre, und da wäre es zu spät gewesen.

Das hat mit der Wahrheit wenig zu tun. Denn selbst die

Reparationen wurden ständig revidiert und jedesmal herabgesetzt, wenn sich auch die Revision in ermüdender Weise in die Länge zog. Auf anderer Ebene wurde eine Beschwichtigung alsbald und mit Erfolg probiert. Lloyd George unternahm den ersten Versuch. Als er mit den Schwierigkeiten des Reparationssumpfes vertraut wurde, beschloß er, eine neue und echtere Friedenskonferenz einzuberufen, die von allen, von den Vereinigten Staaten, von Deutschland, von Sowjetrußland ebenso wie von den Alliierten, besucht werden sollte. Lloyd Georges Initiative wurde von Briand, dem kommenden französischen Premierminister – einem weiteren politischen Hexenmeister, der Probleme fortzaubern konnte –, unterstützt. Die Partnerschaft fand ein plötzliches Ende. Im Januar 1922 unterlag Briand in der französischen Kammer, angeblich, weil er bei Lloyd George eine Golfstunde genommen hatte, in Wirklichkeit, weil er im Hinblick auf den Friedensvertrag »schwach geworden« war. Sein Nachfolger, Poincaré, war durch ein britisches Angebot, Frankreichs Ostgrenze zu garantieren, nicht zu rühren. Ein französischer Vertreter besuchte zwar die Konferenz, die im April 1922 in Genua zusammentrat, aber nur, um auf den Reparationszahlungen zu bestehen. Die Amerikaner weigerten sich zu kommen.

Die Russen und die Deutschen kamen, aber mit dem nicht ungerechtfertigten Mißtrauen, daß man sie gegeneinander ausspielen wolle. Die Deutschen sollten eingeladen werden, sich der Ausbeutung Rußlands anzuschließen, die Russen sollten bedrängt werden, an Deutschland Reparationsansprüche zu stellen. Statt dessen trafen sich die Vertreter der beiden Länder heimlich in Rapallo und vereinbarten, nicht gegeneinander zu arbeiten. Der Vertrag von Rapallo brachte die Konferenz von Genua zum Scheitern und erregte in der Welt großes Aufsehen. Damals wurden die Bolschewisten als Aussätzige angesehen, und es wurde deshalb den Deutschen als große Gemeinheit angerechnet, daß sie mit ihnen einen Vertrag schlossen. Später, als die Deutschen zum Stein des Anstoßes wurden, kreidete man umgekehrt den Russen die Anrüchigkeit von Rapallo an.

In Wirklichkeit war der Vertrag von Rapallo eine beschei-

dene negative Angelegenheit. Es ist richtig, daß er eine Koalition für einen neuen Interventionskrieg gegen Rußland unmöglich machte; es ist ebenfalls richtig, daß er jedes Wiederaufleben der alten Dreierentente unmöglich machte. Aber nichts davon stand in der Praxis überhaupt zur Debatte, und der Vertrag hielt nicht mehr als diese Tatsache fest. Es bestand auch genausowenig Wahrscheinlichkeit für eine aktive Zusammenarbeit der beiden Unterzeichner. Keiner von beiden war in der Lage, den Friedensvertrag in Frage zu stellen, beide wollten am liebsten allein gelassen werden. Die Deutschen unterstützten später Rußland bis zu einem gewissen Grade durch wirtschaftliche Hilfe, während – recht widersinnig – die Amerikaner, die Rußland nicht anerkannten, es noch stärker unterstützten. Die Russen ermöglichten es den Deutschen, Einschränkungen des Vertrages von Versailles (an dem die Russen schließlich nicht beteiligt waren) zu umgehen, indem sie die Errichtung von Gaskampf- und Fliegerschulen auf ihrem Boden zuließen. Das waren Trivialitäten. Die deutsch-russische Freundschaft war nicht ernst gemeint, und beide Seiten wußten das. Die deutschen Generäle und Konservativen, die die Freundschaft förderten, verachteten die Bolschewisten, und diese waren umgekehrt nur freundlich zu den Deutschen, weil sie die leninistische Maxime befolgten, daß man vorsorglich die Hand eines Mannes nimmt, dem man an die Kehle will. Rapallo war ein Zeichen dafür, daß es für Rußland und Deutschland einfach war, unter negativen Bedingungen Freundschaft zu schließen, während die Alliierten für ihre Freundschaft einen hohen Preis zahlen mußten. Aber das Zeichen war für eine vergleichsweise noch ferne Zukunft gegeben worden.

Die Konferenz von Genua war Lloyd Georges letzte schöpferische Leistung. Seine Stellung als der nur sporadisch unterrichtete Führer einer finsteren Koalition machte es ihm unmöglich, ein durchschlagendes Ergebnis zu erzielen. Im Herbst 1922 sank seine Macht. Die konservative Regierung unter Bonar Law, die ihn ablöste, legte eine ungeduldige Skepsis gegenüber den europäischen Angelegenheiten an den Tag. Für Poincaré, den französischen Premierminister, war der Weg frei, um die gewaltsame Eintreibung der Reparationen

durch die Besetzung der Ruhr zu versuchen. Sie stellte den einzigen Bruch in der Beschwichtigungspolitik dar, aber seine Ausmaße waren begrenzt. Denn welche geheimen Hoffnungen ein paar Franzosen auch hegen mochten, daß Deutschland auseinanderfallen würde, so war doch der einzige Zweck der Besetzung der, von den Deutschen ein Reparationsangebot zu erhalten, und sie mußte beendet werden, sowie das Angebot gemacht war. Die Besetzung hatte außerdem auf den französischen Franc eine schreckliche Rückwirkung. Poincaré mag anfangs geglaubt haben, daß Frankreich unabhängig handeln könnte. Aber bis Ende 1923 war er genauso wie vor ihm Clemenceau davon überzeugt worden, daß für Frankreich die erste Notwendigkeit darin bestand, mit England und Amerika fest vereinigt zu sein. Der französische Wähler verweigerte der Affäre 1924 seine Zustimmung, indem er eine linke, Poincaré feindlich gesonnene Koalition zurückholte. Die Ruhrbesetzung sorgte, auf die Dauer gesehen, für das kräftigste Argument zugunsten der Beschwichtigungspolitik. Denn worin endete sie? In neuen Verhandlungen mit Deutschland. Sie lieferte einen neuen und mächtigeren Beweis dafür, daß der Vertrag von Versailles nur durch die Mitarbeit der deutschen Regierung durchgeführt werden konnte; unter solchen Umständen war durch Versöhnung mehr zu erreichen als durch Drohungen. Dieses Argument war nicht nur zu dieser Zeit, sondern auch in der Zukunft wirksam. Als Deutschland damit begann, die Vertragsbedingungen in größerem Umfang zu mißachten, blickten alle, besonders die Franzosen, auf die Ruhr und fragten sich: was würde durch den Einsatz der Waffen erreicht? Nur neue deutsche Versprechen, die Versprechen zu halten, die sie gerade gebrochen hatten. Die Kosten würden furchtbar sein, das Ergebnis gleich Null. Die Sicherheit konnte also nur wiederhergestellt werden, indem man die Deutschen für sich gewann, nicht, indem man ihnen drohte.

Es wäre falsch zu meinen, die Besetzung der Ruhr hätte auf Deutschland keinen Eindruck gemacht. Wenn sie die Franzosen die Torheit der Zwangsanwendung lehrte, so lehrte sie die Deutschen die Torheit des Widerstandes. Die Besetzung endete mit der Kapitulation Deutschlands, nicht mit der Frank-

reichs. Stresemann kam an die Macht mit dem politischen Bekenntnis, den Vertrag zu erfüllen. Das bedeutete natürlich nicht, daß er mit der französischen Vertragsauslegung einverstanden war oder sich den französischen Forderungen fügen würde. Es bedeutete nur, daß er die deutschen Interessen in Verhandlungen, nicht durch Widerstand verteidigen würde. Stresemann war genauso wie der extremste Nationalist entschlossen, den ganzen Vertrag von A bis Z loszuwerden: die Reparationen, die deutsche Abrüstung, die Besetzung des Rheinlandes und die Grenze mit Polen. Aber er wollte dies durch den ständigen Druck der Ereignisse erreichen, nicht durch Drohungen, am wenigsten durch Krieg. Wenn andere Deutsche auf der Meinung beharrten, daß die Vertragsrevision für die Neubelebung der deutschen Macht notwendig wäre, so glaubte Stresemann, daß die Neubelebung der deutschen Macht unweigerlich zur Vertragsrevision führen würde. Nach seinem Tod erhob sich in den alliierten Ländern ein einziger Aufschrei gegen ihn, als die Veröffentlichung seiner Dokumente eindeutig seinen Willen offenbarte, die bestehende Vertragsregelung zu zerstören. Der Aufschrei war aber in grotesker Weise ungerechtfertigt. Ein kräftiges Deutschland vorausgesetzt – und die Alliierten hatten es selbst durch ihre Handlungen am Kriegsende ermöglicht –, war es unbegreiflich, wie irgendein Deutscher im Vertrag von Versailles eine dauernde Regelung sehen könnte. Die einzige Frage war, ob auf friedlichem Wege oder durch Krieg die Regelung geändert und Deutschland wieder die stärkste Macht in Europa würde. Stresemann wollte sie auf friedliche Weise lösen. Er glaubte, daß dies der ungefährlichere, sicherere und dauerhaftere Weg zu Deutschlands Vorherrschaft wäre. Während des Krieges war er ein kriegerischer Nationalist gewesen, und selbst jetzt neigte er nicht stärker aus moralischen Grundsätzen zum Frieden als seinerzeit Bismarck. Aber wie Bismarck glaubte er, daß der Frieden in Deutschlands Interesse liege, und dieser Glaube stellt ihn neben Bismarck als einen großen deutschen, ja sogar als einen großen europäischen Staatsmann. Vielleicht ist er sogar der größere. Denn seine Aufgabe war sicherlich schwieriger. Bismarck brauchte nur eine bestehende Abmachung zu erhalten, Stresemann mußte eine neue anstreben. Das Ausmaß seines Erfolges läßt sich daran ablesen, daß Europa zu seinen Lebzeiten gleichzeitig dem Frieden und der Vertragsrevision entgegenging.

Diese Leistung ist allerdings nicht auf Stresemann allein zurückzuführen. Alliierte Staatsmänner trugen ebenso ihr Teil dazu bei. Unter ihnen ragte Ramsay MacDonald hervor, der 1924 an die Macht kam und der von nun an für die nächsten fünfzehn Jahre die britische Außenpolitik, ob im Amt oder nicht, prägte. MacDonalds Politik schien 1939 mit Ausbruch des zweiten Weltkrieges in einem katastrophalen Fehlschlag zu enden. Sein Name ist heute verachtet, sein großes Werk wird ignoriert. Doch MacDonald sollte der Schutzpatron jedes zeitgenössischen westlichen Politikers sein, der die Zusammenarbeit mit Deutschland fördert. In größerem Maße als jeder andere britische Staatsmann stellte sich MacDonald »der deutschen Frage« und versuchte, sie zu lösen. Zwangsmaßnahmen waren sinnlos, wie die Besetzung der Ruhr gezeigt hatte. Die Alternative, Rußland als Großmacht nach Europa zurückzuführen, wurde während der zwanziger Jahre von beiden Seiten abgelehnt, zum Guten oder Schlechten. So blieb nur Deutschlands Versöhnung, und wenn die Versöhnung durchgeführt würde, dann mit ganzem Herzen. MacDonald übersah nicht die französischen Besorgnisse. Er begegnete ihnen großzügiger, als es je ein britischer Staatsmann getan hatte oder tat. Im Juli 1924 versicherte er Herriot, daß eine Vertragsverletzung »zum Zusammenbruch der dauerhaften Grundlagen führen würde, auf denen der schmerzlich errungene Frieden ruht«, und er förderte im Völkerbund das erfolglose Genfer Protokoll, in dem Großbritannien gemeinsam mit allen andern Mitgliedern des Völkerbundes die Garantie für jede Grenze innerhalb Europas übernahm. Aber er war nur deshalb so großzügig gegenüber den Franzosen, weil er ihre Besorgnis für unbegründet hielt. Sogar im August 1914 hatte er nicht geglaubt, daß Deutschland eine gefährliche und streitlustige Macht wäre, die auf die Herrschaft über Europa aus war. 1924 glaubte er es sicher genausowenig. Deshalb waren die Versprechungen des Protokolls, die »schwarz ... und dick auf dem Papier« standen,

in Wirklichkeit »ein harmloses Mittel zur Nervenberuhigung«. Jedes Problem könnte durch »die eifrige Bemühung des guten Willens« gelöst werden. Das wichtigste wäre, Verhandlungen zu starten. Wenn die Franzosen nur durch Sicherheitsversprechungen zu Verhandlungen verlockt werden könnten, dann sollten Versprechungen gegeben werden, beinahe so, wie man ein kleines Kind mit der Versicherung, daß das Wasser warm sei, ins Meer lockt. Das Kind entdeckt, daß die Versicherung falsch war, aber es gewöhnt sich an die Kälte und lernt bald schwimmen. Genauso würde es sich mit internationalen Angelegenheiten verhalten. Wenn die Franzosen erst einmal damit angefangen hätten, sich mit den Deutschen zu versöhnen, dann würden sie den Vorgang weniger schrecklich finden, als sie sich ihn vorgestellt hatten. Die britische Politik sollte die Franzosen drängen, viel zu gewähren, und die Deutschen, wenig zu verlangen. MacDonald drückte das ein paar Jahre später so aus: »Sie sollen besonders ihre Forderungen so vortragen, daß Großbritannien in der Lage ist, beide Seiten zu unterstützen[3].«

MacDonald kam genau zur rechten Zeit. Die Franzosen waren gerade bereit, sich von der Ruhr zu trennen, während sie ihre Reparationsforderungen herabsetzten; umgekehrt waren die Deutschen bereit, ein ernsthaftes Angebot zu machen. Die befristete Regelung der Reparationen durch den Dawes-Plan und die weiterreichende Lockerung der Verhärtung zwischen Frankreich und Deutschland, die ihn begleitete, waren wesentlich MacDonalds Werk. Die allgemeinen Wahlen im November 1924 setzten der Labour-Regierung ein Ende; aber wenn auch MacDonald aufhörte, die britische Außenpolitik zu leiten, so formte er sie mittelbar auch weiterhin. Vom britischen Gesichtspunkt aus war der Weg der Versöhnung zu verlockend, als daß irgendeine britische Regierung ihn aufgeben konnte. Austen Chamberlain, MacDonalds konservativer Nachfolger, spezialisierte sich zwar auf Loyalität (wenn auch nur, um die Tätigkeit seines Vaters nach der entgegengesetzten Seite wiedergutzumachen), und er hätte in seiner rätselhaften Art gerne das Angebot eines direkten Bündnisses mit Frankreich erneuert. Dem stand aber jetzt die britische Meinung – nicht allein der Labour-, sondern

auch der konservativen Partei – entschieden entgegen. Stresemann schlug einen Ausweg vor: einen Nichtangriffspakt zwischen Frankreich und Deutschland, von Großbritannien und Italien garantiert. Er war für die Briten herrlich reizvoll. Eine Garantie gegen einen ungenannten »Angreifer« versprach genau die unparteiische Gerechtigkeit, die Grey vor dem Krieg angestrebt hatte und die nun MacDonald predigte; Frankreichs Freunde, wie Austen Chamberlain, konnten sich damit trösten, daß der einzig denkbare Angreifer Deutschland sein würde – auf diese Weise hätte man das englisch-französische Bündnis unerkannt hineingeschmuggelt. Der Vorschlag war für die Italiener, die seit dem Kriege immer als arme Verwandte behandelt worden waren und sich nun zu der Höhe Großbritanniens als Schiedsrichter zwischen Frankreich und Deutschland erhoben fanden, ebenfalls herrlich reizvoll. Aber für die Franzosen war die Idee nicht so reizvoll. Wenn auch das Rheinland demilitarisiert bleiben sollte, so würde Frankreich, nachdem sein Bestand erst einmal von England und Italien garantiert worden war, doch keine offene Tür mehr haben, durch die es Deutschland bedrohen konnte.

Aber auch die Franzosen hatten für diesen Augenblick den rechten Staatsmann gefunden. 1925 kehrte Briand als französischer Außenminister zurück. In diplomatischer Geschicklichkeit war er Stresemann ebenbürtig, er glich MacDonald in seinem hochgesinnten Streben und übertraf alle durch seine einfallsreiche Ausdrucksweise. Die andern französischen Staatsmänner sagten »harte« Worte, ohne es so zu meinen. Briand fand »sanfte« Worte und meinte es auch nicht so. Das Ergebnis der Ruhr-Besetzung hatte die Nutzlosigkeit des harten Verfahrens erwiesen. Briand sah nun eine weitere Möglichkeit darin, Frankreich durch einen Schwall von Worten zu sichern. Er verringerte Stresemanns moralischen Vorsprung, indem er vorschlug, Deutschland solle zusagen, alle seine Grenzen, die östlichen wie die westlichen, zu achten. Diese Bedingung war für eine deutsche Regierung nicht annehmbar. Die meisten Deutschen hatten sich zwar in den Verlust Elsaß-Lothringens gefügt. Bis zur Niederlage Frankreichs 1940 warfen nur wenige Deutsche diese Frage auf. Aber die Grenze mit Polen war für alle Deutschen ein Ärgernis.

Mochte man sie ertragen, anerkennen konnte man sie nicht. In deutschen Augen strapazierte Stresemann den Versöhnungsgedanken schon erheblich, als er zustimmte, mit Polen und der Tschechoslowakei Schiedsspruchverträge abzuschließen. Immerhin fügte er hinzu, daß Deutschland irgendwann einmal seine Grenzen mit diesen beiden Ländern »berichtigen« würde, wenn natürlich auch in friedlicher Form – eine Ausdrucksweise, die Staatsmänner bevorzugen, solange sie noch nicht auf den Krieg vorbereitet sind, obwohl sie in Stresemanns Fall vielleicht aufrichtig gemeint war.

Hier klaffte im Sicherheitssystem eine Lücke – in Stresemanns offener Nichtanerkennung der deutschen Ostgrenze. Die Briten würden das Loch nicht stopfen. Austen Chamberlain sprach selbstzufrieden vom polnischen Korridor, »für den keine britische Regierung die Knochen eines britischen Grenadiers riskieren will oder kann«. Briand sorgte für eine Alternativlösung. Frankreich bestätigte erneut die bestehenden Bündnisse mit der Tschechoslowakei und Polen, und die Unterzeichner von Locarno stimmten zu, daß eine französische Aktion auf Grund dieser Bündnisse nicht als Angriff auf Deutschland betrachtet würde. Auf diese Weise hatte sich Frankreich theoretisch die Freiheit gesichert, seinen östlichen Verbündeten quer durch das demilitarisierte Rheinland hindurch zu Hilfe zu kommen, ohne dabei die britische Freundschaft einzubüßen. Ihre beiden einander widersprechenden diplomatischen Systeme waren also vereint, jedenfalls auf dem Papier. Locarno schloß das westliche Bündnis mit Großbritannien ein und bewahrte trotzdem zu gleicher Zeit das östliche Bündnis mit den beiden Satellitenstaaten.

So sah der Vertrag von Locarno aus, der am 1. Dezember 1925 unterzeichnet wurde. Er war die Wendemarke in den Jahren zwischen den Kriegen. Seine Ratifizierung beendete den ersten Weltkrieg, seine Ablehnung elf Jahre darauf war der Auftakt zum zweiten. Sieht man den Zweck einer internationalen Abmachung darin, es jedermann recht zu machen, dann war der Vertrag von Locarno wirklich sehr gut. Er stellte die beiden Garantiemächte zufrieden. Sie hatten Frankreich und Deutschland miteinander versöhnt und Europa den Frieden gebracht, ohne sich selbst, wie sie annahmen, über

eine moralische Verpflichtung, über bloße formale Erklärungen hinaus irgend etwas zuzumuten. Weder Großbritannien noch Italien machten denn auch Anstalten, ihre Garantien zu erfüllen. Wie sollten sie, da doch der »Angreifer« bis zum entscheidenden Moment unbekannt bleiben würde? Das praktische Ergebnis des Vertrages war daher seltsam und unvorhergesehen: Er verhinderte nämlich, solange er in Kraft blieb, jede militärische Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und Frankreich. Doch Locarno befriedigte auch die Franzosen. Denn Deutschland fand sich mit dem Verlust Elsaß-Lothringens ab, es stimmte der andauernden Demilitarisierung des Rheinlandes zu, Großbritannien und Italien garantierten das deutsche Versprechen. 1914 wäre jeder französische Staatsmann vor Entzücken über solch eine Tat verwirrt gewesen. Denn trotzdem stand es den Franzosen gegebenenfalls noch immer frei, mit ihren östlichen Verbündeten zusammenzuarbeiten und in Europa eine große Rolle zu spielen. Die Deutschen konnten ebenfalls zufrieden sein. Sie wurden vor einer neuen Besetzung der Ruhr streng beschützt, sie wurden als Gleichstehende behandelt, nicht wie ein besiegter Feind, und sie hielten die Tür für eine Berichtigung der Ostgrenze offen. Ein deutscher Staatsmann von 1919 oder selbst von 1923 hätte keinen Anlaß zu Klagen gefunden. Locarno war der größte Triumph der »Beschwichtigungspoltik«. Lord Balfour nannte ihn zu Recht »Symbol und Anlaß einer großen Besserung in der öffentlichen Meinung Europas«.

Locarno schenkte Europa eine Periode des Friedens und der Hoffnung. Deutschland wurde zum Völkerbund zugelassen, wenn auch erst nach längerem Aufschub, als man erwartet hatte. Stresemann, Chamberlain und Briand nahmen regelmäßig am Völkerbund teil. Genf schien der Mittelpunkt des wiederbelebten Europas zu sein: Das Orchester war schließlich aufeinander abgestimmt, und die internationalen Ereignisse wurden statt durch Waffengeklirr durch Diskussionen in Ordnung gebracht. In diesen Jahren beklagte niemand die Abwesenheit Rußlands oder der Vereinigten Staaten, denn die Ereignisse liefen ohne sie glatter ab. Umgekehrt dachte niemand daran, ernsthaft das Europa von Genf in einen anti-

amerikanischen oder antisowjetischen bloc zu verwandeln. Die europäischen Länder wollten keinesfalls unabhängig von den Vereinigten Staaten sein, denn alle liehen sich eifrig amerikanisches Geld. Ein paar verrückte Plänemacher redeten zwar von einem europäischen Kreuzzug gegen den Kommunismus, aber da war nichts dahinter. Die Europäer wollten gegen niemanden zu Felde ziehen. Davon abgesehen wollten die Deutschen die Freundschaft mit Rußland als Trumpf in der Hinterhand behalten, als eine Art von Rückversicherungsvertrag, der eines Tages gegen Frankreichs östliche Verbündete gebraucht werden konnte. Unmittelbar nach Unterzeichnung des Vertrages von Locarno erneuerte daher Stresemann mit den Russen die Abmachung von Rapallo aus dem Jahre 1922, und als Deutschland dem Völkerbund beitrat, erklärte Stresemann, daß es sich in seinem abgerüsteten Zustand nicht an Sanktionen beteiligen könne – eine verschleierte Neutralitätserklärung an die Adresse Sowjetrußlands.

Ein schwerer wiegender Fehler in dem System von Locarno und Genf als die Abwesenheit der Vereinigten Staaten und Sowjetrußlands war die Gegenwart Italiens. Es war allein deswegen in die Abmachung von Locarno aufgenommen worden, um die Autorität der Briten als Schiedsrichter zu stärken. Damals glaubte kein Mensch, daß Italien tatsächlich das Gleichgewicht zwischen Frankreich und Deutschland halten könnte. Das spielte aber keine Rolle, weil Locarno wie der Völkerbund auf Überlegung und gutem Willen aufgebaut war, nicht auf unmittelbarer Macht. Später, als die Situation kritischer wurde, förderte die Erinnerung an Locarno den Wahn, daß Italien echtes Gewicht auf die Waagschalen zu werfen hätte; die italienischen Führer waren selbst die Gefangenen dieses Wahns. Aber Italiens Manko in der Ära von Locarno war schlimmer als mangelnde Macht: ihm fehlte der gute Ruf. Die Mächte von Locarno behaupteten, die großen Grundsätze zu vertreten, für die man im Krieg gekämpft hatte, und der Völkerbund behauptete, eine Gemeinschaft der freien Völker zu sein. An diesen Ansprüchen war zweifellos einiges verlogen. Kein Land ist jemals so frei oder so hoch moralisch, wie es vorgibt. Aber es war auch etwas Wahres an diesen Ansprüchen. Daß Großbritannien Baldwins

oder MacDonalds, die Weimarer Republik, Frankreichs Dritte Republik waren echt demokratische Länder, in denen die Freiheit der Meinung, die Herrschaft des Gesetzes und gute Absichten gegenüber andern bestanden. Sie durften diese Ansprüche erheben und berechtigten, im Völkerbund vereint, sie zu den schönsten Hoffnungen für die Menschheit, und damit boten sie, allgemein gesprochen, eine den Sowjetrussen überlegene politische und soziale Ordnung an. Das alles wurde jedoch aufgedonnertes Talmi, sobald man das Italien Mussolinis in Betracht zog. Der Faschismus besaß zwar niemals die unbarmherzige Triebkraft des Nationalsozialismus. In moralischer Hinsicht war er aber genauso korrupt – oder vielleicht noch korrupter dank seiner unleugbaren Unredlichkeit. Ungefähr alles am Faschismus war Betrug. Die soziale Gefahr, vor der er Italien errettete, war Betrug, die Revolution, während der er die Macht ergriff, war Betrug, die Fähigkeiten und die Politik Mussolinis waren betrügerisch. Die faschistische Herrschaft war korrupt, unfähig, hohl, Mussolini selbst ein eitler, pfuschender Angeber ohne Ideen oder Ziele. Das faschistische Italien lebte in einem ungesetzmäßigen Status, und die faschistische Außenpolitik wies von Anfang an die Genfer Grundsätze zurück. Doch Ramsay MacDonald schrieb herzliche Briefe an Mussolini – in demselben Augenblick, als Matteotti ermordet wurde –, Austen Chamberlain und Mussolini tauschten Fotos aus, Winston Churchill pries Mussolini als den Retter der Nation und als einen großen europäischen Staatsmann. Wie sollte irgend jemand an die Aufrichtigkeit der westlichen Führer glauben, wenn sie Mussolini in dieser Form schmeichelten und ihn als einen der Ihren ansahen? Es überrascht daher nicht, daß die russischen Kommunisten im Völkerbund und in allen seinen Taten eine kapitalistische Verschwörung sahen – obgleich es auch nicht überrascht, daß Sowjetrußland und das faschistische Italien frühzeitig diplomatische Beziehungen aufnahmen und ohne Unterbrechung unterhielten. Natürlich besteht zwischen Theorie und Praxis eine Diskrepanz. Sie zieht aber beide Seiten in die Katastrophe, wenn sie zu groß wird. Die Anwesenheit des faschistischen Italien in Genf, die persönliche Anwesenheit Mussolinis in Locarno waren für

das demokratische Europa des Völkerbunds die extremen Symbole der Unehrlichkeit. Die Staatsmänner glaubten ihre eigenen Worte nicht mehr, und die Völker folgten dem Beispiel.

Obgleich sowohl Stresemann als auch Briand, wenn auch in verschiedener Weise, ernst zu nehmen waren, rissen sie ihre Völker nicht mit sich fort, und jeder rechtfertigte Locarno in seinem eigenen Lande mit widersprechenden Argumenten, die notwendigerweise zu Enttäuschungen führen mußten. Briand erklärte den Franzosen, daß Locarno eine endgültige Regelung darstelle und den Weg zu weiteren Konzessionen versperre. Stresemann versicherte den Deutschen, daß es der Zweck von Locarno wäre, immer rascher weitere Konzessionen zu erzielen. Briand, der große Rhetoriker, hoffte, daß ein Schwall gütiger Worte die Deutschen ihre Beschwerden vergessen lassen würde. Stresemann glaubte in seiner geduldigen Art, daß bei den Franzosen die Gewohnheit, Konzessionen zu machen, mit der Praxis wachsen würde. Beide Männer wurden enttäuscht, beide hatten, als sie starben, ihr Versagen vor Augen. Zwar wurden weitere Konzessionen gewährt, aber immer bösen Willens. Die Kontrollkommission für die deutsche Abrüstung wurde 1927 zurückgezogen. Die Reparationen wurden 1929 durch den Young-Plan gesenkt, und die Kontrolle der deutschen Finanzen wurde aufgegeben, die Besatzungsmächte verließen 1930 das Rheinland – fünf Jahre vor der Zeit. Aber eine Beschwichtigung wurde nicht erreicht. Im Gegenteil, der deutsche Ärger war schließlich größer als zu Beginn. 1924 nahmen die deutschen Nationalisten, die im Kabinett saßen, den Dawes-Plan an; 1929 wurde der Young-Plan nur gegen die heftigste Opposition der Nationalisten angenommen. Stresemann, der Deutschland unter die Großmächte zurückgeführt hatte, wurde zu Tode gemartert.

Der deutsche Groll beruhte zum Teil auf Überlegungen: Der eindeutige Weg, größere Konzessionen zu erhalten, war, jeden Gewinn als ungenügend zu diffamieren. Die Deutschen hatten einen einleuchtenden Grund. Locarno behandelte sie als gleichwertige Partner, die in freier Verhandlung dem Vertrag zugestimmt hatten. Welche Rechtfertigung konnte

es dann dafür geben, die Reparationen oder die einseitige deutsche Abrüstung beizubehalten? Die Franzosen konnten diesem Argument keine logische Antwort entgegensetzen, jedoch wußten sie, daß, wenn sie das deutsche Argument akzeptierten, die deutsche Vorherrschaft über Europa nicht aufzuhalten war. Die meisten Zeitgenossen tadelten die Franzosen. Besonders die Engländer stimmten mehr und mehr MacDonald zu, daß die Beschwichtigung, einmal begonnen, schnell und mit ganzem Herzen durchgeführt werden sollte. Später beschuldigte man aber die Deutschen, daß sie die Niederlage von 1918 nicht endgültig hingenommen hätten. Doch ist es nutzlos zu meinen, mehr oder weniger Konzessionen hätten viel ausgemacht. Der Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland mußte sich so lange fortsetzen, wie die hartnäckige Illusion aufrechterhalten wurde, daß Europa noch der Nabel der Welt wäre. Frankreich würde versuchen, die künstlichen Sicherheiten von 1919 zu bewahren, Deutschland würde danach streben, die natürliche Ordnung der Dinge wiederherzustellen. Rivalisierende Staaten können nur durch den Schatten einer etwas größeren Gefahr zu einer Freundschaft veranlaßt werden; aber weder Sowjetrußland noch die Vereinigten Staaten warfen diesen Schatten auf das Europa Stresemanns und Briands.

Damit ist gesagt, daß über dem Europa von 1929 nicht der Schatten eines Krieges lag. Selbst die Sowjetführer beschworen nicht länger den bösen Geist eines neuen kapitalistischen Interventionskrieges. Während sie der Außenwelt entschiedener denn je den Rücken zuwandten, übertrugen sie den »Sozialismus für ein einzelnes Land« in die praktischen Bedingungen eines Fünfjahresplans. Der einzige Krieg, den die Propheten des Krieges wirklich vorhersagen konnten, ergab die unsinnigste aller Spekulationen: ein Krieg zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten. In Wahrheit hatten die beiden Mächte schon 1921 einer gleichen Anzahl von Schlachtschiffen zugestimmt und nahmen 1930 auf der Londoner Flottenkonferenz eine weitere Abmachung an. In Deutschland gab es zwar noch eine nationalistische Agitation, aber die meisten zogen daraus nur die nicht unvernünftige Schlußfolgerung, daß die Versöhnung zu langsam fortgeschrit-

ten wäre. Auf jeden Fall stellten die Nationalisten eine Minorität unter den Deutschen dar. Die Mehrheit ließ, obwohl sie Versailles bekämpfte, Stresemanns Gesichtspunkt gelten, daß man es durch friedliche Mittel fortzaubern könnte. Das Symbol für diese Auffassung war Hindenburg, Präsident seit 1925, ein Feldmarschall und Nationalist, aber das gewissenhafte Haupt einer demokratischen Republik, der die Außenpolitik von Locarno befolgte und, ohne zu klagen, einer Armee vorstand, die durch den Friedensvertrag zur Impotenz verurteilt war. Der populärste Ruf in Deutschland war »Nie mehr Krieg«, nicht »Nieder mit dem Sklavenvertrag«, und die Nationalisten wurden schwer geschlagen, als sie ein Referendum gegen den Young-Plan organisierten. 1929 erlebte Deutschland außerdem die Veröffentlichung des berühmtesten Antikriegsbuches, »Im Westen nichts Neues« von Remarque, und Bücher ähnlicher Natur füllten in England und Frankreich die Regale. Es sah so aus, als ob die Vertragsrevision schrittweise, nahezu unmerklich vor sich gehen und als ob ein neues europäisches System auftauchen würde, ohne daß jemand den genauen Moment angeben konnte, wann die Wasserscheide überschritten wurde.

Die einzig mögliche Gefahr schien in der Wiederholung einer aggressiven Aktion des »militaristischen« Frankreichs zu liegen, des einzigen Landes mit einer großen Armee und, trotz Italiens Ansprüchen, der einzigen Großmacht auf dem europäischen Kontinent. Aber auch das war eine grundlose Befürchtung. Es gab solidere Gründe als nur Briands Rhetorik für die Annahme, daß sich Frankreich schon in sein Verhängnis gefügt hatte. Theoretisch hielt Frankreich zwar noch die Tür für eine Aktion gegen Deutschland offen. Das Rheinland war noch demilitarisiert, die Bündnisse mit Polen und der Tschechoslowakei waren noch in Kraft. Aber in Wahrheit hatte Frankreich schon den entscheidenden Schritt getan, der eine Aktion gegen Deutschland unmöglich machte. Deutschland war an Arbeitskräften und industriellen Reserven weitaus stärker. Deshalb bestand die einzige Hoffnung Frankreichs darin, einen überwältigenden Schlag zu führen, bevor Deutschland mobilisieren konnte. Frankreich brauchte daher »eine aktive, unabhängige und bewegliche Armee, die

immer bereit ist, in das feindliche Land vorzudringen«. Aber Frankreich besaß niemals eine solche Armee. Die siegreiche Armee von 1918 war nur für den Stellungskrieg ausgebildet worden und fand während der kurzen Periode voll raschen Fortschritts keine Zeit, ihren Charakter zu ändern. Auch nach 1918 wurde nichts reformiert. Der französischen Armee machte es sogar Schwierigkeiten, die Besetzung der Ruhr durchzuführen, obwohl ihr dort keine deutsche Streitmacht entgegenstand. Die Innenpolitik verfolgte denselben Kurs. Unaufhörlich forderte man die einjährige Dienstzeit, und sie wurde ordnungsgemäß 1928 eingeführt. Von da an war die französische Armee, selbst im Falle einer Generalmobilmachung, nur stark genug, »das nationale Territorium« zu verteidigen. Die Soldaten wurden nur für die Defensive ausgebildet und ausgerüstet. Die Maginot-Linie schützte die Ostgrenze durch das gigantischste Verteidigungssystem, das man kannte. Die Scheidung der französischen Politik von der französischen Strategie war vollständig. Die französischen Politiker sprachen noch von Aktionen gegen Deutschland, aber die Mittel dazu gab es nicht. Lenin hatte 1917 gesagt, daß die russischen Soldaten mit ihren Füßen, mit denen sie davongelaufen wären, für den Frieden gestimmt hätten. Genauso stimmten die Franzosen, ohne es sich klarzumachen, durch ihre militärischen Vorbereitungen gegen den Vertrag von Versailles. Sie hatten den Früchten des Sieges entsagt, bevor der Streit über diese Früchte einsetzte.

KAPITEL IV

DAS ENDE VON VERSAILLES

1929 war das Sicherheitssystem gegen Deutschland, das im Vertrag von Versailles festgelegt worden war, noch lückenlos. Deutschland war abgerüstet, das Rheinland demilitarisiert, die Sieger waren sich angeblich einig, und das System wurde durch die Autorität des Völkerbundes gestärkt. Sieben Jahre später war alles zerronnen, ohne daß ein Schlag geführt worden war. Das internationale Gleichgewicht wurde zuerst durch den Zusammenbruch des wirtschaftlichen Gleichgewichts während der großen Depression, die im Oktober 1929 einsetzte, erschüttert. Die Depression hatte wenig mit dem vorhergegangenen Krieg zu tun, auch wenn man das damals dachte. Sie hatte nichts gemein mit den noch bestehenden Bedingungen des Friedensvertrages; vielmehr wurde sie durch den Zusammenbruch einer spekulativen Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten ausgelöst, und die Tatsache, daß die Kaufkraft mit der wachsenden Produktionskapazität nicht Schritt halten konnte, blähte die darauf folgende Arbeitslosigkeit weiterhin auf. Heute begreift das jeder, genauso wie jeder weiß, daß der Weg aus einer Depression über steigende Regierungsausgaben führt. 1929 wußte das kaum einer, und die wenigen, die es wußten, hatten keinen Einfluß auf die Politik. Allgemein wurde angenommen, daß Deflation das einzige Mittel wäre. Das Geld müßte gesund gemacht, der Haushalt ausgeglichen, der Regierungsaufwand eingeschränkt und die Löhne abgebaut werden, dann würden wahrscheinlich irgendwie die Preise weit genug sinken, so daß die Leute wieder beginnen könnten einzukaufen.

Diese Politik verursachte in jedem Land, wo sie angewandt

wurde, Not und Unzufriedenheit. Aber es war nicht einzusehen, warum sie auch internationale Spannungen verursachen sollte. In den meisten Ländern führte die Depression zu einer Abwendung von den internationalen Ereignissen. In Großbritannien wurde 1932 von Neville Chamberlain, dem Schatzkanzler der Nationalregierung, der niedrigste Rüstungsvorschlag zwischen den Kriegen vorgelegt. Die Franzosen zeigten sich sogar noch zurückhaltender als vorher. 1933 wandte sich die amerikanische Politik unter F. D. Roosevelt deutlich stärker dem Isolationismus zu als unter seinem republikanischen Vorgänger. Deutschland dagegen war ein besonderer Fall. Die Deutschen hatten 1923 die Schrekken der Inflation erfahren und gingen nun in der umgekehrten Richtung nicht weniger weit. Die meisten Deutschen sahen die Deflation als unvermeidlich an, aber die Ergebnisse waren höchst unpopulär. Jeder lobte die Maßnahmen, die auf andere angewandt wurden, ärgerte sich jedoch, wenn sie ihn selbst betrafen. Dem Reichstag gelang es nicht, mit Mehrheit eine deflationistische Regierung zu stellen, obgleich man eine solche Regierung haben wollte. Das Ergebnis war, daß Brüning Deutschland über zwei Jahre lang ohne Mehrheit regierte, währenddessen er ihm die Deflation mittels eines Präsidialerlasses auferlegte. Hochgesinnt und aufrecht wie er war, wollte er keine Popularität durch Linderung der Härten der Deflation gewinnen, statt dessen suchte seine Regierung Popularität durch Erfolge in der Außenpolitik. Curtius, sein Außenminister, versuchte 1931 eine Wirtschaftsunion mit Österreich durchzusetzen – ein Plan, der keine wirtschaftlichen Vorteile einbrachte, und Treviranus, ein weiteres Mitglied seiner Regierung, begann, gegen die polnische Grenze zu agitieren. 1932 forderte Papen, Brünings Nachfolger, für Deutschland einen gleichwertigen Rüstungsstand. Das alles war für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten unerheblich, aber man konnte vom durchschnittlichen Deutschen nicht erwarten, daß er das verstand. Jahrelang hatte man ihm erzählt, daß alle seine Sorgen auf den Versailler Vertrag zurückzuführen wären, und da er nun in Not war, glaubte er, was man ihm erzählt hatte. Außerdem beseitigte die Depression das kräftigste Argument für das Nichtstun:

die Wohlhabenheit. Die Menschen, denen es gut geht, vergessen ihre Beschwerden, aber in der Not gibt es außer diesen nichts, worüber sie nachdenken können.

Es gab weitere Gründe, weshalb die internationalen Schwierigkeiten wuchsen. 1931 sah sich der Völkerbund der ersten ernsthaften Herausforderung gegenüber. Am 19. September besetzten japanische Streitkräfte die Mandschurei, die theoretisch zu China gehörte. China wandte sich daraufhin um Abhilfe an den Völkerbund. Aber das Problem war nicht leicht zu lösen. Die Japaner hatten ein gutes Argument. Die Autorität der chinesischen Zentralregierung – sie war nirgendwo groß – galt in der Mandschurei, die sich seit Jahren in einem Status gesetzloser Unordnung befunden hatte, nichts. Die japanischen Handelsinteressen hatten infolgedessen sehr gelitten, und für selbständige Aktionen gab es in China viele Präzendenzfälle – der letzte war eine britische Landung 1926 in Schanghai. Außerdem besaß der Völkerbund keine Mittel, um handeln zu können. Denn auf der Höhe der Wirtschaftskrise begrüßte kein Land die Idee, den verbliebenen Rest des internationalen Handels mit Japan abzubrechen. Die einzige Macht, die im Fernen Osten etwas zu verlieren hatte, war Großbritannien, und eine Aktion konnte man von den Briten genau in dem Augenblick, da sie ihre Goldwährung herabsetzen mußten und einer umstrittenen allgemeinen Wahl entgegensahen, am wenigsten erwarten. Auf jeden Fall besaß selbst Großbritannien, wenn es auch eine fernöstliche Großmacht war, keine einsetzbaren Mittel. Der Washingtoner Flottenvertrag sprach Japan im Fernen Osten eine lokale Oberhoheit zu, und nachfolgende britische Regierungen bestärkten diese Oberhoheit, indem sie mit Bedacht den Aufbau ihrer Basen in Singapur aufschoben. Was würde also gewonnen sein, wenn der Völkerbund Japan verurteilte? Nur die Entfaltung moralischer Redlichkeit, die, soweit sie überhaupt irgendeine Wirkung zeitigen, Japan nur gegen die britischen Handelsinteressen aufbringen würde. Ein Argument allerdings sprach zugunsten der moralischen Verurteilung. Die Vereinigten Staaten waren eine sehr starke fernöstliche Großmacht, und sie sprachen sich, obwohl sie dem Völkerbund nicht angehörten, für eine »Nichtanerkennung«

jedes territorialen Wechsels, der mit Gewalt durchgesetzt worden war, aus. Das tröstete zwar die Doktrinäre von Genf. Aber da die Amerikaner nicht beabsichtigten, ihren Handel mit Japan einzuschränken, brachten sie den Chinesen und dem praktischen Verstand der Briten wenig Trost. Ob zu Recht oder zu Unrecht, die britische Regierung maß der Wiederherstellung des Friedens größere Bedeutung bei als der Entfaltung moralischer Redlichkeit. Diese Ansicht war auch nicht auf die hartgesottenen Zyniker, die das Auswärtige Amt bevölkerten, oder auf die angeblich reaktionären Politiker – angeführt von MacDonald –, die die Nationalregierung bildeten, beschränkt. Sie wurde auch von der Labour Party geteilt, die zu dieser Zeit nicht den »Angriff«, sondern den »Krieg« verurteilte. 1932 wäre jede britische Aktion gegen Japan, wenn sie möglich gewesen wäre, als verdammungswürdige Verteidigung imperialistischer Interessen auf den einmütigen Widerstand der Linken gestoßen. Was die Labour Party sagen wollte – und darin spiegelte sich die allgemeine britische Meinung wider –, war, daß Großbritannien aus einem Krieg keinen Nutzen ziehen sollte. Die Labour Party schlug vor, Waffenlieferungen sowohl an China als auch an Japan zu verbieten, und dieser Vorschlag wurde von der Nationalregierung angenommen. Die Regierung ging noch weiter. Die Briten hatten den Völkerbund immer als ein Versöhnungsinstrument betrachtet, nicht als eine Sicherheitsmaschinerie. Nun nahmen sie das Instrument in Betrieb. Der Völkerbund setzte die Lytton-Kommission ein, derzeit auf japanische Initiative, um die Tatsachen über die Mandschurei in Erfahrung zu bringen und eine Lösung vorzuschlagen. Die Kommission kam zu keinem einhelligen Urteil. Sie fand, daß die meisten japanischen Beschwerden berechtigt wären. Japan wurde daher nicht als Angreifer verurteilt, obgleich es verurteilt wurde, weil es zu den Waffen gegriffen hatte, bevor alle friedlichen Mittel um Abhilfe erschöpft waren. Die Japaner zogen sich darauf unter Protest aus dem Völkerbund zurück. Aber in Wahrheit war die britische Politik erfolgreich. Die Chinesen fanden sich mit dem Verlust einer Provinz ab, die sie seit Jahren nicht regiert hatten, und 1933 wurde der Friede zwischen China und Japan wieder-

hergestellt. Später wuchs die mandschurische Affäre zu legendärer Bedeutung an. Sie wurde als Kilometerstein auf dem Weg zum Krieg behandelt, als der erste entscheidende »Verrat« des Völkerbundes, besonders durch die britische Regierung. In Wirklichkeit hatte der Völkerbund unter britischer Führung geleistet, wozu er nach britischer Ansicht bestimmt war: er hatte einen Konflikt eingedämmt und ihn, wenn auch unbefriedigend, beendet. Darüber hinaus rief die mandschurische Affäre, weit davon entfernt, die Vollstreckungsmacht des Völkerbundes zu schwächen, sie erst wirklich ins Leben. Dank dieser Affäre richtete der Völkerbund – wiederum auf britische Anregung hin – den bis dahin nicht funktionierenden Mechanismus so ein, daß wirtschaftliche Sanktionen verhängt werden konnten. Dieser Mechanismus ermöglichte dann 1935 zu aller Unglück die Völkerbundsaktion gegen Abessinien.

Die mandschurische Affäre hatte zu ihrer Zeit eine gewisse Bedeutung, allerdings nicht die, die ihr hinterher beigemessen wurde. Sie lenkte nämlich die Aufmerksamkeit gerade in dem Moment von Europa ab, als europäische Fragen akut wurden, und ließ besonders die britische Regierung gegenüber europäischen Nöten außergewöhnlich ungeduldig werden. Sie verstärkte mit unwiderlegbaren Argumenten die britische Bevorzugung der Versöhnung vor der Sicherheit. Sie lieferte das Grundgerüst für die Argumente, die nun zu Beginn des Jahres 1932 während des Treffens der Abrüstungskonferenz aufgerollt wurden. Der Zeitpunkt für dieses Treffen war höchst unangebracht. Die siegreichen Mächte waren seit 1919, als der Friedensvertrag Deutschland die Abrüstung als den ersten Schritt zu »einer allgemeinen Begrenzung der Rüstung aller Nationen« auferlegt hatte, zu etwas Derartigem verpflichtet. Sie hatten damals zwar nicht etwa versprochen, daß sie bis auf den deutschen Stand abrüsten würden, aber sie hatten versprochen, daß sie etwas unternehmen würden. Während der zwanziger Jahre hatten sie sich ihrem Versprechen ständig entzogen und damit den Deutschen in die Hände gespielt. Die Deutschen beharrten in zunehmendem Maße darauf, daß die Sieger entweder ihr Versprechen erfüllen oder Deutschland von dem seinen entbinden sollten. Die

britische Labour-Regierung, die 1929 einzog, unterstützte diesen deutschen Vorschlag. Die meisten Engländer vertraten die Ansicht, daß große Rüstungen schon allein ein Anlaß zum Krieg wären oder – um es anders auszudrücken – daß große Rüstungen dem Wirrwarr und den Mißverständnissen erlaubten, in einen Krieg umzuschlagen (wie es im August 1914 geschehen war), bevor die »Tauwetterperiode« einsetzen konnte. Ramsay MacDonald, der Premierminister, trachtete sehr danach, die Initiative wiederzuerlangen, die er 1924 ergriffen hatte, und das Werk der Beschwichtigung zu vollenden. Er war in der Hauptsache verantwortlich für den Erfolg der Londoner Flottenkonferenz 1930, die sich über die wechselseitige Begrenzung des Schlachtschiffbaus hinaus, der Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Japan 1921 zugestimmt hatten, auf weitere Schiffsklassen erstreckte. Aber selbst die Londoner Konferenz enthielt ein unheilvolles Zeichen, das zu ihrer Zeit übersehen wurde. Die Diskussionen veranlaßten zum erstenmal die Italiener, eine Flottengleichheit mit Frankreich zu fordern – eine Forderung, der die Franzosen mit Bestimmtheit widersprachen, und so setzte zwischen den beiden Ländern die Entfremdung ein, die schließlich Italien auf die deutsche Seite führte.

MacDonald überließ in der zweiten Labour-Regierung Arthur Henderson widerwillig das Auswärtige Amt. Die beiden stimmten nicht gänzlich überein. Henderson hatte im Gegensatz zu MacDonald während des Weltkrieges dem Kabinett angehört und konnte diesen Krieg kaum als eine überflüssige Torheit ansehen. Wo MacDonald die französischen Befürchtungen als Hirngespinst abtat, wollte Henderson Abrüstung und Sicherheit miteinander in Einklang bringen. Er schlug vor, die Abrüstung als Hebel für die steigenden britischen Verpflichtungen gegenüber Frankreich zu benutzen, ungefähr so, wie es vor ihm Austen Chamberlain in Locarno zu erreichen erhofft hatte, obgleich die Verpflichtungen nicht gedrückt hätten, wenn die Rüstung überall eingeschränkt worden wäre. Henderson winkte den Franzosen mit der Aussicht, daß sie, wenn sie bei der Abrüstung mitarbeiteten, wachsende Unterstützung durch Großbritannien erfahren würden. In französischen Augen war das ein gutes

Geschäft. Wenn sich auch nur wenige Franzosen – oder vielleicht keiner – die Untüchtigkeit ihrer Armee als Angriffswaffe vollkommen klarmachten, so begrüßten noch weniger die Aussicht darauf, Deutschland allein durch französische Machtmittel für alle Zeiten in Schach halten zu müssen. Die Sicherheit würde ein anderes Gesicht bekommen, wenn die Briten, anstatt sich auf Locarno zu verlassen, in praktischen militärischen Begriffen denken müßten. Vielleicht würden sie endlich die Notwendigkeit einer großen französischen Armee anerkennen, andernfalls würden sie ihre eigene Armee vergrößern. Deshalb drängten auch die Franzosen auf eine Abrüstungskonferenz und mit Henderson als Präsident. Darin lag nicht einfach eine Anerkennung seines Vermittlertalents, so groß es auch war. Darin steckte auch Überlegung: Großbritannien konnte, wenn der britische Außenminister wirklich den Vorsitz auf der Abrüstungskonferenz innehatte, kaum den steigenden Verpflichtungen ausweichen, die einer allgemeinen Abrüstung folgen würden.

Aber die Umstände hatten sich schwerwiegend geändert, bis die Abrüstungskonferenz in den ersten Tagen des Jahres 1932 zusammentrat. Die Labour-Regierung war gestürzt worden. Henderson war nicht mehr Außenminister, als Präsident der Konferenz konnte er Großbritannien nicht mehr festlegen, sondern nur noch in wirkungsloser Weise eine Regierung bedrängen, der er in politischer Hinsicht feindlich gesinnt war. MacDonald wurde nicht mehr von Henderson mitgezerrt, er wurde vielmehr, wenn überhaupt, zurückgezerrt vom neuen Außenminister, Sir John Simon, einem Liberalen, der bei Ausbruch des Krieges 1914 nahezu zurückgetreten wäre und es wirklich achtzehn Monate später aus Protest gegen die allgemeine Wehrpflicht getan hatte. Simon hielt wie MacDonald die französischen Befürchtungen für Einbildungen. Außerdem stand die Nationalregierung unter wirtschaftlichem Druck: Sie dachte nicht daran, in wachsende britische Verpflichtungen einzuwilligen, sondern war eifrig darauf bedacht, noch die, die bestanden, einzuschränken. Die Franzosen stellten zu ihrer Bestürzung fest, daß sie gedrängt wurden, abzurüsten, ohne irgendeinen Ausgleich zu erhalten. MacDonald sagte ihnen immer wieder: »Die französischen

Forderungen riefen immer Schwierigkeiten hervor, weil sie von Großbritannien die Übernahme weiterer Verpflichtungen verlangten, die aber im Augenblick nicht erwogen werden konnten[1].« Der einzige falsche Ton in dieser Erklärung war der Wink, daß sich die britische Einstellung ändern mochte.

Die Briten hatten ihren eigenen Plan und wirkten lieber für die Abrüstung anstatt für die Sicherheit. Wenn die Franzosen hofften, die Briten zu verwickeln, versuchten diese darauf, die Vereinigten Staaten hineinzuziehen – durch eine Einladung zur Abrüstungskonferenz, obgleich nicht zum Völkerbund. Dieser Plan hatte vielleicht einigen Sinn, solange die Republikaner an der Macht waren. Er versagte im November 1932 mit der Wahl des Demokraten F. D. Roosevelt zum Präsidenten. Obgleich die Demokraten 1919 durch Wilson dem Völkerbund verpflichtet waren und obgleich Roosevelt später die Vereinigten Staaten in die Weltpolitik hineinschleuste, bedeutete die Abstimmung vom November 1932 doch einen Sieg des Isolationismus. Denn die Demokraten waren nun desillusionierte Wilsonianer. Ein paar glaubten, daß Wilson das amerikanische Volk betrogen hätte, andere, daß die europäischen Staatsmänner Wilson betrogen hätten, und nahezu alle glaubten, daß die europäischen Mächte, besonders die ehemaligen Alliierten, unverbesserlich gemein wären und daß es um so besser für Amerika wäre, je weniger es mit Europa zu tun hätte. Der Idealismus, der einst die Amerikaner angestachelt hatte, die Welt zu retten, veranlaßte sie nun, ihr den Rücken zuzukehren. Im Kongreß nahm die demokratische Mehrheit eine Reihe von Maßnahmen an, die es den Vereinigten Staaten unmöglich machten, in der Welt irgendeine Rolle zu spielen, und Präsident Roosevelt akzeptierte diese Maßnahmen ohne irgendein Anzeichen einer Meinungsverschiedenheit. Ihre Wirkung wurde durch die stark nationalistische Wirtschaft verstärkt, die den New Deal begleitete. Es war ein kleineres Merkmal für dieselbe Tendenz, daß Roosevelts Regime schließlich Sowjetrußland »anerkannte« und Litwinow, den Kommissar für äußere Angelegenheiten, in Washington begrüßte. Rußlands Ausschluß aus Europa galt nun in amerikanischen Augen als Zeichen

der Rechtschaffenheit. Von Amerika konnte man daher nicht erwarten, daß es Verpflichtungen in Europa übernehmen würde, und die Briten selbst wurden durch den amerikanischen Einfluß – soweit man ihn gelten ließ – aus Europa hinausgezogen.

Ein weiteres Unglück für die Abrüstungskonferenz war, daß die Reparationen im Sommer 1932 endgültig geregelt worden waren. Vorher hätte man diese Tatsache für bewundernswert gehalten, aber im Augenblick kam sie höchst ungelegen. Die deutsche Regierung, die nun von Brüning an Papen übergegangen war, war schwächer und unpopulärer denn je und deshalb noch mehr darauf bedacht, Popularität in außenpolitischen Fragen zu erringen. Die Reparationen sorgten nicht länger für Beschwerden, die einseitige Abrüstung Deutschlands hatte statt dessen deren Platz eingenommen. Irgendwelche echten Verhandlungen waren unmöglich, die deutsche Regierung brauchte einen sensationellen Erfolg. Die Deutschen verließen die Abrüstungskonferenz unter dramatischem Protest und wurden dann durch ein Versprechen auf einen »gleichwertigen Status innerhalb eines Sicherheitssystems« zurückgelockt. Diese Zusicherung war sinnlos. Denn wenn die Franzosen Sicherheit erhielten, dann konnte es keinen gleichwertigen Status geben; wenn sie keine Sicherheit erhalten sollten, dann gab es ebenfalls keine Gleichwertigkeit. Die deutschen Wähler wurden aber in jedem Falle von dieser Zusicherung nicht beeindruckt. Sie wären auch von echten Konzessionen nicht beeindruckt gewesen. Was wog, waren Armut und Massenarbeitslosigkeit, und sie behandelten daher das Gezänk über die Abrüstung als gigantisches Ablenkungsmanöver, was wirklich zutraf. Die alliierten Staatsmänner taten ihr Bestes, um Papen beim Jonglieren mit Worten zu helfen. Es fiel ihnen gar nicht ein, daß es irgendeine ernsthafte deutsche Gefahr geben könnte. 1932 fürchtete man Deutschlands Zusammenbruch, und zwar zu Recht, und nicht Deutschlands Macht. Wie konnte irgendein zuständiger Beobachter annehmen, daß ein Land mit sieben Millionen Arbeitslosen, ohne Goldreserven und mit einem immer stärker eingeschränkten Außenhandel plötzlich zu einer großen Militärmacht werden würde? Jede neuere Erfahrung lehrte, daß Macht mit Wohlstand einherging, und 1932 schien Deutschland tatsächlich sehr arm zu sein.

Diese Überlegungen wurden am 30. Januar 1933 auf den Kopf gestellt, als Hitler Kanzler wurde, ein Ereignis, das heute von Legenden umwuchert ist wie die Ankunft Hengists und Horsas in Kent. Entgegen der nationalsozialistischen Angeberei handelte es sich nicht um eine »Machtergreifung«. Hitler wurde von Präsident Hindenburg auf streng verfassungsmäßige Weise aus gediegenen demokratischen Gründen zum Kanzler ernannt. Was auch geistreiche Spekulanten, Liberale oder Marxisten, sagen mochten, Hitler wurde nicht zum Kanzler gemacht, um den deutschen Kapitalisten zu helfen, die Gewerkschaften zu zerstören, auch nicht, um den deutschen Generälen eine große Armee oder gar einen großen Krieg zu verschaffen. Er wurde ernannt, weil er und seine nationalistischen Verbündeten im Reichstag für eine Mehrheit sorgen konnten und auf diese Weise die vier anomalen Regierungsjahre durch Präsidialerlasse beendeten. Es wurde von ihm nicht erwartet, daß er revolutionäre Änderungen in der Innen- oder Außenpolitik durchführen würde. Im Gegenteil, die konservativen Politiker, die Papen anführte und durch die Hitler dem Präsidenten Hindenburg empfohlen worden war, behielten die Schlüsselposten für sich und glaubten, Hitler würde eine zahme Gallionsfigur sein. Diese Erwartungen erwiesen sich als falsch. Hitler zerriß die künstlichen Bande, die ihn fesseln sollten, und wurde schrittweise zum allmächtigen Diktator – obgleich langsamer, als die Legende vorgibt. Er änderte in Deutschland fast alles. Er zerstörte die politische Freiheit und die Herrschaft des Gesetzes, er verwandelte die deutsche Wirtschaft und die Finanzen, er stritt sich mit den Kirchen, er schaffte die einzelnen Länder ab und machte aus Deutschlad zum erstenmal ein einiges Land.

Auf einem einzigen Gebiet änderte er nichts. Seine Außenpolitik war die seiner Vorgänger, der Berufsdiplomaten im Auswärtigen Amt und wirklich praktisch aller Deutschen. Auch Hitler wollte Deutschland von den Einschränkungen des Friedensvertrages befreien, die große deutsche Armee wiederherstellen und dann Deutschland durch sein natürliches

Gewicht zur größten Macht Europas erheben. Es gab gelegentlich Unterschiede in der Betonung. Vielleicht hätte sich Hitler nicht so sehr auf Österreich und die Tschechoslowakei konzentriert, wenn er nicht als Untertan der Habsburger Monarchie geboren worden wäre, vielleicht ließ ihn seine österreichische Abstammung ursprünglich nicht so feindlich gegenüber den Polen sein. Aber die generelle Struktur blieb unverändert.

Das ist nicht die übliche Ansicht. Namhafte Schriftsteller haben in Hitler den Schöpfer eines Systems gesehen, der bewußt von Anfang an einen großen Krieg vorbereitete, um die bestehende Zivilisation zu zerstören und sich zum Herrn der Welt zu machen. Nach meiner Ansicht werden die Staatsmänner jedoch zu sehr von den Ereignissen in Anspruch genommen, so daß sie keinem vorgefaßten Plan folgen können. Die Systeme werden von den Historikern erschaffen, wie es Napoleon erging, und die Systeme, die Hitler zugeschrieben werden, stammen in Wirklichkeit von Hugh Trevor-Roper, Elizabeth Wiskemann und Alan Bullock. Für ihre Spekulationen gibt es einigen Anlaß. Hitler war selbst ein Amateurhistoriker oder eher ein Simplifikateur historischer Erkenntnisse, der in seiner Freizeit Systeme entwarf. Aber diese Systeme waren Wachträume. Chaplin wußte das; er stellte mit dem Genie eines Künstlers den großen Diktator dar, wie dieser die Welt in einen Luftballon verwandelt und sie mit der Schuhspitze an die Decke kickt. Hitler sah sich tatsächlich in seinen Wachträumen immer als Herrn der Welt. Aber die Welt, über die er Herr zu sein träumte, und der Weg, auf dem er dieses Ziel erreichen wollte, wechselten mit den wechselnden Umständen. »Mein Kampf« wurde 1925 geschrieben unter der aufrüttelnden Wirkung der Ruhr-Besetzung durch die Franzosen. Hitler träumte daraufhin, die französische Oberhoheit in Europa zu zerstören, und die ins Auge gefaßte Methode bestand darin, sich mit Italien und Großbritannien zu verbünden. Seine »Tischgespräche« kamen in der Ferne auf besetztem Territorium zustande während des Feldzugs gegen Sowjetrußland, und darauf träumte Hitler von einem einigermaßen phantastischen Reich, das seine Erobererlaufbahn rechtfertigen würde. Sein letztes Vermächtnis entstand

im Bunker, als er Selbstmord begehen wollte, und es überrascht daher nicht, daß er es in einen Lehrsatz von der universalen Zerstörung umwandelte. Akademischer Einfallsreichtum will in diesen Verkündigungen den Schüler Nietzsches, den Geopolitiker oder den Nacheiferer Attilas entdeckt haben. Ich höre daraus nur die Verallgemeinerungen eines machtvollen, aber ungeschulten Verstandes, Dogmen, die das Echo der Unterhaltungen in einem jeden österreichischen Café oder deutschen Wirtshaus waren.

In Hitlers Außenpolitik fand sich ein einziger systematischer Zug, und der war nicht neu. Seine Zielsetzung war »kontinental« wie vorher die Stresemanns. Hitler versuchte nicht, die »Weltpolitik« wiederzubeleben, die Deutschland vor 1914 verfolgt hatte, er entwarf keine Pläne für eine große Schlachtflotte, er protzte nicht mit Beschwerden über die verlorenen Kolonien, es sei denn als Kunstgriff, um die Briten zu verwirren, er war nicht einmal am Mittleren Osten interessiert – daher 1940 seine Blindheit gegenüber der großen Gelegenheit nach der Niederlage Frankreichs. Man könnte diese Ansicht Hitlers österreichischer Abkunft, weit vom Meer entfernt, zuschreiben oder glauben, daß er sie von irgendeinem Münchner Geopolitiker übernommen hätte. Aber im wesentlichen spiegelte sie die Umstände seiner Zeit wider. Deutschland war im November 1918 von den Westmächten geschlagen worden und hatte seinerseits im vorhergehenden Januar Rußland geschlagen. Hitler stellte wie Stresemann das westliche Bündnis nicht in Frage. Er wollte das britische Empire nicht zerstören, und er wollte selbst den Franzosen nicht Elsaß-Lothringen nehmen. Dafür wollte er, daß die Alliierten das Urteil vom Januar 1918 anerkannten, die künstliche Rückgängigmachung dieses Urteils nach dem November 1918 aufgaben und zugestanden, daß Deutschland im Osten gesiegt hatte. Das war kein widersinniges Programm. Viele Engländer, um nichts über Milner und Smuts zu sagen, stimmten dem sogar 1918 zu, später noch mehr, und die meisten Franzosen kamen langsam zu derselben Ansicht. Die Nationalstaaten Osteuropas erfreuten sich geringer Popularität und Sowjetrußland noch geringerer. Wenn Hitler danach strebte, den Vertrag von Brest-Litowsk wiederher-

zustellen, konnte er sich als der Vorkämpfer der europäischen Kultur gegen den Bolschewismus und gegen die rote Gefahr ausgeben. Es mag sein, daß sein Ehrgeiz wahrhaftig auf den Osten begrenzt war, es mag sein, daß Eroberungen dort nur das Vorspiel zu Eroberungen in Westeuropa oder in der ganzen Welt gewesen wären. Niemand kann das sagen. Nur die Ereignisse hätten die Antwort geben können, aber durch eine seltsame Verkehrung der Umstände taten sie es nie. Entgegen allen Erwartungen befand sich Hitler im Krieg mit den Westmächten, bevor er den Osten erobert hatte. Nichtsdestoweniger war die Expansion nach Osten der erste Zweck seiner Politik, wenn nicht ihr einziger.

An seiner Politik war nichts originell. Die einzigartige Qualität Hitlers lag in seinem Talent, Gemeinplätze in Handlungen zu übersetzen. Er nahm ernst, worüber die andern nur redeten. Die treibende Kraft in ihm war eine entsetzliche Sucht, alles buchstäblich zu nehmen. Die Schriftsteller hatten ein halbes Jahrhundert lang gegen die Demokratie gehetzt. Durch Hitler schufen sie eine totale Diktatur. In Deutschland meinte nahezu jeder, daß »etwas« gegen die Arbeitslosigkeit getan werden sollte. Hitler war der erste, der auf der »Tat« bestand. Er mißachtete die althergebrachten Regeln und stolperte so in die wirtschaftlichen Gegebenheiten der Vollbeschäftigung, genau wie F. D. Roosevelt in den Vereinigten Staaten. Am Antisemitismus war wiederum nichts neu. Jahrelang war er »der Sozialismus der Narren« gewesen. Daraus hatte sich wenig ergeben. Seipel, ein österreichischer Kanzler in den zwanziger Jahren, sagte über den Antisemitismus, den seine Partei predigte, aber nicht praktizierte: »Das ist für die Gasse.« Hitler war »die Gasse«. Viele Deutsche hatten Bedenken, als eine Verfolgung die nächste jagte und in der unsäglichen Gemeinheit der Gaskammern gipfelte. Aber nur wenige wußten, wie sie widersprechen sollten. Alles, was Hitler gegen die Juden unternahm, folgte logisch aus den rassischen Lehrsätzen, an die die meisten Deutschen vage glaubten. Mit der Außenpolitik war es dasselbe. Nicht viele Deutsche sorgten sich wirklich mit Leidenschaft und Hartnäckigkeit darum, ob Deutschland wieder über Europa herrschte. Aber sie redeten so als ob.

Hitler nahm sie beim Wort. Er zwang die Deutschen, nach ihrem Bekenntnis zu leben – sehr zu ihrem Kummer.

Nach seinen Grund- und Lehrsätzen war Hitler nicht bösartiger und bedenkenloser als viele andere zeitgenössische Staatsmänner. Aber an gemeinen Taten übertraf er sie alle. Die Politik der westlichen Staatsmänner beruhte ebenfalls letztlich auf Macht – die französische Politik auf der Armee, die britische auf der Seemacht. Aber diese Staatsmänner hofften, daß es nicht notwendig sein würde, diese Macht zu gebrauchen. Hitler neigte dazu, seine Macht zu gebrauchen oder jedenfalls zu drohen, daß er sie gebrauchen würde. Wenn die westliche Moral überlegen schien, dann großenteils, weil sie die Moral des status quo vertrat; Hitlers Sache war die Unmoral der Revision. Zwischen Hitlers Zielen und Methoden bestand ein merkwürdiger, wenn auch nur oberflächlicher Widerspruch. Sein Ziel war der Wechsel, der Umsturz der bestehenden europäischen Ordnung, seine Methode war die Geduld. Trotz seines Getobes und seiner heftigen Reden war er ein Meister in den Schlichen des Wartens. Niemals unternahm er einen Frontalangriff auf eine vorbereitete Stellung – zumindest gilt das für die Zeit, als seine Urteilskraft noch nicht durch leichte Siege verdorben worden war. Ähnlich Josua vor den Mauern von Jericho zog er es vor zu warten, bis die ihm widerstehenden Kräfte durch ihre eigene Verwirrung unterminiert worden waren und ihm den Erfolg selbst aufzwangen. Er hatte diese Methode schon angewandt, um in Deutschland die Macht zu erlangen. Er »ergriff« die Macht nicht. Er wartete darauf, daß sie ihm von den Männern übergestülpt wurde, die vorher versucht hatten, ihn herauszuhalten. Im Januar 1933 flehten ihn Papen und Hindenburg an, Kanzler zu werden, und er stimmte huldvoll zu. So sollte es auch in der Außenpolitik kommen. Hitler stellte keine konkreten Forderungen. Er verkündete, daß er unzufrieden wäre, und wartete dann darauf, daß ihm Konzessionen in den Schoß fielen, während er bloß die Hand nach mehr ausstreckte. Hitler kannte fremde Länder nicht aus eigener Anschauung. Selten hörte er auf seinen Außenminister, und niemals las er die Berichte seiner Botschafter. Ausländische Staatsmänner beurteilte er intuitiv. Er war über-

zeugt davon, daß er alle bourgeoisen Politiker, die deutschen wie die ausländischen, richtig einschätzen würde und daß ihre Nerven eher reißen würden. Diese Überzeugung kam der Wahrheit so nahe, daß Europa schließlich am Rande des Abgrundes stand.

Vielleicht wartete er anfangs nicht bewußt oder vorsätzlich. Die sind die größten Meister der Staatskunst, die nicht wissen, was sie tun. In den ersten Jahren seiner Macht befaßte sich Hitler nicht viel mit außenpolitischen Begebenheiten. Die meiste Zeit verbrachte er in Berchtesgaden, fern den Ereignissen, und träumte in der gewohnten utopischen Weise. Wenn er sich praktischen Dingen zuwandte, war es seine größte Sorge, selbst die absolute Kontrolle über die Nationalsozialistische Partei zu behalten. Er beobachtete und förderte selbst die Rivalität zwischen den wesentlichen Nazi-Führern. Dann folgte die Aufrechterhaltung der Nazi-Herrschaft über den deutschen Staat und das deutsche Volk, darauf die Wiederaufrüstung und die wirtschaftliche Expansion. Hitler liebte Einzelheiten über Maschinerien – Panzer, Flugzeuge, Kanonen. Ihn faszinierten der Straßenbau und noch stärker architektonische Pläne. Die Außenpolitik stand am Ende der Liste. Auf jeden Fall konnte er wenig tun, solange nicht Deutschland wiederaufgerüstet war. Die Dinge drängten ihn ohnedies zu warten, wie er es bevorzugte. Er konnte ohne weiteres die Außenpolitik den alten Berufsdiplomaten im Auswärtigen Amt überlassen. Schließlich verfolgten sie dieselben Ziele wie er, auch sie besorgten die Unterminierung des Vertrages von Versailles. Sie brauchten nur einen gelegentlichen Antrieb, um zu handeln, die planlose und tollkühne Initiative, die plötzlich die Dinge der Entscheidung zuführte.

Das Modell war bald in den Diskussionen über die Abrüstung zu erkennen. Die alliierten Staatsmänner gaben sich keinen Illusionen über Hitlers Absichten hin. Durch ihre Vertreter in Berlin hatten sie genaue und richtige Informationen erhalten – Informationen, die Sir John Simon »erschreckend« fand[2]. Sie konnten die Wahrheit in jeder Zeitung lesen, trotz der ständigen Ausweisung britischer und amerikanischer Korrespondenten aus Deutschland Man könnte keinen größeren Fehler machen als den, anzunehmen, daß Hitler

die ausländischen Staatsmänner nicht vielfach gewarnt hätte. Im Gegenteil, er warnte sie zu oft. Die westlichen Staatsmänner erkannten das Problem nur allzu deutlich. Deutschland hatte nun eine starke Regierung, und diese Regierung würde Deutschland wieder zu einer großen Militärmacht erheben. Aber was sollten die alliierten Staatsmänner tun? Immer wieder stellten sie diese Frage, sich selbst und jeder jedem. Ein klar auf der Hand liegender Weg war, einzugreifen und die deutsche Wiederaufrüstung durch Gewalt zu verhindern. Er wurde auf der Abrüstungskonferenz von den militärischen Vertretern der Briten[3] und außerdem ständig von den Franzosen vorgeschlagen. Der Vorschlag wurde wiederholt durchdacht und dann abgelehnt. Er war in jeder Hinsicht undurchführbar. Die Vereinigten Staaten würden sich an einer Intervention eindeutig nicht beteiligen. Im Gegenteil, die amerikanische Ansicht widersetzte sich ihr heftig, und das bedeutete in Großbritannien viel. Die britische Ansicht war gleichermaßen ablehnend, nicht nur die Ansicht der Linken, sondern auch die innerhalb der Regierung. Von grundsätzlichen Einwänden abgesehen, konnte die Regierung nicht an erhöhte Ausgaben denken – und eine Intervention würde teuer kommen –, es stand ihr noch keine bewaffnete Truppe zur Verfügung. Mussolini hielt sich ebenfalls zurück und hoffte schon darauf, den »Revisionismus« zu Italiens Gunsten zu wenden. So blieb Frankreich allein übrig, und die Franzosen waren seit langem entschlossen, nicht allein zu handeln. Wenn sie ehrlich gegenüber sich selbst gewesen wären, dann würden sie hinzugesetzt haben, daß sie ebenfalls keine Kräfte für eine Intervention verfügbar hatten. Was würde außerdem eine Intervention erreichen? Wenn Hitler stürzte, würde in Deutschland ein Chaos folgen, schlimmer als das auf die Besetzung der Ruhr hin; wenn er nicht stürzte, würde die deutsche Wiederaufrüstung voraussichtlich wieder aufgenommen werden, sobald die Besatzungstruppen zurückgezogen wurden.

Die Alternative war, nichts zu tun: die Abrüstungskonferenz abzublasen und die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen. Aber das wiesen sowohl die Briten als auch die Franzosen als »unfaßlich«, »undenkbar«, als »einen Ratschlag der Ver-

zweiflung« zurück. Welcher Ausweg blieb? Müßte nicht in jedem Augenblick am Horizont der geniale Kniff in Sicht kommen, der die Deutschen befriedigen würde, ohne die Franzosen zu gefährden? Die Franzosen beharrten weiterhin darauf, daß sie einer deutschen Rüstungsgleichheit nur zustimmen könnten, wenn sie eine feste britische Garantie, unterstützt durch Verabredungen der Stäbe und eine vergrößerte britische Armee, hätten. Die Briten wiesen diesen Vorschlag ebenso entschieden zurück und behaupteten, daß, wenn die Gleichheit Deutschland zufriedenstellen würde, eine Garantie unnötig wäre. Wenn Hitler eine Abmachung treffen würde, »könnte er sich sogar geneigt zeigen, sie zu achten ... Seine Unterschrift würde ganz Deutschland binden wie die keines andern Deutschen jemals zuvor[4].« Sollte Deutschland die Abmachung nicht einhalten, »dann kann die Widerstandskraft der Welt nicht groß genug sein[5]«; »die Welt wird seine wahren Absichten kennenlernen[6].« Man kann unmöglich sagen, ob die Briten ihre eigenen Argumente ernst nahmen. Vielleicht glaubten sie noch, daß die französische Unnachgiebigkeit das Haupthindernis für ein friedliches Europa wäre, und hegten keine übermäßigen Bedenken bei der Beseitigung dieser Hartnäckigkeit. Der Präzedenzfall von 1871 kam ihnen oft in den Sinn. Damals hatte Rußland die Klauseln des Vertrags von Paris abgelehnt, die ihm eine Abrüstung im Schwarzen Meer auferlegten, und die andern Mächte hatten unter der Bedingung eingewilligt, daß Rußland sich auf einer internationalen Konferenz die Zustimmung besorgte. Der in Europa übliche Anstand war nicht verletzt worden. Da eine Konferenz den Vertrag zustande gebracht hatte, konnte eine weitere ihn zerreißen. Deshalb war es jetzt am wichtigsten, nicht die deutsche Wiederaufrüstung zu verhindern, sondern sicherzustellen, daß sie sich innerhalb des Rahmenwerks einer internationalen Abmachung abspielte. Die Briten nahmen außerdem an, daß Deutschland bereit sein würde, einen »Preis für die Legalisierung seiner Gesetzwidrigkeiten« zu zahlen[7]. Die Briten wollen selbst immer gerne auf seiten des Rechts stehen und vermuteten daher, daß die Deutschen genauso wären. Es war ihnen unfaßlich, daß irgendeine Macht eine Wiederkehr

der »internationalen Anarchie« höher schätzen könnte. Und natürlich wollte Hitler nicht zur internationalen Anarchie zurückkehren. Er wünschte ebenfalls eine internationale Ordnung, aber es sollte »eine neue Ordnung« sein, nicht eine gemäßigte Fassung des Systems von 1919.

Eine weitere Überlegung bestimmte die Atmosphäre dieser Jahre am meisten. Jeder, besonders die Briten und die Franzosen, nahm an, daß man viel Zeit hätte. Deutschland war wirklich noch ganz und gar abgerüstet, als Hitler zur Macht kam. Es besaß keine Panzer, keine Flugzeuge, keine schwere Artillerie, keine ausgebildeten Reservisten. Nach allgemeiner Erfahrung würde es zehn Jahre benötigen, um eine gewaltige Militärmacht zu werden. Diese Überlegung war nicht gänzlich falsch. Hitler und Mussolini teilten sie. In ihren Unterhaltungen gingen sie immer davon aus, daß 1943 das Schicksalsjahr sein würde. Viele früheren Alarme über die deutsche Wiederaufrüstung waren falsch. Als Churchill 1934 behauptete, daß die deutsche Luftwaffe viel stärker wäre, als die britische Regierung angab, und als Baldwin widersprach, hatte Baldwin – wie wir heute aus den deutschen Akten wissen – recht und Churchill unrecht. Selbst 1939 war die deutsche Armee nicht für einen sich länger hinziehenden Krieg ausgerüstet, und 1940 war das deutsche Heer dem französischen in jeder Hinsicht unterlegen, nur nicht in der Führung. Die Westmächte machten zwei Fehler. Sie berücksichtigten nicht die Tatsache, daß Hitler ein Spieler war, der mit unzulänglichen Mitteln um hohe Einsätze spielen würde. Außerdem berücksichtigten sie die wirtschaftliche Tat Schachts nicht, der dafür sorgte, daß die deutschen Mittel nicht so unzulänglich waren, wie es unter den üblichen Umständen der Fall gewesen wäre. Länder mit der mehr oder weniger freien Wirtschaft dieser Zeit arbeiteten mit fünfundsiebzig Prozent ihrer Leistungsfähigkeit. Schacht arbeitete als erster mit dem System der Vollbeschäftigung und nutzte so die deutsche Wirtschaftskraft bis zum Rande aus. Das ist heute ein Gemeinplatz. Damals schien es Zauberei zu sein, die über die Vorstellungskraft ging.

Die Abrüstungskonferenz überlebte Hitlers Antritt nicht lange. Während des Sommers 1933 drängten die Briten und

die Italiener die Franzosen dazu, Deutschland eine theoretische Rüstungs-»Gleichheit« einzuräumen. Schließlich wäre noch viel Zeit, bis diese Gleichheit Wirklichkeit werden würde. Diese Anregungen wären beinahe erfolgreich gewesen. Die Franzosen setzten schon zum Sprung in das Wagnis an. Am 22. September trafen sich die britischen und die französischen Minister in Paris. Die Franzosen deuteten an, daß sie der Rüstungsgleichheit oder einem Status, der ihr nahe käme, zustimmen würden. Dann fragte Daladier, der französische Premierminister: »Welche Garantie würde für die Einhaltung der Konvention sorgen?« Die alte Schwierigkeit war wiedererstanden. Simon antwortete: »Die Regierung Seiner Majestät kann keine neuen Verantwortlichkeiten in Form von Unterstützungen übernehmen. Die öffentliche Meinung Englands würde dafür kein Verständnis haben.« Eine maßgebendere Stimme als die Simons war zu vernehmen. Baldwin, der Führer der konservativen Partei und das uneingestandene Haupt der britischen Regierung, war aus Aix gekommen, um das Treffen zu besuchen. Während der Ferien hatte er über der europäischen Situation gebrütet. Nun unterstützte er Simon: es könne keine neuen britischen Verpflichtungen geben. Er setzte hinzu: »Wenn es sich bestätigen würde, daß Deutschland wiederaufrüstet, dann würde unverzüglich eine neue Situation entstehen, der Europa ins Gesicht sehen müßte . . . Sowie diese Situation entstanden wäre, müßte die Regierung Seiner Majestät sie sehr ernsthaft prüfen, aber diese Situation ist noch nicht entstanden[8].« Das war zwar die Stimme Baldwins, aber noch der Geist MacDonalds. Die Franzosen wurden aufgefordert, eine Überlegenheit aufzugeben, an deren Bestehen sie glaubten, und es wurde ihnen nur die Aussicht auf irgend etwas Unklares angeboten für den Fall, daß sich die Deutschen schlecht benähmen. Das befriedigte sie nicht. Die Franzosen zogen ihren Versuchsballon ein. Als die Konferenz wieder aufgenommen wurde, erklärten sie, daß sie einer Gleichheit mit Deutschland nur zustimmen würden, wenn die Deutschen für eine weitere »Probezeit« von vier Jahren abgerüstet blieben.

Das war Hitlers Chance. Er wußte, daß Frankreich alleine

stand, daß sowohl Großbritannien als auch Italien mit der deutschen Einstellung sympathisierten. Am 14. Oktober zog sich Deutschland aus der Abrüstungskonferenz zurück, eine Woche darauf verließ es den Völkerbund. Nichts geschah. Die deutschen Minister waren über Hitlers Initiative entsetzt gewesen. Jetzt erklärte er ihnen, »daß die politische Lage sich, wie zu erwarten gewesen sei, entwickelt habe. Bedrohliche Schritte gegen Deutschland seien weder erfolgt noch zu erwarten . . . Der kritische Moment dürfte überwunden sein[9].« So war es. Hitler hatte seine Methode in der Außenpolitik erprobt, und sie hatte funktioniert. Er hatte gewartet, bis der Widerstand gegen Deutschland sich innerlich zersetzt hatte, und dann hatte er ihn wie eine Pusteblume auseinandergeblasen. Schließlich konnten die Franzosen nicht gut in Deutschland einmarschieren, nur weil die Deutschen die Abrüstungskonferenz verlassen hatten. Sie konnten nur handeln, wenn Deutschland wirklich wiederaufrüstete, und dann würde es zu spät sein. Die Briten aber sympathisierten weiterhin mit den deutschen Forderungen. Noch im Juli 1934 schrieb »The Times«: »Für die kommenden Jahre besteht mehr Anlaß, für Deutschland zu fürchten, als sich vor Deutschland zu fürchten.« Die Labour Party forderte weiterhin die allgemeine Abrüstung als Voraussetzung der Sicherheit. MacDonald bestimmte immer noch den Kurs sowohl der Regierung als auch der Opposition. Hitler war so zuversichtlich, daß er die Franzosen mit dem Angebot ärgerte, einer Ungleichheit zuzustimmen – einem deutschen Heer, auf dreihunderttausend Mann begrenzt, und einer Luftwaffe, halb so groß wie die französische. Hitlers Zuversicht war berechtigt: die Franzosen glühten vor Wut. Am 17. April 1934 weigerte sich Barthou – der rechtsstehende Außenminister der Nationalregierung, die auf die Unruhen vom 6. Februar gefolgt war –, den Deutschen das Recht auf irgendeine Wiederaufrüstung zuzugestehen, und erklärte: »Frankreich wird sich in Zukunft seine Sicherheit mit eigenen Mitteln erhalten.« Die Abrüstungskonferenz war tot, trotz einiger posthumer Versuche, sie wiederzubeleben. Die Franzosen hatten den Startschuß zum Rüstungswettrennen gegeben. Bezeichnenderweise liefen sie es dann nicht. Ihre Rüstungs-

voranschläge waren während der Vorbereitungen zur Abrüstungskonferenz gekürzt worden und kehrten bis 1936 nicht einmal auf den Stand von 1932 zurück.

Das Ende der Abrüstungskonferenz bedeutete nicht notwendigerweise Krieg. Es gab eine dritte Möglichkeit trotz aller das Gegenteil behauptenden britischen Entrüstung: die Rückkehr zu den traditionellen Mitteln der Diplomatie. Von dem Augenblick an, da Hitler erschien, begannen alle schüchtern, sich den Weg zu ihr zurück zu bahnen. Mussolini war der erste. Er hatte Genf und alles, was damit zusammenhing, niemals geschätzt. Als Seniorfaschist Europas fühlte er sich durch Hitlers Nachahmung geschmeichelt und glaubte, daß Deutschland immer der Handlanger Italiens sein würde, nicht umgekehrt. Ohne Zweifel glaubte er, daß Hitler wie er ins Leere drohte und prahlte. Auf jeden Fall dachte er nicht daran, Deutschlands Wiederbelebung zu fürchten, vielmehr begrüßte er sie als einen Hebel, mit dem er aus Frankreich Konzessionen für sich selbst herauspressen könnte und vielleicht später ebenso aus Großbritannien – ein Aspekt, der von den Briten bequemerweise übersehen wurde. Mussolini schlug einen Viermächtepakt vor. Die vier Großmächte – Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien – sollten sich selbst als europäisches Direktorium einsetzen, den kleineren Staaten die Gesetze vorschreiben und eine »friedliche Revision« durchführen. Die Briten waren erfreut. Sie wollten ebenfalls aus den Franzosen Konzessionen herauspressen – wenn auch in erster Linie zu Deutschlands Nutzen. Die Idee, daß Großbritannien und Italien zwischen Frankreich und Deutschland wohlwollend vermitteln sollten, war alt. Sie war in Locarno bekräftigt worden, obgleich Mussolini damals eine untergeordnete Rolle gespielt hatte; sie war 1914 von John Morley verfochten worden, als er versucht hatte, Großbritannien aus dem Krieg herauszuhalten; sie war 1914 von Simon und MacDonald unterstützt worden und wurde von ihnen jetzt begrüßt, so daß sich frühere Radikale in der seltsamen Lage sahen, Mussolini als den Hauptpfeiler des europäischen Friedens ansehen zu müssen. Auch Hitler war darauf eingestellt, die Jagd vorläufig durch Mussolini besorgen zu lassen. Die Franzosen waren empört, da sie unter

diesen Umständen zwischen britischen und italienischen Aufsehern gefangensaßen. Anfangs fügten sie sich, wenn sie auch darauf beharrten, daß die Revision nur mit einmütiger Zustimmung, einschließlich der interessierten Parteien, durchgeführt werden könnte. Dann gebrauchten sie Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund als Entschuldigung dafür, den Pakt ganz und gar scheitern zu lassen. Er wurde niemals ratifiziert. Nichtsdestoweniger bildete er einige Jahre lang die Basis der italienischen Politik, und für die britische Politik spielte er fast bis zum Ausbruch des Krieges dieselbe Rolle. Noch seltsamer – die Franzosen kamen vor Ende der Geschichte auf ihn zurück.

Zu seiner Zeit hinterließ der Pakt den meisten Eindruck im östlichen Europa. Sowohl Sowjetrußland als auch Polen wurden alarmiert, kamen allerdings zu entgegengesetzten Resultaten. Rußland ging von der deutschen Seite zur französischen über, Polen bis zu einem gewissen Grade von der französischen Seite zur deutschen. Eine Vereinigung der vier europäischen Mächte war immer der Alptraum der sowjetischen Staatsmänner gewesen: er würde, so glaubten sie, das Vorspiel zu einem neuen Interventionskrieg sein. Bis Hitler kam, hatten sie sich davor geschützt, indem sie den deutschen Groll auf Frankreich unterstützten und die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit Deutschland, die in Rapallo eingeleitet worden war, förderten. Nun wechselten sie die Front. Im Gegensatz zu den westlichen Staatsmännern nahmen sie Hitlers Reden ernst. Sie glaubten, daß er den Kommunismus nicht nur in Deutschland, sondern auch in Rußland zerstören wollte, und sie befürchteten, daß ihn die meisten europäischen Staatsmänner dafür preisen würden. Sie waren überzeugt davon, daß Hitler vorhatte, die Ukraine an sich zu reißen. Ihr eigenes Interesse dagegen war rein defensiv. Ihre Träume von der Weltrevolution waren lange vergangen. Ihren größten Gefahrenherd sahen sie im Fernen Osten, wo die Japaner – in friedlichem Einvernehmen mit China – in der Mandschurei saßen und Rußland schwer zu bedrohen schienen. Die besten Sowjettruppen standen im Fernen Osten, und die Sowjetführer verlangten dafür von Europa nur, in Ruhe gelassen zu werden. Wo sie einst den

»Sklavenvertrag« von Versailles angeprangert hatten, predigten sie nun Achtung vor dem internationalen Gesetz, besuchten loyal die Abrüstungskonferenz – vorher ein »bourgeoiser Betrug« – und traten 1934 sogar dem anderen bourgeoisen Betrug bei, dem Völkerbund. Sie waren für die Franzosen ein gebrauchsfertiger Verbündeter: eine Großmacht, die entschieden gegen den »Revisionismus« war und die sie von dem Druck Großbritanniens und Italiens befreien würde. Während des Jahres 1933 gelangte das Bündnis zu einem nichtoffiziellen Leben. Es war ein begrenztes Bündnis. Die Russen waren nur zu dem französischen System umgeschwenkt, weil sie glaubten, daß es ihnen erhöhte Sicherheit bieten würde; sie sahen nicht voraus, daß es sie in erhöhte Verpflichtungen verwickeln könnte. Sie überschätzten die Kräfte Frankreichs sowohl in materieller als auch in moralischer Hinsicht, und wie alle, Hitler ausgenommen, überschätzten sie trotz ihrer angeblichen Freiheit von der bourgeoisen Moral die Kraft papierner Verpflichtungen. Auch sie betrachteten es als einen Gewinn, das internationale Recht auf ihrer Seite zu haben. Auf der andern Seite wollten die Franzosen das russische Bündnis nicht in ernsthaften Ausmaßen wiederherstellen. Sie hatten wenig Vertrauen zur Kraft Rußlands und noch weniger zur Aufrichtigkeit der Sowjets. Sie wußten, daß in London eine Freundschaft mit Rußland sehr mißbilligt würde, und obgleich sie mitunter aufgebracht waren über die britischen Anregungen in Richtung auf eine Beschwichtigung, waren sie noch mehr erschreckt von dem Gedanken, sogar die dürftigen Fetzen einer britischen Unterstützung zu verlieren. Die französisch-sowjetische Annäherung war eine Rückversicherung, nicht mehr.

Aber selbst in dieser Form reichte sie aus, um die Dirigenten der deutschen Außenpolitik zu alarmieren. In ihren Augen war die Freundschaft von Rapallo ein wesentliches Element der deutschen Wiedergenesung gewesen. Sie hatte Sicherheit gegenüber Polen gegeben, sie hatte geholfen, aus den Westmächten Konzessionen herauszupressen, auf praktischerer Ebene hatte sie zu einigen gesetzwidrigen Wiederaufrüstungsmaßnahmen gedient. Neurath, der Außenminister, sagte: »Die Rückendeckung Rußlands gegen Polen können wir nicht entbehren[10].« Bülow, sein Assistent, schrieb: »Gute deutsch-sowjetische Beziehungen sind für Deutschland von wesentlicher Bedeutung[11].« Allein Hitler blieb ungerührt. Ohne Zweifel war sein Antikommunismus echt, ohne Zweifel teilte er als Österreicher nicht die Zuneigung zu Rußland, die unter preußischen Konservativen verbreitet war, ohne Zweifel sah er, daß ein Bruch zwischen Deutschland und Sowjetrußland sein Kapital als Verteidiger der europäischen Kultur gegen die kommunistische Revolution erhöhen würde. Aber sein nächstliegendes Motiv beruhte in jedem Fall auf einer praktischen Überlegung: Rußland konnte nichts gegen Deutschland unternehmen. Es war nicht nur durch Polen von Deutschland getrennt. Die Sowjetführer wollten vielmehr gar nichts unternehmen. Im Gegenteil, sie waren zur französischen Seite übergegangen, weil sie glaubten, daß ihnen dadurch weniger Forderungen gestellt und weniger Risiken aufgebürdet würden, als wenn sie mit Deutschland befreundet blieben. Sie würden in Genf gegen Deutschland stimmen, aber sie würden nicht handeln. Hitler weinte Rapallo keine Träne nach.

Auf der andern Seite konnte Polen gegen Deutschland vorgehen, und es sprach auch davon; wiederholt kamen Rufe nach einem Präventivkrieg aus Warschau, hinter denen allerdings nichts steckte. Seit 1918 hatte kein deutscher Minister an Freundschaft mit Polen gedacht, nicht einmal für eine begrenzte Zeit; die Danziger Wunde und der Korridor schnitten zu tief ein. Hitler war von diesem Vorurteil genauso frei wie von allen andern. Es war kennzeichnend für die Ausmaße der Macht, die Hitler schon über die deutsche »Herrenschicht« erlangt hatte, daß er ihre zutiefst sitzende Beschwerde mißachten, und es war auch kennzeichnend für die Gleichgültigkeit, die das deutsche Volk bei seinen sogenannten Beschwerden empfand, daß diese Mißachtung ohne allgemeines Murren durchgehen konnte. Einige Deutsche trösteten sich selbst damit, daß der Verzicht nur zeitweilig wäre, und Hitler ließ sie in ihrem Glauben. Seine wirkliche Absicht war weder auf die eine noch auf die andere Richtung festgelegt. Grundsätzlich war er nicht nur daran interessiert, Deutschlands Grenzen zu »berichtigen«. Er wollte Deutsch-

land zum Herrn über Europa machen, und deshalb ging es ihm mehr darum, seine Nachbarn in Satelliten zu verwandeln, als darum, aus ihrem Territorium Batzen herauszuschneiden. Er befolgte diese Politik gegenüber Italien, als er auf etwas verzichtete, was für ihn eine viel größere Beschwerde darstellte als Danzig oder der Korridor – auf Südtirol –, um sich im Austausch dafür Italiens Freundschaft zu sichern. Er erkannte, daß Polen, wie Italien, eine »revisionistische« Macht war, obgleich es seine Unabhängigkeit dem alliierten Sieg von 1918 verdankte; deshalb glaubte er, daß er Polen, wie Italien und Ungarn, für sich gewinnen könnte. Diesen Gewinn wären Danzig und der Korridor wert. Hitler annektierte niemals Territorien um ihrer selbst willen. Wie seine spätere Politik zeigte, scheute er sich nicht, andere Länder zu erhalten, solange sie ihm als Handlanger dienten. Aber Hitler ergriff, wie meistens, auch in der polnischen Affäre nicht die Initiative. Er ließ andere für sich arbeiten. Pilsudski und seine Partner, die Polen regierten, hatten den Ehrgeiz, die Rolle einer Großmacht zu spielen. Sie empörten sich über den Viermächtepakt, der sich im wesentlichen gegen Polen zu richten schien, und sie waren alarmiert, als sich Frankreich und Sowjetrußland einander annäherten. Die Polen vergaßen niemals, daß sie, während Danzig und der Korridor den deutschen Groll an ihren Westgrenzen hervorriefen, zehnmal soviel nichtpolnisches Gebiet im Osten besetzt hielten, und wenn sie auch Deutschland sehr fürchteten, so fürchteten die polnischen Obersten des Pilsudskischen Systems Sowjetrußland noch mehr. Außerdem hatten die Polen sich geschmeichelt, Frankreichs wichtigster Freund in Osteuropa zu sein, und sahen sich nun plötzlich zur Vorhut des französisch-sowjetischen Bündnisses degradiert. Beck, der Außenminister, besaß zwar immer ein ungetrübtes Selbstvertrauen, aber auch nicht viel mehr. Er war sicher, daß er Hitler als gleichgestellte Person behandeln oder sogar den Tiger zähmen könnte. Er bot bessere Beziehungen zu Deutschland an, und Hitler ging darauf ein. Das Ergebnis war der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Polen vom Januar 1934 – damit war ein weiterer Pflock aus dem zerbröckelnden Sicherheitssystem beseitigt. Hitler brauchte die Drohung einer polnischen Unterstützung Frankreichs nicht mehr zu fürchten, umgekehrt versprach er, ohne Deutschlands Beschwerden zu entsagen, nichts durch Gewalt wiederherzustellen – eine wohlklingende Formel, die auch von der westdeutschen Regierung nach dem zweiten Weltkrieg viel gebraucht wurde. Das Abkommen war Hitlers erste große Tat auf außenpolitischem Gebiet, und es brachte ihm auch später viel Erfolg ein. In ihm war eine Doppelsinnigkeit verborgen, wie man es in einem Abkommen zwischen zwei solchen Männern wie Hitler und Beck erwarten mochte. Hitler nahm an, daß sich Polen vom französischen System gelöst hätte, was zutraf. Er nahm weiterhin an, daß »die Obersten« daraus die logische Folgerung ziehen würden. Polen würde ein treuer Satellit werden, indem es sich den deutschen Plänen und Wünschen anpaßte. Beck aber hatte das Abkommen vorgeschlagen, nicht um irgendwessen Satellit zu werden, sondern um Polen noch unabhängiger als vorher zu machen. Solange es nur mit Frankreich verbündet war, mußte es der französischen Politik folgen und mochte sich unter veränderten Umständen sogar unter sowjetischen Befehl gestellt finden. Das Abkommen mit Deutschland ermöglichte es Polen, die französischen Anregungen zu mißachten; doch zur gleichen Zeit blieb es noch mit Frankreich verbündet, um darauf zurückzugreifen, wenn Deutschland unangenehm wurde. Das Abkommen stellte keine Option zugunsten Deutschlands dar, genausowenig eine Entscheidung zwischen Deutschland und Rußland, es war vielmehr als ein Kunstgriff gedacht, mit dessen Hilfe Polen die beiden sicherer gegeneinander ausbalancieren könnte.

Diese Doppeldeutigkeiten wirkten sich in der Zukunft aus. 1934 vergrößerte das Abkommen Hitlers Manövrierfähigkeiten erheblich. Er war jedoch noch nicht so weit, daraus Vorteil ziehen zu können. Die deutsche Wiederaufrüstung hatte gerade erst begonnen, und er wurde von innenpolitischen Sorgen in Atem gehalten – durch Widerstand sowohl von seiten seiner alten konservativen Helfer als auch von seiten seiner eigenen Gefolgsleute der Revolution. Diese innenpolitische Krise wurde erst mit dem 30. Juni überwunden, als diejenigen, die die Sorgen verursacht hatten, auf Hitlers

Befehl ermordet wurden. Einen Monat darauf starb Hindenburg. Hitler wurde sein Nachfolger als Präsident – ein weiterer Schritt auf dem Weg zur höchsten Macht. Aber der Augenblick für eine abenteuerliche Außenpolitik oder überhaupt für irgendeine Außenpolitik war nicht gekommen. Denn dieses eine Mal wandte sich der Gang der Ereignisse, auf den Hitler vertraute, gegen ihn. Österreich, sein eigenes Heimatland, verursachte den Rückschritt. Diesem Rumpfstaat, dem letzten Bruchstück des Habsburger Reiches, war die Unabhängigkeit 1919 künstlich von den Friedensstiftern aufgedrängt worden. Ein unabhängiges Österreich war die erste Garantie für Italiens Sicherheit, ein harmloser Pufferstaat, der zwischen Italien und Europa eingeschoben worden war. Italien würde seine Abgeschiedenheit von Europa einbüßen, wenn Österreich in Deutschland aufgehen oder unter deutsche Kontrolle fallen würde. Außerdem lebten dreihunderttausend deutschsprechende Menschen in dem Teil, der einmal Südtirol gewesen war und nun Alto Adige hieß: früher Österreicher, jetzt Italiener, ihrem nationalen Gefühl nach immer deutsch. Hier würde ein weiterer Gefahrenherd entstehen, wenn der deutsche Nationalismus in Österreich triumphierte.

Hitler wußte wohl, daß verbesserte Beziehungen zu Italien ihm sogar noch größere Vorteile einbringen würden als gute Beziehungen zu Polen. Schon in »Mein Kampf« hatte er auf Italien als den vorherbestimmten Verbündeten gegen Frankreich gedeutet. Jetzt, 1934, konnte jeder erkennen, daß eine Freundschaft zwischen den beiden Diktatoren für Deutschland ungeheuren Wert während der »Gefahrenzeit« besitzen würde. Doch war es für Hitler schwerer, auf Österreich um Italiens willen zu verzichten, als die Auseinandersetzung über Danzig und den Korridor um Polens willen aufzuschieben. Es war nicht deswegen für ihn schwerer, weil er der Führer des deutschen Volkes war; das Volk scherte sich wenig um dieses angeblich deutsche Anliegen, wogegen viele Danzig und den Korridor schmerzlich empfanden. Es war schwieriger für ihn, weil er einer der deutschen Nationalisten in Österreich gewesen war, längst bevor er der Führer des Nationalismus in Deutschland wurde. Außerdem schob sich die österreichische Frage von selbst nach vorn, ohne auf die hohe Politik Rücksicht zu nehmen. Das unabhängige Österreich befand sich in einer traurigen Verfassung. Es hatte seit den Friedensverträgen nie Selbstvertrauen gewonnen, obwohl es, wirtschaftlich gesehen, nicht schlecht gefahren war. Die Christlich-Sozialen und die Sozialdemokraten Österreichs standen sich unversöhnlich feindlich gegenüber und näherten sich auch nicht unter dem Schatten der Bedrohung durch Nazi-Deutschland einander an. Statt dessen begab sich Dollfuß selbst, der Kanzler des Zentrums, unter Italiens Vormundschaft und zerstörte im Februar 1934, von Mussolini veranlaßt, sowohl die sozialistische Bewegung Österreichs als auch die demokratische Republik.

Dieser Bürgerkrieg rührte nun wiederum die österreichischen Nazis auf. Die Zentrumsdiktatur war unbeliebt; die Nazis hofften, einen großen Teil der alten sozialistischen Gefolgschaft zu erbeuten. Von Deutschland erhielten sie Geld und Ausrüstung; Radio München ermutigte sie. Doch waren sie nicht nur, wie ausländische Mächte oft glaubten, deutsche Agenten, die nach Wunsch wie ein Radio an- und abgestellt werden konnten. Für Hitler war es einfach, sie »anzustellen«, aber auf jeden Fall schwierig, sie »abzustellen«, besonders wenn er darüber nachdachte, daß er ein österreichischer Nazi-Agitator sein würde, wenn er nicht der Führer Deutschlands geworden wäre. Man konnte höchstens von ihm erwarten, daß er die österreichische Frage nicht nachdrücklich verfolgte. Im Ministerrat sagte er: Er sei »bereit, Österreich auf Jahre hinaus abzuschreiben ...« aber nicht »... eine solche Desinteressements-Erklärung ... dem italienischen Regierungschef zu übergeben[12].« Die deutschen Diplomaten, die selbst nicht in der Lage waren, Hitler zu zügeln, hofften, daß er zu Konzessionen gezwungen sein mochte, wenn er Mussolini von Angesicht zu Angesicht gegenüberstand, und sie arrangierten daher für den 14. Juni ein Treffen der beiden Diktatoren in Venedig. Zum ersten, aber bestimmt nicht zum letzten Male hatte Mussolini die Aufgabe zu lösen, die auch für jeden andern zu schwierig gewesen wäre: er mußte Hitler »besänftigen«.

Die Erwartungen wurden durch das Treffen nicht erfüllt.

Die zwei Männer stimmten in ihrer Abneigung gegenüber Frankreich und Sowjetrußland überein und vergaßen darüber in ihrer Freude, sich über Österreich zu einigen. »Eine neutrale, das heißt parteipolitisch nicht gebundene Persönlichkeit« sollte österreichischer Kanzler werden, dann sollten freie Wahlen stattfinden, und danach würden die Nazis in die Regierung eintreten. Das war eine einfache Lösung; Hitler würde ohne die Schwierigkeiten eines Kampfes erhalten, was er wollte. Mussolini erwiderte, daß die Nazis ihren terroristischen Feldzug aufgeben sollten, dann würde Dollfuß sie freundlicher behandeln – was dieser wohl tun mochte, wenn sie keinen Schaden mehr stifteten [13]. Hitler unternahm natürlich nichts, um Mussolinis Forderungen zu erfüllen. Er versuchte nicht, die österreichischen Nazis zu zügeln; und sie brannten, durch die Ereignisse des 30. Juni in Deutschland erregt, darauf, ihr eigenes Blutbad zu inszenieren. Am 25. Juli besetzten die Wiener Nazis die Kanzlei, ermordeten Dollfuß und versuchten, die Macht zu ergreifen. Hitler freute sich zwar über Dollfußens Tod, konnte aber nichts unternehmen, um seinen österreichischen Anhängern zu helfen. Italienische Truppen wurden demonstrativ an die österreichische Grenze geschickt, und Hitler mußte hilflos zusehen, wie Schuschnigg, Dollfußens Nachfolger, unter Mussolinis Schutz die Ordnung wiederherstellte.

Die österreichische Revolte fügte Hitler eine grundlose Demütigung zu. Sie warf auch das schöne Gleichgewicht über den Haufen, von dem sich Mussolini reichen Gewinn versprochen hatte. Er hatte angenommen, daß sich die deutsche Politik in den alten Gleisen bewegen würde, indem sie Zugeständnisse von Frankreich und dann von Polen forderte, aber Österreich in Ruhe ließ. Er würde als glücklicher Dritter zwischen Frankreich und Deutschland das Gleichgewicht herstellen, von beiden seinen Lohn erhalten und sich selbst zu nichts verpflichten. Plötzlich befand er sich nun in der entgegengesetzten Position: wenn Österreich bedroht war, benötigte er Unterstützung durch Frankreich, nicht umgekehrt. Mussolini mußte zum Verfechter der Verträge und zum Vorkämpfer der kollektiven Sicherheit werden, wo er bisher der Fürsprecher der Revision gewesen war – auf Kosten anderer.

Die Briten begrüßten seine Bekehrung. Sie machten sich immer von Italiens Stärke übertriebene Vorstellungen – warum, kann kein Mensch sagen. Sie erkannten nie die schwerwiegende Wahrheit, daß Italien wirtschaftlich schwach war: durch den Mangel an Kohle und durch den verhältnismäßigen Mangel an Schwerindustrie. Für sie war Italien einfach eine »Großmacht«, und natürlich nahmen sich Millionen Männer sogar in halbmilitärischen Verbänden ungeheuer aus im Vergleich zu den begrenzten Streitkräften der Briten. Auch fielen sie auf Mussolinis Prahlereien herein. Er bezeichnete sich selbst als starken Mann, als Kriegsführer, als großen Staatsmann; sie glaubten ihm.

Die Franzosen traten anfangs weniger in Erscheinung. Barthou, der Außenminister, hoffte, Deutschlands Pläne durchkreuzen zu können, ohne Mussolinis Preis zu zahlen. Seine Lösung sah ein östliches Locarno vor: Frankreich und Rußland garantierten gemeinsam die bestehende Regelung über Deutschlands Osten wie Großbritannien und Italien die im Westen. Dieser Plan war Deutschland und Polen, den beiden Mächten, die am stärksten betroffen waren, nicht genehm. Deutschland wünschte keine Ausdehnung des französischen Einflusses in Osteuropa, die Polen hatten Anlaß, Rußland die Rückkehr nach Europa nicht zu gestatten. Hitler beschränkte sich wie gewöhnlich auf sein Talent zu warten und ließ es die Polen für ihn besorgen, das östliche Locarno zum Scheitern zu bringen. Barthou blieb mit einer vagen Verständigung zurück, wonach Frankreich und Sowjetrußland handeln würden, wenn jemals der unwahrscheinliche Fall eintreten sollte, daß sie dazu aufgefordert würden. Seine Tage waren ohnedies gezählt. Im Oktober 1934 besuchte König Alexander von Jugoslawien Frankreich, um das Bündnis zu festigen. Aber in Marseille wurde er von einem kroatischen Terroristen ermordet, der in Italien ausgebildet worden war. Barthou wurde an des Königs Seite durch das Geschoß des Mörders ebenfalls verwundet, und man ließ ihn auf dem Pflaster verbluten. Pierre Laval, sein Nachfolger, war ein moderner Mann, der geschickteste und vielleicht der bedenkenloseste französische Staatsmann. Er hatte als extremer Sozialist begonnen und war während des ersten Weltkrieges

auf der Antikriegsseite gestanden. Laval hatte wie viele abgefallene Sozialisten, zum Beispiel Ramsay MacDonald, eine schlechte Meinung von Sowjetrußland und eine hohe von dem faschistischen Italien. Wenn er es auch Barthous Politik gestattete, sich bis zu einem französisch-sowjetischen Pakt im Mai 1935 weiterzubewegen, so war der Pakt doch inhaltslos; niemals verstärkte er wie das alte Bündnis die militärischen Absprachen, nie wurde er von irgendeiner französischen Regierung ernst genommen und vielleicht auch nicht von der sowjetischen. Stalins Anweisung, daß sich die französische kommunistische Partei nicht länger der nationalen Verteidigung entgegenstellen solle, war alles, was die Franzosen herausholten – eine Anweisung, die fast schon ausreichte, um ihrerseits die französischen Patrioten in Defätisten zu verwandeln.

Laval setzte alle seine Hoffnungen auf Italien. Er besuchte Rom und schmeichelte sich selbst, daß Mussolini jetzt durch die österreichische Affäre von allen revisionistischen Sehnsüchten geheilt wäre. Hitler selbst schien mit Überlegung darauf aus zu sein, eine gemeinsame Front gegen Deutschland zu festigen. Mit steigender Verachtung schnippte er die verbliebenen Beschränkungen der deutschen Rüstung beiseite und kündigte schließlich im März 1935 die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht an. Deswegen gaben die früheren Sieger nun auf einmal Zeichen des Widerstandes von sich. Im April 1935 fand in Stresa eine große Zusammenkunft statt: MacDonald und Simon, Flandin – der französische Premierminister – und Laval und Mussolini als Gastgeber. Seit den Treffen des Rates der Zehn in den Tagen Lloyd Georges hatte es nichts Ähnliches mehr gegeben. Auf dieser Zusammenkunft entfaltete sich zum letzten Male die alliierte Solidarität – ein spöttisches Echo auf die Tage des Sieges –, das merkwürdigste aber war, daß die drei Mächte, die »die liberale Demokratie in der Welt stabilisiert« hatten, jetzt von abgefallenen Sozialisten vertreten wurden. Zwei von ihnen – MacDonald und Laval – waren gegen den Krieg gewesen, während der dritte, Mussolini, die Demokratie in seinem eigenen Lande zerstört hatte. Italien, Frankreich und Großbritannien faßten feierlich den Beschluß, die bestehende

Vertragsregelung zu erhalten und jedem Versuch zu widerstehen, diese Regelung durch Gewalt abzuändern. Das war ein ergreifender Prunk mit Worten, aber ein bißchen spät, da sich schon so viel geändert hatte. Meinte einer der drei, was er sagte? Die Italiener versprachen, Truppen zur Verteidigung von Belfort zu schicken, die Franzosen versprachen dasselbe für Tirol. Aber in Wahrheit hoffte jede der drei Mächte, Hilfe von den andern zu erhalten, ohne umgekehrt selbst welche leisten zu müssen, und jede freute sich, die andern in Schwierigkeiten zu sehen.

Hitler seinerseits hatte gerade einen machtvollen Pluspunkt für sich buchen können. Im Januar 1935 wurde im Saargebiet – 1919 von Deutschland getrennt – eine Volksabstimmung über das zukünftige Schicksal des Landes durchgeführt. Die Einwohner waren meistens Industriearbeiter – Sozialdemokraten und Katholiken. Sie wußten, was sie in Deutschland erwartete: Diktatur, Zerstörung der Gewerkschaften, Verfolgung der christlichen Kirchen. Und doch stimmten in einer unanfechtbar freien Wahl neunzig Prozent für die Rückkehr nach Deutschland. Das war ein Beweis dafür, daß die Anziehungskraft des deutschen Nationalismus unwiderstehlich sein würde – in Österreich, in der Tschechoslowakei, in Polen. Da er diese Kraft hinter sich wußte, kümmerte sich Hitler nicht um die altmodischen diplomatischen Demonstrationen. Nicht ganz einen Monat nach dem Treffen von Stresa verwarf er die noch bestehenden Abrüstungsklauseln des Vertrages von Versailles, da »jene Mächte ... sich nicht entschließen konnten, der von Deutschland verlangten Abrüstung die vertraglich vorgesehene eigene folgen zu lassen.« Gleichzeitig versprach er, die territoriale Regelung von Versailles und die Bestimmungen von Locarno zu achten. Das »künstliche« Sicherheitssystem war tot – ein schlagender Beweis dafür, daß ein System keine Taten ersetzen, sondern nur die Gelegenheiten für sie schaffen kann. Hitler hatte in etwas über zwei Jahren die Beschränkungen der deutschen Rüstung abgeschüttelt, und in keinem Moment hatte er sich einer wirklichen Gefahr gegenübergesehen. Die Erfahrung dieser zwei Jahre bestätigte ihm, was er schon aus der Innenpolitik gelernt hatte. Er glaubte, daß die stärkeren Nerven

immer gewinnen würden und daß sein »Bluff«, wenn es Bluff war, niemals aufgedeckt würde. Von nun an ging er mit »der Sicherheit eines Schlafwandlers« voran. Die Ereignisse der kommenden zwölf Monate halfen nur noch mit, diese Sicherheit zu verstärken.

KAPITEL V

DIE ABESSINISCHE AFFÄRE UND DAS ENDE VON LOCARNO

Versailles war tot. Die Franzosen ausgenommen, freute sich jeder darüber. Seinen Platz nahm das System von Locarno ein, ein System, das die Deutschen bereitwillig akzeptiert hatten und das Hitler gerade bereitwillig erneut bestätigt hatte. Die Briten zeigten, was sie von der »Stresa-Front« hielten, indem sie unverzüglich mit Hitler einen Privathandel abschlossen, der die deutsche Flotte (noch gab es sie so gut wie nicht) auf ein Drittel ihrer eigenen Stärke begrenzte. Dieser Handel konnte als ein vernünftiger Versuch gerechtfertigt werden, nach dem Scheitern der Abrüstungskonferenz das System der Flottenrestriktionen zu retten, er war jedoch mit der Achtung der Verträge, für die sich die Stresa-Mächte gerade erklärt hatten, kaum vereinbar. Die Franzosen beschwerten sich daher auch über das englisch-deutsche Flottenabkommen heftig und behaupteten, daß Hitler schon zur Kapitulation bereit gewesen wäre, als die Briten die gemeinsame Front im Stich gelassen und ihm damit seine Gelassenheit zurückgegeben hätten. Diese Ansicht ist, obgleich sie immer noch von französischen Historikern vertreten wird, durch keinen Beweis von deutscher Seite zu halten, und es scheint eher Hitlers Wille gewesen zu sein, darauf zu warten, daß die Stresa-Front zerbrach.

Er behielt wiederum recht. Das Treffen von Stresa hatte ein festes Bündnis gegen einen Angriff begründen sollen. Statt dessen öffnete es Ereignissen die Tür, die nicht nur das Bündnis auflösten, sondern auch den Völkerbund und damit das ganze System der kollektiven Sicherheit zerstörten. Diese Ereignisse kreisten um Abessinien. Ihr äußerer Verlauf ist bekannt, ihr Hintergrund und ihre Bedeutung sind aber noch

ziemlich dunkel. Abessinien war seit langem Ziel des italienischen Ehrgeizes und 1896 der Schauplatz der katastrophalen Niederlage Italiens zu Adua gewesen. Rache für Adua war in den prahlerischen Versprechungen der Faschisten mitenthalten, aber 1935 keineswegs dringlicher als zu irgendeiner Zeit seit Mussolinis Machtantritt 1922. Denn die inneritalienischen Zustände erforderten keinen Krieg. Der Faschismus war politisch nicht bedroht, und die wirtschaftliche Situation Italiens riet zum Frieden, nicht zur Aufblähung mittels eines Krieges. Auch Italiens diplomatische Stellung im Verhältnis zu Abessinien schien nicht gefährdet zu sein. Abessinien war 1925 zum Völkerbund zugelassen worden, aber auf italienische Initiative hin – um vermutete britische Übergriffe zu bremsen –, und es waren die Briten gewesen, die dagegen protestiert hatten, weil Abessinien zu barbarisch wäre, um zur zivilisierten Gemeinschaft von Genf Zutritt zu finden. Sowohl Großbritannien als auch Frankreich erkannten Abessinien als italienische »Interessensphäre« an, und die Vereinigung von Stresa bestärkte sogar diese Anerkennung. Vielleicht wurden die Italiener durch die Anwesenheit amerikanischer Spekulanten in Abessinien, die Kaiser Haile Selassie anscheinend gern sah, alarmiert. Aber das ist eine Mutmaßung. Mussolini selbst behauptete, Nutzen aus dem günstigen Umstand ziehen zu wollen, daß Italien schwer bewaffnet wäre – was jedenfalls nur theoretisch stimmte –, während die Wiederaufrüstung der anderen Mächte gerade erst begann. Er wies insbesondere auf die deutsche Bedrohung Österreichs hin, die sicherlich erneuert werden würde. Die italienische Armee hätte, so entschied er, Abessinien auf einmal zu erobern, so daß sie am Brenner zur Verteidigung Österreichs zurück sein könnte, sobald Deutschland wiederaufgerüstet hätte. Das scheint eine unsinnige Erklärung zu sein. Wenn Österreich gefährdet war, hätte sich Mussolini sicher auf dessen Verteidigung konzentriert und sich nicht durch Abessinien ablenken lassen. Vielleicht spürte er, daß er Österreich früher oder später verlieren würde, und griff daher zum Trost nach Abessinien. Wahrscheinlicher ist, daß er nur von seinem militärischen Getöse berauscht war, mit dem er den Anfang gemacht hatte und in dem ihn jetzt Hitler übertrumpfte.

Auf jeden Fall entschied sich Mussolini 1934 aus Gründen, die immer noch unbegreiflich sind, dafür, Abessinien zu erobern. Er wurde von Laval ermutigt, der im Januar 1935 Rom besuchte. Laval war darauf bedacht, Mussolini für die antideutsche Front zu gewinnen, und ging ohne Zweifel mit glatten Redensarten großzügig um. Nach dem einen Bericht sprach er sich für Italiens Wünsche aus unter der Bedingung, daß Italiens Herrschaft über Abessinien auf friedliche Weise errichtet werden würde wie angeblich seinerzeit die französische über Marokko. Nach einer andern Version versprach Laval, dafür zu sorgen, daß, falls der Völkerbund hineinverwickelt, Italien keinen Schaden erleiden und daß besonders in der italienischen Ölversorgung keine Unterbrechung eintreten würde. Das klingt wie ein Märchen, das später erfunden wurde, nachdem die Sanktionen tatsächlich verhängt waren; im Janur 1935 konnte Laval nicht ahnen, daß es so kommen würde. Wahrscheinlich ermutigte Laval Mussolini nur ganz allgemein, um ihn bei guter Laune zu halten. Das Treffen zu Stresa gab Mussolini außerdem die Gelegenheit, die Briten auszuhorchen. Ob er sie wahrnahm und was er dabei erfuhr, läßt sich nicht sagen. Die eine Geschichte erzählt, daß Mussolini mit MacDonald und Simon die verschiedenen Themen der europäischen Politik durchging und sie dann fragte, ob sie noch etwas hätten, das sie gerne besprechen würden. MacDonald und Simon schüttelten die Köpfe, und Mussolini schloß daraus, daß sie keinen Einwand gegen sein abessinisches Abenteuer hätten. Dagegen spricht, daß der Afrika-Experte des Auswärtigen Amtes die britischen Minister nach Stresa begleitete, und man kann kaum annehmen, daß er seinen italienischen Kollegen nichts zu sagen wußte. Doch wie es nun auch gewesen sein mag: Die Briten konnten die steigenden italienischen Aufrüstungen im Roten Meer nicht unbeachtet lassen. Ein außenpolitischer Ausschuß wurde eingesetzt, um die Tragweite zu überprüfen, und er berichtete, daß eine italienische Eroberung Abessiniens die Interessen des britischen Imperiums nicht verletzen würde.

Die Sache hatte einen Haken: Abessinien war Mitglied des Völkerbundes, und die britische Regierung wollte keine

Wiederholung der Schwierigkeiten erleben, die durch die japanische Handlungsweise in der Mandschurei verursacht worden waren. Erstens war es ihr ehrlicher Wunsch, den Völkerbund als ein Druck- (und Versöhnungs-) Mittel für Deutschland beizubehalten – und zweitens sah sie sich durch die eigene öffentliche Meinung in wachsendem Maße behindert. Die Propaganda für den Völkerbund und für die kollektive Sicherheit lief auf vollen Touren. Diese beiden Schlagwörter halfen über manch einen moralischen Zwiespalt hinweg. Die Unterstützung des Völkerbundes lieferte all denen, die sich mit Entsetzen von einer Verteidigung der Vertragsregelung von Versailles abgewandt haben würden, eine uneigennützige Entschuldigung. Die kollektive Sicherheit, die die Streitkräfte von zweiundfünfzig Nationen vereinigen sollte, zeigte einen Ausweg, wie man einen Angriff abweisen konnte, ohne die britische Rüstung zu steigern. Im Herbst 1934 erwies die fälschlich so genannte Friedenswahl, daß in Großbritannien zehn Millionen Menschen wirtschaftliche Sanktionen befürworteten und sogar sechs Millionen militärische – eine Meinungsäußerung, die mit Pazifismus nicht viel zu tun hat. Es wäre ungerecht, daraus zu schließen, daß die britische Regierung diese Ansichten lediglich ausnützte. Im allgemeinen teilen die britischen Minister die Grundsätze und Vorurteile ihrer Zeitgenossen, und bis zu einem gewissen Grad taten sie es auch damals. Doch war es für ihre Überlegungen nicht ohne Bedeutung, daß eine allgemeine Wahl bevorstand. Die kollektive Sicherheit bot eine wundervolle Gelegenheit, die Labour-Opposition zu spalten, von der der eine Teil, allerdings die Mehrheit, den Völkerbund begünstigte, während der andere Teil, der lautstärkere, sich noch jeder Unterstützung dieser »kapitalistischen« Institution oder jeder Zusammenarbeit mit einer britischen »imperialistischen« Regierung widersetzte.

Das alles sind Vermutungen. Niemand weiß, weshalb die britische Regierung diesen Kurs einschlug, vielleicht wußte sie es selbst nicht. Sie fühlte sich verpflichtet, zwei Pferde zu reiten: sie wollte Mussolini gewinnen und doch die Autorität des Völkerbundes erhalten. Im Juni 1935 reiste Eden, damals noch ein junger Minister, der für die Völkerbundsangelegenheiten verantwortlich war, nach Rom in der Hoffnung, den Knoten lösen zu können. Er brachte ein gediegenes Angebot mit: Großbritannien würde Abessinien durch Britisch-Somaliland hindurch Zugang zum Meer verschaffen, und Abessinien würde dafür einige Grenzgebiete an Italien übergeben. Er brachte auch eine Warnung mit: es dürfte keine offenkundige Verletzung der Völkerbundssatzung vorkommen. Die Berufsdiplomaten im italienischen Außenministerium wollten das britische Angebot annehmen. Mussolini aber blieb ungerührt. Er wünschte sich den Ruhm eines siegreichen Krieges, keine territoriale Schlichtung. Zwischen Mussolini und Eden kam es zu einer stürmischen Begegnung – Mussolini prangerte die britische Heuchelei an, wie sie sich im englisch-deutschen Flottenvertrag zeige, Eden bestand weiterhin auf seinen hohen Idealen. Er kehrte als erbitterter Italien-Gegner zurück und blieb es für immer. Aber das britische Auswärtige Amt war nicht so bestürzt. Es hoffte noch, den Konflikt zwischen Italien und Abessinien mit Hilfe eines Kompromisses regeln zu können, und vertraute darauf, daß die Abessinier echten Widerstand leisten würden. Mussolini würde sich zu mäßigen wissen, wenn er auf Schwierigkeiten stieß, und dann würden die Briten eine Regelung in die Wege leiten, die sowohl die Stresa-Front als auch das Ansehen des Völkerbundes wiederherstellen würde.

Genau in diesem Augenblick erhielt die britische Außenpolitik eine kräftigere Führung. Im Juli 1935 folgte Baldwin auf MacDonald als Premierminister. Die Gelegenheit für ein Großreinemachen wurde wahrgenommen. Sir John Simon hatte seine Vertrauenswürdigkeit durch die Rolle, die er in der mandschurischen Affäre gespielt hatte, ob verdientermaßen oder nicht, eingebüßt; die öffentliche Meinung fand ihn zu versöhnlich, zu einfallsreich im Erfinden von Entschuldigungen für den Angreifer. Er räumte jetzt das Auswärtige Amt, und ihm folgte Sir Samuel Hoare. Hoare war so intelligent wie jeder andere britische Außenminister des zwanzigsten Jahrhunderts – vielleicht kein sehr hoher Maßstab. Seine schwache Seite war sein Ungestüm. Er trat Schwierigkeiten tapfer entgegen, anstatt ihnen auszuweichen – wie er am Ende seines Lebens bewies, indem er eine Verteidigung

der »Beschwichtigungspolitik« schrieb, während die andern Beteiligten, klüger, weiterhin schwiegen. Hoare sah die Schwierigkeiten der kollektiven Sicherheit – ein System, wo die Briten die Last trugen und die andern das Reden besorgten. Aber er glaubte, daß diese Gefahren überwunden werden könnten, wenn die britische Politik entschieden genug wäre; es bestand eine Chance, daß dann die andern folgen würden. Im September 1935 gab Hoare in Genf die nachhallendste Erklärung zugunsten der kollektiven Sicherheit ab, die jemals von einem britischen Staatsmann gemacht wurde. Als Abessinien im Oktober tatsächlich angegriffen wurde, übernahm in erster Linie er es, auf Sanktionen gegen Italien zu drängen. Die Mitglieder des Völkerbundes gingen darauf ein. Der Mechanismus für wirtschaftliche Sanktionen war nach der mandschurischen Affäre eingerichtet worden, und dieser Mechanismus wurde jetzt von jedem Land des Völkerbundes in Bewegung gesetzt, Italiens drei Hauptkunden – Albanien, Österreich und Ungarn – ausgenommen. Diese drei bildeten aber noch keine ernst zu nehmende Lücke. Geklagt wurde vielmehr über die gewichtigere Bresche in dem Sanktionssystem, für die Deutschland und die Vereinigten Staaten, die beiden Großmächte außerhalb des Völkerbundes, sorgten. Aber auch sie war nicht ernst zu nehmen. Hitler suchte nach dem englisch-deutschen Flottenvertrag die britische Freundschaft; er freute sich auch darüber, einen Streit zwischen Frankreich und Italien aufkommen zu sehen. Es lohnte sich daher, nach außen hin inoffiziell mit dem Völkerbund zusammenzuarbeiten. Außerdem wollten sich die Deutschen auf praktischerer Ebene aus sehr gediegenen wirtschaftlichen Gründen nicht mit wertlosen Lire belasten und schränkten ihren Handel mit Italien ein. Die Vereinigten Staaten konnten auf dem Höhepunkt ihrer Neutralität nicht Partei ergreifen, aber sie verboten den amerikanischen Handel mit beiden Seiten, und da es keinen amerikanischen Handel mit Abessinien gab, stellte das Verbot in Wahrheit eine Sanktion gegenüber Italien dar.

Die wirkliche Schwäche bestand innerhalb des Völkerbundes. Wenn es sich auch die Franzosen nicht leisten konnten, sich mit Großbritannien zu streiten, war Laval doch

über das Abbröckeln der Stresa-Front bestürzt. Die alten britischen Argumente zugunsten der Versöhnung und gegen die automatische Arbeitsweise der kollektiven Sicherheit wurden ihnen nun von den Franzosen entgegengehalten. Frankreich verhängte Sanktionen, aber Laval versicherte Mussolini jetzt, wenn nicht früher, daß Italiens Ölversorgung nicht unterbrochen würde. Auch in Großbritannien gab es abweichende Ansichten. Es gab nicht nur einen Gegensatz zwischen den »Idealisten«, die den Völkerbund unterstützten, und den Zynikern, die glaubten, daß die kollektive Sicherheit für Großbritannien immer Risiko und Last ohne einen ausgleichenden Gewinn einschloß. Es gab auch einen Gegensatz zwischen den Generationen. Die jüngeren, durch Eden vertreten, waren durchaus antiitalienisch und waren viel bereitwilliger, Deutschland zu versöhnen. Die Traditionalisten, die im Auswärtigen Amt besonders stark vertreten waren, befaßten sich nur mit der deutschen Gefahr; sie sahen den Völkerbund als Plage an und wollten Italien für die geeinte Front gegen Deutschland zurückgewinnen. Vansittart, der ständige Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, vertrat diese Ansicht; von Anfang bis Ende war er der unbeirrte Fürsprecher eines Bündnisses mit Italien, das er als die Lösung für jedes Problem zu betrachten schien. Selbst Winston Churchill, der bereits wegen Deutschland Alarm schlug, blieb im Herbst 1935 außerhalb des Landes, als wollte er vermeiden, sich für oder gegen Italien erklären zu müssen. Nach der Oberfläche zu urteilen, trat die britische Politik entschlossen für die kollektive Sicherheit ein. Aber hinter der Szene warteten einflußreiche Männer darauf, irgendeine Fassung des Kompromisses, den Mussolini im vorhergegangenen Juni zurückgewiesen hatte, vorzulegen. Zu dieser Zeit war auch der Kaiser von Abessinien halsstarrig gewesen – in der Zuversicht, daß die Anhänglichkeit eines Märtyrers an die kollektive Sicherheit seinen wankenden Thron halten würde, was tatsächlich zutraf, wenn auch erst für eine fernere Zukunft.

Die britischen Fürsprecher eines Kompromisses wurden durch die anfängliche Verzögerung nicht entmutigt. Die Heeresexperten in Großbritannien und anderswo vertrauten dar-

auf, daß die italienische Eroberung Abessiniens, die durchaus im Bereich der Möglichkeiten lag, doch lange Zeit in Anspruch nehmen würde – wenigstens zwei Winterfeldzüge. Schon früher würden wirtschaftliche Schwierigkeiten Mussolini zähmen. Der Weg für den Kompromiß würde frei sein. Deshalb wäre keine Eile geboten. Die Regierung erhielt ebenfalls einen Bericht von ihren Marineexperten des Inhalts, daß die britische Mittelmeerflotte, obgleich durch die ganze Heimatflotte verstärkt, kein Gegner für die vereinigte italienische Flotte und Luftwaffe wäre. Das war ein weiteres Argument, das zu Vorsicht und Aufschub riet: Weitaus besser wäre es, noch Zeit verstreichen zu lassen, die beide Seiten Mäßigung lehren würde, als Mussolini durch schärferen Druck zum Angriff auf die britische Flotte zu reizen – und sie wahrscheinlich zerstören zu lassen. Die Ansichten der Experten waren katastrophal falsch. Auf militärischem Gebiet erwies sich das innerhalb weniger Monate, nachdem die italienische Armee bis zum Mai 1936 ganz Abessinien erobert hatte; wie es um die Marine stand, zeigte sich in den dunkelsten Tagen des zweiten Weltkriegs, als die britische Mittelmeerflotte von Sieg zu Sieg über Italien eilte, obwohl die Umstände viel widriger waren als 1935. Ohne Zweifel handelte es sich in den meisten Fällen um ehrenhafte Irrtümer. Die Experten kalkulierten falsch. Die Generäle unterschätzten die italienische Armee, die Admiräle überschätzten die italienische Flotte.

Aber es steckte mehr dahinter. Jeder Experte ist auch ein Mensch, und fachliche Meinungen spiegeln die politischen Ansichten ihrer Urheber wider. Generäle und Admiräle sind voll Zuversicht, einen Krieg zu gewinnen, wenn sie kämpfen wollen, und finden immer schlagende Argumente gegen einen Krieg, den sie für politisch nicht erwünscht halten. Zu diesem Zeitpunkt waren fast alle britischen Generäle und Admiräle ältlich, sie waren alle Konservative der extremsten Art. Sie bewunderten Mussolini. Sie sahen im Faschismus eine Entfaltung aller militärischen Tugenden. Auf der andern Seite verabscheuten sie den Völkerbund und alles, was damit zusammenhing. Ihnen bedeutete »Genf« Abrüstungskonferenz, Aufgabe nationaler Unabhängigkeit und Verfolgung

unpraktischer idealistischer Ziele. Diejenigen, die Sanktionen gegen Italien forderten, hatten die vorhergehenden Jahre damit verbracht, die britische Rüstung und die britischen Militärexperten zu beschuldigen. Es war kaum zu erwarten, daß diese Experten jetzt in einem Krieg als Agenten des Völkerbundes kämpfen wollten. Besonders für die Admiräle war die Versuchung unwiderstehlich, über die herzufallen, die sie geplagt hatten, und zu erklären, daß, dank der Agitation zugunsten der Abrüstung, Großbritannien nun zu schwach wäre, das Risiko eines Krieges einzugehen. Deshalb setzten die Nachfolger Nelsons ihre Namen unter eine feige Ansicht, die ihnen die sofortige Entlassung aus einer früheren Admiralität eingetragen hätte.

Die vorsichtige Unterstützung des Völkerbundes, die zwar nicht ausreichte, um Mussolini zurückzuhalten, erwies sich als ein triumphales innenpolitisches Manöver. Während der vorhergehenden zwei Jahre hatte immer die Labour-Opposition das Tempo der Außenpolitik bestimmt. Indem sie einmal den Fehlschlag anprangerte, das kollektive Sicherheitssystem zu bewahren, das andere Mal die angebliche Sabotage der Abrüstungskonferenz bemängelt, nahm sie die Regierung in die Zange. Auf diese Weise hoffte die Labour Party sowohl die Stimmen der Pazifisten als auch die der Völkerbundschwärmer zu gewinnen. Mit beiläufiger Gewandtheit drehte Baldwin den Spieß um. Die Parole »Alle Sanktionen nur bis an den Rand des Krieges«, die Hoare in Genf befürworten sollte, brachte die Labour Party in ein schreckliches Dilemma. Sollte sie kräftigere Sanktionen fordern, was das Risiko eines Krieges einschloß, und dadurch die Stimmen der Pazifisten verlieren? Oder sollte sie den Völkerbund als erbärmlichen Schandfleck anprangern und dadurch die Stimmen der Schwärmer verlieren? Nach heftigen Debatten entschied sich die Labour Party dafür, beides zu tun, und erhielt die unvermeidliche Quittung. Im November 1935 fand eine Parlamentswahl statt. Die Regierung hatte genug getan, um die Anhänger des Völkerbundes zufriedenzustellen, nicht genug, um diejenigen zu alarmieren, die den Gedanken an Krieg ablehnten. Die Labour Party mit ihren Forderungen nach mehr Sanktionen war als die Kriegspartei gebrandmarkt.

Die Nationalregierung wurde mit einer Mehrheit von nahezu zweihundertfünfzig Sitzen wiedergewählt. Später erschien das als ein Triumph der Heuchelei. Doch »Alle Sanktionen nur bis an den Rand des Krieges« war die Politik, die die meisten Engländer begünstigten einschließlich der Anhänger der Labour Party. Sie unterstützten den Völkerbund, aber nicht bis in den Krieg hinein. Diese Ansicht war auch vernünftig. Worin bestand der Nutzen einer Institution, die Krieg verhüten sollte, wenn Krieg das Ergebnis ihrer Tätigkeit war? Damit stellte sich das Problem, dem sich die Sieger seit 1919 immer wieder gegenübergesehen hatten, in neuer Form. Sie hatten gekämpft, um durch »einen Krieg den Kriegen ein Ende zu setzen«. Wie konnten sie dann in einem weiteren kämpfen?

Nachdem die Wahl vorbei war, mußte die britische Regierung den Folgen ins Auge sehen. In Genf wuchs die Forderung, Italiens Ölversorgung abzuschneiden. Ihr konnte nur begegnet werden, indem man einen Kompromiß schuf, der den Krieg beenden würde. Der Weg war frei, um den Plan wiederzubeleben, den Eden im Juni nach Rom mitgenommen und den Mussolini damals zurückgewiesen hatte. Vansittart revidierte ihn, um Italien großzügigere Vorschläge zu machen. Es würde ein Mandat über die fruchtbaren Ebenen erhalten, die Abessinien erst kürzlich erobert hatte, der Kaiser würde sein altes Königreich in den Bergen zurückerhalten, und die Briten würden ihm durch einen Hafen in Britisch-Somaliland einen Zugang zur See verschaffen (das war die Bestimmung, die »The Times« als »einen Korridor für Kamele« verurteilte). Im frühen Dezember brachte Hoare den Plan nach Paris. Laval begrüßte ihn. Mussolini, der durch seine gleicherweise irrenden Experten gewarnt worden war, daß der Krieg schlecht verlaufen würde, war bereit, ihn anzunehmen. Der nächste Schritt war, ihn in Genf vorzulegen, dann, ihn im Zusammenwirken mit dem Völkerbund dem Kaiser von Abessinien aufzudrängen – ein schönes und in München wiederholtes Beispiel dafür, den Friedensmechanismus gegen das Opfer der Aggression zu benützen. Aber irgend etwas ging schief. Kaum hatte Hoare Paris in Richtung Genf verlassen, als in der französischen Presse der sogenannte

Hoare–Laval-Plan veröffentlicht wurde. Niemand weiß, wie das passieren konnte. Vielleicht hatte Laval Zweifel, ob die britische Regierung fest zu Hoare stehen würde, und ließ deshalb den Plan durchsickern, um Baldwin und die andern ausweglos zu verpflichten. Vielleicht enthüllte Herriot oder ein anderer Feind Lavals den Plan, um ihn zu ruinieren, in dem Glauben, daß, wenn der Völkerbund gegenüber Mussolini Erfolg hätte, er sich anschließend gegen Hitler richten würde. Es mag auch sein, daß dem keine Absicht zugrunde lag, sondern nur die unausrottbare Leidenschaft der französischen Journalisten, ihre Beziehungen zum Quai d'Orsay auszuschlachten.

Auf jeden Fall rief die Enthüllung eine Explosion der britischen öffentlichen Meinung hervor. Die hochgesinnten Anhänger des Völkerbundes, die die Wiederwahl der Regierung ermöglicht hatten, fühlten sich verraten und verkauft. Hoare selber war kampfunfähig, da er sich auf dem Schweizer Eis dank der Überschätzung seiner Geschicklichkeit als Schlittschuhläufer die Nase gebrochen hatte. Zuerst gab Baldwin zu, daß der Plan von der Regierung gutgeheißen worden war, dann verwarf er sowohl den Plan als auch Sir Samuel Hoare. Eden nahm Hoares Platz als Außenminister ein. Der Hoare–Laval-Plan verschwand. Darüber hinaus änderte sich nichts. Die britische Regierung blieb weiterhin entschlossen, keinen Krieg zu riskieren. Sie erkundigte sich bei Mussolini, ob er etwas gegen die Abtrennung seines Öls haben würde; als sie erfuhren, daß er etwas dagegen haben würde, widersetzten sie sich in Genf erfolgreich den Ölsanktionen. Ein Kompromiß lag immer noch in der Luft; eine andere Fassung des Hoare–Laval-Plans wartete auf ihre Entstehung, als der Winterfeldzug vorbei war. Aber Mussolini war für die britischen Militärexperten – und für seine eigenen – zu schnell. Der italienische Generalstab hatte nach anfänglichen Schwierigkeiten voll Trübsinn den Rückzug auf die alten Grenzen befürwortet. Statt dessen entsandte Mussolini Badoglio, den Generalsstabschef, mit dem Befehl, den Krieg schnell zu beenden, und dieses eine Mal wurde sein Befehl befolgt. Man sagt, daß die abessinischen Armeen durch die Anwendung von Gas demoralisiert wurden. Aber diese Armeen waren,

wie das ganze Reich, mehr Angabe als Wirklichkeit. Sie lösten sich bald in nichts auf. Am 1. Mai verließ Kaiser Haile Selassie Abessinien. Eine Woche später proklamierte Mussolini die Gründung eines neuen Römischen Reiches.

Das war für den Völkerbund wie für Abessinien der Todesstoß. Zweiundfünfzig Nationen hatten sich zusammengetan, um einen Angriff abzuwehren; alles, was sie zustande gebracht hatten, war, daß Haile Selassie sein ganzes Land an Stelle des halben verlor. Der Völkerbund beleidigte Italien trotzdem weiterhin, indem er mit unverbesserlicher Unzweckmäßigkeit Haile Selassie Gehör vor der Versammlung zusagte, um ihn anschließend wegen des Verbrechens, die Satzungen ernst genommen zu haben, auszustoßen. Japan und Deutschland hatten den Völkerbund bereits verlassen, Italien folgte ihnen im Dezember 1937. Der Völkerbund lebte nur weiter, weil er die Augen davor verschloß, was um ihn herum geschah. Als ausländische Mächte in den Spanischen Bürgerkrieg eingriffen, rief die spanische Regierung den Völkerbund an. Zuerst wurde »die Frage geprüft«, dann drückte der Rat »sein Bedauern« aus und stimmte zu, die Gemälde des Prado in Genf unterzustellen. Im September 1938 trat die Versammlung auf dem Höhepunkt der tschechischen Krise zusammen; sie brachte es fertig, die Sitzung abzuhalten, ohne zu bemerken, daß es eine Krise gab. Im September 1939 machte sich niemand die Mühe, den Völkerbund davon zu unterrichten, daß ein Krieg ausgebrochen war. Im Dezember 1939 stieß der Völkerbund Sowjetrußland aus, weil es in Finnland eingefallen war – die Versammlung beachtete loyal die schweizerische Neutralität, indem sie den Krieg zwischen Deutschland und den Westmächten nicht zur Kenntnis nahm. 1945 trat der Völkerbund zum letztenmal zusammen, um sich selbst aufzulösen und seinen Nachlaß den Vereinten Nationen zu übertragen.

Aber der wirkliche Tod des Völkerbundes war bereits im Dezember 1935 eingetreten, nicht 1939 oder 1945. Den einen Tag war er eine machtvolle Körperschaft, die Sanktionen verhängte und wirksamer als jemals zuvor zu sein schien; am folgenden Tag war er ein erbärmliches Schandmal, vor dem jeder so schnell wie möglich feige davonlief. Die Veröffentlichung des Hoare–Laval-Planes brachte den Völkerbund um. Doch war der Plan vollkommen vernünftig und stimmte mit den früheren Schlichtungstaten des Völkerbundes von Korfu bis zur Mandschurei überein. Er hätte den Krieg beendet, Italien zufriedengestellt und Abessinien ein übersichtlicheres nationales Territorium belassen. Aber der gesunde Menschenverstand in diesem Plan war entsprechend den Umständen der Zeit sein tödlicher Defekt. Denn die Völkerbundsaktion gegen Italien bedeutete keine Ausdehnung des gesunden Menschenverstandes auf das Gebiet der Realpolitik, sie war schlicht und einfach eine Demonstration von Grundsätzen. In Abessinien standen keine konkreten »Interessen« auf dem Spiel – nicht einmal für Italien: Mussolini ging es darum, mit Italiens Stärke anzugeben, nicht, reale Gewinne (falls es jemals welche gab) für sein Reich einzustreichen. Den Völkerbundsmächten ging es darum, die Satzung durchzusetzen, nicht, ihre eigenen Interessen zu verteidigen. Der Hoare–Laval-Plan zeigte angeblich, daß sich Grundsätze und Realpolitik nicht miteinander vertragen könnten. Der Schluß war falsch: jeder halbwegs verdiente Staatsmann vereinigt beide, wenn auch in unterschiedlichen Ausmaßen. Aber 1935 glaubte das niemand. Von diesem Augenblick an bis zum Ausbruch des Krieges standen sich »Realisten« und »Idealisten« gegenüber. Die Staatsmänner, besonders die an der Macht befindlichen, verfolgten in der Praxis eine Zweckmäßigkeitspolitik, ohne einen Gedanken auf Grundsätze zu verschwenden; die enttäuschten Idealisten wollten nicht glauben, daß man die Männer an der Macht jemals unterstützen oder ihnen gar Waffen anvertrauen könnte. Die wenigen, die versuchten, den Abgrund zu überbrücken, waren am schlechtesten dran. Eden zum Beispiel blieb Außenminister, um einiges aus dem Trümmerhaufen zu retten; in Wirklichkeit wurde er einfach zum Deckblatt für die zynischen »älteren Staatsmänner« wie Simon, Hoare und Neville Chamberlain. Selbst Winston Churchill, der in schönen Worten von kollektiver Sicherheit und Widerstand gegenüber einem Angriff sprach, entfremdete sich die Idealisten, indem er auch von der Notwendigkeit größerer britischer Rüstungsanstrengungen sprach, und so blieb er bis zum

Ausbruch des Krieges eine vereinsamte Gestalt, der beide Seiten mißtrauten. Natürlich besteht immer eine gewisse Kluft zwischen Grundsatz und Zweckmäßigkeit, aber sie war niemals so groß wie in den vier Jahren nach dem Dezember 1935.

Die abessinische Affäre hatte unmittelbare Folgen. Hitler beobachtete den Konflikt mit scharfen Augen, voller Furcht, daß ein triumphierender Völkerbund als nächstes gegen Deutschland eingesetzt werden könnte, doch voller Eifer, einen Keil zwischen Italien und seine beiden früheren Partner in der Stresa-Front zu treiben. Deutschland schränkte seinen Handel mit Italien fast so weit ein, als ob es ein Mitglied des Völkerbundes wäre, das loyal die Sanktionen befolgt, und im Dezember bot Hitler in dem Bedacht, den Hoare–Laval-Plan zum Scheitern zu bringen, sogar seine Rückkehr zum Völkerbund an – selbstverständlich unter bestimmten Bedingungen. Als der Plan scheiterte und die italienischen Waffen erfolgreich waren, beschloß Hitler, den Zusammenbruch der Stresa-Front auszunutzen. Wenigstens ist das wohl die verständlichste Erklärung für seine Entscheidung, das demilitarisierte Rheinland wiederzubesetzen, obwohl es bis heute keinen handfesten Beweis dafür gibt, was in ihm vorging. Hitler entschuldigte sich mit der französischen Ratifikation des französisch-russischen Paktes am 27. Februar 1936. Damit wären, so behauptete er, die Voraussetzungen von Locarno zerstört; kein gewichtiges Argument, aber zweifellos ein brauchbarer Appell an die antibolschewistischen Gefühle in Großbritannien und Frankreich. Die tatsächliche Durchführung am 7. März gab ein überraschendes Beispiel für Hitlers starke Nerven. Deutschland standen buchstäblich keine Streitkräfte für einen Krieg zur Verfügung. Die ausgebildeten Soldaten der alten Reichswehr waren jetzt als Ausbilder über das neue Massenheer verstreut, und diese neue Wehrmacht war noch nicht fertig. Hitler versicherte seinen protestierenden Generälen, daß er seine sogenannte Streitmacht beim ersten Anzeichen einer französischen Aktion zurückziehen wolle, aber er vertraute unerschütterlich darauf, daß nichts erfolgen würde.

Die Wiederbesetzung des Rheinlands überraschte die Franzosen nicht. Seit Beginn der abessinischen Affäre hatten sie immerzu besorgt darüber gebrütet. Im Januar 1936 räumte Laval das Außenministerium – wie Hoare ein Opfer des Aufschreis gegen den Hoare–Laval-Plan. Flandin, sein Nachfolger, behauptete, in stärkerem Maße probritisch zu sein. Er reiste sofort nach London, um das Rheinland-Problem zu besprechen. Baldwin fragte: Wozu hat sich die französische Regierung entschieden? Sie hatte nichts entschieden, und Flandin kehrte nach Paris zurück, um seinen französischen Kollegen eine Entscheidung abzuringen. Er scheiterte oder erhielt vielmehr eine Erklärung, daß »Frankreich alle seine Kräfte dem Völkerbund zur Verfügung stellen würde, um einer Verletzung der Verträge zu begegnen«. So wurde die Entscheidung von vornherein von Paris nach Genf abgeschoben, wo sich der Völkerbund schon in voller Auflösung befand.

Am 7. März traf sich das französische Kabinett im Zustand höchster Empörung. Vier Minister, darunter Flandin und Sarraut, der Premierminister, waren für eine sofortige Aktion, aber die starken Männer hatten, wie es französische Minister öfter taten, bevor sie ihre Stimme abgaben, ermittelt, daß sie in der Minderheit waren. General Gamelin, der Generalstabschef, wurde geholt und gab das erste seiner orakelhaften Urteile ab, mit denen er in den folgenden Jahren die französischen Staatsmänner und ebenso die britischen quälen sollte. Gamelin war hochintelligent, besaß aber keinen Kampfgeist; da er zum Politiker eher geeignet war als zum Soldaten, wollte er nicht, daß die Politiker die Entscheidung von ihren auf seine Schultern abwälzten. Als Anführer der kämpfenden Truppen mußte er behaupten, daß sie für jede Aufgabe bereitstehen würden, zu deren Erfüllung sie aufgerufen werden mochten; andererseits wollte er bei den Politikern den Eindruck erwecken, daß sie für die Armee wesentlich mehr Geld ausgeben müßten, wenn die Armee von irgendwelchem Nutzen sein sollte. Gamelins raffinierten Doppeldeutigkeiten lag mehr zugrunde als nur ein Ausdruck seiner Persönlichkeit. Sie spiegelten den Widerspruch wider zwischen Frankreichs bewußter Entschlossenheit, seine traditionelle Stellung als Großmacht zu erhalten, und seiner unbe-

wußten, aber wahrhaftigeren Ergebung in eine bescheidene, defensive Stellung. Gamelin mochte davon reden, die Initiative gegenüber Deutschland zu ergreifen, aber die defensive Ausrüstung der französischen Armee und die Psychologie der Maginot-Linie machten das unmöglich.

Gamelin begann mit tapferen Worten. Selbstverständlich könnte die französische Armee ins Rheinland einrücken und dort die deutschen Streitkräfte schlagen. Dann legte er die Schwierigkeiten dar. Deutschland hätte, behauptete er, nahezu eine Million Männer unter den Waffen, von denen schon dreihunderttausend im Rheinland ständen. Einige Jahrgänge französischer Reservisten müßten einberufen werden, und wenn die Deutschen irgendwelchen Widerstand leisteten, müßte die allgemeine Mobilmachung befohlen werden. Außerdem würde es ein langer Krieg werden, und im Hinblick auf Deutschlands industrielle Überlegenheit könnte Frankreich nicht hoffen, ihn zu gewinnen, wenn es alleine kämpfe. Wenigstens über britische und belgische Unterstützung müßte Sicherheit bestehen. Sie wäre auch aus politischen Gründen notwendig. Der Vertrag von Locarno autorisierte Frankreich nur für den Fall eines »flagranten Angriffs«, sofort und allein zu handeln. Aber stellte der Einmarsch deutscher Truppen ins Rheinland einen »flagranten Angriff« dar? Er berührte das »nationale Territorium« Frankreichs nicht; da die Maginot-Linie bestand, bedrohte er Frankreichs Sicherheit nicht einmal in einer ferneren Zukunft. Wenn Frankreich allein handelte, mochte es sich durch die Locarno-Mächte und den Völkerbund als Angreifer verurteilt sehen.

Diese Rätsel mußten die Politiker lösen. Da Parlamentswahlen in Frankreich bevorstanden, konnte kein Minister an eine allgemeine Mobilmachung denken; nur eine Minderheit unterstützte die Einberufung von Reservisten. Jeder Gedanke an eine Aktion verschwand; die Diplomatie nahm ihren Platz ein. Die Franzosen konnten die Schuld von sich auf ihre Verbündeten abwälzen, genauso wie Gamelin sie von sich auf die Politiker abgewälzt hatte. Italien würde, obwohl es eine Locarno-Macht war, selbstverständlich nichts tun, solange die Sanktionen gegen es noch in Kraft waren. Polen

erklärte, daß es seine Verpflichtungen laut dem französisch-polnischen Vertrag von 1921 erfüllen würde, aber dieser Vertrag war streng defensiv, und die Polen hatten sich selbst nur verpflichtet, in den Krieg zu ziehen, wenn Frankreich tatsächlich überfallen wurde – sie wußten, daß Hitler im Augenblick nichts Derartiges vorhatte. Die Polen erboten sich zu mobilisieren, wenn Frankreich es auch tat, andererseits enthielt sich der polnische Vertreter der Stimme gegen Deutschland, als die Frage vor den Völkerbundsrat kam. Belgien war gleicherweise zurückhaltend. 1919 hatte Belgien seine alte Neutralität aufgegeben und ein Bündnis mit Frankreich geschlossen in der Hoffnung, dadurch seine Sicherheit zu vergrößern. Jetzt, da das Bündnis drohte, es in Aktionen zu verwickeln, warf Belgien es plötzlich über Bord.

Blieben nur die Briten. Flandin reiste nach London, angeblich um für Unterstützung zu werben. Tatsächlich aber sorgte er sich mehr darum, seine Verantwortung über den Kanal zu tragen und sie dort zurückzulassen. Baldwin bezeigte seine übliche Freundlichkeit und seinen guten Willen. Tränen standen in seinen Augen, als er bekannte, daß die Briten keine Streitkräfte zur Verfügung hätten, um Frankreich zu unterstützen. In jedem Fall würde, fügte er hinzu, die britische öffentliche Meinung keine Aktion erlauben. Das stimmte: In Großbritannien herrschte die nahezu allgemeine Übereinstimmung, daß die Deutschen eigenes Territorium befreit hätten. Baldwin fügte nicht hinzu, daß er mit der öffentlichen Meinung konform ging. Vom britischen Standpunkt aus stellte die deutsche Wiederbesetzung des Rheinlandes einen Fortschritt und einen Erfolg für die britische Politik dar. Seit Jahren – mindestens seit Locarno, wenn nicht schon vorher – hatten die Briten Frankreich gedrängt, eine streng defensive Politik einzuschlagen und sich nicht wegen irgendeiner fernen »östlichen« Sache in einen Krieg hineinziehen zu lassen. Solange das Rheinland demilitarisiert war, konnten die Franzosen noch Deutschland bedrohen, jedenfalls schien es so. Die Briten wurden von der Angst verfolgt, daß sich die Situation von 1914 wiederholen mochte – daß sie um der Tschechoslowakei oder Polens willen in einen Krieg hineingezerrt werden mochten wie nach ihrer Ansicht 1914

um Rußlands willen. Die deutsche Wiederbesetzung des Rheinlands beseitigte diese Angst. Von nun an war Frankreich eine defensive Politik auferlegt, ob es wollte oder nicht, und die meisten Franzosen klagten nicht viel.

Flandin fügte sich Baldwins Veto ohne lange Auseinandersetzungen. Er dachte nie an ein unabhängiges Vorgehen Frankreichs. Jeder Versuch, den französischen Staatsmännern von 1914 nachzueifern, würde, glaubte er, einen Bruch mit Großbritannien mit sich bringen, und Gamelin hatte dargelegt, daß ein Vorgehen unter diesen Umständen unmöglich wäre. Die Briten aber bestanden auf der Diplomatie. Deswegen mußte die Diplomatie 'ran. Der Völkerbundsrat trat in London zusammen. Nur Litwinow, der sowjetische Kommissar des Äußeren, schlug Sanktionen gegen Deutschland vor, aber sein Eintreten allein genügte, um den Vorschlag zu verurteilen. Der Rat entschied, wenn auch nicht einstimmig, daß die Verträge von Versailles und Locarno gebrochen worden wären. Hitler wurde eingeladen, eine neue Abmachung für Europas Sicherheit auszuhandeln und die zu ersetzen, die zerstört worden war. Er ging auf die Einladungen ein: er hätte »keine territorialen Forderungen in Europa«, wünsche Frieden und schlug einen Nichtangriffspakt mit den Westmächten auf fünfundzwanzig Jahre vor. In ihrer Erwiderung versuchten die Briten, durch eine Aufstellung präziser Fragen Genaueres zu erfahren. Darauf antwortete Hitler nicht. Schweigen war die Folge. Die letzten Überreste von Versailles waren verschwunden und mit ihnen Locarno. Es war das Ende einer Epoche: das Kapital des »Sieges« war aufgezehrt.

Der 7. März 1936 bezeichnete einen Wendepunkt in der Geschichte, aber mehr dem Anschein nach als in Wirklichkeit. Theoretisch machte die deutsche Wiederbesetzung des Rheinlands es schwierig oder sogar unmöglich für Frankreich, seinen östlichen Verbündeten, Polen und der Tschechoslowakei, zu helfen; in Wirklichkeit hatte es eine derartige Idee, wenn es sie überhaupt jemals gehegt hatte, schon vor Jahren aufgegeben. Unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung wurde Frankreich von der Wiederbesetzung des Rheinlandes nicht berührt. Wenn die Maginot-Linie halten würde, was sie versprach, dann war seine Sicherheit so groß wie zuvor; wenn

die Maginot-Linie nichts taugte, dann waren die Franzosen überhaupt nie sicher gewesen. Die Situation brachte Frankreich auch nicht nur Verluste ein. Deutschland vergab, indem es das Rheinland wiederbesetzte, den unbezahlbaren Vorsprung, der ihm so viele Vorteile eingebracht hatte: den Vorsprung in der Abrüstung. Armeen dienen dazu, andere Armeen zu schlagen. Die Niederlage bringt politische Folgen mit sich: Sie zerrüttet den nationalen Willen des überwundenen Volkes und macht es bereitwillig, dem Eroberer zu gehorchen. Aber was kann eine Armee ausrichten, wenn es keine andere Armee zu schlagen gibt? Sie kann das abgerüstete Land überfallen, aber der nationale Wille der Überfallenen bleibt ungebrochen. Der Wille kann nur durch Terror gebrochen werden – durch Geheimpolizei, Folterkammern, Konzentrationslager. Aber diese Methode kann man in Friedenszeiten kaum anwenden. Für die Deutschen war es sogar schwierig, sie in Kriegszeiten in solchen Ländern wie Dänemark anzuwenden, die sie kampflos überrannt hatten. Besonders demokratische Länder können den Mechanismus des Terrors nicht erschaffen, es sei denn bis zu einem gewissen Grad in ihren Kolonien außerhalb Europas. Aus diesen Gründen waren Frankreich und seine Verbündeten im unklaren darüber gewesen, was sie mit Deutschland anfangen sollten, solange es abgerüstet war. Nachdem es erst einmal das Rheinland wiederbesetzt und eine große Armee aufgebaut hatte, war es möglich, sich seine Bezwingung auf die übliche Weise vorzustellen – durch Krieg. Die Westmächte bereiteten sich auf diesen Krieg zwar nur unzulänglich vor, aber vor der Wiederbesetzung des Rheinlandes hatten sie sich überhaupt nicht vorbereitet. Damals wurde gesagt, und es ist seitdem oft gesagt worden, daß der 7. März »die letzte Chance«, die letzte Gelegenheit gewesen wäre, Deutschland ohne all die Opfer und Leiden eines großen Krieges zum Stehen zu bringen. Nach dem Papier war das technisch richtig: Die Franzosen hatten eine große Armee, und die Deutschen hatten keine. Psychologisch war es die Umkehrung der Wahrheit. Die westlichen Völker standen hilflos vor der Frage: Was können wir tun? Die französische Armee könnte in Deutschland einmarschieren, sie könnte den Deutschen

Versprechungen abzwingen, sich gut zu benehmen, und dann würde sie abziehen. Die Situation würde dieselbe sein wie vorher oder womöglich noch schlechter – die Deutschen ruheloser und grollender denn jemals. Es hatte wirklich keinen Sinn, Deutschland zu bekämpfen, solange es dort nicht irgend etwas Solides zu bekämpfen gab, solange nicht die Regelung von Versailles rückgängig gemacht und Deutschland wiederbewaffnet war. So war der 7. März ein doppelter Wendepunkt. Er öffnete Deutschlands Erfolgen, er öffnete aber auch seinem schließlichen Zusammenbruch die Tür.

KAPITEL VI

DER SCHLECHT GERÜSTETE FRIEDEN
1936–1938

Die deutsche Wiederbesetzung des Rheinlandes bezeichnete das Ende der Sicherheitsvorkehrungen, die nach dem ersten Weltkrieg getroffen worden waren. Der Völkerbund war verblaßt, Deutschland konnte, befreit von allen Vertragseinschränkungen, wiederaufrüsten, die Garantien von Locarno existierten nicht mehr. Sowohl der Idealismus der Wilsonianer als auch der Realismus der Franzosen waren gescheitert. Europa kehrte zu dem System oder zu dem Mangel an System zurück, das vor 1914 bestanden hatte. Jeder unabhängige Staat, ob groß oder klein, mußte sich wieder um seiner Sicherheit willen auf bewaffnete Macht, Diplomatie und Bündnisse verlassen. Die früheren Sieger hatten keinen Vorteil, die Besiegten keinen Nachteil. Die »internationale Anarchie« war wiederhergestellt. Viele, einschließlich einiger Historiker, glauben, daß das allein bereits ausreicht, um den zweiten Weltkrieg zu erklären. Und so ist es in gewisser Hinsicht auch. Solange die Staaten keine Einschränkung ihrer Souveränität zugestehen, werden zwischen ihnen Kriege vorkommen – einige Kriege mit Absicht, noch mehr aus falscher Berechnung. Diese Erklärung ist jedoch mangelhaft, weil sie, da sie alles erklärt, nichts erklärt. Wenn die »internationale Anarchie« stets Kriege verursacht hätte, dann hätten die europäischen Staaten seit dem Ende des Mittelalters keinen Frieden kennen dürfen. In Wahrheit hat es auch lange Friedensperioden gegeben, und vor 1914 bescherte die internationale Anarchie Europa den längsten Frieden seit dem Ende des Römischen Reiches.

Kriege ähneln in vielem Autounfällen. Sie haben gleich-

zeitig eine allgemeine Ursache und außerdem spezielle Ursachen. Jedes Autounglück ist letzten Endes durch die Erfindung des Verbrennungsmotors und durch den Wunsch des Menschen, von einem Ort zum andern zu kommen, verursacht. In diesem Sinne besteht das Mittel gegen Autounfälle im Verbot der Autos. Aber ein Kraftfahrer, der der unvorsichtigen Fahrweise angeklagt wird, wäre schlecht beraten, wenn er sich allein mit der Existenz von Autos entschuldigen würde. Denn die Polizei und die Gerichte berücksichtigen die tiefgründigen Ursachen nicht. Sie suchen für jeden Unfall eine spezielle Ursache – menschliches Versagen, überhöhte Geschwindigkeit, Trunkenheit am Steuer, versagende Bremsen, schlechter Straßenzustand. Genauso ist es mit den Kriegen. Die »internationale Anarchie« ermöglicht den Krieg, aber sie macht ihn nicht unumgänglich. Nach 1918 machten sich viele Schriftsteller einen Namen dadurch, daß sie die tiefgründigen Ursachen des ersten Weltkrieges nachwiesen, und obwohl diese Nachweise oft richtig waren, lenkten sie auf diese Weise die Aufmerksamkeit von der Frage ab, warum speziell dieser Krieg zu speziell dieser Zeit passiert war. Auf verschiedenen Ebenen ergeben beide Untersuchungen einen Sinn. Sie ergänzen sich gegenseitig, sie schließen einander nicht aus. Der zweite Weltkrieg hatte auch tiefgründige Ursachen, aber er entwuchs ebenso speziellen Ereignissen, und diese Ereignisse sind eine genaue Untersuchung wert.

Vor 1939 sprach man mehr über die tiefgründigen Ursachen eines Krieges als früher, und diese Ursachen wogen auch aus einem Grunde mehr. Nach 1919 wurde es zum Gemeinplatz, daß zukünftige Kriege nur verhindert werden könnten, wenn der Völkerbund erfolgreich wäre. Jetzt war der Völkerbund gescheitert, und man war schnell dabei zu sagen, daß hinfort ein Krieg unausweichlich wäre. Viele meinten sogar, es wäre sündhaft zu versuchen, einen Krieg durch die althergebrachten Mittel der Bündnisse und der Diplomatie zu verhindern. Man sagte ebenso, daß der Faschismus »unausweichlich« Krieg erzeugen würde, und man konnte diese Ansicht nicht bestreiten, wenn man den Verkündigungen der beiden faschistischen Führer glaubte. Hitler und Mussolini verherrlichten den Krieg und die kriegerischen Tugenden. Sie benutzten

Kriegsdrohungen, um ihre Ziele zu fördern. Aber das war nichts Neues. Staatsmänner hatten das immer getan. Die Rhetorik der Diktatoren war nicht übler als das »Säbelrasseln« der alten Monarchen oder die Dinge, die englische Schüler in der Viktorianischen Zeit lernen mußten. Und doch hatte es lange Friedensperioden gegeben trotz der heftigen Reden. Sogar die faschistischen Diktatoren wären nicht zum Krieg geschritten, wenn sie sich nicht eine Gewinnchance ausgerechnet hätten, und die Kriegsursache ist daher genauso sehr in den Schnitzern der andern wie in der Schlechtigkeit der Diktatoren zu sehen. Hitler plante vermutlich einen Eroberungskrieg gegen Sowjetrußland, soweit er überhaupt eine bewußte Absicht hatte, aber es ist unwahrscheinlich, daß er den tatsächlichen Krieg gegen Großbritannien und Frankreich plante, der 1939 ausbrach. Er war am 3. September 1939 genauso bestürzt wie Bethmann-Hollweg am 4. August 1914. Mussolini bemühte sich trotz all seiner Prahlereien verzweifelt, sich aus dem Krieg herauszuhalten, verzweifelter als die verachteten letzten Führer der Dritten Französischen Republik, und er trat erst in den Krieg ein, als er glaubte, daß dieser schon gewonnen sei. Die Deutschen und Italiener spendeten ihren Führern zwar Beifall, aber der Krieg erfreute sich bei ihnen nicht der gleichen Popularität wie 1914. Damals hatten überall jubelnde Mengen den Ausbruch des Krieges begrüßt. Doch während der tschechischen Krise 1938 herrschte in Deutschland eine angespannte düstere Stimmung, und im folgenden Jahr begleitete hilflose Resignation den Ausbruch des Krieges. Der Krieg von 1939 war also alles andere als erwünscht, nahezu jeder lehnte ihn ab wie kaum einen Krieg in der Geschichte.

Eine andere Form einer tiefgründigen Ursache wurde vor 1939 viel diskutiert. Man nahm nämlich an, daß die wirtschaftlichen Bedingungen unausweichlich zum Krieg führen würden. Das war die allgemeine marxistische Doktrin der Zeit, und da steter Tropfen den Stein höhlt, wurde die Doktrin schließlich von vielen Leuten übernommen, die sich nicht als Marxisten bezeichneten. Diese Idee war neu. Marx hatte von ihr keine Ahnung gehabt. Vor 1914 hatten die Marxisten vorausgesagt, daß die großen kapitalistischen

Mächte die Welt unter sich teilen würden, und soweit sie überhaupt Kriege vorausgesagt hatten, hatten sie Kämpfe um die nationale Selbstbestimmung der Kolonialvölker außerhalb Europas erwartet. Lenin entdeckte als erster, daß der Kapitalismus »unausweichlich« Krieg verursachen würde, und er entdeckte es erst, als der erste Weltkrieg bereits im Gange war. Natürlich hatte er recht. Da jeder große Staat 1914 kapitalistisch war, »verursachte« offensichtlich der Kapitalismus den ersten Weltkrieg, aber geradeso hatte er die vorhergehende Friedenszeit »verursacht«. Das war also eine weitere allgemeine Erklärung, die alles und nichts erklärte. Vor 1939 waren die großen kapitalistischen Staaten, England und Amerika, eifrig darauf bedacht, den Krieg zu vermeiden, und in jedem Land, einschließlich Deutschland, widersetzte sich die Klasse der Kapitalisten dem Krieg am meisten. Wenn tatsächlich jemand die Kapitalisten von 1939 anklagen wollte, dann wegen Pazifismus und Furchtsamkeit, nicht wegen Kriegstreiberei. Jedoch könnte der Kapitalismus in einem begrenzten Umfang für schuldig befunden werden. Es mochte wohl sein, daß die erfolgreichen imperialistischen Mächte gesättigt und pazifistisch wären, doch stelle der Faschismus, so wurde behauptet, das letzte aggressive Stadium des niedergehenden Kapitalismus dar, und seine Schwungkraft könnte nur durch einen Krieg erhalten werden. Daran war etwas Wahres, aber nicht viel. Die Vollbeschäftigung, die Nazi-Deutschland als das erste Land Europas besaß, beruhte zum großen Teil auf der Rüstungsproduktion, aber sie hätte ebensogut durch andere Formen öffentlicher Aufträge erreicht werden können (und wurde es bis zu einem gewissen Grade), von Straßen bis zu großen Gebäuden. Das Nazi-Geheimnis bestand nicht in der Rüstungsproduktion, sondern in der Befreiung von den damals anerkannten wirtschaftlichen Grundsätzen. Regierungsausgaben sorgten für all die günstigen Wirkungen einer leichten Inflation, während die politische Diktatur durch Zerstörung der Gewerkschaften und rigorose Devisenkontrolle so unliebsame Folgen wie die Erhöhung der Löhne oder der Preise verhinderte. Aber das Kriegsargument würde nicht einmal dann ziehen, wenn sich das Nazi-System allein auf die Rüstungsproduktion verlassen hätte. Denn

Nazi-Deutschland ertrank nicht in einem Meer von Waffen. Im Gegenteil, die deutschen Generäle bestanden 1939 einmütig darauf, daß sie für einen Krieg nicht gerüstet wären und daß noch viele Jahre vergehen müßten, bis die »Wiederaufrüstung bis zum letzten« vollendet wäre. Es bestand also kein Grund, sich wegen der Vollbeschäftigung zu beunruhigen. Für das faschistische Italien war das wirtschaftliche Argument überhaupt belanglos. Es gab kein faschistisches Wirtschaftssystem – nur ein armes Land, das von einer Mixtur aus Terror und Blendwerk regiert wurde. Italien war auf den Krieg vollkommen unvorbereitet, was Mussolini eingestand, als er 1939 »nichtkriegführend« blieb. Als er endlich 1940 ins Wasser sprang, war Italien in jeder Hinsicht so schlecht für den Krieg gerüstet wie 1915, als es in den ersten Weltkrieg eintrat.

Eine wirtschaftliche Erklärung anderer Art war vor 1939 ebenso beliebt. Deutschland und Italien wären, so wurde behauptet, »Habenichts«-Mächte mit unzulänglichem Zugang zu ausländischen Märkten und Rohmaterial. Die britische Regierung wurde von der Labour-Opposition beständig gedrängt, diese wirtschaftlichen Mißstände abzustellen, anstatt in das Rüstungswettrennen einzutreten. Vielleicht waren Deutschland und Italien »Habenichts«-Mächte. Aber was wollten sie haben? Italien hatte Abessinien erobert. Daraus zog es nicht etwa Gewinn, sondern es sah, daß Abessiniens Befriedung und Entwicklung eine fast unerträgliche Belastung der begrenzten italienischen Reserven darstellte. Ein paar Italiener ließen sich dort nur aus Prestigegründen zur Kolonisation nieder; es wäre billiger und einträglicher gewesen, sie zu Hause zu lassen.

Unmittelbar vor Ausbruch des Krieges forderte Mussolini wiederholt Korsika, Nizza und Savoyen. Nizza vielleicht ausgenommen, hätte nichts davon einen wirtschaftlichen Vorteil eingebracht, selbst Nizza konnte Italien nicht helfen, sein reales Problem zu lösen – ein armes Land mit einer dichten Bevölkerung zu sein.

Hitlers Forderung nach »Lebensraum« klang einleuchtender – einleuchtend genug, um Hitler selbst zu überzeugen. Aber worauf lief sie in der Praxis hinaus? Deutschland hatte

Märkte genug. Im Gegenteil, Schacht traf bilaterale Abmachungen, um Deutschland praktisch ein Handelsmonopol mit Südosteuropa zu sichern, und ähnliche Pläne wurden für die wirtschaftliche Eroberung Südamerikas vorbereitet, als der Krieg alles unterbrach. Deutschland litt auch nicht unter Knappheit an Rohmaterialien. Wissenschaftlicher Erfindergeist sorgte für den Ersatz derjenigen, die nicht ohne weiteres eingekauft werden konnten, und Deutschland war während des zweiten Weltkrieges trotz der britischen Blokkade nie durch irgendeinen Mangel an Rohstoffen behindert, bis 1944 alliierte Bombenangriffe seine Raffinerien, in denen auf synthetischem Wege Treibstoff gewonnen wurde, zerstörten. »Lebensraum« bedeutete, ganz grob gesagt, Forderung auf leeren Raum, wo sich Deutsche niederlassen konnten. Im Vergleich mit den meisten europäischen Ländern war jedoch Deutschland nicht übervölkert, und es gab nirgendwo in Europa leeren Raum. Wenn Hitler jammerte: »Wenn wir nur die Ukraine hätten . . .«, nahm er wohl an, daß es dort keine Ukrainer gäbe. Hatte er vor, sie auszubeuten oder auszurotten? Offensichtlich erwog er diese Frage nie in dieser oder jener Richtung. Als Deutschland 1941 die Ukraine tatsächlich eroberte, probierten Hitler und seine Gefolgsleute beide Methoden aus – ohne jeden wirtschaftlichen Vorteil. Leeren Raum gab es nur in Übersee, und die britische Regierung, die Hitlers Beschwerden wörtlich nahm, machte ihm öfter koloniale Zugeständnisse. Er ging nie darauf ein. Er wußte, daß Kolonien Ausgaben mit sich bringen und keine Gewinnquelle sind, jedenfalls solange sie sich noch im Entwicklungsstadium befinden; in jedem Falle, ihr Besitz hätte ihn seiner Beschwerdegründe beraubt. Kurzum, der »Lebensraum« trieb Deutschland nicht in den Krieg. Vielmehr erzeugten der Krieg oder eine kriegerische Politik die Forderung nach »Lebensraum«. Hitler und Mussolini wurden nicht von wirtschaftlichen Motiven getrieben. Wie die meisten Staatsmänner hatten sie Appetit auf Erfolg. Sie unterschieden sich von andern lediglich dadurch, daß ihr Appetit größer war und daß sie ihn bedenkenlos stillten.

Die Wirkung des Faschismus war in der öffentlichen Moral zu spüren, nicht in den wirtschaftlichen Angelegenheiten.

Ständig wurde der Wertmaßstab in der internationalen Politik verfälscht. Hitler und Mussolini brüsteten sich mit ihrer Freiheit von den anerkannten Normen. Sie machten Versprechungen ohne die geringste Neigung, sie zu halten. Mussolini trotzte der Satzung des Völkerbundes, auf die Italien festgelegt war. Hitler bestätigte in dem einen Jahr Locarno, um es im nächsten zu verwerfen. Während des Spanischen Bürgerkriegs verspotteten beide offen das System der Nichteinmischung, dem sie verpflichtet waren. Sie verfolgten dieselbe Methode weiter und waren empört, wenn irgend jemand ihr Wort bezweifelte oder sie an ihre gebrochenen Versprechungen erinnerte. Die Staatsmänner der andern Länder waren durch die Mißachtung der allgemeinen Normen verwirrt, kamen jedoch auf keine Alternative. Sie suchten weiterhin nach einer Abmachung, die für die faschistischen Herrscher so attraktiv wäre, daß sie dadurch zum Grundsatz des guten Willens zurückgewonnen würden. Chamberlain handelte danach 1938 in München, Stalin im nazi-sowjetischen Pakt 1939. Beide entfalteten später eine naive Empörung darüber, daß Hitler sich fürderhin aufführte, wie er sich immer aufgeführt hatte. Doch was sollten sie sonst tun? Eine Abmachung in irgendeiner Form schien die einzige Alternative zum Krieg zu sein, und so blieb bis zum Schluß das quälende Gefühl bestehen, daß irgendeine unmögliche Abmachung vielleicht gerade hinter der nächsten Ecke läge. Die nichtfaschistischen Staatsmänner entgingen nicht der Zeitkrankheit. Sie gaben vor, die faschistischen Diktatoren als gentlemen zu behandeln, und hörten damit auf, selbst gentlemen zu sein. Nachdem sich die britischen und französischen Minister erst einmal auf den nicht vorhandenen guten Willen der Diktatoren verlassen hatten, empörten sie sich ihrerseits, wenn andere weiterhin zweifelten. Hitler und Mussolini logen offen über die Nichteinmischung, Chamberlain und Eden, Blum und Delbos waren nicht viel besser. Die Staatsmänner des westlichen Europa bewegten sich in einem moralischen und geistigen Nebel – mitunter täuschten sie die Diktatoren, mitunter täuschten sie sich selbst, oft täuschten sie ihre eigene Öffentlichkeit. Auch sie landeten in dem Glauben, daß eine bedenkenlose Politik der ein-

zige Ausweg wäre. Man kann sich kaum vorstellen, daß Sir Edward Grey oder Delcassé ihren Namen unter das Abkommen von München gesetzt hätten, und ebensowenig ist vorstellbar, daß Lenin oder Trotzki bei all ihrer Verachtung der bourgeoisen Moral ihre Namen unter den Nazi-Sowjet-Pakt gesetzt hätten.

Der Historiker muß versuchen, durch den Schwall von Phrasen zu der dahinterliegenden Wirklichkeit vorzustoßen. Denn noch gab es in der internationalen Politik eine Wirklichkeit: Die Großmächte versuchten, jedoch ohne Erfolg, ihre Interessen und ihre Unabhängigkeit zu wahren. Die europäische Struktur war durch die Ereignisse von 1935 und 1936 tiefgehend verändert worden. Die beiden Westmächte hatten in der abessinischen Affäre die schlechteste aller möglichen Richtungen eingeschlagen, sie hatten unentschieden zwischen zwei sich widersprechenden Politiken geschwankt und beide Male versagt. Sie wollten den Völkerbund nicht stützen, weder bis zum Risiko eines Krieges noch womöglich bis zur Ruinierung Mussolinis in Italien, doch wollten sie deswegen den Völkerbund auch nicht über Bord werfen. Diese Widersprüche setzten sich auch dann noch fort, als der abessinische Krieg vorbei und der Kaiser im Exil war. Offensichtlich konnte für das unglückliche Opfer des westlichen Idealismus nichts mehr getan werden. Die Sanktionen wurden aufgehoben, Neville Chamberlain gab sie als »den wahren Höhepunkt des Wahnsinns« auf. Aber Italien stand noch unter dem Urteil, der Angreifer zu sein, und die beiden Westmächte konnten sich nicht dazu durchringen, den König von Italien als Kaiser von Abessinien anzuerkennen. Die Stresa-Front war also unwiederbringlich dahin, Mussolini kämpfte nun auf der deutschen Seite. Als Mussolini Abessinien angriff, hatte er die internationale Spannung am Rhein ausnützen, nicht etwa für Deutschland arbeiten wollen. Statt dessen war er um die Freiheit der Wahl gekommen. Hitler erhielt die Freiheit gerade, als Mussolini sie verlor. Das Ende von Locarno erhob Deutschland zu einer vollkommen unabhängigen Macht, die nicht länger durch künstliche Einschränkungen behindert war. Weitere Inititativen für die Außenpolitik mochten von ihm erwartet worden sein. Statt dessen verhielt sich die deutsche Politik fast zwei Jahre lang ruhig. Diese »Stille vor dem Sturm«, wie Churchill sie nannte, schrieb sich zum Teil von der unausweichlichen Tatsache her, daß Rüstungspläne eine lange Zeit zum Reifen brauchen, und Hitler mußte deshalb warten, bis Deutschland wirklich »wiederbewaffnet« war – ein Augenblick, den er im allgemeinen auf 1943 festlegte. Aber er war auch in Verlegenheit, was er als nächstes unternehmen sollte, selbst wenn er die Macht dazu hätte. Wie auch immer seine langfristigen Pläne ausgesehen haben mochten (und es ist zweifelhaft, ob er welche hatte), die Haupttriebfeder seiner unmittelbaren Politik war »die Zerstörung von Versailles« gewesen. Sie war das Thema von »Mein Kampf« und jeder Rede, die er über außenpolitische Fragen hielt. Es war eine Politik, die die einstimmige Unterstützung des deutschen Volkes genoß. Sie hatte auch den großen Vorzug, daß sie sich, praktisch ausgedrückt, eigentlich von selbst ergab: Nach jedem Erfolg brauchte Hitler nur im Friedensvertrag nachzusehen, dort fand er eine weitere Bestimmung, die reif zur Zerstörung war. Er hatte angenommen, daß der Prozeß viele Jahre dauern und er dabei auf große Schwierigkeiten stoßen würde. Der Triumph über sie würde für ein flüssiges Kapital an wachsendem Prestige sorgen. Tatsächlich beanspruchte die Zerstörung von Versailles und Locarno aber nur drei Jahre, und sie rief so wenig Beunruhigung hervor, daß wir uns heute nur wundern, warum Hitler sie nicht noch schneller besorgte. Nach dem März 1936 konnte er aus Angriffen auf Versailles kein weiteres Prestige herausquetschen. Als Hitler später eine der wenigen unwichtigeren Bedingungen anprangerte, die bestehengeblieben waren – die Internationalisierung der deutschen Flüsse –, hörte ihm weder zu Hause noch in der Fremde jemand zu. Die Zeit der leichten Erfolge war vorüber. Es war eine Sache, die gesetzlichen Bedingungen eines Friedensvertrags zu zerpflücken, eine ganz andere, die Unabhängigkeit fremder Länder, selbst kleiner, zu zerstören. Außerdem war es nie Hitlers Methode, die Initiative zu ergreifen. Er schätzte es, wenn andere die Arbeit für ihn taten, und er wartete auf die innere Aushöhlung des europäischen Systems, genauso wie er darauf gewartet hatte, daß der Friedensvertrag von selbst verfiel. Alles

hätte anders kommen können, wenn Hitler nach der Wiederbesetzung des Rheinlandes irgendeinen dringenden, konkreten Grund zur Klage gehabt hätte. Aber Deutschlands Beschwerden waren für den Augenblick gerade befriedigt. Viele Deutsche empfanden zwar Danzig und den polnischen Korridor schmerzlich, aber der Nichtangriffspakt mit Polen war erst knapp zwei Jahre alt. Er stellte Hitlers originellsten außenpolitischen Schachzug dar, und daher widerstrebte es ihm, dagegen vorzugehen. Den Deutschen in der Tschechoslowakei war es bis dahin kaum bewußt, daß sie eine unterdrückte Minderheit waren.

Blieb nur Österreich. Die verpfuschte Nazi-Revolte vom 25. Juli 1934 und die sie begleitende Ermordung Dollfußens waren für Hitler ein harter Schlag gewesen – einer der wenigen, die er einstecken mußte. Er entzog sich diesem Rückschlag mit bemerkenswerter Behendigkeit. Papen, der leichtfertige Konservative, der geholfen hatte, Hitler zum Kanzler zu machen, wurde als deutscher Botschafter nach Wien entsandt. Es war eine seltsam angemessene Wahl. Papen war nicht nur ein gläubiger Katholik, der Hitler loyal diente, und deshalb ein Vorbild für das österreichische Zentrum – er hatte auch das Konkordat mit dem Vatikan ausgehandelt –, sondern er wäre auch um ein Haar während der Säuberung vom 30. Juni 1934 ermordet worden und war daher einzigartig qualifiziert, die österreichischen Herrscher davon zu überzeugen, daß Nazi-Mordversuche nicht ernst genommen werden sollten. Papen machte seine Sache gut. Die österreichische Regierung war zwar autoritär, erreichte aber nichts. Sie war bereit, die Sozialisten zu verfolgen, wenn auch nicht die Katholiken und die Juden. Sie war sogar bereit, die Phrasen des deutschen Nationalismus zu benützen, solange es Österreich erlaubt war, etwas eigene Existenz zu bewahren. Das gefiel Hitler. Obgleich er ein in der internationalen Politik von Deutschland abhängiges Österreich wollte, hatte er es nicht eilig, Österreich ganz zu zerstören. Vielleicht kam ihm nicht einmal diese Idee. Er war Österreicher genug, um das vollständige Verschwinden Österreichs unvorstellbar zu finden, bis es sich ereignet hatte; selbst wenn es vorstellbar gewesen wäre, war es ihm nicht recht, daß Wien (um von

Linz ganz zu schweigen) von Berlin in den Schatten gestellt werden sollte.

Papen brauchte zwei Jahre, um das Vertrauen der österreichischen Regierung zu gewinnen. Das gegenseitige Mißtrauen ließ nach oder wurde sogar ausgelöscht. Am 11. Juli 1936 schlossen die beiden Länder ein gentleman's agreement – nebenbei gesagt, die erste Anwendung dieser albernen Phrase. Sie war eine für Papen charakteristische Erfindung, die bald Nachahmer fand. Hitler respektierte die »volle Souveränität« Österreichs. Umgekehrt erkannte Schuschnigg an, daß Österreich »ein deutscher Staat« wäre, und stimmte der Aufnahme von Mitgliedern der »sogenannten nationalen Opposition« in seine Regierung zu. Die späteren Ereignisse ließen beiden Seiten das Abkommen als einen Betrug erscheinen. Dem war nicht so, obwohl natürlich jeder Unterzeichner aus dem Abkommen heraushörte, was er heraushören wollte. Hitler nahm an, daß die österreichischen Nazis schrittweise die Regierung durchsetzen und Österreich in einen Nazi-Staat verwandeln würden. Aber er war damit zufrieden, daß dies unmerklich geschehen würde, ohne dramatischen Höhepunkt. Das Abkommen vom Juli 1936 gab ihm fast genau, was er zwei Jahre früher bei dem Treffen in Venedig Mussolini vorgeschlagen hatte, nur daß Schuschnigg nicht den Weg für »eine neutrale, das heißt parteipolitisch nicht gebundene Persönlichkeit« frei machte. Statt dessen wurde Schuschnigg selbst zu dieser neutralen Persönlichkeit, oder vielmehr hoffte Hitler dies. Noch im Februar 1938 sagte er zu den österreichischen Nazi-Führern: »Die österreichische Frage könne nie durch eine Revolution gelöst werden ... er wünsche, daß der evolutionäre Weg gewählt werde ... Eine gewaltsame Lösung sei ihm jetzt nicht erwünscht, da für uns die außenpolitische Gefahr von Jahr zu Jahr geringer werde[1].«

Schuschnigg seinerseits war erleichtert, der Abhängigkeit von Italien zu entfliehen – einer Abhängigkeit, die kein Österreicher schätzte und von der viele wußten, daß sie unzuverlässig war. In Österreich gab es keine Demokratie zu retten, sondern nur einen losgelösten Namen. Schuschnigg konnte alles schlucken, was die Nazis wollten, nur nicht seinen eigenen Abgang, und er nahm an, daß er davor nun

gesichert wäre. Das Abkommen vom Juli 1936 schenkte Schuschnigg den Schatten und Hitler das Licht. Damit waren beide zufrieden. Mussolini war ebenfalls zufrieden. Er konnte die Unabhängigkeit Österreichs nicht verteidigen, wenn er sich nicht demütigte und mit den Westmächten aussöhnte, und vielleicht nicht einmal dann. Auch er war mit dem Schatten zufrieden – mit der Bewahrung des österreichischen Namens. Unter alldem aber lag immer noch ein Konflikt zwischen der deutschen und der italienischen Politik verborgen. Mussolini wollte sein Protektorat über Österreich und Ungarn erhalten und Italiens Macht im Mittelmeer hauptsächlich auf Kosten der Franzosen ausdehnen. Hitler dagegen wollte Deutschland zur führenden Macht Europas erheben mit Italien als, bestenfalls, Juniorpartner. Keinem lag daran, die Wünsche des andern zu fördern, jeder plante, die Herausforderung der Westmächte durch den andern auszunützen, um Konzessionen für sich selbst herauszuschlagen. Unter solchen Umständen mochte die Diskussion praktischer Fragen leicht zu einem Streit führen. Deshalb strapazierten sie statt dessen ihre »ideologische« Verwandtschaft – den modernen und schöpferischen Geist ihrer beiden Staaten, durch den sie angeblich den dekadenten Demokratien überlegen waren. Darin bestand die Achse Rom–Berlin, die Mussolini im November 1936 lautstark ankündigte und von der man glaubte, daß sich die europäische Politik von nun an um sie drehen würde.

Zu diesem Zeitpunkt verfolgte Hitler gegenüber Japan die gleiche Politik. Auch hier standen sich die zwei Mächte nicht in der Praxis Auge in Auge gegenüber. Hitler wollte Japan gegen Rußland und Großbritannien antreiben, ohne selbst Deutschlands enge Verbindung zu China zu opfern, dessen Armee noch von deutschen Generälen aufgebaut wurde; Japan aber wollte Deutschland im Fernen Osten nicht weiter dulden als jede andere europäische Macht. Jeder wollte also den andern den Konflikt austragen lassen, so daß er selbst den Lohn kassieren konnte. Ribbentrop, Hitlers privater Ratgeber in der Außenpolitik, sorgte für die Lösung – sein erster Erfolg, der ihn in etwas mehr als einem Jahr zum Außenminister machte. So kam es zum Antikominternpakt, einer

nachhallenden Deklaration von Grundsätzen, die keine Seite zum Handeln verpflichtete. Obwohl der Pakt sich allein gegen den Kommunismus richtete, stellte er nicht einmal ein Bündnis gegen Rußland dar, und als die Dinge sich wendeten, waren die beiden Länder nie Verbündete in einem antirussischen Krieg. Aber der Pakt sah so aus, als ob er ein antirussisches Bündnis wäre. Die Sowjetführer witterten Gefahr, und wenn es einen Schlüssel zu ihrer Politik gibt, so liegt er hier. Sie waren überzeugt, daß sie vor einem Angriff ständen – vielleicht durch Deutschland, vielleicht durch Japan, vielleicht durch beide zusammen. Ihre größte und unmittelbare Furcht war, im Fernen Osten in einen Krieg mit Japan verwickelt zu werden. Das war der einzige Krieg, der zu dieser Zeit vorausgesehen wurde, aber niemals stattfand – eine bösartige Ironie, wie sie in der Geschichte öfter vorkommt.

Aber der Antikominternpakt zwischen Deutschland und Japan zusammen mit der gestaltloseren antikommunistischen Achse Rom–Berlin berührte nicht nur die sowjetische Politik. Er übte auch auf England und Frankreich einen starken Einfluß aus. Rußland und die Westmächte konnten sich so lange einander annähern, wie die internationalen Beziehungen auf einer abstrakten Basis standen, losgelöst von der Innenpolitik. Frankreich schloß den französisch-sowjetischen Pakt, die Westmächte ließen Sowjetrußland etwas widerwillig als loyales Mitglied des Völkerbundes gelten und wurden selbst, was Loyalität angeht, durch Litwinows Lob der »kollektiven Sicherheit« beschämt. Als der Antikominternpakt politische Ideen in den Vordergrund schob, vernahm man auch in den beiden demokratischen Ländern den Ruf des Antikommunismus. Sie wollten in dem Streit zwischen Faschismus und Kommunismus neutral bleiben oder vielleicht sogar auf der faschistischen Seite stehen. Sie fürchteten Hitler als den Herrscher über ein starkes, aggressives Deutschland, sie begrüßten ihn – jedenfalls viele – als den Beschützer der europäischen Kultur vor dem Kommunismus. Engländer und Franzosen nahmen jedoch eine voneinander unterschiedene Haltung ein. Viele Engländer, besonders in der konservativen Partei, sagten: »Lieber Hitler als Stalin«. Außer dem faschistischen Führer Sir Oswald Mosley kam es

aber keinem Engländer in den Sinn zu sagen: »Lieber Hitler als Baldwin – oder Chamberlain – oder selbst Attlee.« In Frankreich brachten die Parlamentswahlen vom Mai 1936 einem linken Flügel aus Radikalen, Sozialisten und Kommunisten die Mehrheit. Als darauf eine Volksfrontregierung folgte, sagten wohlhabende konservative Franzosen nicht nur: »Lieber Hitler als Stalin«, sondern auch »Lieber Hitler als Léon Blum.«

Das war nicht der einzige Grund, warum es jetzt mit den Beziehungen zwischen Sowjetrußland und dem Westen, die sich anscheinend gebessert hatten, abwärts ging. 1936 erlebte Rußland den Beginn der großen Säuberung: Praktisch jeder altbolschewistische Führer wurde hingerichtet oder eingesperrt, Tausende – vielleicht Millionen – weniger bedeutender Russen nach Sibirien verfrachtet. Im folgenden Jahr wurde die Säuberung auf die bewaffneten Streitkräfte ausgedehnt: Tuchatschewski, der Generalstabschef, drei von fünf Marschällen, dreizehn von fünfzehn Armeekommandeuren und viele weitere wurden nach einem geheimen – oder gar keinem – Verhör erschossen. Niemand kennt den Grund für dieses Gemetzel. War Stalin durch die autoritäre Macht verrückt geworden? Hatte er Gründe, anzunehmen, daß die Generäle oder seine politischen Rivalen planten, sich die deutsche Unterstützung für eine antistalinistische Revolte zu sichern? Oder plante er selbst, sich mit Hitler auszusöhnen, und beseitigte daher eventuelle Kritiker? Nach der einen Version entdeckte Benesch, der Präsident der Tschechoslowakei, daß Tuchatschewski und andere mit Hitler unterhandelten, und leitete die Beweise an Stalin weiter. Nach einer andern fabrizierte der deutsche Geheimdienst diese Beweise und spielte sie Benesch in die Hände. Wir wissen nicht das geringste und werden es vielleicht nie erfahren. Aber die Wirkung war unübersehbar. Fast jeder westliche Beobachter war überzeugt, daß Sowjetrußland als Verbündeter nutzlos wäre: sein Herrscher ein grausamer und bedenkenloser Diktator, seine Armeen in einem chaotischen Zustand, sein politisches System wahrscheinlich schon der ersten Anspannung nicht gewachsen. Die einzige Ausnahme bildete der amerikanische Botschafter Joseph Davies. Er betonte immer, daß es eine

echte Verschwörung gegeben hätte, daß die Prozesse gerecht durchgeführt worden wären und daß als Ergebnis die sowjetische Macht sich gefestigt hätte. Aber auch er vermutete nur. Niemand kannte damals die Wahrheit, und niemand kennt sie heute. Die sowjetischen Armeen widerstanden nach 1941 den Deutschen gut, obgleich schreckliche Katastrophen vorausgegangen waren. Das mag bestätigen, daß die Armeen auch 1936 oder 1938 schlagkräftig gewesen sind, es mag andererseits darauf deuten, daß sie selbst 1941 kaum auf einen Krieg vorbereitet waren. Alle Spekulationen über dieses Thema sind also unfruchtbar. Das praktische Ergebnis aber war, daß die Westmächte mit Entschiedenheit in ihre Verteidigungsstellungen getrieben wurden – ein seltsames Ergebnis, wenn man überlegt, daß der französisch-sowjetische Pakt Hitler als Entschuldigung für die Zersetzung von Locarno gedient hatte. Die beiden Westmächte ruhten nach den Ereignissen von 1936 jedoch nicht. Sie fingen an, ihre Verteidigungsstellung zu verbessern, oder jedenfalls glaubten sie das: hauptsächlich aus Furcht vor Deutschland, aber auch um ihre Beziehungen zu Sowjetrußland verringern zu können. Als Hitler ins Rheinland einmarschierte, änderte die britische Regierung ihre zweiseitige Garantie aus dem Vertrag von Locarno in ein unmittelbares Hilfsversprechen für den Fall um, daß Frankreich direkt angegriffen würde. Es war als ein zeitweiliger Notbehelf gedacht, bis Verhandlungen einen Ersatz für Locarno schaffen würden. Aber diese Verhandlungen zerrannen zu Nichts, ein Ersatz für Locarno wurde nicht gefunden. Auf diese zufällige Art und Weise hatte sich Großbritannien nun – zum erstenmal in seiner Geschichte – in Friedenszeiten zu einem Bündnis mit einer kontinentalen Macht verpflichtet. Das war tatsächlich ein Kurswechsel, vielleicht ein Beweis für Großbritanniens wachsendes Interesse an kontinentalen Ereignissen, vielleicht aber nur für seine wachsende Schwäche. Aber in Wirklichkeit war der Wechsel nicht so einschneidend. Eine Partnerschaft mit Frankreich im Sinne gemeinsamer Interessen hatte seit langem bestanden. Das formale Bündnis war, obwohl es angeblich eine festumrissene Verpflichtung enthielt, nicht als Einleitung einer Aktion gedacht,

im Gegenteil, es wurde angeboten, um eine aktive Antwort Frankreichs auf die Besetzung des Rheinlandes zu verhindern. Die praktische Probe für ein Bündnis ist die damit zusammenhängende militärische Planung. Unmittelbar nachdem die Deutschen ins Rheinland einmarschiert waren, wurden Stabsbesprechungen zwischen Großbritannien und Frankreich abgehalten. Sie dauerten fünf Tage und verliefen dann im Sande, und bis Februar 1939 fanden keine weiteren statt. Frankreich erhielt durch das Bündnis mit Großbritannien keine wachsende Sicherheit oder Stärke. Vielmehr erhielt es nur einen Verbündeten, der es unaufhörlich im Zaum zu halten trachtete aus Frucht, daß das Bündnis in Kraft treten könnte – obwohl keine Rede davon sein konnte, daß die Franzosen zurückgehalten werden mußten.

Die deutsche Wiederbesetzung des Rheinlandes schwächte zwar die Verteidigungsstellung der Franzosen nicht unmittelbar, obgleich sie ihre – im Grunde gar nicht existierenden – Offensivpläne behindern mochte. Aber mittelbar hatte sie eine gewichtige Konsequenz. Belgien war seit 1919 mit Frankreich verbündet gewesen, die beiden Armeen waren eng miteinander koordiniert. Jetzt sahen die Belgier an ihrer Grenze ein wiederaufgerüstetes Deutschland. Würden sie sich noch auf ihren französischen Verbündeten verlassen, der sich so unfähig erwiesen hatte? Oder würden sie verzichten in der Hoffnung, dem aufziehenden Sturm zu entgehen? Sie wählten den zweiten Weg. Im Herbst 1936 zogen sie sich aus dem französischen Bündnis zurück, zu Beginn des Jahres 1937 kehrten sie in die neutrale Stellung heim, die sie vor 1914 innegehabt hatten. Dadurch entstand für die Franzosen ein schreckliches strategisches Problem. Die Maginot-Linie, eine äußerst gewaltige Verteidigungsanlage, erstreckte sich nur von der schweizerischen bis zur belgischen Grenze. Bis dahin hatten die Franzosen angenommen – wenn auch ohne großen Grund –, daß die Belgier für eine ähnliche Befestigung der kurzen Grenze zwischen Belgien und Deutschland sorgen würden. Was sollten die Franzosen jetzt machen? Sie konnten nicht auf der Verteidigung Belgiens bestehen und sich noch nicht einmal danach erkundigen, ohne Belgiens Neutralität zu verletzen. Die Grenze zwischen

Frankreich und Belgien war ungewöhnlich lang. Die Kosten für ihre Befestigung waren unerschwinglich. Außerdem konnten die Franzosen nicht an sie denken, ohne gleichzeitig zwei Dinge zuzugeben: daß sie auf die Verteidigung Belgiens verzichteten – und daß sie es als einen möglichen Feind betrachteten. Sie taten deshalb, was der Mensch öfter tut, wenn er sich einem unlösbaren Problem gegenübersieht: sie verschlossen ihre Augen und behaupteten, daß es kein Problem gäbe. Es wurde also kein Versuch unternommen, die französisch-belgische Grenze zu schützen. Sogar nach Ausbruch des Krieges blieb dieses Versäumnis bestehen. Während des Winters von 1939 auf 1940 bezogen britische Streitkräfte entlang der belgischen Grenze Stellung, und viele Offiziere berichteten über deren wehrlosen Zustand. Ihre Klagen erreichten Hore-Belisha, den Kriegsminister. Als er die Frage im Hauptquartier aufwarf, wurde er aus dem Dienst entlassen. Einige Wochen später fielen die Deutschen pünktlich in Belgien ein und errangen dort – unterstützt durch die strategischen Fehler Gamelins, des alliierten Oberbefehlshabers – den entscheidenden Sieg, der ihnen 1914 entwischt war.

Unser Wissen um die späteren Ereignisse macht es schwierig, die Vorkriegsauseinandersetzungen über die britische und französische Politik gerecht zu beurteilen. Wir wissen, daß die alliierten Armeen in Frankreich von den Deutschen in die Flucht geschlagen wurden; daraus schließen wir ohne weiteres, daß sie in militärischer Hinsicht nicht angemessen vorbereitet waren. Dieser Schluß wird anscheinend durch die Zahlen unterstützt. 1938, als die Deutschen 16,6 Prozent ihrer gesamten Produktion für die Rüstung aufwandten, brachten Großbritannien und Frankreich jeweils nur sieben Prozent auf. Aber bevor wir die Erklärung übernehmen, daß die Niederlage der Westmächte der Tatsache zuzuschreiben wäre, daß sie nicht angemessen aufgerüstet hatten, sollten wir fragen: »Wem oder welchen Bedingungen angemessen?« Hätten zum Beispiel steigende Aufwendungen die strategische Vernachlässigung Belgiens ausgeglichen? Man nahm gemeinhin an und tut es noch, daß das ideale Ziel der gleiche Rüstungsstand zwischen möglichen Gegnern oder einer

Gruppe von Gegnern sein sollte. Das ist aber in Wirklichkeit das witzloseste aller Ziele: zu hoch, wenn ein Land nur sich selbst verteidigen will, zu gering, wenn es hofft, seinen Willen der Gegenseite aufzuzwingen. Die britische Admiralität gab sich daher nie mit dieser Gleichheit zufrieden. Sie bemühte sich vielmehr um eine entscheidende Überlegenheit über Deutschland und Italien und von 1937 an ebenso über Japan. Dieser Dreimächtestandard wurde zwar nicht erreicht, aber aus Zeitmangel, nicht aus Geldmangel.

Militärische Rüstungen waren jedoch, soweit es Europa betraf, entscheidend, und der Zweck der Gleichheit war hier in besonderem Maße verfehlt. Im ersten Weltkrieg war die Verteidigung unendlich viel wirksamer gewesen als der Angriff: der Angreifer hatte eine Überlegenheit von drei, wenn nicht fünf zu eins benötigt. Der Frankreichfeldzug von 1940 schien diese Erfahrung zu widerlegen: Die Deutschen errangen einen entscheidenden Sieg ohne große Überlegenheit an Soldaten oder Ausrüstung. Tatsache ist aber, daß dieser Feldzug nichts bewies, außer daß Armeen, die sogar auf die Verteidigung angemessen vorbereitet sind, vernichtet werden können, wenn sie nur schlecht genug geführt werden. Später mußte die große Koalition aus Großbritannien, Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten auf eine Überlegenheit von fünf zu eins warten, bevor sie Deutschland schlagen konnte. Wenn daher Großbritannien und Frankreich nur darauf hofften, sich selbst verteidigen zu können, würde eine ganz geringe Steigerung ihrer Rüstungen zu Lande genügt haben, und für diese Steigerung war zwischen 1936 und 1939 mehrfach gesorgt. Wenn sie andererseits Deutschland besiegen und die Stellung ihrer triumphalen Herrschaft, deren sie sich 1919 erfreut hatten, wiederherstellen wollten, würden sie ihre Rüstungen nicht verzweifachen, sondern versechsfachen oder sogar verzehnfachen müssen – ein unmöglicher Vorschlag. Niemand schätzte diese Verhältnisse damals richtig ein. Man klammerte sich an das irreführende Konzept von der Gleichheit und glaubte, daß sie irgendwie nicht nur Sicherheit, sondern auch Macht spenden würde. Minister redeten von »Verteidigung«, doch setzten sie voraus, daß eine erfolgreiche Verteidigung dasselbe wie Sieg bedeutete, und

ihre Kritiker nahmen an, daß eine erfolgreiche Verteidigung entweder unmöglich oder nicht besser als eine Niederlage wäre. Deshalb ist die Antwort auf die Frage »Waren die britischen und französischen Rüstungen vor 1939 angemessen?« nicht leicht. Wenn sie richtig genützt wurden, waren sie angemessen, um die beiden Länder zu verteidigen; wenn die Ausdehnung der deutschen Macht nach dem östlichen Europa verhindert werden sollte, waren sie nicht angemessen.

Die normale Kalkulation von drei zu eins war jedoch anscheinend in einer Hinsicht auf die Rüstungen nicht anwendbar. Allgemein glaubte man nämlich, daß es keinen Schutz vor Luftangriffen gäbe. Baldwin verlieh dieser Annahme Ausdruck, als er sagte: »Der Bomber wird immer durchkommen.« Man erwartete, daß jede Großstadt unmittelbar nach Ausbruch des Krieges dem Erdboden gleichgemacht würde, und die britische Regierung, die sich nach dieser Vermutung richtete, bereitete sich allein in London in der ersten Kriegswoche auf mehr Verlust vor, als das ganze britische Volk dann tatsächlich während fünf langer Jahre erlitt. Die einzige Antwort darauf sollte »das Abschreckungsmittel« sein – eine Bomberflotte, so groß wie die des Feindes. Weder Großbritannien noch Frankreich behauptete, eine solche Flotte 1936 oder selbst 1939 zu besitzen; daher rührt zum großen Teil die Furchtsamkeit ihrer Staatsmänner. All diese Überlegungen erwiesen sich aber als falsch. Die Deutschen hatten nie unabhängige Bombenangriffe geplant. Ihre Bomberflotte sollte das Heer unterstützen, und sie mußte ihren Luftangriff auf Großbritannien im Sommer 1940 improvisieren. Die Deutschen wurden nicht durch Luftangriffe zurückgeschlagen und besiegt, sondern durch die Jäger, die vor dem Krieg mißachtet und vergleichsweise vernachlässigt worden waren. Als die Briten im Gegenzug dazu übergingen, Deutschland zu bombardieren, erlitten sie größeren Schaden als die Deutschen – weil die Bombenangriffe auf britischer Seite mehr Menschen und Material verschlissen als auf der deutschen. Niemand sah das ein, bevor es passiert war, und selbst nachher begriffen es viele immer noch nicht. Die Vorkriegsjahre gingen ihren Gang unter dem Schatten eines abscheulichen Mißverständnisses.

Der aufziehende Krieg sieht immer anders aus als der Krieg, der erwartet worden ist. Der Sieg schlägt sich immer auf die Seite, die die wenigsten Fehler gemacht, nicht auf die, die richtig kalkuliert hat. In diesem Sinne bereiteten sich Großbritannien und Frankreich nicht angemessen vor. Die Militärexperten gaben falsche Ratschläge und verfolgten die falsche Strategie, die Minister verstanden nicht, was ihnen die Experten sagten, die Politiker und die Öffentlichkeit begriffen nicht, was ihnen von den Ministern gesagt wurde. Die Kritiker kamen der Wahrheit kaum näher. Winston Churchill zum Beispiel hatte nur »recht«, daß er von allem mehr verlangte. Er forderte aber keine andersartigen Waffen und keine andersartige Strategie, und bei vielen Anlässen – so bei der Kampfkraft der französischen Armee und der Wirksamkeit von Bombardements – blieb er mit besonderer Halsstarrigkeit bei seinem Irrtum. Fachliche Fehlurteile waren die Hauptursache des englisch-französischen Versagens. Auch politische Schwierigkeiten trugen zum Teil das Ihrige dazu bei, aber nicht so sehr, wie oft behauptet wurde. In Frankreich mochte man von der Volksfrontregierung, die im Juni 1936 ihre Arbeit begann, eine besonders entschiedene Haltung gegenüber den faschistischen Mächten erwartet haben, aber sie befaßte sich lieber mit der Einführung sozialer Reformen, die seit langem überfällig waren. Diese bescheidenen Reformen riefen bittere Gefühle bei den besitzenden Klassen wach, und die französische Rüstung bezahlte die Strafe. Als die französischen Heerführer, selbst Konservative, größere Ausgaben für die bewaffneten Streitkräfte forderten, verliehen sie ohne Zweifel echten Bedürfnissen Ausdruck, aber sie hofften auch, daß diese steigenden Ausgaben das sozialreformerische Programm ruinieren würden. Die Anhänger der Volksfront – also die Mehrheit des französischen Volkes – zahlten mit gleicher Münze heim: Da sie erkannten, daß die Rüstungsausgaben zum Teil gefordert wurden, um die Sozialreform zu verhindern, wollten sie nicht glauben, daß irgendeine Erhöhung notwendig wäre.

Die britische Rüstung verzögerte sich aus einem andern Grund. Es stimmt, daß die Regierung zeitweise behauptete, sie würde durch den unpatriotischen Pazifismus der Labour-

Opposition behindert, und diese Entschuldigung wurde später sehr übertrieben, als die Ereignisse die Fehler der Regierung offenbarten. In Wirklichkeit zog es die britische Regierung bewußt vor, die Rüstungsausgaben auf eine bescheidene Zahl zu beschränken. Im Unterhaus besaß sie eine enorme Mehrheit – insgesamt zweihundertfünfzig Sitze –, und die Labour-Opposition würde sich den Regierungsvorschlägen hilflos widersetzt haben, ganz abgesehen von der Tatsache, daß viele Labour-Mitglieder damals eine erhöhte Rüstung wünschten. Die Regierung ging viel eher der Politik und der wirtschaftlichen Aspekte wegen langsam voran, nicht aus Furcht vor der Labour-Opposition. Auch die anfänglichen Attacken Churchills verzögerten Maßnahmen der Regierung. Nachdem sie erst einmal seinen Anklagen widersprochen hatten, fiel es den Ministern schwer einzugestehen, daß er recht gehabt hatte. Selbst wenn sie sich um erhöhte Rüstungen bemühten, taten sie es mit übermäßiger Vorsicht – das genaue Gegenteil von Hitler, der oft mit Waffen angab, die er nicht besaß. Er wollte die Nerven seiner Gegner zerrütten, sie wollten ihn versöhnen und ihn für friedliche Verhandlungen zurückgewinnen. Deshalb versuchte die britische Regierung um Hitlers willen zu genau derselben Zeit, da sie die britische Öffentlichkeit und sogar sich selbst davon überzeugte, daß Großbritannien bald sicher sein würde, ihre Maßnahmen harmlos und unwirksam erscheinen zu lassen. Baldwin widersetzte sich entschieden der Etablierung eines Versorgungsministeriums, und als er endlich dazu gebracht wurde, einen Ministerposten für die Koordination der Verteidigung zuzugestehen, wählte er nicht Churchill oder selbst Austen Chamberlain, sondern Sir Thomas Inskip – eine Ernennung, die mit Recht als die ungewöhnlichste seit der Zeit bezeichnet wurde, da Caligula sein Pferd zum Konsul machte. Aber es gab tatsächlich genügend Ernennungen dieser Art in Großbritannien, um ein ganzes Regiment Caligula-Kavallerie aufzustellen.

Die britische Regierung hatte weit mehr Angst, die wirtschaftlichen Grundsätze zu verletzen, als Hitler zu beleidigen. Das Geheimnis aus Pandoras Büchse, die Schacht in Deutschland geöffnet und deren Inhalt der amerikanische New Deal

ebenfalls offenbart hatte, war ihr noch unbekannt. Sie war stabilen Preisen und einem stabilen Pfund untrennbar verpflichtet und betrachtete erhöhte Ausgaben der öffentlichen Hand als großes Übel, das nur durch das Ereignis eines wirklichen Krieges entschuldbar wäre, aber selbst dann noch beklagt werden müßte. Sie hatte keine Ahnung davon, daß öffentliche Ausgaben für irgend etwas, selbst für die Rüstung, steigenden Wohlstand mit sich bringen. Wie nahezu alle zeitgenössischen Volkswirtschaftler, J. M. Keynes selbstverständlich ausgenommen, sah sie die öffentlichen Finanzen noch so an, als ob es sich um die Finanzen einer Privatperson handelte. Wenn eine Privatperson Geld für verschwenderische Zwecke ausgibt, kann sie woanders weniger ausgeben, und die »Nachfrage« sinkt. Wenn der Staat Geld ausgibt, erzeugt er dadurch eine steigende »Nachfrage« und daher steigenden Wohlstand für die ganze Gemeinschaft. Uns ist das heute klar, aber damals wußten es nur wenige. Bevor wir Baldwin und auch Chamberlain voller Verachtung verurteilen, sollten wir darüber nachdenken, daß sogar noch 1959 ein Volkswirt in das Oberhaus gewählt wurde, nur weil er die Doktrin des öffentlichen Geizes predigte, die vor 1939 die britische Politik stumpf gemacht hatte. Vielleicht sind wir nicht klüger; wir fürchten ja nur den allgemeinen Aufruhr, der eintreten müßte, wenn sich die Volkswirte durchsetzten, worauf die Massenarbeitslosigkeit zurückkehren würde. Vor 1939 wurde die Arbeitslosigkeit als Naturgesetz angesehen, und die Regierung konnte allen Ernstes behaupten, daß alle Reserven des Landes ausgenützt wären, wenn nahezu zwei Millionen Menschen unbeschäftigt blieben.

Auch hier hatte Hitler wiederum einen großen Vorteil vor den demokratischen Ländern. Seine wichtigste Leistung war die Überwindung der Arbeitslosigkeit, und die meisten Deutschen kümmerten sich nicht darum, welche ketzerischen Methoden er anwandte, solange er etwas unternahm. Außerdem, selbst wenn deutsche Bankiers Einwände hatten, besaßen sie keine wirksamen Mittel, sie geltend zu machen. Als selbst Schacht besorgt wurde, konnte er lediglich zurücktreten, aber nur wenige Deutsche machten sich etwas daraus. Eine Diktatur wie die Hitlers konnte sich den üblichen Konsequenzen einer Inflation entziehen. Da es ja keine Gewerkschaften gab, konnten die Löhne stabil gehalten werden und die Preise ebenso, während eine rigorose Devisenkontrolle – unterstützt durch die Waffen des Terrors und der Geheimpolizei – jede Entwertung der Mark verhinderte. Die britische Regierung dagegen lebte noch in dem psychologischen Klima von 1931: Sie zitterte mehr vor einer Entwertung des Pfundes als vor einer Niederlage im Krieg. Ihre Wiederaufrüstungsmaßnahmen waren daher nicht so sehr durch die strategischen Notwendigkeiten bestimmt – das wären sie auch dann nicht gewesen, wenn die Regierung diese Notwendigkeiten gekannt hätte –, als dadurch, was der Steuerzahler ertragen würde, und er, dem dauernd versichert wurde, daß die Regierung Großbritannien bereits stark gemacht habe, würde nicht viel ertragen. Die Begrenzung der Einkommensteuer und das Vertrauen der Londoner Geschäftswelt standen an erster Stelle, die Rüstungen an zweiter. Unter diesen Umständen ist es nicht notwendig, die Opposition der Labour Party zu beschwören, um zu verstehen, warum vor 1939 die britischen Kriegsvorbereitungen hinter denen Deutschlands zurückblieben. Es ist eher ein Wunder, daß Großbritannien, als der Krieg aufzog, doch so gut vorbereitet war – ein Triumph des wissenschaftlichen und technischen Einfallsreichtums über die Volkswirtschaftler.

Es wäre jedoch zu billig, zur Erklärung für all das, was sich zwischen 1936 und 1939 ereignete, nur zu sagen, daß Großbritannien und Frankreich nicht so gut für den Krieg gerüstet waren wie Deutschland und Italien. Regierungen sollten selbstverständlich ihre Kraft und ihre Hilfsquellen abschätzen, bevor sie sich entschließen zu handeln – oder nicht zu handeln; aber sie tun es selten. Im Leben geht es vielmehr so zu, daß eine Regierung, die nichts unternehmen will, unerschütterlich von der Schwäche ihres Landes überzeugt ist, und sie wird sich in gleicher Weise auf ihre Kraft verlassen, wenn sie handeln will. Deutschland zum Beispiel war zwischen 1933 und 1936 kaum mehr auf einen großen Krieg vorbereitet, als bevor Hitler an die Macht kam. Der Unterschied war der, daß er starke Nerven hatte und seine Vorgänger nicht. Auch die britische Regierung hatte im März

1939 kaum einen Grund, anzunehmen, daß Großbritannien dem Risiko eines Krieges nun mit besseren Gefühlen entgegensehen könnte als früher – vom fachlichen Gesichtspunkt aus traf eher das Gegenteil zu. Es war ein psychologischer Umschwung – ein Zufluß an Halsstarrigkeit, die ebenso unvernünftig war wie die vorangegangene Furchtsamkeit. Es gibt kaum einen Beweis dafür, daß die Herrscher demokratischer Länder (oder gleicherweise Diktatoren) jemals ihre Militärexperten unvoreingenommen konsultiert hätten, bevor sie politische Entscheidungen fällten. Sie fällten die politischen Entscheidungen zuerst und forderten dann von den Experten technische Argumente, mit denen sie ihre Politik rechtfertigen konnten. So war es gewesen, als die Briten und Franzosen im Herbst 1935 gezögert hatten, den Völkerbund kompromißlos zu unterstützen, so war es, als sie 1936 keinen festen Stand gegenüber den Diktatoren beziehen wollten. Die britischen Minister wollten um des Steuerzahlers willen Frieden, die Franzosen, um ihr sozialreformerisches Programm durchzuführen. Beide Regierungen setzten sich aus wohlmeinenden ältlichen Leuten zusammen, die zu Recht vor einem Krieg zurückschreckten, solange er möglicherweise vermieden werden konnte; außerdem widerstrebte es ihrer Natur, in der Außenpolitik die Kompromisse und Konzessionen abzulehnen, die sie in der Innenpolitik machten.

Ihre Reaktion wäre vielleicht anders ausgefallen, wenn Hitler der Wiederbesetzung des Rheinlandes eine weitere unmittelbarere Herausforderung der bestehenden territorialen Regelung Europas hätte folgen lassen oder wenn Mussolini unmittelbar nach der Überrumpelung Abessiniens weitere Gebiete zu erobern gesucht hätte. Aber Hitler verhielt sich ruhig, Italiens Kraft war erschöpft. Das große Ereignis des Jahres 1936 fand woanders statt – ein Kampf der Ideologien, so erschien es jedenfalls, an Stelle eines unmittelbaren Zusammenpralls der Mächte. Das war der Spanische Bürgerkrieg. 1931 war Spanien eine Republik geworden. 1936 brachte eine allgemeine Wahl wie in Frankreich eine Koalition aus Radikalen, Sozialisten und Kommunisten an die Macht – eine weitere Volksfront. Ihr Programm war eher antikirchlich und demokratisch als sozialistisch. Das reichte

schon aus, um die althergebrachten Interessen herauszufordern – vertreten durch die Monarchisten, die Militärs und die Faschisten. Schon seit 1934 waren Pläne für eine antidemokratische Revolte gehegt worden und hatten einen ziemlich vagen Segen von Mussolini empfangen. Im Juli 1936 kamen diese Pläne in Form einer großangelegten Militärrebellion zum Ausbruch. Zu jener Zeit nahm man allgemein an, daß diese Rebellion das nächste Stadium einer bewußten faschistischen Eroberungsstrategie darstellte – erster Schritt Abessinien, nächster das Rheinland und jetzt Spanien. Von den spanischen Rebellen glaubte man, daß sie Marionetten der beiden faschistischen Diktatoren wären. Aber die Kenntnis der spanischen Geschichte und des spanischen Charakters hätte lehren können, daß diese Ansicht falsch war. Spanier, sogar faschistische Spanier, sind zu stolz auf ihre Unabhängigkeit, um jemandes Marionetten zu sein, und die Revolte wurde ohne ernstliche Rücksprache mit Rom oder Berlin vorbereitet. Aus allgemeiner Abneigung gegen Demokratien besorgte Mussolini Flugzeuge. Einige deutsche Agenten sympathisierten mit den Rebellen, aber Hitler wußte im voraus nicht mehr über die tatsächliche Rebellion als jeder andere.

Die Rebellen erwarteten einen raschen Sieg, und viele andere erwarteten ihn ebenfalls von ihnen. Statt dessen versammelte die Republik die Arbeiter von Madrid, zerschlug die militärische Verschwörung in der Hauptstadt und behauptete ihre Macht über fast ganz Spanien. Ein langer Bürgerkrieg stand bevor. Mussolini erhöhte seine Hilfe für die Rebellen, zuerst Material, dann Männer, Hitler sandte in bescheidenerem Umfang Hilfe auf dem Luftweg. Der andern Seite begann Sowjetrußland zehn Tage nach Ausbruch der Rebellion militärische Ausrüstung zu senden. Es ist nicht schwierig zu verstehen, warum die beiden Diktatoren den Rebellen halfen. Mussolini wollte die Demokratie in Mißkredit bringen und hoffte fälschlicherweise, die spanischen Flottenbasen benutzen zu dürfen, um von dort aus Frankreich im Mittelmeer herauszufordern. Er wollte, daß die spanischen Faschisten gewannen, und zwar schnell gewannen, damit die dürftigen Hilfsmittel Italiens so wenig wie möglich strapaziert wurden. Hitler brachte ebenfalls gerne

die Demokratien in Mißkredit, aber er nahm den Spanischen Bürgerkrieg nicht besonders ernst. Sein Hauptinteresse war, die Spannungen zwischen Italien und Frankreich zu fördern, nicht, den Sieg des spanischen Faschismus sicherzustellen. Die deutsche Luftwaffe benützte Spanien nur als Übungsgelände für ihre Maschinen und Piloten. Darüber hinaus unterstützte Hitler die spanischen Rebellen hauptsächlich mit Worten. Zu dieser Zeit war der Glaube weit verbreitet, daß Deutschland und Italien auf der Seite der Rebellen kämpfen würden, wenn man ihre Intervention herausforderte. Dieser Glaube traf seltsamerweise nicht zu. Es gehört zu den wenigen gutbelegten Tatsachen jener Zeit, daß weder Hitler noch Mussolini gewillt waren, wegen Spanien einen Krieg zu riskieren. Wenn sie herausgefordert worden wären, hätten sie sich zurückgezogen. Ihre Haltung entsprach genau der Großbritanniens und Frankreichs gegenüber der abessinischen Affäre: bis an den Rand des Krieges, aber nicht darüber hinaus. 1935 nannte Mussolini den Bluff der beiden demokratischen Mächte beim Namen; als 1936 deren Gegenzug fällig war, versäumten sie es, den Bluff der beiden Diktatoren bloßzustellen.

Die britische und französische Politik oder ihr Nichtvorhandensein, nicht die Politik Hitlers oder Mussolinis, entschieden den Ausgang des Spanischen Bürgerkrieges. Die Republik besaß die größeren Hilfsmittel und den größeren Rückhalt in der Bevölkerung. Sie konnte gewinnen, wenn sie genau die Behandlung erfuhr, auf die sie nach dem internationalen Recht Anspruch hatte: ausländische Waffen für die legitime Regierung, keine für die Rebellen. Sie konnte sogar gewinnen, wenn beide Seiten ausländische Hilfe erhielten oder beiden Seiten die Unterstützung verweigert wurde. Die Rebellen hatten nur dann eine Chance, wenn sie ausländische Hilfe erhielten, während die Republik nichts oder nur sehr wenig erhielt, und für diese ungewöhnliche Abmachung sorgten, wenn auch nicht bewußt, London und Paris. Der erste Impuls der französischen Regierung, die selbst auf einer Volksfront gründete, war, den Waffenexport nach der spanischen Republik zu gestatten. Dann kamen Zweifel auf. Die französischen Radikalen erhoben, obgleich sie mit den

Sozialisten in der Regierung zusammenarbeiteten, Einspruch dagegen, im Ausland eine angeblich kommunistische Sache zu unterstützen; die französischen Sozialisten befürchteten ihrerseits, in einen Krieg mit den faschistischen Mächten verwickelt zu werden. Léon Blum, der Premierminister, reiste ratsuchend nach London, und hier wurde er sogar noch entschiedener zurückgehalten. Die britische Regierung machte einen dem Anschein nach verlockenden Vorschlag: Wenn sich Frankreich der Hilfe für die spanische Republik enthielt, könnte man Italien und Deutschland drängen, den Rebellen ebenfalls nicht zu helfen. Das spanische Volk könnte selbst sein Schicksal entscheiden, und nach aller Wahrscheinlichkeit würde, wenn die Nichteinmischung wirklich funktioniert, die Republik gewinnen. Wir wissen nicht, weshalb die britische Regierung diesen Vorschlag machte. Er entsprach nicht der Tradition der britischen Politik. Ungefähr ein Jahrhundert früher, als sich Spanien ebenfalls im Bürgerkrieg befunden hatte, hatte Großbritannien die Sache der konstitutionellen Monarchie aktiv mit Waffen unterstützt und den Grundsatz der Nichteinmischung abgelehnt, den die Heilige Allianz verfocht. Jetzt, 1936, behauptete die britische Regierung, allein im Interesse des allgemeinen Friedens zu handeln. Wenn sich alle Großmächte aus Spanien heraushielten, würde der Bürgerkrieg jenseits der Grenzen der Zivilisation ausbrennen, genauso wie es sich Metternich für die griechische Revolte in den zwanziger Jahren des achtzehnten Jahrhunderts erhofft hatte. Die linksstehenden Kritiker behaupteten, daß die Regierung mit den Faschisten sympathisiere und die Rebellen gewinnen sehen wolle. Die britischen Finanziers, die in Spanien Interessen hatten, waren von der Republik tatsächlich nicht begeistert, und die Regierung mag von ihnen beeinflußt gewesen sein. Die leitenden Beamten jedenfalls dachten von einer Volksfront nicht freundlich. Vielleicht hätte die britische Regierung nicht so hartnäckig auf der Nichteinmischung bestanden, wenn die Situation umgekehrt gewesen wäre und in Spanien eine kommunistische oder sogar eine radikale Rebellion gegen ein bestehendes faschistisches Regime stattgefunden hätte. Aber wir wissen nicht das geringste. Vielleicht zählte

die Furcht am meisten – der Wunsch, einen neuen Konfliktherd in Europa zu vermeiden –, und die faschistischen Sympathien kamen, wenn es welche gab, erst an zweiter Stelle.

Auf jeden Fall bekam die britische Regierung ihren Willen. Blum übernahm die Politik der Nichteinmischung. Noch mehr, er überredete die Führer der Labour Party, diese Politik ebenfalls zu unterstützen, schon um seine Stellung in Frankreich nicht zu erschweren. Auf diese Weise drängte zuerst die Nationalregierung Blum die Nichteinmischung auf, er drängte sie den Labour-Führern auf, und sie drängten sie ihren Anhängern auf – alles im Namen des europäischen Friedens. In London wurde ein Nichteinmischungskomitee eingerichtet. Alle europäischen Großmächte waren vertreten und ersannen feierlich Pläne, um den Waffenimport nach Spanien zu verhindern. Aber Deutschland und Italien hatten nicht vor, ihre Versprechen zu halten: Beide Länder schickten ständig Waffen und Italien auch militärische Formationen. Der spanischen Republik war anscheinend ein frühes Ende bestimmt. Darauf warf Sowjetrußland diese saubere Erwartung um. Die Russen erklärten, daß sie ihr Versprechen, sich nicht einzumischen, nur halten würden, wenn Deutschland und Italien ihres nicht brechen würden. Sowjetische Waffen gelangten also nach Spanien, wenn auch nie im faschistischen Ausmaß, und diese Waffen versetzten die Republik in die Lage, über zwei Jahre auszuhalten.

Es ist aber unwahrscheinlich, daß die Sowjetunion in Spanien aus prinzipiellen Gründen intervenierte. Die sowjetische Politik hatte sich unter Stalins Leitung nicht durch eine Unterstützung des Kommunismus – geschweige denn der Demokratie – ausgezeichnet. Sie hatte ohne Murren zugesehen, wie Tschiangkaischek die chinesischen Kommunisten abgeschlachtet hatte, und sie hätte die freundlichen Beziehungen zu Nazi-Deutschland aufrechterhalten, wenn Hitler gewollt hätte. Schulenburg, der Deutsche Botschafter in Moskau, glaubte, daß Sowjetrußland die spanische Republik unterstützte, um nach dem Schock der großen Säuberung ihr Ansehen bei den westeuropäischen Kommunisten wiederherzustellen[2]. Wahrscheinlich hatte sie aber bessere Gründe. Ein Konflikt in Spanien war den Russen lieber als ein Konflikt

nahe der eigenen Grenze. Auch hofften sie, daß dieser Konflikt eine Entfremdung zwischen den beiden Westmächten und den faschistischen Mächten hervorrufen würde. Aber natürlich wollten die Russen kein Risiko eingehen, in den Krieg selbst verwickelt zu werden. Den Spanischen Bürgerkrieg in Gang zu halten, nicht der Sieg der Republik, lag in ihrem Interesse – genau dieselbe Haltung, die Hitler gegenüber dem spanischen Faschismus einnahm.

Der Spanische Bürgerkrieg wurde das beherrschende Thema der internationalen Politik und in Großbritannien und Frankreich auch das Thema leidenschaftlicher innenpolitischer Auseinandersetzungen. In Spanien schien es um das große Problem des Zeitalters, Demokratie oder Faschismus, zu gehen. Die spanische Republik war nie eine verläßliche Demokratie gewesen, und als der Krieg andauerte, geriet sie natürlich in wachsendem Maße unter die Leitung der Kommunisten, die den Waffennachschub kontrollierten. Andererseits waren die Rebellen zwar sicher Feinde der Demokratie, aber sie sorgten sich um Spanien, nicht um die »faschistische Internationale«, und Franco, ihr Führer, hatte keine Absichten, Spanien mit irgendeiner ausländischen Macht oder Sache zu verknüpfen. Er belohnte zwar Hitler und Mussolini mit hochtrabenden Deklarationen zur ideologischen Solidarität, aber er erwies sich als harter Geschäftsmann, als es um wirtschaftliche Zugeständnisse ging, und in strategischer Hinsicht machte er überhaupt keine Zugeständnisse. Die Rebellen gewannen zwar den Bürgerkrieg, aber ihr Sieg berührte zu aller Überraschung das allgemeine Gleichgewicht Europas nicht. Die Franzosen brauchten daher trotz ihrem Gerede, daß sie durch eine dritte feindliche Grenze geschwächt wären, keine Streitkräfte an die Pyrenäen zu schicken. Die Briten brauchten sich nie um Gibraltar zu sorgen. Während der tschechischen Krise 1938 erklärte Franco seine Neutralität – zu Hitlers Verdruß. Während des zweiten Weltkriegs blieb Spanien ordnungsgemäß neutral, nur im Hinblick auf Rußland nicht, und selbst in diesem Punkte war die spanische Blaue Division nie mehr als eine moralische (oder unmoralische) Geste[3].

Aber nur wenige sahen dieses seltsame Ergebnis voraus,

und der Spanische Bürgerkrieg erzielte daher, während er ausgefochten wurde, große internationale Wirkung. Er trug viel dazu bei, die nationale Einigkeit in Großbritannien und Frankreich zu verhindern. Vielleicht war es die Verbitterung, verursacht durch den Wahlsieg der Volksfront, die die französische Einigkeit unmöglich machte. In Großbritannien waren, nachdem Hitler das Rheinland wiederbesetzt hatte, ernsthafte Anstrengungen für eine echte Nationalregierung gemacht worden. Sie wurden nun durch die Auseinandersetzungen über die Nichteinmischung beendet. Die Liberalen und die Labour Party beschuldigten die Regierung des Verrats an der demokratischen Sache, und die Minister, die über den falschen Schein des Nichteinmischungskomitees hinweggesehen hatten, waren empört, als dessen Unredlichkeit aufgedeckt wurde. Der Spanische Bürgerkrieg lenkte so die Aufmerksamkeit von den gewichtigeren Problemen ab, die durch die Wiederbelebung der deutschen Macht aufgeworfen wurden. Man meinte, daß alles gut werden würde, wenn Franco geschlagen wäre, und sie überlegten nicht mehr, wie Hitler in Schach gehalten werden sollte. In den ersten Tagen des Jahres 1936 hatte es so ausgesehen, als wäre Winston Churchill der Sammelpunkt der patriotischen und demokratischen Meinungen. Aber im Spanischen Bürgerkrieg blieb er neutral oder sympathisierte vielleicht sogar etwas mit Franco. Sein Ansehen sank daher und wurde auf der Linken bis zum Herbst 1938 nicht wiederhergestellt.

Der Bürgerkrieg trieb auch einen weiteren Keil zwischen Sowjetrußland und die Westmächte – oder vielmehr zwischen Sowjetrußland und Großbritannien, um das sich die westliche Politik hauptsächlich drehte. Der britischen Regierung war es gleich, wie der Krieg ausging, wenn er nur rasch ausging. Die italienische Regierung wünschte auch ein schnelles Kriegsende herbei, aber unter der Bedingung, daß Franco gewann. Die britischen Staatsmänner schlitterten unversehens in eine Stellung hinein, wo sie mit Italien übereinstimmten. Francos Sieg würde den Krieg beenden, auf den Unterschied würde es nicht ankommen, höchstens den Spaniern, der Preis wäre daher angemessen. Hitler würde ebenfalls mit Francos Sieg zufrieden sein, wenn auch die

deutsche Politik es recht gern sah, daß der Krieg sich hinzog. Aller britische Groll richtete sich daher gegen Sowjetrußland. Maisky, der sowjetische Vertreter im Nichteinmischungskomitee, deckte dessen Schändlichkeit auf und redete in hohen Worten über die Demokratie, während sowjetischer Nachschub die Republik erhielt. Was kümmerte sich Sowjetrußland, so meinten die britischen Staatsmänner, um die Demokratie? Warum griff es grundlos in Spanien ein, so weit weg von seinen eigenen Grenzen? Nur um Unheil zu stiften oder, noch schlimmer, um den internationalen Kommunismus zu fördern. Ein unvoreingenommener Beobachter mochte annehmen, daß es die italienische und dann die deutsche Intervention gewesen waren, die den Spanischen Bürgerkrieg in ein internationales Problem verwandelt hatte, aber die britischen Minister, die durch die Aussicht auf weitere Krisen beunruhigt und von ihrer eigenen Opposition gequält wurden, erkannten nur, daß der Bürgerkrieg bald vorbei sein würde, wenn die sowjetische Hilfe für die Republik wegfiele. Auf der andern Seite, fern in Moskau, nährten die sowjetischen Führer bei sich ein ähnliches Mißtrauen. Sie folgerten, daß die britischen Staatsmänner so gleichgültig gegenüber der Demokratie wären wie sie selbst gegenüber dem internationalen Kommunismus, gleichgültig sogar gegenüber den nationalen Interessen. In Moskau ergab die britische Politik nur unter der Voraussetzung einen Sinn, daß sie den Triumph des Faschismus wünschte. Die Briten hatten Hitler gestattet, wiederaufzurüsten und das Sicherheitssystem zu zerstören, nun halfen sie Franco, in Spanien zu gewinnen. Sicher würden sie bald zustimmend zusehen, wenn Hitler Sowjetrußland angriff, oder sich vielleicht sogar an dem Unternehmen beteiligen.

Dieses gegenseitige Mißtrauen hinterließ eine tiefe Spur. Die unmittelbare Wirkung des Spanischen Bürgerkriegs bestand darin, daß britische Staatsmänner ausgesandt wurden, die sich um Mussolinis Gunst rissen. Er schien den Schlüssel zum Frieden zu besitzen. Ein paar Engländer, wie etwa Vansittart, hofften darauf, daß er für die Stresa-Front und für eine großangelegte Opposition gegen Hitler zurückgewonnen werden könnte, andere, bescheidenere, nahmen die

Achse hin und hofften nur, daß Mussolini Hitler mäßigen würde. Mussolini war bereit, Versprechen zu geben, die er nicht zu halten gedachte. Er wußte, daß Italien in der Vergangenheit Gewinne gemacht hatte, indem es zwischen beiden Seiten balanciert, nicht, indem es sich irgendeiner Seite anvertraut hatte, und er bildete sich ein, daß er noch frei wäre. Aber er erwartete von den Briten mehr, als sie ihm anbieten konnten. Sie dachten, daß er mit dem Prestige eines spanischen Sieges zufrieden sein würde, er wollte jedoch durch französische Zugeständnisse gewonnen werden, die Italien die Vorherrschaft über das Mittelmeer gegeben hätten. Hinzu kam der Fehler, daß die spanischen Republikaner, denen durch sowjetische Waffen etwas der Rücken gesteift worden war, ihm den Sieg streitig machten, den die Briten zu arrangieren suchten, und am Guadalajara die italienischen Truppen in die Flucht schlugen. Die Briten jedoch gaben nicht auf. Im Januar 1937 kam es zu einem gentleman's agreement zwischen Großbritannien und Italien, in dem jeder dem andern versicherte, daß er den status quo im Mittelmeer nicht verändern wollte. Im Mai fand in Großbritannien ein Regierungswechsel statt. Baldwin, tüchtig genug, um Könige zu stürzen, aber gegenüber Diktatoren nicht so erfolgreich, gab auf, und Neville Chamberlain trat an Baldwins Stelle als Premierminister. Chamberlain war ein härterer, praktischerer Mann, unzufrieden mit der Trift der Außenpolitik und voll Vertrauen, daß er sie aufhalten könnte. Ein Abkommen mit Mussolini schien ihm dringend notwendig zu sein. Am 27. Juli schrieb er persönlich an Mussolini, bedauerte, daß die englisch-italienischen Beziehungen unbefriedigend wären, und schlug zu ihrer Verbesserung Gespräche vor. Mussolini antwortete gnädig eigenhändig – ganz wie in den alten Zeiten Austen Chamberlains oder Ramsay MacDonalds.

Ein unglücklicher Rückschlag folgte. »Unbekannte« Unterseeboote wagten es, sowjetische Schiffe zu torpedieren, die die spanische Republik versorgten; einige Torpedos trafen auch britische Schiffe. Diesmal fuhr die britische Admiralität aus ihrem Schlaf. Eden, der Außenminister, ebenfalls. Er war bis jetzt kein »starker Mann« gewesen. Obwohl er dank der allgemeinen Empörung über den Hoare-Laval-Plan ins Amt gekommen war, hatte er den Völkerbund gedrängt, Abessinien aufzugeben, hatte er sich in Hitlers Wiederbesetzung des Rheinlandes ohne ernsthaften Protest gefügt, hatte er den falschen Schein des Nichteinmischungskomitees gefördert. Vielleicht war er nur so lange schwach gewesen, wie Baldwin ihm die Verantwortung überlassen hatte, und wurde ärgerlich und sogar resolut, als Chamberlain sie übernahm. Oder vielleicht hatte er das Zutrauen zu Mussolinis Versprechungen verloren. Jedenfalls riefen Großbritannien und Frankreich nach Nyon eine Konferenz zusammen und richteten dort eine Schiffspatrouille für das Mittelmeer ein, die den Verheerungen der geheimnisvollen Unterseeboote ein Ende setzte. Zum ersten und letzten Male zeigte sich hier, daß Mussolini vor Kraftakten Respekt hatte. Aber durch diesen Akt allein konnte nichts geregelt werden. Die politischen Gründe, die dafür sprachen, die deutsche und italienische Intervention in Spanien zu dulden, bestanden weiterhin. Die Konferenz zu Nyon sorgte nur dafür, daß diese Intervention nicht die Form eines Konfliktes zwischen den Großmächten annehmen konnte.

Der Ferne Osten sorgte nun für einen zusätzlichen Grund, warum die Briten vor einer weiteren Flottenaktion im Mittelmeer zurückschreckten. Im Juli 1937 waren die kühlen Beziehungen zwischen China und Japan in offenen Krieg übergegangen. Innerhalb achtzehn Monaten errichteten die Japaner ihre Kontrolle über Chinas gesamte Küsten, schnitten es von auswärtiger Hilfe ab und bedrohten auch die britischen Interessen in Schanghai und Hongkong. Wiederum appellierten die Chinesen an den Völkerbund; diese todkranke Institution konnte den Appell nur an eine Konferenz der Mächte in Brüssel weiterleiten. Bei der früheren Gelegenheit in der mandschurischen Affäre hatten die Briten den ganzen Sturm moralischer Entrüstung abbekommen, großenteils unverdient: Es hatte so ausgesehen, als ob sie sich der amerikanischen Doktrin von der Nichtanerkennung widersetzen würden, obwohl die Briten nur so handelten, weil diese Doktrin China keine Hilfe brachte. In Brüssel landeten die Briten ihren Schlag zuerst: Sie boten an, jede Hilfe zu unterstützen, die die Amerikaner vorschlagen würden.

Wie früher wollten die Amerikaner jedoch gar nichts tun. Sie wollten die moralische Genugtuung der Nichtanerkennung haben und ebenso die materielle Genugtuung ihres einträglichen Handels mit Japan. Nichtanerkennung war ein amerikanischer Kunstgriff, zweifellos unbewußt, um andere – besonders die Briten – gegen Japan anzutreiben. Die Amerikaner würden ihre Empörung ausdrücken, die Briten würden für den Widerstand sorgen. Das war kein verlockendes Angebot. Die Konferenz von Brüssel unternahm nichts, um China zu helfen, sie unterbrach nicht einmal den Waffennachschub nach Japan. Die Briten gestatteten nur, daß etwas Nachschub China über die Burma-Straße erreichte, aber ihre Hauptsorge war, ihre eigene Position im Fernen Osten im Hinblick auf kommende Schwierigkeiten zu verstärken. Die Wechselwirkungen zwischen den europäischen und fernöstlichen Problemen sind im einzelnen kaum aufzuspüren: jede Abteilung im Auswärtigen Amt ging ihren eigenen Weg. Aber es gab doch einen durchgehenden Faden. Großbritannien allein versuchte sowohl eine europäische als auch eine Weltmacht zu sein. Der Versuch ging über seine Kräfte, und Schwierigkeiten in der einen Sphäre behinderten es, wann immer es versuchte, in der andern zu handeln.

Die Konferenz von Brüssel übte auch auf die Beziehungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten eine entscheidende Wirkung aus. Die britische Politik drehte sich seit langem um einen Fixpunkt: sich nicht mit den Amerikanern zu streiten. In den zwanziger Jahren war sie sogar noch weitergegangen: Sie hatte die europäische Beteiligung der Vereinigten Staaten zum Beispiel an den Reparationen und der Abrüstung begrüßt. Sie wich nie von diesem Punkt ab. Diese Beteiligung endete aber mit dem »Isolationismus«, der den Sieg F. D. Roosevelts und der Demokraten begleitete. Die Amerikaner waren mit dem New Deal zu beschäftigt gewesen, um für Europa oder gar für den Fernen Osten Zeit zu haben. Alles, was sie anzubieten hatten, war moralische Entrüstung, und sie richtete sich nicht so sehr gegen die Diktatoren wie gegen die Mächte, die ihnen keinen Widerstand leisteten. Großbritannien und Frankreich wurden also verurteilt wegen ihres Versagens, Abessinien zu retten, wegen

ihrer Furchtsamkeit im Spanischen Bürgerkrieg, wegen ihrer allgemeinen Feigheit gegenüber Hitler. Doch in keinem dieser Fälle hatten die Vereinigten Staaten irgend etwas unternommen, außer ihre unparteiische Neutralität beizubehalten, die gewöhnlich dem Angreifer zugute kam. Die Konferenz von Brüssel zeigte, daß es im Fernen Osten genauso sein würde. Die Mächte wurden eingeladen, sich um der Vereinigten Staaten willen zur Nichtanerkennung zu verpflichten. Aber es bestand keine Aussicht auf amerikanische Hilfe, falls sie Japan Widerstand leisteten. Im Gegenteil, Japan würde sie mit amerikanischer Ausrüstung überwältigen.

Der amerikanische Isolationismus vollendete so die Isolation Europas. Gelehrte Kommentatoren bemerkten zu Recht, daß das Problem der zwei Diktatoren »gelöst« wäre, wenn die zwei Weltmächte, Sowjetrußland und die Vereinigten Staaten, in die europäische Politik hineingezogen würden. Diese Bemerkung war aber ein Wunsch, keine Politik. Die westlichen Staatsmänner hätten begierig nach materieller Unterstützung von jenseits des Atlantik gegriffen. Aber sie stand nicht zur Debatte. Die Vereinigten Staaten waren ungerüstet, den Pazifik ausgenommen, und die Neutralitätsgesetzgebung machte es ihnen unmöglich zu handeln, wenn auch nur auf der Nachschubbasis. Präsident Roosevelt konnte nur für moralische Ermahnungen sorgen, und das war genau das, was die westlichen Staatsmänner fürchteten. Sie würden ihnen beim Handel mit Hitler und Mussolini die Hände binden, sie würden den Konzessionen, die sie machen wollten, entgegenwirken. Großbritannien und Frankreich besaßen schon zu viel moralisches Kapital, was ihnen fehlte, war materielle Stärke. Nichts Derartiges kam aus den Vereinigten Staaten.

Die Zusammenarbeit mit Rußland warf andere Probleme auf. Die sowjetischen Staatsmänner wollten gerne in Europa mitmischen, so schien es jedenfalls. Sie unterstützten den Völkerbund, predigten die kollektive Sicherheit und verteidigten in Spanien die Sache der Demokratie. Ihre wirklichen Absichten waren rätselhaft. Schwärmten sie wirklich für die kollektive Sicherheit? Oder verfochten sie sie nur, um die Westmächte in Schwierigkeiten zu bringen? Hatte

Sowjetrußland eine einsatzfähige Macht? Und wenn ja, würde es sie jemals einsetzen? Die Sowjetregierung hielt im Nichteinmischungskomitee eine untadelige Linie ein. In Spanien, wo der sowjetische Nachschub benützt wurde, um eine kommunistische Diktatur über die demokratischen Kräfte zu errichten, sah jedoch die Sache anders aus. Die westlichen Staatsmänner hielten es für offensichtlich, daß der Spanische Bürgerkrieg bald vorbei sein könnte, wenn Sowjetrußland nur die Sache der Republik aufgäbe. Deshalb waren es die Russen, nicht die faschistischen Diktatoren, die bei näherem Hinsehen als die Unruhestifter erschienen. Nach Edens Definition war der Zweck der westlichen Politik »Frieden um nahezu jeden Preis«. Das Vorhandensein Sowjetrußlands und der Vereinigten Staaten machte es aber schwierig, den Preis zu zahlen. Sie konnten sich die moralische Entrüstung leisten, während die Westmächte mit den Diktatoren auskommen mußten. Die westlichen Staatsmänner wollten, daß Europa seine Angelegenheiten selbst regeln konnte, ohne an Demokratie, kollektive Sicherheit und die Heiligkeit der Friedensvereinbarungen erinnert zu werden.

Vielleicht bestand auch eine gemeinsame europäische Eifersucht gegenüber Einmischungen von außen, ein halb unbewußter Wunsch, zu zeigen, daß die europäischen Staaten noch Großmächte wären. Das Experiment, die Neue Welt anzurufen, um das Gleichgewicht der Alten wiederherzustellen, war schon im ersten Weltkrieg gemacht worden. Die amerikanische Intervention hatte die Entscheidung gebracht, sie hatte die Alliierten in die Lage versetzt, den Krieg zu gewinnen. Aber zwanzig Jahre später erschien das Ergebnis nicht mehr so beglückend. Der Sieg hatte die deutsche Frage nicht gelöst, vielmehr hatten Großbritannien und Frankreich sie noch am Hals, unlöslicher denn je. Wäre es, rückblickend, nicht besser gewesen, wenn sie 1917 zu einem Kompromißfrieden mit dem mehr oder weniger gemäßigten Deutschland gezwungen gewesen wären? Sollten sie sich nicht jetzt auf jeden Fall um einen solchen Kompromiß bemühen? Selbst wenn die Vereinigten Staaten wiederum davon überzeugt wären, eingreifen zu müssen, so würden sie sich wiederum anschließend zurückziehen, und die Westmächte würden sich noch einmal mit Deutschland auf eigene Faust vergleichen müssen. Und was eine sowjetische Intervention anging, was wäre schrecklicher – ihr Erfolg oder ihr Zusammenbruch? Deutschland würde unerträglich gestärkt werden, wenn es Rußland schlug. Doch die Alternative eines sowjetischen Sieges war ebenso unangenehm. Sie würde den Kommunismus in ganz Europa bedeuten, jedenfalls glaubte man das. Die westlichen Staatsmänner wollten den status quo so lange wie möglich erhalten, aber mit amerikanischer oder sowjetischer Unterstützung konnten sie das nicht erreichen.

Hier lag die große Entscheidung der zwei Jahre des schlecht gerüsteten Friedens. Wahrscheinlich konnte derzeit nichts die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten nach Europa locken. Aus Gründen, die damals überzeugend schienen, bemühten sich die westlichen Staatsmänner, sie herauszuhalten. Die Herrscher Europas verhielten sich so, als lebten sie in den Tagen Metternichs oder Bismarcks, als Europa noch der Mittelpunkt der Welt war. Im geschlossenen Zirkel entschied man über das europäische Schicksal. Friedensverhandlungen wurden fast ganz auf streng europäische Mächte beschränkt. Der aufziehende Krieg sollte ein europäischer Krieg sein.

KAPITEL VII

DER »ANSCHLUSS«: ÖSTERREICHS ENDE

Die Krisis zwischen den beiden Kriegen zog sich genau zwei Jahre hin. Der Nachkrieg endete, als Deutschland am 7. März 1936 das Rheinland besetzte, der Vorkrieg begann, als es am 13. März 1938 Österreich annektierte. Von diesem Moment an pflanzte sich das Auf und Ab fast ohne Unterbrechung fort, bis sich im Juli 1945 die Vertreter der im zweiten Weltkrieg siegreichen Mächte in Potsdam trafen. Wer in erster Linie entfesselte den Sturm und beschleunigte den Gang der Ereignisse? Die allgemeine Antwort ist bekannt: es war Hitler. Der Augenblick seines Entschlusses ist ebenso allgemein bekannt: es war der 5. November 1937. Wir besitzen einen Bericht über die Erklärungen, die er an diesem Tage abgab. Er wird nach dem Mann, der ihn anfertigte, als das »Hoßbach-Memorandum« bezeichnet. Dieser Bericht enthüllt angeblich Hitlers Pläne. In Nürnberg wurde viel Aufhebens von ihm gemacht, und die Herausgeber der »Akten zur deutschen auswärtigen Politik« sagen, daß er »einen Überblick über die deutsche Außenpolitik in den Jahren 1937–38 gibt[1]«. Daher ist er es wert, näher betrachtet zu werden. Vielleicht werden wir in ihm die Erklärung für den zweiten Weltkrieg finden, vielleicht aber auch nur die Quelle einer Legende.

An diesem Nachmittag berief Hitler eine Konferenz in die Reichskanzlei ein. Es nahmen teil: Blomberg, Kriegsminister; Neurath, Außenminister; Fritsch, Oberbefehlshaber des Heeres; Raeder, Oberbefehlshaber der Kriegsmarine; und Göring, Oberbefehlshaber der Luftwaffe. In der Hauptsache sprach Hitler. Er begann mit einem allgemeinen Elaborat über Deutschlands Drang nach »Lebensraum«. Er erläuterte nicht weiter, wo man ihn finden wollte – vielleicht in Europa,

aber er erörterte auch koloniale Erwerbungen. Jedenfalls ging es nicht ohne Erwerbungen. »Die deutsche Politik« habe mit den »beiden Haßgegnern England und Frankreich zu rechnen ... Zur Lösung der deutschen Frage« könne es »nur den Weg der Gewalt geben, dieser wird niemals risikolos sein«. Wann und in welcher Weise sollte die Gewalt eingesetzt werden?

Hitler erörterte vier »Fälle«. Der erste »Fall« betraf den »Zeitpunkt 1943–1945«. Danach könnte sich die Situation nur zum Schlechten wenden; 1943 wäre der Augenblick zum Handeln gekommen. Fall 2 betraf einen Bürgerkrieg in Frankreich; sollte er stattfinden, dann »sei der Zeitpunkt zum Handeln gegen die Tschechei gekommen«. Fall 3 betraf den Krieg zwischen Frankreich und Italien. Er könnte leicht 1938 eintreten; dann müsse es »unser erstes Ziel sein, die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen ...« Von diesen »Fällen« trat keiner ein; deswegen stellt der Bericht eindeutig nicht den Entwurf zur deutschen Politik dar. Hitler versteifte sich auch nicht auf diese Fälle. Des weiteren bewies er, daß Deutschland seine Ziele ohne einen großen Krieg erreichen könnte; offensichtlich bedeutete ihm »Gewalt« Drohung mit Krieg, nicht notwendigerweise Krieg selbst. Die Westmächte wären zu behindert und zu ängstlich, um einzugreifen. An sich glaube »der Führer, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit England, voraussichtlich auch Frankreich, die Tschechei bereits im stillen abgeschrieben und sich damit abgefunden« hätten, daß »diese Frage eines Tages durch Deutschland bereinigt würde«. Keine andere Macht würde intervenieren. »Polen – Rußland im Rücken – wird wenig Neigung haben, sich in einen Krieg mit dem siegreichen Deutschland zu verwickeln.« Rußland würde von Japan in Schach gehalten.

Hitlers Darlegungen waren zum großen Teil ein Wachtraum ohne Beziehung zur Wirklichkeit. Selbst wenn sie ernst gemeint waren, stellten sie keinen Aufruf dar, in Aktion zu treten, und auf gar keinen Fall in die Aktion eines großen Krieges; sie waren eine Demonstration dafür, daß ein großer Krieg nicht notwendig sein würde. Trotz des einleitenden Geredes über die Jahre 1943–45 bestand ihr wahrer Kern in

der Prüfung der Möglichkeiten ungestörter Triumphe im Jahre 1938, wenn Frankreich anderweitig abgelenkt wäre. Hitlers Zuhörer blieben skeptisch. Die Generäle beharrten auf ihrer Meinung, daß die französische Armee der deutschen überlegen wäre, selbst wenn sie möglicherweise in Italien gebunden würde. Neurath bezweifelte außerdem, daß im Mittelmeer ein Zusammenstoß zwischen Frankreich und Italien bevorstand. Aber Hitler wischte diese Bedenken fort, weil »er von der Nichtbeteiligung Englands überzeugt« sei und »daher an eine kriegerische Aktion Frankreichs gegen Deutschland« nicht glaube. – Es gibt nur einen Schluß, der aus diesem wuchernden Elaborat gezogen werden kann: Hitler spekulierte auf eine Laune des Glücks, die ihm einen außenpolitischen Erfolg bescheren sollte, geradeso wie ihn 1933 ein Mirakel zum Kanzler gemacht hatte. Es gab keinen konkreten Plan, keine Richtschnur für die deutsche Politik der Jahre 1937 und 1938. Und wenn es eine Richtschnur gab, dann schrieb sie vor, die Ereignisse abzuwarten[2].

Warum also hielt Hitler die Konferenz ab? Diese Frage wurde in Nürnberg nicht aufgeworfen; sie wurde ebenfalls von den Historikern nicht aufgeworfen. Jedoch gehört es sicherlich zum Prinzip der historischen Methode, nicht nur zu fragen, was in einem Dokument steht, sondern auch, welchem Anlaß es seine Entstehung verdankt. Unter diesem Aspekt war die Konferenz vom 5. November 1937 eine merkwürdige Zusammenkunft. Denn nur Göring war Nazi. Die andern waren Konservative alten Schlages, die im Amt geblieben waren, um Hitler unter Kontrolle zu halten; sie alle, Raeder ausgenommen, sollten innerhalb der nächsten drei Monate ihrer Posten enthoben werden. Hitler wußte, daß alle, Göring ausgenommen, ihm feindlich gegenüberstanden, und er traute nicht einmal Göring. Warum sollte er seine geheimsten Gedanken Männern offenbaren, denen er mißtraute und die er gleich darauf entlassen wollte? Auf diese Frage gibt es eine einfache Antwort: er offenbarte seine geheimsten Gedanken gar nicht. Denn keine außenpolitische Krise machte eine umfassende Diskussion oder weitreichende Entscheidungen erforderlich. Die Konferenz war vielmehr ein innenpolitisches Manöver. Ein Sturm war im Anzug. Schacht

Finanzgenie hatte die Wiederaufrüstung und die Vollbeschäftigung ermöglicht, jetzt jedoch schreckte Schacht vor einer weiteren Ausdehnung des Rüstungsprogramms zurück. Hitler fürchtete Schacht und konnte auf dessen finanzielle Argumente nichts antworten. Er wußte nur, daß sie falsch waren: Die Schwungkraft des Nazi-Regimes durfte nicht gebremst werden. Hitler beabsichtigte daher, Schacht von den andern Konservativen zu isolieren, zu diesem Zweck mußte er sie für ein erweitertes Rüstungsprogramm gewinnen. Kein anderes Ziel hatten seine geopolitischen Darlegungen. Dafür liefert das Hoßbach-Memorandum selbst den Beweis. Sein letzter Absatz lautet: »Der zweite Teil der Besprechungen befaßte sich mit materiellen Rüstungsfragen.« Zweifellos war das der Grund, weshalb sie zusammengerufen wurde.

Auch die Teilnehmer zogen denselben Schluß. Nachdem Hitler gegangen war, klagte Raeder, daß die deutsche Flotte in den kommenden Jahren keinesfalls stark genug sein würde, um einem Krieg entgegensehen zu können. Blomberg und Göring zogen ihn in eine Ecke, wo sie ihm erklärten, daß es der alleinige Zweck der Konferenz wäre, Fritsch dazu aufzustacheln, ein größeres Rüstungsprogramm zu fordern. Neurath gab im Augenblick keine Erläuterung. Ihm sagt man nach, daß er einige Tage später den vollen Umfang von Hitlers Gemeinheit begriffen und darauf »mehrere schwere Herzattacken« erlitten habe. Diese Attacken kamen erst 1945 ans Licht, als Neurath als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt wurde; 1937 oder in den folgenden Jahren schien er nicht krank zu sein. Fritsch entwarf ein Memorandum, in dem er darauf bestand, daß die deutsche Armee nicht dem Risiko eines Krieges mit Frankreich ausgesetzt werden dürfte, und brachte es am 9. November zu Hitler. Hitler erwiderte, daß kein echtes Risiko bestehe und daß Fritsch so oder so besser daran täte, die Wiederaufrüstung zu beschleunigen, anstatt in der Politik herumzupfuschen. Trotz dieser Zurechtweisung hatte Hitlers Manöver Erfolg: In Zukunft zeigten Fritsch, Blomberg und Raeder keine Sympathien mehr für Schachts finanzielle Bedenken. Keiner derjenigen, die der Konferenz vom 5. November beiwohnten, gab ihr einen andern Sinn, bis in Nürnberg der Bericht gegen Göring als

Beweis seiner Kriegsschuld vorgebracht wurde. Von diesem Augenblick an hat er alle historischen Arbeiten heimgesucht. Er stellt die Grundlage für die Ansicht dar, daß es über die Ursprünge des zweiten Weltkriegs nichts zu entdecken gibt. Hitler entschied sich, so wird behauptet, für Krieg und plante am 5. November 1937 die Einzelheiten. Doch das Hoßbach-Memorandum enthält keine Pläne dieser Art und wäre niemals in einen solchen Ruf gekommen, wenn es nicht in Nürnberg groß herausgestellt worden wäre. Das Memorandum berichtet uns, was wir bereits wissen, nämlich daß Hitler (wie jeder andere deutsche Staatsmann) Deutschland zur beherrschenden Macht Europas machen wollte. Es berichtet uns auch, daß er darüber grübelte, wie es dahin kommen mochte. Aber seine Grübeleien beruhten auf Irrtümern. Es findet sich kaum eine Beziehung zu dem tatsächlichen Ausbruch des Krieges 1939. Ein Rennbuchmacher, der so ungenau ist, wie Hitler es war, könnte seine Kunden nicht gut bedienen.

Die Grübeleien waren ebenso unerheblich wie falsch. Hitler machte keine Pläne – um die Welt oder irgend etwas anderes zu erobern. Er ging vielmehr davon aus, daß andere für die Gelegenheiten sorgen würden und er sie ergreifen würde. Für die Gelegenheiten, die er am 5. November 1937 ins Auge faßte, wurde zwar nie gesorgt. Aber für andere. Wir müssen uns daher woanders nach dem Mann umschauen, der für Hitler eine Gelegenheit besorgte und der dadurch den ersten Anstoß zum Kriege gab. Für diese Stellung ist Neville Chamberlain der geeignete Kandidat. Von dem Augenblick an, da er im Mai 1937 Premierminister geworden war, war er entschlossen, etwas zu unternehmen. Selbstverständlich entschied er sich fürs Handeln, um einen Krieg zu verhindern, nicht, um ihn in Gang zu bringen, aber er glaubte nicht, daß ein Krieg durch Nichtstun verhindert werden könnte. Er verabscheute Baldwins skeptische, bequeme Politik des Sichtreibenlassens. Er hatte kein Vertrauen zu dem zögernden Idealismus, der dem Völkerbund anhing und von Eden halben Herzens vertreten wurde. Chamberlain übernahm es daher, auf eine Steigerung der britischen Rüstung zu drängen. Im gleichen Moment ärgerte er sich aber über die Geldverschwendung,

die damit verbunden war, und glaubte, daß sie nicht notwendig wäre. Er war überzeugt, daß das Rüstungswettrennen Mißverständnissen zwischen den Mächten entsprang, nicht aber einer tiefsitzenden Rivalität oder der finsteren Absicht einer der Mächte, die Welt zu beherrschen. Er glaubte auch, daß die unzufriedenen Mächte – und insbesondere Deutschland – berechtigte Beschwerden hätten und daß diesen Beschwerden begegnet werden sollte. Er teilte außerdem bis zu einem gewissen Grade die marxistische Ansicht, die von vielen Nichtmarxisten vertreten wurde, daß die deutsche Unzufriedenheit wirtschaftliche Gründe hätte, wie zum Beispiel mangelnden Zugang zu ausländischen Märkten. Er akzeptierte schließlich in größerem Umfang die »liberale« Ansicht, daß die Deutschen Opfer einer nationalen Ungerechtigkeit wären, und er erkannte ohne Mühe, worin diese Ungerechtigkeit bestand. In Österreich lebten sechs Millionen Deutsche, denen durch die Friedensverträge von 1919 die nationale Wiedervereinigung noch untersagt war, in der Tschechoslowakei drei Millionen Deutsche, deren Wünsche nie berücksichtigt worden waren, dreihundertfünfzigtausend in Danzig, die offenkundig Deutsche waren. Die allgemeine Erfahrung vergangener Zeiten war, daß nationale Unzufriedenheit nicht unterdrückt oder zum Schweigen gebracht werden konnte – Chamberlain mußte das selbst im Hinblick auf Irland und Indien anerkennen. Allgemein glaubte man auch, obwohl die Erfahrung dafür nicht so viele Anhaltspunkte lieferte, daß die Nationen zufrieden und friedfertig würden, wenn ihren Forderungen entsprochen war.

Damit war das Programm für die Befriedung Europas gegeben. Es wurde von Chamberlain ersonnen und ihm nicht etwa von Hitler übergestülpt. Diese Ideen lagen in der Luft, sie wurden von nahezu jedem Engländer geteilt, der sich mit internationaler Politik befaßte. Nur zwei Gruppen schlossen sich aus. Eine sehr kleine Gruppe lehnte die Triftigkeit nationaler Ansprüche ab. Sie vertrat die Ansicht, daß Politik mit Hilfe der Macht, nicht der Sittlichkeit betrieben und daß der Nationalismus der Sicherheit untergeordnet werden sollte. Churchill hatte kurz vorher eine einsame Schlacht gegen Zugeständnisse an Indien geschlagen, sein Wider-

stand gegen Konzessionen an Deutschland stellte nur die logische Fortsetzung dar. Vansittart und einige andere ältere Mitglieder des auswärtigen Dienstes vertraten nahezu dieselbe Ansicht. Sie schockierte die meisten Engländer und beraubte ihre Vertreter durch ihren offensichtlichen Zynismus des Einflusses auf die Politik. Macht war, so meinte man, während des ersten Weltkrieges und anschließend erprobt worden. Sie hatte versagt; Sittlichkeit sollte daher ihren Platz einnehmen. Eine größere Gruppe, die bei den Liberalen und in der Labour Party überwog, erkannte die Berechtigung der deutschen Ansprüche an, glaubte aber, daß ihnen so lange nicht entsprochen werden sollte, wie Hitler an der Macht war. Was sie an Hitler nicht schätzten, war seine Tyrannei innerhalb Deutschlands und besonders die Judenverfolgung, aber sie gingen darüber hinaus und behaupteten, daß seine Außenpolitik auf Eroberungen abziele, nicht auf die Gleichberechtigung Deutschlands. Ihnen konnte entgegnet werden, daß Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten anderer Länder eine seit langem bestehende Tradition der britischen Außenpolitik war, die von John Bright und von Chamberlains Vater in seinen radikalen Tagen verfochten worden war, und daß Chamberlain gegenüber Nazi-Deutschland genau die Haltung einnahm, die die Labour-Bewegung immer gegenüber Sowjetrußland gefordert hatte. Ihnen konnte außerdem entgegnet werden, daß der Hitlerismus das Produkt von »Versailles« wäre und seine schlechte Seite verlieren würde, sowie »Versailles« verschwand. Das waren mächtige, wenn auch keine überzeugenden Argumente. Es blieben viele übrig, die sich Hitler widersetzen wollten, aber die Schwäche ihrer Position bestand die ganze Zeit über darin, daß sie die Berechtigung seiner vermeintlichen Ansprüche eingestanden und nur bestritten, daß gerade er berechtigt wäre, sie zu erheben. Sie versuchten, zwischen Deutschland und Hitler Unterschiede zu machen, und bestanden darauf, daß Deutschland zwar im Recht, Hitler jedoch im Unrecht wäre. Unglücklicherweise waren aber die Deutschen nicht bereit, diese Unterscheidung mitzumachen.

Chamberlain vertraute auf jeden Fall darauf, daß sein Programm funktionieren würde. Sein Grundmotiv war die allgemeine Befriedung Europas. Er wurde dabei von Hoffnung geleitet, nicht von Furcht. Es kam ihm nicht in den Sinn, daß Großbritannien und Frankreich nicht fähig wären, sich den deutschen Forderungen zu widersetzen, er vermutete vielmehr, daß Deutschland und besonders Hitler für bereitwillig gemachte Zugeständnisse dankbar wären – Zugeständnisse, die auch zurückbehalten werden konnten, wenn Hitler nicht mit dem entsprechenden guten Willen auf sie einging. Chamberlain teilte mit Hitler den Geschmack an Dingen, die sich von selbst erledigen. Er berief zu seinem ersten außenpolitischen Berater Sir Horace Wilson, einen berufsmäßigen Schlichter, der sich seinen Namen in industriellen Auseinandersetzungen gemacht hatte, und maß den Ansichten des Auswärtigen Amtes wenig Bedeutung bei. Als er zum ersten Male an Hitler herantrat, war sein Abgesandter Lord Halifax, der damalige Präsident des Staatsrates, nicht Eden, der Außenminister.

Halifax besaß eine einzigartige Gabe: Er stand immer im Mittelpunkt der Ereignisse, doch erreichte er es irgendwie, den Eindruck zu hinterlassen, als hätte er nichts mit ihnen zu tun. Chamberlain und alle andern, die vor dem Krieg mit der britischen Politik zu tun gehabt hatten, waren nach dem Zusammenbruch von 1940 für immer um ihren Kredit gebracht. Halifax, der die meiste Zeit als Außenminister die größte Verantwortung nach Chamberlain trug, kam fleckenlos wieder zum Vorschein und konnte von George VI. und vielen andern – einschließlich der Führer der Labour Party – allen Ernstes als passendes Haupt einer Notstandsregierung vorgestellt werden. Es ist unerklärlich, wie so etwas passieren konnte.

Am 19. November 1937 traf Halifax mit Hitler in Berchtesgaden zusammen. Bezeichnenderweise war es ein Stegreifbesuch: offiziell war Halifax in Deutschland, um in Berlin eine Jagdausstellung zu besichtigen. Halifax sagte alles, was Hitler gern hören wollte. Er pries Nazi-Deutschland als »Europas Bollwerk gegen den Bolschewismus«, er sympathisierte mit den letzten deutschen Beschwerden. Insbesondere wies er auf bestimmte Fragen hin, wo »Änderungen ... wahrscheinlich früher oder später eintreten würden«. Als da

waren: Danzig, Österreich und die Tschechoslowakei. England sei »nur daran interessiert, daß diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht« und daß »Methoden vermieden würden, die weitergehende Störungen . . . verursachen könnten[3]«. Hitler hörte zu und wanderte auf und ab. Er verhielt sich nach seiner üblichen Methode passiv: Er nahm Angebote anderer entgegen und stellte selbst keine Forderungen. Jetzt erhielt er durch Halifaxens eigene Worte die Bestätigung für das, was er vierzehn Tage früher den Generälen gesagt hatte: England würde die bestehende Regelung in Mitteleuropa nicht zu erhalten suchen. Aber eine Bedingung war angefügt worden: die Änderungen mußten sich ohne einen allgemeinen Krieg vollziehen (»weitergehende Störungen«). Doch das entsprach genau dem, was Hitler selbst wollte. Halifaxens Bemerkungen luden, falls sie überhaupt einen praktischen Sinn hatten, Hitler dazu ein, die deutsche nationalistische Agitation in Danzig, der Tschechoslowakei und Österreich zu fördern, und versicherten ihm auch, daß dieser Agitation von außen kein Widerstand entgegengesetzt werden würde. Auch gingen diese Anregungen nicht von Halifax allein aus. In London sagte Eden zu Ribbentrop: Im übrigen sehe »man in England ein, daß eine engere Verbindung zwischen Deutschland und Österreich einmal kommen« müsse[4]. Dieselben Nachrichten kamen aus Frankreich. Der in Paris zu Besuch weilende Papen »war erstaunt festzustellen«, daß Chautemps, der Premierminister, und Bonnet, der spätere Finanzminister, »eine Neuorientierung der französischen Politik in Zentraleuropa für durchaus diskutabel hielten . . .« Sie hatten »auch nichts gegen eine auf dem Wege der Evolution zu gewinnende starke Erweiterung des deutschen Einflusses in Österreich einzuwenden«, auch nicht in der Tschechoslowakei »auf Grund einer Umbildung zum Nationalitätenstaat[5]«.

Alle diese Bemerkungen verstärkten Hitlers Überzeugung, daß er von Großbritannien und Frankreich wenig Widerstand zu gewärtigen haben würde. Sie sorgten sich nicht um eine Lösung des praktischen strategischen Problems: wie man es anfangen sollte, die Ausdehnung der deutschen Macht als

das Ergebnis »vernünftiger Abmachungen, die auf vernünftigem Wege erreicht wurden«, um mit Halifaxens Worten zu reden, erscheinen zu lassen. Denn es mochte Deutschland zwar gelingen, die Tschechoslowakei und Österreich zu erobern, aber es war nicht so einfach zu erreichen, daß diese beiden Länder Selbstmord begingen, was genaugenommen die britischen und französischen Staatsmänner wollten. Die Anregungen aus London und Paris enthielten einen weiteren Vorbehalt. Sie legten die größte Betonung auf Österreich. Hitler plante jedoch, wenn er in praktischen Bedingungen dachte, sich zuerst mit der Tschechoslowakei zu befassen – eine Rangordnung, die sogar im Hoßbach-Memorandum auftaucht. Die Tschechen hatten eine starke Armee und etwas politischen Verstand, deshalb war es denkbar, daß sie Österreich zu Hilfe kamen. Die Österreicher hatten weder–noch und es war daher unwahrscheinlich, daß sie den Tschechen helfen würden. Außerdem – ein wichtigerer Punkt – stand Mussolini der Tschechoslowakei gleichgültig gegenüber. Er war formal noch auf die Unabhängigkeit Österreichs festgelegt, und vielleicht ließen das die Briten und Franzosen nicht gänzlich außer acht, als sie die österreichische Frage in den Vordergrund schoben. Hitler wollte sie sich aber nicht zu Dank verpflichten: Er schob sie entschieden wieder in den Hintergrund zurück. Im Herbst 1937 ermutigte er die deutsche Agitation in der Tschechoslowakei. Er entmutigte sie dagegen in Österreich und legte entschlossen fest, »daß man eine evolutionäre Lösung weiter verfolgen solle[6]«. Hitler war also weit davon entfernt, in Österreich die Initiative zu ergreifen, er wollte dort nicht den Anfang machen. Auch ging die Initiative nicht von den britischen oder französischen Staatsmännern aus. Halifax und die andern brachten in ihren verschiedenen versöhnlichen Berichten einen akademischen Plan vor, genauso wie Hitler auf seiner Konferenz vom 5. November – den Plan, daß man zustimmen könnte, wenn Deutschland seine Hegemonie über seine beiden Nachbarn in friedlicher Weise ausdehnte. Weder sie noch er kamen auf eine Methode, mit deren Hilfe das erreicht werden könnte. Worte, aber keine Taten.

Doch muß die Initiative von irgend jemandem aus-

gegangen sein. Vielleicht sollten wir einen Blick auf die österreichische Seite werfen. Schuschnigg war noch Kanzler eines dem Namen nach unabhängigen Österreichs. Er hatte eine böse Zeit hinter sich gebracht, seitdem er am 11. Juli 1936 das gentleman's agreement mit Deutschland abgeschlossen hatte. Einfältig und hochgemut hatte Schuschnigg damals angenommen, daß das Abkommen seinen Sorgen ein Ende bereiten würde. Österreich würde seinen deutschen Charakter bekunden, angesehene Vertreter der »nationalen Opposition« in die österreichische Regierung eintreten, eingesperrte Nazis freigelassen werden. Dann würden die Agitation und die Verschwörungen ein Ende finden: keine geheimen Waffen mehr und keine illegale Propaganda. Schuschnigg wurde bald enttäuscht. Die Nazi-Agitation ging weiter als zuvor, nicht einmal Hitlers Befehl konnte sie bremsen. Selbst Schuschniggs engste Mitarbeiter intrigierten mit Berlin gegen ihn. Er beschwerte sich darauf bei seinem alten Gönner und Beschützer, Mussolini. Dessen Trost war schwach. Mussolini sah sich selbst gern in der schmeichelhaften Positur des Bürgen der österreichischen Unabhängigkeit – ein in der Richtung umgekehrter Metternich, der sich für die Demütigungen rächte, die Italien ein Jahrhundert zuvor hatte einstecken müssen. Er hörte auch auf die Warnungen führender Faschisten – von seinem Schwiegersohn Ciano, dem Außenminister, an abwärts –, daß Hitler ein gefährlicher Verbündeter wäre, der Italien vernichten würde, nachdem er die andern zuerst gefressen hätte. Er schien ihnen Aufmerksamkeit zu zollen, aber wenn es darauf ankam, entsprach er ihren Anregungen nie. Denn letzten Endes war Mussolini der einzige Realist in der faschistischen Bande, der einzige, der richtig schätzte, daß Italien selbst nur wenig Kraft besaß und Größe nur als Hitlers Handlanger vorspiegeln konnte. Er mochte von einer unabhängigen Politik oder von der Behauptung italienischer Interessen in Mitteleuropa reden, er wußte aber, daß er, wenn es zu einer Krise kam, Hitler walten lassen mußte. Er war daher aufgebracht über Schuschnigg, über den Mann, der Mussolinis Vorspiegelungen ernst nehmen mußte. Denn Mussolini befand sich trotz seiner mutigen Reden in genau derselben Lage wie die

Staatsmänner Westeuropas; er wollte Österreich loswerden, solange das in friedlicher und anständiger Weise möglich war. Schuschnigg erhielt daher keine massive Unterstützung, sondern nur den wiederholten Rat, sich vernünftig aufzuführen und Ruhe zu bewahren.

Schuschnigg war jedoch ein Opfer, das letzte einer spezifisch österreichischen Illusion – des Glaubens, daß das Bewußtsein Europas zur Tat aufgestachelt werden könnte, wenn die nationalistische Intrige und Agitation ans Tageslicht befördert würden. In der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts waren die österreichischen Staatsmänner dieser Illusion im Hinblick auf den italienischen Nationalismus erlegen, in den ersten Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts im Hinblick auf den südslawischen Nationalismus. 1859 schien es für sie ein Axiom zu sein, daß Cavour von Napoleon III. im Stich gelassen und von den andern Großmächten beschuldigt werden würde, wenn der klare Beweis seiner Mittäterschaft bei der nationalistischen Agitation erbracht wäre. Gleicherweise schien es für sie im Juli 1914 ein Axiom zu sein, daß Serbien von allen Großmächten aufgegeben werden würde, wenn die Ermordung Franz Ferdinands in Sarajewo eindeutig Serbiens Agenten nachgewiesen wäre. In beiden Fällen hatten sie Beweise gefunden, die sie für überzeugend hielten; in jedem Falle waren sie dadurch ermutigt worden, den entscheidenden Schritt zu ihrem eigenen Ruin zu tun – zur Niederlage im Österreichisch-Französischen Krieg 1859, zur Niederlage und zur Katastrophe im ersten Weltkrieg. Derselbe Geist war noch in Schuschnigg wach. Auch er nahm an, daß die österreichischen Nazis allgemein verurteilt würden, wenn ein entscheidender Beweis gegen sie erbracht wäre – verurteilt von den Westmächten und Mussolini, verurteilt sogar von Hitler, der schließlich das legale Haupt eines angeblich gesetzestreuen Staates war. Auch Schuschnigg fand seinen Beweis. Im Januar 1938 durchsuchte die österreichische Polizei das Nazi-Hauptquartier und entdeckte detaillierte Pläne einer bewaffneten Erhebung. Hitler wußte von diesen Plänen nichts; sie waren entgegen seinen Befehlen vorbereitet worden. Bis dahin also hatte Schuschnigg recht: die österreichischen Nazis handelten ohne Ermächtigung. Es war eine

zweite Frage, ob sich Hitler für seine übereifrigen Anhänger entschuldigen würde.

Jedenfalls hatte Schuschnigg seinen Beweis. Das Problem war, ihn möglichst wirkungsvoll anzubringen. Schuschnigg trug seinen Beweis und sein Problem zu Papen, dem deutschen Botschafter. Schließlich war Papen ein gentleman, wohlhabend und aristokratisch, ein untadeliger Konservativer und ein mehr oder weniger untadeliger Katholik. Sicherlich würde er über diesen Bericht von Nazi-Intrigen erschüttert sein. Schuschniggs Klagen waren tatsächlich Musik in Papens Ohren. Denn Papen ärgerte sich über die Arbeit des Nazi-Untergrundes in Österreich, die Zweifel an seinem eigenen guten Glauben aufwarf und seine Mühen um »eine evolutionäre Lösung« behinderte. Seine Vorhaltungen waren jedoch in Berlin unbeachtet geblieben. Jetzt würde Schuschnigg sie unterstützen. Papen schlug sofort vor, daß Schuschnigg seine Beschwerden Hitler vortragen sollte. Niemand weiß, was Papen im Sinn hatte. Vielleicht hoffte er, daß Hitler die Nazi-Extremisten zurechtweisen würde, vielleicht sah er voraus, daß Schuschnigg zu weiteren Zugeständnissen an die deutschnationale Sache in Österreich getrieben würde. Wahrscheinlich würde von beidem etwas eintreffen. In beiden Fällen würde Papen den Gewinn haben. In dem einen Fall würde er seine störrischen Rivalen um ihren Kredit bringen, im andern an Ansehen gewinnen, da er die deutsche Sache vorantrieb. Er würde Österreich in einen friedlichen Erfolg manövrieren, genauso wie er in Deutschland Hitler friedlich an die Macht manövriert hatte. Genau in diesem Augenblick, am 4. Februar, klingelte in der Deutschen Botschaft in Wien das Telefon, und Papen wurde unerwartet von Berlin darüber informiert, daß er seines Postens enthoben worden war.

Papens Entlassung hatte mit den Ereignissen in Österreich nichts zu tun. Sie war vielmehr das zufällige Nebenprodukt von Hitlers Konflikt mit Schacht. Am 8. Dezember 1937 trat Schacht als Finanzminister zurück. Hitler schreckte davor zurück, den Bruch bekanntzugeben; Schachts Rücktritt wurde daher geheimgehalten. Ein Ausweg ergab sich unerwartet von selbst. Am 12. Januar 1938 heiratete Blomberg, der Kriegsminister. Hitler und Göring waren die ersten Trauzeugen. Unmittelbar darauf erbrachte Himmler, das Haupt der Geheimpolizei, den Beweis, daß Frau Blomberg übel beleumundet war – eine frühere Prostituierte mit einer Polizeiakte. Wir werden niemals erfahren, ob es sich für Hitler um einen einmaligen Glücksfall handelte oder um eine vorbereitete Intrige. Das spielt auch keine Rolle, die Wirkung wäre in jedem Fall dieselbe gewesen. Hitler war empört darüber, in die Heirat verwickelt worden zu sein. Die deutschen Generäle waren über Blombergs Verhalten empört. Sie bestanden darauf, daß er gehen mußte, sie schlugen ebenso vor, daß Fritsch, der Oberbefehlshaber des Heeres, sein Nachfolger werden sollte. Aber Fritsch war ein entschiedenerer Antinazi als Blomberg. Er mußte daher entfernt werden. Himmler lieferte entgegenkommenderweise den Beweis für Fritschs Homosexualität. Dieser Beweis war ganz und gar gefälscht. Aber in dem allgemeinen moralischen Aufruhr wurde er für den Augenblick geglaubt. Hitler machte reinen Tisch. Blomberg ging – und Hitler persönlich wurde sein Nachfolger. Fritsch ging. Dabei blieb es nicht, Hitler säuberte die Ämter von all den Konservativen, die ausgehalten hatten, um ihn zu bremsen. Neurath verschwand, seinen Platz nahm Ribbentrop ein. Papen und Hassell, der Botschafter in Italien, wurden entlassen. Am wichtigsten war, daß nun der Rücktritt Schachts, unter den andern Veränderungen versteckt, eingeschmuggelt werden konnte. Das war selbstverständlich der Zweck der ganzen Operation, doch in der Unruhe der Zeit blieb er nahezu unbeachtet.

In Berlin verließen die entlassenen Männer ihre Ämter ohne Widerspruch. Neurath wurde später »Reichsprotektor von Böhmen und Mähren«, die andern verschwanden aus dem öffentlichen Leben. Allein Papen war voll guten Muts. Er war zuvor schon oft in der Klemme gewesen – am 30. Juni 1934 wäre er um ein Haar ermordet worden –, er war immer im Triumph entkommen, und er meinte, wiederum zu entkommen. Am 5. Februar reiste er nach Berchtesgaden, um Hitler zu sprechen, angeblich um auf Wiedersehen zu sagen. Er wies auf seine eigenen Erfolge in Österreich hin, beschrieb die Schwierigkeiten, die einen neuen deutschen Botschafter erwarten würden, und beiläufig entschlüpfte ihm die Nach-

richt, daß Schuschnigg gern mit Hitler zusammengetroffen wäre. Das wäre eine glänzende Aussicht gewesen, die man nun – zweifellos – verspielt hätte. Der Effekt war genau der, den Papen erwartet hatte. Hitler hatte düster darüber gebrütet, in welcher Form er einer Versammlung des Reichstages, die er für den 20. Februar einberufen hatte, den Rücktritt Schachts präsentieren sollte. Hier war der großartige Ausweg: Schuschniggs Besuch würde ihn mit irgendeiner Art von Erfolg versorgen, in den er den peinlichen Anlaß der finanziellen Proteste Schachts einhüllen konnte. Hitler leuchtete auf: »Das ist eine ausgezeichnete Idee. Bitte kehren Sie sogleich nach Wien zurück, um für die nächsten Tage eine Zusammenkunft mit dem Bundeskanzler zu verabreden[7].« Papen täuschte Widerstreben vor: er war kein Botschafter mehr. Hitler blieb beharrlich, und Papen willigte ein. Am 7. Februar kehrte er mit der Einladung nach Wien zurück. Schuschnigg hatte keine Bedenken. Schließlich stammte die Idee für ein Treffen mit Hitler in erster Linie von ihm, jedenfalls bildete er sich das jetzt ein; Papen war der Bürge dafür, daß alles gut gehen würde. Am 12. Februar traf auch Schuschnigg in Berchtesgaden ein, wohin ihm Papen vorausgeeilt war. Die österreichische Frage war in Fluß gekommen. Sie war nicht von Hitler lanciert worden. Sie war überraschend auf ihn zugekommen, und wie immer nutzte er die Chance. Es gab keinen geplanten Angriff mehr, nur eine hastige Improvisation. Papen, nicht Hitler, brachte den Stein ins Rollen, und er tat es aus den beiläufigen Beweggründen seines persönlichen Prestiges. Ohne Zweifel sorgte die Chance dafür, daß Papen den entscheidenden Stoß führen konnte, doch war es seltsam angemessen, daß der Mann, der Hitler leichtfertig in Deutschland an die Macht gebracht hatte, auch derjenige sein sollte, der mit gleicher Leichtfertigkeit Deutschlands Vorrücken zur europäischen Vorherrschaft in Gang brachte.

Schuschnigg wollte in Berchtesgaden als die gekränkte Partei auftreten, seine Beschwerden darlegen und Zugeständnisse für die achtbaren Nationalisten nur im Austausch gegen eine Zurechtweisung der Nazi-Extremisten anbieten. Aber sein Plan schlug fehl. Hitler vertraute immer darauf,

daß der Angriff die beste Form der Verteidigung wäre, und er schlug zuerst zu. Schuschnigg wurde sofort bei seiner Ankunft mit Anklagen überschüttet, daß er es versäumt hätte, das gentleman's agreement vom 11. Juni 1936 zu achten. Hitler war es, der die Bedingungen für eine weitere Zusammenarbeit festlegte. Schuschnigg müßte Seyß-Inquart, einen angeblich achtbaren Nationalisten, zum Innenminister machen und ihm die Kontrolle über die Polizei einräumen. Österreich müßte seine Wirtschafts- und Außenpolitik mit der Deutschlands koordinieren. Schuschnigg brachte im Hinblick auf die Verfassung Einwände vor: Er könne keine bindenden Zusagen ohne Zustimmung der österreichischen Regierung und des Präsidenten machen. Er wurde von Hitler tyrannisiert, deutsche Generäle, die draußen gewartet hatten, wurden ostentativ hereingerufen. Doch trotz dieser abscheulichen Behandlungsweise bekam Schuschnigg in den meisten Fällen, was er wollte. Seine verfassungsgebundenen Bedenken wurden geachtet: In dem endgültigen Entwurf war nur die Rede davon, daß er »die Aussicht auf die folgenden Maßnahmen erwägt«. Seyß-Inquart war nicht schlimmer als die andern deutschen Nationalisten, die schon im Kabinett saßen, und war sogar ein Jugendfreund Schuschniggs – was nicht verhinderte, daß er später ein Nazi wurde. Schuschnigg hatte schon seit langem anerkannt, daß Österreich »ein deutscher Staat« wäre, und darin war eine Koordination der Politik schon enthalten. Schuschnigg bekam, was er für die lebenswichtige Konzession ansah: Die illegale Betätigung der österreichischen Nazis wurde verworfen, und man kam überein, daß alle unerwünschten österreichischen Nazis »ihren Wohnsitz ins Reichsgebiet verlegen« sollten.

Das Abkommen vom 12. Februar bedeutete nicht etwa das Ende Österreichs, sondern es war ein weiterer Schritt in Richtung auf die »evolutionäre Lösung«, die Hitler vorgesehen hatte. Schuschnigg unternahm auch keinen Versuch, es in Abrede zu stellen, nachdem er Hitlers Gegenwart entronnen war. Im Gegenteil, er stellte ordnungsgemäß die Zustimmung der österreichischen Regierung sicher. Hitler seinerseits nahm an, daß die Krise vorbei wäre. Am 12. Februar befahl er den Generalen seines Stabes, »den militärischen Druck

durch Vorspiegelung militärischer Maßnahmen« bis zum 15. Februar aufrechtzuerhalten. Danach wurde nicht einmal mehr der Anschein einer Aktion gewahrt. Am 20. Februar sprach Hitler vor dem Reichstag. Seine Hauptsorge war, die Entlassung der konservativen Minister durch eine Erklärung zu eskamotieren, und das Abkommen mit Österreich vom 12. Februar ermöglichte es ihm, auf einem reizvolleren Thema davonzureiten. Er griff Schuschnigg nicht an, wie es sicherlich der Fall gewesen wäre, wenn Hitler schon die Aggression Österreichs geplant hätte. Genau umgekehrt, Hitler verkündete in milden Tönen, daß »nunmehr (ein) engeres freundschaftliches Verhältnis auf den verschiedenen Gebieten einer ... Zusammenarbeit« sichergestellt worden wäre, und er schloß: »Ich möchte ... vor dem deutschen Volk dem österreichischen Bundeskanzler meinen aufrichtigen Dank aussprechen für das große Verständnis und die warmherzige Bereitwilligkeit ...« Am folgenden Tag erfüllte Hitler seinen Teil des Handels. Leopold, der Führer der Nazi-Untergrundbewegung in Österreich, wurde vor Hitler zitiert, ihm wurde gesagt, daß seine Tätigkeit »wahnwitzig« gewesen wäre, und befohlen, Österreich zusammen mit seinen wesentlichsten Genossen zu verlassen. Ein paar Tage später traf Hitler wieder mit diesen Nazis zusammen, tadelte sie erneut und bestand darauf, daß »der evolutionäre Weg gewählt werde, ganz egal, ob man heute schon die Möglichkeit eines Erfolges übersehen könne oder nicht. Das von Schuschnigg unterzeichnete Protokoll sei so weitgehend, daß bei voller Durchführung die Österreich-Frage automatisch gelöst werde ...[8]«

Hitler war zufrieden. Er traf keine Vorbereitungen für eine Aktion, sondern wartete gelassen auf das Reifen der automatischen Lösung. Aber andere fanden sich nicht so gut mit dem Unausweichlichen ab – oder vielleicht suchten sie nur Vorteil daraus zu ziehen. In Italien war Mussolini zwar trotz gereizter Ausbrüche immer dazu geneigt, sich in Hitlers Erfolge zu fügen, aber Ciano, sein Außenminister, war nicht so geneigt, sich mitschleifen zu lassen. Sein Traum von einer unabhängigen Außenpolitik wurde nie verwirklicht, und vielleicht war sie auch nicht mehr als ein Traum. Auf jeden Fall versuchte Ciano die Situation auszunützen. Am 16. Februar schrieb er an Grandi, den italienischen Botschafter in London, daß nun die letzte Gelegenheit für eine Versöhnung mit Großbritannien gekommen wäre: »Wenn der Anschluß eine vollendete Tatsache ist, ... wird es für uns immer schwieriger werden, mit den Engländern Verträge abzuschließen oder auch nur zu verhandeln[9].« Grandi begrüßte diese Eröffnung: Er hatte immer die italienische Politik auf ihren traditionellen Kurs zurückführen wollen, soweit ein Faschist eine traditionelle Linie fördern konnte. Chamberlain begrüßte sie ebenfalls. Nur Eden empörte sich endlich. Er war schon verärgert darüber gewesen, daß Chamberlain, ohne ihn zu fragen, einen Vorschlag Präsident Roosevelts abgelehnt hatte, eine große internationale Konferenz einzuberufen, um jede nur denkbare Beschwerde zu diskutieren. Eden nahm vielleicht aufrichtig an, daß eine solche Konferenz die Vereinigten Staaten auf die Seite der Westmächte ziehen würde. Chamberlain fürchtete mit größerer Berechtigung, daß es zu einer Wiederholung der Konferenz von Brüssel über den Fernen Osten kommen würde – die Vereinigten Staaten würden die moralischen Grundsätze vortragen, von Großbritannien und Frankreich würde man die Bereitstellung der Macht erwarten, um diese Grundsätze zu stützen. Die italienische Annäherung trieb jedoch den Streit der beiden Männer auf die Spitze. Eden hatte die Demütigung Abessiniens wegen nicht vergessen; er war über die nicht enden wollende Unredlichkeit des Nichteinmischungskomitees erbittert. Er bestand darauf, daß keine neuen Gespräche stattfinden sollten, bis die Italiener ihre bestehenden Versprechungen erfüllten und die sogenannten Freiwilligen aus Spanien zurückzogen. Chamberlain war jedoch bereit, einen faschistischen Sieg in Spanien zu dulden, wenn er dann für die Besänftigung Hitlers Italiens Unterstützung gewinnen konnte.

Die Auseinandersetzung zwischen Eden und Chamberlain wurde am 18. Februar ausgetragen, tatsächlich in Grandis Gegenwart. Eden bestand entschlossen auf der Frage der italienischen Freiwilligen in Spanien. Chamberlain wischte seine Einwände beiseite, mit Grandis Billigung und Unterstützung. Zwei Tage später trat Eden zurück, und Halifax wurde Außenminister, um Chamberlains Politik durchzuführen.

Der italienische Preis wurde gezahlt: Die Gespräche wurden sofort aufgenommen, und es wurde im voraus vereinbart, daß den italienischen Bedingungen entsprochen werden würde – ihr Reich in Abessinien würde anerkannt, ihre gleichrangige Partnerschaft im Mittelmeer ihnen zugesagt werden. Über Österreich wurde nichts gesagt, und Grandi berichtete, daß die britische Haltung weiterhin bei »empörter Resignation« bleiben würde[10]. Das stimmte. Chamberlain beabsichtigte nicht, etwas für Österreich zu tun. Aber er hoffte, daß die einfache Tatsache englisch-italienischer Gespräche Hitler zum Zögern veranlassen und vielleicht sogar Mussolini zum Widerstand anregen würde. Hitler war jedoch nicht so leicht zu täuschen. Die italienische Regierung hielt ihn über die Diskussionen auf dem laufenden und versicherte ihm, daß die österreichische Frage nicht aufgeworfen und »daß sie es nicht zulassen würde . . . das deutsch-italienische Verhältnis zu beeinträchtigen[11]«. Das war auch der einzige Kurs, den die Italiener verfolgen konnten. Die Italiener besaßen keine Mittel, um Hitler zu bremsen. Ciano schrieb am 23. Februar: »Was sollen wir denn tun? Sollen wir einen Krieg gegen Deutschland führen? Beim ersten Gewehrschuß von uns würden sich alle Österreicher, alle, ohne Ausnahme, auf die Seite der Deutschen gegen uns schlagen[12].« Chamberlain bot den Italienern vielleicht keinen sehr hohen Preis an, aber kein Preis würde sie veranlaßt haben, für die morsche Sache der österreichischen Unabhängigkeit zu kämpfen.

Die Ereignisse in London steigerten Hitlers Selbstvertrauen. Seine Gegner waren auf der Strecke geblieben. Die Achse formte in steigendem Maße die europäische Politik, und er bestimmte die Politik der Achse. Er unternahm trotzdem noch nichts. Er mutmaßte weiterhin, daß die Ereignisse ihm die Arbeit abnehmen würden. Noch einmal und zum letztenmal ging die Initiative von Schuschnigg aus. In seiner verwirrten, unentschlossenen Art nährte er einen Groll auf die Abmachung, die er in Berchtesgaden getroffen hatte, und auf die Folgen seiner eigenen Schwäche. Er beschloß, den unaufhaltsamen Rutsch in ein nationalsozialistisches Österreich durch eine dramatische Herausforderung aufzuhalten. Vielleicht erhielt er die Anregung dazu aus den Versicherungen des französischen Gesandten in Paris, daß die Franzosen handeln würden, wenn Österreich offen bedroht wäre. Vielleicht entsprang die Idee seiner eigenen Brüterei. Wir können es nicht feststellen. Auf jeden Fall entschied er, Hitlers eigene Methode der Volksabstimmung zu gebrauchen und das österreichische Volk zu fragen, ob es unabhängig bleiben wollte. Am 7. März konsultierte er Mussolini, der schroff antwortete: »Das ist ein Fehler.« Schuschnigg ignorierte diese schwache Warnung. Am 8. März erklärte er den österreichischen Ministern seinen Plan, am 9. März verkündete er ihn der Welt. Die Volksabstimmung sollte drei Tage später, am 12. März, stattfinden. Schuschnigg hatte keine Vorbereitungen für die Volksabstimmung getroffen, er hatte sich nicht überlegt, wie sie durchgeführt werden sollte. Sein einziger Gedanke war, sie durchzujagen, bevor Hitler in irgendeiner Form reagieren konnte. Aber die Bedingungen der Volksabstimmung konnten aussehen, wie sie wollten, alle Welt wußte, daß sie eine offene Herausforderung Hitlers bedeuteten. Der Augenblick, der zwischen dem deutschen Nationalismus und der österreichischen Unabhängigkeit entscheiden sollte, war gekommen. Schuschnigg mochte über die Worte nachgedacht haben, die einst Andrássy an einen andern österreichischen Premierminister gerichtet hatte, der sich auf eine verwegene Politik einließ: »Sind Sie bereit, diese Politik mit Kanonen durchzuführen? Wenn nicht, dann lassen Sie sich nicht auf sie ein.« Hitler reagierte, als hätte ihn jemand auf die Hühneraugen getreten. Er war nicht gewarnt worden und hatte keine Vorbereitungen getroffen. Es war ihm klar, daß »die evolutionäre Lösung« gestorben war. Er mußte entweder handeln oder sich demütigen, und er konnte eine Demütigung nicht hinnehmen, da der Bruch mit den konservativen Ministern gerade hinter ihm lag. Die Heerführer wurden hastig nach Berlin zusammengerufen. Die deutsche Armee war noch nicht für irgendeinen ernsthaften Feldzug ausgerüstet, trotzdem wurden Befehle ausgegeben, daß die Streitkräfte, die nahe der österreichischen Grenze stationiert waren, sich bereit halten sollten, am 12. März die Grenze zu überschreiten. Ein Brief an Mussolini wurde entworfen, der Hitlers Versuche auf-

zählte, mit Schuschnigg zu einer Abmachung zu kommen, und der mit der Versicherung schloß: »... ich habe eine klare deutsche Grenze ... gegenüber Italien (gezogen). Es ist der Brenner[13].« Der Prinz von Hessen überbrachte Mussolini den Brief. Da Ribbentrop gerade in London zu einem Abschiedsbesuch weilte, wurde Neurath zurückgerufen, um die Routinearbeiten im Außenministerium zu erledigen. Die allgemeine politische Leitung wurde in Görings Hand gelegt, der in Berlin bleiben mußte, während sich Hitler den Invasionstruppen anschloß.

Schuschnigg hatte den Zeitzünder einer beachtlichen Bombe in Gang gesetzt. Es war an ihm, überrascht zu sein, als sie explodierte. Am 11. März erfuhr er, daß die Grenze zwischen Deutschland und Österreich geschlossen worden war. Die nationalistischen Minister in seiner Regierung bestanden auf Görings Anweisungen hin darauf, daß die Volksabstimmung abgeblasen werden sollte. Schuschnigg wandte sich trostlos an die Mächte, die einst Österreichs Unabhängigkeit geschützt hatten. Ihr Trost war schwach. Mussolini weigerte sich, ans Telefon zu kommen. In London erklärte zwar Halifax Ribbentrop, daß Gewaltandrohung eine intolerable Methode wäre. Die Wirkung dieser Vorhaltungen wurde jedoch abgeschwächt, als Chamberlain sagte, daß sie ernsthaft an einer deutsch-britischen Verständigung zu arbeiten beginnen könnten, »wenn wir alle über diese leidige Angelegenheit hinweggekommen sind[14]«. Sie wurde weiterhin in Berlin abgeschwächt, als Nevile Henderson mit Göring darin übereinstimmte, daß »Dr. Schuschnigg in überstürzter Torheit gehandelt hätte[15]«. Die einzige Antwort, die die britische Regierung Wien erteilte, war, daß sie nicht die Verantwortung dafür übernehmen könnte, einen Rat zu erteilen, der Österreich ins Unglück stürzen mochte[16]. Die französische Regierung war drei Tage zuvor über ein innenpolitisches Problem gestürzt. Die Minister, die nur noch mit einem Bein im Amt waren, entschieden sich dafür, »militärische Maßnahmen« zu ergreifen – womit sie die Einberufung einiger Reservisten meinten –, wenn die Briten zustimmten. Aus London kam keine Zustimmung, in Frankreich wurden keine Reservisten einberufen.

Schuschnigg war von Gott und der Welt verlassen. Am frühen Nachmittag des 11. März stimmte er zu, die Volksabstimmung aufzuschieben. Das genügte jetzt nicht mehr. Göring sagte Seyß-Inquart am Telefon, daß die Deutschen das Vertrauen zu Schuschnigg verloren hätten: Er müßte zurücktreten, und Seyß-Inquart sollte seinen Platz einnehmen. Der ganze Vorgang stellt eine einzigartige Episode in der Geschichte dar – eine internationale Krise, die vom Anfang bis zum Ende durch telefonische Drohungen dirigiert wurde. Schuschnigg trat pünktlich zurück. Miklas, der Präsident, weigerte sich jedoch, Seyß-Inquart zu ernennen – eine letzte verzweifelte Geste der österreichischen Unabhängigkeit. Göring kam wieder ans Telefon, um zu sagen, daß die deutschen Truppen nur an der Grenze halten würden, wenn Seyß-Inquart bis 19 Uhr 30 zum Kanzler gemacht worden wäre. Da Miklas noch durchhielt, ernannte sich Seyß-Inquart um zwanzig Uhr selbst zum Kanzler. Aber es war zu spät. Seyß-Inquart wurde angewiesen, deutsche Hilfe anzufordern, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Er entsprach in einem Telegramm, das um 21 Uhr 10 aufgegeben wurde. Hitler hatte jedoch dessen Appell nicht abgewartet: Der Befehl, in Österreich einzudringen, wurde um 20 Uhr 45 ausgegeben. Doch die Deutschen hatten bis zum letzten Moment gezögert. Die Pläne für den Einfall nach Österreich waren am frühen Nachmittag abgeblasen worden, als die Nachricht von Schuschniggs Rücktritt eintraf. Zwar besaßen die britischen Vorhaltungen wenig Gewicht, doch bis zum letzten Moment fürchteten die Deutschen eine tschechische Intervention. Göring sagte dem tschechischen Gesandten, er wolle ihm »sein Ehrenwort geben, daß für die Tschecho-Slowakei nicht der geringste Grund zur Beunruhigung bestehe.« Die Tschechen antworteten sofort, daß sie nicht mobilisieren würden. Sie glaubten kaum an Görings Versicherungen, doch spürten sie – wie jedermann –, daß sie nichts tun konnten. Mussolini war der letzte, der sich erklären mußte. Um 22 Uhr 25 rief der Prinz von Hessen Hitler aus Rom an: Mussolini sandte seine besten Grüße – »Österreich (wäre) eine abgetane Angelegenheit für ihn.« Die Sorgen, die unter Hitlers Entschlossenheit verborgen lagen, machten sich in Gefühlen

Luft: ». . . sagen Sie Mussolini bitte, ich werde das nie vergessen . . . Nie, nie nie, es kann sein, was will . . . Ich werde ihm das nie vergessen, es kann sein, was will. Wenn er jemals in irgendeiner Not oder Gefahr sein sollte, dann kann er überzeugt sein, daß ich auf Biegen vor ihm stehe, da kann sein, was da will, wenn sich auch die Welt gegen ihn erheben würde.« Das war das einzige Versprechen, das Hitler hielt.

Die deutsche Armee fiel in Österreich ein oder marschierte vielmehr durch die allgemeine Begeisterung der Bevölkerung. Mit welcher Absicht? Seyß-Inquart war Kanzler. Göring hatte Henderson gesagt, daß die Truppen zurückgezogen würden, »sobald sich die Situation stabilisiert hätte«, und daß danach »vollkommen freie Wahlen ohne irgendwelche Einschüchterungen, welcher Art auch immer, abgehalten würden[17]«. So hatte der ursprüngliche Nazi-Plan ausgesehen, der aber am 11. März verkorkst worden war. Seyß-Inquart dachte, daß mit seiner eigenen Ernennung alles erfolgreich abgeschlossen wäre, und bat am 12. März um 2 Uhr 30 darum, daß die Invasion gestoppt würde. Ihm wurde mitgeteilt, daß das unmöglich wäre, und die deutschen Truppen rollten weiter, wenn auch mit einiger Mühe. Die Streitkräfte waren nicht auf eine Aktion vorbereitet, und siebzig Prozent ihrer Fahrzeuge brachen auf der Straße zwischen der Grenze und Wien zusammen. Auch Hitler traf am Morgen des 12. März in Österreich ein. In Linz, wo er zur Schule gegangen war, sprach er zu den aufgeregten Mengen. Dieser Aufregung erlag er nun selbst. Als er auf den Balkon der Linzer Stadthalle ging, traf er eine plötzliche, unerwartete Entscheidung: Anstatt in Wien eine zahme Regierung einzusetzen, wollte er Österreich dem »Reich« einverleiben. Seyß-Inquart, der Kanzler eines Tages, wurde angewiesen, ein Gesetz zu erlassen, das seinem Amt und Österreich den Tod verordnete. Er kam dem am 13. März nach. Der Anschluß wurde dem großdeutschen Volk zur Billigung vorgelegt. Am 10. April stimmten 99,08 Prozent dafür, ein echtes Spiegelbild der deutschen Empfindung.

Hitler hatte gewonnen. Er hatte das erste Ziel seines Ehrgeizes erreicht. Doch nicht in der Form, die er beabsichtigt hatte. Er hatte vorgehabt, Österreich unmerklich aufzusaugen, so daß niemand sagen konnte, wann es aufgehört hatte, unabhängig zu sein; er hatte demokratische Methoden anwenden wollen, um die österreichische Unabhängigkeit zu zerstören, wie er die deutsche Demokratie zerstört hatte. Statt dessen war er dazu getrieben worden, die deutsche Armee aufzurufen. Zum erstenmal hatte er das Plus gekränkter Tugend eingebüßt und erschien als Eroberer, der sich auf die Macht verließ. Bald war es ein feststehender Glaube, daß Hitlers Annexion Österreichs ein bewußtes, lange im voraus ersonnenes Komplott gewesen wäre, das den ersten Schritt zur Vorherrschaft über Europa darstellte. Dieser Glaube war eine Fabel. Die Krisis vom März 1938 wurde von Schuschnigg provoziert, nicht von Hitler. Auf deutscher Seite war nichts vorbereitet worden, weder militärisch noch diplomatisch. Alles war in ein paar Tagen improvisiert worden – politisches Vorgehen, Versprechungen, bewaffnete Streitkräfte. Wenn auch Hitler sicherlich vorhatte, eine Kontrolle über Österreich zu errichten, so war die Form, in der sich das abspielte, ein ärgerlicher Zufall, eine Unterbrechung seiner langfristigen Politik, nicht das wohlerwogene Ergebnis eines sorgfältig durchdachten Planes. Aber die Auswirkungen konnten nicht rückgängig gemacht werden. Zuerst die Wirkung auf Hitler selbst. Er war mit einem Mord ungestraft davongekommen – einem Mord an einem unabhängigen Staat, auch wenn dessen Unabhängigkeit großenteils Schein war. Hitlers Selbstvertrauen war gestiegen und damit seine Verachtung für die Staatsmänner der andern Länder. Er wurde ungeduldiger und unbesonnener, bereitwilliger, Verhandlungen durch Machtandrohungen zu beschleunigen. Umgekehrt fingen überall die Staatsmänner an, an Hitlers guten Absichten zu zweifeln. Selbst die, die noch hofften, ihn zu beschwichtigen, begannen an Widerstand zu denken. Die beunruhigte Waage schlug, wenn auch nur etwas, von Frieden nach Krieg aus. Hitlers Ziele mochten noch gerechtfertigt erscheinen, seine Methoden wurden verurteilt. Der Anschluß – oder vielmehr die Form, in der er durchgeführt wurde – war Hitlers erster Schritt zu der Politik, die ihn als den größten Kriegsverbrecher brandmarken sollte. Doch machte er diesen Schritt unabsichtlich. In Wahrheit wußte er gar nicht, daß er ihn gemacht hatte.

KAPITEL VIII

DIE TSCHECHOSLOWAKISCHE KRISE

Nachdem 1913 das Ottomanische Reich in seinen europäischen Grenzen aufgeteilt worden war, soll Pasich, der serbische Premierminister, gesagt haben: »Die erste Runde haben wir gewonnen, jetzt müssen wir uns auf die nächste gegen Österreich vorbereiten.« Die nächste Runde hatte pünktlich ein Jahr später begonnen, aber sie war nicht sein Spiel gewesen. Nahezu dieselbe Empfindung hatte jedermann in Europa nach dem »Anschluß« vom März 1938. Die österreichische Runde war vorbei, die tschechoslowakische Runde war fällig. Es war nicht mehr nötig, diese zweite Runde vorzubereiten. Denn Geographie und Politik brachten die Tschechoslowakei automatisch auf die Tagesordnung. Als Verbündeter Frankreichs und als der einzige demokratische Staat östlich des Rheins war sie für Hitler ein ewiger Vorwurf, der weit in das deutsche Territorium hineinragte. Es war auch nicht einfach, sie zu unterstützen. Die Italiener hätten, wenn sie gewollt hätten, einen direkten Zugang zu Österreich besessen. Aber die Tschechoslowakei war von allen Seiten eingekreist. Deutschland trennte sie von Frankreich, Polen und Rumänien von Sowjetrußland. Ihre nächsten Nachbarn waren ihr feindlich gesinnt: Ungarn war von einem heftigen »Revisionismus« erfüllt, Polen, obwohl es auch ein Verbündeter Frankreichs war, empfand Teschens wegen, das die Tschechen nach dem ersten Weltkrieg erworben hatten, ebenso revisionistisch und vertraute blind seinem Nichtangriffspakt mit Deutschland. Der Tschechoslowakei konnte nicht »geholfen« werden. Sie war entweder einen umfassenden europäischen Krieg wert oder nichts.

Die tschechoslowakische Frage hätte jedoch nicht als nächste

angestanden, wenn allein die Geographie im Spiel gewesen wäre. Selbst die demokratische Verfassung des Landes und seine Bündnisse hätten nicht aus sich selbst heraus eine Krise provoziert. Aber die Tschechoslowakei war von einem Krebsschaden befallen. Entgegen dem Anschein war sie ein Nationalitätenstaat, kein Nationalstaat. Nur die Tschechen waren echte Tschechoslowaken, und eben sie verstanden unter dieser Tatsache einen zentralistischen Staat tschechischen Charakters. Die andern – die Slowaken, die Ungarn, die Ruthenen und vor allem die Deutschen – waren nationale Minderheiten: zeitweise ruhig, zeitweise unzufrieden, jedoch niemals überzeugte Anhänger der bestehenden Ordnung. Die drei Millionen Deutsche (die lax, wenn auch falsch, Sudeten genannt wurden) waren mit den Österreichern durch Geschichte und Blutsbande fest verbunden. Der »Anschluß« rührte sie daher zu unbotmäßiger Erregung auf. Vielleicht wäre es klüger von ihnen gewesen, mit ihrem Los nicht zu hadern – als freie, wenn auch nicht gleichberechtigte Bürger eines demokratischen Staates. Aber die Menschen sind nicht klug, wenn sie den Appell des Nationalismus vernehmen. Der große deutsche Staat – mächtig, einig, nationalistisch – lag gerade vor ihren Grenzen. Ihre österreichischen Verwandten hatten sich ihm gerade angeschlossen. Sie wollten sich ihm ebenfalls anschließen. Zweifellos wollten sie gleichzeitig in der Tschechoslowakei verbleiben, aber, verworrenen Geistes, überlegten sie nie, wie die beiden Wünsche miteinander in Übereinstimmung gebracht werden könnten. Die deutsch-nationale Bewegung in der Tschechoslowakei war eine Tatsache, wenn auch eine verworrene, und diejenigen, die »zur Tschechoslowakei stehen« wollten, erläuterten nie, in welcher Weise sie diese Tatsache berücksichtigen wollten. Hitler hatte diese Bewegung jedenfalls nicht erschaffen. Sie wartete auf ihn, bereit – tatsächlich brannte sie darauf –, eingesetzt zu werden. Noch weniger als im österreichischen Fall hatte Hitler es nötig zu handeln. Andere würden ihm die Arbeit abnehmen. Die tschechoslowakische Krise war für Hitler wie geschaffen. Er nutzte sie nur aus.

Hitler wollte unzweifelhaft die Deutschen in der Tschechoslowakei »befreien«. Praktischer gesehen, ging es ihm

ebenso darum, das Hindernis zu beseitigen, das eine gut gerüstete, mit Frankreich und Sowjetrußland verbündete Tschechoslowakei für die deutsche Vorherrschaft darstellte. Er wußte keineswegs, wie er diese Ziele erreichen konnte. Wie jedermann in Europa überschätzte er die französische Stärke und Entschlossenheit. Ein unmittelbarer deutscher Angriff auf die Tschechoslowakei würde, so glaubte er, eine französische Intervention herausfordern. Anfänglich hoffte er, wie er auf der Konferenz vom 5. November 1937 enthüllt hatte, auf eine Lösung durch einen Konflikt zwischen Frankreich und Italien im Mittelmeer. Dann, so drückte er es im April 1938 aus, »Rückkehr mit Tschechei in der Tasche«, jedoch wenn Italien sich nicht rührt: »Rückkehr mit leerer Tasche[1]«. Dieser Plan beruhte jedoch ebenfalls auf einer Fehlkalkulation: er überschätzte Italiens Fähigkeit zum Angriff. Aber ob nun der Krieg im Mittelmeer losging oder nicht, die Sache war es wert, währenddessen die Situation in der Tschechoslowakei durch Ermutigung der sudetendeutschen Bewegung vorzubereiten. Es steht also so fest, wie nur irgend etwas feststehen kann, daß Hitler nicht vorhatte, das französische System in Europa durch einen Frontalangriff umzustürzen. Noch beherrschte »München« sein Gedächtnis, und zu dieser Zeit bedeutete ihm München nicht die triumphale Konferenz vom September 1938, sondern die katastrophale Nazi-Erhebung vom November 1923. Er glaubte durch Intrige und Gewaltandrohung zum Erfolg zu kommen, nicht durch Gewaltanwendung. Am 28. März empfing er die Vertreter der Sudeten und ernannte Henlein, ihren Führer, zu seinem »Statthalter«. Sie sollten mit der tschechoslowakischen Regierung verhandeln; mit Henleins Worten: »Wir müssen also immer so viel fordern, daß wir nicht zufriedengestellt werden können[2].« Die Bewegung sollte im Rahmen von Gesetz und Ordnung bleiben, den Tschechen durfte kein Vorwand geliefert werden, die Nazis durch Gewalt zu vernichten. Vielleicht würden die Tschechen sich selbst ins Unrecht setzen, vielleicht wären die Franzosen gerade anderweitig beschäftigt, vielleicht würden sie die Beherrschung verlieren. Darüber war sich Hitler im Frühjahr 1938 noch nicht klar. Er erhöhte nur die Spannung in der Hoffnung,

daß sich irgendwie irgendwas ergeben würde. Hitlers Gegenspieler, Benesch, der Präsident der Tschechoslowakei, hatte ein ähnliches Ziel. Er wollte ebenfalls die Spannung erhöhen, wenn er sich davon auch genau das entgegengesetzte Resultat erhoffte. Im Angesicht einer Krise würden, so hoffte er, die Franzosen und auch die Briten zu Verstand kommen und der Tschechoslowakei beistehen, Hitler würde sich zurückziehen, und diese Demütigung würde nicht nur seinen Marsch an die Spitze Europas hemmen – sie mochte sogar das Nazi-Regime in Deutschland selbst schwächen. Benesch sah auf zwanzig Jahre diplomatischer Erfahrungen und Erfolge zurück. Er war der Metternich der Demokratie, mit dem gleichen Selbstvertrauen, mit dem gleichen Einfallsreichtum in Methodik und Argumentation, auch mit dem gleichen übertriebenen Vertrauen in Verträge und internationale Rechte. Er behandelte das sudetendeutsche Problem ungefähr so wie Metternich ein Jahrhundert vorher das italienische: Da es intern unlöslich war, konnte es nur auf internationaler Ebene geregelt werden. Benesch wollte ebenso bereitwillig mit den Sudetendeutschen verhandeln wie sie mit ihm und besaß gleichermaßen wenig Hoffnung für einen erfolgreichen Ausgang. Vielleicht sogar weniger, weil Zugeständnisse an die Deutschen in der Tschechoslowakei zu Forderungen von seiten der andern nationalen Minderheiten geführt hätten, womit der bestehende Staat ruiniert gewesen wäre. Benesch und gleichermaßen die Sudeten verhandelten allein, um mit gespitzten Ohren auf die britische und französische Meinung zu hören. Die Führer der Sudeten versuchten den Eindruck zu erwecken, daß sie nur eine gleichwertige Behandlung innerhalb der Tschechoslowakei forderten. Benesch dagegen wollte sie zwingen, offen ihr Ausscheiden zu fordern. Dann würden sich, so glaubte er, die Westmächte von selbst melden. Er beurteilte diese Mächte nach seinen Jahren in Frankreich während des ersten Weltkrieges und nach seinen späteren Erfahrungen, als sie den Völkerbund in Genf beherrscht hatten. Wie die meisten, Hitler eingeschlossen, erkannte er ihre gegenwärtige Schwäche, sowohl die moralische als auch die materielle, nicht – besonders nicht im Falle Frankreichs.

Benesch waren von Hause aus Grenzen gesetzt. Die tschecho-

slowakischen Bündnisse nahmen sich auf dem Papier gewaltig aus. Da gab es das gegenseitige Verteidigungsbündnis mit Frankreich aus dem Jahre 1925, das Bündnis mit Sowjetrußland von 1935, das allerdings nur funktionierte, wenn Frankreich als erste Macht handelte, und die Kleine Entente mit Rumänien und Jugoslawien, die sich gegen Ungarn richtete. Benesch holte aber aus dieser Position nicht das Letzte heraus. Bewußt vernachlässigte er das Bündnis mit Sowjetrußland. Nach seiner Ansicht war es eine Ergänzung des französischen Bündnisses, kein Ersatz dafür. Andere mochten – was gewöhnlich nicht ohne Skepsis geschah – darüber nachsinnen, ob Sowjetrußland selbst dann der Tschechoslowakei helfen würde, wenn Frankreich neutral blieb. Benesch warf diese Frage gar nicht erst auf. Er war nach Westen hin orientiert, der Erbe Masaryks, der der Tschechoslowakei die Unabhängigkeit mit westlicher, nicht mit russischer Hilfe erobert hatte. Zu Newton, dem britischen Gesandten, sagte er: »Die tschechoslowakischen Beziehungen zu Rußland wären immer von zweitrangiger Bedeutung gewesen und würden es bleiben ... Sein Land würde immer Westeuropa folgen und an es gebunden sein[3].« Der Spanische Bürgerkrieg war eine weitere Warnung davor, die »Demokratie« mit russischer Unterstützung zu verteidigen. Aber Benesch hatte diese Warnung nicht nötig: Seine Ansicht hatte er sich vor langer Zeit gebildet. Selbst wenn er versucht gewesen wäre, so hätten doch starke, widerstrebende Kräfte innerhalb der Tschechoslowakei bestanden. Die tschechischen Agrarier, die größte Partei in der Regierungskoalition, fürchteten sich vor jeder Verbindung mit dem Kommunismus. Auch sie neigten zu der Ansicht: »Lieber Hitler als Stalin.« Außerdem war Benesch ein Mann des Friedens. Die tschechoslowakische Armee war eine gewaltige Streitmacht, ihre gutausgerüsteten vierunddreißig Divisionen waren vielleicht schon allein der halb ausgebildeten deutschen Armee von 1938 gewachsen. Aber Benesch hatte die Absicht, sie höchstens dann einzusetzen, wenn der unwahrscheinliche Fall eines allgemeinen Krieges eintrat. Die Tschechen waren ein kleines Volk. Sie hatten nahezu dreihundert Jahre gebraucht, um sich von der Katastrophe am Weißen Berg 1620

zu erholen. Benesch war entschlossen zu verhindern, daß sie eine weitere Katastrophe dieser Art erlitten. Er war bereit, gegen Hitler um einen hohen Einsatz zu spielen, aber den höchsten Einsatz wollte er nicht riskieren. Zum Schluß würde er sein Haupt dem Sturm beugen und hoffen, daß die Tschechen ihn überlebten – was ihnen auch tatsächlich gelang.

Sowohl Hitler als auch Benesch wollten die Spannung steigern und eine Krisis hervorrufen. Die Briten und die Franzosen stellten die gleichen Überlegungen an und kamen zu genau dem umgekehrten Resultat: Sie wollten eine Krisis verhüten sowie der schrecklichen Wahl zwischen Krieg und Demütigung entgehen. Die Briten drängten stärker. Die Franzosen dagegen waren anscheinend stärker exponiert: Sie besaßen eine präzise Bündnisverpflichtung gegenüber der Tschechoslowakei, während die Briten keine Verpflichtungen hatten, es sei denn als Mitglied des todkranken Völkerbundes. Aber die Franzosen konnten ihr Dilemma den Briten übereignen. Sie konnten von Widerstand gegen Hitler reden, und wenn die Briten sich weigerten, sie zu unterstützen, dann waren die Briten die Blamierten. Dieses Verfahren zeitigte ein merkwürdiges Ergebnis. Hitler, Benesch und sogar die Franzosen konnten die Ausreifung der Krisis abwarten, indem sie darauf vertrauten, daß die Briten zu einer Entscheidung gezwungen würden. Aus diesem einfachen Grund mußten also die Briten handeln. Sie waren von der tschechoslowakischen Frage am weitesten entfernt, bestanden jedoch am beharrlichsten darauf, sie zu erörtern. Ihre Motive waren sehr ehrenhaft. Sie wollten einem europäischen Krieg vorbeugen, sie wollten außerdem eine Regelung erzielen, die sich mit dem hehren Grundsatz der Selbstbestimmung in besserer Übereinstimmung befand als die von 1919. Das Ergebnis war das genaue Gegenteil ihrer Absicht. Sie bildeten sich ein, daß es eine »Lösung« des sudetendeutschen Problems gäbe und daß Verhandlungen sie zutage fördern würden. Aber in Wirklichkeit war das Problem unter den Bedingungen eines Kompromisses nicht zu lösen, und jeder Schritt im Verlaufe der Verhandlungen machte das deutlicher. Indem die Briten versuchten, eine Krisis zu verhüten, förderten sie sie zutage. Das tschechoslowakische Pro-

blem ging nicht auf das Konto der Briten, wohl aber die tschechische Krise von 1938.

Die Briten waren schon vom Augenblick des »Anschlusses« an auf das Problem gefaßt – längst bevor Hitler seine Absichten formuliert hatte. Als am 12. März der französische Botschafter vorsprach, um das österreichische Problem zu erörtern, antwortete ihm Halifax mit der Frage: »Wie würde der französische Plan, der Tschechoslowakei Hilfe zu leisten, aussehen?« Der Botschafter wußte »keine genaue Antwort[4]«. Zehn Tage darauf bereiteten die Briten ihre eigene Antwort oder ihre Umgehung der Antwort vor. Sie betonten in einem Memorandum an die französische Regierung ihre Verpflichtungen laut dem Locarno-Vertrag. »Diese Verpflichtungen stellten in ihren Augen keinen geringen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Europa dar, und wenn sie auch nicht die Absicht haben, sich von ihnen zu distanzieren, so sehen sie doch keine Möglichkeit, sie zu erfüllen.« Es beständen nur »geringe Aussichten« darauf, daß militärische Operationen Frankreichs und Sowjetrußlands die Besetzung der Tschechoslowakei durch Deutschland verhüten könnten; die Briten könnten, selbst wenn sie in den Krieg einträten, nur den »wirtschaftlichen Druck« einer Blockade anbieten. Deswegen sollte die tschechoslowakische Regierung gedrängt werden, nach »einer derartigen Lösung der deutschen Minderheitsfragen« zu suchen, »die mit der Sicherung der Unversehrtheit des tschechoslowakischen Staates vereinbar wäre[5]«. Vertraulich fügte Halifax weitere Argumente an: »Offen gesagt, der Augenblick ist ungünstig, und unsere Pläne, sowohl für den Angriff als auch für die Verteidigung, sind nicht genügend weit fortgeschritten[6].« Außerdem sagte er zu dem französischen Botschafter: »Vielleicht haben die Franzosen Anlaß, den Wert kräftiger Erklärungen höher einzuschätzen als wir[7].« Die Briten hatten bereits eine solche Erklärung abgelehnt. Am 17. März schlug die sowjetische Regierung eine Aussprache »im Völkerbund oder außerhalb« über praktische Maßnahmen vor, »um gemeinsam den Frieden zu bewahren«. Halifax glaubte nicht, daß diese Idee »irgendwelchen großen Wert« hätte, und ließ den Russen sagen, daß eine Konferenz, »die weniger dazu bestimmt

wäre, die Regelung unerledigter Probleme sicherzustellen, als eine miteinander verabredete Aktion gegen einen Angriff zu organisieren, nicht notwendigerweise einen günstigen Einfluß auf die Aussichten für den europäischen Frieden haben würde[8]«.

Die Franzosen schätzten es natürlich nicht, daß man sie veranlassen wollte, sich für die eine oder andere Richtung zu entscheiden. Am 15. März besprach das französische Komitee für nationale Verteidigung die Frage, wie der Tschechoslowakei geholfen werden könnte. Gamelin antwortete: Die Franzosen könnten einige deutsche Truppenverbände »binden«, sie könnten aber nicht den Westwall durchbrechen (der zu diesem Zeitpunkt in Wirklichkeit nicht existierte), deshalb bestände die einzige wirkungsvolle Angriffsmöglichkeit darin, durch Belgien zu marschieren, und um dafür die Erlaubnis zu erhalten, wäre die diplomatische Unterstützung der Briten nötig[9]. Er wich also wie immer aus. Die Politiker stellten eine militärische Frage, und Gamelin sprach in seiner Erwiderung von Diplomatie. Paul-Boncour, der Außenminister, versuchte es auf diplomatischem Gebiet mit der »Politik der Stärke«. Am 24. März sagte er zu Phipps, dem britischen Botschafter, daß »eine eindeutige Warnung an Deutschland durch die beiden Länder (Großbritannien und Frankreich) ... das beste Mittel wäre, einen Krieg zu verhindern ... Die Zeit wäre nicht auf unserer Seite, da Deutschland ... immer stärker würde, bis es schließlich die vollständige Vorherrschaft über Europa erlangen würde[10].« Die Briten gingen aber auf diese Bemerkungen, die sie oft zuvor vernommen hatten, nicht ein. Das war auch nicht nötig. Paul-Boncours Tage waren gezählt. Am 10. April wurde Léon Blums Regierung, die nicht einmal einen Monat amtiert hatte, gestürzt. Daladier, der nächste Premierminister, dachte anfangs daran, Paul-Boncour zu halten, nahm dann aber Anstoß an dessen Ansicht, lieber jetzt fest zu bleiben, als später unter noch katastrophaleren Umständen zu kämpfen. Daladier rief Paul-Boncour an: »Die Politik, die Sie mir vorschlagen, ist sehr schön und Frankreichs würdig, aber ich glaube nicht, daß wir in der Lage sind, sie durchzuführen. Ich werde Georges Bonnet nehmen[11].« Daladier blieb bis zum April 1940 Premier-

minister, Bonnet bis zum September 1939 Außenminister. Diese beiden Männer sollten Frankreich in den zweiten Weltkrieg führen.

Es war ein ungleiches Paar. Daladier war ein Radikaler alter Tradition, darauf bedacht, Frankreichs Ehre zu bewahren, und überzeugt, daß nur eine feste Politik Hitler bremsen könnte. Aber er wußte nicht, wie er das anstellen sollte. Er hatte im ersten Weltkrieg in den Gräben gelegen und schrak voll Entsetzen vor einer neuen Verwüstung zurück. Bei jeder Gelegenheit sprach er sich entschieden gegen eine Beschwichtigung aus, um sich ihr gleich darauf zu fügen. Im Gegensatz dazu war Bonnet die personifizierte Beschwichtigung, bereit, nahezu jeden Preis zu zahlen, um Hitler zu besänftigen. Er glaubte, daß die Säulen der französischen Macht geborsten wären, und sein Hauptziel bestand darin, die Schuld für die Folgen auf andere abzuwälzen – auf Briten, Tschechen, Polen, Russen, es war ihm gleich, auf wen, solange sein Ruf und der Frankreichs unbefleckt blieben. Weder Daladier noch Bonnet dachten auch nur einen Moment daran, die Führung zu übernehmen in der Hoffnung, daß die Briten und andere ihnen folgen würden. Vielmehr blickten sie vorwurfsvoll auf London und warteten auf die Wende, die es ihnen erlauben würde, ihrer unmöglichen Situation zu entkommen.

Auch das Paar Chamberlain und Halifax in London war keineswegs einander gleich. Von den vier Männern, die die britische und französische Politik bestimmten, besaß Chamberlain den stärksten Charakter. Furchtsamkeit oder Zweifel an der britischen Stärke fanden keinen Einlaß in seine Überlegungen, obwohl er eine natürliche Abneigung gegen den Krieg hatte. Er glaubte, daß Hitler für den Frieden gewonnen werden könnte, er glaubte aber auch, daß Hitler, soweit es die Tschechoslowakei betraf, gute Gründe hätte. Deshalb war er entschlossen, nach diesen beiden Glaubenssätzen zu handeln, ohne Rücksicht auf innen- oder außenpolitischen Widerstand. Er wird oft der Unwissenheit in außenpolitischen Fragen beschuldigt. Aber seine Ansichten wurden von jenen geteilt, die als besonders kompetent galten. Nevile Henderson, der Botschafter in Berlin, vertraute gleichermaßen darauf, daß Hitler für den Frieden gewonnen werden könnte, und er war von Vansittart als der beste verfügbare Diplomat für diesen Posten ausgesucht worden[12]. Sowohl Henderson in Berlin als auch Newton in Prag betonten, daß die Forderungen der Sudeten moralisch gut fundiert wären und daß die tschechoslowakische Regierung keinen echten Versuch machen wolle, diesen Forderungen zu entsprechen. Phipps in Paris betonte und übertrieb vielleicht die französische Schwäche. Einige Mitglieder des Auswärtigen Amtes schätzten Chamberlains Politik nicht. Aber sie befanden sich in nahezu derselben Position wie Daladier: Obwohl sie diese Politik nicht schätzten, konnte keiner eine Alternative vorschlagen. Sie bedauerten, daß Großbritannien und Frankreich sich nicht gegen die deutsche Wiederbesetzung des Rheinlandes gewehrt hatten, sie dachten, daß Hitler »aufs Haupt geschlagen« werden sollte. Aber sie besaßen keine Vorstellung davon, wie diese Operation durchgeführt werden könnte. Keiner baute seine Hoffnungen auf die Vereinigten Staaten. Keiner befürwortete ein Bündnis mit Sowjetrußland, Chilston, der Botschafter in Moskau, am wenigsten. Am 19. April schrieb er zum Beispiel: »Die Rote Armee ist, obwohl sie zweifellos dazu ausreicht, in einem Krieg die Grenzen der Sowjetunion zu verteidigen, nicht in der Lage, den Krieg in Feindesland zu tragen ... Ich persönlich halte es für höchst unwahrscheinlich, daß die sowjetische Regierung den Krieg nur erklärt, um ihre Vertragsverpflichtungen zu erfüllen oder sogar um einem Schlag gegen das sowjetische Ansehen zuvorzukommen oder einer mittelbaren Bedrohung der sowjetischen Sicherheit ... Die Sowjetunion muß in der europäischen Politik unberücksichtigt bleiben[13].« Diese Ansichten wurden vom Auswärtigen Amt vollkommen geteilt. Chamberlain mußte also eine Politik ersinnen, wo es vorher keine gab.

Es ist schwer zu sagen, ob Halifax mit dieser Politik übereinstimmte, noch schwerer, seine eigene Politik aufzuspüren. Er sagte gerne nein. Er verachtete die französischen Staatsmänner, insbesondere Bonnet, er scheint gegenüber Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten skeptisch gewesen zu sein. Er brachte keine Sympathien für die Tschechen

auf und zeigte sich gegenüber Benesch sehr ungeduldig. Vertraute er in größerem Maße auf die Beschwichtigungspolitik? Wahrscheinlich hatte ihm sein Besuch in Berchtesgaden eine dauernde Abneigung gegen Hitler eingeflößt, aber Halifax hatte lange Zeit seines Lebens mit Menschen zugebracht, die er nicht mochte. Ein Vizekönig, der Gandhi in seinem Palast bewillkommnen konnte, wurde von persönlichen Gefühlen wahrscheinlich nicht irritiert. Das Ziel seiner Politik, soweit er eine hatte, war, Zeit zu gewinnen – wenn er auch keine klare Vorstellung hatte, was er mit ihr anfangen wollte. Sein unmittelbares Ziel war, ähnlich dem Bonnets, seinen Ruf zu wahren. Aber im Gegensatz zu Bonnet hatte er damit Erfolg. Halifax war gegenüber Chamberlain immer loyal; diese Loyalität nahm eine Form an, die es Chamberlain gestattete, alle Verantwortung auf sich zu nehmen, was er mit Eifer besorgte. Doch hin und wieder zog Halifax in die entgegengesetzte Richtung, und dieser Ruck zeitigte manchmal im entscheidenden Augenblick eine Wirkung. So sahen die vier Männer aus, die miteinander das Schicksal der westlichen Zivilisation entschieden.

Die vier gingen an diese Aufgabe unwillig heran. Gern hätten sie Mitteleuropa den Rücken zugekehrt, wenn sie nur gewußt hätten, wie. Anfang April begann Benesch damit, Zugeständnisse zu ersinnen, die den Sudetendeutschen angeboten werden mochten. Sein Ziel war, die britische Unterstützung zu erhalten; wenn seine Zugeständnisse den Briten vernünftig erschienen, würden sie sie nicht, so fragte er sich, Berlin empfehlen? Die Briten wichen aus. Sie wollten für die Tschechoslowakei keine Verpflichtung übernehmen. Sie behaupteten sogar, daß, wenn sie in Berlin nichts sagten, Hitler vielleicht schließlich die Tschechoslowakei nicht beachten würde. Auch Bonnet wurde gedrängt, sich zu entschließen. Noël, der französische Botschafter in Warschau und davor in Prag, besuchte die Tschechoslowakei und kam mit seinen Empfehlungen nach Paris. Er wies darauf hin, daß weder das französische Bündnis mit Polen noch das mit der Tschechoslowakei durch eine Militärkonvention ergänzt worden war. Beide gehörten zu den papiernen Garantien des Völkerbundes und konnten der Realität jetzt nicht angepaßt

werden. Zu Bonnet sagte er: »Wir gehen dem Kriege oder der Kapitulation entgegen.« Nach seiner Ansicht sollte Benesch gesagt werden, daß er bis Anfang Juli die Sudeten zufriedenstellen müsse, später dürfe er nicht mehr mit französischer Hilfe rechnen[14]. Aber diese Entscheidung überstieg Bonnets Kräfte: Er war unfähig, standhaft zu sein, sogar bei der Übergabe. Er schlug statt dessen vor, die Entscheidung den Briten zu übertragen: sie sollten aufgefordert werden, sich fest und öffentlich hinter die Tschechoslowakei zu stellen. Und wenn sie sich weigerten? Bonnet wußte keine Antwort.

Am 28. April kamen Daladier und Bonnet zu einer zweitägigen Konferenz mit den britischen Ministern nach London. Die Struktur der Politik wurde deutlich offenbart. Die Briten betonten ihre Verpflichtungen gegenüber Frankreich laut der Garantie vom März 1936, aber mehr als äußerste Grenze dessen, was sie tun könnten, denn als ernsthaftes Versprechen. Sie wollten »besonders für einen Krieg auf dem Kontinent« nicht einmal zwei Divisionen ausrüsten, sie wollten keinen Flottengesprächen zustimmen aus Furcht, Italien zu verstimmen. Chamberlain sagte, daß die öffentliche Meinung in Großbritannien der Regierung nicht gestatten würde, das Risiko eines Krieges einzugehen, selbst wenn die Chancen gegen Krieg 100 : 1 ständen. Er und Halifax faßten die Argumente gegen den Krieg zusammen, und solche Argumente sind immer leicht zu finden. England und Frankreich könnten die Tschechoslowakei nicht retten, auch wenn sie in der Lage wären, sich selbst zu verteidigen – und selbst das wäre zweifelhaft. Rußland wäre nicht brauchbar, Polen »unsicher«. Chamberlain sagte: »Wenn Deutschland sich tatsächlich entschließen würde, die Tschechoslowakei zu zerstören, dann sehe ich nicht, wie es verhindert werden könnte.« Dann schlug er einen hoffnungsvolleren Ton an. Gewöhnlich glaubt man, was man glauben will, und Chamberlain war bereit zu glauben, daß Hitler zufriedengestellt sein würde, wenn den Forderungen der Sudetendeutschen entsprochen worden wäre. Deshalb würde alles gut werden, wenn die Briten und Franzosen Benesch drängten nachzugeben.

Daladier gefiel an dieser Argumentation nichts. »Der Krieg

könnte nur vermieden werden, wenn Großbritannien und Frankreich ihre Entschlossenheit ganz klar bekundeten, den Frieden in Europa zu erhalten, indem die Freiheit und das Recht der unabhängigen Völker geachtet wurden ... Bevor wir noch einmal kapitulieren, wenn wir einer weiteren Drohung gegenüberstehen, sollten wir uns bis dahin auf die Möglichkeit eben jenes Krieges vorbereitet haben, den wir verhüten wollen.« Auch Daladier glaubte, was er glauben wollte: »Die deutsche Politik ist ein Bluff ... Wir sind im Moment noch in der Lage, ihr Hindernisse in den Weg zu legen.« Die Franzosen waren ebenfalls bereit, Benesch um Konzessionen zu drängen, aber die Briten sollten sich hinter die Tschechoslowakei stellen, wenn die Konzessionen Hitler nicht befriedigten. Die Briten weigerten sich. Der tote Punkt war erreicht. Das gemeinsame Mittagessen war »ziemlich düster«. Später gaben die Franzosen nach. Daladier war nicht darauf eingestellt, nach seinem Glauben zu handeln: Er wollte Großbritannien oder Europa nicht anführen. Aber Chamberlain war darauf eingestellt, nach seinem Glauben zu handeln: Konzessionen der Tschechoslowakei würden einen Krieg abwenden – und zweifellos war es ihm gleichgültig, wie groß diese Konzessionen sein würden. Nein ist immer kräftiger als ja, die Weigerung zu handeln wird immer den Sieg über eine halbherzige Aktion davontragen. Man dachte sich einen Kompromiß aus, dem praktisch die britische Anschauung zugrunde lag. Sowohl Großbritannien als auch Frankreich würden die Tschechen um Konzessionen drängen. Die Briten würden außerdem Hitler drängen, Geduld zu haben. Wenn die Zugeständnisse nichts fruchteten, dann würden die Briten die deutsche Regierung warnen »vor den Gefahren, die sie voraussähen, nämlich daß Frankreich gezwungen sein würde, einzugreifen ... und daß die Regierung Seiner Majestät nicht dafür garantieren könnte, nicht dasselbe zu tun[15]«.

Auf diese Weise hörte Ende April 1938 das Problem der Deutschen in der Tschechoslowakei auf, ein Streitfall zwischen den Sudetendeutschen und der tschechoslowakischen Regierung zu sein, er hörte sogar auf, ein Streitfall zwischen der Tschechoslowakei und der deutschen Regierung zu sein. Die britische und die französische Regierung traten als Hauptakteure in den Vordergrund, und ihr Ziel war, wenn auch noch so verborgen, den Tschechen Konzessionen abzuzwingen, nicht, die Deutschen zurückzuhalten. Den Druck übten hauptsächlich die Briten aus. Die Franzosen, die theoretisch noch mit der Tschechoslowakei verbündet waren, schleppten sich hilflos hinterdrein. Diese Entwicklung warf die Pläne über den Haufen, die Benesch gemacht hatte. Während des ganzen April hatte er den Sudetenführern Vorschläge unterbreitet in der Hoffnung, sie zu unnachgiebiger Weigerung zu zwingen. Er hatte Erfolg. Am 24. April forderte Henlein in einer Rede zu Karlsbad die Umwandlung der Tschechoslowakei in einen »Nationalitätenstaat« mit voller Freiheit für die nationalsozialistische Propaganda und – was mehr bedeutete – mit einer solchen Wandlung der tschechoslowakischen Außenpolitik, daß die Tschechoslowakei zu einem deutschen Satelliten gemacht würde. Es war Benesch und in diesem Falle auch Newton klar[16], daß die Tschechoslowakei aufhören würde, als unabhängiges Land zu bestehen, wenn den Forderungen der Sudeten entsprochen wurde. Doch hatte der Beweis auf die britische und französische Regierung offenbar keine Wirkung: Sie forderten weiterhin, daß Benesch Selbstmord begehen solle, damit sie ihre Ruhe hätten.

Die Briten und Franzosen drängten nicht nur die Tschechen zu Konzessionen. Die Briten drängten auch Hitler, Forderungen zu stellen. Damit überraschten sie ihn; die Ereignisse gingen schneller und günstiger vonstatten, als er erhofft hatte, auch wenn sie nicht ganz mit seinen Erwartungen übereinstimmten. Der Krieg im Mittelmeer zwischen Frankreich und Italien machte keinerlei Anstalten loszugehen. Das englisch-italienische Abkommen, auf dem Chamberlain über Edens Kopf hinweg bestanden hatte, wurde tatsächlich am 16. April unterzeichnet; es verbesserte die Beziehungen zwischen den beiden Ländern und dadurch auch die zwischen Frankreich und Italien. Hitler nahm es so ernst, daß er Anfang Mai Rom besuchte, um zu beweisen, daß die Achse noch lebte. Dort erreichte ihn die Nachricht, daß er seinen italienischen Partner kaum benötigte: Die Briten hatten es eilig, auf seine Seite zu treten. Die britischen Versicherungen waren voll Nachdruck. Henderson sagte, »daß

Frankreich sich für die Tschechen einsetze und Deutschland für die Sudetendeutschen. England unterstütze Deutschland hierbei[17]«. Kirkpatrick, Hendersons Stellvertreter, sagte beim Mittagessen zu einem deutschen Beamten: »Wenn die deutsche Regierung der englischen Regierung vertraulich mitteilen würde, welche Lösung der sudetendeutschen Frage sie erstrebe ... (werde) die englische Regierung einen solchen Druck in Prag ausüben, daß die tschechoslowakische Regierung gezwungen würde, die deutschen Wünsche anzunehmen[18].« Halifax rügte zwar seine Vertreter, weil sie zu weit gegangen wären. Aber er war kein Zauderer. Zu dem deutschen Botschafter sagte er »sichtlich bewegt«: »Das beste wäre es zweifellos, wenn die drei blutsverwandten Völker, Deutschland, England und die Vereinigten Staaten, sich zusammenfänden zu gemeinsamer Arbeit für den Frieden[19].« Doch Hitler ließ sich nicht drängen. Je mehr die Frage hinausgezögert wurde und die Spannung stieg, um so eher würden ihm die Westmächte die Arbeit abnehmen; die Tschechoslowakei würde vielleicht sogar ohne Anstrengung von deutscher Seite zerbrechen. Deshalb wurde Henlein nach London geschickt, wo er seine versöhnliche Haltung zur Schau stellte. Er behauptete, ohne Anleitung von Berlin zu handeln, und hätte beinahe so kritische Beobachter wie Churchill und Vansittart von seiner Aufrichtigkeit überzeugt. Es gibt einen noch schlagenderen geheimen Beweis für Hitlers Zurückhaltung. Am 20. Mai legte der Generalstab auf seine Weisung hin einen Entwurf für Operationen gegen die Tschechoslowakei vor. Er begann mit den einschränkenden Worten: »Es liegt nicht in meiner Absicht, die Tschechoslowakei ohne Herausforderung schon in nächster Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen«, und darauf folgten die nun veralteten Spekulationen über einen Krieg zwischen Italien und den Westmächten[20].

Eine weitere Macht war von der tschechoslowakischen Frage betroffen, obwohl alle, einschließlich der Tschechen, versuchten, so zu tun, als ob das nicht der Fall wäre. Diese Macht war Sowjetrußland: mit der Tschechoslowakei in begrenzter Form verbündet und zutiefst in Mitleidenschaft gezogen, wenn sich das Gleichgewicht der europäischen Mächte

änderte. Die britische und die französische Regierung erkannten Sowjetrußland nur an, um seine militärische Schwäche hervorzuheben, und diese Ansicht entsprach, obwohl sie zweifellos auf ihren Informationen beruhte, auch ihrem Wunschdenken. Sie wollten Sowjetrußland aus Europa ausgeschlossen sehen und waren daher bereit anzunehmen, daß es das schon durch die Umstände wäre. Gingen ihre Wünsche weiter? Planten sie nicht nur, Europa ohne Mitwirkung Sowjetrußlands zu regeln, sondern auch gegen seine Interessen? Lag es in ihrer Absicht, daß Nazi-Deutschland die »bolschewistische Gefahr« vernichten sollte? Dieses Mißtrauen hegten die Sowjets sowohl zu jener Zeit als auch später. Daß es gerechtfertigt war, dafür finden sich in den amtlichen Akten oder auch außerhalb wenig Beweise. Die britischen und französischen Staatsmänner wurden von dem deutschen Problem zu stark abgelenkt, um zu erwägen, was sich ereignen würde, wenn Deutschland die vorherrschende Macht in Osteuropa geworden wäre. Natürlich sahen sie es lieber, daß Deutschland ostwärts marschierte, nicht westwärts, wenn es schon marschierte. Aber ihr Ziel war, einen Krieg zu verhüten, nicht einen vorzubereiten, und sie glaubten aufrichtig – oder jedenfalls Chamberlain glaubte es –, daß Hitler zufrieden und friedfertig sein würde, wenn seinen Forderungen entsprochen worden war.

Die sowjetische Politik war für die westlichen Staatsmänner ein Rätsel, sie ist es noch für uns. Die Stellung der Sowjets war auf dem Papier uneinnehmbar. Laut den Bedingungen ihres Bündnisses mit der Tschechoslowakei konnten sie ihre Bereitschaft zu handeln, wenn Frankreich vorging, fest behaupten, und da Frankreich nie handelte, wurde ihr Bluff – wenn es ein Bluff war – nie beim Namen genannt. Offensichtlich lag es in ihrem Interesse, daß sich der tschechoslowakische Widerstand versteifte, ob sie ihn nun unterstützen wollten oder nicht. Was sie getan hätten, falls sie dazu aufgefordert worden wären, ist eine hypothetische Frage, die niemand beantworten kann. Wir müssen uns damit zufriedengeben, die sowjetischen Aktionen insoweit aufzuzeichnen, als sie festgestellt werden können. Im Frühjahr 1938 begann die sowjetische Regierung damit, ihre Hilfe

für die spanische Republik einzuschränken, und bald darauf stellte sie sie ganz ein. Einfallsreiche Kommentatoren haben vermutet, daß dies ein Vorspiel gewesen wäre, um bessere Beziehungen zu Hitler anzuknüpfen, aber Hitler war an einer Fortsetzung des Spanischen Bürgerkrieges interessiert, und ihn ärgerte daher die sowjetische Hilfe für die Republik nicht – vielmehr hätte er es lieber gesehen, wenn sie fortgesetzt worden wäre. Eine einfachere Erklärung können die Ereignisse im Fernen Osten liefern, wo Japan jetzt mit einem großangelegten Einfall nach China alle Hände voll zu tun hatte; Sowjetrußland hat vielleicht alle seine Waffen zu seiner eigenen Verteidigung benötigt. Wenn es überhaupt einen Gedanken auf Europa verschwendete, dann den, daß eine Beendigung der sowjetischen Einmischung in Spanien den Aufbau guter Beziehungen zu Großbritannien und Frankreich erleichtern würde. Diese Hoffnung sollte enttäuscht werden.

Die sowjetische Unterstützung der Tschechoslowakei stand auf dem Papier unzweifelhaft fest. Am 23. April besprach Stalin diese Frage mit seinen wichtigsten Mitarbeitern. Den Tschechen wurde gesagt: »Wenn darum ersucht wird, ist die UdSSR darauf vorbereitet – in Übereinstimmung mit Frankreich und der Tschechoslowakei –, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die im Zusammenhang mit der Sicherheit der Tschechoslowakei stehen. Sie verfügt über alle notwendigen Mittel für diese Aufgabe . . . Woroschilow (der Oberbefehlshaber) ist sehr optimistisch[21].« Am 12. Mai warf während eines Treffens des Völkerbundes in Genf Litwinow, der Auswärtige Kommissar, gegenüber Bonnet die tschechische Frage auf. Bonnet fragte, wie Sowjetrußland der Tschechoslowakei helfen könne, solange die Polen und die Rumänen sich weigerten, den Durchmarsch russischer Truppen zu gestatten. Litwinow erwiderte, daß Frankreich dafür die Erlaubnis erwirken solle, da die Rumänen Frankreichs Verbündete seien. Noch einmal: das ist vielleicht eine bewußte Ausflucht gewesen. Aber wahrscheinlicher ist, daß Litwinow den Verfall des französischen Ansehens nicht richtig einschätzte und annahm, Frankreich könne seinen Verbündeten Vorschriften machen in der Art, wie Sowjetrußland es getan hätte, wenn

es Verbündete gehabt hätte. Doch Bonnet seufzte nur. Damit war, nach Litwinow, »unser Gespräch beendet[22]«.

Es gehörte tatsächlich nicht zu Bonnets Politik, eine sowjetische Intervention zu ermöglichen. Dafür gibt es einen weiteren Beweis. Mitte Mai kam Coulondre, der französische Botschafter in Moskau, nach Paris; er war einer der wenigen entschlossenen Männer im französischen diplomatischen Dienst. Coulondre drängte darauf, daß sofort militärische Besprechungen zwischen dem sowjetischen, dem tschechischen und dem französischen Generalstab beginnen sollten. Bonnet stimmte in seiner üblichen schwächlichen Weise zu. Aber als Coulondre wieder in Moskau war, tat sich nichts, und keine Nachricht über die Gespräche erreichte ihn jemals aus Paris. Im Juli erfuhr er von seinem tschechischen Kollegen, daß die Gespräche aus Furcht, die britischen Konservativen zu verstimmen, nicht stattfinden würden. In London waren keine Erkundigungen eingeholt worden. Bonnet hatte die Gespräche aus eigener Initiative verworfen. Auf diese Weise bewahrte die sowjetische Regierung ihre moralische Unversehrtheit und die Westmächte ihre materielle Schwäche.

Doch da waren noch die, die glaubten, daß sich Hitler nach einer Vorführung der Stärke zurückziehen würde, und diese Vorführung wurde pünktlich arrangiert. Am 20. Mai wurden die tschechoslowakischen Reservisten einberufen, die Grenzstellungen besetzt, und die tschechoslowakische Regierung ließ wissen, daß Hitler gerade dabeigewesen wäre, zu einem Überraschungsangriff anzusetzen, wie er es angeblich gegenüber Österreich gemacht hatte. Die Deutschen leugneten und entfalteten ihre ganze gekränkte Ehre, und eine Prüfung ihrer geheimen Akten, die am Ende des Krieges beschlagnahmt wurden, bestätigt, daß sie zu Recht leugneten. Es hatten keine deutschen Truppenbewegungen stattgefunden, es waren keine Vorbereitungen für eine Aktion getroffen worden. Wie lautet die Erklärung für diese rätselhafte Episode? Man hat keine gefunden. Es ist möglich, daß die Tschechen wirklich durch einen falschen Alarm irregeleitet wurden. Es ist sogar möglich, daß einige extremistische Sudeten trotz ihrer strikten gegenteiligen Anweisungen eine Aktion nach österreichischer Manier planten. Oder vielleicht versorg-

ten die Deutschen die Tschechen mit falschen Gerüchten, um sie zu einer Aktion zu provozieren. Keine dieser Erklärungen ist wahrscheinlich. Es leuchtet schon eher ein, daß die tschechische Demonstration unternommen wurde, um die Beschwichtigungspolitik zu diskreditieren und um zu zeigen, daß sich Hitler nach einer Vorführung der Kraft zurückziehen würde. Wer dachte sich diesen Plan aus? Die Tschechen selbst? Bestimmt nicht die Russen, die genauso überrascht waren wie alle andern. Einige schwache Anhaltspunkte legen die Vermutung nahe, daß der Schachzug von den »zähen« Mitgliedern des englischen Auswärtigen Amtes angeregt wurde, die den gegenwärtigen Kurs nicht schätzten und die sich damals weigerten, Hendersons Leugnen zu glauben, obwohl es korrekt war[23].

Auf jeden Fall war Hitler »aufs Haupt geschlagen« worden. Dem Anschein nach funktionierte diese Politik. Die Deutschen beteuerten ihre friedlichen Absichten, die Moral der Tschechen war gestärkt worden. In Wirklichkeit aber war die Wirkung genau umgekehrt. Sowohl die britische als auch die französische Regierung waren durch die Aussicht auf einen Krieg nahezu in Panik versetzt worden. Zu dem französischen Botschafter sagte Halifax, daß Großbritannien Frankreich nur im Falle eines nicht herausgeforderten Angriffs unterstützen würde[24], und nicht nur zu Phipps, sondern auch zu dem deutschen Botschafter sagte Bonnet, daß »wenn die Tschechoslowakei wirklich unvernünftig wäre, die französische Regierung wohl erklären könnte, daß Frankreich sich als von seinen Verpflichtungen befreit betrachte[25]«. Vom Auswärtigen Amt wurde Strang nach Prag und Berlin geschickt, um an Ort und Stelle die Meinungen der britischen Vertreter durchzusprechen. Er kehrte mit präzisen Empfehlungen zurück. Die Tschechoslowakei müsse die bestehenden Bündnisse aufgeben und ein deutscher Satellitenstaat werden, das Gebiet der Sudeten müsse autonom oder vielleicht sogar Deutschland einverleibt werden. Wenn die Tschechen halsstarrig wären, müsse ihnen diese Politik von der britischen Regierung aufgezwungen werden. Es würde sich um »den ersten ernsthaften Versuch« handeln, »der nach dem Krieg unternommen wurde, eine der Ursachen (denn es

wären nicht nur Symptome) der europäischen Unruhe anzupacken und eine friedliche Änderung in einer der Gefahrenzonen Europas zu fördern[26]«. Der tschechische Schachzug stieß die Briten auf dem Weg der Aktion weiter, aber gerade nicht in die Richtung, die die Tschechen im Auge hatten.

Die Ereignisse vom 21. Mai übten auch auf Hitler eine dramatische Wirkung aus. Er wütete wegen seiner offensichtlichen Demütigung. Er ergriff den Entwurf vom 20. Mai, den Keitel für ihn vorbereitet hatte, strich den ersten Satz durch – der eine militärische Aktion gegen die Tschechoslowakei ablehnte – und schrieb statt dessen: »Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen[27].« Das scheint der entscheidende Beweis zu sein, daß Hitler entschlossen war, ohne Rücksicht auf die Umstände die Tschechoslowakei anzugreifen. Der Beweis ist jedoch nicht so entscheidend, wie er aussieht. Selbst das Dokument, dem der erdrückende Satz entnommen ist, fährt in Hitlers üblicher Art mit der Behauptung fort, daß Frankreich »durch die eindeutige Haltung Italiens an unserer Seite« zögern würde einzugreifen. Der Satz entsprang in Wirklichkeit nur einem momentanen Zornesausbruch. Hitler kehrte bald wieder zu seiner alten Linie zurück. Eine allgemeine strategische Direktive vom 18. Juni stellte fest: »Ich werde mich nur dazu entscheiden, eine Aktion gegen die Tschechoslowakei einzuleiten, wenn ich wie im Falle der Besetzung der demilitarisierten Zone und des Einzugs in Österreich fest davon überzeugt bin, daß Frankreich nicht marschieren und deshalb auch Großbritannien sich nicht einmischen wird[28].« Natürlich wußte Hitler, daß seine Generäle einen Krieg mit Frankreich fürchteten, und er hat vielleicht geplant, sie gegen ihren Willen in diesen Krieg zu verwickeln. Denn er spielte gegen jeden eine Bluffpartie – gegen die Westmächte, gegen die Generäle, sogar gegen sich selbst. Es gibt gediegene Gründe für die Annahme, daß es ein Bluff war. Für einen Verteidigungskrieg gegen Frankreich waren wenig Vorbereitungen getroffen worden. Nur ein kleiner Teil der deutschen Luftwaffe war in Westdeutschland stationiert, »um zu verhindern, daß Frankreich in der Luft völlige Handlungsfreiheit bekommt[29]«.

Nur zwei Heeresdivisionen lagen im Westwall, zwei weitere wurden im September hinzugefügt – gegen eine potentielle französische Stärke von mehr als achtzig Divisionen. Außerdem fixierte Hitler zwar gegenüber seinem Generalstab den 1. Oktober als Stichtag, aber er machte ihn nicht publik. Er hielt sich seine Rückzugsmöglichkeiten offen, bis es so schien, als ob ein Rückzug nicht mehr notwendig wäre.

Die britische Regierung war davon überzeugt, daß Hitler einen Stichtag festgesetzt hatte, obwohl sie ihn nicht kannte. Sie redete sich selbst den Glauben ein, daß »er nicht länger warten würde« und daß seine Geduld erschöpft wäre, obwohl Geduld bis zu diesem Augenblick das auffallende Kennzeichen seiner Laufbahn gewesen war. Ohne Grund, rein intuitiv, entschied sie, daß Hitler den 12. September als Stichtag fixiert hätte, den letzten Tag des Nürnberger Parteitages, und hinfort waren sie von diesem Datum hypnotisiert. Die Briten wollten Hitler überholen; indem sie an Stelle des 1. Oktober den 12. September einsetzten, hatten sie zufällig Erfolg.

Vor diesem Zeitpunkt mußte Benesch – nach britischer Ansicht – zu den entscheidenden Konzessionen getrieben werden, die allein Hitler vom Krieg abhalten würden: Die Tschechoslowakei müßte ihre bestehenden Bündnisse mit Frankreich und Sowjetrußland aufgeben, und die Sudetendeutschen müßten erhalten, was sie auch immer forderten. Aber wie sollte das erreicht werden? Benesch war halsstarrig – »starrköpfig« nach Hendersons Worten. Die Briten schraken vor der Aufgabe zurück, ihn zu zwingen; sie hätten die Verantwortung lieber andern überlassen. Aber das war nicht einfach. Offensichtlich würden die Russen ihr Bündnis nicht verwerfen, denn sie wiesen im Gegenteil zu jedermanns Verlegenheit ständig darauf hin. Vielleicht würden sich die Franzosen zugänglicher zeigen. Aber auch von ihnen wurden die Briten enttäuscht. Anfangs zögerten die Franzosen, dann drängten sie Benesch zu Konzessionen, aber in erster Linie mit dem Argument, daß dadurch die britische Unterstützung wahrscheinlicher würde. Halifax klagte: »Dieses Memorandum enthält nicht die geringste Warnung speziell davor, daß Frankreich seine Vertragsposition erwägen müßte, wenn die

tschechoslowakische Regierung in der Sudeten-Frage unvernünftig wäre[30].«

Es gab kein Entkommen. Die Franzosen würden sich zwar nicht nach ihrem Bündnis mit der Tschechoslowakei richten, auf der andern Seite würden sie es aber auch nicht aufgeben. Die Franzosen zogen die Briten mit sich hinab. Großbritannien war die Macht, die von der Tschechoslowakei am weitesten entfernt war, aber es mußte die Führung übernehmen. Da die Briten jedoch die tschechoslowakischen Bündnisse nicht unmittelbar attackieren konnten, mußten sie es auf sich nehmen, die Sudeten-Frage zu »lösen« – wie, spielte so lange keine Rolle, wie der Krieg abgewendet wurde. Die Franzosen griffen mit beiden Händen nach dieser Idee, denn die Verantwortung war mit Sicherheit von ihren Schultern genommen. Die Tschechen waren zurückhaltender. Benesch bemühte sich darum, die Frage als einen Konflikt zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland darzustellen; der britische Vorschlag führte sie dagegen auf einen Konflikt zwischen den Sudetendeutschen und der tschechoslowakischen Regierung zurück. Noch einmal ging das Gerücht von der britischen Unterstützung um. Halifax schrieb: »Wenn die tschechoslowakische Regierung sich dazu durchringen würde, unsere Hilfe in dieser Angelegenheit zu erbitten, so würde diese Maßnahme unzweifelhaft einen günstigen Einfluß auf die öffentliche Meinung hier haben[31].« Noch einmal gab Benesch nach. Es zeigte sich, daß die britische Unterstützung schwieriger zu erhalten war, als er erhofft hatte, aber er nahm, vernünftig und versöhnlich, noch an, daß sie ihm zum Schluß nicht vorenthalten würde. Am 26. Juli konnte Chamberlain dem Unterhaus ankündigen, daß Lord Runciman »auf eine Bitte der Regierung der Tschechoslowakei« als Vermittler nach Prag ging. Den Tschechen diese »Bitte« zu entreißen, war schwieriger als Zähneziehen gewesen. Runciman war ein früherer Präsident des Handelsministeriums: Er war angeblich wegen seiner vermeintlichen Geschicklichkeit gewählt worden, industrielle Streitigkeiten beizulegen, aber vielleicht doch eher wegen seiner Unwissenheit um die Probleme, die auf dem Spiele standen. Da er einst ein Asquith-Liberaler gewesen war, der für den Freihandel gebrannt, und später

ein Nationalliberaler, der den Schutzzoll begrüßt hatte, konnte man damit rechnen, daß er eine »sanfte« Lösung vorschlagen würde. Er reiste als Privatperson nach Prag, nicht als Vertreter seiner Regierung. Er sagte selbst zu Halifax: »Sie setzen mich mitten im Atlantik in einem kleinen treibenden Boot aus.« Der Satz offenbart Runcimans Herkunft als Reeder: In Wirklichkeit reiste er in einen von Land umschlossenen Staat mitten in Europa.

Die Mission Runcimans ruft in dem Historiker ein melancholisches Interesse wach. Es war der letzte der Versuche, die seit nahezu einem Jahrhundert unternommen worden waren, eine »Lösung« für die Beziehungen zwischen den Deutschen und Tschechen in Böhmen und Mähren zu ersinnen – was soviel bedeutete wie eine Abmachung ausfindig zu machen, nach der die beiden Völker im selben Staat mehr oder weniger zufrieden zusammen leben könnten. Aber keine derartige Lösung war gefunden worden, obwohl viele Männer, die Runciman an politischem Talent und Verständnis überlegen waren, danach gesucht hatten; keine wurde jetzt gefunden. Als Runciman abreiste, nahm die britische Regierung – und er mit ihr – noch an, daß es eine Lösung gäbe, die nur darauf wartete, entdeckt zu werden. Die tschechoslowakische Regierung war ja dadurch, daß sie so tat, als ob sie Runciman anforderte, verpflichtet, seinen Rat anzunehmen. Er mußte ja nur herausfinden, was die Sudetendeutschen zufriedenstellen würde, und die Tschechen würden darin einwilligen müssen. Aber die Führer der Sudeten, die Hitlers Anweisungen befolgten, hielten immer noch eine neue Forderung bereit und quälten Runciman wie vorher Benesch. Noch Schlimmeres stand zu erwarten. Welche Fehler Benesch auch hatte, er war ein unvergleichlicher Unterhändler, und dieses Talent, das sich 1919 Lloyd George gewachsen gezeigt hatte, überflügelte 1938 bald Runciman. Runciman war ausgeschickt worden, um Konzessionen aus Benesch herauszuholen oder andernfalls die tschechische Hartnäckigkeit anzuprangern. Hatte er im ersten Fall Erfolg, würde die Krise abgewendet werden, im zweiten würde Benesch in Mißkredit geraten, die Tschechoslowakei könnte verleugnet werden, und die Ehre der Westmächte wäre gerettet. Statt dessen mußte Runciman feststellen, daß er in eine Position manövriert wurde, wo er die tschechischen Angebote als vernünftig anerkennen und die Halsstarrigkeit der Sudeten, nicht die Beneschs, verurteilen mußte. Eine entsetzliche Konsequenz rückte also immer näher heran: Wenn Benesch alles tat, was Runciman forderte, und noch mehr, würde Großbritannien mit der moralischen Verpflichtung bepackt werden, die Tschechoslowakei in der unmittelbar nahenden Krise zu unterstützen. Um diese Konsequenzen zu verhindern, durfte Runciman Benesch keineswegs mehr drängen, sondern mußte jetzt den Aufschub predigen. Aber Benesch ließ ihn nicht entkommen. Am 4. September rief Benesch die Führer der Sudeten zu sich, befahl ihnen, selbst ihre Bedingungen zu diktieren, und schrieb sie, als sie bestürzt zögerten, selbst nieder. Formal wurde den Sudeten alles versprochen, was sie gefordert hatten. Natürlich vollzog Benesch diese Übergabe nur, weil er wußte, daß sie zurückgewiesen werden würde. Aber er hatte mit Sicherheit das Gefecht auf diplomatischem Parkett gewonnen. Runciman mußte gestehen, daß es in den vorgeschlagenen Vertragsbedingungen keinen offenen Punkt gab, da die Tschechen bereits allem zugestimmt hatten, was er anregen konnte. Selbst die Führer der Sudeten waren in Verlegenheit, wie sie Beneschs Angebot zurückweisen sollten. Präsident Benesch erfreute sich eines letzten Triumphes seiner diplomatischen Geschicklichkeit.

Dieser moralische Sieg zeitigte zwar keine Rückwirkung auf den Zusammenstoß der Mächte. Gleichwohl war er von entscheidender Bedeutung. Zu Beginn des Jahres 1938 sympathisierten die meisten Engländer mit den deutschen Beschwerden, sowenig sie Hitlers Art, ihnen Ausdruck zu geben, schätzten. Die Sudetendeutschen vertraten eine gute Sache: Sie besaßen keinen gleichwertigen nationalen Status oder irgend etwas Ähnliches. Im September war nun dank Benesch unter dieser Sache der Boden fortgezogen worden. Nur wenige glaubten weiterhin, daß die Sudeten echte Beschwerden hätten; die Sudeten glaubten es selbst kaum. Hitler war nicht mehr der idealistische Befreier seiner Volksgenossen, statt dessen erschien er als ein bedenkenloser

Eroberer, der sich dem Krieg und der Herrschaft verschrieben hatte. Die »Beschwichtigungspolitik« war ursprünglich ein hochgesinnter Versuch gewesen, den Beschwerden in unparteiischer Weise abzuhelfen. Nachdem der Streit zwischen Benesch und den Sudeten gegenstandslos geworden war, wurde sie langsam als die feige, wenn auch vielleicht unvermeidliche Kapitulation vor der überlegenen Macht angesehen. Anfangs hatten die Engländer gefragt: »Sind die deutschen Forderungen berechtigt?« Jetzt begannen sie zu fragen: »Sind wir stark genug, um Hitler zu widerstehen?« Runciman hatte ganz gegen seine Absicht dazu beigetragen, dem Weltkrieg die Tür zu öffnen. Nachdem er von Benesch ausmanövriert worden war, war es nun seine einzige Sorge, sein Boot zu versenken und nach Hause zu gehen. Die Abordnung trieb sich noch ein paar Tage in der Umgebung Prags herum, dann kehrte sie nach London zurück, ohne irgendeinen Plan zur »Lösung« der Sudetenfrage vorlegen zu können. Später, nachdem Chamberlain von seiner Reise nach Berchtesgaden zurückgekehrt war, schrieb Runciman auf Befehl des Auswärtigen Amtes einen Bericht, der nur den Plan einer Zerstückelung der Tschechoslowakei guthieß, wie er schon zwischen Chamberlain und Hitler vereinbart worden war. Niemand nahm davon Kenntnis, niemand maß ihm irgendeinen Wert bei. Er war ein Echo aus einer Vergangenheit, die bereits tot war.

Der britischen Politik war es also nicht gelungen, die Krise abzuwenden. Der 12. September näherte sich. Das Problem beschäftigte nicht mehr allein die tschechoslowakische Regierung und die Sudetendeutschen, es war ein Problem der Großmächte geworden. Sie hatten ihre Politik immer noch nicht festgelegt. Hitler zögerte weiterhin meisterhaft, weigerte sich, seine Karten auf den Tisch zu legen, und wußte wahrscheinlich wie bei früheren Gelegenheiten selbst nicht, auf welche Weise er siegreich hervorgehen würde. Die Vorbereitungen, um die Tschechoslowakei am 1. Oktober anzugreifen, wurden vorangetrieben. Damit hatte er sich aber noch keineswegs für den Krieg entschieden. Die deutschen Generäle betonten weiterhin, daß sie einen allgemeinen Krieg nicht durchstehen könnten, Hitler erwiderte ständig,

daß ein Krieg nicht nötig wäre. Einige Generäle sprachen davon, Hitler zu stürzen, und vielleicht wollten sie es tatsächlich. Später behaupteten sie, daß ihre Pläne durch den mangelnden Mut der Westmächte und besonders durch Chamberlains Flug nach Berchtesgaden durchkreuzt worden wären. In Wirklichkeit durchkreuzte Hitler ihre Pläne. Sie wollten nur handeln, wenn er Deutschland wirklich in den Abgrund führte, aber das tat er nicht. Er verschrieb sich dem Krieg nur, wenn sich die andere Seite bereits ergeben hatte. Bis dahin behielt er sich alle Möglichkeiten vor.

Während des August versuchte er noch, eine Hintertür zu finden. Der Krieg zwischen Italien und Frankreich, mit dem er gerechnet hatte, ging offensichtlich nicht los. Ganz im Gegenteil, Mussolini, der den Mund so voll genommen hatte, als der Krieg noch ferne war, weigerte sich jetzt sogar in steigendem Maße, Deutschland der Tschechoslowakei gegenüber zu unterstützen. Er verlangte, wenigstens den Zeitpunkt zu erfahren, an dem Hitler in den Krieg ziehen wollte. Hitler erwiderte nur: »Der Führer kann unter diesen Umständen . . . auch keinen Termin sagen, weil er selbst keinen Termin besitzt[32].« – Soviel zu seinem vermeintlichen Fahrplan. Eine andere günstige Möglichkeit schien sich von selbst anzubieten, als die Ungarn verlangten, an der Zerstückelung der Tschechoslowakei beteiligt zu werden. Auch sie erwies sich als Enttäuschung. Die Ungarn würden Hitler folgen, aber solange sie noch großenteils abgerüstet waren, nicht selbst die Initiative ergreifen. Wenn Hitler den Krieg wollte, mußte er selber das Signal dazu geben. Ein überraschendes Ergebnis war die Folge. Das gefürchtete Datum des 12. September war da. Hitler hielt in Nürnberg eine leidenschaftliche Rede. Er wiederholte die Beschwerden der Sudeten, bestand darauf, daß die tschechoslowakische Regierung sie abstellen müßte. Und dann? Nichts. Keine deutsche Mobilmachung wurde angekündigt, kein Krieg angedroht. Hitlers Geduld war nicht erschöpft. Er wartete weiter darauf, daß die Nerven der andern rissen.

Er wartete nicht umsonst. Am 13. September, am Tag nach Hitlers Rede, brachen die Führer der Sudeten die Verhandlungen mit Benesch ab und gaben das Signal zur Revolte.

Die Revolte brach zusammen. Innerhalb vierundzwanzig Stunden war die Ordnung wiederhergestellt. Noch schwerwiegender war, daß viele Sudetendeutsche, die bisher schweigsam oder neutral geblieben waren, betonten, daß sie loyal zur Tschechoslowakei ständen und den bestehenden Staat nicht verlassen wollten. Im Unterschied zum Rumpf-Österreich oder der Habsburger Monarchie zersetzte sich also die Tschechoslowakei nicht von innen her. Der Zusammenbruch erfolgte in Paris, nicht in Prag. Die französische Regierung wich der Entscheidung bis zum letzten Moment aus. Bonnet »war verzweifelt darum besorgt, einen möglichen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, ohne zum Kampf verpflichtet zu sein[33]«; er war jedoch auch verzweifelt darum besorgt, die Schuld auf andere abzuwälzen. Er versuchte wiederum, sie auf Sowjetrußland zu schieben. Wie früher war Litwinow ihm über und erteilte eine entschiedene Antwort. Der Völkerbund solle mit Bezug auf Artikel XI der Satzung angerufen werden, so daß sowjetische Truppen durch Rumänien marschieren könnten, Stabsbesprechungen sollten zwischen Frankreich, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion abgehalten werden und in Ergänzung dazu eine Konferenz Frankreichs, Großbritanniens und der Sowjetunion mit dem Ziel, eine lauthallende Erklärung gegen einen deutschen Angriff zu veröffentlichen. In jedem Fall werde Sowjetrußland »all seine Verpflichtungen« laut dem sowjetisch-tschechoslowakischen Pakt erfüllen, es war nur an Frankreich, den ersten Schritt zu tun[34]. Vielleicht war die sowjetische Standfestigkeit Schwindel. Man hätte das ausprobieren können, indem man den Stabsbesprechungen zustimmte, die Litwinow vorschlug. Indem Bonnet auswich, bewies er seine Furcht, daß die sowjetische Standfestigkeit nur zu echt sein könnte.

Andernorts hatte Bonnet mehr Erfolg. Der amerikanische Isolationismus war auf seinem Höhepunkt angekommen. Am 9. September sagte Präsident Roosevelt auf einer Pressekonferenz, daß es hundertprozentig falsch wäre, die Vereinigten Staaten neben Frankreich und Großbritannien in eine Widerstandsfront gegen Hitler einzureihen. Alles, was die Westmächte von jenseits des Atlantiks erhielten, waren

Vorwürfe amerikanischer Intellektueller, weil sie nicht ganz so feige wären wie die Vereinigten Staaten. Die entscheidende Antwort mußte von den Briten kommen. Auch hier wurden alte Schemata wiederholt, die Franzosen betonten die Gefahr einer Kapitulation vor Hitler, Halifax weigerte sich, »ein Argument zugunsten eines sicheren Krieges im Augenblick zuungunsten der Möglichkeit eines Krieges unter vielleicht weniger günstigen Bedingungen später« zu unterstützen[35]. In einem letzten Wortwechsel entfaltete sich die aalglatte Gewandtheit beider Seiten. Bonnet fragte: »Welche Antwort würde die Regierung Seiner Majestät, falls die Deutschen die Tschechoslowakei angreifen, auf die Frage der französischen Regierung erteilen: ›Wir sind bereit zu marschieren, werden Sie mit uns marschieren?‹« Halifax antwortete: »Die Frage kann man nicht, obwohl sie formal klar ist, von den Umständen trennen, unter denen sie gestellt werden könnte und die notwendigerweise in diesem Stadium vollkommen hypothetisch sind.« Bonnet »war anscheinend von der negativen Natur der Antwort sehr befriedigt[36]«. Kein Wunder. Er sammelte Absagen, zum Teil um sich selbst zu decken, noch mehr jedoch, um seine Mitarbeiter zu entmutigen.

Auch Daladier wiederholte sein altes Schema – erst kampfbereit, dann unentschlossen und schließlich kapitulationsbereit. Am 8. September sagte er zu Phipps: »Wenn deutsche Truppen die tschechoslowakische Grenze überschreiten, werden die Franzosen ausnahmslos marschieren[37].« Dann kam der 13. September: Die Sudetendeutschen waren im Begriff zu revoltieren, und Hitler war vermeintlich bereit, ihnen zu helfen. Der französische Ministerrat spaltete sich auf – sechs waren dafür, zur Tschechoslowakei zu stehen, vier einschließlich Bonnet für die Kapitulation. Daladier unterstützte weder die eine noch die andere Seite. Bonnet ging geradewegs vom Treffen zu Phipps und sagte: »Der Frieden muß um jeden Preis erhalten werden[38].« Phipps wollte eine Bestätigung des französischen Zusammenbruchs haben, er verlangte Daladier zu sehen. Am frühen Abend schwankte Daladier noch. Als er sich der unverblümten Frage Phipps' gegenübersah, erwiderte er »mit einem offensichtlichen Mangel an Begeisterung«: »Wenn die Deutschen Gewalt an-

wenden, würden auch die Franzosen dazu verpflichtet sein.« Phipps schloß seine Botschaft für London mit den Worten: »Ich fürchte, die Franzosen haben geblufft[39].« Um 22 Uhr rief Phipps London wegen einer »sehr dringenden Botschaft« Daladiers für Chamberlain an. »Die Dinge entwickeln sich sehr rapide und in einer solch schwerwiegenden Art, daß sie nahezu sofort ganz aus der Kontrolle zu geraten drohen ... Der Einmarsch deutscher Truppen in die Tschechoslowakei muß um jeden Preis verhindert werden.« Daladier drängte darauf, daß Runciman seinen Plan sofort veröffentlichen sollte. Wenn er nicht ausreichen würde, solle ein Dreimächtetreffen stattfinden – Deutschland für die Sudeten, Frankreich für die Tschechen und Großbritannien für Lord Runciman[40]. Endlich hatte sich Daladier entschlossen: er hatte sich entschieden zu kapitulieren.

Das war Chamberlains Chance: die französische Entscheidung zwischen Widerstand und Kapitulation, auf die er seit April gedrängt hatte – eine Entscheidung zugunsten der zweiten Möglichkeit, die Chamberlain seit jeher betrieben hatte. Er versuchte nicht, ein Dreimächtetreffen zu arrangieren. Er wußte aus Erfahrung, daß Daladier, wenn er herausgefordert wurde, in eine düstere, hoffnungslose Entschiedenheit zurückfallen konnte. Statt dessen flog Chamberlain am 15. September nach München, nur von Sir Horace Wilson begleitet, und traf Hitler in Berchtesgaden, sogar ohne einen britischen Dolmetscher. Daladier »sah nicht sehr zufrieden aus«, als ihm gesagt wurde, daß er übergangen worden war, aber er fügte sich wiederum[41]. Soweit wir es nach den Akten sagen können, nahm Chamberlain keinen Schriftsatz mit, der die tschechoslowakische Frage behandelte. Er hatte sich nicht danach erkundigt, ob eine gestutzte Tschechoslowakei unabhängig bleiben könnte, auch nicht danach, wie die strategischen Konsequenzen für die Westmächte aussehen würden; er erwog nicht, wie die nationale Zusammensetzung der Tschechoslowakei ermittelt werden könnte. Er ging nur mit dem Vorurteil der meisten Engländer gegenüber »Versailles« bewaffnet und in der festen Überzeugung, daß Hitler friedfertig werden würde, sobald den deutschen nationalen Beschwerden entsprochen worden wäre. Auch Hitler traf keine

Vorbereitungen für die Zusammenkunft: Wie üblich wartete er darauf, daß ihm die Gewinne in den Schoß fielen. Seine Hauptsorge war, die Krise in Gang zu halten, bis die Tschechoslowakei zerfiel, und er verlieh den Ansprüchen der Sudetendeutschen Nachdruck in dem Glauben, daß ihnen nicht entsprochen werden würde, so daß er den moralischen Vorteil hätte. Er war in einem weiteren Punkt moralisch überlegen. Seine militärischen Pläne konnten vor dem 1. Oktober nicht ausreifen, auch wenn er sie in Gang setzen wollte; deshalb konnte er anbieten, »sich zurückzuhalten«, ohne in Wirklichkeit irgend etwas zuzugestehen.

Das Treffen in Berchtesgaden verlief freundlicher und erfolgreicher, als beide erwartet hatten. Chamberlain war verblüfft über den Wortschwall, mit dem Hitler jede Verhandlung eröffnete, aber er blieb seiner Beschwichtigungspolitik treu. Er sagte: »Im Prinzip hätte ich nichts gegen die Trennung der Sudetendeutschen von der restlichen Tschechoslowakei einzuwenden, vorausgesetzt, daß die praktischen Schwierigkeiten überwunden werden könnten.« Das war ein Angebot, das Hitler nicht zurückweisen konnte, obwohl er damit nicht sein wahres Ziel, die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei in der internationalen Politik zu vernichten, erreichte. Hitler versprach seinerseits, keine militärische Operation vorzunehmen, solange die Verhandlungen fortschritten – ein Versprechen, das Chamberlain sehr beeindruckte, obwohl es nichts besagte. Die Beschwichtigung triumphierte – ein großer Streitfall, der letzten Endes nicht zum Kriege führte, sondern kurz vor der Regelung stand. Doch zeitigte sie überall das falsche Ergebnis. Chamberlain hatte ein Zugeständnis auf Grund unparteiischer Gerechtigkeit anbieten wollen. Deshalb hatten die klarsichtigsten Fürsprecher dieser Politik, wie zum Beispiel Nevile Henderson, immer betont, daß die Westmächte gewinnen würden, wenn es zu einem Krieg käme. Aber »unsere moralische Sache müßte einen kupfernen Boden haben«, und im Falle der Tschechoslowakei hatte sie keinen[42]. Denn jetzt war dank dem französischen Zusammenbruch die Moral zur Seite gedrängt worden, die Furcht hatte ihren Plan eingenommen. Hitler wurde keine Gerechtigkeit angeboten, er wurde gefragt, wieviel er

dafür nehmen würde, nicht zum Krieg zu schreiten. Die Tschechen hatten die Lage nur verschlechtert, indem sie trotz des Aufrufes der Sudeten zur Revolte die Ordnung aufrechterhalten hatten. Anstatt vorm Verfall gerettet zu werden, wurden sie, damit Frankreich dem Krieg entgehen konnte, aufgefordert, ihr Territorium, das sie fest in der Hand hatten, zu übergeben.

Chamberlain kehrte nach London zurück, um die Zustimmung seiner Kollegen und der Franzosen einzuholen. Das britische Kabinett stimmte zu, wenn auch nicht, wie man sagt, ohne einigen Streit. Runciman zerriß den Bericht, den er gerade vorbereitet hatte, und schrieb gehorsam einen andern, in den nur Hitlers Forderungen aufgenommen wurden – einen Bericht, der in den nächsten paar Tagen wiederholt verbessert wurde, sowie Hitlers Forderungen stiegen. Am 18. September kamen Daladier und Bonnet zu einem Treffen mit den britischen Ministern nach London. Chamberlain legte Rechenschaft über seine Gespräche mit Hitler ab und betonte, die Frage wäre, ob man der Teilung der Tschechoslowakei zustimmen solle – oder »dem Prinzip der Selbstbestimmung«, wie er es nannte. Daladier versuchte, den Standpunkt zu verschieben: »Er fürchtete, daß die wahre deutsche Absicht der Zerfall der Tschechoslowakei und die Verwirklichung großdeutscher Ziele mittels eines Marsches nach Osten wäre.« Halifax brachte das praktische Argument vor, das er öfter angewandt hatte:

»Nichts läge ihm ferner als der Gedanke, daß es die französische Regierung versäumen könnte, ihre Verpflichtungen gegenüber der tschechoslowakischen Regierung einzulösen . . . Andererseits wüßten wir alle – und er glaube bestimmt, daß ihre fachlichen Ratgeber mit ihnen in diesem Punkt übereinstimmen würden –, daß es unmöglich sein würde, was auch immer wir selbst, die französische Regierung oder die sowjetische Regierung zu jedem gegebenen Augenblick unternähmen, dem tschechoslowakischen Staat zu irgendeinem wirksamen Schutz zu verhelfen. Wir könnten einen Krieg wegen des deutschen Angriffs führen, aber er glaube nicht, daß die Staatsmänner bei der auf einen solchen Krieg folgenden Friedenskonferenz dafür Sorge tragen

würden, die gegenwärtigen Grenzen der Tschechoslowakei wiederherzustellen.«

Chamberlain hatte eine geniale Idee. Die Tschechen weigerten sich aus Furcht vor dem Beispiel für ihre Polen und Ungarn, Territorium auf Grund einer Volksabstimmung zu übergeben; dann solle es ohne Volksabstimmung geschehen. »Es könnte als der freie Wille der tschechoslowakischen Regierung dargestellt werden . . . Das würde jeden Verdacht beseitigen, daß wir selbst das tschechoslowakische Territorium zerschneiden.« Daladier gab nach. Aber er stellte eine wesentliche Bedingung: Großbritannien mußte sich an einer Garantie für die Rest-Tschechoslowakei beteiligen. Das geschah nicht um der Tschechen willen – die Briten und Franzosen hatten sich bereits darauf geeinigt, daß sie nichts tun könnten, um der Tschechoslowakei zu helfen, weder jetzt noch später. Die Briten wurden vielmehr aufgefordert, Hitlers Behauptung zu garantieren, daß er Gerechtigkeit suche, nicht die Vorherrschaft über Europa. Daladier sagte:

»Wenn er sicher wäre, daß Herr Hitler die Wahrheit spräche, wenn er die übliche Nazi-Propaganda wiederhole, des Inhalts, daß über die Sudetendeutschen hinaus nichts gefordert würde und daß die deutschen Ziele damit erreicht wären, dann würde er nicht auf einer britischen Garantie bestehen. Aber er wäre in seinem Herzen davon überzeugt, daß Deutschland etwas weitaus Größeres anstrebe . . . Eine britische Garantie für die Tschechoslowakei würde deshalb Frankreich helfen in dem Sinne, den deutschen Marsch nach Osten aufzuhalten.«

Die Briten saßen nun in der Falle. Denn Chamberlains Politik beruhte auf dem Dogma, daß Hitler in gutem Glauben handele; er konnte dieses Dogma nicht verwerfen, ohne Daladiers Argumente zugunsten des Widerstandes anzunehmen. Deshalb mußte die Garantie gegeben werden. Die britischen Minister zogen sich für zwei Stunden zurück. Nach ihrer Rückkehr sagte Chamberlain: »Wenn die tschechoslowakische Regierung die Vorschläge annähme, die ihr jetzt vorgelegt würden, und dafür sorge, daß unterdessen kein militärischer Coup stattfände, wäre die Regierung Seiner Majestät bereit, sich der angeregten Garantie anzuschließen.«

Die britische Regierung hatte sich ständig geweigert, ihre Verpflichtungen östlich des Rheines auszudehnen, und hatte bekannt, nicht in der Lage zu sein, der Tschechoslowakei zu helfen, als diese stark war. Auf diese beiläufige Weise garantierte sie jetzt die Erhaltung der Tschechoslowakei, als diese schwach war, und garantierte gleichzeitig, was wichtiger war, die bestehende territoriale Ordnung ganz Osteuropas. Die Garantie wurde in der vertrauensvollen und sicheren Hoffnung abgegeben, daß sie nie in Kraft treten würde – nur zu dem Zweck abgegeben, den letzten Rest französischen Widerstandes zum Schweigen zu bringen. Aber Daladier hatte besser gebaut, als er ahnte. Er hatte Großbritannien verpflichtet, sich Hitlers Vormarsch im Osten zu widersetzen, und sechs Monate später fiel die Verpflichtung auf Großbritannien zurück. Am Abend des 18. September 1938, gegen 19 Uhr 30, gab Daladier Großbritannien den entscheidenden, wenn auch hinauszögernden Stoß, der es in den zweiten Weltkrieg hineinbefördern sollte[43].

Chamberlain stellte eine abschließende Frage: »Wie wäre die Lage, wenn Doktor Benesch nein sagte?« Daladier antwortete: »Die Frage müßte im Ministerrat besprochen werden.« Aber die Ereignisse nahmen eine andere Richtung. Am 19. September hießen die französischen Minister die englisch-französischen Vorschläge gut, ohne jedoch eine Entscheidung darüber herbeizuführen, was passieren sollte, wenn sie von den Tschechen zurückgewiesen würden. Theoretisch war der französisch-tschechische Vertrag noch vollkommen in Kraft. Außerdem richtete Benesch am 19. September zwei Fragen an die Sowjetunion: Wird die UdSSR unmittelbare wirksame Hilfe leisten, wenn Frankreich treu bleibt und ebenfalls Hilfe leistet? Wird die UdSSR der Tschechoslowakei als Mitglied des Völkerbundes in Übereinstimmung mit Artikel XVI und XVII beistehen[44]? Am 20. September antwortete die sowjetische Regierung auf die erste Frage: »Ja, sofort und wirksam«, auf die zweite: »Ja, in jeder Beziehung[45].« Benesch versuchte auch, aus Gottwald, dem Führer der tschechischen Kommunisten, herauszubekommen, ob die Sowjetunion selbst dann handeln würde, wenn Frankreich es nicht täte. Gottwald weigerte sich, in diese Sache hineingezogen zu werden: »Es war nicht seine Aufgabe, für die UdSSR zu antworten, aber niemand hatte irgendeinen Grund daran zu zweifeln, daß die UdSSR ihren Verpflichtungen nachkommen würde. Wenn es wegen der Verpflichtungen oder über sie hinaus etwas zu fragen gebe, dann solle Benesch genau formulieren, was, und eine Anfrage an die Regierung der UdSSR richten[46].« Das wollte Benesch jedoch nicht tun. Beim Abschiedstreffen hatte er zu Runciman gesagt: »Die Tschechoslowakei habe keine besonderen Abkommen mit den Russen getroffen, auch nicht für den Kriegsfall, und sie habe ohne Frankreich nichts getan und würde nichts tun[47].« Benesch blieb »westorientiert« trotz seiner Enttäuschungen, und selbst wenn er dazu geneigt hätte, sich auf Sowjetrußland allein zu verlassen, dann wäre die Mehrheit des tschechischen Kabinetts – angeführt von Hodža, dem Premierminister – stark genug gewesen, um ihn aufzuhalten.

Doch Benesch verzweifelte nicht. Er stand in ständiger Fühlung mit entschiedeneren Gruppen in Paris einschließlich einiger Minister, und er glaubte noch, daß Frankreich für die Tschechoslowakei umgestimmt werden könnte, wenn sein eigenes Vorgehen schlau genug wäre. Immerfort überschätzte Benesch die Möglichkeit, die französische Politik zu ändern, und unterschätzte vielleicht die, die britische zu ändern. Auf jeden Fall hatte er die Augen im entscheidenden Moment auf Paris gerichtet. Am 20. September wies die tschechoslowakische Regierung den englisch-französischen Vorschlag zurück und berief sich statt dessen auf den Schiedsspruchvertrag mit Deutschland. Eine halbe Stunde später sagte Hodža, wie es scheint, zu den britischen und französischen Vertretern, daß, wenn die Vorschläge »als eine Art Ultimatum« gedacht wären, sich Benesch und die Regierung in der Lage fühlen würden, sich der force majeure[48] zu beugen. Hodža versuchte, nach seinem eigenen Bericht, nur herauszufinden, ob die Franzosen ihren Verbündeten wirklich im Stich lassen wollten oder nicht; aber nach dem Bericht des französischen Gesandten flehte Hodža ihn tatsächlich um ein Ultimatum als »Deckung« für die tschechische Regierung an, die kapitulieren wolle. Über diesen Punkt werden wir die Wahrheit nie erfahren. Vielleicht wollten Hodža und seine

Mitarbeiter kapitulieren, unzweifelhaft jedoch wollte Bonnet, daß sie es taten. Wenn Benesch mit Hodžas Manöver einverstanden war, dann wahrscheinlich noch in der Hoffnung, bei den »Harten« in Paris den Widerstand zu zünden. Auf jeden Fall ergriff Bonnet die Chance mit beiden Händen, ob von Hodža gedrängt oder nicht. Das Ultimatum wurde richtig in Paris entworfen, um Mitternacht nur von Daladier und Lebrun gutgeheißen und Benesch am 21. September um 2 Uhr morgens übergeben. Es war eindeutig genug: Wenn die Tschechen die englisch-französischen Vorschläge ablehnten, wären sie für den unmittelbar darauf folgenden Krieg verantwortlich, die englisch-französische Solidarität würde zerbrechen, und unter diesen Umständen würde Frankreich nicht marschieren, da »der französische Beistand für die Tschechoslowakei wirkungslos wäre[49]«. Als sich am folgenden Morgen einige französische Minister darüber beschwerten, daß die Tschechen ohne Beschluß des Ministerrats preisgegeben worden waren, konnte Bonnet erwidern, daß es auf Hodžas Ersuchen hin geschehen wäre, und einmal mehr fügten sich die Dissidenten. Es war ein schändliches Geschäft, doch es stellt nur in einfachen Worten dar, was seit dem Augenblick im April unvermeidlich gewesen war, als die Franzosen entschieden, daß sie nicht ohne britische Unterstützung zum Krieg schreiten könnten, und als die Briten entschieden, daß sie für ihren Teil nicht in die Verteidigung der Tschechoslowakei verwickelt werden wollten. Zweifellos wäre es freundschaftlicher und ehrenhafter gewesen, dies Benesch zu Beginn klarzumachen. Aber Länder, die lange Großmächte gewesen sind, schrecken davor zurück anzuerkennen, daß sie es nicht länger sind. Sowohl Großbritannien als auch Frankreich waren 1938 für den »Frieden um jeden Preis«. Beide fürchteten den Krieg mehr als die Niederlage; deshalb sind die Überlegungen über die deutsche und die alliierte Stärke, die Debatten, ob Deutschland hätte geschlagen werden können, belanglos. Hitler bekam durch Kriegsdrohungen seinen Willen und hatte es nicht nötig, auf Sieg zu setzen.

Die Tschechen zögerten nicht weiter. Am 21. September mittags nahmen sie die englisch-französischen Vorschläge bedingungslos an. Doch Benesch war noch nicht geschlagen. Er vermutete, daß Hitler, von Erfolg gekrönt, seine Bedingungen erhöhen würde, und er hoffte, daß die britische und die französische öffentliche Meinung dann endlich revoltieren würden. Er riet richtig. Am 22. September traf Chamberlain Hitler in Bad Godesberg wieder. Hitler erklärte, daß die englisch-französischen Vorschläge nicht länger genügten. Die Sudetendeutschen würden massakriert – eine Feststellung, die nicht zutraf –, und ihr Territorium müßte sofort von deutschen Truppen besetzt werden. Warum schlug Hitler diesen Weg ein, wenn er durch Verhandlungen alles erhalten sollte, was er gefordert hatte? Wollte er den Krieg um des Krieges willen? Die meisten Historiker haben diese Erklärung anerkannt. Aber Hitler war immer noch der erfolgreiche Verschwörer, noch nicht »der größte Heerführer aller Zeiten.« Es gibt eine einleuchtendere Erklärung. Andere, die von dem deutschen Beispiel angeregt waren, brachten ihre Ansprüche auf tschechoslowakisches Territorium vor. Die Polen forderten Teschen, die Ungarn endlich forderten die Slowakei. Es bestand eine gute Möglichkeit, daß die Tschechoslowakei in Stücke fallen würde, wie es tatsächlich im März 1939 geschah. Deutschland würde dann die Rolle des Friedensstifters spielen, der eine neue Ordnung schafft und nicht eine alte zerstört. So hätte er Chamberlain »ins Gesicht lachen können[50]«. Deshalb suchte Hitler in Bad Godesberg Zeit zu gewinnen. Chamberlain drohte und bat, aber selbst sein Wink, daß die neuen Grenzen der Tschechoslowakei durch Verhandlungen wieder verändert werden könnten, half nichts. Hitler war an der Tschechoslowakei nicht länger interessiert; er sah voraus, daß, wenn die polnische und die ungarische Mine explodierten, sie nicht länger bestehen würde.

Das Godesberger Treffen endete daher mit einem Fehlschlag. Chamberlain kehrte nach London zurück und sah sich der eindeutigen Wahl zwischen Krieg oder Abdankung als Großmacht gegenüber. Er scheint sich selbst der zweiten Möglichkeit zugewandt zu haben unter der Bedingung, daß er dafür nur ein bißchen Anerkennung finden könnte. Denn schließlich konnte – nach seiner Ansicht – nichts die Teilung der

Tschechoslowakei verhindern. Warum sollte er dann nur wegen der Frage nach dem genauen Zeitpunkt, wann sie stattfinden würde, zum Krieg schreiten? In London hatte sich jedenfalls Halifax aufgelehnt – vielleicht wurde er, wie vermutet worden ist, »in den schlaflosen Nachtstunden« von seinem Gewissen aufgerüttelt, es ist aber wahrscheinlicher, daß er nur von den ständigen Beamten des Auswärtigen Amtes vorgeschickt wurde. Am 23. September hatte er schon entgegen Chamberlains ausdrücklicher Anweisung den Tschechen gesagt, daß nicht länger irgendein Einspruch gegen ihre Mobilisierung erhoben werden könnte, und sie mobilisierten pünktlich. Halifax fragte auch bei Litwinow nach, der das Völkerbundstreffen in Genf besuchte, »was die sowjetische Regierung unternehmen würde, falls die Tschechoslowakei in einen Krieg mit Deutschland verwickelt würde«. Damit näherten sich die Briten zum erstenmal während der Krise Sowjetrußland. Litwinow gab seine stehende Antwort: »Wenn die Franzosen den Tschechen zu Hilfe kämen, würde Rußland handeln.« Anscheinend sahen die Russen ihren Weg in dem Moment deutlicher, als die Polen drohten, gegen die Tschechoslowakei vorzugehen. Denn damit öffnete sich ihnen jetzt ein Weg nach Europa, und im Kriegsfall konnten sie das Land zurückgewinnen, das sie 1921 an Polen verloren hatten, selbst wenn das den Tschechen nicht viel half. Am 23. September warnte die sowjetische Regierung Polen, daß sie den sowjetisch-polnischen Nichtangriffspakt sofort kündigen würde, wenn die Polen in die Tschechoslowakei einfielen. Am 24. September fragte auch Gamelin die Russen, was sie unternehmen könnten. Sie erwiderten: Dreißig Infanteriedivisionen ständen an der Westfront (die Franzosen hatten in diesem Moment nur fünfzehn an der Maginot-Linie), die Luftstreitkräfte und Panzer wären »in voller Einsatzbereitschaft«. Außerdem drängten sie darauf, unmittelbare Stabsbesprechungen mit den Franzosen und Tschechen zu eröffnen. Gamelin stimmte zu, angeblich mit britischer Billigung[51]. In Wirklichkeit wurden jedoch keine Stabsbesprechungen abgehalten.

Die Franzosen zögerten noch. Am 24. September telegrafierte Phipps aus Paris: »Alle Franzosen, die etwas taugen,

sind gegen Krieg, *nahezu* um jeden Preis«, und er warnte davor, »auch nur den Anschein zu erwecken, als ob man eine kleine, aber laute und korrupte Kriegsgruppe ermutige[52]«. In einem späteren Telegramm erklärte er, daß er damit »die Kommunisten, die von Moskau bezahlt werden«, meinte. Dem Auswärtigen Amt gefiel diese Antwort nicht, und es befahl Phipps, weitere Erkundigungen einzuziehen. Er tat es und erwiderte zwei Tage später: »Die Leute sind resigniert, aber entschlossen ... Der ›petit bourgeois‹ hat vielleicht keine Lust, sein Leben für die Tschechoslowakei aufs Spiel zu setzen, während man von den meisten Arbeitern sagt, daß sie für ein Frankreich wären, das seine Verpflichtungen erfüllt[53].« Der französische Ministerrat zeigte jedoch von diesem entschlossenen Geist wenig. Am 24. September gelang es den Ministern jedenfalls nicht, sich darüber zu einigen, was Frankreich tun sollte, wenn Hitler in die Tschechoslowakei einfiele. Daladier und Bonnet wurden ausgeschickt, um in London eine Antwort zu finden. Am 25. September trafen sie mit den britischen Ministern zusammen. Daladier begann wie üblich in Kampfesstimmung. Hitler sollte aufgefordert werden, zu den englisch-französischen Vorschlägen vom 18. September zurückzukehren. Wenn er sich weigerte, »würde jeder von uns seine Pflicht zu tun haben«. Chamberlain antwortete: »Man könnte nicht in einen so großen Kampf ziehen, wenn man Augen und Ohren geschlossen hätte. Es wäre wesentlich, die Bedingungen zu kennen, bevor man eine Entscheidung träfe. Er wüßte daher weitere Informationen zu schätzen und bäte Sir John Simon, M. Daladier bestimmte Punkte vorzulegen.« Der große Advokat nahm daraufhin den Premierminister Frankreichs ins Kreuzverhör, als ob dieser ein Zeuge der Anklage oder ein Verbrecher wäre. Würden die Franzosen in Deutschland einfallen? Würden sie ihre Luftstreitkräfte einsetzen? Daladier wand und drehte sich, beschwor die sowjetische Macht und kam immer wieder auf die grundsätzliche Frage zurück. »Etwas würde er nie zugestehen, und das war ... die Zerstörung eines Landes und Herrn Hitlers Vorherrschaft über die Welt[54].« Das war der alte tote Punkt, Kriegsfurcht auf der einen Seite, Widerstreben zu kapitulieren auf der andern. Schließlich entschied man,

Gamelin zum Kommen aufzufordern und sich am folgenden Tag wieder zu treffen.

Gamelins Ansicht half nichts. Die deutsche Luftwaffe wäre überlegen. »Wir werden zu leiden haben, besonders die Zivilbevölkerung, aber wenn wir den Mut nicht sinken lassen, werden sich unsere Truppen an einem glücklichen Ende nicht hindern lassen.« Gamelin glaubte auch, daß sich die Tschechen mit dreißig Divisionen gegen vierzig deutsche halten könnten, wenn sich die Tschechen nach Mähren zurückzögen[55]. Später sagte er zu den britischen Militärexperten, daß Sowjetrußland drauf und dran wäre, in Polen einzufallen – »eine Aussicht, die unsern Verbündeten nicht gefiel.« Die versammelten Minister konsultierten jedoch Gamelin nicht, noch erwogen sie seine Ansichten. Als sie zusammenkamen, sagte ihnen vielmehr Chamberlain, daß er Horace Wilson mit einer persönlichen Botschaft zu Hitler schicken wolle, um für den Frieden zu werben. Die französischen Minister nahmen diese Lösung an und reisten nach Hause. Aber Halifax war noch voll Unruhe. Winston Churchill rief im Auswärtigen Amt an und bedrängte ihn, fest zu bleiben. In der Gegenwart der beiden entwarf ein Beamter, Rex Leeper, ein Kommuniqué: »Wenn Deutschland die Tschechoslowakei angreift . . ., wird Frankreich verpflichtet sein, ihr zu Hilfe zu kommen, und Großbritannien und Rußland werden mit Sicherheit zu Frankreich stehen.« Obwohl Halifax das Kommuniqué »guthieß«, unterzeichnete er es nicht. Durch diesen Umweg sicherte er sowohl seine Gegenwart als auch seine Zukunft: Er behielt Chamberlains Vertrauen und war doch später der einzige »Münchner Mann«, der bei Churchill weiterhin hoch im Kurs stand. Damals zeitigte das Kommuniqué nur wenig Wirkung. In Paris prangerte Bonnet es als Fälschung an, und Chamberlain erkannte es praktisch nicht an, indem er später abends einen eigenen Bericht herausgab und wiederum versprach, alle Forderungen Hitlers zu erfüllen.

Wilson bemerkte an Hitler am 26. September keine Wirkung. Ganz im Gegenteil, Hitler hielt an diesem Abend eine Rede, in der er zum ersten Male seine Entschlossenheit verkündete, das sudetendeutsche Territorium am 1. Oktober zu

besetzen. Wilson wurde daher angewiesen, eine Sonderbotschaft zu übergeben, »mehr in Sorge als im Zorn«:

»Wenn Deutschland die Tschechoslowakei angreifen würde, würde Frankreich spüren, daß es seine vertraglichen Verpflichtungen erfüllen müßte . . . Wenn das dazu führen würde, daß die Streitkräfte Frankreichs aktiv in Feindseligkeiten gegen Deutschland verwickelt würden, dann würde sich die britische Regierung verpflichtet fühlen, es zu unterstützen[56].«

Hitler gab vor, durch diese angebliche Drohung verletzt zu sein. Aber sie war nicht ernst gemeint. Die britische Regierung drängte die französische, selbst dann nicht anzugreifen, wenn die Tschechoslowakei überfallen würde, weil dadurch »automatisch ein Weltkrieg in Gang« käme, »der die Tschechoslowakei unglücklicherweise in keiner Weise retten könnte[57]«. Bonnet stimmte vollkommen zu. Und Phipps berichtete: »Frankreich . . . denkt nicht daran, gegen Deutschland einen hoffnungslosen Angriffskrieg zu führen, auf den es nicht vorbereitet ist[58].« Weitere Appelle flogen Hitler zu: neue Appelle Chamberlains, Versicherungen Frankreichs, daß Deutschland auf jeden Fall bis zum 1. Oktober drei Viertel des Sudetenlandes haben könnte, und schließlich am 28. September ein Appell Mussolinis. Auf diesen letzten Appell reagierte Hitler freundlich: Er werde vierundzwanzig Stunden lang stillhalten, um eine Viermächtekonferenz in München zu ermöglichen. Warum hielt Hitler im letzten Moment inne? War er durch erneute Warnungen seiner Generäle unsicher geworden? Vermutete er, daß das deutsche Volk gegen Krieg wäre? Wurde er durch Mussolinis Zögern zurückgehalten? Unter der Voraussetzung, daß er zum Krieg schreiten wollte, sind all diese Erklärungen möglich. Aber alle Zeichen sprechen für eine andere Deutung. Hitlers Ansichten vor der Krise, seine Geschicklichkeit darin, die Tür für einen Kompromiß – oder vielmehr für einen friedlichen Sieg – offenzuhalten, läßt darauf schließen, daß er nie die Selbstbeherrschung verlor. Er hatte darauf gewartet, daß die Tschechoslowakei auseinanderfallen würde. Aber es geschah nichts Derartiges. Die polnische Forderung auf Teschen reichte trotz unbarmherzigen Nachdrucks nicht aus. Nur eine

ungarische Aktion konnte die Tschechoslowakei erschüttern, und die Ungarn handelten nicht, vielleicht aus Furcht vor der Kleinen Entente, vielleicht aus Widerstreben, sich Hitlers Seite ganz zu verschreiben. Der 28. September war der letzte Moment, da Hitler den Krieg abblasen konnte. Er konnte versöhnlich erscheinen und doch seine Gewinne einstreichen.

Am 28. September sprach Chamberlain im Unterhaus. Er hatte bereits an Mussolini als Vermittler appelliert, und er hatte gute Gründe für die Annahme, daß diese Vermittlung erfolgreich sein würde. Die britische Meinung hatte sich verhärtet: Die Tschechen, nicht die Sudetendeutschen, wurden nun von vielen als das unterdrückte Volk angesehen. Chamberlain wollte diese Opposition zum Schweigen bringen und betonte daher die Kriegsgefahr, nicht die Berechtigung der deutschen Ansprüche. Das half. Als er gegen Ende seiner Rede – in einer bewußt dramatischen Weise – ankündigte, daß sich die vier Mächte in München treffen wollten, machte sich das Unterhaus vor Erleichterung in hysterischer Weise Luft – jedenfalls auf der konservativen Seite. »Gott sei Dank für diesen Premierminister.« Dieser Triumph war jedoch mit Bitterkeit vermischt. Die Beschwichtigungspolitik war ursprünglich als unparteiische Erwägung gegensätzlicher Ansprüche und Korrektur früherer Fehler gedacht gewesen. Jetzt schien ihr Motiv selbst auf britischer Seite Furcht zu sein. Chamberlain ging nicht nach München, um Gerechtigkeit für die Sudetendeutschen zu suchen, nicht einmal, um den Franzosen den Krieg zu ersparen, er ging, jedenfalls schien es so, um die Briten vor einem Luftangriff zu bewahren. Die Beschwichtigungspolitik hatte ihre moralische Kraft eingebüßt. Vor seiner Abreise telegrafierte Chamberlain nach Prag: »Bitte versichern Sie Doktor Benesch, daß ich der Interessen der Tschechoslowakei vollkommen eingedenk sein werde[59].« In Wirklichkeit waren die Tschechen von dem Treffen ausgeschlossen worden aus Furcht, daß sie Schwierigkeiten machen könnten. Die Russen wurden ebenso ausgeschlossen. Halifax versuchte, die Zukunft nicht zu verbauen, indem er Maisky, dem sowjetischen Botschafter, versicherte, daß dieser Ausschluß »keineswegs für unsere Seite und zweifellos

ebensowenig für die der französischen Regierung ein Anzeichen sei, daß der Wunsch, die Verständigung und die Beziehungen zur sowjetischen Regierung aufrechtzuerhalten, schwächer geworden ist«. Maiskys Haltung schien Halifax »leicht mißtrauisch, was allerdings zu erwarten stand[60]«.

Chamberlain und Daladier trafen sich nicht vorher, um ihre Politik zu koordinieren. Es bestand keine Notwendigkeit, die Kapitulation zu koordinieren, oder vielleicht befürchtete Chamberlain, daß Daladier einmal mehr fruchtlos versuchen würde, den Widerstand zu koordinieren. Aber Hitler traf vorher Mussolini und beunruhigte ihn mit Plänen für einen Blitzkrieg gegen Frankreich, an dem Italien teilnehmen sollte. Kurz bevor die Konferenz zusammentrat, erhielt Mussolini von Attolico, seinem Botschafter in Berlin, die Bedingungen, die vom deutschen Außenministerium entworfen worden waren – angeblich ohne Hitlers Wissen. Wie auch immer die Sache sich verhielt, sie kam Hitler entgegen. Mussolini brachte die Bedingungen mit dem Air des unparteiischen Vermittlers vor, und Hitler konnte sich versöhnlich zeigen, indem er ihnen zustimmte. Der Anschein eines Diktates wurde vermieden. Bis zum Schluß stellte Hitler keine Forderungen, er nahm nur gnädig an, was die andern ihm anboten. Die vereinbarten Bedingungen waren nur insoweit ein Kompromiß, als das Sudetenland stufenweise besetzt werden sollte, ganz erst bis zum 10. Oktober, anstatt auf einen Schlag – ein Plan, der auf jeden Fall technisch nicht durchführbar war. Keiner fragte nach den Gebieten, die übergeben werden sollten. Chamberlain bemäkelte die finanziellen Einzelheiten, Mussolini brachte die ethnischen Ansprüche der Ungarn vor und wurde von Hitler, der an den Ungarn nicht mehr interessiert war, nachdem sie die Tschechoslowakei nicht zerstört hatten, abgewimmelt. Die Diskussion ging bis kurz nach Mitternacht planlos weiter, durch das Essen lange unterbrochen. Dann wurden die ursprünglichen Bedingungen, die Mussolini vorgelegt hatte, praktisch unverändert angenommen. Als sich die vier Staatsmänner zur Unterzeichnung niedersetzten, entdeckten sie, daß in dem prunkvollen Tintenfaß keine Tinte war.

Tschechoslowakische Vertreter hatten im Vorraum gewartet

in der Hoffnung, praktische Schwierigkeiten bereiten zu können. Aber man weigerte sich, sie anzuhören. Um 2 Uhr morgens wurden sie zu Chamberlain und Daladier gerufen, und man zeigte ihnen das Abkommen. Daladier machte ihnen klar, daß »es ein Urteil ohne Recht auf Berufung und ohne Möglichkeit zur Abänderung war«. Die Tschechoslowakei müsse bis 5 Uhr morgens annehmen oder die Konsequenzen tragen. Chamberlain gähnte und gab keinen Kommentar, er war »müde, aber angenehm müde«. In Prag wandte sich am folgenden Morgen Benesch verzweifelt an den sowjetischen Botschafter. Die Tschechoslowakei »hat die Wahl, entweder einen Krieg mit Deutschland zu beginnen und Britannien und Frankreich gegen sich zu haben . . . oder vor dem Angreifer zu kapitulieren«. Welche Haltung würde die UdSSR gegenüber diesen zwei Möglichkeiten einnehmen, »also gegenüber weiterem Kampf oder Kapitulation«? Bevor die sowjetische Regierung die Frage erörtern konnte, informierte ein weiteres Telegramm sie darüber, daß eine Antwort nicht nötig war: »Die tschechoslowakische Regierung hat sich schon entschlossen, alle Bedingungen anzunehmen[61].« Man kann kaum glauben, daß die Anfrage ernst gemeint war. Benesch blieb seinem Entschluß treu, daß die Tschechoslowakei nicht allein oder mit Sowjetrußland als einzigem Verbündeten kämpfen könnte. Jahre darauf, 1944, behauptete er, daß ihn die polnische Drohung wegen Teschen endgültig zur Kapitulation getrieben hätte; wenn das stimmt, so war sie nur ein Stoß in die Richtung, die er entschlossen war zu gehen. Benesch glaubte immer noch – zu Recht, wie sich zeigte –, daß Hitler sich übernehmen würde, aber dieser Vorgang dauerte länger, als er gehofft hatte. Währenddessen blieben den Tschechen die Schrecken des Krieges erspart, nicht nur 1938, sondern während des ganzen zweiten Weltkrieges. Danach konnte Benesch, als er Prag vom Präsidentenpalais überschaute, sagen: »Ist es nicht schön? Die einzige nicht zerstörte mitteleuropäische Stadt. Und alles mein Werk.« Am 30. September trafen sich Chamberlain und Hitler erneut. Chamberlain sagte: »Ich bin von den Ergebnissen der gestrigen Verhandlungen sehr befriedigt.« Anschließend an eine ziellose Diskussion über die Abrüstung

und die spanische Frage folgerte er: »Es würde für die beiden Länder und für die Welt im ganzen nützlich sein, wenn sie eine Erklärung herausgeben könnten, die das Abkommen zwischen ihnen als wünschenswert für bessere englisch-deutsche Beziehungen und um eine größere Stabilität in Europa zu erreichen ausweist«; und er legte einen Entwurf vor, den er mitgebracht hatte. Diese Erklärung stellte »das in der letzten Nacht unterzeichnete Abkommen und das englisch-deutsche Flottenabkommen als Symbole des Wunsches der beiden Völker, nie wieder gegeneinander in den Krieg zu ziehen«, dar. Sie fuhr fort:

»Wir sind entschlossen, die Methode der Konsultation anzuwenden, um alle möglichen Fragen zu regeln, die unsere beiden Länder betreffen mögen, und wir sind gewillt, in unseren Anstrengungen fortzufahren, um mögliche Quellen von Schwierigkeiten zu beseitigen und um auf diese Weise dazu beizutragen, den Frieden Europas zu sichern[62].«

Der Entwurf wurde Hitler übersetzt. Er begrüßte ihn begeistert. Die beiden unterzeichneten ihn. Die Staatsmänner kehrten in ihre jeweiligen Länder zurück. Daladier erwartete düsteren Sinnes, auf eine feindliche Menge zu stoßen. Er war verblüfft über den Beifall, der ihn empfing. Chamberlain hatte keine solchen bösen Ahnungen. Als er aus dem Flugzeug trat, winkte er mit der Erklärung, die er mit Hitler unterzeichnet hatte, und rief: »Ich hab's geschafft.« Auf dem Weg nach London bedrängte ihn Halifax, die Stimmung des Augenblicks nicht durch die Abhaltung einer Parlamentswahl und durch die Schaffung einer echten Nationalregierung mit Liberalen und Labour Party zusammen mit Churchill und Eden auszunützen. Man sagt Chamberlain nach, daß er Halifaxens Zweifel teilte und daß er über den Beifall sagte: »All das wird in drei Monaten vorbei sein.« Aber an diesem Abend erschien er in Downing Street 10 am Fenster und sagte der Menge: »Das ist das zweitemal, daß ein ehrenhafter Frieden aus Deutschland zur Downing Street zurückkehrt. Ich glaube, daß es der Frieden für unsere Zeit ist.«

KAPITEL IX

FRIEDEN FÜR SECHS MONATE

Die Münchner Konferenz sollte den Beginn einer Epoche in Europas Geschichte bezeichnen. »Versailles« – das System von 1919 – war nicht allein tot, sondern jetzt auch begraben. Ein neues System, das auf der Gleichheit und dem gegenseitigen Vertrauen der vier großen europäischen Mächte beruhte, sollte seinen Platz einnehmen. Chamberlain sagte: »Ich glaube, daß es der Frieden für unsere Zeit ist«, Hitler erklärte: »Ich werde in Europa keine weiteren territorialen Forderungen stellen.« Die internationale Politik mußte zwar noch große Probleme regeln. Der Spanische Bürgerkrieg war noch nicht aus. Deutschland hatte seine Kolonien nicht zurückgewonnen. Schließlich würden Abkommen über die Wirtschaftspolitik und die Rüstung erzielt werden müssen, bevor die Ruhe in Europa wiederhergestellt war. Aber keine dieser Fragen drohte, einen allgemeinen Krieg zu provozieren. Der Beweis war angetreten worden, daß Deutschland durch friedliche Verhandlungen die Stellung in Europa erreichen konnte, auf die es dank seiner Fähigkeiten ein Recht hatte. Die große Hürde war mit Erfolg genommen worden: Das gegen Deutschland gerichtete System war durch ein Abkommen, ohne Krieg abgebaut worden. Doch innerhalb von sechs Monaten war ein neues System gegen Deutschland aufgebaut, innerhalb eines Jahres befanden sich Großbritannien, Frankreich und Deutschland im Krieg. War »München« von Anfang an ein Betrug – für Deutschland nur ein Schritt auf dem Weg zur Welteroberung oder auf der Seite Großbritanniens und Frankreichs nur ein Kunstgriff, um Zeit zu kaufen, bis ihre Wiederaufrüstung weiter fortgeschritten war? So sieht es rückblickend aus. Als die Politik von München

scheiterte, erklärte jeder, daß er ihr Scheitern erwartet hätte, und die Teilhaber klagten sich nicht nur gegenseitig des Betruges an, sondern rühmten sich, sich selbst betrogen zu haben. In Wirklichkeit sah keiner so klar, wie er es später vorgab, und die vier Männer von München waren alle in ihrer Weise aufrichtig, obwohl jeder Vorbehalte machte, die er den andern verschwieg.

Die Franzosen gestanden am meisten zu, und zwar mit der geringsten Hoffnung für die Zukunft. Sie gaben ihre Stellung als stärkste europäische Macht auf, deren sie sich – so sah es jedenfalls aus – seit 1919 erfreut hatten. Aber was sie aufgaben, war in Wirklichkeit nur ein Anschein. Sie wichen mehr den bestehenden Tatsachen als der Gewalt. Sie hatten allezeit angenommen, daß die Vorteile, die sie 1919 und später erzielt hatten – die Beschränkungen für Deutschland und die Bündnisse mit osteuropäischen Staaten –, Aktiva wären, deren sie sich untätigerweise erfreuen könnten, nicht Gewinne, die sie heftig verteidigen müßten. Daher krümmten sie keinen Finger, um nach der Ruhr-Besetzung 1923 das System von Versailles durchzusetzen. Daher verzichteten sie auf die Reparationen, daher fügten sie sich in die Wiederaufrüstung Deutschlands, daher ließen sie die deutsche Wiederbesetzung des Rheinlandes zu, daher taten sie nichts, um die Unabhängigkeit Österreichs zu schützen. Daher hielten sie ihre Bündnisse mit Osteuropa nur aus dem Glauben heraus aufrecht, daß sie ihnen helfen würden, wenn Deutschland Frankreich angriffe. Daher gaben sie ihren Verbündeten, die Tschechoslowakei, in dem Moment auf, wo er drohte, ihnen Risiken anstatt Sicherheit einzubringen. München war die logische Kulmination der französischen Politik, nicht ihre Umkehrung. Die Franzosen erkannten an, daß sie ihre Vorherrschaft über Osteuropa eingebüßt hatten, und sie wußten, daß sie nicht wiederhergestellt werden konnte. Damit ist jedoch bei weitem nicht gesagt, daß sie um sich selbst bangten. Im Gegenteil, sie akzeptierten die britische These, die die Briten seit Locarno immer gepredigt hatten, daß sie sich in geringerer Kriegsgefahr befänden, wenn sie sich hinter den Rhein zurückzögen. Sie hatten der Größe die Sicherheit vorgezogen – vielleicht eine ordinäre Politik, aber eine

ungefährliche. Selbst 1938 befürchteten sie, obwohl sie vor einem Luftangriff bangten, keine Niederlage, falls sie zum Krieg gedrängt wurden. Gamelin bekräftigte immer, daß die demokratischen Mächte gewinnen würden, und die Politiker glauben ihm. Aber wann würde der springende Punkt erreicht sein? Diese Frage war es, die seit 1923 eine französische Aktion verhindert hatte und die sie auch jetzt verhinderte. Deutschland würde, selbst wenn es geschlagen war, noch existieren, groß, mächtig, entschlossen zur Wiederherstellung seiner Position. Der Krieg konnte die Uhr anhalten. Er konnte sie aber nicht zurückstellen, und war er vorbei, würden die Ereignisse demselben Ende zustreben wie vorher. Deshalb waren die Franzosen bereit, alles, mit Ausnahme ihrer eigenen Sicherheit, aufzugeben, und daß sie sie in München aufgegeben hätten, glaubten sie nicht. Sie besaßen ein festes und, wie sich herausstellte, gutbegründetes Vertrauen in die Uneinnehmbarkeit der Maginot-Linie – so fest, daß sie, weniger richtig, den Westwall für ebenso uneinnehmbar ansahen. Sie nahmen an, daß in Westeuropa ein Patt hergestellt worden wäre. Sie konnten das Vorrücken der deutschen Macht in Osteuropa nicht verhindern, dafür konnte aber auch Deutschland nicht in Frankreich einfallen. Die Franzosen waren – wie sie glaubten – in München gedemütigt, jedoch nicht gefährdet worden.

Die britische Position war komplizierter. Die Sittlichkeit fand in die französischen Überlegungen keinen Eingang, und wenn sie ihn fand, dann nur, um sogleich verabschiedet zu werden. Die Franzosen erkannten zwar an, daß es ihre Pflicht war, der Tschechoslowakei zu helfen, sie lehnten aber diese Pflicht ab, weil sie entweder zu gefährlich oder zu schwierig war. Léon Blum verlieh den französischen Gefühlen den besten Ausdruck, als er das Münchner Abkommen mit einer Mischung aus Schamgefühl und Erleichterung begrüßte. Aber bei den Briten zählte die Sittlichkeit eine ganze Menge. Die britischen Staatsmänner benützten praktische Argumente: die Gefahr vor Luftangriffen, die Rückständigkeit ihrer Wiederaufrüstung, die Unmöglichkeit der Tschechoslowakei zu helfen, selbst wenn sie entsprechend gerüstet wären. Aber diese Argumente wurden benützt, um die Sittlichkeit zu stärken,

nicht um sie zum Schweigen zu bringen. Die britische Politik im Hinblick auf die Tschechoslowakei entsprang dem Glauben, daß Deutschland auf Grund des nationalen Prinzips ein moralisches Recht auf das Sudetenland hätte, und sie zog daraus den weiteren Schluß, daß dieser Sieg der Selbstbestimmung für einen stabileren, dauerhafteren Frieden in Europa sorgen würde. Die britische Regierung wurde nicht allein aus Kriegsfurcht dazu getrieben, die Zerstückelung der Tschechoslowakei anzuerkennen. Vielmehr begann sie vorsätzlich, den Tschechen diese Landabtretung aufzudrängen, bevor die Kriegsdrohung ihr Haupt erhob. Das Münchner Abkommen war ein Triumph der britischen Politik, die genau auf dieses Ziel hingearbeitet, kein Triumph für Hitler, der nicht mit solch klaren Absichten begonnen hatte. Es war auch nicht nur ein Triumph der egoistischen oder zynischen britischen Staatsmänner, denen das Schicksal abgelegener Völker gleichgültig war oder die überlegten, ob Hitler in einen Krieg gegen Sowjetrußland getrieben werden könnte. Es war ein Triumph für alles, was am britischen Lebensstil gut und sauber ist, ein Triumph derer, die gleiches Recht für alle Völker gepredigt, ein Triumph derer, die mutig die Grausamkeit und Kurzsichtigkeit von Versailles angeprangert hatten. Brailsford, die führende sozialistische Autorität auf dem Gebiet der Außenpolitik, schrieb 1920 über die Friedensregelung: »Der schlimmste Verstoß war die Unterwerfung von über drei Millionen Deutschen unter tschechische Herrschaft[1].« Das war der Verstoß, der in München wiedergutgemacht wurde. Idealisten konnten behaupten, daß die britische Politik langsam und unentschlossen gewesen war. Aber 1938 büßte sie für diese Fehler. Mit Geschicklichkeit und Ausdauer brachte Chamberlain zuerst die Franzosen und dann die Tschechen dazu, der moralischen Linie zu folgen.

Es gab ein Argument gegen die Abtretung des Sudetenlands an Deutschland – das Argument, daß wirtschaftliche und geographische Bande wichtiger wären als nationale. Es war das Argument gegen die Zerschlagung der Habsburger Monarchie gewesen; aber die Tschechen, die bei der Zerschlagung der Monarchie die Führung übernommen hatten, konnten dieses Argument nicht anwenden, ebensowenig ihre Fürspre-

cher in Westeuropa. Der Streit mußte daher aus dem Feld der Sittlichkeit in das der praktischen Erwägungen verlegt werden – in das, was mißbilligend Realpolitik genannt wird. Die offenherzigsten Gegner Münchens, wie zum Beispiel Winston Churchill, behaupteten ganz einfach, daß Deutschland für Europa zu mächtig würde und daß es durch die Drohung einer großen Koalition oder, wenn notwendig, durch Waffengewalt gebremst werden müßte. Die Selbstbestimmung – der Grundsatz, dem die Tschechoslowakei ihre Existenz verdankte – wurde als Betrug abgetan. Das einzige sittliche Argument, das benützt wurde, war, daß die Grenzen der bestehenden Staaten unantastbar wären und daß sich jeder Staat innerhalb seiner eigenen Grenzen aufführen könne, wie er wolle. Das war das Argument der Rechtmäßigkeit, das Argument Metternichs und des Wiener Kongresses. Seine Anerkennung hätte nicht nur die Zerschlagung der Habsburger Monarchie verboten, sondern auch die Erlangung der Unabhängigkeit für die britischen Kolonien in Amerika. Im Munde der britischen Linken stellte es 1938 jedenfalls ein merkwürdiges Argument dar, und es machte ihr auch Beschwerden – daher die Unentschlossenheit und Unwirksamkeit ihrer Kritik. Duff Cooper, der Erste Lord der Admiralität, hatte keine solchen Zweifel, als er aus Protest gegen das Münchner Abkommen zurücktrat. Wie es sich für einen bewundernden Biographen Talleyrands gehört, sorgte er sich um das Gleichgewicht der Mächte und um die britische Ehre, nicht um die Selbstbestimmung oder um die Ungerechtigkeiten von Versailles. Für ihn war 1938 die Tschechoslowakei genausowenig das wahre Problem gewesen wie 1914 Belgien. Diese Argumentation hatte zwar die sittliche Gültigkeit der britischen Stellung im ersten Weltkrieg zerstört; aber sie besaß für die konservative Mehrheit im Unterhaus Anziehungskraft. Daher mußte Chamberlain in der dem Argument eigenen Machtterminologie darauf antworten. Er konnte die mangelnde Kampfbereitschaft der Franzosen, die auf westlicher Seite die wirklich entscheidende Schwäche gebildet hatte, nicht betonen. Deshalb mußte er Großbritannien so hinstellen, als ob es selbst nicht in der Lage gewesen wäre, gegen Deutschland zu kämpfen.

Chamberlain wurde jedoch von seinem eigenen Argument erschlagen. Wenn Großbritannien zum Kampf zu schwach gewesen war, dann mußte die Regierung die Wiederaufrüstung beschleunigen, und das schloß Zweifel an Hitlers Redlichkeit ein, ob man solche Zweifel nun offen bekannte oder nicht. Außerdem zeugt sich Mißtrauen fort. Es ist zweifelhaft, ob Hitler vor München Chamberlains Aufrichtigkeit ernst nahm; aber es ist sicher, daß er es einige Tage später nicht mehr tat. Nach Chamberlains eigener Anschauung hatte sich das, was als Beschwichtigung gemeint war, in Kapitulation verkehrt. Hitler zog daraus die Lehre, daß Drohungen seine mächtigste Waffe wären. Die Versuchung, sich Münchens als eines Triumphes der Stärke zu rühmen, war zu groß, um ihr zu widerstehen. Hitler erwartete nicht mehr, Gewinne aus der Schaustellung seiner Beschwerden wegen Versailles zu ziehen, er wollte jetzt vielmehr die britischen und französischen Ängste ausnützen. Auf diese Weise bestätigte er den Argwohn derjenigen, die München als feige Kapitulation angriffen. Die internationale Sittlichkeit war auf einem Tiefpunkt angelangt. Paradoxerweise war letzten Endes Benesch der wahre Sieger von München. Denn als die Tschechoslowakei Territorium einbüßte und später auch ihre Unabhängigkeit, verlor Hitler den moralischen Vorteil, der ihn bis dahin unwiderstehlich gemacht hatte. München wurde zu einem gefühlserregenden Wort, zu einem Symbol der Schande, über das man noch immer nicht leidenschaftslos sprechen kann. Es kam weniger darauf an, was in München getan wurde, als auf die Art, in der es getan wurde, und was beide Seiten später darüber sagten, zählte noch mehr.

In München hatte es zwei leere Stühle gegeben, oder es waren vielmehr für zwei Großmächte keine Stühle vorgesehen gewesen, obwohl jede Anspruch auf eine Einladung besaß. Auf dem Höhepunkt der Krise drängte Präsident Roosevelt auf ein Treffen in irgendeiner neutralen Hauptstadt. Er wies nicht darauf hin, ob ein amerikanischer Vertreter daran teilnehmen würde, und auf jeden Fall »wird die Regierung der Vereinigten Staaten ... keine Verpflichtung bei der Leitung der gegenwärtigen Verhandlungen übernehmen«. Auf die Nachrichten von der Münchner Konferenz

hin lobte Roosevelt Chamberlain: »Guter Mann«. Später, als die Beschwichtigung vergällt war, freuten sich die Amerikaner, daß sie nicht in München gewesen waren. Sie konnten nun die Briten und Franzosen für das verurteilen, was sie selbst an deren Stelle getan hätten. Der Mangel an amerikanischer Unterstützung hatte dazu geholfen, daß die »demokratischen« Mächte nachgiebig wurden. Und doch zogen die Amerikaner aus München die Lehre, daß sie diese schwachen Mächte noch weniger unterstützen sollten. Roosevelt, der in innenpolitische Schwierigkeiten verwickelt war, hatte nicht die Absicht, seine Sorgen durch eine provozierte Auseinandersetzung über außenpolitische Angelegenheiten zu vergrößern. Europa konnte also seinen Weg ohne Amerika fortsetzen.

Die Russen hatten einen genaueren Plan für eine Konferenz vorgelegt. Sie hatten ein Treffen der »friedliebenden Mächte« gewünscht, um den Widerstand gegen den Angreifer zu koordinieren. Auch sie konnten die Haltung sittlicher Überlegenheit annehmen. Sie protzten mit ihrer eigenen Loyalität gegenüber Vertragsverpflichtungen und schoben alle Schuld auf die französische Schwäche. Am 30. September sagte ein sowjetischer Diplomat: »Es fehlte nicht viel, und wir hätten uns auf eine verfaulte Planke gestützt. Nun gehen wir einen andern Weg.« Potyomkin, der stellvertretende Außenkommissar, wurde deutlicher, als er zu Coulondre sagte: »Mein armer Freund, was habt ihr da angestellt? Für uns sehe ich nun keine andere Lösung mehr als eine vierte Teilung Polens.« Die Russen behaupteten zwar, nicht um ihre eigene Sicherheit zu bangen. Litwinow sagte zu Coulondre: »Es steht ihm (Hitler) frei, sich an Großbritannien oder die UdSSR heranzuwagen. Er wird das erstere wählen ... um dieses Unternehmen zu einem guten Ende zu führen, wird er es verstehen, sich mit der UdSSR zu verständigen[2].« Innerlich waren die Russen jedoch nicht so zuversichtlich. Hitler kam ihnen nicht entgegen, er behauptete vielmehr, daß er Europa vor dem Bolschewismus errettet hätte. Geistreiche Beobachter erwarteten Hitlers nächsten Schachzug in Richtung auf die Ukraine – ein Schachzug, dem die westlichen Staatsmänner mit einigem Vergnügen entgegensahen, die sowjetischen Staatsmänner dagegen mit Furcht. Die sowjetischen Herrscher hätten sich gern von Europa abgesondert, aber sie waren sich keineswegs sicher, ob Europa sich von ihnen absondern würde. Deshalb mußten sie nach einer kurzen Periode der Gegenanklage ihren Ruf nach einer Volksfront und nach kollektiver Sicherheit gegen einen Angriff erneuern. Es fällt jedoch schwer zu glauben, daß sie sich von dieser Politik einen Erfolg versprachen.

Jeder sprach über Hitlers nächsten Schritt in die eine oder andere Richtung. Derjenige, der darüber am wenigsten sprach und offensichtlich am wenigsten nachdachte, war Hitler selbst. Der genaue Fahrplan, der ihm von vielen Autoren zugeschrieben wird – München im September 1938, Prag im März 1939, Danzig im September –, beruht auf keinem zeitgenössischen Beweis. Hitler kehrte nach seinem strahlenden Münchner Erfolg auf den Berghof zurück, wo er seine Zeit damit verbrachte, Traumentwürfe für den Wiederaufbau von Linz zu zeichnen, der österreichischen Stadt, in der er zur Schule gegangen war. Gelegentlich grollte er darüber, daß ihm ein Krieg gegen die Tschechoslowakei versagt worden war. Aber man muß die Menschen danach beurteilen, was sie tun, nicht danach, was sie hinterher sagen. Wieder einmal wartete er auf Ereignisse, die ihn mit einem zukünftigen Erfolg versorgen könnten. Der Generalstab suchte um eine Anweisung für seine nächsten Schritte nach. Hitler antwortete am 21. Oktober: »Die Wehrmacht muß jederzeit auf folgendes vorbereitet sein: 1. die Grenzen des Deutschen Reiches zu sichern und es vor überraschenden Luftangriffen zu schützen; 2. die Reste des tschechischen Staates zu liquidieren.« Das waren Vorbeugungsmaßnahmen, keine Angriffspläne. Das macht die Fortsetzung der Anweisung deutlich: »Es muß möglich sein, die Rest-Tschechei jederzeit zerschlagen zu können, wenn sie etwa eine deutsch-feindliche Politik treiben würde[3].« Am 17. Dezember wurde der Wehrmacht gesagt: »Auch nach außen muß klar in Erscheinung treten, daß es sich nur um eine Befriedungsaktion und nicht um eine kriegerische Unternehmung handelt[4].« Diese Anweisungen sind oft als Beweis dafür zitiert worden, daß Hitler bei der Annahme des Münchner Abkommens in keiner

Weise aufrichtig gewesen sei. Die Wahrheit ist vielmehr, daß Hitler zweifelte, ob das Abkommen funktionieren würde. Obwohl er oft als politisch ungebildet hingestellt wird, verstand er das böhmische Problem besser als andere europäische Staatsmänner und glaubte, ohne dabei böse Absichten zu hegen, daß eine unabhängige Tschechoslowakei nicht weiterbestehen könne, wenn sie ihrer natürlichen Grenzen beraubt und das tschechische Ansehen gesunken wäre. Darin lag kein Wunsch, die Tschechoslowakei zu zerstören. Diesen Glauben hatten auch Masaryk und Benesch, als sie 1918 die Tschechoslowakei schufen; es war der Grundsatz, auf dem die tschechoslowakische Unabhängigkeit von Anfang bis Ende ruhte.

Was sollte, wenn die Tschechoslowakei in Stücke fiel, ihren Platz einnehmen? Hitler hatte sich in Godesberg während der tschechischen Krise für eine freigebige Verteilung tschechoslowakischen Territoriums an Ungarn und Polen ausgesprochen als Belohnung, falls sie die Initiative ergreifen würden. Später änderte er seine Ansicht. Beide Länder hatten sich zurückgehalten, bis die Krise nahezu vorüber war, beide hofften offensichtlich, mit beiden Parteien gut Freund zu bleiben. Am 14. Oktober sagte er zu einem ungarischen Vertreter, »daß wir nicht im geringsten Grund hätten, böse zu sein ... sondern (daß er) nur gewarnt habe, daß (Ungarn) ... zu kurz käme[5].« Eine unterwürfige Tschechoslowakei schien ihm nun das bessere zu sein. Hitler war ein rationaler, wenn auch zweifellos ein bösartiger Staatsmann. Sein Ziel war die ständige Ausbreitung der deutschen Macht, nicht die theatralische Entfaltung des Ruhms. Für seinen Zweck war es nützlicher, Satelliten zu haben, als sich unmittelbar Territorium einzuverleiben, und so sammelte er mit großer Geduld Satelliten. Sie stellten eine weitere Version seiner bevorzugten Methode dar, andere für sich arbeiten zu lassen. So wandten unmittelbar nach München die deutschen Vertreter in der internationalen Kommission die von ihnen selbst erfundenen Regeln so unbarmherzig zu Gunsten der Sudeten an, daß die Tschechoslowakei tatsächlich mehr Land einbüßte, als es nach den in Bad Godesberg erhobenen Forderungen der Fall hätte sein dürfen. Das Blatt

wendete sich aber, als sich Ribbentrop und Ciano in Wien trafen, um die neue Grenze zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei festzulegen. Ciano hatte die charakteristischerweise raffinierte und fruchtlose Idee, Ungarn als Schranke gegen Deutschland aufzubauen. Ribbentrop durchschaute jedoch diese Politik sofort und unterstützte nun die slowakische Sache so nachhaltig, daß Ciano klagte: »Jetzt gebrauchen Sie zugunsten der Tschechoslowakei alle Argumente, die Sie im September gegen sie benützten.« Doch die Slowaken bildeten in Hitlers Überlegungen ein neues Element: sie waren sowohl frei von der tschechischen Hingabe an die Demokratie als auch von der ungarischen Illusion der Größe. »Er bedauere, daß er nicht früher von den Unabhängigkeitsbestrebungen der Slowaken gewußt habe[6].« Es wird oft die Ansicht vertreten, daß Hitler die Slowakei als einen Weg für den Einfall in die Ukraine begünstigt habe. Aber die Geographie machte das in Wirklichkeit genauso unmöglich wie die umgekehrte Idee, daß Sowjetrußland Deutschland durch die Tschechoslowakei hindurch bedrohen könnte. Hitler unterstützte die Slowakei um ihrer selbst willen – als einen ordentlichen, zuverlässigen Satelliten, als der sie sich auch während des zweiten Weltkrieges erwies.

Wenn Hitler wirklich die Ukraine erreichen wollte, mußte er durch Polen marschieren; im Herbst 1938 schien das keineswegs eine politische Phantasie zu sein. Polen hatte, obwohl es noch nominell mit Frankreich verbündet war, den Nichtangriffspakt zugunsten Deutschlands ausgelegt. Polen war es großenteils zu danken, daß der französisch-sowjetische Pakt nie Wirklichkeit wurde. Seine Haltung schloß während der tschechischen Krise jede Möglichkeit einer sowjetischen Hilfe für die Tschechoslowakei aus, und am Ende der Krise brachte das polnische Ultimatum an die Tschechoslowakei, in dem die Rückkehr Teschens gefordert wurde, Benesch, seinen eigenen Worten folgend, schließlich dazu, jede Idee eines Widerstandes gegen das Münchner Abkommen aufzugeben. Bis dahin war Polen für Deutschland im Osten ein nützlicherer Handlanger gewesen als Italien im Mittelmeer. Es schien auch keinen Grund zu geben, weshalb beide ihre Rollen aufgeben sollten. In beiden Fällen

bestand allerdings ein Hindernis: Italien hatte etwa dreihunderttausend Deutsche in Südtirol, Polen über anderthalb Millionen Deutsche in Oberschlesien und im Korridor. Diese Hindernisse konnten aber überwunden werden. Hitler war bereit, die Deutschen unter fremder Herrschaft zu vergessen, um dagegen politische Zusammenarbeit oder Unterwürfigkeit einzutauschen. Auf dieser Ebene verhandelte er mit Italien – tatsächlich stimmte er zu, die Deutschen aus Südtirol zu entfernen –, obwohl ihm als Österreicher ihre Sache sehr naheging.

Weniger fühlte er mit den Deutschen in Polen, und vielleicht empfand er für die Polen freundlicher als jemals für die Italiener. Hier war das Hindernis das Gefühl der Deutschen, nicht das Hitlers. Die Gebietsverluste an Polen gaben für die meisten Deutschen den unauslöschlichen Vorwurf gegen Versailles ab. Als Hitler eine Zusammenarbeit mit Polen plante, handelte er verwegen gegen diesen Vorwurf. Aber es gab einen Ausweg. Die wirklichen Deutschen unter polnischer Herrschaft konnten vielleicht vergessen – oder herausgeholt – werden; was nicht zugelassen werden konnte, war der »polnische Korridor«, der Ostpreußen vom Reich trennte. Doch auch hier war ein Kompromiß möglich. Deutschland konnte mit einem Korridor durch den Korridor zufriedengestellt werden – eine komplizierte Idee, für die es nichtsdestoweniger viele Vorbilder in der deutschen Geschichte gab. Die deutschen Gefühle konnten durch die Wiedererlangung Danzigs besänftigt werden. Das schien einfach zu sein, denn Danzig gehörte nicht zu Polen. Es war eine Freie Stadt mit einer eigenen autonomen Verwaltung unter einem Hochkommissar, der vom Völkerbund ernannt wurde. Die Polen, in dem falschen Stolz befangen, eine Großmacht zu sein, hatten selbst als erste die Autorität des Völkerbundes angefochten. Deshalb würden sie sicher nichts dagegen einwenden, wenn Deutschland in Danzig den Platz des Völkerbundes einnahm. Außerdem hatte sich das Problem seit 1919 verändert. Damals war der Hafen von Danzig für Polen wesentlich gewesen. Jetzt brauchten sie, nachdem sie Gdingen geschaffen hatten, Danzig nicht so sehr, wie Danzig Polen brauchte. Es müßte sich also mit Leichtigkeit einrichten lassen, Polens Wirtschaftsinteressen sicherzustellen und trotzdem Danzig für das Reich wiederzuerlangen. Das Hindernis wäre dann beseitigt, Deutschland und Polen könnten gemeinsam in der Ukraine in Aktion treten.

Am 24. Oktober lüftete Ribbentrop zum erstenmal diese Vorschläge gegenüber Lipski, dem polnischen Botschafter. Wenn Danzig und der Korridor geregelt wären, könnte es »eine gemeinsame Politik gegen Rußland auf der Basis des Antikominternpaktes« geben[7]. Hitler war, als ihn Beck, der polnische Außenminister, im Januar 1939 besuchte, sogar noch offener: »Die Divisionen, die Polen an der russischen Grenze stehen hätte, ersparten Deutschland eine entsprechende militärische Mehrausgabe.« Selbstverständlich fügte er hinzu: »Danzig ist deutsch, wird stets deutsch bleiben und wird früher oder später zu Deutschland kommen.« Wenn die Danziger Frage geregelt wäre, würde er bereit sein, Polen den Korridor zu garantieren[8]. Hitler hat die Polen vielleicht immerzu mit Danzig betrogen – indem er die Rückkehr als Vorspiel ihrer Zerstörung forderte. Aber der polnische Appetit auf die Ukraine war nicht erst von gestern; im Vergleich dazu schien Danzig eine Kleinigkeit zu sein. »Herr Beck machte kein Hehl daraus, daß polnische Aspirationen auf die Sowjetukraine beständen«, als Ribbentrop am 1. Februar Warschau besuchte[9].

Die Polen gingen trotzdem nicht auf Hitlers Angebot ein. Sie vertrauten blind auf ihre eigene Kraft, verachteten die tschechische Schwächlichkeit und waren daher entschlossen, nicht einen Meter breit aufzugeben; nach ihrer Ansicht war das die einzig sichere Methode, mit Hitler Geschäfte zu machen. Außerdem waren sie, obwohl sie nicht mit Sowjetrußland gegen Deutschland arbeiten wollten, nahezu genauso fest entschlossen, nicht mit Deutschland gegen Sowjetrußland zu arbeiten – ein Punkt, den Hitler nie verstand. Sie sahen sich selbst als eine unabhängige Großmacht an und vergaßen darüber, daß sie 1918 ihre Unabhängigkeit nur erreicht hatten, weil sowohl Rußland als auch Deutschland geschlagen waren. Jetzt mußten sie zwischen Deutschland und Rußland wählen. Sie wählten keines von beiden. Nur Danzig stand der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen im

Wege. Aus diesem Grunde wollte Hitler es aus dem Wege haben. Aus genau demselben Grunde ließ Beck es im Wege liegen. Es kam ihm nicht in den Sinn, daß er dadurch einen katastrophalen Bruch verursachen mochte.

Die schwachen Wolken über den polnisch-deutschen Beziehungen wurden jedoch in Westeuropa nicht wahrgenommen. Im Gegenteil, man glaubte, daß ein gemeinsamer Feldzug in die Ukraine unmittelbar bevorstände. Chamberlain zog besorgt Erkundigungen in Paris ein, ob der französisch-sowjetische Pakt eingelöst würde, »wenn Rußland Frankreich um Hilfe bitten sollte, weil Deutschland in der Ukraine eine separatistische Bewegung ins Leben gerufen hätte[10].« Chamberlain wollte mit Osteuropa eindeutig nichts zu schaffen haben. Halifax, der durch das Auswärtige Amt trainiert war, drückte sich nicht so klar aus. Am 1. November schrieb er an Phipps: »Es ist eine Sache, die deutsche Ausdehnung in Mitteleuropa zu gestatten, die nach meiner Ansicht natürlich und normal ist, aber wir müssen in der Lage sein, der deutschen Ausdehnung in Westeuropa zu widerstehen, sonst ist unsere ganze Stellung untergraben.« Ein Gegengewicht gegen Deutschland war noch notwendig. »Polen kann aller Voraussicht nach nur mehr und mehr in die deutsche Bahn geraten. Sowjetrußland ... kann kaum der Verbündete Deutschlands werden, solange Hitler lebt.« Deshalb »würde ich, solange ich hoffen kann, daß Frankreich sich – und uns – vor der Verwicklung in einen Krieg Rußlands mit Deutschland bewahrt, zögern, der französischen Regierung zur Kündigung des französisch-sowjetischen Paktes zu raten, denn die Zukunft ist noch viel zu unsicher[11]«. In klaren Worten: Rußland sollte für die britischen Interessen kämpfen, Großbritannien und Frankreich aber nicht für die russischen.

Es wurde jedoch nichts unternommen, um sich die sowjetische Freundschaft zu sichern. Die Briten befaßten sich lieber damit, aus den Verpflichtungen, die sie in Mitteleuropa schon hatten, herauszukommen. Die Garantie, die sie leichtfertig der Tschechoslowakei zugesagt hatten, lastete jetzt schwer auf ihnen. Es war eine offensichtliche Albernheit, einen hilflosen Staat zu garantieren, den zu verteidigen schon unmöglich gewesen, als er noch komplett bewaffnet war.

Die Briten flehten daher die Franzosen an, sie aus ihrem Versprechen zu entlassen. Am 24. Oktober trafen sich die britischen und französischen Minister in Paris. Chamberlain drängte darauf, daß die Garantie nur kollektiv gelten sollte: »Eine Garantie, die nur von der Regierung Seiner Majestät gegeben würde, wäre nicht viel wert ... Er hätte sich nie eine Situation gedacht, in der Großbritannien seine Verpflichtungen allein erfüllen müßte.« Halifax glaubte, daß eine gemeinsame Garantie »nicht außerhalb des Buchstabens der englisch-französischen Erklärung zu liegen schien«. Doch Bonnet bremste: »Sie würde sich kaum in Übereinstimmung mit deren Geist befinden.« Da die Franzosen nicht nachgeben wollten, wurde beschlossen, die Tschechen zu bitten, die Briten aus ihrer Schwierigkeit zu entlassen[12]. Wenn die Tschechoslowakei mit einer kollektiven Garantie zufrieden wäre, würde das britische Gewissen ebenfalls beruhigt sein. Als die Tschechen nicht darauf eingingen, verlor Halifax die Geduld:

»Die Regierung Seiner Majestät ist nicht dazu bereit, eine Garantie zu erwägen, die sie, allein oder mit Frankreich zusammen, verpflichten könnte, der Tschechoslowakei unter Bedingungen zu Hilfe zu kommen, unter denen ein wirksamer Beistand nicht geleistet werden könnte. Das würde der Fall sein, wenn entweder Deutschland oder Italien der Angreifer wären und die andern es ablehnen, ihre Garantie zu erfüllen[13].«

Dabei blieb es: Die Briten klebten auf einer Garantie, die nicht zu achten sie entschlossen waren.

Während des Winters 1938–39 hatten die Briten ob ihrer Position genügend Zweifel, ganz abgesehen von ihren unmöglichen Verpflichtungen weiter östlich. Chamberlains besonderer Stolz, die englisch-deutsche Freundschaftserklärung, verlor bald ihren Glanz. Hitler hatte vor, die britische Meinung zu »spalten«. Er nahm an, daß steigende Rüstungen Widerspruch bei den Deutschfreundlichen erregen würden, und er klagte die britischen »Kriegshetzer« an – Churchill, Eden und Duff Cooper – in dem Glauben, daß es dadurch zu einem Ausbruch gegen sie kommen würde. Er erreichte jedoch die umgekehrte Wirkung. Die konservativen Mitglieder des Unter-

hauses hatten bei Churchills feierlichen Warnungen die Geduld verloren, sie waren böse geworden, als Duff Cooper zurücktrat. Aber sie ärgerten sich über Hitlers Einmischung in ihre Angelegenheiten. Sie hielten an der gegenseitigen Nichteinmischung fest. Hitler konnte in Osteuropa machen, was er wollte, er konnte die Tschechoslowakei zerstören oder in die Ukraine einfallen. Aber er mußte die britischen Politiker in Ruhe lassen. Die Konservativen hatten oft behauptet, daß eine Kritik an Hitler von außerhalb seinen Einfluß auf Deutschland nur stärken würde. Nun verlieh Hitler den »Kriegshetzern« in Großbritannien eine Popularität, die sie allein nicht gewinnen konnten. Die britischen Staatsmänner waren über Hitlers Benehmen bestürzt. Sie rüsteten auf, um ihre eigene Sicherheit zu erhöhen; dadurch wurde es ihnen leichter, das Vorrücken der deutschen Macht in Osteuropa zu akzeptieren. Doch Hitler untergrub die Grundlagen ihrer Politik, anstatt ihr Beifall zu spenden, und gab sich alle Mühe, ihre Kritiker zu rechtfertigen. Noch erschütterten seine Angriffe nicht die feste Meinung der britischen Führer, daß Deutschland auf die eine oder andere Weise befriedigt werden müßte. Territoriale und nationalistische Zugeständnisse hatten Hitler nicht besänftigt. Deshalb schwenkten die Briten zu einer Art grobem Marxismus um. Wieder einmal begannen sie zu behaupten, daß nur Wohlstand Hitler friedfertig machen würde. Ein Strom von Handelsdelegationen traf in Deutschland ein mit Angeboten zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit – die für die britische Seite den zusätzlichen Reiz hatten, daß diese Pläne deutsche Hilfe gegen amerikanische Konkurrenz bringen würden. Aber jeder Besuch eines wohlmeinenden Geschäftsmanns oder eines Vertreters des Handelsministeriums stärkte Hitlers Glauben an die britische Schwäche. Er konnte ja nicht ahnen, daß sie nur bei linksstehenden Schriftstellern von wirtschaftlichen Kriegsursachen gelesen hatten.

Die Briten hatten weitere Sorgen. Vor München waren sie bei der Beschwichtigung die Schrittmacher gewesen, die die protestierenden Franzosen hinter sich hergeschleppt hatten. Nach München war es umgekehrt. Bonnet war auf Chamberlains persönlichen Pakt mit Hitler neidisch und wollte ihn

übertrumpfen. Ribbentrop glaubte, daß eine französisch-deutsche Freundschaftserklärung die britische Entschlossenheit, sich in Europa einzumischen, noch mehr erschüttern würde. Am 6. Dezember reiste er daher nach Paris, und eine derartige Erklärung wurde unterzeichnet. Sie lief auf wenig hinaus: gegenseitiger guter Wille und Anerkennung der Grenzen, Bereitschaft zu konferieren, wenn in Zukunft internationale Schwierigkeiten entstehen sollten. Vielleicht war es ein Gewinn für die Franzosen, daß Hitler auf diesem Umweg auf Elsaß-Lothringen verzichtete, und künftige München mochten ihren Reiz haben. Aber die Gerüchte gingen darüber hinaus. Danach sagte Ribbentrop zu, auf die deutschen Forderungen nach Kolonien keinen Nachdruck zu legen, und Bonnet verzichtete im Gegenzug auf alle französischen Interessen in Osteuropa. Wahrscheinlich war ihre Unterhaltung nicht so präzise und nicht so unheilvoll. Ohne Zweifel zeigte Bonnet kein brennendes Interesse an dem französisch-sowjetischen Pakt. Was wurde jedoch über Frankreichs Bündnis mit Polen gesagt? Später behauptete Ribbentrop, daß Bonnet es praktisch widerrufen hätte. Bonnet bestritt diese Behauptung. Die Wahrheit ist wohl, daß Polen nicht erwähnt wurde. Im Dezember 1938 schien es im Hinblick auf die französisch-deutschen Beziehungen keine Schwierigkeit zu bieten. Beide vermuteten, daß Polen ein loyaler deutscher Satellit wäre und daß Danzig in Ruhe ohne europäische Krise geregelt werden würde. Schließlich wurde diese Vermutung von den Polen selbst vertreten. Es ist daher kein Wunder, daß sie von Ribbentrop und Bonnet geteilt wurde.

Die französisch-deutsche Erklärung machte den Briten Sorge. Sie hatten Frankreich gedrängt, seine Verpflichtungen gegenüber Osteuropa zu beschneiden, aber sie wollten nicht, daß es als Großmacht gänzlich abdankte. Es war ein peinliches Dilemma. Wenn Deutschland seine Ziele in Osteuropa ohne französische Einmischung verfolgte, könnte es so stark werden, daß die Sicherheit Frankreichs »gefährlich bedroht« wäre. Wenn sich andererseits die französische Regierung dafür entschied, Deutschland die Handlungsfreiheit in Osteuropa nicht einzuräumen, könnte Großbritannien in einen Krieg hineingezogen werden, weil es Frankreich unterstützen

mußte[14]. Die Briten griffen auf ihr altes Mittel zurück und versuchten wieder einmal, Mussolini einzusetzen, der einen mäßigenden Einfluß auf Hitler ausüben sollte. Das englisch-italienische Abkommen vom 16. April wurde in Kraft gesetzt, obwohl die Italiener seine Voraussetzung, ihre Streitkräfte aus Spanien zurückzuziehen, nicht erfüllt hatten. Halifax schrieb: »Obgleich wir nicht erwarten, daß sich Italien von der Achse löst, glauben wir, daß das Abkommen Mussolinis Bewegungsfreiheit erhöht und ihn daher weniger abhängig von Hitler macht und deshalb freier, um die klassische italienische Rolle einzunehmen, zwischen Deutschland und den Westmächten zu balancieren[15].« Mit anderen Worten: Indem wir Mussolini eine Erpressungssumme zahlen, werden wir ihn ermutigen, mehr zu fordern. Pflichtschuldigst tat ihnen Mussolini den Gefallen. Er startete eine Kampagne um französisches Territorium. Italien hallte wider von Forderungen auf Korsika, Savoyen und Nizza. Doch die Franzosen hatten keine Angst vor Italien, soviel Angst sie auch vor Hitler haben mochten. Sie reagierten auf Mussolinis Herausforderung heftig. Die Briten hatten also nur die Franzosen beleidigt, ohne Mussolini gefügig zu machen. Im Januar 1939 reisten Chamberlain und Halifax nach Rom. Sie kamen mit leeren Händen, während Mussolini Zugeständnisse auf Kosten Frankreichs erwartete. Statt dessen empfing er von Chamberlain eine hochsinnige Bitte um irgendeine Versicherung, daß Hitler nicht zum Krieg schreiten würde. Mussolini »reckte sein Kinn« und zahlte mit einem Angriff auf die britische Presse heim. Der Rom-Besuch, der als die Kulmination der Politik Chamberlains gedacht war, bezeichnet statt dessen das Ende der Italien-Illusion. Darüber hinaus drängte der Besuch Mussolini, wenn es auch die Briten nicht wußten, weiter auf die deutsche Seite. Unmittelbar nach dem Besuch teilte er den Deutschen mit, daß er bereit wäre, ein formelles Bündnis abzuschließen. Doch Hitler entschloß sich, ihm eine Lehre zu erteilen, und ließ ihn warten.

Die Briten hatten sich nun selbst in einen Zustand äußerster Besorgnis hineingeredet und steigerten ihn durch ihre Vorsichtsmaßnahmen noch mehr. Halifax und das Auswärtige

Amt glaubten, Hitler erwäge »einen Angriff auf die Westmächte[16]«. Sie sahen einen Angriff auf Holland voraus und beschlossen, ihn als einen »casus belli« zu behandeln. Auch die Schweiz hielt man für gefährdet, oder es mochte ein überraschender Luftangriff auf England erfolgen. Das waren unbegründete Alpträume. Es gibt nicht das geringste Bruchstück eines Beweises dafür, daß Hitler auch nur im entferntesten je solche Pläne erwog. Nevile Henderson sah richtiger, als er am 18. Februar schrieb: »Ich habe den bestimmten Eindruck, daß Herr Hitler im Augenblick an keine Abenteuer denkt[17].« Warum sollte er? Osteuropa fiel ihm in den Schoß. Ungarn, Rumänien und Jugoslawien konkurrierten um seine Gunst. Frankreich hatte Osteuropa aufgegeben. Sowjetrußland war den Westmächten entfremdet. Polen blieb Deutschland trotz des höchst ärgerlichen Fehlschlags in der Danziger Frage, für die sich keine Lösung gefunden hatte, freundschaftlich verbunden. Die einzige Wolke kam aus der Tschechoslowakei. Sie konnte nicht etwa eine von Deutschland unabhängige oder ihm feindliche Außenpolitik verfolgen. Aber es war, wie Benesch und Hitler vorausgesehen hatten, unmöglich, den Staat zusammenzuhalten, nachdem das Ansehen und die Macht der Tschechen erschüttert worden waren. Diese Situation wurde im Westen von wenigen Leuten richtig eingeschätzt, und die Bewunderer der Tschechoslowakei hielten sie sogar geheim. In westlichen Augen war die Tschechoslowakei ein glücklicher, demokratischer Staat, der von Hitler mutwillig zerstückelt wurde. In Wirklichkeit war sie ein Nationalitätenstaat, geschaffen auf tschechische Initiative hin und erhalten durch tschechische Autorität. Nachdem diese zerbrochen worden war, folgte die Auflösung genauso wie der Zusammenbruch der Habsburger Monarchie auf ihre Niederlage im ersten Weltkrieg.

Besonders die Slowaken waren nie als gleichberechtigter Partner anerkannt worden. Wenige unter ihnen waren willens, in dem künstlichen tschechoslowakischen Amalgam zu verschwinden. Die Forderung nach slowakischer Autonomie hatte während der zwanziger Jahre für eine grollende Unterströmung gesorgt, nach München trat sie an die Oberfläche. Um die Ungarn zu ärgern, denen die Slowakei ursprünglich

gehört hatte, begönnerte Hitler die slowakischen Autonomisten. Er hatte die Bewegung nicht erschaffen, er zog nur Vorteil aus ihr wie früher aus der der Österreicher und der Sudeten. Er wäre mit einer slowakischen Autonomie innerhalb des unterwürfigen tschechoslowakischen Staates zufrieden gewesen. Nicht die Slowaken. Nachdem sie von ihrer alten Achtung vor Prag befreit worden waren, wurden sie aufrührerisch. Ende Februar 1939 zerbröckelte die Tschecho-Slowakei (die seit dem vorangegangenen Oktober mit Bindestrich geschrieben wurde). Die Unabhängigkeit der Prager Regierung war zwar nicht mehr sehr groß, aber man fühlte sich noch stark genug, um die Slowaken zu bestrafen – das mußte tatsächlich geschehen, wenn die Tschecho-Slowakei überleben sollte. Am 9. März wurde die autonome slowakische Regierung entlassen, tschechische Truppen bereiteten sich auf den Einmarsch vor. Wieder einmal wurde Hitler überrascht. Diese neue Krise kam unversehens an ihn heran. Er konnte den Tschechen nicht gestatten, daß sie ihr beschädigtes Ansehen wiederherstellten. Wenn er andererseits darauf bestand, daß sich die tschechischen Streitkräfte aus der Slowakei heraushielten, würden womöglich die Ungarn einmarschieren, wie sie es im vorangegangenen September geplant hatten. Damals hatte er sich gegen die Ungarn gewandt, und da nun die tschechische Armee die Slowakei nicht mehr betreten konnte, um die Ungarn abzuschrecken, mußte er es selber tun.

Deutschland erkannte hastig die slowakische Unabhängigkeit an und führte damit das Ende der Tschecho-Slowakei herbei. Was sollte jedoch mit dem tschechischen Überbleibsel geschehen? Es war niemand da, um es zu führen. Benesch war unmittelbar nach München zurückgetreten und hatte das Land verlassen. Hacha, sein Nachfolger, war ein ältlicher Jurist ohne politische Erfahrung. Bestürzt und hilflos konnte er sich nur an den großen deutschen Diktator wenden. Wie Schuschnigg vor ihm bat er darum, von Hitler empfangen zu werden, und dem Ersuchen wurde stattgegeben. In Berlin wurde er mit allen Ehren empfangen, die einem Staatsoberhaupt gebühren, und dann angewiesen, die Unabhängigkeit seines Landes aufzugeben. Jeder Rest eines Widerstrebens

wurde durch die Drohung zum Schweigen gebracht, daß Prag sonst sofort bombardiert würde. Das war die beiläufigste von Hitlers vielen Improvisationen. Wie er später gestand[18], waren die deutschen Flugplätze in Nebel gehüllt, und kein Flugzeug hätte den Boden verlassen können. Aber Hacha brauchte kaum einen Anstoß. Er unterzeichnete, wie es verlangt wurde, und hegte so wenig Groll, daß er bis zum Ende des Krieges als treuer deutscher Untergebener diente. Am 15. März wurde Böhmen deutsches Protektorat. Deutsche Truppen besetzten das Land. Hitler verbrachte die Nacht des 15. März in Prag – sein einziger protokollarisch festgehaltener Besuch. Die ganze Welt sah darin die Kulmination eines seit langem geplanten Feldzuges. In Wirklichkeit war es das unvorhergesehene Nebenprodukt der Entwicklung in der Slowakei, und Hitler handelte eher gegen die Ungarn als gegen die Tschechen. Das Protektorat über Böhmen war nicht mit bösem Vorbedacht geplant worden. Hitler, der angebliche Revolutionär, hatte einfach in der konservativsten Weise auf das Vorbild vorangegangener Jahrhunderte zurückgegriffen. Denn Böhmen war immer ein Teil des Heiligen Römischen Reiches, es war zwischen 1815 und 1866 ein Teil des Deutschen Bundes und dann bis 1918 mit Deutsch-Österreich vereinigt gewesen. Unabhängigkeit, nicht Unterordnung war das Neuartige in der tschechischen Geschichte. Natürlich brachte Hitlers Protektorat Böhmen die Tyrannei – Gestapo, SS, Konzentrationslager, aber nicht mehr als in Deutschland auch. Sie jedoch rüttelte die öffentliche Meinung Großbritanniens wach. Hitlers Innen-, nicht seine Außenpolitik, war das wirkliche Verbrechen, das letzten Endes ihn – und Deutschland – zugrunde richtete. Den entscheidenden Schritt seiner Laufbahn tat Hitler, als er Prag besetzte. Er tat ihn ohne Absicht, der Schritt brachte ihm nur geringen Vorteil. Er handelte erst, als die Ereignisse das Münchner Abkommen bereits zerstört hatten. Aber jedermann außerhalb Deutschlands und besonders die anderen Stifter dieses Abkommens glaubten, daß er es vorsätzlich zerstört hätte.

Sogar Mussolini war verstimmt. Am 15. März klagte er gegenüber Ciano: »Jedesmal, wenn Hitler ein Land besetzt, schickt er mir eine Botschaft.« Er träumte davon, eine anti-

deutsche Front zu schaffen, die auf Ungarn und Jugoslawien beruhte. Aber im Laufe des Abends fand er seine Laune wieder: »Wir können jetzt unsere Politik nicht ändern. Schließlich sind wir keine politischen Huren«, und wieder einmal protzte er mit seiner Loyalität gegenüber der Achse. Die Franzosen steckten den neuen Schlag klaglos ein. Sie hatten im vorangegangenen September aufgegeben, es gab nichts, was sie jetzt tun konnten. Bonnet sagte selbstzufrieden: »Der neuerliche Riß zwischen Tschechen und Slowaken zeigt nur, daß wir im letzten Herbst beinahe zum Krieg geschritten wären, um einen Staat zu stützen, der nicht ›lebensfähig‹ war[19].« In Großbritannien war die Reaktion entschlossener. Bis zum 15. März versuchten die Engländer noch zu glauben, daß München ein Triumph der Sittlichkeit gewesen wäre, nicht eine Kapitulation vor der Gewalt. Trotz der Warnungen des Auswärtigen Amtes blieben die führenden Minister dabei, daß alles in Ordnung wäre. Am 10. März erzählte Sir Samuel Hoare seinen Wählern, daß ein Goldenes Zeitalter heraufdämmere: Die Wiederaufrüstung wäre vorbei, jetzt würde die Zusammenarbeit zwischen den großen europäischen Mächten »den Lebensstandard in Höhen heben, die zu erreichen wir nie zuvor in der Lage waren«. Auch die Besetzung Prags erschütterte anfangs den offiziellen Optimismus nicht. Halifax sagte zum französischen Botschafter: »Der eine entschädigende Vorteil, den ich sehe, liegt darin, daß die ziemlich peinliche Garantieverpflichtung, in die wir und die Franzosen verwickelt gewesen waren, ein natürliches Ende gefunden hat[20].« Im Unterhaus spekulierte Chamberlain darüber, daß das Ende der Tschechoslowakei »unausweichlich gewesen ist oder auch nicht«, und Sir John Simon erläuterte, daß es unmöglich wäre, eine Garantie gegenüber einem Staat zu erfüllen, der aufgehört hatte zu existieren.

Die Folge war ein untergründiger Ausbruch der öffentlichen Meinung derart, daß ihn der Historiker nicht präzise aufzeichnen kann. Die Besetzung Prags stellte für Hitlers Politik oder Benehmen nichts Neues dar. Hacha war leichter und bereitwilliger erlegen als Schuschnigg oder Benesch. Doch die britische Meinung war so aufgestachelt, wie es durch die Absorption Österreichs oder die Kapitulation in München

nicht geschehen war. Man meinte, Hitler habe nun die Grenzen überschritten. Auf sein Wort könne man sich nie wieder verlassen. Gegen alle Einsicht hatte man geglaubt, »Frieden für unsere Zeit« bedeute, daß sich in Europa nichts mehr ändern würde. Vielleicht hegte man auch den ebenso unbegründeten Glauben, daß die britischen Rüstungen jetzt eher gleichwertig wären. Auch waren die Konservativen durch die »peinliche« Tatsache der Garantie beunruhigt, von der sie angenommen hatten, daß sie wirklich etwas bedeutete. Es ist in gewisser Hinsicht unmöglich klar zu umreißen, weshalb denen, die vor Hitler gewarnt hatten, nun zugehört wurde, wo sie vorher nicht beachtet worden waren. Diese Klagepropheten gingen von den verschiedensten Prämissen aus. Einige wie Churchill und die antideutschen Mitglieder des Auswärtigen Amtes sahen Hitler nur als letzten Vertreter des preußischen Militarismus an. Andere schrieben ihm neue und grandiosere Pläne zu, die sie ihrer Behauptung nach bei der Lektüre des Originals von »Mein Kampf« entdeckt hatten (Hitler untersagte die Veröffentlichung auf englisch). Wiederum andere, besonders auf der Linken, beschrieben den Nationalsozialismus in marxistischen Ausdrücken als »die letzte Stufe des aggressiven Imperialismus« und glaubten, daß Hitler einen aggressiven Kurs verfolgen müsse, um den deutschen Kapitalisten zu gefallen. Für viele bildete die Abneigung gegen den Antisemitismus das Motiv, aber nur wenige wurden durch die Freundschaft zu den Tschechen oder den Polen beeinflußt. Einige wollten Deutschland »befreien«, andere es besiegen. Auch die Mittel waren verschieden: kollektive Sicherheit, wirtschaftliche Sanktionen, erhöhte britische Rüstungen. Die Unterschiede waren unwichtig. Alle Propheten hatten gesagt, daß sich Hitler nie zufriedengeben werde: Er würde von einer Eroberung zur nächsten schreiten, und er könne nur durch Gewalt oder Gewaltandrohung gebremst werden. Nachdem steter Tropfen den Stein gehöhlt hatte, durchbrachen ihre Stimmen plötzlich die Kruste der Ungläubigkeit. Anscheinend hatten sie recht behalten und die »Beschwichtiger« nicht. Der Wandel war weder endgültig noch entscheidend. Unter der Entschlossenheit, Hitler Widerstand zu leisten, bestand noch die Hoffnung, ihn zu ver-

söhnen, geradeso wie vorher unter der Deckschicht der Beschwichtigungstendenz eine Neigung bestanden hatte, ihm Widerstand zu leisten. Aber von nun an befanden sich die Beschwichtiger in der Verteidigung, leicht irritiert von ihrem Werk und von ihrem eigenen Versagen kaum überrascht.

Dieser Meinungsumschwung übte seine Wirkung auf Chamberlain aus – ein weiterer Vorgang, den der Historiker nicht festhalten kann. Vielleicht berichteten die Einpeitscher der Regierungspartei von einer Enttäuschung bei der Masse der Abgeordneten. Vielleicht vernahm Halifax in den schlaflosen Stunden der Nacht wieder einmal den Appell des Gewissens. Vielleicht gab es nichts dermaßen Greifbares, sondern nur eine Reihe von Zweifeln und Ärgernissen, die Chamberlains früheres Vertrauen erschütterten. Irgendwie, irgendwo wurde es ihm ganz klar, daß er auf die Besetzung Prags durch Hitler kraftvoller antworten mußte. Am 17. März wurde Nevile Henderson aus Berlin zurückgerufen, angeblich zur Rücksprache, in Wirklichkeit aus Protest. Am selben Abend sprach Chamberlain in Birmingham und fragte: »Ist das der letzte Angriff auf einen kleinen Staat, oder sollen ihm weitere folgen? Handelt es sich in Wirklichkeit um einen Schritt in Richtung auf den Versuch, die Welt durch Gewalt zu beherrschen?« Noch rechtfertigte er das Münchner Abkommen. Niemand »hätte irgendwie die Tschechoslowakei vor einer Invasion oder vor der Zerstörung retten können«; selbst nach einem siegreichen Krieg »hätten wir die Tschechoslowakei nie so wiederherstellen können, wie sie durch den Versailler Vertrag geschaffen war«. Er war noch »nicht dazu bereit, dieses Land durch neue unbestimmte Verpflichtungen festzulegen, die unter Bedingungen in Kraft treten, die jetzt nicht vorhergesehen werden können«. Aber Chamberlain ging auch auf den Appell ein, der von den Einpeitschern, Halifaxens Gewissen oder ihm selbst ausgegangen war. Er würde dem Frieden nicht »die Freiheiten, deren wir uns seit Hunderten von Jahren erfreuen«, opfern, und »jedem Versuch, die Welt durch Gewalt zu beherrschen, müssen die Demokratien Widerstand leisten«. Die Warnung war hypothetischer Natur. Die Herausforderung um die Weltherrschaft schien Chamberlain noch »unglaublich« zu sein. Doch war die Warnung ergangen.

Das war der Wendepunkt der britischen Politik. Aber so war es gar nicht gedacht. Chamberlain sah einen Wechsel in der Betonung, nicht einen Wechsel in der Richtung. Früher hatte die britische Regierung Hitler öfter im geheimen gewarnt, während sie in der Öffentlichkeit die Beschwichtigung verfolgte. Nun warnte sie ihn öffentlich und fuhr insgeheim mit der Beschwichtigung fort – mitunter außerdem öffentlich. Die Briten erkannten die deutschen Behörden in Böhmen an, die Bank von England händigte ihnen sechs Millionen Pfund Sterling in tschechischem Golde aus. Rückblikkend umriß Hoare die Haltung der britischen Regierung folgendermaßen: »Die Lehre von Prag war nicht, daß weitere Anstrengungen um den Frieden unfruchtbar wären, sondern vielmehr, daß Verhandlungen und Abkommen mit Hitler ohne größere Macht im Hintergrund keinen dauerhaften Wert hätten[21].« Ein allgemeines Abkommen mit Hitler blieb weiterhin das britische Ziel, und sie legten ihm Hindernisse in den Weg, damit er sich eher zu einem Abkommen geneigt zeigen würde. Die britischen Minister befürchteten für den Kriegsfall keine Niederlage, wenn sie auch natürlich vor dem Krieg selbst Angst hatten. Sie nahmen an, daß die britische und die französische Verteidigungsstellung absolut sicher wären, weiterhin nahmen sie an, daß sie, wenn Großbritannien und Frankreich zum Krieg gegen Deutschland schritten, gewinnen würden, sie nahmen sogar an, daß auch Hitler das erkannte. Was sie mit einiger Berechtigung befürchteten, war, Hitler könnte damit rechnen, daß sie zusehen würden. Deshalb unternahmen sie Schritte, um zu beweisen, daß sie handeln könnten. Ende April wurde in begrenzter Form ein Pflichtwehrdienst eingeführt, an vermeintliche bedrohte Staaten wurden Garantien verteilt. Diese Schritte stellten jedoch keine praktischen wirksamen Vorbereitungen auf einen allgemeinen Krieg dar, es handelte sich vielmehr um Warnungen, dazu bestimmt, solch einen Krieg zu vermeiden. Viele beklagten, daß die Schritte mit halbem Herzen getan würden. Das war Absicht. Die Tür zu Verhandlungen blieb offen, Hitler wurde immerzu gedrängt einzutreten. Die britische

Regierung rang darum, das Gleichgewicht zu wahren. Mit den Warnungen stiegen auch die Anreize. Hitler mußte »abgeschreckt«, nicht »provoziert« werden.

So war das ideale Vorbild beschaffen, dem die britische Politik zu folgen versuchte. In praxi wurden die Briten mehr durch die Ereignisse vorangetrieben und hatten weniger Kontrolle über sich, als sie glauben oder als sie später wahrhaben wollten. Unmittelbar nach der deutschen Besetzung Prags erwarteten sie ohne einen Anhaltspunkt überall deutsche Schritte. Die Franzosen glaubten, daß Hitler sofort die italienischen Forderungen in Nordafrika unterstützen, die Briten, daß er einen Überraschungsangriff auf ihre Flotte starten könnte. Ihre Ohren waren auf neue Alarme eingestellt. Einer traf pünktlich ein. Am 16. März erschien Tilea, der rumänische Gesandte in London, im Auswärtigen Amt mit der Nachricht, daß sich sein Land in drohender Gefahr befände. Am folgenden Tag kam er wieder, drängender: Deutsche Truppen könnten jeden Moment in Rumänien eintreffen. Es war ein falscher Alarm. Er wurde von der rumänischen Regierung und von dem britischen Gesandten in Bukarest entschieden bestritten. Rumänien befand sich in der Tat innerhalb des Wirkungsbereiches der deutschen Wirtschaft in einer Zwangslage – aber durch den Druck geplanten Außenhandels, nicht durch die Drohung deutscher Divisionen. Schachts Erfindung, das bilaterale Abkommen, durch politische Garantien zu parieren, wäre so gewesen, als ob man Großwild mit einer Meute Terrier gejagt hätte – elegant, aber wirkungslos. Vielleicht wollte Tilea, als er Alarm schlug, eine britische Anleihe herauslocken. Vielleicht teilte er das britische Mißverständnis. Auf jeden Fall schluckten die britischen Minister den Alarm und taten seine Verleugnung ab. Irgend etwas mußte sofort zur Demonstration gegen ein weiteres deutsches Vorrücken unternommen werden. Am 19. März entwarf Chamberlain persönlich eine kollektive Sicherheitserklärung, zu deren Unterzeichnung die französische, sowjetische und polnische Regierung eingeladen wurden. Sie würden sich verpflichten, »sich sofort gegenseitig zu konsultieren, welche Schritte unternommen werden sollten, um jeder Aktion, die eine Bedrohung der politischen Unabhängigkeit irgendeines europäischen Staates darstellt, mit gemeinsamem Widerstand zu drohen«. Trotz der vagen und verworrenen Phraseologie war der Vorschlag in Wirklichkeit auf die vermeintliche Bedrohung Rumäniens abgestellt – deshalb die Wahl der vorgeschlagenen Unterzeichner.

Die Franzosen stimmten sofort zu. Sie waren bereits dazu verpflichtet, Großbritannien in nahezu allen Dingen zu konsultieren. Eine weitere Konsultation würde ihnen nicht schaden, im Gegenteil, sie würde die Bürde ihres Bündnisses mit Rumänien, das theoretisch noch in Kraft war, erleichtern. Die Russen stimmten ebenfalls zu: Hier war die kollektive Sicherheit, für die sie sich immer ausgesprochen hatten. Aber sie waren entschlossen, sich nicht allein in einen Widerstand gegen Deutschland hineinmanövrieren zu lassen. Die »Friedensfront« müßte gefestigt sein, bevor sie ihr beitraten. Deshalb fügten sie eine Bedingung an: Frankreich und Polen müßten zuerst unterzeichnen. Frankreich stellte kein Hindernis dar. Doch Beck war ein Veto geschenkt, und er gebrauchte es. Er wollte immer noch zwischen Rußland und Deutschland balancieren, aber die vorgeschlagene Erklärung würde ihn der russischen Seite verpflichten. Statt dessen war er bereit, eine aufrichtige Erklärung mit Großbritannien zu unterzeichnen. Sie würde, so glaubte er, seine Hand für Danzig stärken, ohne den deutschen Zorn herauszufordern. Er paßte auf und erzählte den Briten nicht, daß die Verhandlungen mit Deutschland den toten Punkt erreicht hatten. Er deutete im Gegenteil an, daß die Danziger Frage bald geregelt sein würde. Wieder einmal waren die Briten alarmiert. Sie fürchteten, daß sich Polen Deutschland noch enger, als es 1938 geschehen war, anschließen könnte. Die Teilnahme Polens an einer »Friedensfront« schien ihnen aber lebenswichtig zu sein. Denn allein Polen konnte die Drohung mit einer zweiten Front zur Wirklichkeit werden lassen. Bonnet drückte das am 21. März mit Halifaxens Zustimmung folgendermaßen aus:

»Es wäre absolut notwendig, daß Polen dazukommt, denn die russische Hilfe würde nur wirkungsvoll sein, wenn Polen mitarbeitet. Wenn Polen mitarbeitet, könnte Rußland eine sehr große Hilfe leisten, wenn nicht, könnte Rußland viel weniger leisten[22].«

Die Briten hatten von der Roten Armee eine schlechte Meinung. Umgekehrt überschätzten sie, ohne nachzuforschen, die Kampfstärke der Polen – »dieser großen, mannhaften Nation«, wie Chamberlain sie nannte. Zweifellos waren sie erleichtert, nicht mit dem bolschewistischen Rußland verbündet und dafür auf einen Ersatz gestoßen zu sein. Am 26. März schrieb Chamberlain: »Ich habe überhaupt kein Vertrauen in seine (Rußlands) Fähigkeiten, eine wirkungsvolle Offensive durchzuführen, selbst wenn es das wollte. Und ich mißtraue seinen Motiven, die mir wenig mit unseren freiheitlichen Ideen gemeinsam zu haben und die sich nur damit zu befassen scheinen, jedermann sonst bei den Ohren zu nehmen[23].« Aber die simple Geographie war der entscheidende Faktor. Polen, nicht Rußland, war die nächste Tür nach Deutschland.

Die Briten dachten kaum darüber nach, daß sie, indem sie Polen wählten, Rußland verlieren könnten. Nur Halifax mit seinem Talent, beide Seiten zu sehen, hatte eine gewisse Ahnung davon. Am 22. März sagte er: »Es wäre ein Unglück, wenn wir jetzt so handelten, daß die sowjetische Regierung die Idee bekommt, wir würden sie auf eine Seite drängen[24].« Es wurden jedoch keine Schritte unternommen, um diesen Eindruck zu beseitigen. Das wurde nicht für notwendig erachtet. Die britische Regierung war unerschütterlich davon überzeugt, daß Sowjetrußland und Nazi-Deutschland unversöhnliche Feinde wären. Daher bestand keine Notwendigkeit, einen Preis für die sowjetische Freundschaft zu zahlen. Moskau würde dankbar auf jedes zufällige britische Nicken antworten. Und wenn nicht, wäre nichts verloren. Eine »wohlwollende Neutralität« Sowjetrußlands würde genauso nützlich sein wie seine Teilnahme an einem Krieg – tatsächlich besser, da es ja sonst Polen und Rumänien alarmieren würde[25]. Die »Friedensfront« wäre kräftiger, stabiler und ehrbarer, wenn Sowjetrußland draußen bliebe. Jedenfalls konnte es nur eingeladen werden, sich anzuschließen, wenn die andern – und besonders Polen – zustimmten.

Inzwischen erfolgte ein weiterer Alarm, der zu beweisen schien, daß Deutschland unaufhörlich marschierte. Der Alarm kam aus Memel. Memel lag an der äußersten Nordostecke

Ostpreußens. Obwohl die Bevölkerung wie in Danzig vorherrschend deutsch war, war es nach dem ersten Weltkrieg in einer etwas irregulären Art von Litauen erworben worden. Die Einwohner wollten zu Deutschland zurückkehren. Bisher hatte Hitler sie zurückgehalten – vielleicht beabsichtigte er, Litauen als Verbündeten gegen Polen zu gebrauchen, wahrscheinlicher aber wollte er es Polen im Falle einer deutsch-polnischen Allianz als Kompensationsobjekt anbieten. Die deutsche Besetzung Prags versetzte die Bevölkerung des Memel-Landes in aufrührerische Begeisterung, sie war nicht länger zu halten. Am 22. März kam der litauische Außenminister nach Berlin, wo er der sofortigen Übergabe Memels zustimmte. Am 23. März wurde die Annexion durchgeführt, und Hitler, der gerade aus Prag zurückgekehrt war, besuchte seine Neuerwerbung. Er nahm das Schiff, eine seiner wenigen aufgezeichneten Seereisen. Man sagt ihm nach, daß er seekrank wurde, und das gab ihm vielleicht einen praktischen Grund, sich über den polnischen Korridor zu ärgern. Die Annexion Memels schien wiederum einen vorsätzlichen deutschen Plan, der seit langem gereift war, zu bedingen. Aber in den Akten ist kein solcher Plan zu finden. Die Memel-Frage löste sich scheinbar von selbst aus. In jedem Fall war es der Zweck der Annexion, wenn sie einen hatte, ein Geschäft mit Polen vorzubereiten: Memel mochte als Ersatz für Danzig denkbar sein. Zweifellos war auch eine gewisse Warnung damit verbunden: Was sich in Memel ereignet hatte, konnte sich auch in Danzig ereignen. Aber diese Konsequenzen wurden nicht ernsthaft erwogen, und Memel spielte in den folgenden deutsch-polnischen Beziehungen keine Rolle.

Die Annexion Memels brachte die britischen Politiker noch stärker in Bewegung. Die sofortige Erschaffung einer »Friedensfront« schien ihnen lebensnotwendig zu sein, aber alles hing von Polen ab. Wenn es gewonnen werden könnte, wäre die »Friedensfront« stark, blieb es abseits, würde sie kaum bestehen können. Die Briten vermuteten nicht, daß Polen durch Deutschland unmittelbare Gefahr drohte. Im Gegenteil, sie fürchteten, daß es die deutsche Seite wählen könnte, besonders wenn ihm Memel angeboten wurde. Auch die Polen fühlten sich nicht gefährdet. Sie planten immer

noch, im Hinblick auf Deutschland einen unabhängigen, aber parallelen Kurs zu verfolgen wie während der Münchner Krise. Sie waren jedoch mißgestimmt, daß Hitler den slowakischen Staat errichtet hatte, ohne sie zu Rate zu ziehen – und ohne ihnen irgendwelche Vorteile zu gewähren. Sie waren entschlossen, ihre Gleichrangigkeit zu behaupten. Am 21. März rief Lipski Ribbentrop an und protestierte gegen das deutsche Verhalten in der Slowakei – es »könnte nur als ein Schlag gegen Polen angesehen werden«. Ribbentrop hatte eine schwache Position, und er wußte das. Um sich zu schützen, ließ er umgekehrt Beschwerden aufmarschieren. Die polnischen Zeitungen, klagte er, benähmen sich schlecht: »Eine gradweise Versteifung der deutsch-polnischen Beziehungen wurde offensichtlich.« Danzig müßte zum Reich zurückkehren – das würde Polen an die deutsche Seite fesseln. Dann könnte man den Korridor, einen Nichtangriffspakt auf fünfundzwanzig Jahre und »eine gemeinsame deutsch-polnische Politik« in der Ukraine garantieren[26]. Lipski wurde abgesandt, um Beck ein Angebot vorzulegen. Noch war die Zusammenarbeit mit Polen das deutsche Ziel, Danzig nur die Sicherheit dafür. Selbst Hitler glaubte das. Am 25. März gab er eine Direktive heraus:

»Führer will die Danziger Frage *jedoch nicht* gewaltsam lösen. Möchte Polen nicht dadurch in die Arme Englands treiben. Eine evtl. mil. Besetzung Danzigs käme nur dann in Betracht, wenn L. (Lipski) durchblicken läßt, daß die pol. Regierung eine freiwillige Abgabe Danzigs ihrem Volk gegenüber nicht vertreten könne und ihr die Lösung durch ein fait accompli erleichtert würde[27].«

Hitlers Ziel war ein Bündnis mit Polen, nicht seine Zerstörung. Danzig war ein lästiges Vorspiel, das schnell beendet werden mußte. Aber wie früher ließ Beck das Hindernis im Wege liegen. Solange Danzig zwischen Polen und Deutschland stand, konnte er dem peinlichen Angebot eines deutschen Bündnisses ausweichen und auf diese Weise, wie er glaubte, die polnische Unabhängigkeit erhalten.

Becks Überlegungen funktionierten, wenn auch nicht genauso, wie er beabsichtigte. Am 26. März kehrte Lipski nach Berlin zurück. Er brachte eine feste Weigerung mit, in Danzig nachzugeben, wenn auch keine Weigerung zu verhandeln. Bis zu diesem Augenblick war alles insgeheim passiert, ohne einen öffentlichen Hinweis auf die deutsch-polnische Entfremdung. Nun flammte sie hell auf. Beck zog, um seine Entschlossenheit zu zeigen, polnische Reservisten ein. Hitler erlaubte, um, wie er annahm, die Sache zu erleichtern, der deutschen Presse zum erstenmal, über die deutsche Minderheit in Polen zu schreiben. Es gab Gerüchte über deutsche Truppenbewegungen in Richtung auf die polnische Grenze, geradeso wie es am 21. Mai 1938 ähnliche Gerüchte über deutsche Bewegungen in Richtung auf die tschechoslowakische Grenze gegeben hatte. Diese neuen Gerüchte waren gleicherweise unbegründet. Es scheint, daß sie von den Polen in Umlauf gesetzt worden sind. Sie wurden jedoch bei ihrem Tun von einigen deutschen Generälen unterstützt, die behaupteten, Hitler-Gegner zu sein. Diese Generäle »warnten« die britische Regierung. Zu welchem Zweck? Damit Großbritannien Hitler abschreckte, indem es ihm mit Krieg drohte? Oder damit es ihn um seinen Krieg beträge, indem es die Polen in Danzig zur Nachgiebigkeit veranlaßte? Vielleicht waren beide Zwecke miteinander kombiniert, mit einer etwas stärkeren Neigung zum zweiten. Jedenfalls unterrichteten diese Generäle den Korrespondenten des »News Chronicle«, der gerade aus Deutschland ausgewiesen wurde, und am 29. März löste wiederum er den Alarm im Auswärtigen Amt aus. Er fand willige Zuhörer. Nach der Besetzung Prags und der vermeintlichen Bedrohung Rumäniens waren die Briten bereit, alles zu glauben. Sie verschwendeten keinen Gedanken auf Danzig. Sie vermuteten, daß Polen selbst drohend gefährdet wäre und wahrscheinlich unterliegen würde. Es stimmt, daß der britische Botschafter in Berlin keinen Alarm gab. Aber das Auswärtige Amt war von ihm bei früheren Gelegenheiten irregeführt worden, oder es glaubte das zumindest, jetzt zog es also die Berichte von Journalisten vor. Eine sofortige Aktion schien notwendig zu sein, wenn die polnische Macht gestärkt und die »Friedensfront« gerettet werden sollte.

Am 30. März entwarf Chamberlain eigenhändig eine Versicherung für die polnische Regierung:

»Wenn ... irgendeine Aktion unternommen würde, die eindeutig ihre Unabhängigkeit bedroht und der zu widerstehen sich die polnische Regierung mit ihren nationalen Streitkräften dementsprechend verpflichtet fühlt, würde ihr die Regierung Seiner Majestät und die französische Regierung sofort alle in ihrer Kraft stehende Unterstützung leihen.«

An diesem Nachmittag besprach Beck mit dem britischen Botschafter, wie sein Vorschlag von der vorangegangenen Woche durchgeführt werden könnte, als ein Telegramm aus London hereingebracht wurde. Der Botschafter las Chamberlains Versicherung laut vor. Beck nahm sie an, »bevor er das zweitemal die Asche von seiner Zigarette schnippte«. Zwei Schnipser, und britische Grenadiere würden für Danzig sterben. Zwei Schnipser, und das trügerische Großpolen, 1919 geschaffen, unterzeichnete sein Todesurteil. Die Versicherung enthielt keine Bedingungen: Die Polen allein mußten beurteilen, ob sie in Kraft treten sollte. Die Briten konnten nicht länger auf Zugeständnisse in Danzig drängen, gleicherweise konnten sie Polen nicht länger dazu antreiben, mit Sowjetrußland zusammenzuarbeiten. Im Westen wurden Deutschland und Rußland als zwei gefährliche Mächte angesehen, deren Regierungen diktatorisch und deren Methoden unbarmherzig waren. Doch von diesem Augenblick an beruhte der Frieden auf der Annahme, daß Hitler und Stalin vernünftiger und vorsichtiger sein würden, als Chamberlain gewesen war – daß Hitler in Danzig weiterhin in Bedingungen einwilligen würde, die die meisten Engländer längst als unerträglich angesehen hatten, und daß Stalin bereit sein würde, unter Bedingungen von offenkundiger Ungleichheit mitzuarbeiten. Diese Annahmen konnten wohl kaum erfüllt werden.

Die britische Politik ging von einer weiteren Annahme aus: der Annahme, daß sich Frankreich weiterhin klaglos mitschleppen lassen würde, wohin die Briten es auch führen wollten. Die Versicherung vom 30. März war derzeit Beck im Namen Frankreichs wie auch Großbritanniens mitgeteilt worden, bevor die Franzosen zu Rate gezogen worden waren. Sie hatten keine andere Wahl, als zuzustimmen, obwohl sie bitter bemerkten, daß sich Polen nach ihrer Ansicht in

keiner unmittelbaren Gefahr befand. Sie hatten Grund zu schmollen. Die Briten besaßen keine praktischen Mittel, um ihrer Versicherung nachzukommen, sie bestand nur aus Worten. In praktische Bedingungen übertragen: sie konnten nur ein britisches Versprechen darstellen, daß die Franzosen ihr Bündnis mit Polen nicht verraten würden, wie sie es mit der Tschechoslowakei getan hatten. Doch die Franzosen hatten gediegene Informationen, die sie an dem Kampfwert der polnischen Armee zweifeln ließen, und sie hatten nach der Rolle, die Polen gegenüber der Tschechoslowakei gespielt hatte, ihm gegenüber geringe moralische Verpflichtungen. Auch diese Frage wurde durch die beiden Aschenschnipser Becks entschieden. Im September 1939 würde Frankreich um den Schatten seiner früheren Größe kämpfen, wo es ein Jahr zuvor die Substanz in München geopfert hatte.

Die Briten fühlten sich nicht eher zu irgend etwas verpflichtet, bis sie die Fehler in ihrem Werk bemerkten: keine Bedingung, daß die Polen in Danzig vernünftig sein müßten, kein polnisches Versprechen, Rumänien zu unterstützen, keine Aussicht, daß Polen mit Sowjetrußland zusammenarbeiten würde. Sie beschlossen, diese Fehler zu beseitigen, als Beck in den ersten Apriltagen nach London kam. Aber ihre Hoffnungen wurden enttäuscht. Beck war Hitler unerschrokken entgegengetreten, es war unwahrscheinlich, daß ihn die freundlichen Einflüsterungen Chamberlains und Halifaxens rühren würden. In seiner üblichen »Großmacht«-Arroganz erklärte er sich bereit, die einseitige britische Garantie in einen gegenseitigen Beistandspakt umzuwandeln – »die einzige Basis, die ein Land, das sich selber achtet, annehmen könne«. Sonst blieb er hartnäckig. Er hätte »auf deutscher Seite keine Anzeichen einer gefährlichen militärischen Aktion bemerkt«; über Danzig »gingen keine Verhandlungen weiter«; »die deutsche Regierung hätte die polnischen Rechte in Danzig nie bestritten und hätte sie kürzlich bestätigt«; »wenn er sich von dem leiten lassen wollte, was die Deutschen selbst sagten, dann würde er sagen, daß die gewichtigste Frage die koloniale wäre«. Auf diese Weise deutete er praktisch an, daß Großbritannien durch Polen eine Gunst widerführe, wenn er dem Bündnis zustimmte. Aber das Bünd-

nis müsse, darauf bestand er, auf diese beiden Länder beschränkt bleiben; damit verschwanden die »Friedensfront« und die kollektive Sicherheit von der Bildfläche. Das Abkommen auf Rumänien auszudehnen, wäre sehr gefährlich. Denn dadurch würde Ungarn in Deutschlands Arme getrieben, und »im Falle eines Konfliktes zwischen Polen und Deutschland würde die Hilfe, die Polen von Rumänien erwarten könnte, ziemlich unerheblich sein«. Beck widersetzte sich jeder Verbindung mit Sowjetrußland sogar noch entschlossener. »Es gebe zwei Dinge, die für Polen unmöglich wären, nämlich seine Politik entweder von Berlin oder von Moskau abhängig zu machen ... Jeder gegenseitige Beistandspakt zwischen Polen und Sowjetrußland würde in Berlin eine sofortige feindliche Reaktion hervorrufen und wahrscheinlich den Ausbruch eines Konfliktes beschleunigen.« Die Briten könnten, wenn sie wollten, mit Sowjetrußland verhandeln, sie könnten sogar ihm gegenüber Verpflichtungen übernehmen. »Diese Verpflichtungen würden in keiner Weise die von Polen übernommenen ausdehnen[28].«

Chamberlain und Halifax stimmten, praktisch ohne zu protestieren, dieser virtuosen Darbietung zu. Becks Feststellungen stießen nicht im geringsten auf die skeptische Kritik, die ihnen früher von Daladier zuteil geworden war. Es wurde kein Versuch gemacht, die polnische Stärke in Frage zu stellen oder den Wert oder Unwert der Versöhnung zur Sprache zu bringen. Der falsche Alarm vom 30. März hatte die britische Regierung in Eile dazu angetrieben, Polen zu garantieren. Jetzt konnte Beck die Bedingungen stellen und zog jeden Vorteil daraus. Polen schloß sich einer »Friedensfront« nicht an. Die Polen versprachen in keiner Weise, Rumänien zu unterstützen, und ein polnisches Veto verhinderte praktisch engere Beziehungen zu Sowjetrußland. Den Briten wurde keine Gelegenheit gegeben, in Danzig zu vermitteln. Das englisch-polnische Bündnis sollte isoliert bleiben, ohne Partner, Frankreich ausgenommen, und ohne allgemeine Bedeutung. Beck glaubte nicht, daß Polen durch Deutschland gefährdet wäre, er wollte törichterweise nur seine Ausgangsposition für Danzig stärken. Die Briten dagegen kümmerten sich nicht um Danzig oder wenn, dann sympathisierten sie mit der deutschen Seite. Sie hatten nur ein paar vage und großzügige Gesten machen wollen, um die Geschwindigkeit des deutschen Vorrückens zu mäßigen. Der einzige kleine Ausweg, der ihnen blieb, war, daß das englisch-polnische Bündnis provisorisch blieb – das »formale Abkommen« sollte noch festgelegt werden, und der Wunsch war ausgedrückt worden, daß andere einschließlich der Sowjetunion dazukommen sollten. Aber der Ausweg war in Wirklichkeit keiner, denn Beck konnte ihn nach Belieben verschlossen halten. Die britische Regierung befand sich nicht sosehr wegen ihrer Garantie gegenüber Polen in der Falle als wegen ihrer früheren Beziehungen zur Tschechoslowakei. Ihr hatte sie auferlegt, Konzessionen zu machen, ihr gegenüber hatte sie ihre Garantie mißachtet. Sie konnte nicht wieder ihr Wort brechen, wenn sie ihr Ansehen in der Welt oder in ihrem eigenen Volke bewahren wollte. Die Erfolgschance für einen Krieg war wahrscheinlich gering, die deutsche Sache in Danzig stärker als in der Sudeten-Frage. All das spielte keine Rolle. Die britische Regierung war verpflichtet, Widerstand zu leisten. Beck erntete, wo Benesch gesät hatte.

KAPITEL X

DER NERVENKRIEG

Das englisch-polnische Bündnis war für die internationale Politik ein revolutionäres Ereignis. Drei Jahre zuvor waren die Briten das erstemal in Friedenszeiten eine Verpflichtung gegenüber einer kontinentalen Macht eingegangen, als sie ihr Bündnis mit Frankreich schlossen. Damals hatten sie betont, daß es einzigartig bleiben müsse, und es streng auf die Verteidigung Westeuropas beschränkt. Nun stürzten sie sich in ein Bündnis mit einem Land fern im Osten Europas, das beinahe noch einen Tag vorher der Knochen eines britischen Grenadiers nicht für wert erachtet worden war. Die Politik der andern Mächte drehte sich um diese erschrekkende neue Tatsache. Die Deutschen planten, das englisch-polnische Bündnis aufzulösen, die Russen, es auszunützen. Sowohl die Franzosen als auch die Italiener fürchteten die Tragweite, die es für sie hatte, und suchten vergeblich nach einem Ausweg. Europa summte vor diplomatischer Aktivität, und London war ihr Mittelpunkt. Die britische Politik hatte Danzig für 1939 unbeabsichtigt zur entscheidenden Frage erhoben, geradeso wie für 1938 die Sudetendeutschen. Allerdings bestand ein Unterschied. Die sudetendeutsche Frage war an die Tschechen und Franzosen gerichtet gewesen. Sie waren es, die gedrängt wurden, entweder Konzessionen zu machen oder das Risiko eines Krieges ins Auge zu fassen. 1939 sahen sich die Briten selbst vor die Frage gestellt und hatten die Wahl zwischen Widerstand oder Versöhnung. Die britischen Minister waren für die zweite Möglichkeit. Noch waren sie die Männer des Friedens, die sich des Münchner Abkommens gefreut hatten. Noch haßten sie die Aussicht auf Krieg, noch hofften sie, in Verhandlungen einen

Ausweg zu finden. Überdies verspürten sie dank dem wachsenden Druck der Japaner im Fernen Osten das steigende Bedürfnis, sich von Europa abzuwenden. Außerdem standen sie auf besonders schwachem Grund, wenn sie wegen Danzig Posto faßten. Denn Danzig war von den deutschen Beschwerden die berechtigtste. Eine Stadt mit ausschließlich deutscher Bevölkerung, die ganz offenbar zum Reich zurückkehren wollte und die selbst Hitler nur mit Mühe zurückhielt. Auch die Lösung schien besonders leicht zu sein. Halifax wurde nie müde, anzuregen, daß Danzig mit Sicherheiten für den polnischen Handel unter deutsche Oberhoheit zurückkehren sollte.

Auch Hitler wollte das. Die Zerstörung Polens war nie Teil seines ursprünglichen Plans gewesen. Im Gegenteil, er hatte die Danziger Frage so lösen wollen, daß Deutschland und Polen Freunde bleiben könnten. War also die polnische Hartnäckigkeit das einzige, was zwischen Europa und einem friedlichen Ergebnis stand? Keineswegs. Vorher hätte Danzig geregelt werden können, ohne eine Umwälzung der internationalen Beziehungen vorauszusetzen. Jetzt aber war es zum Symbol der polnischen Unabhängigkeit geworden und dank dem englisch-polnischen Bündnis noch dazu der britischen Unabhängigkeit. Hitler wollte nicht länger nur die deutschnationalen Ziele erreichen oder Danzigs Einwohner zufriedenstellen. Er war darauf aus zu zeigen, daß er den Briten und Polen seinen Willen aufzwingen könnte. Sie ihrerseits mußten ihm diesen Beweis versagen. Alle Parteien strebten eine Regelung mittels Verhandlungen an, doch jede wollte erst dann verhandeln, wenn sie in dem vorausgegangenen Nervenkrieg den Sieg errungen hätte. Natürlich gibt es eine andere Erklärung. Einige oder alle Parteien mögen vorsätzlich zum Krieg getrieben haben. Es wird kaum jemand geben, der das von Polen glaubt, wenige, selbst in Deutschland, die heute glauben, daß die Briten die »Einkreisung« Deutschlands planten, um ihm wieder die »Sklaverei« von Versailles aufzuerlegen. Viele jedoch glauben, daß Hitler ein moderner Attila war, der die Zerstörung um ihrer selbst willen liebte und deshalb ohne Rücksicht auf Politik den Krieg wollte. Über solche Dogmen läßt sich nicht streiten.

Hitler war ein ungewöhnlicher Mensch, und diese Dogmen mögen durchaus wahr sein. Aber seine Politik ist rationaler Erklärung zugänglich, und letztere ist es, auf die die Geschichte aufbaut. Die Flucht ins Irrationale ist zweifellos leichter. Die Kriegsschuld kann auf Hitlers Nihilismus geschoben werden anstatt auf die Fehler und Versäumnisse der europäischen Staatsmänner – Fehler und Versäumnisse, die ihr Publikum teilte. Menschliche Schnitzer tragen jedoch gewöhnlich mehr dazu bei, die Geschichte zu formen, als menschliche Gemeinheit. Das jedenfalls ist ein rivalisierendes Dogma, das wert ist, entwickelt zu werden, und wenn nur als akademische Übung. Natürlich spielten Hitlers Art und Gewohnheiten ihre Rolle. Es fiel ihm leicht zu drohen und schwer, sich zu versöhnen. Damit ist aber bei weitem nicht gesagt, daß er die europäische Vorherrschaft voraussah oder vorsätzlich plante, die er 1942 anscheinend erreicht hatte. Alle Staatsmänner wollen gewinnen. Die Größe der Gewinne überrascht sie öfter.

Für den vorsätzlichen deutschen Anstoß zum Krieg 1939 sind rationale Ursachen gefunden worden. Eine ist wirtschaftlicher Natur, ein weiteres Dogma, dieses Mal von grob marxistischer Art. Man meint, daß die industrielle Gesundung Deutschland eine Krise durch Überproduktion bescherte. Im Anblick der Zollmauern der andern Mächte mußte es neue Märkte erobern oder aus den Nähten platzen. Für dieses Dogma gibt es kaum einen Beweis. Die Kreditinflation war Deutschlands Problem, nicht die Überproduktion, vor der Schacht gewarnt hattte, als er 1938 zurückgetreten war. Es gab zu viele Wertpapiere der Regierung und nicht genügend Produktionskraft, um sie aufzusaugen. Die Produktion wurde durch ihr eigenes Übermaß aufgeputscht, nicht darin erstickt. Als es zum Krieg kam, wurden Deutschlands Eroberungen – weit davon entfernt, Märkte zu schaffen – gierig für die Kriegsmaschinerie ausgenützt. Am Ende des Krieges hatte jeder Satellit, Ungarn ausgenommen, in Berlin einen großen Kreditüberschuß – das heißt, die Deutschen hatten viel gebraucht und wenig exportiert. Selbst die deutsche Rüstungsproduktion wurde 1940 und wiederum 1941 gekürzt; die Belastung war zu groß. Daher sprach das wirtschaftliche Argument gegen Krieg, nicht für ihn. Oder bestenfalls hob sich das Argument selbst auf. Deutschland benötigte die Kriegsbeute nur, um im Krieg mehr Erfolg zu haben.

Die deutschen Rüstungen stellen angeblich schon allein einen zweiten möglichen Grund dar, weshalb Deutschland zum Krieg treiben mußte. Deutschland hatte in der Rüstung die Führung über die andern Mächte übernommen, und es war vorauszusehen, daß diese Führung allmählich dahinschwinden mußte. Hitler persönlich benützte dieses Argument, aber nur im Sommer 1939, als er sich schon auf den Krieg festgelegt hatte, und es war nicht viel ernsthafter gemeint als sein anderes Argument, daß er den Krieg hinter sich bringen wolle, um sich selbst dem künstlerischen Schaffen widmen zu können. Früher hatte er wahrheitsgemäßer behauptet, daß das deutsche Übergewicht zwischen 1943 und 1945 am größten sein würde, und wie alle diese Rechnereien bedeutete das in Wirklichkeit »dieses Jahr, nächstes Jahr, irgendwann . . .« Die deutschen Generäle, die das beste Urteilsvermögen besaßen, stritten aus technischen Gründen beständig gegen einen Krieg im Jahre 1939, und je besser das Urteilsvermögen, um so energischer war die Opposition. Hitler bestritt ihr Argument nicht, er wies es vielmehr als belanglos ab. Er wollte ohne Kriege Erfolge erringen oder jedenfalls nur durch einen so geringfügigen Krieg, daß man ihn kaum von einem diplomatischen Schachzug unterscheiden könnte. Einen größeren Krieg plante er nicht, deshalb war es gleichgültig, daß Deutschland für ihn nicht gerüstet war. Hitler lehnte absichtlich die »Wiederaufrüstung bis auf den Grund« ab, zu der ihn seine Ratgeber vom Fach drängten. Er war an der Vorbereitung eines langen Krieges gegen die Großmächte nicht interessiert. Er entschied sich statt dessen für eine »Wiederaufrüstung in die Breite« – für eine Frontarmee ohne Reserve, die nur für einen schnellen Schlag ausreichte. Unter Hitlers Regie wurde Deutschland dafür gerüstet, den Nervenkrieg zu gewinnen – den einzigen Krieg, den er verstand und schätzte; es war nicht dafür gerüstet, Europa zu erobern. Großbritannien und Frankreich hatten sich bereits von einem streng defensiven Standpunkt entfernt. Im Laufe der Jahre würden sie noch weiter von ihm abrücken.

Aber Deutschlands Vorteil für einen unmittelbaren Schlag würde bestehenbleiben. Mit der Zeit würde nichts verloren und viel mochte auf diplomatischem Wege gewonnen werden. Wenn wir also die deutsche Rüstung in Erwägung ziehen, entgehen wir den mystischen Regionen der Hitlerschen Psychologie und finden eine Antwort im Reiche der Tatsachen. Die Antwort ist eindeutig. Der Stand der deutschen Rüstung 1939 liefert den entscheidenden Beweis dafür, daß Hitler nicht an einen allgemeinen Krieg dachte und wahrscheinlich überhaupt keinen Krieg wollte.

Eine tiefere Ursache bleibt zurück, weshalb Deutschland 1939 den Krieg gesucht haben mochte. Das Gleichgewicht der Welt neigte sich zuungunsten Deutschlands, nicht sosehr dank der unmittelbaren Rüstungshöhe als dank der wirtschaftlichen Reserven. Deutschland war eine größere Wirtschaftsmacht als Großbritannien oder Frankreich – etwas größer als beide zusammen. Großbritannien schätzte sich noch als Großmacht ein, Frankreich war nahezu in einen zweitklassigen Status abgerutscht. Diese Waage würde also ständig zugunsten Deutschlands ausschlagen. Das Bild änderte sich jedoch, wenn man den Rest der Welt berücksichtigte. Die Vereinigten Staaten besaßen größere wirtschaftliche Rohstoffquellen als die drei europäischen Großmächte zusammen, und ihre Führung wuchs mit den Jahren. Es wäre daher sinnvoll gewesen, wenn Hitler geplant hätte, Europa gegen die »amerikanische Gefahr« zu vereinigen. Er tat es nicht. Aus irgendeinem dunklen Grunde – vielleicht aus der eigensinnigen Unwissenheit eines landverbundenen Österreichers heraus – nahm er die Vereinigten Staaten niemals ernst, weder in wirtschaftlicher noch in politischer Hinsicht. Er nahm an, daß sie wie die Westmächte dank der Demokratie verrottet wären, und Roosevelts moralische Ermahnungen erhöhten nur seine Verachtung. Er konnte es nicht begreifen, daß diese Ermahnungen jemals in materielle Kraft umgesetzt werden könnten, und er hatte keine Vorstellung davon, daß er Deutschland einen gewaltigen Feind besorgte, als er im Dezember 1941 den Vereinigten Staaten den Krieg erklärte.

Der wirtschaftliche Fortschritt Sowjetrußlands auf der andern Seite quälte Hitler. Er war in der Tat erschreckend. Während der zehn Jahre zwischen 1929 und 1939, da sich die Warenproduktion Deutschlands um siebenundzwanzig Prozent und die Großbritanniens um siebzehn Prozent erhöht hatte, war die Rußlands um vierhundert Prozent gestiegen, und dieser Fortschritt war nur ein Anfang. 1938 war Sowjetrußland die zweite Industriemacht der Welt und rangierte gleich hinter den Vereinigten Staaten. Es hatte noch einen weiten Weg vor sich: seine Bevölkerung war noch verarmt, seine Rohstoffquellen waren kaum angetastet. Aber Deutschland hatte nicht viel Zeit, wenn es der Überschattung entgehen wollte, und noch weniger, wenn es hoffte, die Sowjetukraine zu packen. Auch hier wäre es sinnvoll gewesen, wenn Hitler einen großen Krieg gegen Sowjetrußland geplant hätte. Aber wenn er auch oft von solch einem Krieg sprach, er plante ihn nicht. Hitlers Wiederaufrüstung in die Breite war nur dazu bestimmt, den diplomatischen Nervenkrieg zu verstärken. Selbst eine Wiederaufrüstung bis auf den Grund, wie sie die deutschen Generäle wollten, hätte Deutschland nur für einen sich lange hinziehenden Erschöpfungskrieg an der Westfront ausgerüstet, wie er während des ersten Weltkrieges ausgefochten worden war. Als die Deutschen im Juni 1941 zum Krieg gegen Sowjetrußland schritten, mußten sie wild improvisieren, und sie erzielten hauptsächlich deswegen keinen schnellen entscheidenden Sieg, weil sie die Vorbereitung des Transportwesens für einen Krieg dieser Art gänzlich vernachlässigt hatten. Letzten Endes kann man kaum sagen, ob Hitler den Kriegsplan gegen Sowjetrußland ernst nahm oder ob dieser Plan nur eine reizvolle Illusion war, mit der er die westlichen Staatsmänner zu hypnotisieren hoffte. Wenn er ihn ernst nahm, wird der tatsächliche Krieg von 1939 – nicht ein Krieg gegen die Sowjetunion, sondern ein Krieg gegen die Westmächte mit Deutschland und Sowjetrußland als halbwegs Verbündete – unerklärlicher denn je. Oder es behauptet sich vielmehr wiederum die alte, einfache Erklärung: Der Krieg von 1939, weit davon entfernt, im voraus geplant zu sein, war ein Irrtum, das Ergebnis beiderseitiger diplomatischer Schnitzer.

Hitler steuerte zum Gang der Diplomatie zwischen April

und August 1939 wenig bei. Wie bei früheren Gelegenheiten beschränkte er sich darauf, sich vorzubereiten und zu warten im Vertrauen darauf, daß sich die Hindernisse irgendwie vor ihm auflösen würden. Das Beispiel der tschechischen Krise stand ihm immer vor Augen. Damals hatte er sich einer starken tschechischen Armee und einem anscheinend festen Bündnis zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei gegenübergesehen. Letzten Endes hatten die Franzosen nachgegeben und die Tschechen ebenfalls. Mit Polen würde es genauso kommen. Über die westlichen Staatsmänner sagte er: »Unsere Gegner sind kleine Würmchen. Ich sah sie in München.« Die Franzosen beunruhigten ihn nicht länger. Er wußte, daß sie mitgehen würden, wohin auch die Briten sie führten, obwohl die Franzosen auf dem Weg zum Krieg als Bremse wirkten. Diesmal würden sich die Briten unverblümter entscheiden müssen, und er erwartete, daß sie sich fürs Nachgeben entscheiden würden. Erwartete er auch, daß die Polen ohne Krieg nachgeben würden? Diese Frage ist schwieriger zu beantworten. Am 3. April wurden die bewaffneten Streitkräfte angewiesen, sich für jeden Zeitpunkt nach dem 1. September für einen Angriff auf Polen bereit zu halten, zusammen mit der Versicherung, daß dieser Fall nur eintreten würde, wenn Polen isoliert wäre – eine Versicherung, die Hitler am 23. Mai in ziemlich zügelloser Form wiederholte. Aber diese Vorbereitungen waren notwendig, gleichgültig, ob Hitler sein Ziel durch Krieg oder durch Drohungen erreichen wollte. Sie sagen uns über seine wahren Absichten nichts; wahrscheinlich hatte er sie gar nicht fixiert. Es genügte ihm, daß der Nervenkrieg weiterging. Für ihn legte Hitler seine Ziele eindeutig fest. Am 28. April widerrief er sowohl den Nichtangriffspakt mit Polen von 1934 als auch das englisch-deutsche Flottenabkommen von 1939. Am selben Tag sprach er vor dem Reichstag. Er zählte seine Angebote an Polen auf und prangerte die polnische Provokation an: Die Deutschen wollten die Danziger Frage durch freie Verhandlungen regeln, die Antwort der Polen zeige, daß sie sich nur auf Gewalt verließen. Er wäre bereit, ein neues Abkommen zu treffen, aber nur, wenn die Polen ihre Haltung änderten – das heißt, wenn sie in Danzig nach- und ihr Bündnis mit Großbritannien preis-

gaben. Die Briten redete er in ganz anderen Ausdrücken an: Er pries das britische Empire als »einen unschätzbaren Wertfaktor für die ganze menschliche Kultur und Wirtschaft«, wies die Idee seiner Zerstörung von sich als ein »Ausfluß menschlichen Herostratentums« und sah einem neuen Abkommen gern entgegen, wenn die Briten zur Vernunft gekommen wären. Auch hier war der Preis derselbe: Zugeständnisse in Danzig und Preisgabe der Bündnisse mit Polen. Nachdem er in dieser Weise seine Bedingungen dargelegt hatte, zog sich Hitler in die Schweigsamkeit zurück. Er war für die Botschafter nicht zu erreichen und Ribbentrop beinahe ebensowenig. Vor dem Ausbruch des Krieges kam es zu keinem weiteren diplomatischen Austausch mit Polen und bis Mitte August zu keinem unmittelbaren mit Großbritannien.

Die Entscheidung lag deshalb bei den Briten, oder sie wurde ihnen vielmehr durch das englisch-polnische Bündnis diktiert. Sie konnten ihr nicht ausweichen, selbst wenn sie wollten. Sie waren nicht nur die Gefangenen ihrer eigenen öffentlichen Meinung, sondern sie erkannten auch, daß sie nur zu ihren früheren Schwierigkeiten zurückkehren würden, wenn sie sich aus dem Bündnis zurückzogen. Sie waren bereit, sogar sehr gerne bereit, in der Danziger Frage zurückzuweichen, aber nur unter der Bedingung, daß Hitler dann Frieden gab. Er jedoch würde nur zufrieden sein, wenn er Danzig bedingungslos bekam. In jedem Fall weigerten sich die Polen, auch nur einen Meter aufzugeben. Die Briten entdeckten zu spät, daß Beck im Hinblick auf Danzig »alles andere als offen« gewesen war: Er hatte ihnen den Eindruck vermittelt, als ob es dort kein unmittelbares Problem gäbe, während Hitler in Wirklichkeit seine Forderungen bereits mit Nachdruck vorbrachte. Sie benutzten diese Täuschung als Entschuldigung dafür, Beck aufzufordern, daß er sie in Zukunft besser auf dem laufenden halten sollte, und fügten eine Mahnung an, daß die Garantie nur in Kraft treten würde, »wenn die polnische Regierung sich in einem Fall zum Widerstand entschied, wo die polnische Unabhängigkeit eindeutig bedroht war[1]«. Das war ein vorsichtiger Wink, daß Großbritannien sich nicht verpflichten wollte, den status quo in Danzig zu erhalten. Beck war störrisch: »Im Zusammenhang mit der

Danziger Frage würde kein casus belli entstehen, wenn die Deutschen dort keine Zwangsmaßnahmen ergriffen[2]« – keine heitere Aussicht für den britischen Standpunkt. In Wirklichkeit wagte keine von beiden Parteien – aus Furcht vor einem Streit – offen über Danzig zu sprechen, deshalb besprachen sie nichts, und jeder hoffte, im entscheidenden Moment sein Ziel zu erreichen. Das formale Bündnis, das im April angedeutet worden war, wurde bis zum 25. August nicht abgeschlossen.

Auf andere, nicht so unmittelbare Weise taten die Briten ihr Bestes, um die Polen zurückzuhalten. Die Briten enthüllten in den Stabsbesprechungen, die zwischen den beiden Ländern abgehalten wurden, nichts, aber damals hatten sie auch nichts zu enthüllen. Offensichtlich rechneten die Polen nicht mit einer unmittelbaren militärischen Hilfe; das gab ihnen um so mehr Grund, um finanzielle Unterstützung nachzusuchen. In diesem Punkt waren die Briten besonders hartnäckig. Die Polen baten um eine Anleihe in Höhe von sechzig Millionen Pfund Sterling in bar. Die Briten erwiderten zuerst, daß sie kein Bargeld hätten und nur Kredite anbieten könnten, dann bestanden sie darauf, daß die Kredite in Großbritannien verbraucht werden müßten, schließlich erklärten sie, nachdem sie die Zahl auf acht Millionen Pfund reduziert hatten, daß die Kredite auf keinen Fall verbraucht werden könnten, da die britischen Rüstungsbetriebe voll beschäftigt wären. Bis zum Zeitpunkt des Kriegsausbruches war kein Kredit gewährt worden, keine britische Bombe und kein Gewehr gelangten nach Polen. Es ist unwahrscheinlich, daß die Polen durch Halifaxens Erklärung besänftigt wurden: »Im Falle eines Krieges müßte eine der stärksten Waffen in der Hand Großbritanniens das wirtschaftliche Durchhaltevermögen sein, für die es dementsprechend wesentlich wäre, daß sie nicht beeinträchtigt würde[3].« Dieses merkwürdige Gebaren drückte die Doppelnatur der britischen Politik aus. Die Briten waren ebenso besorgt, die Polen zu mäßigen, wie Hitler zurückzuhalten. Ihre Hoffnung war unnütz. Beck war nicht Benesch. Nach seiner Ansicht würde ein einziger Schritt auf dem Konzessionswege unvermeidlich nach München führen, deshalb tat er keinen Schritt. Lord Runciman

bekam 1939 keine Gelegenheit, seine Sachen für einen weiteren Ausflug auf den Kontinent zu packen.

Die Briten verlangten nach einem weiteren Kniff, der sich in den vorhergegangenen Jahren als nützlich erwiesen hatte. Noch hofften sie, daß Mussolini zu gegebener Zeit aufgeboten werden könnte, um Hitler zu besänftigen. Aber auch dieser Kurs war so gut wie tot geboren. Die momentane Verstimmung, als Hitler Prag besetzte, stellte Mussolinis letzten Schrei der Entrüstung dar. Er vollzog jetzt selbst eine Angriffshandlung, indem er das italienische Protektorat über Albanien in eine offene Annexion umwandelte. Dadurch rief er eine große diplomatische Aktivität hervor – die Briten garantierten Griechenland und ohne besonderen Anlaß Rumänien, verhandelten mit der Türkei über ein Bündnis, dem das Schicksal widerfuhr, nie in Kraft zu treten. Diese Schritte blähten zwar die Aktendeckel des Auswärtigen Amtes auf, waren aber für die große Frage »Deutschland« von geringer Bedeutung. Italien lief jetzt wie Frankreich nebenher, das Schicksal beider Länder wurde durch die Aktionen ihrer größeren Partner bestimmt. Die Franzosen stürzten sich in Feindseligkeiten gegenüber Italien, indem sie die italienischen Forderungen in Nordafrika ablehnten. Hier fanden sie einen Gegner von ihrer eigenen Größe, dem zu trotzen sie bereit waren. Mussolini seinerseits tat jetzt endlich den Sprung in das formale Bündnis mit Deutschland. Am 22. Mai wurde der »Stahlpakt« unterzeichnet, der beide Länder dazu verpflichtete, den Krieg gemeinsam zu führen. Zweifellos hoffte Mussolini, durch diesen Pakt die Möglichkeit zu bekommen, im deutschen Rat seine Meinung vertreten zu können. Nachdem er sich dazu verpflichtet hatte, Deutschland im Krieg zu unterstützen, hoffte er, daß er bestimmen könnte, wann der Krieg stattfinden sollte, und er versuchte die Meinung durchzusetzen, daß Italien erst 1942 oder 1943 für den Krieg bereit sein könnte. Die Deutschen maßen jedoch dem Pakt nicht so viel Gewicht bei. Sie nahmen ihn nahezu als ein Versehen hin, als einen Trostpreis für das Nichtzustandekommen eines Dreierbündnisses mit Japan.

Der Ferne Osten stellt einen Faktor dar, dessen Wert für die Politik des Jahres 1939 noch schwer abzuschätzen ist.

Zwischen der Situation in Europa und der im Fernen Osten bestanden eindeutig Verknüpfungen. Aber worin bestanden sie? Die Japaner befanden sich im Krieg mit China, sie mischten sich dort auch in die ausländischen Interessensphären ein und belästigten besonders die britischen Niederlassungen. Offensichtlich hätten die Briten gerne in Europa ein Ende gemacht, um ihre Position in China zu verteidigen, aber es ist schwierig festzustellen, wieweit dadurch der praktische Verlauf ihrer Politik beeinflußt wurde. Die Deutschen auf der andern Seite wollten die britischen Schwierigkeiten im Fernen Osten erhöhen und die Japaner umgekehrt in Europa. Zwischen den beiden »Aggressoren« kam es zu einem Tauziehen, das die Japaner gewannen. Die Deutschen versuchten, den Antikominternpakt in ein Bündnis für jeden Fall umzuwandeln. Die Japaner wollten nur einer Zusammenarbeit gegen Rußland zustimmen. Zweifellos hofften sie, aus den Briten ohne Krieg Zugeständnisse herauszuholen, vielleicht wurden sie auch durch den Gedanken an die amerikanische Flotte abgeschreckt. Vor allem waren sie nicht sicher, ob einem allgemeinen Bündnis in Europa ein Krieg folgen würde: Womöglich gäbe es ein neues München auf Kosten Polens, so daß die Japaner den Briten allein gegenüberstehen würden. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Japan führten zu nichts. Die Japaner quetschten aus den Briten, die ständig nachgaben, Konzessionen heraus. Der Konflikt im Fernen Osten wurde verschoben, und dadurch wurde ein Konflikt in Europa wahrscheinlicher.

Der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Japan stand ein weiteres Hindernis entgegen, das keine der beiden Seiten offen vorbrachte. Die Japaner wollten gegen Sowjetrußland unterstützt werden. Die Deutschen, einst die Bannerträger des Antikommunismus, schwenkten jetzt in die Gegenrichtung ein. Von dem Augenblick an, da Polen das nächste Ziel der deutschen Feindseligkeit wurde, verwandelte sich Sowjetrußland für Deutschland automatisch in einen möglichen Neutralen oder vielleicht sogar in einen Verbündeten. Die Russen waren auch nicht allein für Deutschland wichtig: Jede europäische Macht mußte mit ihnen rechnen. Und das war ein epochemachendes Ereignis. Das Jahr 1939

erlebte den Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Aus einer ferneren Perspektive mag es sogar bedeutsamer erscheinen, daß es zum erstenmal seit 1917 die Rückkehr Sowjetrußlands als Großmacht erlebte. Nach der bolschewistischen Revolution war Sowjetrußland oft ein Problem gewesen; der internationale Kommunismus war, auf jeden Fall seiner Möglichkeit nach, eine Gefahr gewesen. Aber Sowjetrußland war nicht als Großmacht angesehen worden. Wenn Litwinow im Völkerbund Vorschläge machte, war das Air eines Sprechers von einem andern Planeten um ihn. Die Westmächte hatten daher trotz des französisch-sowjetischen Paktes eine Zusammenarbeit mit Sowjetrußland nie ernsthaft erwogen. Während der tschechischen Krise 1938 erwarteten weder sie noch die Deutschen eine sowjetische Intervention. Sowjetrußland schien unendlich fern zu liegen. Das war zum großen Teil auf die Spaltung in der politischen Anschauung und auf die lange beiderseitige Tradition der praktischen Nichtanerkennung zurückzuführen. Aber es hatte auch eine praktische Grundlage. Sowjetrußland war von Europa wahrhaftig abgeschnitten, solange der cordon sanitaire existierte. Wenn es überhaupt handelte, mußte es von außerhalb eingreifen, recht ähnlich wie Japan oder die Vereinigten Staaten. Das änderte sich, als Polen in Frage gestellt wurde. Europa hatte Rußlands Türschwelle erreicht. Letzteres war wieder, ob es wollte oder nicht, eine europäische Macht geworden.

Welche Rolle wollte Rußland nun spielen, nachdem es nach Europa oder Europa zu ihm zurückgekehrt war? Alle Mächte stellten diese große Frage. Die Briten stellten sie, ebenso die Franzosen, die Polen und die Deutschen. Die Russen stellten sie sich beständig selbst. Anfangs war es unmöglich, die Antwort vorherzusehen oder gar die Alternative zu formulieren. Die meisten politischen Fragen haben viele Vorläufer. Die Staatsmänner können sich auf ihre früheren Erfahrungen beziehen und können bereits festgelegte Routen weiterverfolgen. Aber hier gab es nur wenige Präzedenzfälle, und sie führten in die falsche Richtung – zurück in die Zeit der russischen Isolation und des Rückzugs. Diese irreführenden Präzedenzfälle hatten trotzdem etwas Einfluß. Die Briten konnten die Gewohnheit nicht abschütteln, Sowjet-

rußland als eine Macht von geringer Bedeutung zu behandeln, während die Russen noch versucht waren anzunehmen, daß sie sich von Europa nach Belieben abwenden könnten. Die Deutschen besaßen in diesem Punkte einen Vorteil. In Gestalt von Rapallo und der folgenden sowjetisch-deutschen Freundschaft besaßen sie so etwas wie einen Präzedenzfall. Aber die Zeiten hatten sich geändert. In Rapallo waren sich zwei geschlagene und besorgte Mächte darin einig gewesen, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. Damit war wenig Anleitung für die Beziehungen zwischen den Mächten gegeben, die nun die beiden größten auf dem europäischen Kontinent waren. Wieder einmal gab sich Hitler damit zufrieden zu warten, bis ihm die Ereignisse eine Politik lieferten. Der Antikommunismus wurde in Deutschland herabgedämpft, seinen Platz nahm der Antisemitismus ein. Bemerkungen fielen, daß die Deutschen gerne ihren Handel mit Sowjetrußland vergrößern oder sogar ihre politischen Beziehungen verbessern wollten. Aber von deutscher Seite wurde kein Versuch unternommen auszurechnen, welche Form diese Verbesserung annehmen mochte, und die Russen waren noch schweigsamer. Die Initiative lag anderswo.

Die Franzosen am andern Ende der Skala waren sich klar darüber, was sie wollten: Es sollte ein verläßliches militärisches Bündnis zwischen Sowjetrußland und den Westmächten geben. Die Franzosen besaßen kein Vertrauen zu der Beschwichtigung Hitlers und hatten daher entsprechend wenig Furcht davor, daß ein Bündnis mit den Sowjets ihn provozieren könnte. Sie glaubten, daß Hitler nur durch eine überwältigende Machtvorführung abgeschreckt werden könnte, und dazu würde das sowjetische Bündnis beitragen. Wenn die Vorführung versagte und es zum Krieg kam, würden die Russen wiederum drohen, die deutschen Streitkräfte wie 1914 zu spalten, und wenn die Deutschen Rußland angriffen, wären die Franzosen hinter der Maginot-Linie in Sicherheit. Die Franzosen achteten nicht auf die polnischen Einwände, vielmehr fühlten sie sich durch sie noch mehr angestachelt. Die französischen Verpflichtungen gegenüber Polen waren auf ihrem Tiefpunkt angelangt. Der Abfall Polens während der tschechischen Krise hatte jede Möglichkeit einer Ostfront

zerstört, und die Franzosen waren jetzt dazu bereit, die polnische Undankbarkeit in gleicher Münze heimzuzahlen. Gamelin hatte von der polnischen Armee eine schlechte Meinung und neigte dazu, wenn auch sehr zögernd, die sowjetische Armee höher einzuschätzen. Wenn deshalb Polen das französisch-sowjetische Bündnis als Entschuldigung dafür benützte, sein eigenes Bündnis mit Frankreich zu verwerfen, so war das vom französischen Gesichtspunkt aus nur um so besser. Die Franzosen wären eine Verbindlichkeit los und hätten einen Gewinn gezogen. Am 10. April sagte Bonnet zu dem sowjetischen Botschafter, man sollte die Bedingungen der militärischen Zusammenarbeit miteinander festlegen, und fügte hinzu: »Wir sollten daraufhin zu entscheiden haben, welche Haltung wir in dem Falle einnehmen, wenn entweder Rumänien oder Polen diese Hilfe verweigern[4].« Das war eine einfache, aber unmögliche Lösung. Die Franzosen konnten vielleicht ihr Bündnis mit Polen mißachten, aber nicht das mit Großbritannien, von dem ihre gesamte Position in der Welt abhing. Das englisch-polnische Bündnis war für Frankreich eine Katastrophe. Da die Briten keine eigenen Streitkräfte für einen kontinentalen Krieg hatten, war das Bündnis im Endeffekt eine britische Garantie dafür, daß die Franzosen die Polen nicht im Stich lassen würden wie seinerzeit die Tschechen. Doch genau das war es, was die Franzosen wollten. Nachdem ihr Fluchtweg versperrt war, war es ihre einzige Hoffnung, die Briten auf genau dieselbe Weise in ein Bündnis mit Sowjetrußland zu schleifen.

Diese Anregungen gingen nicht von Frankreich allein aus. Die Notwendigkeit eines sowjetischen Bündnisses war sofort, nachdem Polen die Garantie erhalten hatte, für jeden zuständigen britischen Beobachter offensichtlich. Am 3. April bewies Churchill vor dem Unterhaus diesen Punkt:

»An dieser Stelle mit einer Garantie für Polen stehenzubleiben wäre dasselbe, wie im Niemandsland im Feuer beider Stellungen und ohne den Schutz einer von beiden anzuhalten ... Nachdem wir mit der Schaffung einer Großen Allianz begonnen haben, können wir uns keinen Fehlschlag leisten. Sonst geraten wir in Todesgefahr ... Die schlimmste Torheit, die uns auch niemand zumuten wird, wäre es,

jede natürliche Zusammenarbeit, zu der sich Sowjetrußland in seinem eigensten Interesse gedrängt fühlt, auf Eis zu legen und zu verhindern[5].«

Lloyd George sprach sogar noch entschiedener:

»Wenn wir ohne die Hilfe Rußlands hineingehen, laufen wir in eine Falle. Es ist das einzige Land, dessen Waffen dorthin reichen. Wenn die Russen in diese Sache nicht hineingezogen worden sind, weil die Polen gewisse Gefühle haben, auf Grund deren sie die Russen dort nicht haben wollen, dann ist es an uns, die Bedingungen zu stellen, und wenn die Polen nicht bereit sind, die Bedingungen zu akzeptieren, unter denen allein wir ihnen mit Erfolg helfen können, dann müssen sie die Verantwortung tragen[6].«

Diese Argumente wurden auch wiederholt aus den Reihen der Opposition vorgetragen. Besonders konnten sich die sich widerstreitenden Gruppen innerhalb der Labour Party über den Grundsatz des Bündnisses mit Sowjetrußland wieder einigen – für das die einen aus praktischen militärischen Gründen waren, die andern aus sozialistischem Prinzip. Das praktische Argument war tatsächlich nahezu durchschlagend. Es lag allen klar vor Augen, und Chamberlains Kritiker fanden jetzt zum erstenmal bereitwillig Gehör in der Öffentlichkeit. Früher hatte es so ausgesehen, als ob sie einen ideologischen Krieg gegen Hitler predigten, jetzt praktizierte anscheinend Chamberlain die ideologische Distanz gegenüber der Sowjetunion. Zweifellos drängt die Kritik der Opposition Chamberlain zu Verhandlungen mit Moskau, aber zur gleichen Zeit erhöhte sie sein Widerstreben. Die britische Regierung würde in jedem Falle, wie auch das Ergebnis wäre, in Mißkredit geraten. Wenn die Verhandlungen fehlschlügen, wäre sie blamiert, wenn sie erfolgreich verliefen, wären Churchill, Lloyd George und die Labour Party gerechtfertigt. Chamberlain war ein guter Hasser, jedenfalls in der Innenpolitik, und wenn er forschend in die Ferne in Richtung auf den Kreml blickte, erkannte er dort Gesichter, die ihn an die vorderste Bank der Opposition erinnerten.

Die britische Regierung wurde durch weitere Erwägungen zum Zögern veranlaßt. Die, die keine Skrupel gehabt hatten, Benesch im Stich zu lassen, fühlten sich nun in der moralinsauren Beschränktheit eines sich bessernden Trunkenboldes dazu verpflichtet, jeder Laune Becks zu folgen. Die Briten garantierten das Recht der kleinen Nationen. Wie sollten sie unter diesen Umständen die polnischen Einsprüche gegen eine Verbindung mit der Sowjetunion übergehen können? Halifax betonte diesen Punkt im Oberhaus: »Unsere Politik beruht auf dem Grundsatz, daß die Rechte kleinerer Staaten nicht durch stärkere beiseite geschoben werden sollten, daß in den zwischenstaatlichen Beziehungen nicht Gewalt der entscheidende Faktor sein sollte und daß Verhandlungen nicht durch Zwang beeinträchtigt oder abgebrochen werden sollten[7].« Die britische Regierung dachte nicht wie ihre Kritiker in den Bedingungen eines unausweichlichen Krieges. Sie strebte nicht einmal an, Hitler durch eine überwältigende Kraftentfaltung »abzuschrecken«. Sie bemühte sich nur um eine moralische Demonstration, aber ein Bündnis mit Sowjetrußland würde der moralischen Wirkung verlustig gehen, wenn es von Protesten kleinerer Staaten begleitet wäre. Die moralische Wirkung mochte sogar Hitlers Kredit erhöhen. Seine »Einkreisungs«-Anklage wäre dann gerechtfertigt. »Man könnte sagen, daß wir, nachdem wir jeden weiteren Versuch aufgegeben haben, unparteiisch zu bleiben, uns mit Absicht zwischen den rivalisierenden Mächtegruppen ausrichten würden.« Italien, Spanien und Japan wären verletzt; »auch sollte nicht vergessen werden, daß der Vatikan Moskau in einem noch größeren Grade als Antichrist betrachtet denn Berlin[8]«.

Die britische Regierung rang darum, den Frieden in Europa zu bewahren, nicht darum, einen Krieg zu gewinnen. Ihre Politik wurde von der Sittlichkeit bestimmt, nicht von strategischen Überlegungen. Aber selbst ihre Sittlichkeit trug Scheuklappen. Sie erkannte das Gewicht der deutschen Beschwerden über die Regelung von Versailles an. Doch fiel es ihr nie ein, daß sich Sowjetrußland wenig bemüßigt fühlen könnte, in Osteuropa einen status quo zu erhalten, der sich im wesentlichen aus den beiden demütigenden Verträgen von Brest-Litowsk und Riga herleitete. Das russische Widerstreben, eine Friedensfront zu unterstützen, irritierte sie, aber jegliche russische Bereitschaft, gegen Deutschland in den Krieg zu ziehen, alarmierte sie noch mehr. Was sie

wollte, war eine russische Unterstützung, die sich wie ein Hahn nach Belieben an- und abdrehen lassen sollte, und sie allein oder vielleicht die Polen sollten dazu berechtigt sein, an diesem Hahn zu drehen. Halifax erklärte Gafencu, dem rumänischen Außenminister, die Haltung der Regierung: »Es wäre wünschenswert, sich Rußland nicht zu entfremden, sondern es immer am Spiel zu beteiligen[9].« Die damaligen sowjetischen Staatsmänner verdächtigten die Briten des Planes, Rußland mit Deutschland in einen Krieg zu verwickeln, während die Briten neutral bleiben würden, und diese Anklage ist von sowjetischen Historikern wiederholt worden. Aber da versteht man die britische Absicht falsch. Die Briten wollten überhaupt keinen Krieg: weder einen britischen gegen Deutschland noch einen deutschen gegen Rußland. Nach britischer Ansicht mußte das Ergebnis eines allgemeinen europäischen Krieges katastrophal sein. Denn entweder würde Deutschland oder Rußland gewinnen, und die Position Großbritanniens als Großmacht würde in jedem Falle verringert oder sogar zerstört werden. Das englisch-polnische Bündnis war denn auch einzigartig angemessen. Beide Länder waren die Nutznießer der außerordentlichen Umstände, mit denen der erste Weltkrieg endete, nämlich der Niederlage sowohl Deutschlands als auch Rußlands. Diesen Umständen verdankte Polen seine trügerische Unabhängigkeit, Großbritannien seine Größe und Autorität, die, selbst wenn sie nicht ganz so trügerisch waren, mit geringer Mühe erhalten werden konnten. Beide Länder wollten, daß die Welt so, wie sie 1919 geschaffen worden war, stillstehen sollte. Polen weigerte sich, sich entweder Deutschland oder Sowjetrußland anzuschließen. Die Briten weigerten sich, einen entscheidenden Sieg beider zu erwägen. Eine bolschewistische Eroberung Osteuropas war den meisten Engländern widerwärtig. Soweit war der sowjetische Verdacht gerechtfertigt. Aber eine solche Eroberung schien auch fern zu liegen. In England erwartete man vielmehr, daß die Deutschen im Falle eines Krieges gegen Rußland gewinnen würden, was die Briten, obwohl ihnen der Gedanke daran vielleicht nicht so widerwärtig war, sogar noch mehr alarmierte. Ein Deutschland, das Europa vom Rhein bis zum Ural beherrschte,

würde sich nach britischer Ansicht sofort gegen das britische und das französische Empire wenden. Also schmeichelten sich die sowjetischen Herrscher, als sie die Briten eines sowjetisch-deutschen Kriegsplanes beschuldigten, in zweifacher Weise selbst. Erstens waren die Briten durch die »rote Gefahr« zuwenig beunruhigt, um ihre Zerstörung mittels eines Krieges zu wünschen, zweitens waren sie überzeugt, daß die Deutschen zu leicht und zu hoch gewinnen würden.

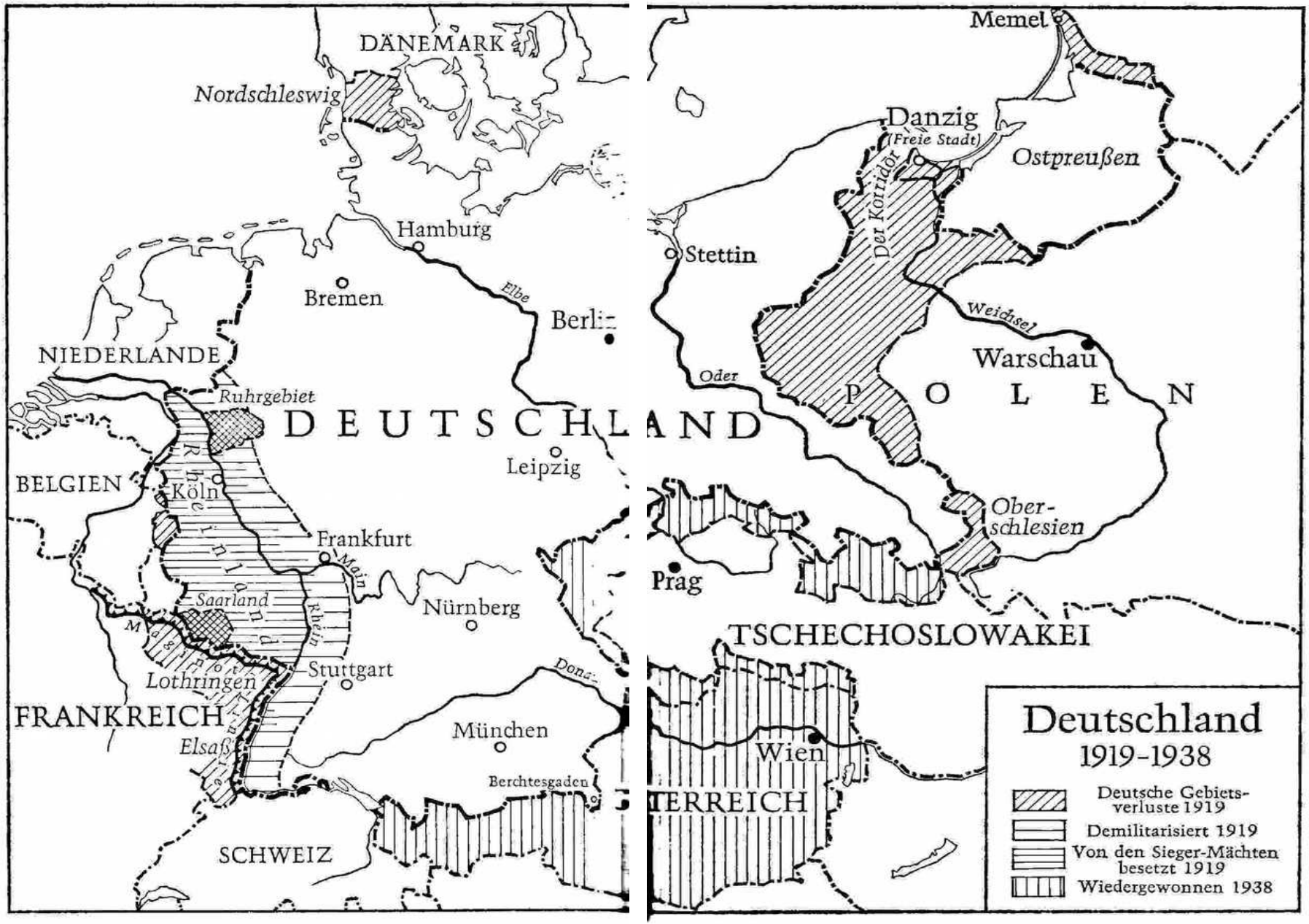
Wenn die britischen Staatsmänner die möglichen Entwicklungen erwogen, wurden sie im Hinblick auf Sowjetrußland tatsächlich von einer Befürchtung erfaßt: der Befürchtung, daß es abseits stehen könnte, während sich die andern europäischen Mächte gegenseitig in Stücke rissen. »Im Falle eines unumgänglichen Krieges wäre der Versuch wesentlich, die Sowjetunion in ihn zu verwickeln, denn sonst würde die Sowjetunion am Ende des Krieges, da ihre Armee intakt wäre und England und Deutschland in Trümmern liegen würden, Europa beherrschen[10].« Das war eine weitere Version der Politik, die nach (britischem) Belieben den Hahn an- und abdrehen wollte. Aber was, wenn die sowjetischen Herrscher diese entgegenkommende Rolle ablehnten? Die Briten wurden immer wieder davor gewarnt, daß Sowjetrußland und Deutschland irgendein Abkommen schließen könnten oder daß sich Sowjetrußland zum allermindesten heraushalten könnte, während das restliche Europa ins Unglück rannte. Sie wurden von Seeds, ihrem Moskauer Botschafter, gewarnt, sie wurden von Daladier gewarnt, sie wurden sogar mittelbar von Göring gewarnt, der den voraussehbaren prosowjetischen Kurs der deutschen Politik nicht schätzte. Aber Chamberlain, Halifax und das Auswärtige Amt ließen sich nicht korrigieren. Die Warnungen waren verlorene Liebesmüh und erschienen wiederum wie eine »vererbte Unwahrscheinlichkeit«[11]. Sahen die Briten nicht, daß sie dank dem englisch-polnischen Bündnis bereits dazu verpflichtet waren, zur Verteidigung der sowjetrussischen Grenzen zu kämpfen? Wie konnten sie dann annehmen, daß die sowjetische Hilfe irgend etwas anderes wäre als eine unverdiente Freundlichkeit? Es ist unmöglich, auf diese Fragen eine rationale Antwort zu finden. Wenn die britische Diplomatie 1939 ernsthaft danach strebte,

sich mit Sowjetrußland zu verbünden, dann wurden die zu diesem Zwecke geführten Verhandlungen in so ungeschickter Form abgewickelt, wie es seit den Zeiten, da Lord North die amerikanischen Kolonien einbüßte, nicht mehr vorgekommen war. Vielleicht ist Unfähigkeit die einfache Erklärung. Die Briten waren von den Schwierigkeiten ihrer Stellung überwältigt – sie mußten sich eine Politik für eine Weltmacht ausdenken, die Europa ihren Rücken zuwenden wollte und doch dazu gezwungen war, die Führung in der europäischen Politik zu übernehmen. Sie teilten in Osteuropa Garantien aus und strebten danach, militärische Bündnisse aufzubauen. Doch was sie für Europa wollten, war Frieden und eine friedliche Revision auf Kosten der Staaten, die sie garantiert hatten. Sie mißtrauten sowohl Hitler als auch Stalin, bemühten sich aber um Frieden mit dem einen und um ein Bündnis mit dem andern. So ist es kein Wunder, daß sie beide Ziele verfehlten.

Die Verwirrung wurde durch Unterschiede in den persönlichen Anschauungen erhöht. Chamberlain wollte sich nie mit Sowjetrußland verbinden, es sei denn zu unmöglichen Bedingungen. Er wurde von Halifax mitgeschleift, der – selbst voll Skepsis – vom Auswärtigen Amt mitgeschleift wurde. Selbst die ständigen Beamten mißtrauten Hitler mehr, als sie Stalin trauten, und während sie die Gefahren eines Bündnisses mit Sowjetrußland rasch erkannt hatten, sahen sie kaum seine Vorteile. Es wäre wenig versucht worden, wenn nicht der ständige Druck des Unterhauses und der öffentlichen Meinung gewesen wäre, und die Minister gaben dem Druck nicht sosehr deswegen nach, weil sie es für richtig hielten, sondern weil sie keine Alternative finden konnten. Die öffentliche Meinung war sich nicht ganz einig. Die Forderung nach einem sowjetischen Bündnis war laut, die Feindseligkeit gegenüber Sowjetrußland vielleicht, obwohl sie nicht so laut war, stärker – besonders in der Masse der konservativen Abgeordneten. Eine allgemeine Erleichterung machte sich breit, als das Bündnis endgültig scheiterte – tatsächlich aber war damit ein psychologisches Kriegshindernis beseitigt. Die logische Folge der britischen Politik, wenn man sich so etwas überhaupt vorstellen kann, war die sowjetische

Neutralität, doch waren die Briten höchst empört, als sich diese Folge pünktlich einstellte.

Besaßen die sowjetischen Herrscher ihrerseits ein logisches Ziel, das sie von vornherein scharf anvisierten? Kein Mensch weiß die Antwort, der vergessene, verbannte Molotow vielleicht ausgenommen, und er wird sie kaum enthüllen. Wir haben nicht den Fetzen eines Beweises für die internationale Arbeitsweise der sowjetischen Politik. Wir wissen nicht, was die sowjetischen Botschafter nach Moskau berichteten und ob die sowjetische Regierung ihre Berichte las. Wir wissen nicht, was sich die sowjetischen Staatsmänner sagten oder was ihnen ihre Fachleute rieten. Wo Beweise fehlen, kann der Historiker nur nach dem äußeren Anschein mutmaßen – oder sich nach seinen eigenen Vorurteilen richten. Die sowjetischen Historiker (die anscheinend genauso schlecht informiert sind wie wir) unterstellen ihrer eigenen Regierung Rechtschaffenheit und den andern Gemeinheit. Nach ihrer Version bemühte sich Sowjetrußland mit ganzem Herzen um eine Friedensfront, während Großbritannien und Frankreich beabsichtigten, es in einen isolierten Krieg gegen Deutschland zu locken, und Stalin entkam dieser Gefahr nur im letzten Moment durch einen Geniestreich. Die westlichen Historiker, die loyal den kalten Krieg auskämpfen, sehen die Dinge gerade umgekehrt. Nach ihrer allerextremsten Version war die sowjetische Regierung schon immer auf einen Handel mit Deutschland aus gewesen und verhandelte mit Großbritannien und Frankreich nur, um ein deutsches Angebot zu provozieren. Die andere Möglichkeit wäre, daß Sowjetrußland mit beiden Seiten verhandelte und zusah, wie die Angebote kletterten, bis es über das befriedigendere abschloß. Nach der einen Anschauung suchten die Sowjets in Europa vorsätzlich einen Krieg zu provozieren, nach der andern waren sie auf jeden Fall entschlossen, sich aus dem Krieg herauszuhalten. Obwohl in diesen Anschauungen eine gewisse Wahrheit enthalten sein mag, ist ihnen ein Fehler gemeinsam. Sie schreiben den sowjetischen Führern ein Vorherwissen späterer Ereignisse zu; es ist jedoch zweifelhaft, ob der Teufel sein Vorrecht mit diesen Staatsmännern bis zu einem solchen Ausmaß teilte, so böse sie


DÄNEMARK
Nordschleswig
Hamburg
Bremen
Elbe
Berlin
NIEDERLANDE
Ruhrgebiet
DEUTSCHLAND
Leipzig
BELGIEN
Köln
Rheinland
Frankfurt
Main
Saarland
Rhein
Nürnberg
Stuttgart
Lothringen
FRANKREICH
Elsaß
München
Berchtesgaden
SCHWEIZ
Memel
Danzig
(Freie Stadt)
Ostpreußen
Der Korridor
Stettin
Weichsel
Warschau
Oder
POLEN
Ober-
schlesien
Prag
TSCHECHOSLOWAKEI
Wien
TERREICH
Deutschland
1919-1938
Deutsche Gebiets-
verluste 1919
Demilitarisiert 1919
Von den Sieger-Mächten
besetzt 1919
Wiedergewonnen 1938

auch gewesen sein mögen. Zum Beispiel nimmt man von der sowjetischen Regierung an, sie habe von Anfang an gewußt, daß Hitler am 1. September zum Kriege schreiten würde, und habe ihre Taktik diesem Wissen angepaßt. Vielleicht wußte Hitler den Termin, die sowjetischen Staatsmänner kannten ihn nicht. In diesen wie in andern Fällen täten die Historiker gut daran, Maitlands klugen Ausspruch im Gedächtnis zu bewahren: »Es ist sehr schwierig, sich zu erinnern, daß die Ereignisse, die heute längst vergangen sind, einst in der Zukunft lagen.«

Ein paar der Absichten, die den sowjetischen Führern zugeschrieben werden, halten einer strengen Überprüfung nicht stand. Zum Beispiel unterstellt man ihnen allgemein, daß sie die Verhandlungen mit den Westmächten nur hingezogen hätten, um Hitler im entscheidenden Moment zu einem hohen Angebot zu reizen. Aber der diplomatische Notenwechsel zeigt, daß der Westen die Verzögerung verursachte und daß die sowjetische Regierung mit nahezu atemberaubender Geschwindigkeit antwortete. Am 15. April machten die Briten ihren ersten versuchsweisen Vorschlag, zwei Tage später, am 17. April, kam der sowjetische Gegenvorschlag. Die Briten brauchten drei Wochen, bevor sie am 9. Mai ihre Antwort entworfen hatten, die sowjetische Entgegnung kam nach einer Frist von fünf Tagen. Darauf brauchten die Briten dreizehn Tage, die Sowjets wiederum fünf. Noch einmal benötigten die Briten dreizehn Tage, die sowjetische Regierung antwortete innerhalb vierundzwanzig Stunden. Danach beschleunigte sich das Tempo. Die Briten meldeten sich wieder nach fünf Tagen, die sowjetische Antwort kam innerhalb vierundzwanzig Stunden. Beim nächsten Male benötigten die Briten neun Tage, die Sowjets zwei. Fünf weitere Tage die Briten, einen Tag die Russen. Britischerseits acht Tage, die sowjetische Antwort am selben Tag. Eine Verzögerung durch die Briten um sechs Tage, die sowjetische Antwort selbigen Tages. Damit war der Austausch praktisch beendet. Wenn Daten irgend etwas bedeuten, dann zogen die Briten die Sache in die Länge, während die Russen abschließen wollten. Es gibt einen weiteren Beweis dafür, daß die Briten die Verhandlungen in einer beiläufigen Weise führten, mehr um die

öffentliche Meinung versöhnlich zu stimmen, als um irgend etwas zu erreichen. Anthony Eden bot an, in besonderer Mission nach Moskau zu reisen, aber Chamberlain lehnte das Angebot ab. Ein Mitglied des Auswärtigen Amtes, das zu irgendeinem obskuren Zweck nach Moskau geschickt wurde (bestimmt nicht dazu, ein Bündnis abzuschließen), schrieb am 21. Juni frohgemut nach Hause: »Wir werden wohl schließlich irgend etwas erreichen. Wenn ich ›schließlich‹ sage, denke ich dabei an eine Bemerkung Naggiars (des französischen Botschafters) von heute nachmittag, daß er wahrscheinlich die Altersgrenze erreicht haben und ein Pensionär sein wird, bevor ich Moskau verlasse[12].« Hätte der Beamte in dieser unverantwortlichen Art geschrieben, wenn er und seine Vorgesetzten das sowjetische Bündnis wirklich als den ausschlaggebenden Unterschied zwischen Krieg und Frieden angesehen hätten?

Mit diesen Verhandlungen hängt ein weiteres merkwürdiges Rätsel zusammen. Sie wurden mit einem Mangel an Geheimhaltung geführt, der selbst für eine Zeit bemerkenswert war, die überall die altertümliche Geheimdiplomatie abgeschafft hatte. All die mehr oder weniger offiziellen Verhandlungen, die dem zweiten Weltkrieg vorangingen, waren Sache der Allgemeinheit, und seltsame und als solche nicht erkennbare Boten mußten eingesetzt werden, wenn Geheimhaltung wirklich erwünscht war. Aber bis dahin waren die Einzelheiten im allgemeinen nicht sofort durchgesickert. Bei den englisch-sowjetischen Verhandlungen jedoch waren sie auf irgendeine Weise der Presse bereits bekannt, bevor sie zum Verhandlungspartner gelangten, und wenn sie der Presse nicht bekannt wurden, dann den Deutschen. Diese Art Lecke sind kaum jemals genau ausfindig zu machen, und es wäre voreilig, aus ihnen zuviel ableiten zu wollen. Soweit man das sagen kann, war die sowjetische Regierung die Quelle, von der die Presse, sehr zum Ärger der britischen Seite, ihre Informationen bezog. Die sowjetischen Angebote wurden immer umgehend veröffentlicht, die britischen erst, wenn sie in Moskau übergeben worden waren. Andererseits empfing das deutsche Auswärtige Amt seine Informationen aus »einer zuverlässigen Quelle«, mit-

unter bevor sie die Presse erreichten und oft bevor sie in Moskau bekannt waren. Deswegen muß es sich bei dieser zuverlässigen Quelle um irgend jemand im britischen Auswärtigen Amt handeln, der entweder nach Anweisung verfuhr oder den Deutschen aus eigener Initiative Geheimnisse verriet. Aus diesen Tatsachen mag man vorsichtig einige Schlußfolgerungen ziehen. Der sowjetischen Regierung kann es nicht darum gegangen sein, ihr eigenes Volk zu informieren oder zu beeinflussen, die sowjetische öffentliche Meinung konnte mit einem bloßen Nicken gesteuert werden. Die Enthüllungen zielten daher auf die britische öffentliche Meinung, wahrscheinlich in der Absicht, den Einfluß der britischen Regierung zu stärken. Das würde bedeuten, daß die sowjetische Regierung das Bündnis aufrichtig wollte. Es mag sein, daß sie ein ausgetüftelteres politisches Spiel spielte in der Hoffnung, in Großbritannien eine politische Umwälzung zu provozieren, die die Linke an die Macht bringen würde. Aber auch das mußte in dem Wunsch geschehen, das Bündnis zu sichern. Auf der andern Seite muß die »zuverlässige Quelle« in London, wenn sie überhaupt eine politische Absicht hatte, versucht haben, die Deutschen zu alarmieren, um auf diese Weise zu einem englisch-deutschen Kompromiß anzutreiben. Natürlich mag es gröbere Erklärungen geben. Die Russen sind vielleicht nur darauf aus gewesen, ihre eigene Rechtschaffenheit unter Beweis zu stellen, wie oft bei späteren Gelegenheiten, und die Motive für die Handlungsweise des Londoner Informanten liegen vielleicht nur im persönlichen Nutzen. Mit Sicherheit können wir höchstens sagen, daß die Fehler nicht alle von einer Seite begangen wurden.

Diese Spekulationen lohnen sich eher, wenn wir den Ausgang vergessen und das sowjetische Weltbild zu rekonstruieren versuchen. Ohne Zweifel beobachteten die sowjetischen Staatsmänner alle ausländischen Mächte mit starkem Mißtrauen und waren bereit, gewissenlos zu handeln. Sie würdigten es mit einer gewissen Freude, daß sie zum ersten Male an der ernsthaften Diplomatie beteiligt waren. Die Außenpolitik war, seitdem Trotzki von Anfang 1918 an nicht mehr Kommissar für die auswärtigen Angelegenheiten war, zweitrangigen Kommunisten überlassen worden – zuerst Tschitscherin,

dann Litwinow (keiner von beiden war Mitglied des Politbüros). Am 3. Mai 1939 übernahm Molotow Litwinows Amt. Dieser Vorgang ist mitunter als eine Entscheidung zugunsten Deutschlands angesehen worden, aber mit größerer Wahrscheinlichkeit hat es sich nur um die Anerkennung der Tatsache gehandelt, daß es jetzt auf die Außenpolitik ankam. In der Sowjetunion stand lediglich Stalin höher als Molotow. Dieser ging an die Außenpolitik nicht nur mit Mißtrauen heran, sondern verwandte auf sie auch die formale Akkuratesse und die pedantische Sorgfalt, durch die sich die Bolschewisten in ihren internationalen Zänkereien immer auszeichneten. Aber es kann auf keinen Fall einen Zweifel an dem Leitmotiv der sowjetischen Politik geben. Es war ihr Wunsch, in Ruhe gelassen zu werden. Die Sowjets waren sich ihrer eigenen Schwäche bewußt, sie befürchteten eine feindliche Koalition der kapitalistischen Staaten, und sie strebten danach, ihre wirtschaftliche Expansion weiterzutreiben. In dem Friedenswunsch stimmten sie mit der britischen Regierung überein. Aber sie waren anderer Ansicht darüber, wie der Frieden erhalten werden könnte. Sie glaubten nicht daran, daß Hitler durch Zugeständnisse befriedet, sondern meinten, daß er nur durch den Beweis einer festen, geeinten Opposition abgeschreckt werden könnte.

Weitere Gründe führten zu Abweichungen. Obwohl sie – im Gegensatz zu Hitler – kein brennendes Verlangen danach hatten, den status quo umzustoßen, brachten sie für ihn weder Zuneigung noch Begeisterung auf, und die Einladung, für sie einzutreten, machte ihnen zum ersten Male vollkommen klar, wie wenig sie ihn liebten. Sie hatten überhaupt keine Lust zu handeln, aber wenn sie es schon tun mußten – besonders wenn sie in einen Krieg ziehen würden –, dann nicht, um die Vertragsregelungen von Brest-Litowsk und Riga zu erhalten. Sie wollten in die Weltpolitik nur als Großmacht zurückkehren, als Partner Großbritanniens und als Vormacht Osteuropas. Weiterhin schätzten beide Seiten ihre Kräfte gegenseitig unterschiedlich ein. Die Briten nahmen an, daß Sowjetrußland im Falle eines Krieges mit Deutschland entscheidend geschlagen werden würde. Deshalb bemühten sie sich nahezu ebenso eifrig darum, einen Krieg zwischen

Deutschland und Sowjetrußland zu verhindern, wie den Krieg Deutschlands gegen ihr eigenes Land zu umgehen. Die Russen vermuteten, daß Großbritannien und Frankreich ihre Verteidigungsstellungen halten könnten und daß sich deshalb in einem Krieg im Westen alle Kräfte gegenseitig erschöpfen würden. Daher konnten sie, wenn der allgemeine Friede nicht zu erhalten war, auf Krieg setzen, die Briten dagegen nicht. Wenn es den Briten nicht gelang, Hitler zu versöhnen, würden sie sich ihm widersetzen müssen, die Russen dagegen könnten zwischen Krieg und Frieden wählen – jedenfalls stellten sie sich das so vor. Denn die sowjetische Wahlfreiheit existierte nur der Form nach. Die Briten hatten sich bereits durch ihr Bündnis mit Polen zum Widerstand verpflichtet. Die Russen mußten gewonnen werden, aber mit der beiläufigen Behandlung, die ihnen durch London widerfuhr – ganz zu schweigen von der Hartnäckigkeit, mit der die Polen sich weigerten, die sowjetische Unterstützung zu erwägen –, waren sie wohl nicht zu gewinnen. Eine Aufzählung dieser Differenzen läßt die Verhandlungen so erscheinen, als wären sie von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen. Doch wahrscheinlich schätzten beide Seiten die Situation zu Beginn nicht richtig ein und vielleicht sogar nicht einmal bis kurz vor dem Ende. Die Russen vermuteten, daß die Westmächte verzweifelt Hilfe suchten, was sie tatsächlich hätten tun sollen. Die Briten rechneten zuversichtlich mit der ideologischen Kluft zwischen Faschismus und Kommunismus und stellten sich vor, daß die sowjetische Regierung durch das geringste Anzeichen der Anerkennung geschmeichelt wäre.

Das Schema des Mißverständnisses stand schon am Anfang fest. Die sowjetische Regierung hatte sofort nach der deutschen Besetzung Prags eine Konferenz der friedlichen Mächte vorgeschlagen. Die Briten lehnten diesen Vorschlag als »verfrüht« – eines ihrer Lieblingswörter – ab. Statt dessen teilten sie Garantien an die angeblich bedrohten Staaten aus. Damit hätten sie sich zufriedengegeben, wenn sie sich selbst überlassen geblieben wären. Aber sie waren sich nicht selbst überlassen. Die Regierung wurde im Unterhaus geplagt. Sie wurde sogar noch stärker alarmiert durch die Neuigkeit, daß

die französische Regierung bei Sowjetrußland um einen gegenseitigen Beistandspakt nachsuchte. Damit antworteten die Franzosen auf das britische Benehmen aus Anlaß der Garantie für Polen. Die Briten waren in Gefahr, geradeso in ein Bündnis mit Sowjetrußland gestürzt zu werden, wie die Franzosen sehr gegen ihren Willen in die Garantie der polnischen Unabhängigkeit geschubst worden waren. Daher mußten die Briten, wenn sie diese Gefahr abwehren wollten, die Führung übernehmen, und ihre Verhandlungen mit Sowjetrußland waren zum großen Teil nur dazu bestimmt, die starke Allianz, die Frankreich wünschte, zu verhindern. Am 15. April trat die britische Regierung widerwillig an Moskau heran: Sie bat um eine Erklärung, daß, wenn einer der russischen Nachbarn angegriffen würde, »die Unterstützung der sowjetischen Regierung auf Wunsch zur Verfügung stehen und auf eine Art gewährt werden sollte, die für die passendste befunden würde«. Mit diesen Worten war mit leichten Unterschieden dasselbe einseitige Prinzip festgelegt, das schon im tschechoslowakisch-sowjetischen Pakt aufgetaucht war und das 1938 die sowjetische Politik wirkungslos gemacht hatte. Damals hätten die Sowjets nur handeln können, wenn Frankreich zuerst gehandelt hätte, jetzt sollten sie nur handeln, wenn Polen oder Rumänien oder irgendein baltischer Staat sich dazu herabließ, sie aufzufordern. 1938 hatten die Sowjets vielleicht noch die Entschuldigung für ihr Nichtstun begrüßt, sechs Monate später nahmen sie jedoch eine andere Haltung ein[13]. Sowie der cordon sanitaire zu zerbröckeln begann, fühlten sie, daß sie selbst in der Frontlinie standen. Ihnen ging es nicht darum, Polen zu unterstützen oder dafür zu sorgen, daß vor Hitler die Moral zur Schau gestellt wurde. Sie wünschten sich für den Fall, daß Hitler Rußland angriff – ob durch Polen hindurch oder unmittelbar –, den ehrlichen und starken militärischen Rückhalt der Westmächte zu sichern.

Am 17. April legte Litwinow seinen Gegenvorschlag vor: Für die Dauer von fünf oder zehn Jahren sollte zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion ein gegenseitiger Beistandspakt abgeschlossen werden, und der Pakt sollte, was mehr bedeutete, »den osteuropäischen Staaten zwischen der

Ostsee und dem Schwarzen Meer und an den Grenzen der UdSSR im Falle eines Angriffes auf diese Staaten alle Arten der Unterstützung einschließlich der militärischer Natur« zukommen lassen[14]. In den Augen der Briten war es schon schlimm genug, daß die sowjetische Regierung vorschlug, Polen ohne vorhergehende Aufforderung zu helfen, aber der Vorschlag, die baltischen Staaten zu unterstützen, war sogar noch schlimmer. Die Briten glaubten, daß die Russen nur versuchten, »imperialistischen« Ehrgeiz einzuschmuggeln, und die Beschuldigung ist seitdem oft wiederholt worden. Doch die sowjetische Besorgnis wegen dieser Staaten war echt. Die Russen befürchteten einen deutschen Angriff auf Leningrad, und da die deutsche Flotte in der Ostsee überlegen war, war das Risiko einleuchtend. Deshalb wollten sie ihre militärische Position zu Lande durch die Kontrolle über die baltischen Staaten stärken, und da sie durchaus wußten, daß diese Staaten wahrscheinlich Deutschland Rußland vorziehen würden, wenn diese mit dem Rücken zur Wand standen, wollten sie sich auch ausbedingen, daß die sowjetische »Unterstützung« ohne Aufforderung gegeben werden sollte. Diese Mißachtung der Unabhängigkeit kleiner Staaten war ohne Zweifel gewissenlos, aber sie entsprang – gesetzt den Fall, daß Sowjetrußland gegenüber Deutschland einen feindlichen Kurs einschlug – echten Befürchtungen. Großbritannien hatte Polen und Rumänien garantiert, deshalb würde es, wenn es seine Versprechen halten wollte, in den Krieg ziehen müssen, falls Deutschland Sowjetrußland durch einen dieser beiden Staaten hindurch angriff. Aber gegenüber den baltischen Staaten hatten sich die Briten nicht verpflichtet; sie bildeten daher die Lücke für einen deutschen Angriff auf Sowjetrußland, bei dem die Westmächte neutral bleiben konnten. Die britische Ablehnung des sowjetischen Vorschlages überzeugte die sowjetischen Herrscher davon, daß ihr Mißtrauen begründet war. Sie hatten recht. Die Briten besaßen vor der Unabhängigkeit kleiner Staaten einen echten Respekt. Diesen Respekt trieben sie gegenüber Belgien tatsächlich so weit, daß sie und die Franzosen im Mai 1940 in eine strategische Katastrophe gerieten. Nichtsdestoweniger lag das Hauptmotiv ihrer Opposition in dem Widerstreben,

die Entscheidung über Krieg und Frieden in sowjetischer Hand zu lassen. Den Polen könnte man diese Entscheidung einräumen, den baltischen Staaten könnte man sie einräumen, der Sowjetregierung – niemals. »Die Regierung Seiner Majestät könnte in einen Krieg gezogen werden, nicht um die kleineren europäischen Staaten zu erhalten, sondern um die Sowjetunion gegen Deutschland zu unterstützen. Über dieses Problem könnte die Ansicht in diesem Lande . . . geteilt sein[15].« Genau das war es, was die Russen befürchteten. Je mehr die Briten die Unabhängigkeit der baltischen Staaten verteidigten, um so mehr rannten die Russen dagegen an, und je mehr die Russen der Unabhängigkeit der Balten zusetzten, um so stärker wurde das britische Mißtrauen. Über diese Frage wurde nie ein Abkommen erreicht, und sie bildete den Punkt, an dem die Verhandlungen technisch zusammenbrachen. Nicht etwa deswegen, weil sie allein so wichtig gewesen wäre, aber diese Frage machte den grundsätzlichen Unterschied zwischen den beiden Seiten deutlich. Die Briten wollten einen Pakt, durch den andere verteidigt würden und der Hitler ohne Krieg abschrecken würde. Die Russen wollten ein Bündnis, durch das sie verteidigt würden.

Nachdem die Briten Litwinows Antwort erhalten hatten, lavierten sie zwei Wochen lang herum. Sie zogen in Polen und Rumänien Erkundigungen ein, welcherart Abkommen mit Sowjetrußland ihnen diese beiden Länder gestatten würden. Man sagte ihnen, daß sie jederart Abkommen treffen könnten, ganz wie sie wollten, solange Polen oder Rumänien nicht darin verwickelt wären. Die Briten versuchten auch, den Einfallsreichtum der französischen Diplomatie anzurufen. Bonnet jedoch ließ sie im Stich. »In der Hitze des Gefechtes« offenbarte er dem sowjetischen Botschafter, daß Frankreich einen gegenseitigen Beistandspakt befürwortete. Doch die Briten fuhren mit einer Ausdauer fort, die einer besseren Sache wert gewesen wäre. Am 8. Mai schlugen sie angesichts der britischen Garantien für Polen und Rumänien vor: »Falls sich Großbritannien und Frankreich bei der Erfüllung dieser Verpflichtungen in Feindseligkeiten verwickelten, würde sich die sowjetische Regierung dazu verpflichten, die Unterstützung der sowjetischen Regierung sofort auf Wunsch

zur Verfügung zu stellen und in einer Art und Weise und zu Bedingungen gewähren, die miteinander abgestimmt werden sollten.« Dem lag noch die Konzeption von dem Hahn zugrunde, der »auf Wunsch« von den Briten aufgedreht werden konnte, der aber nicht unter sowjetischer Kontrolle stand. Bei der Entgegennahme trat Molotow zum ersten Male als Kommissar des Auswärtigen in Erscheinung – keine Gelegenheit, die das gegenseitige Vertrauen hob. Die Atmosphäre hatte sich geändert, wenn auch Molotow behauptete, daß die sowjetische Politik sich nicht verändert hätte. Er kannte Litwinows gutmütige Kommentare nicht – es gab bei der Erwähnung Becks oder anderer Polen kein Grinsen und fröhliches »beiseite gesprochen« mehr. Statt dessen gab es eine »gnadenlose Ausfragerei«, der britische Botschafter verlebte »eine höchst unangenehme Zeit«. Am 14. Mai wies Molotow den britischen Vorschlag formell zurück und forderte »Gegenseitigkeit«: Ein gegenseitiger Beistandspakt wäre notwendig, eine Garantie für alle osteuropäischen Staaten, ob sie wollten oder nicht, und »der Abschluß eines konkreten Abkommens über die Form und das Ausmaß der Unterstützung«.

Diesmal hätte die britische Regierung beinahe aus Verzweiflung – oder aus Prinzip – aufgegeben. Es ist nicht klar, warum sie sich dazu entschied, es noch einmal zu versuchen. Natürlich wurde sie im Unterhaus noch kritisiert. Am 19. Mai sagte Lloyd George: »Monatelang haben wir diesem kräftigen, geschenkten Gaul ins Maul gestarrt . . . Warum entschließen wir uns nicht dazu – und zwar ohne weiteren Zeitverlust –, mit Rußland zu denselben Bedingungen zu kommen wie mit Frankreich[16].« Solche Argumente besaßen, obwohl sie zwingend waren, für Chamberlain oder für die Masse der konservativen Abgeordneten wenig Gewicht. Ganz im Gegenteil. Der Ärger über Deutschland, der der Besetzung Prags gefolgt war, zehrte sich auf, die ältere Feindseligkeit gegenüber Sowjetrußland kam wieder zu Kräften, besonders als sich die sowjetischen Herrscher von dem herablassenden britischen Gesuch um Hilfe nicht beeindruckt zeigten. Die sowjetische »Halsstarrigkeit« stellte Hitlers Angriffslust in den Schatten. Andererseits blieben die Probleme bestehen. Die französischen Beschwerden und Klagen waren

wahrscheinlich der entscheidende Faktor, der die Briten vorwärts drängte. Den Franzosen war eine Verantwortlichkeit für Polen aufgeladen worden, doch wurden sie durch britische Skrupel daran gehindert, die sowjetische Macht dazuzugewinnen. Die Dinge entwickelten sich nach französischer Ansicht noch schlechter, weil die Polen beständig versuchten, die Verpflichtungen des Bündnisses auszudehnen und zu modernisieren. Sie wollten von den Franzosen für Danzig die präzise Verpflichtung erhalten, die die Briten im weiten Bogen umgangen hatten, und sie forderten – was durchaus einleuchtete – ebenso dazu auf, daß das seit langem bestehende Bündnis schließlich durch eine Militärkonvention verstärkt werden sollte. Was den ersten Punkt angeht, so hielten Daladier und Bonnet stand; sie glaubten noch stärker als die Briten daran, daß es vollkommen vernünftig wäre, wenn Danzig unter deutsche Oberhoheit zurückkehrte. Beim zweiten gaben sie scheinbar nach. Daladier wies Gamelin an, eine Militärkonvention auszuhandeln, die ordnungsgemäß am 19. Mai vollendet wurde. Diese Konvention war ein Betrug. Sie sollte nur funktionieren, nachdem ein politisches Abkommen erreicht wäre, und dies ließ auf sich warten. Aber die hypothetischen französischen Versprechungen waren auch in sich mangelhaft. Gamelin stimmte zu, die »Masse« der französischen Streitkräfte die Offensive ergreifen zu lassen, wenn Deutschland Polen attackierte. Die Polen verstanden unter der »Masse« die ganze französische Armee – mit andern Worten, sie hörten das Versprechen einer französischen Offensive heraus. Gamelin, jedenfalls sagt er das, wollte sich dagegen nur zu den Streitkräften verpflichten, die zu dieser Zeit gerade in der Maginot-Linie waren – also zu einer bloßen Frontoperation.

Es ist merkwürdig, daß die Polen so leicht zufriedenzustellen waren. Aber voller Illusionen über sich selbst waren sie leicht von andern zu täuschen, oder vielleicht erwarteten sie nie, daß es zu einem Konflikt in großem Ausmaß kommen würde – sie vertrauten weiterhin bis zum letzten Moment darauf, daß sie den Nervenkrieg gewinnen würden. Bonnet war von seinem Ausweichmanöver entzückt, Daladier wie üblich beschämt und aufgebracht von dem, was er getan hatte.

Genau in diesem Augenblick kam Halifax auf dem Wege nach Genf in Paris an. Er fand einen Daladier vor, der über die Polen erbittert und bereit war, durchzubrennen. Daladier wollte einen ehrlichen gegenseitigen Beistandspakt mit Sowjetrußland. Als Halifax einwandte, daß sich damit Großbritannien und Frankreich zum Krieg verpflichten würden, selbst für den Fall, daß Deutschland Rußland mit der stillschweigenden Duldung oder Einwilligung der Polen oder Rumänen angriff, antwortete Daladier: »In solch einem Falle würde Frankreich durch den französisch-sowjetischen Pakt verwickelt werden, und wenn das der Fall wäre, würde es sicher für uns (Großbritannien) unmöglich sein, beiseite zu stehen[17].« Vom britischen Standpunkt aus war das keine schöne Aussicht. Den Dritten in einem wiederbelebten französisch-russischen Bündnis zu machen, war das letzte, was die Briten wollten. Der einzige Ausweg bestand darin, im Prinzip einen gegenseitigen Beistandspakt zu akzeptieren, aber dann seiner Anwendung Grenzen zu setzen. Am 24. Mai stimmte das britische Kabinett diesem Kurs zu.

Der Charakter der Verhandlungen mit Moskau änderte sich nun. Bisher hatten die Briten allein verhandelt, während die Franzosen ungeduldig hinter den Kulissen gewartet hatten. Von nun an wurde jeder Schritt auf Kosten einer endlosen Verzögerung mit den Franzosen abgestimmt, die trotzdem die sowjetischen Einwände, wann immer sie erhoben wurden, unterstützten. Die Briten wurden auf diese Weise von einem Zugeständnis zum nächsten gedrängt. Sie schluckten nahezu Stück für Stück des sowjetischen Vokabulars, jedesmal mit offenbarem Widerstreben. Aber in dem wesentlichen Punkt waren sie nicht zu bewegen. Sie lehnten jede Definition der »mittelbaren Aggression« ab, die Sowjetrußland und nicht den bedrohten Staaten erlaubt hätte zu entscheiden, ob sie stattgefunden hatte: Die baltischen Staaten sollten nicht gegen ihren Willen unterstützt werden. Angeblich handelte es sich dabei um eine Verteidigung der Unabhängigkeit kleiner Staaten. Der wahre Unterschied lag tiefer: Die Briten würden nur mit Sowjetrußland zusammenarbeiten, wenn Polen angegriffen wurde und der Annahme der sowjetischen Unterstützung zustimmte; andernfalls würden die Russen allein kämpfen müssen. Die ungeschickten, hartnäckigen Verhandlungen dauerten zwei Monate an – vom 27. Mai bis zum 23. Juli. Der tote Punkt wurde nicht überwunden. Daraufhin rollte Molotow ihn von der Flanke her auf, indem er anregte, zu militärischen Gesprächen überzugehen in der Hoffnung, daß sich die Frage der »mittelbaren Aggression« von selbst regeln würde. Die Franzosen griffen mit beiden Händen nach diesem Vorschlag. Sie waren immer dazu bereit gewesen, die politischen Bedingungen der Sowjets anzunehmen, wenn sie im Austausch dafür eine feste militärische Zusammenarbeit erreichen konnten. Die Briten gaben wieder einmal unter Protest nach. Aber in der wesentlichen Frage wichen sie nicht. Als die militärischen Gespräche im Gange waren, »fühlten wir, daß wir es uns leisten könnten, im Hinblick auf den einen Punkt, dem wir immer erstrangige Bedeutung beigemessen haben, einen etwas festeren Kurs einzuschlagen[18]«. Dieser festere Kurs erwies sich als unnötig. Die politischen Verhandlungen waren ausgesetzt worden und wurden nie wieder ernsthaft aufgenommen. Dem Vertragsentwurf, der doch so mühselig zusammengebraut worden war, war das Schicksal beschieden, nie unterzeichnet zu werden. Die britische und die französische Militärmission waren gemächlich zusammengestellt worden, dann begaben sie sich mit gleicher Gemächlichkeit per Schiff nach Leningrad. Es wurde angenommen, daß sie Deutschland nicht mit einem Zug durchqueren könnten, und ein merkwürdiger Zufall richtete es so ein, daß keine Flugzeuge verfügbar waren. Die Briten führten sich auf, als ob ihnen die Ewigkeit gehöre. Zu dem Zeitpunkt, da die Militärmission Moskau erreichte, stand man bereits der entscheidenden Krise gegenüber.

Lag diesen endlosen Verhandlungen jemals irgendein Sinn oder eine Realität zugrunde? Man ist versucht, es nicht zu glauben. Sicherlich erhöhte ihr Verlauf das gegenseitige Mißtrauen enorm. Ende Juli waren die Russen zweifellos davon überzeugt, daß die Briten und Franzosen versuchten, sie in einen Krieg mit Deutschland zu locken, während die Westmächte selbst neutral bleiben wollten. Seltsamerweise sahen die Briten ihrerseits einen Handel zwischen Moskau und Berlin nicht voraus. Sie nahmen weiterhin an, daß die

ideologische Barriere zu groß wäre: Selbst wenn die sowjetischen Herrscher keine echten Kommunisten mehr wären, würde Hitler, so glaubte man, in seinem Antikommunismus nie schwach werden. Am 28. Juli telegrafierte Halifax nach Moskau: »Während der nächsten kritischen Wochen besteht keine Gefahr eines drohenden Zusammenbruchs.« War diese Verblendung entschuldbar? Wäre es besser gewesen, wenn die Briten russischen Geschäften mit Deutschland gegenüber so mißtrauisch gewesen wären wie die Russen ihnen gegenüber? Und was das betrifft, war das russische Mißtrauen gerechtfertigt? Keine Fragen sind durch Auseinandersetzungen mehr verschüttet oder durch nachträgliche Besserwisserei mehr verwirrt worden als diese. Als die deutschen Akten veröffentlicht wurden, tauchte der Beweis auf, daß sowohl Großbritannien als auch Sowjetrußland Fühlung mit Deutschland gehalten hatten, und beide Seiten stießen triumphierende Schreie aus, daß die gegenseitigen Bezichtigungen der Unehrlichkeit gut begründet gewesen wären. Doch der Beweis hält die vollendeten Bauten nicht aufrecht, die auf ihm errichtet worden sind. Die Initiative, soweit man davon reden kann, ging von den Deutschen aus. Die britischen und sowjetischen Vertreter taten wenig mehr, als dem kritisch zuzuhören, was ihnen dargelegt wurde. Zugegebenermaßen ließ keine Partei die andere wissen, daß sie aufgefordert wurde, die gemeinsame Sache im Stich zu lassen, und vielleicht beseitigte ihr eigenes Benehmen jeglichen Grund zu Klagen. In jedem Falle waren ihre Gespräche mit Deutschland nur eine Rückversicherung, nicht das Hauptthema ihrer Diplomatie.

Diese Tatsache ragt auf der sowjetischen Seite deutlich heraus. Es sieht so aus, als ob es immer ein »prodeutsches« Element im sowjetischen Rat gegeben hätte – Leute, die früher den blühenden russisch-deutschen Handel organisiert hatten, marxistische Dogmatiker, die eine Verbindung mit den »Entente-Verbrechern« nicht schätzten, Russen der alten Schule, die nur an Asien dachten und Europa den Rücken zukehren wollten. Diese Leute waren für Hinweise auf bessere russisch-deutsche Beziehungen empfänglich und waren auch selbst dazu bereit, solche Winke zu geben. Es ist unwahrscheinlich, daß sie auf Direktiven vom Kreml warteten, und ihre beiläufigen Bemerkungen sagen über die sowjetische Politik wenig aus. Vielleicht offenbaren die Ereignisse mehr. Der Ferne Osten war ein Faktor, der für die Russen schweres Gewicht besitzen mußte, obwohl er merkwürdigerweise in den Verhandlungen mit Großbritannien und Frankreich nie erwähnt wurde. Er stellte kein hypothetisches Problem der Zukunft dar: Der Ferne Osten stand eben jetzt in Flammen. Im Sommer 1939 prallten die sowjetischen und japanischen Streitkräfte an der Grenze zwischen der Mandschurei und der Äußeren Mongolei zusammen. Daraus erwuchs ein Krieg großen Stils, bis die Japaner im August bei Nomunhan geschlagen wurden, wobei sie achtzehntausend Mann verloren. Die sowjetische Regierung konnte nicht damit einverstanden sein, daß die Briten, die ihre Augen auf Europa gerichtet hatten, in Tientsin eine Demütigung durch die Japaner brav hinunterschluckten, und es muß für sie eine willkommene Nachricht gewesen sein, falls sie sie erfuhren, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Japan auf sich warten ließen. Sowjetrußland suchte in Europa nicht Eroberungen, sondern Sicherheit, und es ist überraschend, daß es sie nicht früher in einem Handel mit Deutschland suchte. Die Erklärung liegt auf der Hand: Die sowjetischen Staatsmänner fürchteten die deutsche Macht und mißtrauten Hitler. Anscheinend war eine Allianz mit den Westmächten der verläßlichere Kurs, solange sie der Sowjetunion erhöhte Sicherheit eintrug und nicht nur die erhöhte Verpflichtung, ein unwilliges Polen zu unterstützen. In Ermangelung eines unmittelbaren Beweises für das Gegenteil – in der Tat fehlt jeder derartige Beweis für die sowjetische Politik – wollen wir als sicher annehmen, daß sich die sowjetische Regierung erst an Deutschland wandte, nachdem sich diese Allianz als unmöglich erwiesen hatte.

Das war sogar die Ansicht derjenigen Deutschen, die bessere Beziehungen zu Sowjetrußland befürworteten. Auch sie waren alte Schule – vermeintliche Erben Bismarcks, Generäle und Diplomaten, die das System von Rapallo ausgearbeitet hatten. Sie erkannten, daß ihnen nichts anderes übrigblieb, als auf eine günstige Gelegenheit zu warten. Außerdem mußten sie vorsichtig vorgehen. Hitler hatte 1934 mit Sowjet-

rußland praktisch gebrochen, und danach wagte niemand mehr, seine antikommunistische Stellung in Frage zu stellen. So versuchten die »Prorussen«, die Vorzüge des sowjetischen Handels aufzuzeigen. Er hatte sich in der Zeit nach München, als die Sowjets vom Westen enttäuscht waren, etwas belebt. Nach der Besetzung Prags siechte er jedoch wieder dahin. Die sowjetischen und deutschen Handelsexperten wollten noch zusammenarbeiten und trafen sich noch gelegentlich. Aber zweifellos schob jeder dem andern die Initiative zu, um nicht den Zorn des jeweiligen Herrn zu erregen. Der erste ernsthafte Schritt erfolgte erst Ende Mai und ging fraglos von der deutschen Seite aus. Sowohl Schulenburg, der Botschafter in Moskau, als auch Weizsäcker, der Staatssekretär, sehnten sich nach dem alten Kurs von Rapallo zurück, beide wollten ein großes »politisches Angebot« machen. Am 26. Mai legte das deutsche Außenministerium die Bedingungen fest: Deutschland wollte zwischen Rußland und Japan vermitteln, und es wollte im Hinblick auf Polen »den russischen Interessen nach Möglichkeit Rechnung tragen [19]«. Aber der Entwurf wurde sofort zurückgezogen, vielleicht auf Anweisung Hitlers persönlich: Jeder Annäherung »könnte mit einem donnernden tatarischen Gelächter begegnet werden«.

Darauf folgte ein langes Schweigen. Am 29. Juni machte Schulenburg auf eigene Faust einen Annäherungsversuch; er erreichte bei Molotow nichts außer der Versicherung, daß Sowjetrußland gute Beziehungen zu allen Ländern einschließlich Deutschland wünsche, und es wurde ihm daraufhin von Ribbentrop bedeutet, daß genug geredet worden wäre. Die Handelsgespräche zwischen den beiden Ländern wurden jedoch wieder aufgenommen, und gegen Ende Juli benützte Ribbentrop diese Gespräche als Ausrede dazu, auch politische Themen aufzuwerfen. Am 2. August sagte er zu dem sowjetischen Geschäftsträger: »Es gäbe kein Problem, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, das zwischen uns nicht zu lösen sei [20].« Am folgenden Tag fand Schulenburg Molotow »ungewöhnlich aufgeschlossen« und bereit zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit. In politischer Hinsicht war Molotow so eigensinnig wie immer: Deutschland, so beklagte er sich, ermutige Japan, eine friedliche Lösung der polnischen Frage

hinge von Deutschland ab, »für eine veränderte Einstellung Deutscher Regierung fehlten vorläufig noch die Beweise«. Schulenburg faßte zusammen:

»Mein Gesamteindruck geht dahin, daß Sowjetregierung gegenwärtig entschlossen ist, mit England Frankreich abzuschließen, falls diese sämtliche sowjetische Wünsche erfülle . . . es (wird) erheblicher Anstrengungen unsererseits bedürfen, um Umschwung bei Sowjetregierung herbeizuführen [21].«

Kein Außenstehender konnte die sowjetische Politik besser beurteilen als Schulenburg, und er glaubte noch am 4. August, sie marschiere auf ein Bündnis mit den Westmächten zu. Natürlich kann Hitler schon alles mit Stalin auf einer geheimen Ebene arrangiert haben, die sich der Feststellung entzogen hat. Aber wenn Beweise irgend etwas bedeuten, dann war die Aussöhnung zwischen Sowjetrußland und Deutschland alles andere als lange im voraus geplant, sondern sie wurde auf sowjetischer Seite sehr weitgehend improvisiert und beinahe ebenso weitgehend auf der deutschen.

Auch die britische »Beschwichtigung« wurde im wesentlichen improvisiert, wenn auch mit einem Unterschied: Eine friedliche Regelung mit Hitler zum Preise beträchtlicher Zugeständnisse war immer das offen zugegebene Ziel der britischen Politik. Aber die britischen Staatsmänner warteten damit, dieses Ziel zu verfolgen, bis sie ihre gegenwärtige Stellung verbessert hatten, indem sie entweder das Bündnis mit Sowjetrußland abgeschlossen oder die Polen zu Zugeständnissen in Danzig überredet hatten. Weder das eine noch das andere war bis Ende Juli erreicht worden, weshalb Chamberlain und Halifax keinen Schritt unternahmen, sondern sich nur in öffentlichen Reden höchst allgemein über ihre Politik verbreiteten. Ebenso hielt sich Hitler in der Erwartung zurück, daß die britischen Hoffnungen im Hinblick auf Polen und Rußland nicht erfüllt würden; dann würde auch er in der Lage sein, um günstigere Bedingungen zu feilschen. Zwischen Ende März und Mitte August gab es praktisch keine offiziellen englisch-deutschen diplomatischen Geschäfte. Henderson traf Ribbentrop nie, von Hitler ganz zu schweigen, und seine wenigen Unterhaltungen mit Weizsäcker wurden nicht weitergeleitet. Denn Weizsäcker wagte es nicht, sie

weiterzugeben. Ribbentrop stellte ein nahezu unumgängliches Hindernis dar. Bevor er Außenminister geworden war, hatte er als Botschafter in London mit großem Geprahle mit der Erzielung einer englisch-deutschen Aussöhnung angefangen. Er hatte versagt und war jetzt dazu entschlossen, daß dort, wo er versagt hatte, kein anderer Erfolg haben sollte. Dirksen, sein Nachfolger, erhielt keine Anweisungen, und seine Berichte wurden übergangen oder gar getadelt. Ribbentrop wurde nicht müde, Hitler zu erzählen, daß die Briten nur Drohungen weichen würden, nicht dem Versöhnungskurs, und es paßte Hitler, ihm zu glauben.

In den hohen Nazi-Kreisen wurden diese Ideen nicht allgemein gefördert. Göring wollte, obwohl er ein lärmender Tyrann war, wenn es irgend ging, den Krieg vermeiden. Er hatte im ersten Weltkrieg genügend Ruhm geerntet und führte jetzt das blendende Leben eines spätrömischen Cäsaren; er fungierte gern als das Sprachrohr der deutschen Generäle, die auch den Krieg fürchteten, und vielleicht begriff er als der angebliche Leiter der deutschen Wirtschaft, daß Deutschland nicht darauf vorbereitet war, einem allgemeinen Krieg entgegenzusehen. Die deutschen Annäherungen sowohl an Sowjetrußland als auch an Großbritannien gingen von Wirtschaftsexperten aus – ein schlagender Beweis dafür, daß der zweite Weltkrieg keine wirtschaftlichen Ursachen hatte. Görings erste Annäherung an die Briten erfolgte durch einen schwedischen Geschäftsmann, den er während seines Exils in Schweden kennengelernt hatte, und die englischen Geschäftsleute antworteten voll Eifer. Diese Vermittler gerieten in Untiefen – indem sie die Kompromißbereitschaft jeder Seite übertrieben, wie oft, wenn Amateure ihre Tüchtigkeit in der Diplomatie erproben. Doch die unwilligen Antworten Halifaxens erläuterten die britische Stellung deutlich genug: Es würde wenig Schwierigkeiten bereiten, den deutschen Wünschen zu entsprechen, wenn Hitler daraufhin seine Friedensbereitschaft beweisen würde. Das war ungefähr dasselbe, was Halifax schon lange vorher im November 1937 gesagt hatte, und es nannte den grundsätzlichen Konflikt zwischen beiden Seiten beim Namen. Beide vertraten eine einleuchtende Sache. Die Briten konnten behaupten, daß es, wenn

man Hitler Zugeständnisse machte, kein Halten gab – sondern viel Gefahr –, da er nach jedem Gewinn nur seine Drohungen steigerte. Hitler konnte mit gleichem Recht antworten, daß er die »vernünftigen« Zugeständnisse, von denen Halifax gesprochen hatte, erst erreicht hatte, nachdem er begonnen hatte zu drohen, und die Fälle Österreich, Tschechoslowakei und Danzig bewiesen das. Die »friedliche Revision«, die beide Seiten der Theorie nach anstrebten, war eine contradictio in adjecto. Die Revision wurde als der Weg dargestellt, auf dem der Krieg vermieden werden könnte, doch sie konnte nur durch Methoden erreicht werden, die den Krieg näher brachten.

Bei den Anstrengungen der inoffiziellen schwedischen Vermittlung kam wenig heraus, obwohl einer von ihnen, Dahlerus, seine große Rolle in der entscheidenden Krise durchhielt. Wohltat, einer von Görings wesentlichen Wirtschaftsagenten, kam mit den Verhandlungen auf einer praktischeren Ebene immerhin etwas weiter voran. Wohltat war eine wichtige Figur; er hatte die deutsche Wirtschaftskontrolle über die Balkan-Staaten gesichert. Er redete jederzeit bereitwillig über Deutschlands Rohstoffmangel und seine Knappheit an Kapital, und diese Redensarten paßten genau zu der Ansicht vieler Engländer, die den landläufigen Lehrsatz über die wirtschaftlichen Kriegsursachen akzeptierten. Zwischen dem 18. und dem 21. Juli war Wohltat in London, wo er Sir Horace Wilson und Hudson, den Staatssekretär für Überseehandel, traf. Beide wiesen auf die Belohnungen hin, die Deutschland erwarteten, wenn es seine aggressive Haltung fallenlassen und ein Geschäft mit Großbritannien abschließen würde. Hudson gaukelte Wohltat die Aussicht auf eine ungeheure britische Anleihe vor – nach dem einen Bericht tausend Millionen Pfund –, um Deutschland über die Schwierigkeiten der Abrüstung hinwegzubringen. Er fügte hinzu: »Danzig in einem mobilisierten Europa ist eine Sache und Danzig in einem abgerüsteten Europa, das sich zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit verpflichtet hat, eine andere[22].« Wilson zeigte auf dem Briefpapier von Downing Street 10 ein Memorandum vor, das – kein Wunder – aus den britischen Akten verschwunden ist. Er schlug einen englisch-deutschen Nicht-

angriffs- und Nichteinmischungsvertrag vor, ein Abrüstungsabkommen und Zusammenarbeit im Außenhandel. Ein derartiger Pakt würde »es England ermöglichen, von seinen Verpflichtungen gegenüber Polen loszukommen[23]«. Von Wilson sagt man, daß er von der Außenpolitik nichts verstanden habe. Aber nie hat ihn jemand beschuldigt, gegenüber seinen politischen Vorgesetzten unloyal gewesen zu sein, und es ist undenkbar, daß diese Vorschläge ohne Chamberlains Wissen oder Billigung gemacht wurden. Sie stellen auch keine Überraschung dar. Die Vorschläge repräsentieren das Programm der englisch-deutschen Zusammenarbeit, auf die Chamberlain immer gehofft hatte. Aber sogar Wilson machte deutlich, daß es eine Bedingung gab, die zuerst erfüllt werden mußte: Die Fragen, um die es zwischen Deutschland und Polen ging, mußten durch friedliche Verhandlungen geregelt werden.

Der britischen Regierung kann man nachsehen, daß sie weiterhin auf die Belohnungen hinwies, die Deutschland ernten würde, wenn es eine versöhnliche Politik befolgte. Ihr wirklicher Fehler lag woanders: in ihrem Versagen, ihre eigene Entschlossenheit für den Fall, daß Hitler den entgegengesetzten Krieg verfolgte, deutlich zu machen. Chamberlains und Halifaxens Reden waren wenig überzeugend; ähnliche Bemerkungen hatte Hitler im vorangegangenen Jahr gehört, und er wußte, worauf sie hinausgelaufen waren. Er war auch nicht durch die sich hinziehenden Verhandlungen der Westmächte mit Sowjetrußland zu beeindrucken. Die sofortige Unterzeichnung eines Bündnisses hätte ihn vielleicht erschüttern können, aber eine dreimonatige Feilscherei erhöhte nur sein Selbstvertrauen. Nevile Henderson blieb in Berlin, und man kann kaum annehmen, daß sich seine Feindseligkeit gegenüber den Polen nur in geheimen Briefen nach Hause ausdrückte. Es fehlte nicht an klügeren Beratern. Anfang Juli war Graf von Schwerin vom deutschen Kriegsministerium in England. Er sprach offen. »Bei Hitler zählen nicht Worte, sondern nur Taten.« Die Briten sollten eine Flottendemonstration in der Ostsee inszenieren, sie sollten Churchill in das Kabinett aufnehmen, sie sollten die Hauptmacht ihrer Luftstreitkräfte nach Frankreich senden[24]. Dieser Rat wurde mißachtet. Der Mensch kann seine Natur nicht ändern,

sosehr er auch seine Worte ändert. Die britischen Staatsmänner versuchten, das Gleichgewicht zwischen Festigkeit und Versöhnung zu halten, aber da sie nicht über ihren Schatten springen konnten, war die Veränderung des Gleichgewichts unausweichlich.

Die Gespräche zwischen Wohltat und Wilson vermitteln ein getreues Bild von Chamberlains Ansichten, aber sie hatten in Deutschland keinerlei aufrüttelnde Wirkung. Vielleicht war Göring von ihnen beeindruckt. Dirksen wurde von Ribbentrop nur dafür gerügt, daß er sie gestattet hatte, und es ist unwahrscheinlich, daß Hitler überhaupt von ihnen erfuhr. Dafür erregten die Gespräche zwischen Hudson und Wohltat mehr Aufsehen, obwohl sie nicht so wichtig waren. Sie sickerten zur Presse durch, offensichtlich von britischer Seite[25]. Der damit verbundene Zweck ist unbekannt. Vielleicht war Hudson nur geschwätzig, vielleicht war es ein vorsätzlicher Versuch, die Verhandlungen mit Sowjetrußland zum Scheitern zu bringen – und auf der Regierungsseite gab es viele, die das gern getan hätten. Die Enthüllung führte zu Anfragen im Unterhaus, und Chamberlains eigene Entschlossenheit, Deutschland Widerstand zu leisten, wurde durch seine Antwort noch weniger überzeugend, als sie es schon war. Zu dieser Zeit überging die sowjetische Regierung die Geschichte, später blies sie sie als passende Entschuldigung für ihre eigenen Geschäfte mit Hitler auf. Der Historiker hat es nicht nötig, sich bei diesen gegenseitigen Beschuldigungen aufzuhalten. Sowohl die Briten als auch die Russen hatten mit Sympathie den deutschen Vorschlägen zugehört, und gegen Ende Juli waren es die Briten gewesen, die ihnen mit mehr Sympathie zugehört hatten. Doch ihre Bündnisverhandlungen scheiterten nicht an den deutschen Versuchungen. Sie scheiterten an der fehlenden Übereinstimmung. Beide Seiten wollten ein Abkommen, aber nicht dasselbe Abkommen. Die Briten wollten eine moralische Demonstration, die es ihnen ermöglichen würde, mit Hitler eine Regelung zu günstigeren Bedingungen zu erreichen. Die Russen wollten zur gegenseitigen Unterstützung ein präzises Militärbündnis, das entweder Hitler abschrecken oder seine Niederlage sichern sollte. Die Briten fürchteten um Polen, die Russen fürchteten um sich selbst.

Der Alptraum der letzteren war eine deutsche Invasion in Rußland, nicht eine bloße Verschiebung des europäischen Gleichgewichts zu Deutschlands Gunsten. Sie suchten Verbündete, aber ihnen wurde nur der Verlust genau der Handlungsfreiheit angeboten, die sie noch besaßen.

Hätte selbst der Abschluß irgendeines englisch-sowjetischen Abkommens die Situation grundlegend geändert? Bündnisse haben einen Wert, wenn sie eine wirkliche Interessengemeinschaft in Worte fassen, sonst führen sie nur zu Verwirrungen und zur Katastrophe wie die französischen Bündnisse. Unter den Umständen von 1939 war es undenkbar, daß sich die Briten in entscheidender und nicht wiedergutzumachender Weise zugunsten Sowjetrußlands und gegen Deutschland, und es war gleicherweise undenkbar, daß sich die Russen zur Verteidigung des status quo verpflichten sollten. Schließlich wurden Großbritannien und Sowjetrußland doch Verbündete, aber nicht dank der Politik oder der Überzeugung; Hitler zwang ihnen das Bündnis törichterweise auf. 1941 hatte Hitler sein altes Talent zur Geduld eingebüßt; er jagte einem zweiten Ziel nach, bevor er das erste erreicht hatte. 1939 war er noch der Meister in der Kunst des Wartens. Kleinere Deutsche mochten sich der Sorge ergeben und Fühler nach Moskau oder London ausstrecken. Hitler blieb schweigsam. Die englisch-sowjetischen Verhandlungen wurden nicht durch deutsche Angebote, sondern durch den Mangel an Angeboten durchkreuzt. Die Verhandlungen waren als ein ausgetüftelter Schritt im Nervenkrieg begonnen worden, sie sollten Hitlers Entschlossenheit erschüttern. Statt dessen stärkten sie sie. Hitler spekulierte darauf, daß die Verhandlungen scheitern würden, und wieder einmal spekulierte er richtig. Er verließ sich nicht auf sein Wissen oder eine vernünftige Information, sondern wie immer auf seinen sechsten Sinn, und dieser ließ ihn nicht im Stich. Der Nervenkrieg war seine Spezialität, und als der August 1939 herankam, schien es, als ob er einen weiteren Sieg in diesem Krieg davongetragen hätte. Es ist sinnlos, darüber zu grübeln, ob ein englisch-sowjetisches Bündnis den zweiten Weltkrieg verhindert hätte. Aber das Nichtzustandekommen des Bündnisses war eine seiner Ursachen.

KAPITEL XI

KRIEG UM DANZIG

Die Krise vom August 1939, die zum zweiten Weltkrieg führte, entsprang, jedenfalls dem Anschein nach, einem Streit um Danzig. Die Unstimmigkeit kam in den letzten Tagen des März zum Ausdruck, als Deutschland hinsichtlich Danzigs und des Korridors Forderungen stellte, die die Polen zurückwiesen. Von diesem Augenblick an erwartete jeder, daß Danzig das nächste große Thema eines internationalen Konflikts würde. Doch in merkwürdigem Gegensatz zu früheren Krisen gab es wegen Danzig keine Verhandlungen, keine Versuche, eine Lösung zu finden, nicht einmal Versuche, die Spannung zu vermindern. Diese widersinnige Windstille war zum Teil durch die geographische Lage Danzigs bedingt. Hier hatten sowohl Deutschland als auch Polen eine uneinnehmbare Stellung inne, solange sie sich nicht rührten; ein Schritt von einem der beiden hätte die Lawine ausgelöst. Deswegen konnte hier keines der Manöver und keine der Feilschereien stattfinden, die die tschechoslowakische Krise ausgezeichnet hatten. Die sudetendeutschen Nazis hatten wie vor ihnen die österreichischen ohne Hitlers Anleitung die Spannung nach und nach verstärkt. In Danzig war die Spannung bereits vollkommen, und Hitler hielt, soweit er überhaupt irgend etwas tat, die dortigen Nazis zurück. Sie hatten Danzig von innen her bereits gewonnen, der Senat der Freien Stadt war unter fester Kontrolle. Aber Hitler konnte aus dieser Situation keinen Vorteil ziehen. Wenn die Danziger Nazis der Vertragsregelung offen getrotzt hätten, indem sie für eine Einverleibung in Deutschland stimmten, hätten die Polen mit Billigung ihrer westlichen Verbündeten intervenieren können, und diese Intervention wäre wirkungsvoll gewesen. Denn Danzig war

von Ostpreußen, dem einzigen benachbarten deutschen Gebiet, abgeschnitten, da über die Weichsel keine Brücke führte, während die Polen drei Eisenbahnen und sieben Straßen nach Danzig kontrollierten. Eine halbherzige deutsche Hilfe konnte Danzig nichts nützen, sondern nur ein unumschränkter Krieg, und Hitler würde in einen derartigen Krieg erst gehen können, wenn seine militärischen Vorbereitungen Ende August ausgereift waren.

Bis dahin war Danzig auf die Barmherzigkeit der Polen angewiesen. Aber auch die Polen konnten diese Position nicht zu ihrem Vorteil wenden. Sie waren zwar mit Großbritannien und Frankreich verbündet, hatten aber versäumt, sich ein festes Versprechen zur Unterstützung ihrer Danziger Interessen zu sichern; in Wahrheit wußten sie, daß ihre beiden Verbündeten mit der deutschen Sache sympathisierten. Sie konnten sich die Gunst ihrer Verbündeten nur bewahren, wenn sie zögerten und auf die »deutsche Drohung« gegen die polnische Unabhängigkeit warteten. Es mußte so aussehen, als ob sie zu einer Aktion gezwungen würden, aber in Danzig kam es nie dazu. Unter ähnlichen Umständen hätten Hitlers frühere Gegenspieler, Schuschnigg und Benesch, verzweifelt nach einem Fluchtweg gesucht, indem sie endlos Kompromisse ersonnen hätten, die die drohende Krise abwenden mochten. Die Polen sahen der Krise unerschüttert entgegen im Vertrauen darauf, daß Hitler sich als Aggressor offenbaren würde und daß dann die gerechtfertigten Beschwerden wegen Danzig vergessen würden. Sie wollten auf eine Herausforderung der Nazis nicht reagieren, aber sie übersahen gleichermaßen die Bitten um Zugeständnisse, die vom Westen ausgingen.

Auch auf dem weiteren Gebiet der großen Politik nahmen sowohl Hitler als auch die Polen starre Positionen im Nervenkrieg ein. Nach dem 26. März formulierte Hitler wegen Danzig keine Forderungen bis einen Tag vor Kriegsausbruch. Das war keine Überraschung, sondern seine übliche Methode. Auf dieselbe Weise hatte er auf Angebote Schuschniggs für Österreich gewartet, auf dieselbe Art hatte er für die Tschechoslowakei auf Angebote Beneschs, Chamberlains, schließlich der Münchner Konferenz gewartet. Damals hatte er nicht umsonst gewartet. Riet er richtig, daß diesmal von den Polen

kein Angebot gemacht werden würde? Nach den Akten hat es den Anschein. Am 3. April gab er Anweisungen, daß die Vorbereitung für einen Angriff auf Polen »so zu erfolgen hat, daß die Durchführung am 1. 9. 39 jederzeit möglich ist[1]«. Aber eine Woche später erläuterte eine weitere Direktive, daß diese Vorbereitungen rein vorbeugender Natur wären für den Fall, daß »Polen seine . . . Politik umstellen und eine das Reich bedrohende Haltung einnehmen« sollte[2]. Am 23. Mai jedoch sprach er vor einer Versammlung von Generälen mit geringerer Zurückhaltung: »Es wird zum Kampf kommen. Aufgabe ist es, Polen zu isolieren. Es darf nicht zu einer gleichzeitigen Auseinandersetzung mit dem Westen . . . kommen[3].« Das klingt deutlich genug. Aber Hitlers wirkliche Pläne sind nicht so leicht aufzuspüren. 1938 hatte er geradeso mutig über einen Krieg gegen die Tschechoslowakei gesprochen, doch damals hatte er mit großer Wahrscheinlichkeit um einen Sieg im Nervenkrieg gespielt. Auch jetzt mußten Vorbereitungen getroffen werden, ob er nun vorhatte, durch Krieg oder mit Diplomatie zu gewinnen. Wenn Hitler vor seinen Generälen sprach, redete er um des Effektes willen, nicht, um seine Denkweise zu offenbaren. Er wußte, daß die Generäle ihn nicht schätzten und ihm mißtrauten, er wußte, daß einige von ihnen im September 1938 geplant hatten, ihn zu stürzen, wahrscheinlich wußte er auch, daß sie ständig in der britischen und französischen Botschaft Alarm schlugen. Er wollte die Generäle zugleich beeindrucken und erschrekken. Deshalb sprach er am 23. Mai nicht nur von einem Krieg gegen Polen, den er ernstlich beabsichtigt haben mag, sondern sogar von einem großen Krieg gegen die Westmächte, der unzweifelhaft nicht zu seinem Plan gehörte. Hitlers Überlegung traf zu: Kaum war die Konferenz vom 23. Mai beendet, als die Generäle von Göring an abwärts die Westmächte anflehten, die Polen zur Vernunft zu bringen, solange es noch Zeit wäre.

Hitlers späteres Gebaren läßt vermuten, daß er sich nicht in so endgültiger Weise entschlossen hatte, wie er am 23. Mai vorgab. Bis zur allerletzten Minute baute er auf das polnische Angebot, das niemals kam. Vielleicht erwartete er nicht, daß die polnischen Nerven von selbst rissen, aber er

erwartete, daß in erster Linie die Westmächte das Zerreißen für ihn besorgen würden wie 1938 bei Benesch. Er sah nicht exakt voraus, auf welche Weise die Nerven der Westmächte zerrieben würden, auch nicht, welche Wirkung das auf die Polen haben würde. Auch war es ihm gleichgültig, ob die Polen daraufhin ohne Krieg nachgeben oder, im Stich gelassen, für sich allein zerstört würden; das Ergebnis wäre in jedem Falle nahezu das gleiche. An dem wichtigeren Punkt – der Aufreibung der Nerven des Westens – zweifelte er nie. Es gibt auch Anzeichen dafür, daß er, als der Sommer dahinschlich, vorauszusehen begann, wie sich alles abspielen würde. Ein Zusammenbruch der englisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen würde alles, so glaubte er, von selbst erledigen. Hitlers Zuversicht, daß diese Verhandlungen fehlschlagen würden, ist selbst für diese außergewöhnliche Geschichte außergewöhnlich. Wieso konnte er so sicher sein? Warum strengte er sich so wenig an, sich Rußland anzunähern, und behauptete, daß die Russen von allein auf seine Seite überwechseln würden? Besaß er geheime Informationsmittel, die der Historiker nie aufspüren wird – einen Agenten in Whitehall oder im Kreml, vielleicht eine Direktleitung zu Stalin persönlich? Waren es gründliche gesellschaftsanalytische Kenntnisse – die Einsicht, daß bourgeoise Staatsmänner und Kommunisten die Bedingungen gegenseitigen Verstehens nicht finden würden? Vielleicht, wir wissen nichts. Wahrscheinlich war es einfach die unerschütterliche Überzeugung des Spielers, daß seine Ahnung recht haben müßte – sonst würde er schließlich nicht spielen. Eine beiläufige Redensart enthüllt von Hitlers Politik mehr als all das hochtrabende Gerede vor den Generälen. Am 29. August sagte der um einen Kompromiß besorgte Göring: »Wir wollen doch das Vabanque-Spiel lassen.« Hitler erwiderte: »Ich habe in meinem Leben immer va banque gespielt[4].«

Es war Hitlers Mißgeschick (und nicht seines allein), in den Polen auf politische Spieler der gleichen Schule zu stoßen. Va banque war nicht nur das einzige, was sie spielten, es war das einzige, was sie spielen konnten, wenn sie sich ihre trügerische Position einer unabhängigen Großmacht bewahren wollten. Nüchterne Staatsmänner hätten sich auf Gnade oder

Ungnade ergeben, nachdem sie die Gefahren, die Polen drohten, und die Unzulänglichkeit seiner Mittel erwogen hatten. Auf der einen Seite stand Deutschland, mächtig und aggressiv, auf der andern Sowjetrußland, ein potentieller Feind, und in der Ferne zwei unwillige Verbündete, die darauf brannten, mit Hitler einen Kompromiß zu schließen, und geographisch nicht in der Lage waren, wirksame Hilfe zu leisten. Polen war also auf die Hilfsmittel angewiesen, die es selbst besaß, und es hatte nicht einmal sie genügend ausgebaut. Weniger als die Hälfte der wehrpflichtigen Männer hatte eine militärische Ausbildung erhalten, noch weniger konnten auf eine Ausrüstung hoffen. Die Tschechoslowakei, die nicht viel mehr als ein Drittel der Bevölkerung Polens gehabt hatte, hatte im Jahr zuvor eine größere ausgebildete Streitmacht besessen, und die Tschechen waren obendrein mit modernen Waffen ausgerüstet gewesen. Die Polen besaßen praktisch keine modernen Waffen: etwa zweihundertfünfzig Kampfflugzeuge eines antiquierten Typs, ein ebenso veraltetes Panzerbataillon. Was konnten die Polen unter diesen Umständen anderes machen als Hitlers Drohungen als Bluff abtun? Es war offensichtlich, daß jeder Schritt ihrerseits Konzessionen mit sich bringen mußte, deshalb machten sie keinen. Schließlich ist es für jeden, der den status quo begünstigt, die beste, vielleicht die einzige Politik, stillzuhalten. Polens westliche Verbündete stellten natürlich einen zusätzlichen Grund für seine diplomatische Unbeweglichkeit dar; es war offensichtlich, daß Großbritannien und Frankreich in Danzig nachgeben würden, wenn Polen erst einmal die Tür zu Verhandlungen öffnete. Deshalb hielt es sie verschlossen. »München« warf lange Schatten. Hitler wartete darauf, daß es sich wieder ereignete, aber Beck war durch das Schicksal Beneschs gewarnt.

Deutschland und Polen hatten starre Positionen inne. Die drei Westmächte – Italien ebenso wie Großbritannien und Frankreich – schraken aus dem entgegengesetzten Grund davor zurück, die Danziger Frage aufzuwerfen: weil ihre Positionen so schwächlich waren. Alle drei waren davon überzeugt, daß Danzig keinen Krieg wert wäre, alle drei stimmten darin überein, daß es, nachdem Sicherheitsvorkehrungen für den

polnischen Handel getroffen waren, zu Deutschland zurückkehren sollte. Aber alle drei erkannten, daß Polen nicht ohne Kampf nachgeben und daß Hitler Danzig nicht auf einen friedlicheren Moment verschieben würde. Italien war durch den Stahlpakt auf Deutschland festgelegt, Großbritannien und Frankreich auf Polen. Keiner der drei wollte für Danzig kämpfen, aber keiner der beiden Duellanten würde nachgeben. Der einzige Kurs war daher, die Danziger Frage zu übergehen und zu hoffen, daß die andern sie ebenso übergehen würden. Die drei Westmächte taten ihr Bestes, Danzig fortzuwünschen:

»Ich traf ihn auf der Treppe an,
Doch er war gar nicht da, der Mann.
Und heute war es wieder so,
Ach, ging' er endlich – wär' ich froh!«

Das war im Sommer 1939 der Gemütszustand der europäischen Diplomatie. Danzig gab es nicht, und wenn das alle Mächte mit genügend Nachdruck wünschten, würde es fortgehen.

Als der August kam, wurde es klar, daß Danzig nicht fortgegangen war. Die dortigen Nazis steigerten ihre Provokationen gegenüber den Polen, die Polen antworteten mit herausfordernder Festigkeit. Die Gerüchte über deutsche Truppenbewegungen wurden stärker, und diesmal waren sie gut begründet. Hitler würde, wie man erwartete, bald handeln. Aber in welcher Weise? Und, was noch wichtiger war, wann? Das war die entscheidende Frage sowohl in der tschechischen wie in der polnischen Krise. Bei beiden Gelegenheiten vermuteten die Westmächte, daß Hitler die Krise in der Öffentlichkeit explodieren lassen wollte, auf dem Nazi-Parteitag in Nürnberg. Bei beiden Gelegenheiten war diese Vermutung falsch, aber in der tschechoslowakischen Krise hatten sie mit einem früheren Datum gerechnet, in der polnischen Krise glaubten sie an ein späteres. 1938 wurde der Parteitag am 12. September abgehalten, Hitlers militärische Pläne waren jedoch erst auf den 1. Oktober angesetzt worden, und deshalb kam die »Beschwichtigung« zu unerwarteten zwei Wochen,

in denen sie sich auswirkte. Für 1939 war der Parteitag auf die erste Septemberwoche gelegt worden, aber diesmal hatte Hitler beschlossen, sich den Erfolg vorher zu sichern. Auf dem »Friedenstreffen« würde er nicht auf den Sieg vorbereiten, sondern ihn ankündigen. Niemand konnte erraten, daß die militärischen Pläne der Deutschen zeitlich auf den 1. September festgelegt waren. Das Datum war – wie der 1. Oktober im vorigen Jahr – trotz der gegenteiligen Behauptungen der meisten späteren Autoren – nicht aus irgendwelchen rationalen Gründen, meteorologischen oder andern, gewählt worden; man kam auf das Datum, wie das bei solchen Daten üblich ist, indem man mit einer Nadel in den Kalender stach. Der Spielraum für Verhandlungen war in jedem Fall eng; die diplomatischen Pläne der Westmächte versagten nun zum Teil deswegen, weil der Spielraum um eine Woche enger war, als sie glaubten.

Anfang August traten die Westmächte noch auf der Stelle in der Hoffnung, daß ihre unklaren Beziehungen zur Sowjetunion Hitler abschrecken würden. Andere waren nicht so zuversichtlich. Eine Besucherprozession in Berchtesgaden versuchte, Hitlers Absichten abzuschätzen. Vielleicht brachten ihn erst diese Sondierungen darauf, wo seine Absichten lagen. Die Ungarn führten das Feld an. Am 24. Juli schrieb Teleki, der ungarische Premierminister, zwei Briefe an Hitler. In dem einen versprach er, »daß Ungarn im Falle eines allgemeinen Konfliktes seine Politik der Politik der Achse anpassen will«; aber in dem andern hieß es, »daß Ungarn . . . aus moralischen Gründen nicht in der Lage sein könnte, eine kriegerische Handlung gegen Polen vorzunehmen[5]«. Am 8. August erhielt Czáky, der ungarische Außenminister, in Berchtesgaden eine unbarmherzige Antwort. Hitler wollte keine ungarische Hilfe. Denn »Polen bedeute kein militärisches Problem für uns . . . Es sei zu hoffen, daß Polen noch im letzten Augenblick Vernunft annehme.« Sonst: »Nicht nur die polnische Armee, sondern auch der polnische Staat würden dann zerschlagen werden. Frankreich und England werden uns nicht daran hindern können.« Czáky stotterte, entschuldigte sich und nahm die Briefe zurück, »da sie anscheinend leider mißverstanden worden seien[6]«. Drei Tage

später war Burckhardt, der Völkerbundskommissar von Danzig, an der Reihe. Hitler war wiederum kriegslustig: »Ich werde zuschlagen wie der Blitz mit der ganzen Kraft einer motorisierten Armee, von der die Polen keine Vorstellung haben.« Aber es gab auch Anzeichen der Versöhnungsbereitschaft: »Wenn die Polen Danzig vollkommen in Ruhe lassen ... kann ich warten.« Er machte klar, worauf er warten wollte. Noch würde er mit den Bedingungen zufrieden sein, die er am 26. März gestellt hatte – »die die Polen unglücklicherweise entschieden abgelehnt haben«. Darauf allgemeiner: »Vom Westen will ich nichts ... Aber ich muß im Osten freie Hand haben ... Ich möchte mit England in Frieden leben und einen endgültigen Pakt abschließen über eine Garantie aller englischen Besitzungen in der Welt und über eine Zusammenarbeit[7].« Hitler sprach sowohl zu Czáky als auch zu Burckhardt eindeutig um des Effektes willen – im ersten Augenblick kriegslustig, im nächsten versöhnlich. Das entsprach genau der Taktik des vorangegangenen Jahres. Warum auch nicht? Wenn sein Gerede vom Frieden Schauspielerei war, dann war es auch sein Gerede vom Krieg. Was Wirklichkeit werden würde, hing von den Ereignissen ab, nicht von irgendeinem Entschluß, den Hitler im voraus gefaßt hatte.

Am 12. August traf ein bedeutenderer Besucher ein: Ciano, der italienische Außenminister. Die Italiener waren voll Kampfeslust gewesen, solange der Krieg in der Ferne zu liegen schien; sie wurden ängstlich, als sich die Berichte häuften, daß der Krieg näher rückte. Italien war von seiner Intervention in Spanien, die sich in die Länge gezogen hatte, erschöpft – vielleicht war das die einzige bedeutsame Wirkung des Spanischen Bürgerkrieges. Seine Reserven an Gold und Rohmaterialien gingen zu Ende, seine Wiederaufrüstung mit modernen Waffen hatte kaum begonnen. Es konnte frühestens 1942 kriegsbereit sein, und selbst das war ein imaginäres Datum, das nur bedeutete: »In ziemlich ferner Zukunft.« Am 7. Juli sagte Mussolini zu dem britischen Botschafter: »Sagen Sie Chamberlain, daß, wenn England wegen Danzig auf der polnischen Seite, wir auf der Seite Deutschlands kämpfen würden[8].« Vierzehn Tage später schwenkte er um

und bat um ein Treffen mit Hitler auf dem Brenner. Er nahm sich vor, darauf zu bestehen, daß ein Krieg vermieden werden müßte und daß Hitler alles, was er wollte, auf einer internationalen Konferenz haben könnte. Zuerst lehnten die Deutschen das Treffen ab, dann sagten sie, daß es nur zu dem Zweck abgehalten werden solle, den kommenden Angriff auf Polen zu besprechen. Vielleicht mißtraute Mussolini seiner Fähigkeit, Hitler standzuhalten, jedenfalls entschied er, daß statt seiner Ciano geschickt wurde. Mussolinis Anweisungen waren eindeutig, nämlich »daß der Konflikt mit Polen vermieden werden müsse, weil es unmöglich geworden sei, ihn zu lokalisieren, und ein allgemeiner Krieg für alle verhängnisvoll wäre[9]«. Ciano sprach, als er Hitler am 12. August traf, offen und fest, aber seine Bemerkungen wurden übergangen. Hitler erklärte, daß er den Angriff auf Polen plane, wenn er nicht bis Ende August eine vollkommene Genugtuung erhalten hätte. »Er war absolut sicher, daß die westlichen Demokratien ... vor einem allgemeinen Krieg zurückschrecken würden«; die ganze Operation würde bis zum 15. Oktober vorbei sein. Diese Erklärung Hitlers war genauer als jede vorhergehende; doch der Zweifel bleibt bestehen. Er wußte, daß alles, was er den Italienern sagte, den Westmächten weitergemeldet wurde, und es war seine Absicht, deren Nerven aufzureiben, nicht, seine wahren Pläne Mussolini zu offenbaren.

Wie seine Pläne aussahen, zeigt eine merkwürdige kleine Episode. Während Ciano mit Hitler sprach, »wurde dem Führer ein Telegramm aus Moskau ... überreicht«. Man sagte Ciano, was darin stand: Die Russen wären »mit der Entsendung eines deutschen politischen Unterhändlers nach Moskau einverstanden[10]«. Nach Ciano »baten die Russen darum, daß nach Moskau ein deutscher Bevollmächtigter geschickt würde, der einen Freundschaftspakt aushandeln sollte«. Ein solches Telegramm ist in den deutschen Archiven nicht gefunden worden, und da die Russen erst am 19. August, nicht am 12., der Reise eines deutschen Unterhändlers zustimmten, kann es nie existiert haben[11]. Natürlich kann es sein, daß Stalin Hitler seine Entscheidung auf irgendeinem verborgenen Wege mitteilte, eine Woche, bevor er sie traf. Aber das ist eine

phantastische Hypothese, für die jeder Beweis fehlt. Es ist weitaus wahrscheinlicher, daß das Telegramm eine Fälschung war, die Ciano beeindrucken und seine Zweifel beschwichtigen sollte. Doch entbehrte diese Fälschung nicht jeder Grundlage. Diese Grundlage war Hitlers »Ahnung« – seine Überzeugung, daß sich ereignen würde, was sich ereignen sollte. Bis jetzt hatte ihn sein zweites Gesicht nie im Stich gelassen. Diesmal vertraute er ihm ganz, er war im voraus sicher, daß die englisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen scheitern und daß dann auch die Westmächte zusammenbrechen würden.

Am 12. August waren die englisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen noch nicht gescheitert. In Wirklichkeit wurden sie gerade wieder aufgenommen. Die englische und die französische Militärmission waren endlich in Moskau angekommen. Den Franzosen hatte Daladier gesagt, daß sie so schnell wie möglich eine Militärkonvention abschließen sollten. Aber die Briten hatte man angewiesen, »sehr langsam voranzugehen«, bis ein politisches Abkommen erzielt wäre (obwohl die Besprechungen über ein politisches Abkommen am 27. Juli ausgesetzt worden waren): »Übereinstimmung in den vielen aufgeworfenen Punkten zu erzielen, mag Monate kosten[12].« In Wirklichkeit war die britische Regierung an einer festen militärischen Zusammenarbeit mit Sowjetrußland nicht interessiert: sie wollte nur den Teufel an die Wand malen in der Hoffnung, Hitler damit in Schach zu halten. Aber als die Gespräche begannen, sahen sich die britischen Sprecher bald durch die Franzosen und durch Woroschilow, den sowjetischen Leiter, in ernsthafte Diskussionen verwickelt. Die britischen und französischen Pläne für einen Krieg wurden bis in die Einzelheiten beschrieben, die Reserven der beiden Länder in etwas allgemeinerer Form katalogisiert. Am 14. August kamen die Sowjets an die Reihe. Woroschilow fragte: »Kann die Rote Armee Nordpolen ... und Galizien durchqueren, um in Berührung mit dem Feind zu kommen? Wird den sowjetischen Truppen gestattet werden, rumänisches Territorium zu durchqueren[13]?« Das war die entscheidende Frage. Die Briten und Franzosen wußten keine Antwort. Die Gespräche kamen zum Erliegen; am 17. August

wurden sie vertagt, und sie wurden nie wieder ernsthaft aufgenommen.

Warum stellten die Russen diese Frage so unbarmherzig und so schroff? Wollten sie nur eine Entschuldigung für Verhandlungen mit Hitler haben? Vielleicht. Aber die Frage war echt, sie mußte gestellt – und beantwortet werden. Polen und Rumänien hatten 1938 jeder sowjetischen Aktion unüberwindliche Hindernisse in den Weg gelegt. Diese Hindernisse mußten überwunden werden, wenn Sowjetrußland als gleichwertiger Partner handeln sollte, und nur die Westmächte konnten sie aus dem Weg räumen. Die Frage warf den alten Prinzipienstreit in neuer Form auf. Die Westmächte wollten die Sowjetunion als bequeme Hilfe haben, die Russen wollten mit Entschiedenheit als Hauptperson behandelt werden. Außerdem bestand in der strategischen Anschauung ein Unterschied, der wenig beachtet worden ist. Großbritannien und Frankreich dachten noch in den Bedingungen der Westfront während des ersten Weltkrieges. Sie überschätzten daher die Stärke von Verteidigungsstellungen. Der Militärmission war gesagt worden: wenn Deutschland im Westen angreifen würde, selbst wenn durch Holland und Belgien hindurch, »würde sich diese Front früher oder später stabilisieren«. Im Osten würden Polen und Rumänien einen deutschen Vormarsch bremsen, mit russischer Unterstützung würden sie ihn vielleicht sogar zum Halten bringen[14]. Auf jeden Fall würde die Rote Armee, nachdem der Krieg begonnen hatte, viel Zeit haben, um Verteidigungslinien aufzubauen. Dann würden alle hinter sicheren Verschanzungen bleiben, bis Deutschland unter dem Druck einer Blockade zusammenbrach. Dank diesen Ansichten konnten die Westmächte in der russischen Forderung, durch Polen vorzumarschieren, nur ein politisches Manöver sehen; sie dachten, die Russen wollten Polen demütigen oder vielleicht sogar seine politische Unabhängigkeit zerstören.

Niemand kann sagen, ob die Russen derartige Absichten hatten. Aber es ist klar, daß sie andere strategische Konzeptionen besaßen, die schon allein ausreichten, um ihre Forderungen zu erklären. Die Russen gingen von ihren Erfahrungen in den Bürgerkriegen und in den Interventions-

kriegen aus, nicht von dem vorhergehenden Weltkrieg. In ihnen hatten überall Kavallerieoffensiven den Sieg davongetragen. Überdies begünstigten sie als Kommunisten automatisch eine strategische Doktrin, die dynamischer und revolutionärer war als die, die der dekadente kapitalistische Westen vertrat. Die Russen waren der Ansicht, daß Kavallerieoffensiven, jetzt aber in mechanisierter Form, unwiderstehlich wären oder daß man ihnen nur durch ähnliche Offensiven an einem andern Teil der Front Widerstand leisten könne. Ihre Absicht war, im Kriegsfall bewaffnete Kolonnen nach Deutschland hineinzuschleudern ohne Rücksicht auf deutsche Angriffe an anderer Stelle. Das blieb sogar 1941 ihre Absicht, und sie wurden an ihrer Verwirklichung nur dadurch gehindert, daß Hitler sie angriff, bevor sie parat waren. In Wirklichkeit war ihre Doktrin falsch, obwohl vielleicht nicht so falsch wie die der Westmächte, und 1941 rettete Hitlers Überraschungsangriff sie vor einer Katastrophe, für die es vielleicht keine Rettung gegeben hätte. Aber diese späteren Erfahrungen sind für die Diplomatie vom Jahre 1939 belanglos. Damals wollten die Russen durch Polen marschieren, weil sie, wie falsch auch ihre Ansicht gewesen sein mag, glaubten, daß dies der einzige Weg wäre, einen Krieg zu gewinnen. Es mag auch politische Ziele gegeben haben, aber sie waren echten militärischen Notwendigkeiten untergeordnet.

Die britische und die französische Regierung schätzten diese sowjetischen Überlegungen nicht richtig ein, aber sie erkannten, daß die unwillkommene Frage beantwortet werden mußte, nachdem sie nun einmal gestellt worden war. Beide wandten sich, wenn auch mit geringen Hoffnungen, an Warschau. Die Briten gebrauchten noch politische Argumente: »Ein Abkommen mit der Sowjetunion würde dazu dienen, Hitler vom Krieg abzuschrecken.« Wenn die Verhandlungen scheiterten, »mochte Rußland entweder die Beute mit Deutschland teilen . . . oder die größte Gefahr bilden, wenn der Krieg vorbei war[15]«. Beck gab eine genauso politische Antwort: Ein Abkommen über den Durchmarsch russischer Truppen durch Polen würde, weit davon entfernt, Hitler abzuschrecken, »zu einer unmittelbaren Kriegserklärung von seiten Deutschlands führen[16]«. Beide politischen Argumente hatten Sinn,

beide waren für die militärische Situation belanglos. Die Franzosen dachten praktischer. Sie waren nur darauf aus, die Rote Armee in einen Konflikt mit Hitler zu verwickeln, und kümmerten sich nicht darum, ob das auf Kosten Polens ging. Wären sie allein gewesen, hätten sie Polen gern über Bord geworfen, wenn ihnen im Austausch dafür die Zusammenarbeit mit den Sowjets sicher gewesen wäre. London verhinderte jede derartige Drohung, deshalb mußten die Franzosen es mit der Überredung versuchen. Bonnet glaubte einen Ausweg zu sehen. Die Russen wollten unbedingt ein Abkommen über die militärische Zusammenarbeit mit den Polen, bevor der Krieg begann, aber die Polen wollten sowjetische Hilfe nur annehmen, wenn der Krieg begonnen hatte. Deshalb behauptete Bonnet, daß der Moment erreicht wäre, der den Russen noch als Frieden erschiene, den Polen aber bereits als Krieg. Das Manöver schlug fehl. Beck blieb verstockt: »Wir werden aufgefordert, eine neue Teilung Polens zu unterzeichnen.« Am 21. August verloren die Franzosen die Geduld. Sie entschlossen sich, die polnische Weigerung zu übergehen und weiterzumachen in der Hoffnung, die Polen wohl oder übel zu verpflichten. Doumenc, der Leiter der Militärmission in Moskau, wurde angewiesen, »im Prinzip eine zustimmende Antwort« auf die russische Frage zu geben, und er sollte »ein Abkommen aushandeln und unterzeichnen, das den gemeinsamen Interessen am besten dienen mochte vorbehaltlich der Billigung durch die französische Regierung«. Die Briten weigerten sich, sich diesem Schritt anzuschließen, obgleich sie nicht gegen ihn protestierten.

Aber wenn jemals die Chance für ein sowjetisches Bündnis bestanden hatte, so hatte man sie jetzt auf jeden Fall eingebüßt. Am 14. August, wenige Stunden nachdem Woroschilow seine schicksalsträchtige Frage aufgeworfen hatte, entwarf Ribbentrop ein Telegramm für Schulenburg, seinen Botschafter in Moskau: »Reale Interessengegensätze zwischen Deutschland und Rußland bestehen nicht. Die Reichsregierung ist der Auffassung, daß es zwischen Ostsee und Schwarzem Meer keine Frage gibt, die nicht zur vollen Zufriedenheit beider Länder geregelt werden könnte.« Ribbentrop war bereit, nach Moskau zu kommen, um dort »das

Fundament für eine endgültige Bereinigung der deutsch-russischen Beziehungen zu legen[17].« Diese Botschaft stellt den ersten echten Schritt zur Anknüpfung deutsch-sowjetischer Beziehungen dar. Bis jetzt hatten sie stagniert: Die Unterhaltung zwischen Subalternen, mit denen später die westlichen Autoren so viel hermachten, hatten keinerlei Bedeutung und waren nur durch das Bedauern über die verschwundene Vertraulichkeit von Rapallo eingegeben. Jetzt ergriff endlich Hitler die Initiative. Warum tat er es genau in diesem Moment? War es höchste politische Kunst, ein zweites Gesicht, das ihm sagte, die militärischen Gespräche würden zwei Tage nach ihrem Beginn den toten Punkt erreichen? War das zufällige Zusammentreffen von Woroschilows Frage und Ribbentrops Annäherung vorher im geheimen zwischen Stalin und Hitler in die Wege geleitet worden? Sagte irgendein unbekannter Spion im Kreml Hitler, daß der rechte Augenblick gekommen war? Oder war das Zusammentreffen reiner Zufall? Hitler war zum erstenmal mit seinem Plan herausgeplatzt, die englisch-französischen Nerven durch ein Abkommen mit Sowjetrußland aufzureiben, als er sich am 12. August vor Ciano unwahrhaftigerweise einer Einladung aus Moskau rühmte und dadurch die italienischen Befürchtungen beruhigte. Vielleicht stellte Hitler diese Strategie bewußt auf Prahlerei ab. Schließlich war er immer der Mann der gewagten Improvisationen gewesen; blitzschnell traf er Entscheidungen und gab sie dann als das Ergebnis einer langfristigen Politik aus. Ribbentrop blieb bis zum 13. August in Berchtesgaden. Am 14. August kehrte er nach Berlin zurück. Es ist daher der erste Tag, an dem die Botschaft an Moskau abgesandt werden konnte. Vielleicht Zufall, lautet die korrekte Antwort, aber das ist eines der Probleme, die wir nie werden lösen können.

Am 15. August übergab Schulenburg Ribbentrops Botschaft. Molotow ließ sich nicht zur Eile drängen. Obwohl er die Botschaft »mit größtem Interesse« entgegennahm, glaubte er, daß Verhandlungen einige Zeit beanspruchen würden. Er fragte, wie »die deutsche Regierung zu der Idee des Abschlusses eines Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion eingestellt«[18] sei. Die Antwort kam in weniger als vierundzwanzig Stunden:

Deutschland bot nicht nur einen Nichtangriffspakt an, sondern auch eine gemeinsame Garantie der baltischen Staaten und eine Vermittlung zwischen Sowjetrußland und Japan. Das wesentlichste aber wäre der Besuch Ribbentrops[19]. Die Russen hielten sich noch beide Möglichkeiten offen. Am 17. August sagte Woroschilow der britischen und der französischen Militärmission, daß es auf einer weiteren Zusammenkunft nichts zu besprechen geben würde, bis sie seine Frage über Polen beantworten könnten, doch nach einigem Hickhack stimmte er einem erneuten Treffen am 21. August zu. Beinahe genau auf dieselbe Minute sagte Molotow zu Schulenburg, daß die Verbesserung der sowjetisch-deutschen Beziehungen eine zeitraubende Angelegenheit wäre. Zuerst müßte ein Wirtschaftsabkommen geschlossen werden, dann ein Nichtangriffspakt. Dann könnten die Sowjets vielleicht an einen Besuch Ribbentrops denken; denn die sowjetische Regierung »ziehe es vor, ohne viel Aufhebens praktische Arbeit zu leisten[20]«.

Am 18. August klopfte Ribbentrop lauter als jemals zuvor an die sowjetische Tür. Die Beziehungen müßten sofort geklärt werden, um sich »nicht vom Ausbruch eines deutsch-polnischen Konfliktes überraschen zu lassen[21]«. Molotow zögerte wiederum, es wäre nicht möglich, »auch nur annähernd den Zeitpunkt der Reise zu bestimmen«. Nach einer halben Stunde wurde Schulenburg in den Kreml zurückgerufen; ihm wurde gesagt, daß Ribbentrop eine Woche später kommen könnte[22]. Es ist vollkommen unbekannt, was zu dieser plötzlichen Entscheidung führte. Schulenburg glaubte, daß Stalin persönlich interveniert hätte, aber das war eine Vermutung wie alle andern auch, die später angestellt wurden. Die sowjetische Einladung genügte Hitler nicht; er wünschte, daß Ribbentrop sofort empfangen würde. Dahinter hat vielleicht einfach nur die Ungeduld gesteckt, die immer auf seine sich hinziehende Zögerei folgte. Vielleicht gibt es aber eine stichhaltigere Erklärung. Der 26. August wäre zeitig genug gewesen, wenn Hitler nur beabsichtigt hätte, den Weg für einen Angriff auf Polen am 1. September frei zu machen. Er war jedoch nicht zeitig genug, um ihm Raum für zwei Operationen zu lassen: einmal die Nerven der Westmächte durch

ein Abkommen mit Sowjetrußland aufzureiben, dann die Nerven der Polen mit Hilfe der Westmächte. Deshalb legt Hitlers Dringlichkeit die Vermutung nahe, daß er ein zweites »München« anstrebte, keinen Krieg.

Auf jeden Fall handelte Hitler nun ohne diplomatische Vermittler. Am 20. August sandte er eine persönliche Botschaft an Stalin, in der er allen sowjetischen Forderungen zustimmte und fragte, ob Ribbentrop sofort empfangen werden könnte[23]. Diese Botschaft ist ein Meilenstein in der Weltgeschichte; sie markiert den Augenblick, in dem Sowjetrußland als Großmacht nach Europa zurückkehrte. Bis jetzt hatte kein europäischer Staatsmann jemals Stalin unmittelbar angesprochen. Die Führer des Westens hatten ihn behandelt, als ob er der ferne und machtlose Bei von Buchara wäre. Jetzt erkannte ihn Hitler als den Herrscher über einen großen Staat an. Stalin soll gegenüber persönlichen Gefühlen immun gewesen sein; Hitlers Annäherung muß ihm gleichwohl geschmeichelt haben. Der entscheidende Moment war gekommen. Am 20. August wurde der Handelsvertrag zwischen Sowjetrußland und Deutschland abgeschlossen; die erste sowjetische Bedingung war erfüllt. Am Morgen des 21. August traf sich Woroschilow mit den beiden Militärmissionen. Sie hatten nichts zu berichten, und die Zusammenkunft wurde sine die vertagt. Um siebzehn Uhr stimmte Stalin zu, daß Ribbentrop sofort nach Moskau kommen könnte – am 23. August. In derselben Nacht wurde diese Nachricht in Berlin angekündigt und am folgenden Tag in Moskau. Die Franzosen versuchten noch, etwas zu retten. Am 22. August traf sich Doumenc auf eigene Faust mit Woroschilow. Auf Grund der Instruktionen Daladiers bot er an, der sowjetischen Forderung zuzustimmen, ohne auf eine Antwort der Polen zu warten. Woroschilow wies dieses Angebot zurück: »Wir wollen nicht, daß Polen sich rühmt, es hätte unsere Hilfe abgelehnt – da wir nicht die Absicht haben, ihm die Annahme aufzuzwingen[24].« Damit waren die englisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen zu Ende. Am folgenden Tag, dem 23. August, luchsten die Franzosen den Polen endlich eine widerwillig gegebene Formel ab. Die Franzosen hätten jetzt den Russen sagen können: »Wir haben die Sicherheit erhalten, daß eine Zusammenarbeit zwischen Polen und der UdSSR im Falle einer gemeinsamen Aktion gegen einen deutschen Angriff nicht ausgeschlossen ist (oder: möglich ist)[25].« Diese Formel wurde den Russen niemals vorgelegt. Sie war in jedem Fall ein Betrug. Beck stimmte ihr erst zu, als er erfuhr, daß Ribbentrop in Moskau war und die Gefahr einer sowjetischen Hilfe für Polen nicht bestand. Das nahm ihm keineswegs den Mut. Er glaubte immer noch, daß ein unabhängiges Polen größere Chancen hätte, ein Abkommen mit Hitler zu erzielen. Er meinte, daß sich Sowjetrußland aus Europa zurückziehen würde, und das war eine gute Nachricht für die Polen. »Jetzt ist die Reihe an Ribbentrop«, sagte er selbstzufrieden, »die Hinterhältigkeit der Sowjets kennenzulernen[26].«

Ribbentrop war anderer Meinung. Er reiste nach Moskau, um ein Abkommen zu erzielen, und er hatte sofort Erfolg. Der veröffentlichte Teil des Paktes, der am 23. August unterzeichnet wurde, war ein gegenseitiger Nichtangriffsvertrag. Ein geheimes Protokoll schloß Deutschland von den baltischen Staaten und von dem östlichen Teil Polens aus – von dem Territorium östlich der Curzon-Linie, das von Ukrainern und Weißrussen bewohnt wurde. Das war es, was die Russen von den Westmächten hatten bekommen wollen. Durch den Pakt mit den Nazis hatten sie es auf andere Weise erreicht: auf eine nicht so gute Weise, aber besser als gar nicht. Der Vertrag von Brest-Litowsk war endlich mit der Zustimmung Deutschlands anstatt mit der Unterstützung der Westmächte rückgängig gemacht worden. Zweifellos war es eine Schande, daß Sowjetrußland irgendein Abkommen mit dem führenden faschistischen Staat traf, aber dieser Vorwurf stand den Staatsmännern schlecht an, die nach München gegangen und die daraufhin in ihren eigenen Ländern durch große Mehrheiten bestätigt worden waren. In Wirklichkeit hatten die Russen nur getan, was die Westmächte hatten tun wollen, und die Verbitterung des Westens entsprang der Enttäuschung, vermischt mit Zorn darüber, daß das Bekenntnis des Kommunismus nicht aufrechter war als das der Demokratie. Der Pakt enthielt keine der widerlichen Freundschaftsbeteuerungen, die Chamberlain am Tage nach der Konferenz von München in die englisch-deutsche Erklärung gesetzt hatte.

Tatsächlich lehnte Stalin derartige Beteuerungen ab: »Die sowjetische Regierung konnte nicht plötzlich der Öffentlichkeit deutsch-sowjetische Freundschaftsversicherungen vorlegen, nachdem sie sechs Jahre lang von der Nazi-Regierung mit Kübeln voll Unrat übergossen worden war.«

Der Pakt war weder ein Bündnis noch ein Abkommen über die Teilung Polens. München war ein echtes Bündnis für eine Teilung gewesen: Die Briten und Franzosen schrieben den Tschechen die Teilung vor. Die sowjetische Regierung unternahm nichts Derartiges gegenüber den Polen. Sie versprach nur, neutral zu bleiben, was die Polen immer von ihr verlangt und was die Westmächte ebenfalls unausgesprochen gewollt hatten. Noch mehr, das Abkommen war letzten Endes antideutsch: Für den Kriegsfall begrenzte es den deutschen Vormarsch nach Osten, wie Winston Churchill unmittelbar nach Beendigung des Polen-Feldzuges in einer Rede zu Manchester betonte. Im August dachten die Russen nicht an Krieg. Wie Hitler vermuteten sie, daß die Westmächte nicht ohne ein Rußland-Bündnis kämpfen würden. Die Polen würden gezwungen werden, nachzugeben, und nachdem das polnische Hindernis aus dem Wege geräumt war, mochte ein Defensivbündnis mit dem Westen zu passenderen Bedingungen erreicht werden. Andernfalls würden die Polen, wenn sie trotzig blieben, allein kämpfen, und in diesem Falle würden sie schließlich doch dazu gezwungen werden, sowjetische Unterstützung anzunehmen. Diese Berechnungen wurden durch die Tatsachen widerlegt: durch einen Krieg, an dem sowohl Polen als auch die Westmächte teilnahmen. Selbst das war für die Sowjetführer ein Erfolg: Er verhinderte, was sie am meisten fürchteten – einen gemeinsamen Angriff der Kapitalisten auf Sowjetrußland. Aber darin bestand nicht die Absicht der sowjetischen Politik; die Ereignisse vom 1. und 3. September konnten am 23. August nicht vorhergesehen werden. Sowohl Hitler als auch Stalin bildeten sich ein, daß sie einen Krieg verhütet, nicht, daß sie ihn hervorgerufen hätten. Hitler glaubte, daß er über Polen ein weiteres München erzielen würde, Stalin, daß er auf jeden Fall im Moment einem ungleichen Krieg entgangen wäre und daß er ihn vielleicht für immer verhindert hätte.

Gleichgültig, wie man den Kristall hält und versucht, vom Standpunkt des 23. August 1939 aus in die Zukunft zu schauen, es ist schwer zu erkennen, welche andere Möglichkeit Sowjetrußland hätte verfolgen können. Die sowjetischen Besorgnisse wegen eines europäischen Bündnisses gegen Rußland waren übertrieben, wenn auch nicht grundlos. Aber davon ganz abgesehen – die polnische Zurückweisung der sowjetischen Hilfe vorausgesetzt, ebenso die britische Politik, die die Verhandlungen in Moskau hinauszögerte, ohne sich ernsthaft um einen Abschluß zu bemühen –, war Neutralität, mit oder ohne formales Bündnis, das Höchste, was die sowjetische Diplomatie erreichen konnte, und die Begrenzung der deutschen Ziele in Polen und im Baltikum war der Anreiz, der den formalen Pakt attraktiv machte. Diese Politik war korrekt und stimmte mit dem Lehrbuch der Diplomatie überein. Gleichwohl enthielt sie einen schweren Schnitzer: indem die sowjetischen Staatsmänner ein schriftliches Abkommen trafen, gaben sie sich wie vor ihnen die westlichen Staatsmänner dem Wahn hin, daß Hitler sein Wort halten würde. Stalin hatte offensichtlich Zweifel. Als er sich von Ribbentrop trennte, sagte er: »Die sowjetische Regierung nimmt den neuen Pakt sehr ernst. Er könne sein Ehrenwort verpfänden, daß die Sowjetunion ihren Partner nicht betrügen werde.« Darin war eine eindeutige Folgerung enthalten: »Tut desgleichen.« Gleichwohl glaubte Stalin offensichtlich, daß der Pakt seinen Wert hätte nicht nur als kurzfristiges Manöver, sondern für einen langen Zeitraum. Das ist merkwürdig, aber nicht ungewöhnlich. Wer selbst keine Skrupel hat, klagt oft darüber, wenn er von andern betrogen wird.

Auf jeden Fall war die Bombe explodiert. Hitler strahlte im Vertrauen darauf, daß er den entscheidenden Schlag geführt habe. Am 22. August setzte er seinen führenden Generälen seine wildeste Ansprache vor: »Herz verschließen gegen Mitleid! Brutales Vorgehen.« Diese Aufhetzung war keine ernsthafte Anweisung zu handeln – eine wörtliche Niederschrift wurde nicht angelegt. Hitler war stolz auf seine eigene Geschicklichkeit. Davon abgesehen enthielt die Rede einen festen Kern: »Jetzt ist die Wahrscheinlichkeit noch groß, daß der Westen nicht eingreift[27].« Außerdem war Hitlers Rede auf

Wirkung abgestellt. Die britische Botschaft erhielt nahezu umgehend einen Bericht[28]; ob absichtlich oder nicht, der sogenannte deutsche »Widerstand« nahm Hitler die Arbeit ab. Am 23. August ging Hitler einen Schritt weiter. Er legte den Angriff auf Polen auf den 26. August, 4 Uhr 40, fest. Auch das war nur Schmierenschauspielerei, um die Generäle zu beeindrucken und durch sie die Westmächte. Der deutsche Terminkalender konnte erst vom 1. September an funktionieren. Vorher war ein Angriff auf Polen nur möglich, wenn es sich schon ergeben hatte. Aber technische Überlegungen schienen keine Rolle mehr zu spielen: Der Pakt zwischen den Nazis und den Sowjets sollte den Weg für den diplomatischen Zusammenbruch auf seiten der Westmächte geebnet haben.

Die Franzosen entsprachen beinahe Hitlers Erwartungen. Bonnet hatte immer darauf gebrannt, die Polen im Stich zu lassen. Er ärgerte sich darüber, wie sie sich während der tschechischen Krise benommen hatten; was Danzig betraf, so erkannte er die deutschen Argumente an; er mißtraute der polnischen Armee. Die Russen, argumentierte Bonnet, behaupteten, daß sie gegen Deutschland nicht ohne gemeinsame Grenze kämpfen könnten; eine deutsche Eroberung Polens würde für diese Grenze sorgen, und dann könnte der französisch-sowjetische Pakt zu echtem Leben wiedererweckt werden. Am 23. August, als Ribbentrops Reise nach Moskau bekannt wurde, forderte er Daladier auf, den Ausschuß für Landesverteidigung einzuberufen. Vor diesem Ausschuß deutete er seine Politik an: »Sollen wir blind unser Bündnis mit Polen durchführen? Ist es nicht besser, Warschau zu einem Vergleich zu bewegen? Wir könnten auf diese Weise Zeit gewinnen, um unsere Aufrüstung zu vervollkommnen, unsere Militärmacht zu vergrößern und unsere diplomatische Stellung zu verbessern, so daß wir in der Lage sind, Deutschland wirksamer zu widerstehen, wenn es sich später gegen Frankreich wenden sollte.« Aber Bonnet war kein Kämpfer, nicht einmal für den Frieden. Er überließ die Entscheidung andern. Die Generäle wollten Frankreichs militärische Schwäche nicht zugeben, für die sie verantwortlich waren vielleicht erkannten sie sie nicht einmal. Gamelin erklärte

daß die französische Armee »bereit« wäre (was auch immer damit gemeint sein mochte), weiterhin sagte er, daß Polen bis zum Frühling aushalten und daß bis dahin die Westfront uneinnehmbar sein würde[29]. Keiner warf die Frage auf, ob es möglich wäre, den Polen wirklich zu helfen. Obwohl man ihnen Hilfe angeboten, obwohl Gamelin ihnen eine Offensive versprochen hatte, nahmen offensichtlich alle an, daß die französische Armee nur die Maginot-Linie bemannen würde. Keine Diskussion über die Politik, kein Vorschlag, die Polen vor der ihnen drohenden Gefahr zu warnen. Den Polen war es freigestellt, Hitler Widerstand zu leisten oder mit ihm einen Kompromiß zu schließen, ganz wie sie wollten. Noch bemerkenswerter war, daß sich niemand an die Briten wandte, daß kein englisch-französisches Ministertreffen stattfand wie während der tschechischen Krise. Auch den Briten war es freigestellt, Hitler Widerstand zu leisten oder mit ihm einen Kompromiß zu schließen, ohne sich über die französischen Wünsche oder die französische Stärke irgendwie zu informieren. Doch würde die britische Entscheidung Frankreich verpflichten. In vollkommener Übereinstimmung mit der Richtung, die London einschlug, würden die Franzosen entweder endgültig in Osteuropa abdanken oder die Last eines großen europäischen Krieges nahezu allein tragen. Schweigen gegenüber den Briten, Schweigen gegenüber den Polen, kaum gebrochenes Schweigen gegenüber den Deutschen. Daladier schickte Hitler einen warnenden Brief. Darüber hinaus unternahmen die französischen Staatsmänner in der Woche, die für viele Jahre über das Schicksal Frankreichs entschied, nichts.

Diese Passivität war seltsam, aber nicht seltsamer als die französische Politik während der vorhergehenden Jahre. Die Franzosen wußten nicht, welchen Weg sie einschlagen sollten. Die Regelung von 1919 wollten sie nicht vorsätzlich aufgeben, und doch spürten sie, daß sie nicht in der Lage waren, sie zu wahren. Sie hatten sich in diesem Punkt verhalten wie gegenüber der deutschen Wiederaufrüstung. Sie weigerten sich, ihr zuzustimmen, doch fanden sie keine Möglichkeit, sie zu verhindern. Mit Österreich war es dasselbe: Man sagte immerzu nein, bis der Anschluß passiert war. Mit

der Tschechoslowakei wäre es dieselbe Geschichte geworden, wenn die britischen Einflüsterungen nicht gewesen wären. Als dann die Briten zur Kapitulation drängten, willigten die Franzosen ein. Diesmal hörte man von den Briten kein Wort, und Daladier, der repräsentativste französische Politiker, fiel wieder in mürrischen Widerstand zurück. Die Franzosen scherten sich um Danzig nicht mehr als vormals um die deutschsprechenden Territorien der Tschechoslowakei, aber sie wollten nicht selbst zerstören, was sie einst geschaffen hatten. Sie wollten auf diese oder jene Weise zu einem Ende kommen. »Il faut en finir«, war 1939 die allgemeine französische Stimmung. Sie hatten keine Vorstellung, wie das Ende aussehen würde. Kaum ein Franzose sah die militärische Niederlage voraus; ein Sieg über Deutschland schien gleichermaßen fern zu liegen. Es gibt einen schwachen Beweis dafür, daß der französische Geheimdienst die Opposition innerhalb Deutschlands überschätzte. Aber nach der Entscheidung vom 23. August gab es keine vernünftige Überlegung mehr. Die Franzosen waren in Verlegenheit, was sie tun sollten; deshalb beschlossen sie, den Dingen ihren Lauf zu lassen.

Die Entscheidung lag also ausschließlich bei der britischen Regierung. Auch ihre Politik schien in Trümmern zu liegen; das englisch-sowjetische Bündnis war unwiederbringlich dahin. Doch hier wurde die britische Position grundsätzlich mißverstanden – und dieses Mißverständnis trug zum zweiten Weltkrieg bestimmt soviel bei wie alles andere. Das Bündnis mit Sowjetrußland war die Politik der Opposition – die Politik der Labour Party, Winston Churchills und Lloyd Georges. Sie waren es, die darauf beharrten, daß man Hitler nur Widerstand leisten könnte, wenn Sowjetrußland auf der alliierten Seite wäre. Die Regierung teilte diesen Standpunkt nicht.

Sie maß dem sowjetischen Bündnis nie einen praktischen Wert bei, und sie ließ sich durch die Agitation im Parlament und im Lande nur unwillig zu Verhandlungen treiben. Als die Verhandlungen zusammenbrachen, war sie erleichtert, überdies entzückt, ihren Kritikern sagen zu können: »Wir haben es euch vorausgesagt«, und einer Verlegenheit enthoben. Die Masse der Konservativen ging noch weiter. Viele von ihnen hatten Hitler als ein Bollwerk gegen den Bolschewismus befürwortet, jetzt wurde er in ihren Augen zu einem Verräter der westlichen Zivilisation. Im gleichen Augenblick, als sich die Konservativen gegen Hitler wandten, wandte sich die Labour Party – die entschlossen war zu beweisen, daß ihr Antifaschismus in jedem Fall aufrichtig war, selbst wenn das die Unterstützung Chamberlains bedeutete – mit nahezu gleicher Verbitterung gegen Stalin. Nach den Gesetzen der Vernunft hätte der Pakt zwischen den Nazis und den Sowjets das britische Volk entmutigen müssen. Doch Lloyd George, der diese Kalkulation aufgestellt hatte, stand mit seiner Meinung nahezu allein. Überall sonst rief der Pakt eine derartige Entschlossenheit hervor, wie sie die Briten seit zwanzig Jahren nicht mehr gezeigt hatten. Am 22. August entschied sich das Kabinett unter allgemeinem Beifall dafür, zu der Verpflichtung gegenüber Polen zu stehen.

Es gab keine Diskussion darüber, wie man dieser Verpflichtung nachkommen könnte; tatsächlich gab es keine Möglichkeit, ihr nachzukommen. Militärische Berater wurden lediglich herangezogen, um den zivilen Schutz Londons zu planen. Die britische Regierung dachte noch in den Bedingungen der Politik, nicht in denen tatkräftigen Handelns. Ihre Politik blieb unverändert: einerseits ergingen an Hitler energische Warnungen des Inhalts, daß er einem allgemeinen Krieg entgegensähe, wenn er Polen angriffe, andererseits gab man ebenso entschiedene Versicherungen ab, daß man ihm Zugeständnisse machen würde, wenn er Frieden hielte. Die britische Regierung hatte sich auf diese Politik festgelegt. Deswegen beriet sie sich weder mit den Franzosen, ob ein Krieg durchführbar wäre, noch erkundigte sie sich bei den Polen, welche Zugeständnisse man machen könnte. In der Tat war sie für den Fall, daß Hitler sich vernünftig zeigte, zu Zugeständnissen über den Kopf Polens hinweg entschlossen. Im Hinblick auf Danzig stimmte die britische Regierung immer noch mit Hitler überein. Aber selbst jetzt wurde die Danziger Frage noch nicht formell aufgeworfen. Hitler wartete auf Angebote, die er hochtreiben könnte, die Briten auf Forderungen, die sie drücken könnten. Wer auch immer den

ersten Schritt tat, er würde verlieren, deshalb tat ihn niemand. Die britische Regierung ging einen Mittelweg: Sie wollte Hitler vor einem Krieg warnen und gleichzeitig auf die Belohnungen anspielen, die der Frieden einbringen würde. Ihre ursprüngliche Absicht war gewesen, einen Sonderbotschafter zu schicken – diesmal nicht Chamberlain, sondern vielleicht Feldmarschall Lord Ironside. Das wurde durch die eilige Reaktion auf den Pakt zwischen den Nazis und den Sowjets unmöglich gemacht.

Die Note mußte durch den Botschafter Nevile Henderson überbracht werden, der am 23. August nach Berchtesgaden flog.

Diese Wahl war unglücklich. Zweifellos versuchte Henderson, entschieden zu sprechen, aber er war nicht mit dem Herzen dabei. Mit einer Konsequenz, die einer besseren Sache wert gewesen wäre, war er weiterhin davon überzeugt, daß die Polen im Unrecht wären. Er wollte, daß sie wie die Tschechen ein Jahr zuvor gezwungen würden, nachzugeben. Wenige Tage vorher hatte er an einen Freund im Auswärtigen Amt geschrieben: »Ganz allgemein wird die Geschichte die Presse bezichtigen, den Krieg im Grunde verursacht zu haben . . . Ob Sie es glauben oder nicht, was Danzig oder den Korridor angeht, so ist Hitler der gemäßigtste von allen Deutschen . . . Im vergangenen Jahr konnten wir Benesch nicht auszischen, bis wir am Rande des Krieges standen. Und wir können jetzt Beck nicht auszischen[30].« Mit Sicherheit zischte er Hitler nicht aus. Obwohl er die britische Note loyal übergab, führte er noch britische Versöhnlichkeit vor. Er sagte Hitler ganz richtig, »daß der Beweis von Chamberlains Freundschaft darin zu sehen sei, daß er Churchills Aufnahme in das Kabinett abgelehnt habe«; und weiterhin sagte er, daß die feindliche Haltung in Großbritannien das Werk der Juden und der Nazi-Feinde wäre, was genau dem entsprach, was Hitler selbst glaubte[31]. Angesichts eines derartig lauen Gegners stürmte und tobte Hitler. Als Henderson das Zimmer verlassen hatte, schlug sich Hitler auf die Schenkel und sagte: »Dieses Gespräch überlebt Chamberlain nicht, sein Kabinett wird heute abend stürzen[32].« Henderson reagierte, wie Hitler es beabsichtigt hatte. Unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Berlin

schrieb er an Halifax: »Von Anfang an bin ich der Meinung gewesen, daß die Polen äußerst töricht und unklug waren«; und wiederum: »Ich persönlich sehe keine Hoffnung mehr, einen Krieg zu verhüten, wenn der polnische Botschafter nicht angewiesen wird, heute oder spätestens morgen Hitler um ein persönliches Gespräch zu bitten[33].«

In England jedoch entsprachen die Ereignisse nicht Hitlers Erwartungen. Ganz im Gegenteil. Das Parlament trat am 24. August zusammen und spendete dem, was es für die Standfestigkeit der Regierung hielt, in namentlicher Abstimmung Beifall. Hitler begann zu zweifeln: Offenbar war mehr nötig, um aus der britischen Regierung die Zugeständnisse herauszuholen, mit denen er immer noch rechnete. Am 24. August flog Hitler nach Berlin. Auf seine Anweisung hin rief Göring den Schweden Dahlerus und schickte ihn mit der nichtamtlichen Bitte um britische Vermittlung nach London. Das war eine geniale Falle: Wenn sich die Briten weigerten, konnte Hitler behaupten, daß er nie einen Schritt getan hätte; wenn sie nachgaben, würden sie gezwungen sein, auf Polen Druck auszuüben. Am selben Abend hielt Hitler mit Göring, Ribbentrop und den leitenden Generälen eine Konferenz ab. Sollten sie den Angriff auf Polen beginnen, der innerhalb sechsunddreißig Stunden fällig war? Hitler erklärte, daß er einen weiteren Versuch machen wolle, um die Westmächte von ihrem polnischen Verbündeten zu trennen. Der Versuch nahm die Form eines »letzten Angebots« an und wurde Henderson am 25. August kurz nach Mittag mitgeteilt. Deutschland, so erklärte Hitler, wäre entschlossen, »die mazedonischen Zustände an seiner Ostgrenze zu bereinigen«. Die Probleme Danzig und Korridor müßten gelöst werden – obwohl er immer noch nicht sagte, wie. Wenn diese Probleme aus dem Wege geräumt wären, würde Deutschland »ein großes, umfassendes Angebot« machen, es würde das britische Empire garantieren, eine vernünftige Begrenzung der Rüstung akzeptieren und die Versicherung erneuern, daß seine Westgrenze endgültig wäre[34]. Henderson war wie üblich beeindruckt. Hitler, so berichtete er, sprach »mit großem Ernst und offensichtlicher Aufrichtigkeit[35]«. Alle Autoren haben später Hitlers Angebot als Betrug abgetan, und das war es in gewisser Hin-

sicht auch. Sein nächstes Ziel war, Polen zu isolieren. Das Angebot entsprach jedoch auch Hitlers ständiger Politik: Obwohl er freie Hand haben wollte, um mit den Zuständen im Osten aufzuräumen, die auch die aufgeklärte öffentliche Meinung des Westens für unerträglich erklärt hatte, richtete sich sein Ehrgeiz nicht gegen Großbritannien und Frankreich.

Aber was konnte sich Hitler unter den Umständen des Augenblicks von diesem Angebot erhoffen? Henderson versprach, am Morgen des 26. August nach London zu fliegen, und bis dahin würde der Angriff auf Polen wahrscheinlich schon begonnen haben. Sprach Hitler nur für die Akten – um sich selbst vor den Augen der Nachwelt zu rechtfertigen – oder womöglich vor seinem eigenen Gewissen? Oder hatte er seinen Terminkalender vergessen und konnte sich nicht klarmachen, daß seine Befehle, nachdem sie einmal gegeben waren, schließlich auch ausgeführt würden? Das letzte ist wohl die wahrscheinlichere Erklärung. Den ganzen Nachmittag des 25. August tobte Hitler in der Reichskanzlei herum, weil er nicht wußte, was er tun sollte. Um fünfzehn Uhr befahl er, den Angriff auf Polen durchzuführen. Drei Stunden später traf Attolico, der italienische Botschafter, mit einer Note Mussolinis ein: Obwohl Italien bedingungslos zu Deutschland stünde, könnte es nicht »militärisch eingreifen«, wenn Deutschland nicht sofort seinem gesamten Mangel an Kriegsmaterial abhülfe, und dieser Mangel reichte, als die Liste kam, aus, um – mit Cianos Worten – »einen Bullen zu töten, wenn ein Bulle lesen könnte«. Bis zum letzten Moment hatte Mussolini den starken Mann gespielt; jetzt, als offensichtlich der Krieg nahe bevorstand, lief er weg. Unmittelbar nach diesem Schlag kam ein weiterer. Ribbentrop berichtete, daß das formelle Bündnis zwischen Großbritannien und Polen gerade in London unterzeichnet worden war. Hitler ließ Keitel, seinen Generalstabschef, holen: »Umgehend alles stoppen, sofort Brauchitsch (den Oberkommandierenden) holen. Ich brauche Zeit für Verhandlungen.« Die neuen Befehle gingen kurz nach neunzehn Uhr hinaus. Die vorzeitige Offensive wurde, als wäre sie unüberlegt gewesen, abgesetzt.

Das ist eine weitere rätselhafte Episode. Warum machte

Hitler im letzten Augenblick einen Rückzieher? Verlor er seine Nerven? Überraschten ihn die zwei Ereignisse, Mussolinis Neutralität und das englisch-polnische Bündnis wirklich? Da er wie alle Staatsmänner geneigt war, die Schuld andern zu geben, klagte er sofort, daß alles Mussolinis Fehler wäre: Die Neuigkeit von der italienischen Entscheidung, nicht kämpfen zu wollen, hätte die Briten gerade in dem Moment gestärkt, in dem sie sonst hätten kapitulieren müssen. Das war Unsinn. Die Briten wußten, als sie das Bündnis mit Polen unterzeichneten, von Mussolinis Entscheidung nichts, obwohl sie sie durchaus hätten vorausahnen können. Das Bündnis war auch zeitlich nicht auf diesen besonderen Moment um seiner Wirkung willen festgelegt. Sein Abschluß war für die Dauer der Verhandlungen mit Sowjetrußland aufgeschoben worden; nach ihrem Scheitern gab es für eine weitere Verschiebung keinen Grund mehr, und die Briten unterzeichneten das Bündnis, sowie die Formalitäten erledigt waren. Sie wußten nicht, daß Hitler den 25. August als das entscheidende Datum fixiert hatte. Sie glaubten an die erste Septemberwoche, genauso wie auch Hitler lange an den 1. September geglaubt hatte. Vielleicht kann man damit sein offensichtliches Zögern am 25. August erklären. Daß er die Offensive auf dieses Datum vorverlegte, war eine »Anprobe«, eine Sondervorstellung ähnlich seiner übertriebenen Halsstarrigkeit in Godesberg im vergangenen Jahr. Ganz abgesehen von den diplomatischen Ereignissen des 25. August, gab es auch gute militärische Gründe, um zu dem ursprünglichen Datum zurückzukehren. Am 25. August war die Westgrenze Deutschlands praktisch noch ungeschützt. Vielleicht sah sich Hitler jetzt der Tatsache gegenüber, daß irgendeine Art von Krieg mit den Westmächten bevorstand. Aber es ist wahrscheinlicher, daß er zu Keitel die Wahrheit sagte: Er brauchte Zeit zu Verhandlungen.

Die Briten waren ebenso auf Verhandlungen erpicht. Die Unterzeichnung des englisch-polnischen Bündnisses war ein Vorspiel für diese Verhandlungen, nicht die feste Entscheidung für einen Krieg. Es gibt klare Beweise dafür, daß die Briten das Bündnis nicht allzu ernst nahmen. Ihr Entwurf war dazu bestimmt gewesen, das englisch-sowjetische Bündnis zu er-

gänzen, das sich nun in ein Nichts aufgelöst hatte. In dem Durcheinander, das dem Pakt zwischen den Nazis und den Sowjets folgte, wurden außerdem Klauseln aus einem polnischen Entwurf übernommen, und eine von ihnen enthielt die Verpflichtung, die die Briten bis jetzt umgangen hatten – die volle Ausweitung des Bündnisses zur Deckung Danzigs. Doch als das Bündnis gerade unterzeichnet werden sollte, skizzierte ein Mitglied des Auswärtigen Amtes »mögliche Gegenvorschläge des Herrn Hitler«, die davon ausgingen, daß Danzig das Recht haben sollte, »seine politische Zugehörigkeit selbst zu bestimmen« unter der Voraussetzung, daß die wirtschaftlichen Rechte Polens anerkannt würden[36], und Halifax persönlich sagte dem polnischen Botschafter, daß »die polnische Regierung einen großen Fehler mache, wenn sie versuche, eine Stellung zu beziehen, in der die Diskussion über eine friedliche Veränderung des Status von Danzig ausgeschlossen wäre[37]«. So waren die britische Regierung und Hitler einem Abkommen darüber nahe, wie die Krise beendet werden könnte, und die Polen waren aus dem Tritt gekommen. Das Problem bestand jedoch nicht darin, wie die Verhandlungen mit Hitler abgeschlossen, sondern wie sie begonnen werden sollten, und dafür wurde keine Lösung gefunden.

Zwischen dem 26. und dem 29. August arbeitete man fieberhaft an den Vorbereitungen für eine Verhandlung: Die Briten deuteten an, was sie anbieten wollten, Hitler, was er fordern würde. Beide Seiten zögerten, die Linie zu überschreiten und wirklich zu verhandeln. Weitere Verwirrung entstand dadurch, daß diese Plänkeleien auf zwei Ebenen durchgeführt wurden. Nevile Henderson trat als offizieller Vermittler auf, Dahlerus fuhr zwischen London und Berlin sogar noch eifriger hin und her. Am 25. August flog er nach London und am 26. August nach Berlin zurück, am 27. August nach London und zurück und desgleichen am 30. August. In Berlin traf er Göring und manchmal Hitler, in London wurde er unter Einhaltung aller Geheimmaßnahmen empfangen und traf Chamberlain und Halifax. Die Briten mochten betonen, daß ihre Bemerkungen gegenüber Dahlerus »inoffiziell« wären, Hitler mußte trotzdem glauben, daß ihm ein zweites München bereitet würde. Vielleicht ist er tatsächlich durch die Unterzeichnung des englisch-polnischen Bündnisses abgeschreckt worden; diese Wirkung ging aber verloren, als Henderson und Dahlerus ihre Anstrengungen verdoppelten. Doch im gleichen Augenblick bildeten sich die Briten, die auf Dahlerus hörten, ein, ihre Position habe sich verbessert. Ein Mitglied des Auswärtigen Amtes kommentierte die Tätigkeit Dahlerus' folgendermaßen: »Das zeigt, daß die deutsche Regierung schwankt . . . Während wir in der Form versöhnlich sein dürfen und sollten, sollten wir in der Sache absolut fest bleiben . . . Die letzten Hinweise zeigen, daß wir eine unerwartet kräftige Hand haben.« Dieser Notiz ist ein weiterer Kommentar angefügt: »Außenminister z. K., der sagt, daß er damit vollkommen übereinstimmt[38].« Halifax war dermaßen phantasievoll, daß er sogar glaubte, ein zweites München würde Hitler bloßstellen, nicht die britische Regierung. Er schrieb: »Wenn wir von München sprechen, dann müssen wir uns an den Wechsel erinnern, der sich seitdem in der Haltung und in der Stärke dieses Landes vollzogen hat und in vielen anderen Richtungen – in Italien – und in Japan, so wollen wir hoffen – etc. Und wenn Hitler jetzt dazu kommt, in eine gemäßigte Lösung einzuwilligen, dann ist es vielleicht nicht nur Wunschdenken, zu glauben, daß seine Stellung in Deutschland eine sichere Einbuße erdulden muß[39].«

So umkreiste der eine den andern wie Ringkämpfer, die vor dem Clinch einen Vorteil suchen. Die Briten boten an, unmittelbare Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen in die Wege zu leiten, wenn Hitler verspräche, Frieden zu halten, Hitler erwiderte, daß es keinen Krieg geben werde, wenn er in Danzig seinen Willen bekäme. Später haben Historiker behauptet, daß Hitlers Erwiderung unehrlich gewesen, daß es ihm darum gegangen wäre, Polen zu isolieren, nicht darum, einen Krieg zu verhüten. Das mag durchaus wahr sein. Aber das Angebot der britischen Regierung war genauso unehrlich: Es gab keine Chance, aus den Polen Zugeständnisse herauszuholen, nachdem die Kriegsgefahr gebannt war, und das wußten die Briten. Im vorhergehenden Jahr hatte Benesch die Briten dringend um Unterstützung gebeten. Sie hatten angedeutet, daß er sich darauf verlassen könnte, wenn er versöhnlich genug wäre, und er hatte den Köder verschluckt.

Diesmal waren die Briten bereits verpflichtet – ihre Hände waren ihnen nicht sosehr durch das förmliche Bündnis mit Polen gebunden als durch die Entschlossenheit der britischen öffentlichen Meinung. Sie konnten den Polen keine Konzessionen diktieren, sie konnten nicht gestatten, daß Hitler sie diktierte. Es würden jedoch keine Konzessionen gemacht werden, wenn nicht irgend jemand sie diktierte. Am 23. August traf sich Sir Horace Wilson im Namen Chamberlains mit Kennedy, dem amerikanischen Botschafter. Nach dem Gespräch rief Kennedy das Außenministerium an: »Die Briten erwarten von uns dies und nur dies, nämlich daß wir Druck auf die Polen ausüben. Sie spüren, daß sie dank ihren Verpflichtungen nichts Derartiges tun können, aber wir könnten es[40].« Präsident Roosevelt wies diese Idee sogleich zurück. Darauf verlor Chamberlain – wiederum nach Kennedys Bericht – jede Hoffnung: »Er sagt, daß es die Nutzlosigkeit aller Bemühungen wäre, die so schrecklich sei; sie können die Polen schließlich nicht retten, sie können nur einen Vergeltungskrieg durchführen, der die Zerstörung ganz Europas zur Folge haben wird[41].«

Der tote Punkt wurde bis zum 29. August nicht überwunden. Dann überwand Hitler ihn. Er befand sich in der schwächeren Position, obgleich die Briten das nicht wußten. Bis zum 1. September blieb ihm nicht mehr viel Zeit, um einen diplomatischen Erfolg zu erzielen. Um 19 Uhr 15 übergab er Henderson ein förmliches Angebot und eine förmliche Forderung: Er würde unmittelbar mit Polen verhandeln, wenn am folgenden Tag ein polnischer Bevollmächtigter in Berlin einträfe. Damit zog sich Hitler aus der Position zurück, die er seit dem 26. März streng behauptet hatte – daß er niemals unmittelbar mit den Polen verhandeln werde. Obwohl Henderson sich beschwerte, daß die Forderung einem Ultimatum gefährlich nahe käme, brannte er darauf, sie zu akzeptieren: Nach seiner Ansicht stellte sie die »einzige Chance zur Verhütung des Krieges« dar. Henderson drängte seiner Regierung die Forderung auf, er drängte die französische Regierung, zu einem sofortigen Besuch Becks zu raten, am drängendsten trat er gegenüber dem polnischen Botschafter Lipski auf[42]. Lipski nahm keine Notiz – offensichtlich berichtete er von Hitlers

Forderung nicht einmal nach Warschau. Die französische Regierung reagierte, wie nicht anders zu erwarten, genau umgekehrt – sie riet Beck, sofort nach Berlin zu fahren. Aber die Entscheidung lag bei der britischen Regierung. Hier war der Vorschlag, den sie sich immer gewünscht und auf den sie gegenüber Hitler wiederholt angespielt hatte: unmittelbare Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland. Hitler hatte sein Teil getan, aber sie konnte ihres nicht beitragen. Sie zweifelte sehr daran, daß die Polen auf Hitlers Geheiß in Berlin erscheinen würden. Kennedy berichtete über Chamberlains Empfindung nach Washington: »Offen gesagt, macht er sich mehr Sorgen darüber, wie er die Polen zur Vernunft bringt als die Deutschen[43].« Die Briten brüteten während des ganzen 30. August über diesem Problem. Endlich stießen sie auf eine Art Lösung. Am 31. August um 12 Uhr 25 gaben sie Hitlers Forderung an Warschau weiter – um es deutlich zu sagen, fünfundzwanzig Minuten, nachdem das deutsche Ultimatum, wenn es eines war, abgelaufen war. Die Briten waren zu Recht über die polnische Halsstarrigkeit besorgt gewesen. Als Beck über Hitlers Forderungen informiert wurde, erwiderte er sofort: »Wenn er nach Berlin eingeladen würde, würde er selbstverständlich nicht kommen, da er nicht beabsichtige, sich wie Präsident Hacha behandeln zu lassen[44].« Auf diese Weise konnten die Briten, indem sie zu spät handelten, immer noch behaupten, daß sie etwas angeboten hätten, etwas allerdings, von dem sie wußten, daß sie es nie geben konnten: einen polnischen Bevollmächtigten in Berlin.

Das hatte Hitler nicht vorausgesehen. Er hatte erwartet, daß Verhandlungen beginnen würden, und beabsichtigt, sie dann an der polnischen Hartnäckigkeit scheitern zu lassen. Auf seine Anweisungen hin waren schon detaillierte Forderungen ausgearbeitet worden. Im Prinzip ging es dabei um die sofortige Rückkehr Danzigs und um eine Abstimmung im Korridor[45] – um dieselben Bedingungen, die die Briten und Franzosen selbst seit langem gefördert hatten. Aber da ein polnischer Bevollmächtigter fehlte, war es für die Deutschen schwierig, ihre Bedingungen bekanntzumachen. Am 30. August mitternachts brachte Henderson Ribbentrop die Nach-

richt, daß an diesem Tag kein polnischer Bevollmächtigter kommen würde. Ribbentrop hatte nur den Rohentwurf der geplanten deutschen Bedingungen zur Hand, auf den Hitlers Verbesserungen gekritzelt waren. In diesem Zustand konnte man ihn Henderson nicht zeigen, und Ribbentrop war von Hitler auch angewiesen worden, das nicht zu tun. Deshalb las er die Bedingungen langsam vor. Später entstand die Legende, daß er sie »heruntergerattert« hätte, um Henderson vorsätzlich mit Bedingungen zu betrügen, die nur Schein gewesen wären. In Wirklichkeit erfaßte Henderson den Kern der Sache genau und war beeindruckt. Wenn man ihren Nennwert anerkannte, so wären sie, glaubte er, »nicht unvernünftig«. Auf dem Rückweg zur britischen Botschaft ließ er um zwei Uhr Lipski rufen und bedrängte ihn, sofort um ein Gespräch mit Ribbentrop nachzusuchen. Lipski nahm keine Notiz und ging wieder zu Bett.

Die Deutschen hatten jetzt Angst, weil Henderson ihre Bedingungen nicht in der gehörigen Form aufgezeichnet erhalten hatte. Noch einmal bedienten sie sich Dahlerus' als eines angeblich nichtamtlichen Boten. Göring, der behauptete, gegen den Willen Hitlers zu handeln, zeigte die Bedingungen Dahlerus, der sie wiederum um vier Uhr der britischen Botschaft durchgab. Da Göring wußte, daß alle Telefongespräche von wenigstens drei Geheimdiensten (darunter auch von seinem eigenen) abgehört wurden, war seine Mißachtung Hitlers natürlich eine Erfindung. Am nächsten Morgen gab er sie auf. Man gab Dahlerus eine Abschrift der deutschen Bedingungen, und er trug sie zur britischen Botschaft. Henderson ließ wiederum Lipski rufen, der sich weigerte zu kommen. Dahlerus und Ogilvie-Forbes, der Jurist der britischen Botschaft, wurden ausgesandt, um mit Lipski zu sprechen. Er blieb ungerührt. Er weigerte sich, die deutschen Bedingungen anzusehen. Als Dahlerus den Raum verlassen hatte, protestierte Lipski gegen die Einführung dieses Zwischenhändlers und sagte: »Er würde seine Ehre dafür einsetzen, daß die deutsche Moral jetzt brechen und das gegenwärtige Regime zusammenkrachen werde ... Das deutsche Angebot wäre eine Falle. Es wäre auch ein Zeichen der Schwäche auf seiten der Deutschen[46].« Dahlerus, der sich weiter bemühte, den Panzer

der Halsstarrigkeit zu durchstoßen, rief Horace Wilson in London an. Er sagte, die deutschen Bedingungen wären »äußerst großzügig«; es war »›für uns offensichtlich‹ (Dahlerus? Göring? Henderson?), daß sich die Polen gegen die Verhandlungsmöglichkeiten sperrten«. Wilson war sich darüber klar, daß die Deutschen zuhörten; er befahl Dahlerus, den Mund zu halten und den Hörer aufzulegen[47].

Die Vorsicht kam zu spät. Jeder Schritt der letzten paar Stunden war so publik wie eine Zeitungsannonce. Die Telefongespräche zwischen Henderson und Lipski und zwischen Dahlerus und Henderson, das Hin und Her zwischen der britischen und der polnischen Botschaft – all das war den Deutschen bekannt. Unzweifelhaft war es Hitler bekannt. Welchen Schluß konnte er daraus ziehen? Nur den, daß er mit Erfolg einen Keil zwischen Polen und dessen westliche Verbündete getrieben hätte. Das traf für die französische Regierung zu. Es traf auf Henderson zu. Am 31. August abends schrieb er: »Ein Krieg auf das deutsche Angebot hin wäre nicht zu rechtfertigen ... Im Licht der deutschen Vorschläge, die nun veröffentlicht worden sind, sollte die polnische Regierung morgen ihre Absicht erklären, einen Bevollmächtigten nach Berlin zu schicken, um ganz allgemein diese Vorschläge zu besprechen[48].« Hitler konnte nicht wissen, daß Henderson in London nicht mehr dasselbe Ansehen besaß wie ein Jahr zuvor. Aber selbst die britische Regierung war nahe daran, die Geduld mit den Polen zu verlieren. Spät in der Nacht des 31. August telegrafierte Halifax nach Warschau: »Ich begreife nicht, worin die polnische Regierung Schwierigkeiten sehen sollte, den polnischen Botschafter zu autorisieren, ein Dokument der deutschen Regierung anzunehmen[49].« Weitere vierundzwanzig Stunden, und der Bruch wäre vollzogen gewesen. Aber Hitler hatte keine vierundzwanzig Stunden mehr Zeit. Er war der Gefangene seines eigenen Terminkalenders. Seine Generäle beobachteten ihn skeptisch, daher konnte er den Angriff auf Polen nicht wieder abblasen, solange er nicht etwas Handfestes vorzuzeigen hatte, aber das wurde ihm von den Polen immer noch verweigert. Seine Chance war der Bruch zwischen Polen und dessen Verbündeten. Darauf mußte er spekulieren.

Am 31. August um 12 Uhr 40 entschied Hitler, daß der Angriff stattfinden sollte. Um dreizehn Uhr rief Lipski an und bat um ein Gespräch mit Ribbentrop. Die Deutschen, die seine Anweisungen abgefangen hatten, wußten, daß man ihm befohlen hatte, nicht in »irgendwelche konkreten Verhandlungen« einzutreten. Um fünfzehn Uhr rief Weizsäcker Lipski an, um ihn zu fragen, ob er als Bevollmächtigter gekommen wäre. Lipski erwiderte: Nein, in seiner Eigenschaft als Botschafter. Das genügte Hitler. Es schien, als ob die Polen halsstarrig blieben, er konnte es nun darauf ankommen lassen, daß es ihm gelingen würde, sie im Krieg zu isolieren. Um sechzehn Uhr wurden die Kriegsbefehle bestätigt. Um 18 Uhr 30 traf Lipski endlich Ribbentrop. Lipski sagte, daß seine Regierung den britischen Vorschlag für unmittelbare deutsch-polnische Verhandlungen »günstig beurteile«. Ribbentrop fragte, ob er bevollmächtigt wäre. Lipski antwortete wiederum nein. Ribbentrop teilte ihm die deutschen Bedingungen nicht mit; wenn er es versucht hätte, hätte Lipski sich geweigert, sie entgegenzunehmen. So endete der einzige unmittelbare Kontakt zwischen Deutschland und Polen seit dem 26. März. Die Polen hatten ihre Nerven bis zum letzten Augenblick behalten. Am nächsten Morgen um 4 Uhr 45 begann der deutsche Angriff auf Polen. Um sechs Uhr bombardierten deutsche Flugzeuge Warschau.

Damit war ein klarer casus foederis sowohl für Großbritannien als auch für Frankreich gegeben. Ihr Verbündeter war mutwillig angegriffen worden, es blieb ihnen nur übrig, dem Angreifer den Krieg zu erklären. Nichts Derartiges passierte. Beide Regierungen richteten einen scharfen Protest an Hitler und drohten, daß sie zum Krieg schreiten müßten, wenn er nicht abließ. Währenddessen warteten sie auf irgendeine Wende, und es kam eine. Am 31. August schlug Mussolini, indem er sorgfältig in der Spur des Präzedenzfalles vom vergangenen Jahr blieb, eine europäische Konferenz vor: Sie sollte am 5. September zusammentreten und alle Ursachen europäischer Konflikte untersuchen unter der Voraussetzung, daß Danzig im voraus zu Deutschland zurückkehrte. Als der Vorschlag die beiden westlichen Regierungen erreichte, beurteilten sie ihn zunächst günstig. Aber Mussolini hatte sich

in der Zeit vertan. 1938 hatte er drei Tage Zeit gehabt, um den Krieg abzuwenden, 1939 keine vierundzwanzig Stunden, und das reichte nicht aus. Am 1. September, als die westlichen Regierungen Mussolini antworteten, mußten sie fordern, daß zuerst die Kämpfe in Polen eingestellt würden. Das war noch nicht alles. Während Bonnet von Mussolinis Vorschlag begeistert war, spürte die öffentliche Meinung Großbritanniens die Verantwortung. Das Unterhaus war widerspenstig, als Chamberlain erklärte, daß Deutschland nur »gewarnt« worden sei, es erwartete für den nächsten Tag etwas Handfesteres. Halifax, der sich wie üblich auf die nationale Stimmung einstellte, betonte, daß die Konferenz nur abgehalten werden könne, wenn Deutschland sich vom polnischen Territorium zurückzöge. Die Italiener wußten, daß es hoffnungslos war, Hitler eine derartige Forderung zu stellen, sie bemühten sich nicht weiter und ließen die Konferenz fallen.

Doch sowohl die britische als auch die französische Regierung, besonders die französische, glaubten weiterhin an eine Konferenz, die, bevor sie geboren, schon tot war. Hitler hatte anfangs Mussolini geantwortet, daß er, wenn er zu einer Konferenz eingeladen, seine Antwort am Mittag des 3. September geben würde. Deswegen bemühten sich Bonnet und mit ihm Chamberlain verzweifelt darum, die Kriegserklärung über diesen Zeitpunkt hinaus aufzuschieben, obwohl die Italiener gar nicht mehr vorhatten, Hitler oder irgend jemand anders einzuladen. Bonnet zauberte die Entschuldigung herbei, daß das französische Militär die Verzögerung haben wolle, um die Mobilmachung in Ruhe ohne deutschen Luftangriff (der, wie sie wußten, sich keineswegs ereignen konnte – die deutsche Luftwaffe war in Polen voll beschäftigt) durchführen zu können. Chamberlain zauberte keine Entschuldigung herbei, die ausgenommen, daß die Franzosen den Aufschub wünschten und daß es immer schwierig wäre, mit Verbündeten zusammenzuarbeiten. Am Abend des 2. September unterhielt er das Unterhaus immer noch mit hypothetischen Verhandlungen: »Wenn die deutsche Regierung dem Rückzug ihrer Streitkräfte zustimmen sollte, dann wäre die Regierung Seiner Majestät bereit anzunehmen, daß die Position dieselbe ist wie vor der Überschreitung der pol-

nischen Grenze durch die deutschen Streitkräfte. Um es deutlich zu sagen, der Weg wäre frei für eine Diskussion zwischen der deutschen und der polnischen Regierung über die strittigen Angelegenheiten.« Das war sogar für loyale Konservative zuviel. Leo Amery rief Arthur Greenwood, den stellvertretenden Führer der Opposition, zu: »Sprechen Sie für England«, eine Aufgabe, zu der Chamberlain nicht fähig war. Die Minister, angeführt von Halifax, drohten Chamberlain, daß die Regierung stürzen würde, wenn sie nicht Hitler ein Ultimatum stelle, bevor das Unterhaus wieder zusammentrat. Chamberlain gab nach. Die Einwände der Franzosen wurden verworfen. Das britische Ultimatum wurde den Deutschen am 3. September um neun Uhr übergeben. Es lief um elf Uhr ab, worauf der Kriegszustand folgte. Als Bonnet erfuhr, daß die Briten auf jeden Fall zum Krieg schreiten würden, war seine größte sich über alles hinwegsetzende Sorge, die Briten einzuholen. Der Zeitpunkt des französischen Ultimatums wurde trotz der angeblichen Einwände des Generalstabes vorverlegt: Es wurde am 3. September mittags übergeben und lief um siebzehn Uhr ab. Auf diese merkwürdige Weise kam es, daß es so schien, als ob die Franzosen, die zwanzig Jahre lang den Widerstand gegen Deutschland gepredigt hatten, von den Engländern in den Krieg gezerrt würden, die zwanzig Jahre lang Versöhnung gepredigt hatten. Beide Länder schritten wegen desjenigen Vertragsteiles zum Krieg, den sie seit langem für den am wenigsten verteidigenswerten hielten. Es mag sein, daß Hitler die ganze Zeit einen großen Krieg geplant hatte, doch nach den Akten scheint es sich so zu verhalten, daß er in einen Krieg verwickelt wurde, weil er erst am 29. August ein diplomatisches Manöver lancierte, das er schon am 28. hätte lancieren sollen.

Derart waren die Ursprünge des zweiten Weltkrieges oder vielmehr des Krieges zwischen den drei westlichen Mächten wegen der Regelung von Versailles, die Ursprünge eines Krieges, dessen Keim schon im Ende des vorhergehenden, des ersten Weltkrieges, eingeschlossen lag. Man kann lange darüber debattieren, ob dieser erneuerte Krieg durch größere Standhaftigkeit oder durch größere Versöhnlichkeit hätte verhindert werden können, aber auf diese hypothetischen Überlegungen läßt sich keine Antwort finden. Es mag sein, daß einer von beiden Wegen zum Erfolg geführt hätte; die Mischung beider, die die britische Regierung praktizierte, mußte höchstwahrscheinlich versagen. Diese Fragen scheinen heute unendlich fern zu liegen. Obwohl Hitler irrte, als er annahm, daß die beiden Westmächte überhaupt nicht zum Krieg schreiten würden, erwies sich seine Erwartung, daß sie nicht ernsthaft zum Krieg schreiten würden, als richtig. Großbritannien und Frankreich taten nichts, um den Polen zu helfen, und wenig, um sich selbst zu helfen. Der europäische Kampf, der 1918 begann, als sich die deutsche Waffenstillstandsdelegation Foch in einem Eisenbahnwagen zu Rethondes vorstellte, endete 1940, als sich die französische Waffenstillstandsdelegation Hitler im selben Waggon vorstellte. Europa hatte seine »Neuordnung«, es wurde von Deutschland beherrscht.

Das britische Volk war entschlossen, Hitler zu trotzen, obwohl ihm die Kraft fehlte, Hitlers Werk rückgängig zu machen. Er kam ihnen zu Hilfe. Sein Erfolg beruhte auf der Isolation Europas von der restlichen Welt. Ohne Grund zerstörte er die Quelle seines Erfolges. 1941 griff er Sowjetrußland an und erklärte den Vereinigten Staaten den Krieg. Auf diese Weise zog er die beiden Weltmächte, die nichts als ihre Ruhe haben wollten, mit hinein, und es begann ein wirklicher Weltkrieg. In seinem Schatten leben wir noch immer. Der Krieg dagegen, der 1939 ausbrach, ist zum Gegenstand historischer Neugier geworden.

EIN WORT AN DIE DEUTSCHEN LESER

Dieses Buch wurde von einem Engländer für englische Leser geschrieben. Es mag sein, daß meine Leser in andern Ländern finden, es sei vielleicht schon beinahe zu viel von britischer Politik die Rede, obwohl ich nicht glaube, daß sie Grund zur Klage haben, die britischen Staatsmänner kämen zu gut davon. Stets würde die britische und die französische Politik den ersten Platz einnehmen, gleichgültig welcher Nationalität der Autor ist. Großbritannien und Frankreich waren die Sieger des ersten Weltkrieges. Sie machten das Schicksal Europas unter sich aus. Zwangsläufig kam es daher auf ihre Entscheidungen an. Zunächst schoben sie eine Revision der Friedensverträge auf, als sie vielleicht noch auf friedlichem Wege hätte durchgeführt werden können. Dann, als der einzige Effekt der Revision darin bestand, daß Europa noch mehr erschüttert wurde, duldeten sie sie. Im September 1939 schritten sie schließlich zum Krieg, angeblich wenigstens, um sich einer weiteren Revision zu widersetzen. Deutschland kam also hauptsächlich in Form eines »Problems« in die historischen Dokumente. Die britischen und französischen Staatsmänner mußten die Ziele ihrer Außenpolitik diskutieren. Was sollten sie mit dem »deutschen Problem« anfangen? Sollten sie versuchen, Deutschland schwach zu halten? Sollten sie ihm gestatten, wieder stark zu werden in der Hoffnung, daß es dann in Frieden und Freundschaft mit ihnen lebte? Sollten sie seine Gesundung aktiv unterstützen und ein Bündnis mit ihm suchen? Als Deutschland stark wurde, mußten sie weiter fragen – sollen wir uns jetzt, vielleicht mit der Unterstützung Sowjetrußlands, Deutschland widersetzen, obwohl wir ziemlich spät dran sind? oder sollen

wir noch immer darauf hoffen, daß wir Deutschland mit Zugeständnissen zufriedenstellen können? Diese Fragen wurden nicht sehr klar gestellt, sie wurden auch nicht logisch und konsequent beantwortet. Aber sie wurden gestellt. Die britische und die französische Politik waren das Ergebnis dieser fortlaufenden Diskussion.

Die deutschen Staatsmänner befanden sich nicht in derselben Position. Sie wurden natürlicherweise lange Zeit von unmittelbaren Schwierigkeiten in Atem gehalten und diskutierten überhaupt keine Politik. Aber als sie sich wieder nach außen wandten, fanden sie ihre Politik fix und fertig vor. Sie bestand darin, den Vertrag von Versailles rückgängig und Deutschland wieder dazu zu machen, wozu es, wie sie glaubten, dank seiner Bevölkerung und seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten bestimmt wäre – zur stärksten Macht Europas. Ein paar bewundernswerte und mutige Schriftsteller wie Ossietzky und Schwarzschild fragten danach, ob das Ziel das richtige wäre: Sie hätten es lieber gesehen, wenn Deutschland die Friedensregelung angenommen und auf dieser Basis an der Entstehung des europäischen Friedens mitgearbeitet hätte. Aber sie beeinflußten die öffentliche Meinung Deutschlands kaum und die deutsche Politik gar nicht. Alle deutschen Staatsmänner, von den Sozialdemokraten 1919 bis zu Hitler zwanzig Jahre später, stimmten darin überein, daß »Versailles« und alles, was damit zusammenhing, zunichte gemacht werden müßte. Der einzige Unterschied (ein wichtiger) bestand in der Methode. Einige, zum Beispiel Stresemann, glaubten, daß der friedliche Weg erfolgreich wäre – die Methode von Locarno. Andere glaubten, daß nur ein neuer Krieg helfen könnte: Darum wollten die Generäle wiederum eine große deutsche Armee aufbauen – sie faßten einen Krieg ins Auge, der sich ebenso hinziehen und ebenso tiefreichende Folgen haben würde wie der vorhergegangene. Wieder andere glaubten, daß man mit Geschick und Drohungen zum Ziel kommen könnte. Nach meiner Ansicht (und es wird kaum nötig sein, den Leser darauf aufmerksam zu machen, daß meine Ansicht auf Widerspruch gestoßen ist) gehört Hitler zur letzten Gruppe. Ich bezweifle, daß Hitler einen großen Krieg plante, bestimmt

plante er keinen gegen den Westen. Seine militärischen Vorbereitungen scheinen der entscheidende Beweis zu sein. Hitler stellte seine Vorbereitungen in übertriebener Weise zur Schau; wenn er einen großen Krieg geplant hätte, hätte er sie verborgen. Sein Ziel bestand eher darin, andere Staaten zu erschrecken, als sie zu erobern. Seine bewaffneten Streitkräfte waren nur für einen Blitzkrieg oder einen Nervenkrieg ausgerüstet. Es mag sein, daß er später einmal einen großen Krieg gegen Sowjetrußland führen wollte. Wir wissen es nicht. Der Krieg von 1939 kam dazwischen, und als er 1941 in Sowjetrußland einfiel, war er auf diesen Krieg genauso schlecht vorbereitet wie zwei Jahre früher auf den Krieg gegen Großbritannien und Frankreich.

Hitler war ein Erpresser. Er vertraute darauf, daß die andern ihre Nerven verlieren und ihm geben würden, was er verlangte. Auf diese Weise wurde er 1933 Kanzler. Die Macht wurde von ihm nicht erkämpft oder ergriffen. Er wurde mit der Zustimmung aller höchst achtbaren Politiker in der üblichen Weise aufgefordert, Kanzler zu werden. Seine Methode funktionierte auch in der Außenpolitik. Je unzufriedener er wurde oder zu werden schien, um so eher drängten ihm Großbritannien und Frankreich Zugeständnisse auf. Am Ende verkalkulierte er sich. Er drohte zu ungeduldig, und Großbritannien und Frankreich schritten höchst unwillig zu einem Krieg gegen ihn.

Aber das ist natürlich nicht alles. Hitler konnte zwei große Aktivposten für sich buchen. Einmal schämten sich damals viele Briten und Franzosen der Friedensregelung von 1919. Außerdem waren auch alle Deutschen – ohne Rücksicht auf ihre politische Zugehörigkeit – gegen Versailles. In Großbritannien und Frankreich ging diese Empfindung auf politische und historische Schriften zurück, die hauptsächlich von der Linken stammten und die auf die Fehler von »Versailles« hinwiesen. Nach meiner Ansicht war die Kritik übertrieben. Die Regelung von 1919 lehnte sich eng an die »Vierzehn Punkte« an. Das Prinzip der Selbstbestimmung wurde im allgemeinen beachtet, besonders im Hinblick auf die Grenzen Deutschlands. Aber viele Autoren waren anderer Ansicht. Ihre Bücher, die in den zwanziger Jahren geschrieben wurden, taten ihre Wirkung etwa zehn Jahre später, gerade als sie Schaden anrichten konnten, anstatt Gutes zu tun. Außerdem waren die Deutschen davon überzeugt, daß der Vertrag von Versailles eine Gemeinheit wäre und Deutschland Schaden zufügen würde. Hitler sprach diese Empfindung aus und nützte sie aus. In andern Ländern wurde oft die Frage gestellt (und wahrscheinlich wird sie heute von vielen jungen Deutschen gestellt): Wie war es möglich, daß ein so zivilisiertes und intelligentes Volk wie die Deutschen unter die Herrschaft Hitlers, eines ungebildeten, wilden Barbaren geriet? Ich glaube, die Antwort heißt, jedenfalls teilweise: Hitler gelang es, den Eindruck zu erwecken, daß er und nur er die Dinge tun könnte, die die Deutschen verrichtet sehen wollten.

Man nehme ein Beispiel, das mit der Außenpolitik nichts zu tun hat: die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Unzweifelhaft war sie der Hauptgrund, weshalb Hitler die Macht gewann. Die demokratischen Regierungen hatten bei der Bezwingung der Arbeitslosigkeit versagt. Einige, wie zum Beispiel die Regierung Brüning, hatten bei dem Versuch, die Arbeitslosigkeit zu regeln, die Lebensbedingungen verschlechtert. Hitler führte sich mit dem ehrlichen Angebot ein, daß er, falls man ihm die Abschaffung der Demokratie gestatte, auch die Arbeitslosigkeit abschaffen würde. Das Angebot wurde angenommen. Das Ermächtigungsgesetz, das Hitler zum Diktator machte, erzielte im Reichstag eine verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit. Nicht nur die Nationalsozialisten und die Nationalisten stimmten dafür, sondern auch das Zentrum – es stimmte aus freien Stücken dafür, nicht weil es terrorisiert wurde. In dieser Tatsache besteht das große Versagen auf seiten der demokratischen Parteien und Wähler. Nicht nur, daß sie die Demokratie verrieten, sie verrieten sie ohne Notwendigkeit. Hitler beseitigte die Arbeitslosigkeit, ja, aber wir wissen, daß demokratische Regierungen, die etwas Mut haben, dasselbe erreichen können.

Die Außenpolitik liefert ein noch schlagenderes Beispiel. Die Sozialdemokraten stimmten einmütig gegen das Ermächtigungsgesetz, sehr zu ihrer Ehre. Einige Wochen später billigten sie mit gleicher Aufrichtigkeit die Unterstützung der Hitlerschen Außenpolitik. Bis zum Ausbruch des Krieges und

noch während des Krieges wurden Hitlers Gegner in Deutschland alle miteinander von der Tatsache gelähmt, daß ihre Ziele mit den seinen übereinstimmten. Ihre Botschaft an die Alliierten war: Bitte, gebt uns das Sudetenland, Danzig und den Korridor, dann werden wir versuchen, Hitler zu stürzen. Später, während des Krieges, bestand ihre Bedingung für einen Verhandlungsfrieden darin, daß ein Deutschland ohne Hitler alle Eroberungen Hitlers behalten sollte. Diejenigen, die davon reden, Hitler bereits vor dem Krieg Widerstand geleistet zu haben, taten es, nicht weil sie seine Ziele nicht billigten oder keinen Krieg wollten, sondern allein, weil sie glaubten, daß er den Krieg verlieren würde. Diejenigen, die sich Hitler während des Krieges widersetzten, taten es, weil er am Verlieren war.

Bedeutet das, wie einige Kritiker meines Buches meinten, daß Hitler nicht bösartiger als andere Staatsmänner oder vielleicht überhaupt nicht bösartig war? Keineswegs. Hitler scheint mir ein niedriger und haßerfüllter Mensch gewesen zu sein, ohne einen erlösenden Zug, ein Mensch, der die Schwäche und die Fehler der andern ausnutzte, allein interessiert an seiner eigenen Geschicklichkeit und ohne Mitgefühl für die Menschen. Manche Doktrinen, die er vertrat, waren auch schon von vielen anderen gepredigt worden, doch er trieb sie bis zum Äußersten, während die andern immer innerhalb der fundamentalen Grenzen des Anstandes geblieben waren. 1933 zum Beispiel verletzte Präsident Roosevelt die Verfassung der Vereinigten Staaten in ebenso empörender Weise wie Hitler die der Weimarer Republik, aber er verprügelte seine Gegner nicht und schickte sie auch nicht in Konzentrationslager. Der Nationalhaß wurde in vielen Ländern gepredigt und besonders der Antisemitismus. Aber kein anderes Land außer dem nationalsozialistischen Deutschland hat die Massenausrottung praktiziert – das größte Verbrechen der Kulturgeschichte. Doch alle Dinge sind relativ, selbst die Gemeinheit. Hitler war so gemein, wie es ihm die Zeitumstände gestatteten. Als Napoleon in Rußland einfiel, bewirkte er den Tod etwa einer halben Million Menschen. Als Hitler in Rußland einfiel, bewirkte er den Tod von zehn oder fünfzehn Millionen. Es entschuldigt ihn nicht, daß sich heute die

Herrscher Sowjetrußlands und der Vereinigten Staaten auf einen Krieg vorbereiten, in dem am ersten Tag zwanzig Millionen Menschen, meistens Zivilisten, getötet werden.

Aber wir müssen uns daran erinnern – und besonders die Deutschen –, daß Hitler all diese Dinge nicht allein ausführte. Er hatte nur deswegen Erfolg, weil er auf jedem Schauplatz nur das tat, was die Mehrheit des deutschen Volkes haben wollte. Und so gingen sie mit ihm und führten seine Befehle aus. Hitler wäre noch immer ein unbekannter Schwätzer in München, wenn sich nicht eine große Gefolgschaft von Nationalsozialisten um ihn gesammelt hätte. Die Nationalsozialisten wären immer noch eine unwirksame Gruppe wie die Faschisten in meinem Lande, wenn sie nicht in freien Wahlen Millionen Stimmen gewonnen hätten. Die nationalsozialistische Regierung hätte wenig erreicht, wenn die Mehrheit der Deutschen ihre Befehle widerwillig ausgeführt hätte. Aber das deutsche Volk wollte die Regelung von 1919 zerstören. Dadurch lieferte es sich Hitler aus. Der geforderte Preis stieg immer höher, aber er schien es den Deutschen noch wert zu sein. Das ist die Moral dieses Buches, soweit es eine hat: Wenn der »Revisionismus« erst einmal begonnen hat, ist er nicht mehr aufzuhalten. Es kann keine begrenzte Revision geben, die jedermann befriedigt. Der revisionistische Prozeß steigert sich in zunehmendem Maße zum Äußersten, und die revisionistische Methode wird gleicherweise gewaltsamer. Deshalb sage ich den deutschen Lesern in vollem Ernst und mit ganzem Wohlwollen: Wenn Sie einem neuen Hitler entgehen wollen, vermeiden Sie die Straße, die zu einem neuen Hitler und einem neuen Krieg führt. Akzeptieren Sie die gegenwärtige Ordnung Europas, und wiederholen Sie nicht die Weigerung Ihrer Väter, die Ordnung von 1919 zu akzeptieren. Die Wiedervereinigung Deutschlands wird, wenn sie überhaupt möglich ist, zu einem Angriff auf die Oder-Neiße-Linie führen. Eine Revision an dieser Stelle wird zu einer Forderung nach der Rückkehr ganz Schlesiens führen. Das wiederum wird dazu führen, die Grenzen von 1919 in Frage zu stellen. Danzig und der Korridor werden wiederum der Gegenstand von Beschwerden sein, das »Sudetenland« wieder zur Debatte stehen. Schließlich wird ein

starkes Deutschland mit nichts weniger zufrieden sein als mit der Ukraine und einer »Neuordnung« Europas. Deshalb wehren Sie den Anfängen, hoffen Sie nicht darauf, auf halbem Wege anhalten zu können. Das deutsche Volk hat Hitler unterstützt. Dadurch fügte es sich selbst Leid zu, aber andern Völkern noch mehr. Länder, die einst von Deutschen bewohnt wurden, werden nicht mehr von Deutschen bewohnt. Außerhalb der deutschen Grenzen gibt es keine Deutschen mehr. Die Mehrheit der Deutschen besitzt trotzdem eine freie und blühende Existenz. Wenn wir die Leiden erwägen, die Deutschland andern Völkern zufügte, dann ist das ein erstaunlich großmütiger Akt von seiten der Sieger. Wir sind bereit, die Vergangenheit zu vergessen, aber die Deutschen müssen sie ebenfalls vergessen. Sie müssen ihre ganze Vergangenheit vergessen und mit ihren gegenwärtigen, sehr erträglichen Verhältnissen zufrieden sein. Wir alle haben unsern Beitrag zum zukünftigen Frieden der Welt zu leisten. Der deutsche Beitrag heißt: Akzeptieren Sie die Oder-Neiße-Linie als endgültige und dauerhafte Regelung. Lernen Sie statt Breslau Wroclaw zu sagen. Wenn Sie zurückblicken auf das, was die Deutschen zu Hitlers Zeiten andern europäischen Völkern angetan haben, dann ist das nicht zuviel verlangt.

ZU KAPITEL III

1 H. N. Brailsford, »The War of Steel and Gold«, 1914, S. 35. 2 Die deutschen Generäle erreichten es mit bemerkenswerter, wenn auch nicht einzig dastehender Geschicklichkeit, die Abrüstung teurer werden zu lassen als die Aufrüstung. Es kostete den deutschen Steuerzahler weniger, die große Armee und Flotte von 1914 zu unterhalten als nach 1919 eine kleine Armee und keine Flotte. 3 Protokoll des Fünf-Mächte-Treffens, 6. Dez. 1932: »Documents on British Foreign Policy«, 2. Reihe, Bd. 4, Nr. 211.

ZU KAPITEL IV

1 MacDonald, Gespräch mit Paul-Boncour, 2. Dez. 1932. »Documents on British Foreign Policy«, 2. Reihe, Bd. 4, Nr. 204. 2 Notiz Simons über Phipps an Simon, 31. Jan. 1934. Ebd. Bd. 6, Nr. 240. 3 Memorandum A. C. Temperleys, 10. Mai 1933. Ebd. Bd. 5, Nr. 127. 4 Phipps an Simon, 21. Nov. 1933. Ebd. Bd. 6, Nr. 60. 5 MacDonald, Gespräch mit Daladier, 16. März 1933. Ebd. Bd. 4, Nr. 310. 6 Memorandum des Auswärtigen Amtes, 25. Jan. 1934. Ebd. Bd. 6, Nr. 206. 7 Notiz Edens über Tyrell an Simon, 8. März 1934, Ebd. Nr. 337. 8 Englisch-französisches Treffen, 22. Sept. 1933. Ebd. Bd. 5, Nr. 406. 9 Ministerkonferenz, 17. Okt. 1933. »Documents on German Foreign Policy«, Reihe C, Bd. 2, Nr. 9. 10 Ministerkonferenz, 7. April 1933. Ebd. Bd. 1, Nr. 142. 11 Bülow an Nadolny, 13. Nov. 1933. Ebd. Bd. 2, Nr. 66. 12 Memorandum Bülows, 30. April 1934. Ebd. Nr. 393. 13 Memorandum Neuraths, 15. Juni 1934; Hassell an Neurath, 21. Juni 1934. Ebd. Bd. 3, Nr. 5 und 26.

ZU KAPITEL VI

1 Memorandum Kepplers, 28. Febr. 1938. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 1, Nr. 328. 2 Schulenburg an das Außenministerium, 12. Okt. 1936. Ebd. Bd. 3, Nr. 97. 3 Einfallsreiche Theoretiker haben sogar behauptet, daß Hitler nach seiner Eroberung Frankreichs sofort auch noch in Spanien eingedrungen wäre, wenn die Republik gewonnen hätte, und daß deshalb Francos Sieg den Alliierten Gewinn gebracht hätte. Doch diese »Wenn« zahlen sich in der Geschichte nicht aus. Man könnte ebensogut behaupten, daß ein Sieg der Republik den Faschismus erschüttert und daß es deshalb keinen Krieg gegeben haben würde. Hitler verhielt an der spanischen Grenze, teils weil die Reserven fehlten, teils weil er am westlichen Mittelmeer nicht interessiert war. Der Charakter des spanischen Regimes interessierte ihn nicht sehr.

ZU KAPITEL VII

1 »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 1, Fußnote S. 25. 2 Hoßbach-Memorandum, 10. Nov. 1937. Ebd. Nr. 19. 3 Memorandum, 19. Nov.; Rundschreiben des Außenministeriums, 22. Nov. 1937. Ebd. Nr. 31 und 33. 4 Ribbentrop an Neurath, 2. Dez. 1937. Ebd. Nr. 50. 5 Papen, Bericht an den Führer, 8. Nov.; An Weizsäcker, 4. Dez. 1937. Ebd. Nr. 22 und 63. 6 Memorandum Kepplers, 1. Okt. 1937. Ebd. Nr. 256. 7 Papen, »Der Wahrheit eine Gasse«, S. 460. 8 Memorandum (Kepplers), 21. und 26. Febr. 1938. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. I, Nr. 318 und 328. 9 Ciano an Grandi, 16. Februar 1938. »L'Europa verso la catastrofe«, S. 245 f. 10 Grandi an Ciano, 13. Febr. 1938. Ebd. S. 268. 11 Memorandum Ribbentrops, 23. Febr. 1938. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 1, Nr. 123. 12 Ciano, »Tagebücher 1937/38«, S. 111. 13 Hitler an Mussolini, 11. März 1938. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 1, Nr. 352. 14 Memorandum Ribbentrops, 11. März 1938. Ebd. Nr. 150 und 151. 15 Henderson an Halifax, 12. März 1938. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 1, Nr. 46. 16 Halifax an Palairet, 11. März 1938. Ebd. Nr. 25. 17 Henderson an Halifax, 12. März 1938. Ebd. Nr. 46 und 48.

ZU KAPITEL VIII

1 Aufzeichnung Schmundts, April 1938. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 2, Nr. 132. 2 Bericht Henleins, 28. März 1938. Ebd. Nr. 107. 3 Newton an Halifax, 18. Mai 1938. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 1, Nr. 229. 4 Halifax an Phipps, 12. März 1938. Ebd. Nr. 62 5 wie 4, 22. März 1938. Ebd. Nr. 106. 6 wie 5, 23. März. Ebd. Nr. 107. 7 wie 6, Nr. 109. 8 Halifax an Maisky, 24. März 1938. Ebd. Nr. 116. 9 Gamelin, »Servir«, Bd. 2, S. 324. 10 Phipps an Halifax, 24. März 1938. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 1, Nr. 112. 11 Paul-Boncour, »Entre deux Guerres«, Bd. 3, S. 101. 12 So erzählte es Vansittart oft selbst mit gequältem Vergnügen.

Der Glauben, daß Chamberlain Henderson als Instrument der Beschwichtigung aussuchte, hat keine Grundlage. [13] Chilston an Halifax, 19. April 1938. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 1, Nr. 148. [14] Noël, »Der deutsche Angriff auf Polen«, S. 189. [15] Englisch-französische Gespräche, 28. und 29. April 1938. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 1, Nr. 164. [16] Newton an Halifax, 16. Mai 1938. Ebd. Nr. 221. [17] Wörmann an Ribbentrop, 7. Mai 1938. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 2, Nr. 149. [18] Memorandum Bismarcks, 10. Mai 1938. Ebd. Nr. 151. [19] Kordt an Ribbentrop, 29. April 1938. Ebd. Nr. 139. [20] Entwurf Keitels, 20. Mai 1938. Ebd. Nr. 175. [21] Fierlinger an Krofta, 23. April 1938. »New Documents on the History of Munich«, Nr. 7. [22] Litwinow an Alexandrowsky, 25. Mai 1938. Ebd. Nr. 14. [23] In den »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 1, Nr. 450, steht eine peinliche Fußnote: »Nach den ihm zur Verfügung stehenden Beweisen stimmte das Auswärtige Amt in diesem Punkt nicht mit den Ansichten Sir N. Hendersons oder des Militärattachés überein«; es wird aber kein Beweis mitgeteilt. [24] Halifax an Phipps, 22. Mai 1938. Ebd. Nr. 271. [25] Phipps an Halifax, 23. Mai 1938. Ebd. Nr. 286. Welczeck an Ribbentrop, 26. Mai 1938. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 2, Nr. 210. [26] Aufzeichnungen Strangs, 26./27. Mai, 28./29. Mai 1938. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 1, Nr. 349 und 350. [27] Anweisung Hitlers, 30. Mai 1938. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 2, Nr. 221. [28] Allgemeine strategische Anweisung, 18. Juni 1938. Ebd. Nr. 282. [29] Auszug aus einer strategischen Studie aus dem Jahre 1938, 2. Juni 1938, Ebd. Nr. 235. [30] Halifax an Bonnet, 7. Juli 1938. »Documents an British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 1, Nr. 472. [31] Halifax an Newton, 18. Juli 1938. Ebd. Nr. 508. [32] Philipp von Hessen an Mussolini, Sept. 1938. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 2, Nr. 415. [33] Phipps an Halifax, 10. Sept. 1938. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 2, Nr. 843, Fußnote. [34] Litwinow an Alexandrowsky, 2. Sept.; Memoranden Potyomkins 5. und 11. Sept. 1938. »New Documents on the History of Munich«, Nr. 26, 27 und 30. [35] Halifax an Phipps, 9. Sept. 1938. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 2, Nr. 814. [36] Halifax an Phipps, 12. Sept. 1938 und Fußnoten. Ebd. Nr. 843. [37] Phipps an Halifax, 8. Sept. 1938. Ebd. Nr. 807. [38] Wie 37, 13. Sept. 1938. Ebd. Nr. 855. [39] wie 38. Ebd. Nr. 857. [40] wie 39. Ebd. Nr. 861 [41] wie 37; 14. Sept. 1938. Ebd. Nr. 883. [42] Henderson an Halifax, 12. Aug. 1938. Ebd. Nr. 613. [43] Englisch-französische Gespräche, 18. Sept. 1938. Ebd. Nr. 928. [44] Alexandrowsky an Litwinow, 19. Sept. 1938. »New Documents on the History of Munich«, Nr. 36. [45] Fierlinger an Krofta, 20. Sept. 1938. Ebd. Nr. 39. [46] Alexandrowsky an Litwinow, 20. Sept. 1938. Ebd. Nr. 37. [47] Krofta an Masaryk und Osusky, 16. Sept. 1938. Ebd. Nr. 32. [48] Newton an Halifax, 20. Sept. 1938. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 2, Nr. 979. [49] Bonnet, »De Washington au Quai d'Orsay«, S. 250; Krofta an Masaryk und Osusky, 21. Sept. 1938. »New Documents on the History of Munich«, Nr. 42. [50] Gespräch zwischen Hitler und Csáky, 16. Jan. 1939. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 5, Nr. 272. [51] Fierlinger an Krofta, 29. Sept. 1938. »New Documents on the History of Munich«, Nr. 55. [52] Phipps an Halifax, 24. Sept. 1938. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 2, Nr. 1076. [53] Phipps an Halifax, 26. Sept. 1938. Ebd. Nr. 1119. [54] Englisch-französische Gespräche, 25. Sept. 1938. Ebd. Nr. 1093. [55] Gamelin, »Servir«, Bd. 2, S. 352. [56] Gespräch zwischen Hitler und Wilson, 27. Sept. 1938. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 2, Nr. 1129. [57] Halifax an Phipps, 27. Sept. 1938. Ebd. Nr. 1143. [58] Phipps an Halifax, 28. Sept. 1938. Ebd. Nr. 1160. [59] Halifax an Newton, 28. Sept. 1938. Ebd. Nr. 1184. [60] Halifax an Chilston, 29. Sept. 1938. Ebd. Nr. 1221. [61] Alexandrowsky an Litwinow, 30. Sept. 1938. »New Documents on the History of Munich«, Nr. 57 und 58. [62] Gespräch zwischen Chamberlain und Hitler, 30. Sept. 1938. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 2, Nr. 1228.

ZU KAPITEL IX

[1] Brailsford, »After the Peace«, 1920, S. 47. [2] Coulondre, »Von Moskau nach Berlin«, S. 240, 245, 248 f. [3] Anweisung Hitlers, 21. Okt. 1938. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 4, Nr. 81. [4] Anweisung Keitels, 17. Dez. 1938. Ebd. Nr. 152. [5] Hitler, Gespräch mit Darány, 14. Okt. 1938. Ebd. Nr. 62. [6] Gespräch zwischen Hitler und Tuka, 12. Febr. 1939. Ebd. Nr. 168. [7] Nach Lipskis Bericht. Ribbentrop notierte nur: »Polen tritt dem Antikominternpakt bei.« Aber das kommt auf dasselbe heraus. Ebd. Bd. 5, Nr. 81. [8] Gespräch zwischen Hitler und Beck, 5. Jan. 1939. Ebd. Nr. 119. [9] Notiz Ribbentrops, 1. Febr. 1939. Ebd. Nr. 126. [10] Englisch-französisches Treffen, 24. Nov. 1938. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 3, Nr. 325. [11] Halifax an Phipps, 1. Nov. 1938. Ebd. Nr. 285. [12] wie 10. [13] Halifax an Newton, 8. Dez. 1938. Ebd. Nr. 408. [14] Sargent an Phipps, 22. Dez. 1938. Ebd. Nr. 385, Fußnote. [15] Wie 11. [16] Halifax an

Lindsy, 24. Jan. 1939. Ebd. Nr. 5. [17] Henderson an Halifax, 18. Febr. 1939. Ebd. Nr. 118. [18] »Table Talk«, 13. 1. 1942, S. 204. (Nur in der englischen Ausgabe enthalten. Anm. d. Übers.) [19] Phipps an Halifax, 14. März 1939. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 4, Nr. 234. [20] Halifax an Phipps, 15. März 1939. Ebd. Nr. 280. [21] Templewood, »Nine Troubled Years«, S. 377. [22] Gespräch zwischen Halifax und Bonnet, 21. März 1939. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 4, Nr. 458. [23] Feiling, »Chamberlain«, S. 403. [24] Englisch-französisches Gespräch, 22. März 1939. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 4, Nr. 484. [25] Halifax an Kennard, 27. März 1939. Ebd. Nr. 538. [26] Memorandum Ribbentrops, 21. März 1939. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 6, Nr. 61. [27] Anweisung des Führers, 25. März 1939. Ebd. Nr. 99. [28] Britische Gespräche mit Beck, 4.–6. April 1939. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 5, Nr. 1, 2 und 10.

ZU KAPITEL X

[1] Halifax an Kennard, 3. Mai 1939. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 5, Nr. 346. [2] Kennard an Halifax, 4. Mai 1939. Ebd. Nr. 355. [3] Halifax an Kennard, 1. Juni 1939. Ebd. Nr. 692. [4] Bonnet, »Fin d'une Europe«, S. 178. [5] Hansard, 5. Reihe, S. 345, 2500–2502. [6] Ebd. 2507–2510. [7] Ebd. S. 112, 697 bis 698, 19. April 1939. [8] Memorandum des Auswärtigen Amtes, 22. Mai 1939. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 5, Nr. 576. [9] Halifax, Gespräch mit Gafencu, 26. April 1939. Ebd. Nr. 28. [10] wie [8]. [11] Notiz des Auswärtigen Amtes über Henderson an Halifax, 8. Mai 1939. Ebd. Nr. 413. [12] Strang an Sargent, 21. Juni 1939. Ebd. Bd. 6, Nr. 122. [13] Es ist recht widersprüchlich, daß die Historiker des »kalten Krieges«, die die Sowjetunion wegen der Beachtung der Einschränkung im Jahre 1938 verurteilen, sie mit gleicher Heftigkeit für die Zurückweisung einer ähnlichen Einschränkung im Jahre 1939 verdammen. [14] Seeds an Halifax, 18. April 1939. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 5, Nr. 201. [15] Wie [8]. [16] Hansard, 5. Reihe, S. 347, 1815–1819. [17] Halifax an Cadogan, 21. Mai 1939. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 5, Nr. 576. [18] Halifax an Seeds, 28. Juli 1939. Ebd. Bd. 6, Nr. 474. [19] Ribbentrop an Schulenburg, Entwurf, 26. Mai 1939. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 6, Nr. 441. [20] Ribbentrop an Schulenburg, 3. Aug. 1939. Ebd. Nr. 760. [21] Schulenburg an Ribbentrop, 4. Aug. 1939. Ebd. Nr. 766. [22] Gespräch zwischen Hudson und Wohltat, 20. Juli 1939. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 6, Nr. 370. [23] Gespräch zwischen Wohltat und Wilson, 24. Juli 1939. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 6, Nr. 716; Bericht Dirksens, 21. Juli 1939. »Dirksen-Archiv«, Nr. 13. [24] Gespräche zwischen Schwerin und Marshall-Cornwall und Jebb, 7. und 8. Juli 1939. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 6, Nr. 269 und 277. [25] Dirksen sagte, daß über Wohltat oder die deutsche Botschaft nichts durchsickerte. Notiz Sargents, 24. Juli 1939. Ebd. Nr. 426.

ZU KAPITEL XI

[1] Anweisung Keitels, 3. April 1939. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 6, Nr. 149. [2] Anweisung Hitlers, 11. April 1939. Ebd. Nr. 185. [3] Konferenzprotokoll, 23. Mai 1939. Ebd. Nr. 433. [4] Weizsäcker, »Erinnerungen«, Seite 258. [5] Memorandum Weizsäckers, 24. Juli 1939. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 6, Nr. 712. [6] Memorandum Erdmannsdorff, 8. Aug. 1939. Ebd. Nr. 784. [7] Notiz Makins', 14. Aug. 1939. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 6, Nr. 659. [8] Loraine an Halifax, 7. Juli 1939. Ebd. Nr. 261. [9] Ciano, »Tagebücher 1939–1943«, S. 122. [10] Gespräch zwischen Hitler und Ciano, 12. Aug. 1939. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 7, Nr. 43; »I documenti diplomatici italiani«, 8. Reihe, Bd. 13, Nr. 4. [11] Es wird heute allgemein zugegeben, daß am 12. August kein Telegramm aus Moskau kam. Aber es wird oft vermutet, daß die Absprache über den Besuch eines deutschen Unterhändlers durch das Wirken Astakows, des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin, zustande kam. Auch das stimmt nicht. Astakow sagte nur, »daß man sowjetischerseits an einer Erörterung der einzelnen bisher zur Sprache gekommenen Fragengruppen interessiert sei«. Er erwähnte den Freundschaftspakt nicht und »ließ es in dieser Unterhaltung offen, wen man sich in Moskau als Gesprächspartner vorstelle, ob den Botschafter oder eine andere zu entsendende Persönlichkeit«. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 7, Nr. 50. Astakow handelte vielleicht aus eigenem Entschluß, was er früher schon öfter getan hatte. Doch gibt es jedenfalls keinen Beweis dafür, daß die Nachricht an Hitler weitergereicht wurde. [12] Unterweisungen für die britische Militärmission, Aug. 1939. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 6, Anhang 5. [13] Protokoll des Treffens, 14. Aug. 1939. Ebd. Bd. 7, Anhang 2. [14] Wie [12], Paragraph 83. [15] Halifax an Kennard, 17. und 20. Aug. 1939.

Ebd. Nr. 38, 39, 91. [16] Kennard an Halifax, 18. Aug. 1939. Ebd. Nr. 52. [17] Ribbentrop an Schulenburg, 14. Aug. 1939. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 7, Nr. 56. [18] Schulenburg an Ribbentrop, 16. Aug. 1939. Ebd. Nr. 70. [19] Ribbentrop an Schulenburg, 16. Aug. 1939. Ebd. Nr. 75. [20] Schulenburg an Ribbentrop, 18. Aug. 1939. Ebd. Nr. 105. [21] Ribbentrop an Schulenburg, 18. Aug. 1939. Ebd. Nr. 113. [22] Schulenburg an Ribbentrop, 19. Aug. 1939. Ebd. Nr. 132. [23] Ribbentrop an Schulenburg, 20. Aug. 1939. Ebd. Nr. 142. [24] Gespräch zwischen Woroschilow und Doumenc, 22. Aug. 1939. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 7, Anhang 2, Nr. 10. [25] Kennard an Halifax, 23. Aug.1939. Ebd. Nr. 176. [26] Noël, »Der deutsche Angriff auf Polen«, S. 394. [27] Aufzeichnung einer Rede Hitlers, 22. Aug. 1939. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 7, Nr. 192 und 193. [28] Ogilvie-Forbes an Kirkpatrick, 25. Aug. 1939. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 7, Nr. 314. [29] Bonnet, »Fin d'une Europe«, S. 303 f. [30] Henderson an Strang, 16. Aug. 1939. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 7, Nr. 37. [31] Memorandum Loeschs, 24. Aug. 1939. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D Bd. 7, Nr. 200. [32] Weizsäcker, »Erinnerungen«, S. 252. [33] Henderson an Halifax, 24. Aug. 1939. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 7, Nr. 257 und 241. [34] Wie 33. 25. Aug. 1939. Ebd. Nr. 283. [35] Wie 34. Nr. 284. [36] Memorandum Makins', 25. Aug. 1939. Ebd. Nr. 307. [37] Halifax an Kennard, 25. Aug. 1939. Ebd. Nr. 309. [38] Notiz an Kirkpatrick, 27. Aug. 1939. Ebd. Nr. 397. [39] Notiz Halifaxens über Henderson an Halifax, 29. Aug. 1939. Ebd. Nr. 455. [40] »Moffat Papers 1919–1943«, 1956, S. 253; Cordell Hull nennt Wilsons Namen. »Memoirs«, Bd. 1, S. 662. [41] Kennedy an Hull, 23. Aug. 1939. »Papers relating to the Foreign Relations of the United States«, 1939, Bd. 1. [42] Henderson an Halifax, 29. und 30. Aug. 1939. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 7, Nr. 493 und 510. [43] Kennedy an Hull, 30. Aug. 1939. »Papers relating to the Foreign Relations of the United States«, 1939, Bd. 1. [44] Kennard an Halifax, 31. Aug. 1939. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 7, Nr. 575. [45] Schmidt, Rundschreiben, 30. Aug. 1939. »Die Akten zur deutschen auswärtigen Politik«, Reihe D, Bd. 7, Nr. 458. [46] Henderson an Halifax, 31. Aug. 1939. »Documents on British Foreign Policy«, 3. Reihe, Bd. 7, Nr. 597. [47] Notiz Cadogans, 31. Aug. 1939. Ebd. Nr. 589. [48] Henderson an Halifax, 1. Sept. 1939. Ebd. Nr. 631. [49] Halifax an Kennard, 1. Sept. 1939. Ebd. Nr. 632.

BIBLIOGRAPHIE

Wie mein Buch bringt diese Liste für die ersten Jahre nur eine Auswahl und wird gegen Ende ausführlicher. Sie enthält nur Bücher, die mir zu dieser oder jener Zeit nützlich schienen.

QUELLENWERKE

1. AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN

Eine Auswahl aus den Akten, die jeweils gerade veröffentlicht wurden, erscheint jedes Jahr in DOCUMENTS ON INTERNATIONAL AFFAIRS, 1928 ff. Der Band für das Jahr 1939 wurde erst nach dem Krieg veröffentlicht und enthält auch eine Auswahl aus später veröffentlichten Dokumenten.

DOCUMENTS ON GERMAN FOREIGN POLICY 1918–1945, 1948 ff., mit zahlreichen amerikanischen, britischen und französischen Herausgebern. Sie enthalten die Akten des deutschen Außenministeriums, die bei Kriegsende in die Hände der Alliierten fielen. Einige Akten wurden vernichtet. Die veröffentlichten Akten sagen uns in jedem Falle mehr über die Berufspolitiker des Außenministeriums als über Hitler, dem es nicht gegeben war, sich schriftlich zu offenbaren. Die Herausgeber waren bei der Wiedergabe von Telegrammen etwas zurückhaltend. Deshalb könnten die Bände den irreführenden Eindruck hervorrufen, daß eine wohlerwogene Politik getrieben wurde, obwohl in Wirklichkeit die verwirrten Beamten die Dinge überstürzten. Die Veröffentlichung ist unvollständig und wird vielleicht nie vollendet werden. Ich habe benutzt:

Reihe C, Band 1–3, die vom 30. Januar 1933 bis zum 31. März 1935 reichen;

Reihe D, Band 1–7, die, von wenigen früheren Akten abgesehen, vom September 1937 bis zum 3. September 1939 reichen.

(Da die Reihe C noch nicht in Deutsch erschienen ist, stützt sich der Übersetzer für die Zitate aus dieser Reihe auf freundliche Auskünfte des Archives des Auswärtigen Amtes und des Bundesarchives. Reihe D nach DIE AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK 1918–1945, Reihe D, Band 1–7 1950 ff.)

DOCUMENTS AND MATERIALS RELATING TO THE EVE OF THE SECOND WORLD WAR, Band 1: NOVEMBER 1937–1938, 1947, Band 2: DIRKSEN PAPERS 1938–1939, 1948. Sie enthalten deutsche Akten, die in die Hände der Sowjets fielen. Der erste Band ist jetzt durch

die größere, oben angeführte Veröffentlichung ersetzt worden. Der zweite Band enthält ein paar Dokumente, die sonst nirgendwo zu finden sind.

DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY 1919–1939, 1946 ff. herausgegeben von Rohan Butler und Sir E. L. Woodward; in der letzten Zeit hat J. P. T. Bury den Platz des zweiten übernommen. Diese Dokumente entstammen nahezu ausschließlich den amtlichen Archiven des Auswärtigen Amtes; die Protokolle der Außenminister und der Beamten sind nur selten abgedruckt worden. Zur Zeit erscheinen drei Reihen, aber nur die dritte ist vollständig. Ich habe benutzt:

Reihe 1, Band 1–9, 1. Juli 1919 bis 1920;

Reihe 2, Band 1–7, 23. Mai 1929 bis 1934;

Reihe 3, Band 1–9, 9. März 1938 bis 3. September 1939.

I DOCUMENTI DIPLOMATICI ITALIANI, 1952. Diese Dokumentensammlung wird zum Schluß das Archiv der italienischen Diplomatie von der Gründung des italienischen Königreiches 1861 bis zum Sturz Mussolinis 1943 umfassen. Sie erscheint in neun Reihen. Für den Zeitraum, den dieses Buch behandelt, habe ich benutzt:

Reihe 6, herausgegeben von R. Mosca, Band I, 4. November 1918 bis 17. Januar 1919;

Reihe 7, herausgegeben von R. Moscati, Band 1–3, 11. Oktober 1922 bis 14. Mai 1925;

Reihe 8, herausgegeben von M. Toscano, Band 12–13, 23. Mai bis 3. September 1939.

NEW DOCUMENTS ON THE HISTORY OF MUNICH, 1958. Sie umfassen tschechische und ein paar sowjetische Dokumente aus dem Jahre 1938. Was darüber hinaus Sowjetrußland angeht, so gibt es nur die von Jane Degras ausgewählten öffentlichen Dokumente in SOVIET DOCUMENTS ON FOREIGN POLICY, 3 Bände, 1953 ff.

PAPERS RELATING TO THE FOREIGN RELATIONS OF THE UNITED STATES. Diese Akten erscheinen jährlich mit zwei Nachtragsbänden für den Zeitraum von 1931 bis 1939. Die frühzeitige Veröffentlichung und die Tatsache, daß das Außenministerium den Historikern fast uneingeschränkt Zugang gewährt, widerlegt die Ausrede aller andern Regierungen, daß die Geheimhaltung gewahrt werden müsse, bis etwa fünfzig Jahre verstrichen sind.

2. PERSÖNLICHE DOKUMENTE UND MEMOIREN

Deutschland. G. Stresemann, DIARIES, LETTERS AND PAPERS, 3 Bände, 1935 ff. Diese Auswahl übertreibt die »West«-Orientierung der Stresemannschen Politik. J. Curtius, SECHS JAHRE MINISTER DER DEUTSCHEN REPUBLIK, 1947.

Für die Nazi-Zeit: Hitler kommentierte sich nicht selbst. Ribbentrop schrieb in der Gefangenschaft zu seiner Verteidigung ZWISCHEN LONDON UND MOSKAU, 1954. E. v. Weizsäcker, der in den letzten Jahren der ständige Leiter des Außenministeriums war, hat einen Rechtfertigungsbericht geschrieben, ERINNERUNGEN, 1950. H. v. Dirksen entschuldigt sich in etwa in MOSKAU–TOKIO–LONDON, o. J. E. Kordt, NICHT AUS DEN AKTEN, 1950, ist durch die Dokumente ersetzt worden. P. Schmidt, STATIST AUF DIPLOMATISCHER BÜHNE, 1949, enthält Anekdoten von Hitlers Dolmetscher. DER LETZTE VERSUCH, 1948, von B. Dahlerus ist eine wichtige Quelle für die inoffizielle Vermittlung zwischen der britischen und der deutschen Regierung.

Frankreich. G. Suarez, BRIAND, SA VIE, SON OEUVRE, Band 5 und 6, 1940 f., ist im Hinblick auf Briands Außenpolitik sicher wertvoll. JADIS 1914–1936, von E. Herriot, 1953, ist zu schwach, um nützlich zu sein. Andererseits ist ENTRE DEUX GUERRES von J. Paul-Boncour, 3 Bände, 1945–1947, schon beinahe zu wesentlich. P. E. Flandin, POLITIQUE FRANÇAISE, 1919–1940, 1947, ist nur für die Krise aus Anlaß der Wiederbesetzung des Rheinlandes 1936 nützlich. G. Bonnet, DEFENSE DE LA PAIX, Band 1: DE WASHINGTON AU QUAI D'ORSAY, 1946; Band 2: FIN D'UNE EUROPE, 1948, ist, solange es keine amtliche Veröffentlichung gibt, eine ungeheuer wertvolle Quelle. Bonnet ist wegen seines ausweichenden Verhaltens und seiner Ungenauigkeit viel kritisiert worden, aber seine Memoiren haben ein höheres Niveau, als es sonst bei Außenministern üblich ist. (Gekürzte deutsche Übersetzung VOR DER KATASTROPHE, 1951, Anm. d. Übers.) Auch Gamelin, SERVIR, Band 2, 1946, ist für die Politik, wie sie der Chef des Generalstabs sah, sehr wertvoll. Drei französische Botschafter schrieben Erinnerungen: A. François-Poncet, ALS BOTSCHAFTER IN BERLIN 1931 bis 1938, 1947; R. Coulondre, VON MOSKAU NACH BERLIN, 1950; L. Noël, DER DEUTSCHE ANGRIFF AUF POLEN, 1948.

Großbritannien. Lloyd George, DIE WAHRHEIT ÜBER REPARATIONEN UND KRIEGSSCHULDEN, 1932, bringt ziemlich viel Material über die unmittelbare Nachkriegszeit. C. Petrie, AUSTEN CHAMBERLAIN, 2 Bände, 1934–1940, bringt ein paar Briefe. D'Abernon, AN AMBASSADOR OF PEACE, 3 Bände, 1929–1931, ist für die Locarno-Zeit wichtig. Über MacDonald gibt es nichts und über Baldwin nichts Wertvolles. K. Feiling, NEVILLE CHAMBERLAIN, 1946, bringt ein paar Briefe und Zitate aus Chamberlains Tagebuch. S. Hoare, NEUN BEWEGTE JAHRE, 1955, ist wertvoll, obwohl es eher eine Ver-

teidigung als ein Bericht ist. Lord Halifaxens und Lord Simons Beiträge übergeht man am besten mit Schweigen. N. Henderson, FAILURE OF A MISSION, 1940, ist ein aufrichtiges Buch, das eine bessere Aufnahme verdient gehabt hätte. Es gelang mir nicht, irgendeinen Nutzen aus den Schriften Vansittarts, Strangs und Kirkpatricks zu ziehen. W. S. Churchill, DER ZWEITE WELTKRIEG, Band 1: DER STURM ZIEHT AUF, 1948, ist der Bericht eines Kritikers und enthält gelegentlich ein paar gediegene Informationen. Tom Jones, A DIARY WITH LETTERS 1931–1950, 1954, vermittelt das beste Bild von den »Beschwichtigern«. THE HISTORY OF THE TIMES, Band 4, 1952, ist für dieses Thema ebenfalls wichtig.

Italien. Von Mussolini gibt es nichts. Die wichtigste Quelle ist Ciano, TAGEBÜCHER 1937/38, 1949, und TAGEBÜCHER 1939–1943, 1947. Ciano, L'EUROPA VERSO LA CATASTROFE, 1948, wird mit der Zeit durch die amtliche Veröffentlichung ersetzt werden. Aloisi, der Führer der italienischen Delegation in Genf, veröffentlichte ein JOURNAL (25. Juli 1932 bis 14. Juni 1936), 1957. Es weist darauf hin, daß die Berufsdiplomaten, da sie gegen Mussolini waren, eine Regelung der abessinischen Frage aushandeln wollten. Raffaele Guariglia, RICORDI, 1950, bringt nicht viel Neues, ist aber wegen seines Berichtes über die französisch-italienischen Beziehungen im Mittelmeer nützlich. M. Magistrati, L'ITALIA A BERLINO 1937–39, 1956, ergänzt Attolicos Bericht in den amtlichen Dokumenten.

Polen. Beck schrieb eine Verteidigung seiner Politik, während er in Rumänien interniert war: DERNIER RAPPORT, 1951. Das JOURNAL 1933–39 von Szembek, 1952, vermittelt ein Bild des polnischen Auswärtigen Amtes.

Rumänien. G. Gafencu, LAST DAYS OF EUROPE, 1948, beschreibt seine Besuche der wichtigsten Hauptstädte im April 1939 und benutzt Dokumente, die er Bonnet verdankt.

Sowjetrußland: nichts.

Vereinigte Staaten. Ziemlich viel über den Fernen Osten. Nicht viel über Europa. Das wesentlichste sind die MEMOIRS Cordell Hulls, 2 Bände, 1948. W. Dodd, der Botschafter bei Hitler, veröffentlichte ein DIARY, 1945. Joseph E. Davies, MISSION TO MOSCOW, 1941, enthält in Aktenform wenig, aber es ist ungewöhnlich, weil der Autor der sowjetischen Regierung wohlgesonnen ist.

SEKUNDÄRLITERATUR

Allgemeine Berichte:

W. N. Medlicott, BRITISH FOREIGN POLICY SINCE VERSAILLES, 1940.

E. H. Carr, BERLIN–MOSKAU, 1954.

G. M. Gathorne-Hardy, KURZE GESCHICHTE DER INTERNATIONALEN POLITIK 1920–1939, 1947.

HISTOIRE DE LA DIPLOMATIE, Band 3, hg. von W. P. Potyomkin. Nur nützlich, soweit es die sowjetische Ansicht wiedergibt.

M. Baumont, LA FAILLITE DE LA PAIX, 2 Bände, 1951.

P. Renouvin, HISTOIRE DES RELATIONS INTERNATIONALES, Band 7: LES CRISES DU XX^e. SIÈCLE. I. DE 1914 À 1929, 1957; Band 8: LES CRISES DU XX^e. SIÈCLE. II. DE 1929 À 1945, 1958.

F. P. Walters, HISTORY OF THE LEAGUE OF THE NATIONS, 2 Bände, 1951.

Verschiedene Aspekte des deutschen Problems werden behandelt in:

E. H. Carr, THE TWENTY YEARS' CRISIS, 1938, eine glänzende Auseinandersetzung zugunsten der Beschwichtigung.

L. Schwarzschild, A WORLD IN TRANCE, 1943, gleichermaßen glänzend, aber zugunsten der Festigkeit.

W. M. Jordan, GREAT BRITAIN, FRANCE, AND THE GERMAN PROBLEM 1919–1939, 1943.

R. B. McCallum, DER WELTFRIEDEN UND DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG NACH 1919, 1948.

Etienne Mantoux, THE CARTHAGINIAN PEACE, 1946, eine Zerstörung der von Keynes propagierten Ansichten über die Reparationen und den Friedensvertrag.

H. W. Gatzke, STRESEMANN AND THE REARMAMENT OF GERMANY, 1948.

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen spielen eine größere Rolle, als sie verdienen:

E. H. Carr, GERMAN-SOVIET RELATIONS BETWEEN THE TWO WORLD WARS, 1952, der beste Kurzbericht.

L. Kochan, RUSSLAND UND DIE WEIMARER REPUBLIK, 1955.

G. Hilger, WIR UND DER KREML, 1955.

G. Freund, UNHOLY ALLIANCE, 1957, eine merkwürdig moralistische Version.

Über die sowjetische Politik im allgemeinen gibt es nur:

M. Beloff, FOREIGN POLICY OF SOVIET RUSSIA 1929–1941, 2 Bände, 1947 ff.

Die Bücher über die dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges unmittelbar vorangehenden Schritte wurden meistens geschrieben, bevor die großen amtlichen Sammlungen zu erscheinen begannen:

A. Bullock, HITLER, 1953.

E. Wiskemann, THE ROME–BERLIN-AXIS, 1949.

J. W. Wheeler-Bennet, MUNICH, PROLOGUE TO TRAGEDY, 1948.

–, DIE NEMESIS DER MACHT, 1954, berichtet auch etwas über den erfolglosen militärischen Widerstand gegenüber Hitler.

M. Toscano, LE ORIGINI DEL PATTO D'ACCIAIO, 1948.

W. L. Langer und S. E. Gleason, THE CHALLENGE TO ISOLATION, 1952, die ersten Kapitel behandeln die europäische Vorkriegsdiplomatie mit der erwarteten antisowjetischen Einstellung.

L. B. Namier, DIPLOMATISCHES VORSPIEL, 1949; EUROPE IN DECAY, 1950; IN THE NAZI ERA, 1952; die letzten beiden Bände enthalten ergänzende Essays.

W. Hofer, DIE ENTFESSELUNG DES 2. WELTKRIEGES, 1954, eine Analyse der letzten zehn Friedenstage.

SURVEY OF INTERNATIONAL AFFAIRS, der seit 1925 jährlich herauskommt, gibt die zeitgenössische Version der internationalen Beziehungen wieder. Der erste Band für 1938 war der letzte, der in dieser Form erschien. Dann wurde die Reihe ausgesetzt. Als sie nach dem Krieg wieder aufgenommen wurde, bekam die Reihe einen mehr historischen Charakter. Band 2 für 1938 von R. G. D. Laffan, 1951, behandelt die tschechische Krise, Band 3, 1953, die folgenden sechs Monate bis zur Besetzung Prags durch Hitler. THE WORLD IN MARCH 1939, 1952, enthält allgemeine Essays von unterschiedlichem Wert, der beste ist eine vergleichende Prüfung der Stärke der Großmächte von H. C. Hillman. THE EVE OF WAR 1939, 1958, beschreibt in detaillierter und etwas verwirrender Form die Diplomatie der letzten sechs Vorkriegsmonate.

Abrüstung 34, 39, 49, 60, 64 ff, 72, 80 f, 88 ff, 98 f, 101 ff, 106, 115, 117, 124 f, 135, 170, 240, 315 f
Achse Rom–Berlin 148 f, 168, 192, 211, 258, 262, 325
Adua, Schlacht von 118
Alexander I., König von Jugoslawien 113
Amery, Leo 354
Anarchie, internationale 101, 137 f
Andrássy, Gyula d. J. 193
Angell, Norman 66
Anschluß 191, 196, 198 f, 204, 339
Antifaschismus 341
Antikominternpakt 148 f, 253, 287
Antikommunismus 107, 149, 287 f, 310, 312
Antisemitismus 96, 263, 288, 360
Arbeitslosigkeit 96, 359
Attlee, Clement 150
Attila 95, 277
Attolico 239, 344

Badoglio, Pietro 127
Baldwin, Stanley 78, 101, 120, 125, 127, 131, 133 f, 150, 155, 157 f, 168 f, 178
Balfour, A. J. 54, 77
Barthou, Louis 103, 113 f
Beaumont, Maurice 15
Beck, Joseph 108 f, 253 f, 267, 270 ff, 283 f, 291, 306, 323, 330 f, 335
Belfort, Verteidigung von 115
Benesch, Eduard 150, 201 ff, 208 ff, 218 ff, 230 ff, 238, 240, 247, 250 f, 259 f, 262, 275, 284, 290, 320, 322 f, 342, 347
Beschwichtigungspolitik 19, 25, 68 f, 71, 77, 81, 89, 122, 206, 208, 216, 222, 227, 238, 247 f, 256, 263 ff, 288, 313, 324
Bethmann-Hollweg, Th. 139
Bilaterales Abkommen 142, 266
Bismarck, Otto von 14, 34, 38, 52, 72, 173, 311
Björkö, Vertrag von 15
Blitzkrieg 239, 358
Bloch, Camille 14
Blockade 44
Blomberg, W. v. 174, 177, 186 f
Blum, Léon 143, 150, 163 f, 205, 244
Böhmen und Mähren, deutsches Protektorat 187, 250, 261, 265
Bolschewismus 34, 52 f, 58, 69 f. 96, 181, 287, 292, 341
Bonnet, Georges 182, 205 ff, 214 ff, 224 f, 228, 232, 235 ff, 255 ff, 262, 267, 289, 305, 307, 331, 338, 353 f
Bourbonen 45
Brailsford, H. N. 59, 245
Brandenburg, Erich 14
Brauchitsch, Walther von 344
Brenner-Paß 194, 327
Brest-Litowsk, Vertrag von 30, 95, 291, 301, 335
Briand, A. 47, 69, 75 ff, 81 f
Bright, John 180
Brüning, Heinrich 85, 92, 359
Brüssel, Konferenz von 169 ff
Bullock, Allan 94
Bülow, Bernhard von 107
Burckhardt, Carl 326
Buren-Krieg 13

Burma-Straße 170

Caligula 157
Cavour, Camille 185
Chamberlain, Austen 20, 74 ff, 79, 89, 157 f, 168, 180, 242
Chamberlain, Neville 85, 129, 143 f, 150, 168 f, 178 ff, 191 f 194, 206 f, 209, 211, 213, 219, 222 f, 226 ff, 233 ff, 245 ff, 254 ff, 262, 264 ff, 268, 271 ff, 290, 293 f, 299, 306, 313, 316 f, 320, 326, 335, 341 f, 346, 348 f, 353 f
Chaplin, Charlie 94
Chautemps, Camille 182
Chilston 207
Churchill, Winston 13, 19, 79, 101, 123, 129, 145, 156 f, 166, 179, 212, 236, 241, 246, 255 f, 263, 289 f, 316, 336, 340, 342
Ciano, Galeazzo 184, 190, 192, 251, 261, 326 ff, 332, 344
Clemenceau, G. 47, 52, 55, 71
Cooper, Duff 246, 255 ff
cordon sanitaire 52, 54 f, 287, 303
Coulondre, Robert 215, 248
Curtius, Julius 85
Curzon-Linie 335
Czáky, Richard 325 f

Dahlerus 315, 343, 346 f, 350 f
Daladier, Edouard 102, 205 ff, 209 f, 225 f, 228 ff, 232, 235, 239 ff, 274, 293, 307 f, 328, 334, 338 ff
Danzig 38, 67 f, 107 f, 110, 146, 179, 182, 249, 252 f, 257, 259, 267, 269 ff, 282 ff, 307, 313, 315, 319 f, 323 f, 326, 338, 340 ff, 346 f, 349, 352, 360 f
Dardanellen 29
Davies, Joseph 150
Dawes-Plan 47, 62, 74, 80
Deflation 84 f
Delbos, Yvon 143
Delcassé 144
Depression (Weltwirtschaftskrise) 62, 66, 84 f
Deutscher Bund 261
Dirksen, Herbert von 314, 317
Dollfuß, Engelbert 111 f, 146
Doumenc 331, 334
Dreierentente 30, 70

Eden, Anthony 120 f, 123, 126 f, 129, 143, 168, 172, 178, 181 f, 191, 211, 241, 255, 299
Elsaß-Lothringen 29, 37, 58, 61, 75, 77, 95, 257
Englischer Bürgerkrieg 14
Englisch-polnisches Bündnis 271 ff, 283 f, 289, 292, 324, 344 ff
Entente (englisch-französische) 56, 310
Ermächtigungsgesetz 359

Faschismus 79, 118, 124, 138, 141 f, 149, 162, 167, 302
Fay, S. B. 14
Flandin, P. E. 114, 131 f, 134
Flottenkonferenz in London 81, 89
Flottenrestriktionen 117
Flottenvertrag, englisch-deutscher 121 f, 241, 282
Flottenvertrag von Washington 86
Foch, Ferdinand 355
Franco, Francisco 165 ff
Frankreich-Feldzug 154
Franz Ferdinand, Erzherzog von Österreich 28, 185
Französisch-sowjetischer Pakt 149, 151, 254, 257, 288 f, 308
Freundschaftserklärung (britisch-deutsche, 1938) 241, 255 f, 335
Freundschaftserklärung (französisch-deutsche) 257
Friedensfront 267 ff, 274, 291, 295
Friedenswahl 120
Fritsch, W. v. 174, 177, 187

Gafencu, Grigore 292
Galizien 328
Gamelin, Maurice 131 f, 134, 153, 205, 234, 236, 244, 289, 307, 338 f
Gandhi, Mahatma 208
Gaulle, Charles de 13
Gdingen, Hafen 252
Genf, siehe Völkerbund
gentleman's agreement 147 f, 184, 189
Genua, Konferenz von 69 f
George VI. 181
Gestapo 261
Gleichgewicht (der Mächte) 60, 84, 113, 246, 266, 280, 318
Goldwährung 66, 86
Gooch, G. P. 14
Göring, Hermann 174, 176 f, 186, 194 ff, 293, 314 f, 317, 321 f, 343, 346, 350 f
Gottwald, Klement 230
Grandi, Dino 190 ff
Greenwood, Arthur 354
Grey, Edward 15, 18, 75, 144
Guadalajara, Schlacht am 168

Hácha, Emil 260, 262, 349
Haile Selassie, Kaiser von Abessinien 118, 123, 126, 128, 144
Halifax, Irwin 181 ff, 191, 194, 204, 206 ff, 212, 216, 218 ff, 225, 228, 234, 236, 238 f, 241, 254 f, 258, 262, 264, 267 f, 273 f, 277, 284, 291 ff, 308, 310, 313 ff, 343, 346 f, 351, 353 f
Hassel, Ulrich von 187
Heilige Allianz 163
Henderson, Arthur 89 f
Henderson, Nevile 194, 196, 206 f, 211 f, 216, 218, 227, 259, 264, 313, 316, 342 ff, 346 f, 349 ff
Henlein, Konrad 200, 211 f
Herriot, Edouard 73, 127
Himmler, Heinrich 187
Hindenburg, P. v. 82, 93, 97, 110
Hitler, Adolf 13, 19 f, 23 ff, 27, 38, 63, 93 ff, 117 f, 122, 127, 130, 132, 134, 138 f, 141 ff, 157 ff, 164 ff, 171, 174 ff, 187 ff, 199 ff, 206 ff, 210 ff, 220 ff, 232 f, 235 ff, 245, 247 ff, 269 ff, 277 ff, 288, 290 f, 294, 298, 301 ff, 305 f, 310 ff, 350 ff, 357 ff
Hitler-Putsch November 1923 200
Hoare, Samuel 121 f, 125 ff, 129, 131, 262, 265
Hoare-Laval-Plan 127, 129 ff, 168
Hodža, Milan 231 f
Hoover-Moratorium 63
Hore-Belisha, Leslie 153
Hoßbach-Memorandum 174, 177 f, 183
Hudson, Robert 315, 317

Imperialismus 59, 263
Inflation 62, 66, 85
Inskip, Thomas 157
Internationale, dritte 53
Internationale, faschistische 165
Interventionskriege 52 f, 70, 81,

105, 329
Investiturstreit 13
Ironside, Lord 342
Irredentismus 58
Isolationismus 85, 91, 170 f, 224
Istrien 28
Iswolski, Alexander 15

Jalta, Treffen der Großen Drei 15
Judenverfolgung 180

Kapitalismus 53, 139 f
Keitel, Wilhelm 217, 345
Kennedy, Joseph 348
Keynes, John 37, 63, 65, 68, 158
Kirkpatrick, Ivone 212
Kleine Entente 202, 238
Kollektives Sicherheitssystem 120, 122 f, 125, 129, 149, 171 f, 249, 263, 266 f, 274
Kolonien 68, 95, 142, 242, 257, 273
Kommunismus 53, 58, 149, 164, 167, 173, 287, 302, 310, 335
Konstantinopel 29, 54, 58
Konkordat 146
Konzentrationslager 135, 261, 360
Korfu 129
Korridor 67 f, 76, 107 f, 110, 146, 252 f, 269 f, 319, 342 f, 349, 360 f
Korsika, italienische Forderung auf 141, 258
Kriegsschuld 17, 19, 21, 23, 48, 64, 66, 178, 278
Kriegsschulden 39, 47
Kriegsverbrecherprozesse (nach dem 1. Weltkrieg) 61
Kriegsziele 29, 32
Krüger-Telegramm 15

Lausanne, Konferenz von 63
Laval, Pierre 113 f, 119, 122 f, 126 f, 131
Law, Bonar 70
Lebensraum 141 f, 174
Lebrun, Albert 232
Leeper, Rex 236
Lenin, Wladimir 83, 140, 144
Leopold 190
Lipski 253, 270, 350 ff
Litwinow, Maksim M. 91, 134, 149, 214 f, 224, 234, 248, 287, 301, 303, 305 f
Lloyd George, David 14, 37 f, 47, 61 f, 65, 69 f, 114, 220, 290, 306, 340 f
Locarno, Vertrag von 76 ff, 82, 89 f, 104, 113, 115, 117, 130, 132 ff, 137, 143 ff, 151, 204, 243, 357
Londoner Konferenz, April 1938 209
London, Luftschutz 341
Ludwig XIV. von Frankreich 52
Lytton-Kommission 87

MacDonald, Ramsay 73 ff, 79, 81, 87, 89 f, 102 ff, 114, 119, 121, 168
Machtergreifung 93
Maginot-Linie 83, 132, 134 f, 152, 234, 244, 288, 307, 339
Maisky, Iwan M. 167, 238 f
Maitland, F. W. 298
Mandschurische Krise 60, 86 ff, 105, 120 ff, 129, 169, 310
Mantoux, Etienne 63
Marokko-Krise von 1905 14
Marxismus 139, 256
Masaryk, Thomas 202, 250
Matteotti, Giacomo 79
Mein Kampf 94, 110, 145, 263
Memel 269

Metternich, Klemens von 163, 173, 184, 201, 246
Miklas, Wilhelm 195
Militärkonvention, französisch-polnische 307
Milner, Alfred 95
Molotow, Wjatscheslaw 295, 301, 306, 309, 312, 332 f
Morley, John 104
Mosley, Oswald 149
Münchner Abkommen 21, 126, 143 f, 200, 236 ff, 242 ff, 256 f, 259 ff, 264, 270, 273, 276, 282, 284, 287, 312, 320, 323, 335 f, 346 f, 361
Mussolini, Benito 13, 25, 79, 99, 101, 111 ff, 118 ff, 123 ff, 129, 138 f, 141 ff, 147 f, 160 ff, 165, 167 ff, 171, 183 ff, 190, 192 ff, 223, 237 ff, 258, 261, 285, 326 f, 344 f, 352 f

Naggiar 299
Namier, L. B. 15, 19
Napoleon I. 45, 49, 94, 360
Napoleon III. 185
Nationalismus, deutscher 110, 115, 361
Nationalsozialismus 79
Nationalitätenstaat 182, 199, 211, 259
Nationalstaaten 37 f, 54, 59, 65, 67, 95, 199
Nelson, Horatio 125
Neurath, Konstantin von 106, 174, 176 f, 187, 194
New Deal 91, 157, 170
News Chronicle 271
Newton, Basil 202, 207, 211
Nichtangriffspakt, deutsch-polnischer 108, 146
Nichtangriffsvertrag, deutsch-sowjetischer 335 f
Nichteinmischungskomitee 164, 166 f, 169, 172, 191
Nietzsche, Friedrich 95
Nizza, italienische Forderung auf 141, 258
Noël 208
Nomunhan, Schlacht bei 311
Nordschleswig 37
North 294
Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß 21, 23, 174, 176 ff
Nürnberger Parteitag 218, 223, 324 f
Nyon, Konferenz von 169

Oberschlesien 60, 252
Oder-Neiße-Linie 361 f
Ogilvie-Forbes, Heneage 350
Ossietzky, Carl von 357
Österreichisch-Französischer Krieg von 1859 185
Ostpreußen 51, 67 f, 252, 269, 320

Papen, Franz von 92 f, 97, 146 f, 182, 186 ff
Pasisch 198
Passchendaele, Schlacht von 15
Paul-Boncour, Joseph 205
Pearl Harbor 27
Pershing, John 32
Pétain, Henri 55
Philipp, Prinz von Hessen 194 f
Phipps, Eric 205, 207, 216, 225 f, 234 f, 237, 254
Pilsudski, Josef 109
Poincaré, Raymond 15, 18, 69 ff
Pokrovsky, Michail 14
Polen-Feldzug 336
Potsdam, Konferenz von 174
Potyomkin 248
Prag, Besetzung von 261 f, 264 ff, 269 f, 285, 302, 306, 312
Präsidialerlasse 85, 93

Pribram, A. F. 14

Raeder, Erich 174, 176 f
Rapallo, Vertrag von 69 f, 78, 105 ff, 288, 311 f, 332
Rat der Vier 55
Rat der Zehn 114
Reichstag 85, 93
Remarque, Erich Maria 82
Renouvin, P. 14
Reparationen 34, 38 f, 47, 61 ff, 74, 80 f, 92, 170, 243
Rethondes, Waffenstillstands-delegation in 355
Revisionismus 17 f, 20, 58, 99, 104 f, 107 f, 112, 114, 198, 315, 356, 361
Rheinland, Besetzung 34, 38 f, 46 f, 64, 72, 75 ff, 80, 82, 84, 134
Rheinland, Wiederbesetzung durch Hitler 20, 130 ff, 137, 144, 146, 151 f, 160 f, 166, 169, 174, 207, 243
Ribbentrop, Joachim von 148, 182, 187, 194, 251, 253, 257, 270, 283, 312 ff, 317, 331 ff, 337 f, 343 f, 349 f, 352
Riga, Vertrag von 291, 301
Roosevelt, Franklin D. 13, 20, 85, 91, 96, 170 f, 224, 247 f, 280, 360
Rückversicherungsvertrag 78
Ruhr-Besetzung 43, 62, 71, 73 ff, 77, 83, 94, 243
Runciman, Walter 219 ff, 226, 228, 231, 284
Rüstung 140, 156 f, 177, 242, 279 f, 284
Rüstungswettrennen 179

Saargebiet 115
Saint-Jean-de-Maurienne, Abkommen von 15
Sanktionen 125 ff, 130, 132, 144, 263
Sarajewo, Mord von 185
Sarraut, A. P. 131
Savoyen, italienische Forderung auf 141, 258
Schacht, Hjalmar 68, 101, 142, 157 f, 176, 186 ff, 266, 278
Schiedsspruchverträge mit Polen und der Tschechoslowakei 76
Schlacht am Weißen Berg 202
Schlesien 361
Schmitt, B. 14
Schulenburg, Friedrich von der 164, 312 f, 331 ff
Schuschnigg, Kurt von 112, 147 f, 184 ff, 188 ff, 192 ff, 197, 260, 262, 320
Schwarzschild 357
Schwerin von Krosigk, Lutz 316
Seeds, William 293
Seipel, Ignaz 96
Selbstbestimmung 358
Separatismus 33 f, 254
Seyß-Inquart, Arthur 189, 195 f
Simon, John 90, 98, 104, 114, 119, 121, 129, 235, 262
Sklavenvertrag, siehe Versailler Vertrag
Slowakei 233, 250, 259 ff, 270
Smuts, Jan 95
Spanischer Bürgerkrieg 128, 143, 160, 162, 165 ff, 171 f, 202, 214, 242, 326
Stahlpakt 285, 324
Stalin, Josef 13, 25, 114, 143, 149 f, 164, 202, 214, 272, 294 f, 301, 313, 327, 332 ff, 336 f, 341
status quo 283, 291, 301, 318
Strang, William 216
Stresa-Front 117, 121, 123, 130, 144, 167
Stresa, Treffen von 114 f, 118 f
Stresemann, Gustav 72 f, 75 ff, 80 ff, 95, 357
Sudeten-Frage 199 ff, 203, 207 ff, 215, 218 ff, 233, 236 ff, 245, 250, 260, 275 f, 319, 360, 362
Südtirol 108, 110, 115, 252

Talleyrand, Charles 246
Teheran, Treffen der Großen Drei 15
Teleki, Hermann 325
Teschen 198, 233, 237, 240, 251
Thimme, F. 14
Tientsin 311
Tilea 266
Times 103, 126
Tischgespräche 94
Tout 16
Treviranus, Gottfried 85
Trevor-Roper, Hugh 94
Trotzki, Leo 144, 300
Tschiangkaischek 164
Tschitscherin, Georgij 300
Tuchatschewski, Michael 150

Ukraine 105, 142, 248, 250, 253 f, 256, 270, 281, 335, 362

Vansittart, Robert 123, 126, 167, 180, 207, 212
Vatikan 146, 291
Venedig, Treffen von 111, 147
Vereinte Nationen 128
Versailles, Vertrag von 17, 24, 33 ff, 37, 42 ff, 46 ff, 52, 60 f, 65, 67 ff, 82 ff, 93, 98, 106, 115, 117, 120, 134, 136, 145, 180, 226, 242 f, 245 ff, 252, 264, 277, 291, 339, 354, 357 ff, 361
Vichy-Regierung 63
Vierzehn Punkte 33, 358
Viktor Emanuel III. 144
Völkerbund 38, 42 f, 46, 56 f, 73, 77 ff, 84, 86 ff, 91, 103, 105 ff, 118 ff, 124 ff, 133 f, 137 f, 143 f, 149, 160, 169, 171, 178, 201, 203 f, 208, 214, 224, 230, 234, 252, 287
Volksfront 156, 160, 162 f, 166, 249
Vollbeschäftigung 101, 140 f

Waffenstillstand, französischer von 1940 15
Warschau, Schlacht von (1920) 58
Waterloo, Schlacht von 61
Wegerer, Alfred von 14
Wehrpflicht, allgemeine 114
Weichsel 320
Weimarer Republik 79, 360
Weißrussen 335
Weizsäcker, E. v. 312 f, 352
Westwall 205, 244
Wheeler-Bennett, J. W. 15
Wiederaufrüstung 99, 101, 103, 106, 109, 137, 141, 152, 159, 242 ff, 247, 262, 279, 281, 326, 338 f
Wiedervereinigung 361
Wiener Kongreß 42, 246
Wilhelm II. 15, 33, 61
Wilson, Horace 181, 226, 236 f, 315 ff, 348, 351
Wilson, Woodrow 14, 18, 33, 43, 46 f, 91, 137
Wiskemann, Elizabeth 15, 94
Wohltat 315 f
Woroschilow, K. 214, 328, 331 ff

Young-Plan 47, 62, 80, 82